

# JahrBuch

## für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung

September 2002

III

NDZ-GmbH

---

### Inhaltsverzeichnis

<i>Helmut Bock</i> : Die Russische Revolution. Historisch-kritische Reflexionen - 85 Jahre danach.(Thesen) .....	4
<i>Alexander Kan</i> : Rosa Luxemburg, die deutsche Novemberrevolution 1918/1919 und die schwedische Linke .....	26
<i>Hanna Behrend</i> : Der schriftstellernde Schildermaler, der sich Robert Tressell nannte, und sein bemerkenswertes Buch "Die Menschenfreunde in zerlumpten Hosen" .....	39
<i>Joachim Höppner/Waltraud Seidel-Höppner</i> : Der Bund der Geächteten und der Bund der Gerechtigkeit (Teil 1) .....	60
<i>Ulla Plener</i> : Kurt Schumacher 1949-1952: Die innere Gestaltung der BRD im Schatten seines Antikommunismus .....	93

### Biographische Skizzen

<i>Ottokar Luban</i> : Mathilde Jacob: Mehr als Rosa Luxemburgs Sekretärin. Mit dem Text von M. Jacobs einziger öffentlicher Rede (19.12.1920) .....	110
<i>Gisela Notz</i> : Maria Ansorge: „Um unsere sozialistischen Ideen zu verwirklichen, dafür sind wir nie zu alt.“ .....	129

## Dokumente

Ein Rosa-Luxemburg-Text von 1906 erstmals in deutscher Sprache ( <i>Annelies Laschitzka</i> ) .....	139
W. I. Lenin. Unbekannte Dokumente: Briefe an Ines Armand ( <i>Christa Hinckel</i> ) .....	148
Revolution und Strafrecht. Zwei Dokumente von Felix Halle, 1920 ( <i>Volkmar Schöneburg</i> ) .....	160
Karl Radeks Beichte wegen seines "Luxemburgismus" ( <i>Robert Orte</i> ) .....	173

## Berichte

Klassen - Revolution - Demokratie. Kolloquium zum 150. Jahrestag von Marx' „Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte" ( <i>Francois Melis</i> ).....	177
Ein Kolloquium in Memoriam Otto Bauer ( <i>Horst Klein</i> ).....	180
Sozialismus ohne das Volk? Konferenz zum 50 Jahrestag der Zweiten Parteikonferenz der SED ( <i>Stefan Bollinger</i> ) .....	189

## Informationen

Eine unterbelichtete Front des antifaschistischen deutschen Widerstands. Zum Wirken von DRAFD ( <i>Stefan Doernberg</i> ) .....	192
--	-----

## Rezensionen

Karlheinz Schaller: "Einmal kommt die Zeit". Geschichte der Chemnitzer Arbeiterschaft vom Ende des 18. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg. ( <i>Walter Schmidt</i> ) .....	198
Erhard Kiehnbäum: Peter Imandt – Eine Biographie (1823–1897). Freund und Kampfgefährte von Karl Marx und Friedrich Engels – Ein vergessener Saarländer. Mit einem Vorwort von Oskar Lafontaine. ( <i>Rolf Dlubek</i> ) .....	200
Ute Frevert: Die kasernierte Nation. Militärdienst und Zivilgesellschaft in Deutschland. ( <i>Paul Heider</i> ) .....	202
Robert Lederer: Freiheit und Sozialismus. ( <i>Jürgen Stroech</i> ) .....	205

Manfred Scharrer: "Freiheit ist immer ..." Die Legende von Karl und Rosa ( <i>Hartmut Henicke</i> ) .....	208
Wolfgang G. Schwantz: Gold, Bankiers und Diplomaten. Zur Geschichte der Deutschen Orientbank 1906-1946. ( <i>Karl Heinz Roth</i> ) .....	212
Andreas Petersen: Radikale Jugend. Die sozialistische Jugendbewegung der Schweiz 1900-1930. Radikalisierungsanalyse und Generationentheorie. ( <i>Ulrich Peters</i> ) .....	217
Reinhard Müller: Menschenfalle Moskau. Exil und stalinistische Verfolgung. ( <i>Simone Barck</i> ) .....	219
Kurt Imhof, Patrick Ettinger, Boris Boller: Die Flüchtlings- und Außenwirtschaftspolitik der Schweiz im Kontext der öffentlichen politischen Kommunikation 1938-1950. ( <i>Janis Schmelzer</i> ) .....	224
Hendrik Bunke: Die KPD in Bremen 1945 bis 1968. ( <i>Heinz-Gerd Hofsch</i> ) .....	226
Michael Richter/Mike Schmeitzner: "Einer von beiden muß so bald wie möglich entfernt werden"; Horst Schneider: Sie "ereilte" ein Auftrag; Mike Schmeitzner: Alfred Fellisch 1884 – 1973. ( <i>Peter Russig</i> ) .....	229
NachSatz .....	233
Autorenverzeichnis .....	234
Impressum .....	234
Jahresinhaltsverzeichnis 2002 .....	235

## Die Russische Revolution. Historisch-kritische Reflexionen 85 Jahre danach (Thesen)\*

Helmut Bock

Am Anfang stand ein Weltkrieg, von dem die Zeitgenossen nicht einmal wußten, daß er der Erste war. Er war das Furchtbarste, was die Menschheit bis dahin erfahren hatte: Chauvinistisches Wechselgeschrei der "Vaterlandsverteidigung". Blutige Massenszenen der Generaloffensiven. Verheerende Trommelfeuer der Materialschlachten. Überdies neueste Waffen von schlimmer Vorbedeutung: Giftgas, Tanks, Luftkampf, U-Bootkrieg. Der Sinn menschlichen Lebens und Schaffens war in den Widersinn endloser Verrohung und Vernichtung pervertiert. Doch plötzlich das Fanal der russischen Februarrevolution. "Ex oriente lux!" urteilte - um nur ein Beispiel zu nennen - Carl Zuckmayer, Offizier an der deutschen Westfront.<sup>1</sup> Es waren Hoffnungen, bald aber auch neue Feindschaften, die seitdem das 20. Jahrhundert erfüllten.

Was im Lager des Sozialismus parteiamtlich und staatsfeierlich erinnert wurde, war der "Rote Oktober", die "Große Sozialistische Revolution". Heute aber empfinden sich Millionen der Enttäuschten auf dem Scherbenhaufen der von 1917 gekommenen Umwälzung. Selbst ethische Sozialisten, die vom ideellen Gebot der Gerechtigkeit und des Friedens aller Menschen und Völker überzeugt geblieben sind, nennen den aus der Februarrevolution herausgewachsenen "Roten Oktober" eine Sackgasse. Er verdiene keine Würdigung als ein bedeutendes Ereignis und Datum der Weltgeschichte.

Da allerdings sind auch die Gegner sozialer Empörungen und antikapitalistischer Alternativen. Insbesondere ihnen erscheint die Russische Revolution als Büchse der Pandora, der die gesellschaftspolitischen Irrtümer, Krankheiten, Staatsverbrechen entspringen. Widerspruch zwischen bürgerlicher Demokratie und kommunistisch-faschistischem Totalitarismus – so heißt das Konstrukt, wonach das Wesen des 20. Jahrhunderts zu erklären sei. Die konkrete Geschichte jedoch offenbart mehr als nur den Gegensatz von Demokratie und totalitären Regimen, deren differente Staats- und Gesellschaftsstrukturen gewiß unvereinbar, aber durch die Gleichsetzung faschistischer und prinzipiell antifaschistischer Diktaturen in der jetzt wiederum ideologischen Theorie verfälscht sind. Nicht einfach Totalitarismus – vielmehr Rüstung, Kriegsdrohung, tatsächliche Kriege waren das Krebsgeschwür. Eine realistische und zudem ehrliche Retrospektive könnte enthüllen, daß dieses vorige Jahrhundert ein Zeitalter nie gekannter Kriege und weltweit wachsender Vernichtungsgefahren gewesen ist. Schon der Erste Weltkrieg war eine Völkerkatastrophe: bewirkt und verschuldet von sogenannten zivilisierten Staaten verschiedener Nationen, Strukturen und Wachstumsgrade.

Fünfundachtzig Jahre nach dem Beginn der Russischen Revolution bleibt sine ira et studio zu sagen, was die widerstreitenden Revolutionäre von 1917 unter den Zwängen damaliger Konflikte und Verheerungen tun wollten und konnten. Was sie erhofften, erreichten – aber auch verfehlten.

### *1. Das Menetekel*

Seit dem Krimkrieg hatten sieben militärische Regionalkonflikte allein das Staatensystem Europas erschüttert. Ganz zu schweigen von den kolonialen Aggressionen, mit denen Großbritannien, Frankreich, die USA, Deutschland, Italien die Völker anderer Kontinente heimsuchten. Deutschlands Triumph über die französische Nation im Spiegelsaal zu Versailles war überdies Ursache eines ganz neuartigen Unheils: Die provokatorische Reichsgründung und der Annexionsfrieden von 1871 beschworen den Krieg aller bisherigen Kriege, das Menetekel des Weltkrieges herauf. In steigender Sorge beobachtete die humane Elite Europas, wie mit der militärpolitischen Staatenblockbildung nicht nur ein gewaltiger Zusammenprall drohte. Mit dem Eilmarsch der Technik und Industrie hatte eine verhängnisvolle, bis heute andauernde Entwicklung begonnen – eine permanente Revolution der Waffentechnik und ein darauf basierendes Wettrüsten.

In dieser Welt formierten sich die Parteien der nationalen Arbeiterklassen, um mit der sozialen Befreiung auch eine internationale Befriedung herbeizuführen. Marx und Engels, strategisch denkende Köpfe dieser Bestrebungen, hatten in ihrer Frühzeit einen “Weltkrieg” durchaus für die “Weltrevolution” und den erhofften “Weltfrieden” in Kauf nehmen wollen.<sup>2</sup> Seit Gründung der Ersten Internationale (1864) und dem deutsch-französischen Krieg (1870/71) wirkten sie jedoch gegen jeden der europäischen Staatenkriege. Die beiden Dioskuren waren sich in der Auffassung einig, daß Krieg “unser größtes Unglück” sei.<sup>3</sup> Der drohende Weltkrieg war Engels’ schlimmste Befürchtung nach dem Tode von Marx: “Acht bis zehn Millionen Soldaten werden sich untereinander abwürgen [...]. Die Verwüstungen des Dreißigjährigen Kriegs zusammengedrängt in drei bis vier Jahre und über den ganzen Kontinent verbreitet [...].”<sup>4</sup> Angesichts solcher Aussichten mußten die “Sozialisten in allen Ländern für den Frieden” sein, sonst würden die Proletarier von den herrschenden Klassen gezwungen, “sich gegenseitig abzuschlachten”.<sup>5</sup> Der Frieden gewähre den Sozialisten in ihren Ländern eine Reifung und baldige Emanzipation. Ein Weltkrieg dagegen werde die Arbeiterklasse infolge seiner totalen Erschütterungen entweder in wenigen Jahren an die Macht bringen oder – was ebenso wahrscheinlich sei – in den “vollständigen Ruin” stürzen, wodurch sich die Revolution um Jahrzehnte verzögere.<sup>6</sup> Solch ein Krieg erschien keineswegs als der Preis, den die marxistischen Vordenker für die Befreiung der Arbeiterklasse zu zahlen wünschten.

Das Thema Revolution stand nach wie vor im Mittelpunkt strategischer Überlegungen. “Das Recht auf Revolution ist ja überhaupt das einzige wirklich ‘historische Recht’, das einzige, worauf alle modernen Staaten ohne Ausnahme beruhen [...].”<sup>7</sup> Dieses Anrecht auf Revolution, das aus der realen Geschichte abstrahiert war, ließ Engels nach der Rolle der “Linken” in den bisherigen Revolutionen fragen. “Damit selbst nur diejenigen Siegesfrüchte vom Bürgertum eingeheimst wurden, die damals entereif waren, war es nötig, daß die Revolution bedeutend über das Ziel hinausgeführt wurde [...]. Es scheint dies in der Tat eins der Entwicklungsgesetze der bürgerlichen Gesellschaft zu sein.”<sup>8</sup> Nehmen wir diese Erklärung als zutreffend an, so wäre

damit die Funktion bezeichnet, die der revolutionäre und soziale Demokratismus als Antipode des besitzbürgerlichen Liberalismus erfüllte. Sie war nötig – aber tragisch zugleich. Deshalb fügte Engels wenig später hinzu: “Die Errungenschaften des ersten Sieges wurden erst sichergestellt durch den zweiten Sieg der radikaleren Partei; war dies und damit das augenblicklich Nötige erreicht, so verschwanden die Radikalen und ihre Erfolge wieder vom Schauplatz.”<sup>9</sup> Dies alles war mit Rückblick auf die vergangenen bürgerlichen Revolutionen in England 1640/89, Frankreich 1789/94, Deutschland und Frankreich 1848/49 gesagt. Was hingegen die soziale Revolution, die Revolution der Zukunft betraf, so schrieb Engels nur fünf Monate vor seinem Tod einen Text, der wie ein Vermächtnis lautet: “Die Zeit der Übrumpelungen, der von kleinen bewußten Minoritäten an der Spitze bewußtloser Massen durchgeführten Revolutionen, ist vorbei. Wo es sich um eine vollständige Umgestaltung der gesellschaftlichen Organisation handelt, da müssen die Massen selbst mit dabei sein, selbst schon begriffen haben, worum es sich handelt, für was sie mit Leib und Leben eintreten. Das hat uns die Geschichte der letzten fünfzig Jahre gelehrt. Damit aber die Massen verstehen, was zu tun ist, dazu bedarf es langer, ausdauernder Arbeit [...]”<sup>10</sup>

Am Anfang des neuen Jahrhunderts war das marxistische Erbe umstritten. In der Zweiten Internationale verschob sich der Schwerpunkt seiner Nachwirkungen von den Industrieländern West-Mittel-Europas auf den “linken Flügel” der russischen Sozialdemokratie. Einmütig schien freilich die Ablehnung eines großen Krieges zu sein. Und dennoch: von geschichtsmächtiger Bedeutung wurde allein die Mitschuld der Sozialdemokraten und Sozialisten an der weltpolitischen Katastrophe von 1914. Wohl fiel Jean Jaurès in Paris als ein Märtyrer der Friedensidee. Fast alle anderen aber gaben ihr Jawort für nationalistischen “Burgfrieden” und Kriegskredite, so daß die “Proletarier aller Länder” alles andere taten, als sich zu “vereinigen”. Es gelang sämtlichen zum Krieg treibenden Regimen, die Führer der nationalen Arbeiterparteien, mittels deren Organisation und Presse auch die proletarische Klasse, an ihre Seite zu bringen. Französische, englische, belgische Sozialisten riefen dazu auf, ihre bürgerlichen Freiheiten gegen die “halbfeudalen Monarchien” Deutschlands und Österreich-Ungarns zu verteidigen, und es gab Sozialdemokraten des weit rückständigeren Rußland, die in dieselbe Kriegstrompete stießen, weil doch ihr Land der Entente angehörte. Deutsche und Österreicher indes erklärten, die von der Sozialdemokratie erkämpften Rechte und Freiheiten gegen die Despotie des russischen Zarentums schützen zu müssen. In beiden Lagern wurde überdies ein gleichklingendes Argument als “marxistisch” ausgegeben: Weil die Zeit für eine sozialistische Umwälzung noch nicht reif sei, mußten die Arbeiter die jeweils fortgeschrittenere Bourgeoisie unterstützen - und als solche galt immer die des eigenen Landes. Der Verrat an Idee und Beschlüssen des “proletarischen Internationalismus” riß eine kaum wieder gutzumachende Kluft in die Arbeiterbewegungen des 20. Jahrhunderts. Das wirkte derart traumatisch auf standhafte Internationalisten und Kriegsgegner, daß die aus ihren Reihen hervorgehenden kommunistischen Parteien auch ihrerseits jede Möglichkeit verabsäumten, die einmal verursachte Spaltung späterhin aufrichtig und demokratisch zu überwinden.

## 2. Die Februarrevolution

Was auf den Kriegsbeginn von 1914 folgte, übertraf die schlimmsten Befürchtungen und Voraussagen. Niemals zuvor verzeichneten die Annalen der Weltgeschichte eine solche Barbarei. Hinter den vordergründigen Mordszenarien wurde das exzessive Elend der Individuen und der Völker in einer lautlos wachsenden Statistik verzeichnet: Ihre Endsumme betrug rund zehn Millionen Gefallener, zwanzig Millionen Verwundeter und Kriegskrüppel, mehrere – nur ungenau schätzbare – Millionen Verhungertes, Seuchentoter, spurlos Verschwundener. In vier Kriegsjahren wurden zweimal soviet Menschen getötet wie in sämtlichen Kriegen seit 1789. Wen mag es verwundern, wenn damalige Alternativdenker von einer ganz anderen Sackgasse sprachen als es heutige tun: von Massenmord, staatlich sanktionierten Verbrechen, Ruin aller Kultur, wohin niemand anders als bürgerlich-kapitalistische Großmächte die Menschheit gezerzt hatten.

Jedoch am 23. Februar des Julianischen Kalenders (8. März der gemeingültigen Zeitrechnung) eskalierte ein Streik der Rüstungsarbeiter im Petrograder Putilowwerk und ein Hungermarsch der Frauen zu regierungsfeindlichen Demonstrationen: “Brot!” – “Nieder mit der Selbstherrschaft!” – “Schluß mit dem Krieg!” Nach sechs Tagen anhaltender Empörung standen auch 127.000 Soldaten, meist Bauern im Waffenrock, an der Seite der revoltierenden Frauen und Mütter, Arbeiterinnen und Arbeiter. Die örtliche Militärmacht entzog sich der Befehlsgewalt des Zaren, seiner Generalität und Kamarilla – und eben das machte den Volkswiderstand zur erfolgreichen Februarrevolution. Nach der Abdankung Nikolaus II. und dem Thronverzicht seines Bruders konstituierte sich eine bürgerliche, allerdings nur Provisorische Regierung. Hunderttausend hatten den nahezu unblutigen Machtwechsel auf Petrograds Straßenpflaster weniger mit Waffen als mit den Füßen erstritten. Der hauptstädtische Aufstand, der in anderen Teilen Rußlands wie auch an der Front einen nachhaltigen Widerhall fand, entsprang brisanten Konfliktstoffen von sozialer, mentaler und politischer Art.

Auf die Frage, wer denn eigentlich diese Revolution “gemacht” habe, antwortete der “Volkssozialist” Wenedikt Mjakotin im Frühjahr 1917: Zweifel an der bedeutenden Rolle des Proletariats könne es nicht geben, es habe die Erhebung begonnen – wie schon 1905. Aber es habe den Kampf “nicht allein geführt”. Erst als sich die Bauernschaft und die revolutionäre Intelligenz den Protestbewegungen anschlossen, “erzitterte die Zarenmacht”. Im “letzten Moment” hätten dann auch “bürgerliche Schichten einen bescheidenen Anteil” genommen. Diese sozial breit gefächerte Februarrevolution sei demzufolge keine proletarische Revolution. Sie habe freilich auch keine “rein bürgerliche” Revolution werden können, “weil unsere Bourgeoisie” – allzu fest mit der alten Macht verbunden – “nicht fähig ist, sie zu vollbringen”. Gewiß habe die “russische werktätige Masse” selbst nicht die Reife, eine “völlig neue soziale Ordnung” errichten zu können. Doch sie werde, prognostizierte der Zeitzeuge, sich auch fernhin keinesfalls mit der “Zuschauerrolle” begnügen.<sup>11</sup> Diese Erklärungen Mjakotins konkretisieren den abstrakten Begriff der “bürgerlich-demokratischen Revolution”. Sie machen deutlich, wie sehr der Umsturz des Februar als Resultat spontaner Massen-

bewegungen verstanden werden muß, deren soziale und politische Sprengkraft mit dem Sturz des Zaren nicht erschöpft war.

Die kapital- und grundbesitzende Bourgeoisie, deren Repräsentanten in der IV. Duma gegessen und nun das Staatsruder ergriffen hatten, schien dennoch berufen, über Rußlands Schicksal zu entscheiden. Vor allem über den aktuellen Ugrund des Massenelends: den Krieg. Gravierend ist aber die Tatsache, daß im Programm der Provisorischen Regierung, die sich mit Menschewiki und Sozialrevolutionären des Petrograder Sowjets (zumeist Aktivisten der "Vaterlandsverteidigung") abstimmte, der Krieg mit Stillschweigen übergangen wurde. Die neuen Minister, die im Dienst verbleibenden Armeebefehlshaber, das traditionelle Offizierskorps und das an der Rüstung profitierende Unternehmertum gedachten den Krieg unter allen Umständen bis zum "Sieg-Frieden" fortzusetzen. Es blieb den Arbeitern des Baltischen Werkes und weiteren Volksversammlungen vorbehalten, das sofortige Kriegsende mit entschiedener Losung zu verlangen. "Frieden ohne Annexionen und Kontributionen!" Das durchschlug den Gordischen Knoten, an dem die Staatsregierungen auf beiden Seiten der Weltkriegsfronten noch unentwegt knüpften. Die Losung war 1915 von einem Häuflein konsequenter Sozialisten und Internationalisten auf der Zimmerwalder Konferenz in frustrierender Einsamkeit vertreten worden. Jetzt endlich entstieg sie den Arbeiterhirnen, zündete sie auch in einer Unzahl geschundener, zum Schlachtentod verurteilter Bauernsoldaten.

Die Situation war seit dem Februaraufstand im höchsten Grade verworren und widersprüchlich. Von den Zwangsinstitutionen der zaristischen Staatsgewalt war Rußland weitgehend befreit. Der Sieg des Volkes hatte ein Vakuum für Aktivitäten geschaffen, die in den anderen kriegführenden Ländern durchaus unerlaubt waren. Arbeiter, Soldaten, Bauern, Landarme und auch radikal gesinnte Intellektuelle drängten in ihren Lebensräumen und militärischen Standorten zur Selbstorganisation ihrer sozialen Interessen: der Bildung von zahllosen Komitees und zumal von Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten. Es waren Volksvertretungen, die eine Basisdemokratie verkörperten – nach Geist und Form keinesfalls nur Anhängsel des bürgerlichen Liberalismus.<sup>12</sup> Vielmehr vergleichbar mit den für konsequente "Volksouveränität" kämpfenden Bündnissen der revolutionären Demokratie in allen früheren Revolutionen seit 1789.

Interessen und Streitsachen dieser sich organisierenden Massen vervielfachten und überkreuzten sich in zwei verschiedenen Zivilisationsräumen, die für Rußland charakteristisch waren: der relativ entwickelten europäisch-städtischen Sphäre und der traditionell-dörflichen Rückständigkeit. Hier wie dort wurden unabdingliche Ansprüche erhoben und Tatsachen geschaffen. Sie widerspiegeln die Verwicklung der Konflikte, die Widerspruchsdialektik der Jahre 1917/18. Der Ruf "Schluß mit dem Krieg!" war die akute Massenforderung und insbesondere eine verbale Ermutigung zur Selbsthilfe der Soldatensowjets, zur Befehlsverweigerung und Desertion. Sie wurde von Ministern und Generalität mit kriegerischen Solidaritätsadressen an die Ententemächte, mit der gewaltsamen Unterdrückung erneuter Friedensdemonstrationen und der Wie-

der Einführung der standrechtlichen Todesstrafe erwidert. – Die Forderung „Der Boden den Bauern!“, nächst dem Antikriegsruf die verbreitetste Losung der größten, nahezu achtzig Prozent zählenden Bevölkerungsmasse, meinte Enteignung des großen Grundbesitzes und zumeist Übergabe des Bodens an die Dorfgemeinden zwecks Nutzung von bäuerlichen Produzenten: schon praktiziert durch Überfälle auf Großgrundbesitzer, eigenmächtige Konfiskation von Land, Gebäuden, Saatgut, Gerätschaften. Die Regierung, obwohl mit agrarischen Reformprojekten beschäftigt, reagierte mittels Einsatz von Kosakenschwadronen, worauf Bauernaufstände in rund 30 Gouvernements antworteten. – Die Proletarier waren in politischer und organisatorischer Hinsicht die am meisten bewußte, aber mit kaum mehr als vier Prozent kleinste Schicht der Bevölkerung. Diese Beginner der Februarrevolution kämpften nun mit Hilfe ihrer Fabrikkomitees und Gewerkschaften für einen achtstündigen Arbeitstag, bessere Löhne, Produktions- und Absatzkontrolle in Großindustrie, Verkehrswesen und den kleineren Produktionsstätten. Dem Unternehmertum und den amtlichen Hütern des bürgerlichen „Eigentums“ galten gerade sie als Gefahr für die liberalistischen „Freiheiten“ des Managements und der Kapitalbewegung. – Schließlich waren da noch die Nationalvertretungen Finnlands, des Baltikums, der Ukraine, der Regionen des Südens: Sie beanspruchten kulturelle oder nationale Autonomie. Doch die Provisorische Regierung ganz Rußlands pochte auf den Fortbestand des Vielvölkerstaats, die zentral regierte und großrussische Einheit. Die amtlichen Verlautbarungen sagten zu allen Problemen: Noch seien die Gesetzesbeschlüsse einer „Konstituierenden Versammlung“ abzuwarten, die den Verfassungsstaat begründen müsse. Jedoch die Wahlen zu dieser Konstituante wurden wegen der vielfachen Unruhe des Landes fortwährend hinausgeschoben.

### 3. Lenins „April-Thesen“

Im leninistischen Geschichtsbild erscheint die Februarrevolution als eine Art Vorspiel unreifer Volkselemente und Charaktere vor dem heroischen Drama der „Großen Sozialistischen Oktoberrevolution“.<sup>13</sup> Deren steigende Handlung schien erst am 3. (16.) April mit Lenins Ankunft auf dem Finnländischen Bahnhof zu beginnen: Dort nämlich trug der intellektuelle Führer seine fertigen „April-Thesen“ in der Tasche, um sie am nächsten Tag – ganz ohne gesellschaftliche Analysen vor Ort – den teils verwunderten, teils widerständischen Bolschewiki und Menschewiki vorzutragen.

Es war eine entschiedene Alternative zum Krieg, die Lenins Thesen konstituierte. Mit Recht bezeichnete er den Charakter der Provisorischen Regierung als „kapitalistisch“, die Fortsetzung der Kriegspolitik als „räuberisch“ und „imperialistisch“. Daher sei die jetzt im Schwange befindliche Phrase der „revolutionären Vaterlandsverteidigung“ abzulehnen. Aber gemäß der Auffassung, daß die bürgerlich-demokratische Revolution in Rußland bereits zuende sei, verlangte er einen sofortigen „Übergang von der ersten Etappe“ zur „zweiten Etappe der Revolution, die die Macht in die Hände des Proletariats und der ärmsten Schichten der Bauernschaft“ legen müsse.<sup>14</sup> Nach dem historischen Vorbild der Pariser Kommune sei ein Sowjetstaat zu gründen, der den

“völligen Bruch mit allen Interessen des Kapitals” vollziehe. Lenin negierte die Vereinigung der Bolschewiki mit den Menschewiki, die mehrheitlich von den regionalen Basisorganisationen beider Parteiströmungen (54 von 73) gefordert wurde, und er warf deren Strategie, in der noch andauernden bürgerlichen Revolution für möglichst viel revolutionäre Demokratie zu kämpfen, mit rhetorischer Radikalität über den Haufen. Seine Forderungen lauteten: statt Vereinigung mit dem menschewistischen und außerrussischen Sozialdemokratismus – Gründung einer eigenständigen kommunistischen Partei, statt Provisorischer Regierung – Sowjets der Arbeiter, Bauern und Soldaten, statt Konstituierung der bürgerlich-parlamentarischen Republik – sozialistischer Sowjetstaat.

Lenin scheiterte an der überwiegenden Mehrheit der Versammelten. Er erntete den Vorwurf “anarchistischer Demagogie”. Die wohl bedenklichste Kritik wagte die Aussage: “Von diesem Podium aus ist die Fahne des Bürgerkriegs in der revolutionären Demokratie aufgepflanzt worden.”<sup>15</sup> Lenins Kontrahenten, darunter der Bolschewik Lew B. Kamenew, Vertreter der “Prawda”-Redaktion<sup>16</sup>, und der namhafte Menschewik Georgi W. Plechanow, Mitbegründer der Sozialdemokratischen Partei Rußlands, aber auch Anhänger der “Vaterlandsverteidigung”, beriefen sich auf marxistische Überlieferung. Sie betonten die ökonomische Unreife, überhaupt die ganze Rückständigkeit Rußlands, so daß von einem baldigen Übergang zur sozialistischen Revolution keine Rede sein könne. Dabei erinnerten sie an Engels, der am Beispiel Thomas Müntzers die Tragik eines vorzeitigen Revolutionärs veranschaulicht hatte, woraus zu folgern sei: “der sicherste Weg in den Untergang ist, die Macht verfrüht zu erobern”.<sup>17</sup> Es war ein Arbeiter im Soldatenrock, der in der Diskussion am 4. (17.) April 1917 die Voraussage wagte: “Wenn man den Weg Lenins beschreitet, werden wir nicht nur den Sozialismus, sondern auch die bürgerlichen Freiheiten zugrunde richten.”<sup>18</sup>

In der aufgewühlten Situation des ganzen Landes wußte niemand eine sichere und außerdem unblutige Konfliktlösung. Wollte man Lenin zugute halten, wie sehr das Morden an allen Kriegsfrenten und seine Fortsetzung auch durch Rußlands bürgerliche Regierung eine Herausforderung war, um die sofortige Alternative zum kapitalistischen Weltkrieg zu denken und zu praktizieren – so gilt doch die Qual des humanen Empfindens, das geistig-moralische Verantwortungsgefühl vor der Menschheit auch für alle anderen Verfechter der Ideen des Sozialismus. Deren Kritik an den “April-Thesen” ist jedoch von Lenin selbst und später von der leninistischen Schreibweise als Opportunismus, Gesinnungslumperei und Handreichung für die Bourgeoisie verteuelt worden. Sie hat erst durch den Untergang der Sowjetunion ihren Sinn als geschichtliche Mahnung zurückgewonnen. Außerdem bleibt zu bedenken, daß der Leninismus nach dem Tod seines Begründers fast stets auf ihn, den “großen Mann” und “genialen Führer”, fokussiert blieb – trotz der marxistischen Maxime von der “schöpferischen Rolle der Volksmassen in der Geschichte”. Es war ideologische Didaktik, welche die Entwicklungsmöglichkeiten der Februarrevolution gering schätzte, daher nur unter den Aspekten Lenins beurteilte. Das sozialistische Denken der “linken” Menschewiki und Sozialrevolutionäre wurde negiert. Der originäre Anteil der Massen

an Ausbruch und Fortsetzung der Revolution - zumal ihre nicht mit Lenins Strategie übereinstimmenden Bedürfnisse und Interessen – gelangten bei alledem kaum ins Blickfeld.

#### *4. Oktoberaufstand. Fortsetzung der Februarrevolution*

Vor allem die Alternative von Krieg oder Frieden bewirkte jene Zerreißproben, an denen von Frühjahr bis Herbst 1917 vier Ministerkabinette der bürgerlichen Regierung zerbrachen. Die Sommeroffensive und ihr verlustreiches Scheitern bei gleichzeitiger Niederschlagung der Antikriegsdemonstrationen waren der mentale Wendepunkt, seitdem eine Übereinkunft zwischen Regierung und Volk, Heeresführung und Soldaten unmöglich wurde. „Alle Macht den Sowjets!“ hieß das Banner, unter dem sich die Massen sammelten. Sie waren mehr und mehr auch gegen regierungstreue, sogar mit Ministerämtern versehene Sozialrevolutionäre und Menschewiki gewendet und gerieten in Petrograd, Moskau, weiteren Städten unter den Einfluß der entschieden revolutionären Bolschewiki. So pendelte schließlich die Regierung des Sozialrevolutionärs Alexander F. Kerenski zwischen Machtbehauptung und Ohnmacht. Nach „links“ gegen die „Anarchie“ der Massen gerichtet, drohte sie, mit Hilfe der künftigen Konstituante alle Sowjets aufzulösen. Von „rechts“ aber wurde sie selbst bedroht: durch die Konterrevolution, zumal den Putschversuch des Generals Kornilow. Bei alledem standen deutsche Armeen tief im Land, rückten über das Baltikum gegen Petrograd vor.

In der stockenden Revolution erwies sich allein jene Partei als handlungsfähig, die sich als der „bewußte Vortrupp“ des Proletariats auffaßte: die Bolschewiki unter der enorm gewachsenen Führungskraft Lenins. Wohl widerstrebten die ZK-Mitglieder Kamenew und Grigorij J. Sinowjew dem geheimen Beschluß zum bewaffneten Aufstand, indem sie ein Warnschreiben mit Situationsanalyse an die Partei richteten.<sup>19</sup> Doch die proletarische Rote Garde verhielt sich beschlußgemäß. Mit Unterstützung revolutionär gesinnter Soldaten stürmte sie in der Nacht zum 26. Oktober (8. November) 1917 das Petrograder Winterpalais – genau zu dem Zeitpunkt, da sich die Deputierten des II. Gesamtrussischen Sowjetkongresses der Arbeiter und Soldaten im Gebäude des Smolny versammelten.

Erst dieser Aufstand eröffnete eine neue Phase der Revolution.<sup>20</sup> Er war ein Akt radikaler Überrumpelung, bei dem die Leninsche Taktik galt, dem Kongreß den Sturz der Regierung Kerenski als ein unverrückbares Faktum vorzusetzen und angesichts des neuen Machtvakuaums grundlegende Beschlüsse abzuverlangen. Dem diente auch eilige Agitation. Noch war das Winterpalais, die Zuflucht der Minister, nicht erobert, da behauptete das Revolutionäre Militärkomitee unter der Leitung Leo D. Trotzki, den Regierungssturz bereits vollzogen zu haben. Zeitung und Flugblatt soufflierten den „Bürgern Rußlands“ vier sofortige Maßnahmen: Angebot eines demokratischen Friedens, Aufhebung des Eigentums der Gutsbesitzer an Grund und Boden, Arbeiterkontrolle über die Produktion und Bildung einer neuen Regierung im Namen der Sowjets.

Wie aber konnte das in den Weiten ganz Rußlands, fern von den dahinjagenden Ereignissen der Hauptstadt, verstanden werden? Es stellt sich die Frage, ob diese Ziele nicht bloß die konsequente Fortsetzung der im Februar begonnenen bürgerlich-demokratischen Revolution anzeigten - ob also die Bolschewiki (in historischer Analogie) vielleicht nur die Rolle der französischen Jakobiner von 1793 wiederholten. Doch wenige Stunden später, der Aufstand war noch immer im Gange, beschloß der Petrograder Stadtsowjet unter dem Gewicht Lenins das gesellschaftliche Ziel des bevorstehenden Umsturzes: Die Sowjetregierung werde sich allein auf das "städtische Proletariat" und die "ganze Masse der armen Bauernschaft" stützen. Sie werde "unbeirrt zum Sozialismus schreiten": "dem einzigen Mittel, das Land von den unsagbaren Leiden und Schrecken des Krieges zu erlösen".<sup>21</sup> Das war die Strategie, die Lenin in seinen "April-Thesen" verfochten hatte. Als ein Rezipient des historischen Marxismus, den er soeben wieder studiert, in "Staat und Revolution" verarbeitet hatte, verlangte er jetzt die Zerschlagung des alten und die Errichtung eines neuen Staatsapparats. Doch er wußte sich genötigt, der tradierten Überzeugung, wonach eine sozialistische "Weltrevolution" nur von den fortgeschrittenen Ländern des Kapitalismus ausgehen konnte, Rechnung zu tragen. So kündigte er für das Wagnis in Petrograd die Solidarität der Arbeiter Italiens, Großbritanniens und Deutschlands an: Sie seien zur Empörung bereit, so daß die "Weltrevolution" alsbald kommen werde.

Während des Aufstands und der Beratung des Stadtsowjets schmorte der Gesamtrussische Sowjetkongreß. Dort hielten die Führer der Menschewiki und der Sozialrevolutionäre solange das Präsidium besetzt, bis das Winterpalais tatsächlich genommen und die meisten Minister verhaftet waren. Die Parteigrößen und ihr Gefolge räumten die Stühle mit demonstrativem Protest: "Eine militärische Verschwörung ist hinter dem Rücken des Kongresses organisiert worden."<sup>22</sup> Wer zuletzt noch im Saal war und die angekündigten Beschlüsse durch Abstimmung besiegelte, zählte zu den 625 verbliebenen Deputierten: 390 Bolschewiki, 179 Linke Sozialrevolutionäre sowie kleinere Gruppen der Vereinigten Internationalisten und der Ukrainischen Sozialrevolutionäre. Am Abend dieses 26. Oktober (8. November) 1917 schlug dann Lenins historische Stunde: "Die Frage des Friedens ist die aktuellste, die alle bewegende Frage der Gegenwart." Mit diesem Satz begann er die Verlesung des "Dekretes über den Frieden".<sup>23</sup>

Der Vorschlag an die kriegführenden Völker und ihre Regierungen, sofort Verhandlungen für einen "gerechten, demokratischen Frieden" aufzunehmen, war eine Botschaft, die in der Geschichte der Staatenkriege nicht ihresgleichen hat. Kriterium der beschworenen "Gerechtigkeit" und "Demokratie" sollte ein "Frieden ohne Annexionen (d. h. ohne Aneignung fremder Territorien, ohne gewaltsame Angliederung fremder Völkerschaften) und ohne Kontributionen" sein. Das Dekret enthält eine völkerrechtswürdige Begriffsklärung der "Annexion", wie sie noch heute taugen möchte. Die traditionelle Geheimdiplomatie, die geheimen Absprachen der Ententemächte, überdies alle bisherigen "Annexionen der Großrussen" wurden sofort und bedingungslos als ungültig erklärt. Für die Nationen und Völker - gleich, ob sie "in Europa oder in

fernen, überseeischen Ländern” lebten – wurde das Recht der nationalen Selbstbestimmung gefordert. Der Schlußteil des Dekrets war an besondere Adressaten gerichtet, an die “bewußten Arbeiter der drei fortgeschrittensten Nationen der Menschheit und der größten am gegenwärtigen Krieg beteiligten Staaten: Englands, Frankreichs und Deutschlands”. Mit der Versicherung, daß sie die russischen Oktoberrevolutionäre gewiß nicht im Stich lassen würden, sprach das Dekret nun auch vor aller Öffentlichkeit die Erwartung der sozialistischen “Weltrevolution” aus. In seinen Erläuterungen, die nicht im Dekret enthalten sind, warnte Lenin allerdings vor dem Versuch der internationalen Bourgeoisie, “die Arbeiter- und Bauernrevolution in Blut zu ersticken”<sup>24</sup>. Am Ende würden “Frieden und Sozialismus” den Charakter der soeben beginnenden neuen Weltepoche bestimmen.

Der Sowjetkongreß bestätigte ebenfalls das von Lenin verlesene, im Kern schon seit Jahren von den Sozialrevolutionären vertretene “Dekret über den Grund und Boden”.<sup>25</sup> Wegen der zentralen Stellung der Agrarfrage in der Russischen Revolution und der sich darin ausdrückenden bolschewistischen Haltung zum Eigentum gehe ich auf dieses Dekret ausführlicher ein. Der gesetzgebende Akt erfolgte vor dem flammenden Hintergrund unzähliger Übergriffe, Gewalttaten, Rebellionen der Landbevölkerungen ganz Rußlands im Widerstreit mit den Gutsbesitzern und der örtlichen Staatsbürokratie, wobei die Verschiedenheit der Interessen von Groß- und Mittelbauern, Kleinbauern und Dorfarmut ein noch zusätzlicher Zündstoff war. Historiker berichten von einer “gigantischen, unkontrollierbaren Eruption sozialer Stimmungen”, die im März des Revolutionsjahres als Konflikt begonnen hatte, jedoch bis Oktober zur “sozialen Explosion” überschlug.<sup>26</sup> Trotz der Vielgestaltigkeit dieser Situation und ihrer konfligierenden Kräfte blieben Lenins einleitende Bemerkungen zum Dekret auf einen einzigen, für ihn entscheidenden Punkt fixiert: “die gewaltigen Massen der armen Bauern”. Sie für die Revolution und die Sowjetregierung zu gewinnen, war die Konsequenz seiner grundstürzenden “April-Thesen”. Gerade sie zu beruhigen und zufrieden zu stellen, bezeichnete er als Ziel und Zweck des Dekrets, dessen 1. Artikel und revolutionierender Auftakt besagte: “Das Eigentum der Gutsbesitzer am Grund und Boden wird unverzüglich ohne jede Entschädigung aufgehoben.” Die Beschlagnahme galt auch für Ländereien der zaristischen Krone, der Klöster und der Kirchen. Der konfiszierte Besitz, der “von nun an dem ganzen Volk” gehöre, sollte einstweilen von bäuerlichen Bodenkomitees und den Kreissowjets der Bauerndeputierten eingezogen, geschützt, verwaltet werden – und zwar solange, bis Rußlands “Konstituierende Versammlung” endgültige Gesetze beschließen würde. Das knapp formulierte Dekret, das weitere Fragen des Besitzes und seiner Verteilung gar nicht berührte, schloß im 5. Artikel ziemlich überraschend mit der Bestimmung: “Der Boden der einfachen Bauern und einfachen Kosaken unterliegt nicht der Konfiskation.” Diese ostentative Feststellung ließ das Gesetz als Initialzündung für weitere umwälzende Beschlüsse erahnen. Sie erzeugte die ungeheure Frage: Wenn der Bodenbesitz der bislang herrschenden Klasse konfisziert, die arme Bauernschaft hingegen nachdrücklich von Konfiskation ausgenommen wurde – was würde dann mit dem noch

nicht erwähnten Eigentum und Landbesitz von Großbauern, Mittelbauern und relativ gutgestellten Kleinbauern geschehen?

Die Antwort erfolgte in einem "Bäuerlichen Wählerauftrag", der dem Text des Dekrets hinzugefügt wurde.<sup>27</sup> Darin legten Bolschewiken und Linke Sozialrevolutionäre - mit wiederholtem Vorbehalt zugunsten künftiger Beschlüsse der "Konstituierenden Versammlung" - ihre Auffassung von der "gerechtesten Lösung" der Agrarfrage dar. Das "Privateigentum am Grund und Boden" sei "für immer" und "entschädigungslos" aufzuheben, der gesamte Boden zum "Gemeineigentum des Volkes" zu machen und "allen, die ihn bearbeiten, zur Nutzung" zu übergeben. Bodenschätze, Waldungen, Gewässer von Bedeutung müßten der "ausschließlichen Nutzung des Staates", die von geringerem Wert der Nutzung örtlicher Selbstverwaltungen übertragen werden. Das "Recht der Bodennutzung" für Ackerbau und Viehwirtschaft sei allen Staatsbürgern, "die den Boden selbst, mit Hilfe ihrer Familie oder genossenschaftlich bearbeiten wollen", für die Dauer ihrer Arbeitsfähigkeit zu erteilen, danach aber sei der Boden wieder einzuziehen. Die Massenlosung "Der Boden den Bauern!" sollte sich folglich nicht als Privateigentum, sondern nur als Verfügungsrecht des einzelbäuerlichen Produzenten oder der Genossenschaftler realisieren. Lohnarbeit wurde verboten. Der "Wählerauftrag" stieß das Tor der Eigentumsverhältnisse, das durch die Enteignung der halbfeudalen Herrschaftseliten schon nicht mehr verschlossen war, mit Entschiedenheit für eine gesamtgesellschaftliche Umwälzung auf. "Volkseigentum" sollte hinfort der oberste Rechtstitel sein. Doch was für den späteren "real existierenden Sozialismus" zum Charakteristikum wurde: De facto unterlag das "Volkseigentum" den Entscheidungen der zentralen und örtlichen Staatsorgane, die jetzt freilich noch als Institutionen demokratischer "Selbstverwaltung" deklariert wurden. - Diesen "Wählerauftrag" erklärte Lenin zum "provisorischen Gesetz". Es sei trotz der künftigen Konstituierenden Versammlung "nach Möglichkeit sofort" durchzuführen. Der gesamte Text des Dekrets und des beigegebenen Auftrags orientierte vorzugsweise auf massenhafte, also kleinbäuerliche Agrarbetriebe. Den Groß- und Mittelbauern hingegen war die Enteignung definitiv angedroht: In der noch dauernden Revolution waren ihre Wirtschaftsbetriebe dem Zugriff der "gewaltigen Massen der armen Bauern" preisgegeben.

Die Bolschewiken wußten, daß die große Mehrheit der Bauern nicht ihnen, sondern den Sozialrevolutionären, der damals größten und einflußreichsten Partei in Rußland, folgte. Dieser Umstand veranlaßte Lenin abschließend zu einer Erklärung, die gemäßigt klang: "Wenn die Bauern den Sozialrevolutionären weiterhin Gefolgschaft leisten, selbst wenn sie dieser Partei die Mehrheit in der Konstituierenden Versammlung geben, werden wir [...] sagen: Sei's drum. [...] Wir müssen der schöpferischen Kraft der Volksmassen volle Freiheit gewähren. [...] Das Wesentliche ist, daß die Bauernschaft die feste Überzeugung gewinnt, daß es auf dem Lande keine Gutsbesitzer mehr gibt, daß es den Bauern selbst überlassen wird, alle Fragen zu entscheiden, selbst ihr Leben zu gestalten."<sup>28</sup> War das nur die angemessene Achtung vor gesetzlichen Institutionen, also vor demokratischen Wahlen und parlamentarischen Beschlüssen der sooft genannten "Konstituierenden Versammlung"? Wir sind zu der Annahme

berechtigt, daß der Redner den radikalen Klassenkampf zwischen Dorfarmut und Kulaken bereits kalkulierte.

Das dritte Dekret enthielt den “Beschluß über die Bildung der Arbeiter- und Bauernregierung”: ebenfalls deklariert als ein Provisorium “zur Verwaltung des Landes bis zur Einberufung der Konstituierenden Versammlung” und betitelt als “Rat der Volkskommissare”.<sup>29</sup> Die Wahl Lenins in die Funktion des Vorsitzenden (nach traditionellen Begriffen: des Ministerpräsidenten) anerkannte die intellektuelle Überzeugungskraft des Führers der Bolschewiki. Den Protagonisten des Oktoberumsturzes war das politische Wagnis ihrer Machteroberung bewußt. Trotzki, in der Historie bekannt als Verfechter der marxistischen Hypothese der “Weltrevolution”, sagte auf der Tribüne des Sowjetkongresses freiheraus: “[...] daß wir wohl wissen, daß, wenn auch weiterhin in Europa die imperialistische Bourgeoisie herrschen wird, das revolutionäre Rußland sich allein nicht zu halten vermag. Es gibt nur die Alternative: Entweder die russische Revolution wird eine revolutionäre Bewegung in Europa auslösen, oder die reaktionären Mächte Europas werden das revolutionäre Rußland zerstören.”<sup>30</sup>

Die Beschlüsse des Gesamtrussischen Sowjetkongresses der Arbeiter- und Soldatendeputierten (d. h. kaum der Bauern, die derzeit den Boden bearbeiteten) waren das unmittelbare Ergebnis des zweiten Petrograder Aufstands im Prozeß der seit Februar sich entwickelnden Revolution. Obwohl der Aufstand in der Öffentlichkeit Rußlands nicht unter sozialistischen, sondern demokratischen Losungen siegte, ist er in der Sowjetunion und von deren Parteigängern in aller Welt mit dem Diktum “Große Sozialistische Oktoberrevolution” erinnert und gefeiert worden. Tatsächlich aber erfüllte die neue, sich selbst als “provisorisch” bezeichnende Regierung bis zum Jahresende 1917 die noch ungelösten Aufgaben der bürgerlich-demokratischen Februarrevolution. Sie ließ endlich die Wahlen zur Konstituante durchführen, mühte sich um allgemeine, jedoch von den Westmächten boykottierte Friedensverhandlungen, schloß einen Waffenstillstand mit Deutschland und dessen Verbündeten, verfügte die Aufhebung der aus der Feudalzeit überkommenen Ständestrukturen, überdies die Trennung der Kirche von Staat und Schule, die Einführung des achtstündigen Arbeitstages und des Selbstbestimmungsrechtes der unter russischer Herrschaft stehenden Nationen. Nur die Absichtserklärungen über Arbeiterkontrolle der Produktion und Nationalisierung der Banken, des Bodens und der Bodenschätze steuerten einen direkten Zugang zum Sozialismus an.

Bereits nach wenigen Wochen, im November 1917, geriet die neue Regierung in eine erste innere Krise. Weil Lenin und seine unbedingten Anhänger die Forderung nach einer “sozialistischen Einheitsregierung” mit Vertretern der Menschewiki und Sozialrevolutionäre zurückwiesen, protestierten elf Volkskommissare, von denen zehn ihr Amt niederlegten: “Eine rein bolschewistische Regierung [...] kann sich nur mittels politischen Terrors an der Macht halten. Das wird zur Bildung eines Regimes ohne Verantwortung führen.”<sup>31</sup> Der alte Plechanow, Lenins historischer Kontrahent, warnte überdies im “Offenen Brief” an die Petrograder Arbeiter vor einer Errichtung der Diktatur des Proletariats.<sup>32</sup> Die Arbeiterklasse, nur eine kleine Minderheit der

Bevölkerung, müsse bedenken, daß die Bauern, die überwiegende Volksmehrheit, zwar das Land der Gutsbesitzer benötigten, ihre Interessen aber "nicht auf den Sozialismus, sondern auf den Kapitalismus gerichtet" seien. Die Bauern wären daher "beim Aufbau der sozialistischen Produktionsweise ein sehr unzuverlässiger Bündnispartner". Plechanow widersprach auch der übereilten Behauptung: "Was der russische Arbeiter begonnen hat, wird der deutsche vollenden." Statt dessen entwarf er die unfreiwillig düstere Prognose: "Wenn das russische Proletariat die politische Macht zur unrechten Zeit erobert, wird es die soziale Revolution nicht durchführen, sondern nur den Bürgerkrieg auslösen, der es letzten Endes zwingen wird, sich weit hinter die im Februar und März dieses Jahres erkämpften Positionen zurückzuziehen."

### 5. Die Konstituierende Versammlung

Seit Dezember 1917 standen die Bolschewiki nun doch im zeitweiligen Koalitionszwang mit Linken Sozialrevolutionären und als Regierende vor allem unter dem Massendruck von Bauern, Soldaten, Arbeitern, bürgerlichen Nationalisten. Diese sprachen von "Sozialisierung" und gar von "Sozialismus", ohne die tatsächlichen Konsequenzen zu kennen oder zu wollen. Während die "proletarische Avantgarde" das Privateigentum an den Produktionsmitteln abzuschaffen gedachte, beharrten die grundbesitzenden Bauern auf ihrem Landeigentum, wollten aber auch viele der Armen in den Dorfgemeinden endlich zu persönlichem Besitz an Boden gelangen. Während die Bolschewiki trotz ihrer Friedensbemühungen an die Notwendigkeit denken mußten, daß sich das erneuernde Rußland gegen innere und äußere Konterrevolution mit Revolutionstruppen zu verteidigen habe, – strömten ungeheure Massen von Bauernsoldaten in ihre Dörfer zurück, um bei der Landverteilung anwesend zu sein. Während die überzeugten Marxisten-Leninisten im Industrieproletariat den missionarischen Träger für Sozialismus und Kommunismus erblickten, waren die Arbeiter bekanntlich nur ein sehr geringer Bevölkerungsteil, und manch einer mochte die gewerkschaftliche Freiheit, seine Vertreter zu wählen und auch abzuwählen, nicht der bolschewistischen Partei- und Klassendisziplin opfern. Schließlich gab es noch die politischen Führungskräfte, die in Finnland die Abtrennung von Rußland und in den anderen Landesvertretungen das Recht der nationalen Selbstbestimmung beanspruchten. Sie waren in der Mehrzahl keineswegs Betreiber der sozialen Revolution, geschweige denn Parteigänger des Bolschewismus. Das alles mußte zu schweren Auseinandersetzungen führen.

Bereits in der bisherigen Revolution hatten Losungen der bürgerlich-demokratischen "Freiheiten" und der sozial-revolutionären "Gleichheit" polarisierend gewirkt. Das Ereignis, das gemäßigte Demokraten und radikal-sozialistische Klassenkämpfer vollends spaltete, vollzog sich am 5./6. (18./19.) Januar 1918: dem Geburts- und zugleich Sterbedatum der seit langem angekündigten "Konstituierenden Versammlung". Diese war von 46,5 Millionen (etwa 60 % der Stimmberechtigten Rußlands) gewählt worden, und wie Lenin vorausgesehen hatte, bildeten die Deputierten der Sozialrevolutionären Partei die stärkste Fraktion (370 von 601 anwesenden Abgeordneten).

Die Bolschewiki hingegen, die kaum ein Drittel der Abgeordnetenplätze (175) einnahmen, wollten die soziale Revolution auf die Tagesordnung setzen. Folglich schlugen sie den Text einer "Deklaration der Rechte des werktätigen und ausgebeuteten Volkes" zur Diskussion und Annahme vor.

Das Dokument war von grundgesetzlicher Bedeutung.<sup>33</sup> Es verlangte die Konstituierung des neuen Staates als föderative Sowjetrepublik und den sofortigen Vollzug der sozialistischen Revolution: Abschaffung des umstrittenen "Privateigentums an Grund und Boden", "Übergang der Fabriken, Werke, Bergwerke, Eisenbahnen und sonstigen Produktions- und Verkehrsmittel in das Eigentum des Arbeiter- und Bauernstaates", Verstaatlichung der Banken, Einführung der "allgemeinen Arbeitspflicht" und "Bildung einer sozialistischen Roten Armee der Arbeiter und Bauern". Nach Annahme dieser Deklaration sollte die Konstituante ihre Aufgaben als erledigt betrachten und ihre Selbstauflösung beschließen. Weil sich aber die Majorität der Versammlung mit Berufung auf Landeswahlen und parlamentarische Vollmachten verweigerte, brach der Klassenkampf offen hervor. Nikolai I. Bucharin, Hauptredner der bolschewistischen Fraktion, attackierte alle Absichten zum "Aufbau einer hundsmiserablen bürgerlich-demokratischen Republik".<sup>34</sup> Im Namen der Weltrevolution erklärte er den "Kampf auf Leben und Tod", und sogleich reagierte die im Hintergrund lauende Revolutionsregierung. Der Rat der Volkskommissare dekretierte die Auflösung der Konstituante. Er ließ die Parlamentarier auf die Straße setzen.

Seit Wochen schon hatte Lenin, der stetige Verneiner des Parlamentarismus, seine Genossen auf diesen Coup eingeschworen. Die Kraftprobe war ein untrügliches Zeichen, daß die bürgerlich-demokratische Revolution nun endigen und die sozialistische Revolution tatsächlich beginnen sollte. Der Kommentar Lenins lautete: "Der Krieg und die durch ihn verursachten unerhörten Leiden der erschöpften Völker haben den Boden für das Aufflammen der sozialen Revolution bereitet." Er fügte in rigoroser Entschlossenheit hinzu: "Kein Zweifel, *im Entwicklungsprozeß der Revolution*, der durch die Kraft der Sowjets ausgelöst worden ist, werden alle möglichen Fehler und Mißgriffe vorkommen – aber es ist für niemanden ein Geheimnis, daß jede revolutionäre Bewegung stets unvermeidlich von vorübergehenden Erscheinungen des Chaos, der Zerrüttung und Unordnung begleitet ist. [...] Die Konstituierende Versammlung wird aufgelöst, die revolutionäre Sowjetrepublik aber wird triumphieren, koste es, was es wolle."<sup>35</sup> - Wir registrieren den Willen zum äußersten Risiko. Was aber ebenfalls interessieren sollte, ist die Tatsache, daß Lenins Kommentar allen späteren Deutungen widerspricht, die auf den Akt bloßer Machteroberung eingeschworen scheinen, indem sie den Sieg der sozialistischen Revolution bereits auf den Oktober 1917 und den Januar 1918 datieren. Lenin selbst sah sich und seine Partei noch immer "im Entwicklungsprozeß der Revolution".

## 6. Bürgerkrieg und offener Schluß

Es sei die Frage gestellt: Wann und womit endete die Russische Revolution? Das könnte helfen, der schönfärbenden Schreibweise entgegenzuwirken, die den Bürger-

krieg aus der Revolution herausnimmt und ausschließlich auf dem Schuldkonto der verschiedenen Widerständler gegen die bolschewistische Staatsmacht verrechnet. Solches geschieht durch die Behauptung der völligen „Interessengleichheit zwischen Bolschewiki und Volk“ sowie die Legende von der „unblutigsten Revolution der Geschichte“. In Wirklichkeit waren die mörderischen Konflikte des Bürgerkrieges, der nicht zuletzt durch den Interessenwiderspruch zwischen Bolschewiki und sozialen Schichten der Bauern ausbrach, ein immanenter Bestandteil der Revolution. Die Umwälzung unter der Losung „Der Boden den Bauern!“ hatte die lokalen Herrschaften der Gutsbesitzer hinweggefegt. Doch die Differenzierung zwischen grundbesitzenden Bauern und Dorfarmut war geblieben – und eben diese verschärfte sich infolge der bolschewistischen Agrardekrete im Sommer 1918 zur gewaltsamen Auseinandersetzung. Die Großbauern, die in vielen Dorfsowjets das Sagen hatten, wurden im europäischen Rußland dem Angriff von 122.664 amtlich geförderten „Komitees der Dorfarmut“ ausgesetzt, wodurch sie am Ende 50 Millionen Hektar Land von 80 Millionen einbüßten. Lenin bezeichnete „unseren Krieg gegen die Kulaken“ als einen „heiligen Krieg“, womit man allerdings in „eine Periode neuer Verheerungen“, eine „der schwersten Perioden der Revolution“ eintrete.<sup>36</sup> Maxim Gorki dagegen hatte schon seit Monaten die Lenin-Partei kritisiert, weil sie die anarchischen und destruktiven Kräfte der Bauern mobilisiere: „Das ist ein russischer Aufstand ohne Sozialisten im eigentlichen Sinne und ohne sozialistische Geisteshaltung“.<sup>37</sup> Diese erste „Entkulakisierung“ führte zur Stärkung der Mittelbauern und zu vielen Kleinbauernstellen – jedoch nicht zu sozialistischen Wirtschaftsbetrieben.

Im dreijährigen Bürgerkrieg und zudem im Verteidigungskrieg gegen die Interventionstruppen aus 14 kapitalistischen Ländern behauptete sich die Sowjetmacht. Damit rückte ein Staat in die Weltgeschichte ein, der weder vom halbfeudalen Zarismus noch von der kapitalistischen Bourgeoisie beherrscht wurde. Die Sowjetmacht übersprang die in der bisherigen Staatengeschichte gewohnten, auf Feudalismus und Absolutismus folgenden bürgerlichen Herrschaftssysteme – so den Bonapartismus oder die liberal-konstitutionelle Monarchie oder die demokratisch-parlamentarische Republik. Doch als schwere Hypothek erwies sich der Irrtum Lenins, der mit Berufung auf „wissenschaftliche Voraussicht“ behauptet hatte, daß „die sozialistische Revolution in Europa kommen“ müsse, sich daher „alle unsere Hoffnungen auf den endgültigen Sieg des Sozialismus“ gründen könnten.<sup>38</sup> In den Kriegsverliererstaaten Deutschland und Österreich-Ungarn stürzten die kaiserlichen Regimes, scheiterten aber alle Bemühungen für eine proletarische Revolution. Bei den bürgerlichen Siegermächten Frankreich, Großbritannien, den USA fand nicht einmal ein revolutionärer Versuch statt. Die „Weltrevolution“ ließ auf sich warten. Rußland blieb isoliert in der Umzingelung von kapitalistischen Staaten. Die unbequemen Warnungen der Bolschewiki Kamenew und Sinowjew, des Menschewiken Plechanow und vieler anderer hatten sich als berechtigt erwiesen.

Was den Krieg zur Verteidigung des revolutionären Staates betrifft, so schwanken die Urteile zwischen tatsächlichem „Heroismus“ und dem von Isaak Babel hinterlasse-

nen Zeugnis "einer erlebten Hölle und endlosen Totenmesse"<sup>39</sup>. Daß die bewaffnete Konterrevolution der Bourgeoisie und der Gutsbesitzer, der Widerstand der Kulaken und überdies die Angriffe der ausländischen Interventionskorps nicht mit Friedenssprüchen zu bannen waren, also wiederum Krieg erforderten, war eine Zwangslage, die die Bolschewiki mit den früheren bürgerlichen Revolutionen der Niederländer, Engländer, US-Amerikaner und Franzosen teilten. Jedoch geschahen maßlose Verletzungen der human-sozialistischen Befreiungsethik gegenüber der eigenen Bevölkerung überall dort, wo Zwang durch Überzeugung regierte. Abneigung wurde durch martialische Niederwerfung, Widerstand durch oft überzogene Gegengewalt gebrochen. Dabei waren die Millionenmassen des bäuerlichen Volkes, auf dessen Rücken sich die konträren Militärgewalten austobten, eigentlich keine Regimefeinde. Weil aber Armee und Städte, die Zentren der Revolution, im Würgering der Konterrevolution zu verhungern drohten, dekretierte die bolschewistische Führung nicht bloß den "Kriegskommunismus". Ihre Truppen zogen in die Dörfer, requirierten Lebensmittel und Vieh, raubten Saatgut, brachen Proteste und Gegenwehr mit Waffengewalt. Indem sie die schwer vermeidbare Praxis der Jakobiner von 1793 wiederholten, erzeugten sie selbst die "Vendée", in der sich die wirkliche Konterrevolution durch zahlreiche Bauernrevolten potenzierte. Von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer, von Belorußland bis Ostsibirien wurde gebrandschatzt, getötet, verhungert, an Seuchen krepirt. Man schätzt die Toten auf etwa 13 Millionen. Allein durch die Hungersnot, die 1921 in den Gebieten der Wolga grassierte, sollen fünf Millionen Menschen gestorben sein.<sup>40</sup> – Die Schrecken des Bürgerkrieges, seit dem Streit um die "April-Thesen" immer wieder warnend beschworen, waren also gekommen. Wenn Lenin und seine "Berufsrevolutionäre", die sich zu Militärs und Staatsfunktionären wandelten, auch nicht die alleinige Schuld trugen – sie hatten das Risiko gewagt und die Mahnungen in den Wind geschlagen. Einmal im Mahlstrom des Krieges befindlich, vermochten sie ihre eroberte Macht ohne Zwang und Terror nicht zu verteidigen.

Auf der Waagschale dieser Revolutionsgeschichte lasten noch weitere schwere Gewichte. Abgesehen vom modernen Guerillakrieg sind große Kriege ohne Konzentration der militärischen Kommandogewalten und Zentralisation des Staatsapparats kaum zu gewinnen. Was in Lenins Parteikonzept schon weit früher an Zentralismus, Machtwillen und Disziplinierung angelegt war, realisierte sich in den bedrohlichen Situationen des bolschewistischen Staates und gebar ein durchaus negatives Kriegsergebnis: die Unterwerfung selbständiger Regungen des werktätigen Volkes, die tatsächliche und hinfort bleibende Abschaffung der demokratischen Errungenschaften der Februarrevolution. Nicht genug, daß bürgerliche Parteien unterdrückt, staatliche Gewaltenteilung, Pressefreiheit, Wahlen und Parlamentarismus verworfen wurden. In den Verbotspraktiken gegen Sozialrevolutionäre, Volkssozialisten, Internationalisten, Linke Sozialrevolutionäre und dem immerwährend feindlichen Argwohn gegen die Menschewiki offenbarte sich die Tendenz zum Ein-Partei-Regime, zur Liquidation aller Organisationsformen von demokratischer Eigenständigkeit und Kritik. Den Schlußpunkt setzte die Niederschlagung des Kronstädter Aufstands, der unter der

Losung "Sowjets ohne Kommunisten!" erfolgte. Der Bürgerkrieg endete 1921 mit der politischen Entmündigung der lokalen und regionalen Sowjets, der Arbeiter- und Bauernkomitees, der Gewerkschaften, sogar der Opposition in den eigenen Reihen der bolschewistischen Partei. Der Staatstitel "Sowjet-Republik" gebrauchte zwar den Namen der ursprünglichen Basisdemokratie, die 1917 als "Revolution von unten" den Volkswillen gegen Zarismus und bürgerliche Regierung verkörpert hatte. Doch die basisdemokratischen Institutionen waren von den Bolschewiki angepaßt, wenn nicht bereits zerschlagen worden.

Abschließend sei an die soziale Charakterisierung des Februarumsturzes erinnert, die der Volkssozialist Mjakotin im Frühjahr 1917 gegeben hatte. Was war im Verlauf der Russischen Revolution aus den damals genannten Klassen und Schichten geworden? - Die zaristische Aristokratie und die Gutsbesitzerkaste waren aus Staat und Gesellschaft verschwunden. Die an Zahl geringe Bourgeoisie entkam entweder ins Ausland oder verbarg sich unter Preisgabe ihres Klassencharakters als Angestellte und Spezialisten in den neuen politisch-sozialen Strukturen. Das von Mjakotin nicht erwähnte Kleinbürgertum der Handwerker, Händler, sonstigen Gewerbetreibenden, das in der bürgerlichen Gesellschaft schon immer zwischen Bourgeoisie und Proletariat, sozialem Auf- oder Abstieg lebte, vegetierte in Klein- und Kleinstgewerbe, den Abgründen des Schwarzhandels und des Ruins. Allein die Arbeiterklasse hatte Losung und Verheißung des Sozialismus in sich aufgenommen. Sie vor allem hatte in den Stoßbrigaden der Roten Armee gekämpft und geblutet, war aber durch Waffengewalt und Hunger stark dezimiert. Die Intelligenz, soweit sie sich anfangs für die Erneuerung Rußlands begeisterte, war seit Oktoberumsturz und Bürgerkrieg von Skrupeln geplagt, so daß viele, die sich nicht anpassen mochten, ebenfalls in die bürgerlich-demokratischen Länder des Westens emigrierten. Ein Beispiel ist Gorki, der die Voraussetzungen für eine sozialistische Revolution nicht erkennen konnte, daher die Machteroberung der Bolschewiki ablehnte: Was sie wagten, sei ein "grausames wissenschaftliches Experiment am lebenden Körper Rußlands", wobei vor allem das junge Proletariat als Material für den Versuch der "Weltrevolution" mißbraucht werde.<sup>41</sup>

Es bleiben schließlich noch viele Millionen der Landbevölkerung. Die Massenlosung "Der Boden den Bauern!", von den Bolschewiki aufgegriffen und in Gesetze übertragen, hatte den Gutsbesitz liquidiert, die Anzahl der Großbauern radikal eingeschränkt, aber nicht bewirkt, daß dieser Grundbesitz in prosperierende Kleinbauernhöfe, geschweige denn genossenschaftliche Musterwirtschaften verwandelt wurde. Neben den weiteren Bedenkllichkeiten in Rosa Luxemburgs berühmter Gefängnischrift hatte dieser Umstand (trotz politischer Sympathie für die Oktoberrevolutionäre) zur frühen Kritik gereicht.<sup>42</sup> Statt strategischer Agrarpolitik des Sozialismus praktizierten die Bolschewiki in ihrer Notlage den "Kriegskommunismus" und den "Roten Terror" zwecks Sicherung eines nur spärlichen Lebensunterhalts. Es war ein Verfahren, das den Namen der Gesellschaftspolitik nicht verdiente und nach dem Sieg über die Interventen unmöglich fortgesetzt werden konnte. Vor dem Hintergrund des ausgebluteten Landes und der noch immer flammenden Bauernaufstände dekretierten die Bolschewiki auf Vor-

schlag Lenins im Frühjahr 1921 die "Neue Ökonomische Politik". Sie betitelten die Verhältnisse keineswegs als "Sozialismus", sondern sehr einschränkend als "Staatskapitalismus". Aber sie wagten zur selben Zeit noch einmal einen Versuch zur "Weltrevolution": Mit Hilfe der Kommunistischen Internationale wurden proletarische Märzunruhen in Mitteldeutschland angeheizt, die gänzlich mißlingen und die Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands schwer schädigten.<sup>43</sup>

So bleiben am Ende der historischen Tragödie mindestens zwei polemische Feststellungen. *Erstens* sollte die Erfahrung unvergessen bleiben, daß ein Weltkrieg kapitalistischer Staaten die latente Krise Rußlands vertiefte, die Revolution auslöste und daß eben diese Staaten der jungen Sowjetmacht den erbittertsten Widerstand entgegensetzten. Zuerst das Kaiserreich Deutschland, dann die Ententemächte England und Frankreich, schließlich auch Japan, das neukonstituierte Polen und weitere Staaten übertrugen die Gewaltlogik des Weltkrieges auf ihre Aggressionen gegen den welt-historischen Versuch eines Staates, der eine antikapitalistische Alternative sein wollte. – *Zweitens* aber erstand und siegte damals kein Sozialismus. Was mit der bürgerlich-demokratischen Februarrevolution 1917 begonnen hatte, endete genau vier Jahre später mit der "Neuen Ökonomischen Politik", dem von den Bolschewiki reglementierten "Staatskapitalismus". Dieses einstweilige Ergebnis der Russischen Revolution rechtfertigt nicht den zweifelhaften Titel der "Großen Sozialistischen Oktoberrevolution".<sup>44</sup> Das Verhältnis zwischen der ideologischen Begriffsbildung und der weit komplizierteren Realität der Geschichte mußte im Traditionsverständnis der Sozialisten geprüft und präzisiert werden. Selbst Lenin, der faszinierende Charakter und zugleich höchst problematische Antreiber der Russischen Revolution, besann sich seit dem Beginn der NÖP auf eigene Fehleinschätzungen: "Wir nahmen an, [...] daß wir durch unmittelbare Befehle des proletarischen Staates die staatliche Produktion und die staatliche Verteilung der Güter in einem kleinbäuerlichen Land kommunistisch regeln könnten."<sup>45</sup> Er suchte die revolutionären Übertreibungen zu rechtfertigen, aber auch zu begreifen. So schrieb er 1921 an W. W. Adoratski: "Könnten Sie mir nicht behilflich sein, [...] den Artikel (oder die Stelle aus einer Broschüre? Oder den Brief?) von Engels [zu finden], in dem er, gestützt auf die Erfahrungen von 1648 und 1789, davon spricht, daß es anscheinend ein Gesetz gibt, das von der Revolution fordert, *über das hinauszu-gehen, was sie bewältigen kann*, um weniger bedeutende Umgestaltungen zu festigen?"<sup>46</sup>

Es war die bürgerlich-demokratische Revolution, die in Rußland durchgesetzt wurde - allerdings ohne die Verfassungsrechte und die Institutionen bürgerlicher Demokratie. Was hingegen die bolschewistische Partei und den Staat betraf, die sich in ihrer revolutionären Rhetorik andauernd als die Macht des Proletariats bezeichneten, während ihr Werdegang offenbar unaufhaltsam zum nachrevolutionären Bonapartismus tendierte, so bescheinigte ihnen der todkranke Führer in seiner letzten harschen Kritik, daß sie ein Herd des Bürokratismus, aber "nicht sozialistisch" seien.<sup>47</sup>

*Nachbemerkung*

In den bürgerlichen Revolutionen Europas, die bis zum Ende des 19. Jahrhunderts geschehen waren, erkannte Friedrich Engels, daß diese "bedeutend über das Ziel hinausgeführt" wurden, um objektiv nur Resultate zu sichern, die für niemand anders als für das Bürgertum "erntereif" waren. Er vermutete darin "eins der Entwicklungsgesetze der bürgerlichen Gesellschaft". Heute, nachdem die Sowjetunion und der Sozialismus in Ost-Mittel-Europa gescheitert sind, bleibt zu fragen, ob die von Engels beschriebene, von Lenin rezipierte Erfahrung im übertragenen Sinne nicht auch für das ganze 20. Jahrhundert gilt. Gewiß waren die "klassischen" bürgerlichen Revolutionen schon seit langem nicht wiederholbar. Seit der Insurrektion des Pariser Proletariats im Juni 1848 und zumal der Pariser Kommune von 1871 wurden die Revolutionen durch Bedürfnis und Kampf der arbeitenden Klassen über die Interessen der Bourgeoisie hinausgetrieben: tendierend zu sozialistischen Lösungen. Doch zuletzt siegten und profitierten immerzu jene Schichten der Bourgeoisie, die den gegebenen Zeitverhältnissen entsprachen; sie allein festigten ihre politische und ökonomische Macht. Man könnte aus diesen Tatsachen einen historischen Analogieschluß ziehen.

Am Beginn des Ersten Weltkrieges war Rußland noch ein halbfeudales, absolutistisch regiertes Land – heute hingegen existiert dort ein Kapitalismus in spezifisch russischen Entwicklungsformen. Was ist geschehen? Die bürgerlich-demokratische Februarrevolution von 1917 eröffnete eine Umwälzung des Staates und der Gesellschaft, die aber erst durch den Oktoberaufstand und die frühe Sowjetregierung irreversibel wurde. Dabei trieben die Bolschewiki, die unter den sozialistisch gesinnten Zeitgenossen die "äußerste Linke" waren, die Revolution über ihre bürgerlich-demokratischen Anfänge hinaus, indem sie sich selbst und die weitere Entwicklung als sozialistisch auffaßten. Sie entfachten das Fanal einer sozialen Revolution, das in weiteren Völkern ebenfalls zum Versuch einer sozialistischen Gesellschaft, mehr noch zum Kampf für nationale Unabhängigkeit von kapitalistischen Kolonialmächten und gegen den von Deutschland angeführten Block des Faschismus zündete. Mit dem Zerfall der Sowjetunion jedoch rückte zuletzt eine Bourgeoisie an die Macht, die ausgerechnet aus den staatsmonopolistischen Strukturen des vermeintlichen Sozialismus hervorkam – insbesondere aus der Nomenklatura der alten Staatspartei und des Komsomol. Der Vorgang ist von Helmut Steiner in der Leibniz-Sozietät durch Wort und Schrift bewiesen worden.<sup>48</sup>

Gemessen an den aktuellen Tatsachen wäre zu sagen: Durch ursprüngliche Akkumulation des Kapitals, rigide Industrialisierung und Agrarrevolution hat der von Lenin inaugurierte, von Stalin durchgepeitschte, vorzeitige "Sozialismus" soziale, technologische, infrastrukturelle Voraussetzungen geschaffen, worüber die neue Bourgeoisie in Rußland und weiteren Ländern heute verfügt. Für jeden, der den "Roten Oktober" als seine politische Geburtsurkunde begriff, muß ein solches Ergebnis enttäuschend sein. Und doch scheint jetzt die Einsicht veranlaßt, trotz aller Mühen und Kämpfe gegen kapitalistische Ausbeutung und Krieg, setzt man den Terminus "Revolution" nicht für temporäre Versuche, sondern universal, d. h. streng welthistorisch, so bezeichnet er in

der ganzen Geschichte der Neuzeit bislang ausschließlich *bürgerliche, den Kapitalismus begünstigende Endresultate*. Die Jahrhundertwende 2000 gewährt der Menschheit keine sozial gerechte Arbeits- und Lebenswelt, zudem keinen Frieden. Vielmehr grassieren die Ansprüche des Großkapitals auf globalistische Weltherrschaft. In solchen Verhältnissen wurzeln aber auch die überdauernden Ansprüche der lasttragenden, bedürftigen Menschheit. Darin mag die Tragödie der Russischen Revolution aufgehoben sein: als Erinnerung und Mahnung eines verzweifelten Versuchs sozialer Befreiung in den verheerenden Kriegen des 20. Jahrhunderts.

Unter philosophischem Aspekt hat Wolfgang Eichhorn kürzlich geschrieben, daß vergangene Begebenheiten und Aktivitäten hinsichtlich ihrer historischen Bedeutung durch "Unbestimmtheit und Unschärfen" gekennzeichnet seien, die "*als Möglichkeitsfelder*" interpretiert werden könnten.<sup>49</sup> Wohlan: Um konkrete Geschichte gedanklich zu fassen, ist es erforderlich, auch "in Möglichkeiten zu denken".

- 
- \* Vortrag in der Klasse für Sozial- und Geisteswissenschaften der Leibniz-Sozietät e. V., Berlin, 21. Februar 2002. Mit diesen Thesen möchte ich eine Diskussion wiederaufnehmen, die durch ein Kolloquium des Plenums der Leibniz-Sozietät begonnen wurde. Siehe Bericht: Helmut Bock, Die Russische Revolution 1917. Weltereignis – Widerstreit – Wirkungen, in: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät, Bd. 19 (Jg. 1997), H.4, S.161ff.; nachgedr. in: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Nr. 34, Juni 1998, S.172ff.
- 1 Carl Zuckmayer, Als wär's ein Stück von mir. Horen der Freundschaft, Frankfurt a. M. 1969, S.209; siehe auch: Theodor Bergmann u. a. (Hrsg.): Der Widerschein der Russischen Revolution. Ein kritischer Rückblick auf 1917 und die Folgen, Hamburg 1997, S.169ff., 206ff.
  - 2 Siehe Karl Marx/Friedrich Engels: Artikel aus der Neuen Rheinischen Zeitung, in: Marx/Engels, Werke (im folgenden MEW), Bd. 6, S.150, 176, 397f., 506; Karl Marx: Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850, in: MEW, Bd. 7, S.79.
  - 3 Siehe Engels an Marx, London, 9. September 1879, in: MEW, Bd. 34, S.105; Engels an August Bebel, London, 16. Dezember 1879, ebenda, S.431; Marx an N. F. Danielson, Ramsgate, 12. September 1880, in: ebenda, S.464.
  - 4 Friedrich Engels: Einleitung (zu Sigismund Borkheims Broschüre "Zur Erinnerung für die deutschen Mordspatrioten, 1806-1807"), in: MEW, Bd. 21, S.350f.
  - 5 Friedrich Engels: Brief an das Organisationskomitee des Internationalen Festes in Paris, London, 13. Februar 1887, in: ebenda, S.344.
  - 6 Friedrich Engels: Der Sozialismus in Deutschland, in: MEW, Bd. 22, S.256.
  - 7 Friedrich Engels: Einleitung zu Marx' "Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850", in: ebenda, S.524.
  - 8 Friedrich Engels: Einleitung zur englischen Ausgabe der "Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft" (1892), in: ebenda, S.301.
  - 9 Friedrich Engels: Einleitung zu Marx' "Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850" (1895), in: ebenda, S.514.
  - 10 Ebenda, S.523.
  - 11 Siehe Wenedikt A. Mjakotin, Die Revolution und die nächsten Aufgaben, Moskau 1917 (russ.); zitiert nach Sonja Striegnitz: Im Revolutionsgeschehen 1917. Sozialrevolutionäre - Wiedergeburt und Positionsbestimmung, in: Wladislaw Hedeler/Horst Schützler/Sonja Striegnitz (Hrsg.): Die Russische Revolution 1917. Wegweiser oder Sackgasse? Berlin 1997, S.97.
  - 12 P. W. Wolobujew und W. P. Buldakow beurteilen die Februarrevolution und ihre Folgen unter psychosozialen Aspekten: "Entgegen den Vorstellungen der Ereignishistoriographie erweist sich *nicht der bolschewistische' Oktober*, sondern der *demokratische' Februar als der kritische Punkt* im Jahre 1917.

- Für die im paternalistischen Denken verhafteten Massen war die Tatsache des Sturzes der Macht von außerordentlicher Bedeutung und viel wichtiger als ihre Übernahme [...]“ P. W. Wolobujew/W. P. Buldakow: Oktoberrevolution – neue Forschungszugänge, in: Hedeler/Schützler/Striegnitz, Russische Revolution, S.52 (Hervorhebung. – HB).
- 13 Siehe Weltgeschichte in Daten, 2. Aufl., Berlin 1973; Illustrierte Geschichte der Großen Sozialistischen Revolution, 3. durchges. u. verb. Aufl., Berlin 1977 (nach der russ. Ausgabe, Moskau 1967). Siehe Kritik von Alexander Watlin: Der Sieg der Bolschewiki in europäischer Perspektive, in: Bergmann, Widerschein, S.155.
  - 14 W. I. Lenin: Über die Aufgaben des Proletariats in der gegenwärtigen Revolution, in: Werke, Bd. 24, S.3ff.
  - 15 Beratung von Vertretern der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands über die Vereinigung beider Flügel und über die Stellungnahme zu den April-Thesen W. I. Lenins, in: “Edinstwo” vom 4. April 1917, abgedruckt in: Hedeler/Schützler/Striegnitz, Russische Revolution, S.233ff.
  - 16 L. B. Kamenew über die Position der “Prawda”-Redaktion zu den April-Thesen von W. I. Lenin, in: “Prawda” vom 8. April 1917, abgedruckt in: Hedeler/Schützler/Striegnitz, Russische Revolution, S.237f.
  - 17 G. W. Plechanow: Über Lenins Thesen und warum Fieberphantasien bisweilen interessant sind, in: “Edinstwo”, Nr. 9-11 vom 9.-12. April 1917, abgedruckt in ebenda, S.239ff. Diese Engels-Rezeption auch bei I. G. Zereteli auf der Beratung vom 4. April 1917, ebenda, S.235.
  - 18 Ebenda, S.236.
  - 19 Erklärung von G. J. Sinowjew und L. B. Kamenew zur Orientierung des Zentralkomitees der bolschewistischen Partei auf den bewaffneten Aufstand, 11. (24.) Oktober 1917, abgedruckt in: Hedeler/Schützler/Striegnitz, Russische Revolution, S.369ff.
  - 20 R. A. Medwedew betont den Gesamtzusammenhang der Russischen Revolution: “Obwohl sich die Februar- und die Oktoberrevolution in ihren Zwecken, Triebkräften und Folgen wesentlich unterschieden, wiesen sie doch auch viele gemeinsame Ursachen auf. Im retrospektiven Bewußtsein der Menschheit erscheinen sie heute als *zwei Etappen eines einheitlichen revolutionären Prozesses*, der das Jahr 1917 in Rußland bestimmte.” Roj A. Medwedew: 80 Jahre Russische Revolution. Sieg und Niederlage der Bolschewiki, in: ebenda, S.35 (Hervorhebung – HB).
  - 21 Resolution. Sitzung des Petrograder Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten, 25. Oktober (7. November) 1917, in: W. I. Lenin, Werke, Bd. 26, S.230.
  - 22 S. D. Mstislawski über den II. Sowjetkongreß, in: Hedeler/Schützler/Striegnitz, Russische Revolution, S.392ff. Über den Kongreß auch: John Reed: Zehn Tage, die die Welt erschütterten, Berlin 1957; N. N. Suchanow: 1917. Tagebuch der russischen Revolution, ausgew., übertr. u. hrsg. v. N. Ehlert, München 1967.
  - 23 W. I. Lenin: Rede über den Frieden, 26. Oktober (8. November) 1917, und Dekret über den Frieden, in: Werke, Bd. 26, S.239ff.
  - 24 Ebenda, S.243.
  - 25 Dekret über den Grund und Boden, in: ebenda, S.249.
  - 26 Wadim L. Telizyn: Vom Februar zum Oktober. Die soziale Explosion im russischen Dorf. Wesen und Dynamik. Methodologische Aspekte, in: Hedeler/Schützler/Striegnitz, Russische Revolution 1917, S.89, 93.
  - 27 Bäuerlicher Wählerauftrag zur Bodenfrage, in: W. I. Lenin, Werke, Bd. 26, S.249ff
  - 28 W. I. Lenin: Rede über die Bodenfrage, 26. Oktober (8. November) 1917, in: ebenda, S.252f.
  - 29 Beschluß über die Bildung der Arbeiter- und Bauernregierung, in: ebenda, S.254f.
  - 30 Zitiert nach Reed, Zehn Tage, S.201.
  - 31 Zitiert bei J. Bunyan/H. H. Fisher: The Bolshevik Revolution 1917-1918. Documents and Materials, Stanford 1961, S.91f.
  - 32 Offener Brief von G. W. Plechanow an die Petrograder Arbeiter über den Oktoberumsturz, 28. Oktober (10. November) 1917, abgedruckt in: Hedeler/Schützler/Striegnitz, Russische Revolution, S.402ff.
  - 33 Deklaration der Rechte des werktätigen und ausgebeuteten Volkes, in: Lenin, Werke, Bd. 26, S.422ff.

- 34 Stenographische Aufzeichnungen über die Tagung der Konstituierenden Versammlung, 5./6. (18./19.) Januar 1918, abgedruckt in: Hedeler/Schützler/Striegnitz, Russische Revolution, S.407ff.
- 35 W. I. Lenin: Rede über die Auflösung der Konstituierenden Versammlung in der Sitzung des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees, 6. (19.) Januar 1918, in: Werke, Bd. 26, S.437ff. (Hervorhebung – HB).
- 36 W. I. Lenin: Referat über den Kampf gegen die Hungersnot. 4. Juni 1918, in: Werke, Bd. 27, S.434, 437. R. A. Medwedew spricht in diesem Zusammenhang von der Komplizierung der Revolution und dem Schuldanteil des von Lenin geleiteten neuen Regimes. Siehe Medwedew, 80 Jahre, S.42ff.
- 37 Maxim Gorki in "Nowaja Shisa" vom 7. Dezember 1917; zitiert nach Michael Wegner: Maxim Gorki versus Wladimir Lenin. Ein zeitgenössischer Kritiker der Russischen Revolution, in: Bergmann, Widerschein, S.87.
- 38 W. I. Lenin: Thesen über den sofortigen Abschluß eines annexionistischen Separatfriedens. 7. (20.) Januar 1918, in: Werke, Bd. 26, S.443f.
- 39 Isaak Babel: Die Reiterarmee. Mit Dokumenten und Aufsätzen im Anhang, Leipzig 1968.
- 40 Siehe Wolfgang Ruge: Stalinismus. Eine Sackgasse im Labyrinth der Geschichte, Berlin 1991, S.44ff.
- 41 Maxim Gorki: Unzeitgemäße Gedanken, zitiert nach Wegner, Maxim Gorki, S.86.
- 42 Siehe Rosa Luxemburg: Zur russischen Revolution, in dies., Gesammelte Werke, Bd. 4, Berlin 1974, S.342ff.
- 43 Siehe Paul Levi: Unser Weg. Wider den Putschismus, Berlin 1921; Klaus Kinner: Der deutsche Kommunismus. Selbstverständnis und Realität, Bd. 1: Die Weimarer Republik, Berlin 1999, S.36ff.
- 44 Siehe Michail Wojekow, Paradox der Russischen Revolution: bürgerlicher Februar und proletarischer Oktober, in: Bergmann, Widerstreit, S.150ff.
- 45 W. I. Lenin: Zum vierten Jahrestag der Oktoberrevolution, in: Werke, Bd. 33, S.38.
- 46 W. I. Lenin an W. W. Adoratski, 20. September 1921, in: ders., Briefe, Bd. VIII, Berlin 1973, S.215.
- 47 W. I. Lenin: Lieber weniger, aber besser, in: Werke, Bd. 33, S.474ff.
- 48 Siehe Helmut Steiner: Die Herausbildung neuer Sozialstrukturen im gegenwärtigen Rußland, in: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät, Bd. 41, Jg. 2000, H. 6, S.5 f.
- 49 Wolfgang Eichhorn: Geschichte – gibt es das wirklich?, in: Berichte, 11. Jg., Nr. 102 (Forschungsinstitut der Internationalen Wissenschaftlichen Vereinigung Weltwirtschaft und Weltpolitik e. V.), S.76ff. (Hervorhebung - HB).

## Rosa Luxemburg, die deutsche Novemberrevolution 1918/1919 und die schwedische Linke

Alexander Kan

Der Einfluß der Arbeiterbewegung eines Landes auf die eines anderen ist selten entscheidend. Niemals habe ein Volk oder eine Klasse aus fremden Büchern, Zeitungen und Erfahrungen wirklich gelernt, schrieb einmal Leo Trotzki, stellte aber in einem anderen Zusammenhang fest, "wir alle" seien durch die deutsche sozialdemokratische Schule gegangen. Grad, Form, Dauer dieser Einflüsse waren stets von mehreren Faktoren bestimmt: der geographischen Nähe zu Deutschland, den eigenen demokratischen Traditionen, dem Charakter der Beziehungen zwischen Deutschland und dem betreffenden Land u.a.m. Am stärksten beeinflusste die deutsche Sozialdemokratie die Arbeiterbewegungen in Südosteuropa, am wenigsten diejenigen in Deutschlands westlichen Nachbarländern. Im Norden Europas nahm Schweden eine Zwischenstellung ein: Es war weniger beeinflusst als Finnland und mehr als Norwegen. Der deutsche Einfluß zeigte sich am stärksten in den "Kinderjahren" der Bewegung und schwächte sich später ab. Die schwedische Sozialdemokratie emanzipierte sich von der deutschen bereits vor dem ersten Weltkrieg, der der Ehrenstellung der Deutschen in der Internationale ein schmachvolles Ende bereitet hatte, und wählte danach andere Wege als ihre ältere Schwester.<sup>1</sup> Die deutsch-nordischen Wechselwirkungen wurden bisher noch ungenügend erforscht. Einen Anfang machten Martin Grass und Klaus Misgeld.<sup>2</sup>

An dieser Stelle geht es um den Einfluß der deutschen Linken auf die schwedische Arbeiterbewegung, und zwar ihre politische Partei, die schwedische Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SAP). Dabei steht vor allem eine Persönlichkeit im Blickpunkt: Rosa Luxemburg.

### *Die Luxemburg-Rezeption in der einheitlichen sozialdemokratischen Partei*

Schweden ist das einzige nordische Land, in dem bisher kein einziges eigenständiges Buch über Rosa Luxemburg erschienen ist; auch nicht über den Einfluß der Spartakusgruppe und der deutschen Novemberrevolution auf Schweden, obwohl es eine Reihe von Beiträgen zu diesem Thema gibt. Dazu gehören biographische Skizzen von Agne Gustafsson im (noch nicht abgeschlossenen) schwedischen biographischen Lexikon; mannigfaltige Studien von Lars Björnin zu Zeta Höglund, dem Vorsitzenden des schwedischen sozialdemokratischen Jugendbundes, Mitbegründer und faktischen Haupt der Kommunistischen Partei in ihren ersten Jahren; die Studie von Carl Göran Andrae über die schwedische Volks- und Reformbewegung 1917/1918; und schließlich die Habilitationsschrift von Werner Schmidt über den schwedischen Linkssozialismus und Kommunismus 1914-1919 (Stockholm 1996). Deutsche Autoren berührten das Thema in ihren Studien über die Zimmerwalder Bewegung, die mißlungene Stockholmer Konferenz 1917, über das Wirken W. I. Lenins bzw. Brantings u. a. (Günter Pollit,

Dörte Putensen, Arnold Reisberg, Agnes Blänsdorf, Jan Peters). Eine Übersicht der schwedischen Studien über die Beziehungen Rosa Luxemburgs zu Schweden und die Übersetzungen ihrer Werke ins Schwedische hat der Autor kürzlich an anderer Stelle vorgelegt.<sup>3</sup>

Soweit uns bekannt, war Rosa Luxemburg mindestens ein Mal in Schweden, nämlich im September 1906 auf dem Wege vom finnischen Kuokkala, wo sie sich nach ihrer Warschauer Haft (März-Juni 1906) in den Monaten Juli bis September erholte (und die Broschüre "Massenstreik, Partei und Gewerkschaften" schrieb) und das sie am 15. September verließ, nach Hamburg, wo sie - nach einem Zwischenaufenthalt in Stockholm - am 18. September eintraf. In Stockholm scheint sie höchstens einige Stunden verweilt und keine Bekannten getroffen zu haben. Im Brief an Karl und Luise Kautsky vom 17. September 1906 (Poststempel Stockholm) schrieb sie: "Nun bin ich schon in Stockholm. Ich glaube, es ist Montag früh jetzt... Soeben, nach sechzehn Stunden Seefahrt, hat sich mir der Bahnhofssaal... in eine sanfte Wiege verwandelt..." Und in einem Nachsatz bemerkte sie ironisch: "Ich habe keine Möglichkeit, vor dem Zug noch den Genossen Branting zu besuchen! Denkt Euch, wie mir bei diesem Verlust utan svavel och fosfor (ohne Schwefel und Phosphor - A.K.) zumute ist!"<sup>4</sup> Sie war also mit Hjalmar Branting bereits bekannt, mochte ihn aber politisch nicht leiden; davon wußten die Kautskys, und sie teilten damals ihre Einstellung. Die Briefstelle läßt darauf schließen, dass Rosa Luxemburg etwas Schwedisch konnte. Mehr wissen wir über ihre schwedischen - und ebenso finnischen - Bekanntschaften leider nicht. In Kuokkala hatte sie nur russische Genossen getroffen, darunter W. I. Lenin und P. B. Akselrod; sie kannte außerdem Alexandra Kollontaj.

Ihren Briefen ist kein Interesse für Finnland zu entnehmen - etwas Natürliches bei der notorischen Nationalnihilistin! - im Unterschied zu Lenin und, was weniger bekannt ist, zu Karl Liebknecht. Viel engere Kontakte unterhielt Rosa Luxemburg zu den Holländern, besonders während des Weltkrieges. Auch ihr schriftliches Schaffen zeugt von nur schwachem Interesse für Schweden wie für Skandinavien und den Norden überhaupt, ausgenommen die norwegische schöngeistige Literatur.

Jedoch kam sie in ihren Aufsätzen und Reden zum Thema Massenstreik mehrfach auf den schwedischen Streik von 1902 (als es zu einem politischen Demonstrationsstreik gekommen war) und besonders den (ökonomischen) Generalstreik von 1909 zu sprechen<sup>5</sup>, die sie positiv beurteilte. Sie beabsichtigte sogar, einen Aufsatz darüber zu schreiben, kam dazu aber nicht.<sup>6</sup> Doch sollten ihre Kenntnisse bezüglich dieser schwedischen Massenstreiks nicht überschätzt werden: Vermutlich wußte sie nicht - oder verschwieg es -, daß der "unvergessene Generalstreik in Schweden" 1909<sup>7</sup> mit einer Niederlage geendet hatte.

Was die führenden schwedischen Sozialdemokraten betrifft, so kannten diese Rosa Luxemburg gut, aber überwiegend aus ihren Schriften, die sie mühelos auf deutsch lesen konnten. Während der junge Höglund in seiner antisyndikalistischen Broschüre über Generalstreik und Parlamentarismus (1907) Rosa Luxemburg noch nicht erwähnt hatte, nannte Ture Nerman zehn Jahre später sie im Vorwort zur schwedischen

Fassung ihrer Broschüre über den Massenstreik "unsere international berühmte Parteigenossin". Die Jungen und die Linken kannten und bewunderten damals mehr Karl Liebknecht wegen seiner Rolle in der internationalen Jugendbewegung und seiner kämpferischen Antimilitarismus-Broschüre (1907). Diese war bereits 1908 ins Schwedische übersetzt und in 10.000 Exemplaren gedruckt worden - etwas im damaligen Schweden sehr Seltenes.

Während der Kongresse der II. Internationale 1907 in Stuttgart, 1910 in Kopenhagen, 1912 in Basel und der Sitzungen des Internationalen Sozialistischen Büros (ISB), zuletzt in Brüssel im Juli 1914, lernten schwedische Sozialdemokraten Rosa Luxemburg auch persönlich kennen - jedenfalls sahen sie sie und hörten ihre leidenschaftlichen und zugespitzten Ansprachen. Leider hinterließen Fredrik Ström, Ture Nerman und Zeta Höglund in ihren Erinnerungen keine persönlichen Eindrücke von diesen Begegnungen. Bei Höglund, dessen Memoiren am ausführlichsten sind, steht die Bekanntschaft mit Lenin und Clara Zetkin im Vordergrund. Die heißeste schwedische Verehrerin Rosa Luxemburgs war die linke Sozialistin Kata Dalström, doch gibt es in ihrem Nachlaß nur einen Brief von Clara Zetkin (Rosa Luxemburg interessierte sich bekanntlich nicht für die sozialistische Frauenbewegung).

Ihr eigentliches Gewicht gewann Rosa Luxemburg bei den schwedischen Linken erst nach dem Beginn des Ersten Weltkrieges. Die Reformisten der neutralen Staaten, auch der patriotische Reformist Hjalmar Branting, waren relativ frei vom übermäßigen patriotischen Dunst. Branting sympathisierte damals offensichtlich mit Karl Liebknecht, dem er 1914/1915 persönliche Dienste erwiesen hatte, später auch dessen Witwe mit ihren russischen Verwandtschaftsbeziehungen.<sup>8</sup> Aus dem Kreis der "neutralen" Sozialdemokraten stammen die ersten Initiativen zur Wiederherstellung der internationalen Kontakte "über die Fronten" hinweg. Zu diesen Initiativen (Kopenhagener Konferenz zu Beginn des Jahres 1915) verhielt sich Rosa Luxemburg jedoch noch skeptischer als Lenin und Trotzki.

In der innerlich sich immer tiefer spaltenden Führung der SAP gab es keine einheitliche Haltung gegenüber Rosa Luxemburg. Die Mehrheitssozialdemokraten gingen seit der Zimmerwalder Konferenz 1915 zu den deutschen Linken auf Distanz, die sich nach dem russischen Oktober 1917 noch vergrößerte und nach dem deutschen November 1918 zum Bruch führte. In Brantings ausgewählten Reden und Schriften kommt Rosa Luxemburg so gut wie nicht vor.

Die schwedischen Linken bewunderten während des Krieges noch mehr als in Friedenszeiten den mutigen Reichstagsabgeordneten Karl Liebknecht - und neben ihm auch die zweimal eingekerkerte Rosa Luxemburg. Die "Stormklockan" vom 24. Juni 1916 veröffentlichte einen Beitrag über die Führer der deutschen sozialdemokratischen Opposition Liebknecht, Luxemburg, Zetkin, Mehring - mit deren Porträts (diese wurden auch - damals in sozialistischen Kreisen üblich - mittels einer Postkarte verbreitet). Höglund veröffentlichte 1918 einen Aufsatz über die "Zwei Helden des Weltkrieges" - gemeint waren Karl Liebknecht und Friedrich Adler.

*Zwischen Scheidemann und Liebknecht: Einschätzungen der Novemberrevolution in der gespaltenen Sozialdemokratie*

Von der von Branting geführten Parteimehrheit wurden die Linken schließlich zum Austritt gezwungen. Im Mai 1917 wurde - bald nach der USPD - die schwedische Sozialdemokratische Linkspartei (SDLP) gegründet, von den deutschen und russischen Linken verschiedener Färbung wärmstens begrüßt.

Die schwedischen Einschätzungen der revolutionären Ereignisse in Deutschland 1917-1919 sind in großen Zügen von C. G. Andrae und W. Schmidt in den oben erwähnten Arbeiten wiedergegeben worden. Seit Oktober 1918 füllten Deutschland und das übrige Zentraleuropa - nicht mehr, trotz wachsender Bolschewismusangst, Sowjetrußland - die vorderen Spalten der gesamten schwedischen Presse. Man wartete mit Ungeduld auf die deutsche Kapitulation und die inneren Umwandlungen in Deutschland, die auch Schweden beeinflussen würden. Branting wie Höglund rechneten mit einer deutschen Revolution: der erstere mit einer bürgerlichen, parlamentarischen, kurzlebigen; der letztere mit einer tiefgreifenden sozialen, sich zur sozialistischen steigernden, in der "Liebknecht regiert".

Andrae stellt mit Recht Höglunds Radikalisierung in der zweiten Hälfte des Jahres 1918 und dessen Option für eine revolutionäre Entwicklung auch in Schweden fest.<sup>9</sup> Gerade zu jener Zeit wurde Höglund von den Bolschewiki stark beeinflusst, die er seit dem Oktober 1917 mindestens dreimal besucht hatte. Der bolschewistische Einfluß steigerte sich infolge der eindrucksvollen militärischen Erfolge der Roten Armee im Herbst 1918. Ende Oktober 1918 hatte die sowjetische Telegraphenagentur RosTA in allen drei skandinavischen Metropolen ihre Niederlassungen eingerichtet.<sup>10</sup> Die Sowjetpresse prophezeite die baldige proletarische Revolution in Deutschland und versprach den deutschen Arbeitern alle nur mögliche Hilfe, die der Roten Armee eingeschlossen. In Höglunds damaligen Zeitungsartikeln finden sich die euphorischen Moskauer Parolen und Vorhersagen wieder. So hieß es in seinem Beitrag "Proletariatets krig", erschienen am 26. Oktober 1918 in beiden Stockholmer Organen der Linken: Der internationale Bürgerkrieg habe bereits begonnen, er sei eine notwendige Übergangsetappe zum Sozialismus. Der schwedische Linkssozialist nahm hier die These seines Freundes und Gefängniskameraden Nikolai Bucharin (1915/1916 im Stockholmer Exil) vorweg, dessen Aufsatz vom November 1918 "Der Krieg ist vorbei - der Krieg hat begonnen" bald darauf in mehreren skandinavischen Arbeiterzeitungen erschien.<sup>11</sup> Ähnlich der andere führende Linke Fredrik Ström in "Folkets Dagblad Politiken" (FDP) vom 1. November 1918: "Bald kommt der letzte Streit zwischen Kapital und Arbeit, zwischen der Welt des Kapitals und dem Sozialismus."

Die Begeisterung des sozialdemokratischen und liberalen Schweden anlässlich des Hohenzollernsturzes am 9. November 1918 liegt auf der Hand - sie kann nur mit der nach den Nachrichten aus Petersburg vom März 1917 verglichen werden. Die Linken reagierten augenblicklich mit ihrem Manifest an die Massen, denen sie die direkte außerparlamentarische Ausrufung der sozialistischen Republik vorschlugen.<sup>12</sup> C. G. Andrae erkennt darin den direkten Widerhall der Ansprache Liebknechts vom Balkon

des kaiserlichen Schlosses aus am 9. November 1918.<sup>13</sup> Das Manifest stellte den politischen Generalstreik - das russische Kampfmittel aus der Revolutionszeit von 1905, von Rosa Luxemburg seitdem propagiert - in Aussicht, ohne zu diesem direkt aufzufordern. Das Manifest enthielt noch weitere Übereinstimmungen mit dem Manifest der illegalen Reichskonferenz der deutschen Linken vom 7. Oktober 1918 in Berlin<sup>14</sup>, doch im Unterschied zum Spartakusbund, ja, im Gegensatz zu diesem, trugen die schwedischen Linken der größten Arbeiterpartei ihres Landes, also den sozialdemokratischen Rechten, die Zusammenarbeit an. Die SDLP-Führung forderte nicht zum Sturz der liberal-sozialistischen Regierung auf und erwähnte schon gar nicht den Bürgerkrieg. Beides enthielt das Programm der deutschen Linken vom 7. Oktober 1918. In diesem wichtigen Punkt stand der revolutionäre Führungskern der SDLP der USPD-Führung damals näher als dem Spartakusbund.<sup>15</sup> Diesem entlieh man allgemein gehaltene Sätze, ahmte jedoch keineswegs sein Aktionsprogramm nach.

Wie schon gesagt, wurden in Stockholm genau wie in Moskau die Ereignisse in Deutschland als Fortsetzung der russischen Revolution<sup>16</sup> bejubelt, deren Jahrestag einige Tage später, am 11. November 1918, in Stockholms größtem öffentlichen Lokal gefeiert wurde. "Proletariats diktatur" - so hieß der festliche Vortrag Höglunds. Man war glücklich, als der Bruch der kaiserlichen Regierung mit Sowjetrußland von der sozialdemokratischen Regierung revidiert zu sein schien und ein deutsches militärisches Zusammengehen mit der Entente gegen Sowjetrußland wegfiel. Wie die russischen Glaubensgenossen vernahmen die schwedischen Linksradikalen überall Anzeichen neuer Revolutionen, ja, der Weltrevolution, sogar im neutralen Holland, der neutralen Schweiz, im der Entente zugehörigen Belgien, in Spanien usw.<sup>17</sup>

Der Jubel der ersten Berliner Siegestage wich bald der Besorgnis. Einige Tage lang verließen sich die schwedischen Linken auf den Berliner Rat der Volksbeauftragten<sup>18</sup>, doch wurde sehr bald der Gegensatz zwischen Regierung und Spartakusbund wahrgenommen. Es wurde die Bedrohung seitens des deutschen Militärs registriert und auf die sowjetrussische Unterstützung gesetzt: "Erhält das deutsche Proletariat keine Hilfe aus Rußland, hat seine Schicksalsstunde geschlagen", hieß es in der FDP vom 17. November 1918. Es wurden offensichtliche Parallelen zwischen der deutschen und der russischen Revolution gezogen: Im Dezember schätzte man den Sturz der Monarchie bereits lediglich als den Prolog der kommenden deutschen Revolution Nr. 2 ein (so in der FDP vom 28. Dezember 1918).

Manchmal wurden die Spartakisten "die deutschen Bolschewiken" genannt, doch sollte das nicht buchstäblich genommen werden: Der Begriff "Bolschewik" war damals im Westen so weit in Gebrauch, daß auch Höglund, Ström und andere Linke von Lenin und von Branting gleichermaßen als Bolschewiki bezeichnet wurden. In der sowjetischen Presse (so berichteten z. B. die "Izvestija" am 20. Juli 1918 über den "Bolschewismus im Ausland") wie in den zentralen Presseorganen Englands und Frankreichs wurden die westlichen Freunde oder Verteidiger Lenins Bolschewiki genannt.

Die Beschlüsse der erwähnten illegalen Oktoberkonferenz des Spartakusbundes sowie das Oktobermanifest der USPD wurden bereits in der Probenummer der Zeit-

schrift "Zimmerwald" noch vor der Novemberrevolution publiziert. Das Programm des Spartakusbundes wurde, wie schon gesagt, gleich dreimal auf schwedisch veröffentlicht, was für das Bestreben zeugte, es im eigenen Land und vor allem in der eigenen Partei zu popularisieren.

Seit Weihnachten 1918 verfolgten die linken wie die rechten Sozialdemokraten Schwedens die Zusammenstöße in Berlin mit erhöhter Aufmerksamkeit. Als Quelle dienten allen die Nachrichten des schwedischen staatlichen Telegraphenbüros.<sup>19</sup> Das Zentralorgan der SAP, also der Rechten, "Socialdemokraten"(SD) schöpfte außerdem aus dem Berliner "Vorwärts", "Folkets Dagblad" dagegen aus der Berliner "Roten Fahne". Die beiden schwedischen sozialdemokratischen Zentralorgane stritten - bis zum Mord an Liebknecht und Luxemburg - über die deutsche Entwicklung kaum, im Unterschied zur Entwicklung in Rußland, deretwegen sie ständig aneinander gerieten. Doch waren ihre Positionen klar entgegengesetzt.

Die SAP sympathisierte offen mit Ebert und Scheidemann, verurteilte, wenn auch zurückhaltend, den Spartakusbund, ohne die Rolle Rosa Luxemburgs hervorzuheben oder gegen sie und Karl Liebknecht zu hetzen, und zögerte bis zum endgültigen Ausgang der Kämpfe in Berlin mit eigenen Kommentaren. Ihr Organ SD beeinflusste aber seine Leser mit Schlagzeilen wie am 8. Januar 1919: "Mehrheitssozialisten waren die Arbeiter davor, die Arbeit einzustellen, und rufen auf, mit dem Spartakus-terror Schluß zu machen".

Die SDLP, besonders ihr linker Stockholmer Kern, sympathisierte offen mit dem Spartakusbund, pries dessen Programm und geißelte die deutschen rechtssozialdemokratischen Minister. Die Parteinahme für die deutschen Freunde war nicht weniger eindeutig wie ein Jahr zuvor für die russischen. Hier eine Probe aus den Erfolgstaggen des Spartakusbundes: Liebknecht habe eine neue Regierung gebildet, bei der er selbst präsidiere, und die Diktatur des Proletariats eingeführt. Unter unbeschreiblichem Jubel habe er sich, im Auto stehend und in eine rote Fahne gehüllt, den Massen gezeigt. So die FDP vom 10. Januar 1919. In derselben Ausgabe wurde die Bewaffnung der Bürger gegen die Arbeiter durch die rechtssozialistische Regierung ein "Verrat ohnegleichen" (so die Schlagzeile) genannt. In der drauffolgenden Ausgabe vom 11. Januar 1919 wurden der Plan des Berliner Zentrums und Karl Liebknecht abgebildet - ein Jahr zuvor waren in der FDP die Petersburger Revolutionskämpfe anhand eines Stadtplans erläutert worden. Trotz ihres geringeren Umfangs schrieb die FDP über die deutsche Revolution viel mehr als der SD - diesem hatte schon der 9. November gereicht! Die Wochenzeitung der Linken "Stormklockan" sprach sich noch konsequenter für den Spartakus aus. Ström agitierte für den Spartakus auch in der Stockholmer Zeitung der finnischen Roten "Viesti", so u. a. in deren Ausgabe vom 4. Januar 1919. Die provinziellen Organe der Linken scheinen (mit Ausnahme der "Norrskensflaman" hinter dem Polarkreis) etwas zurückhaltender gewesen zu sein.

Seit Anfang Januar 1919 hatte das Zentralorgan der SDLP einen eigenen Korrespondenten, Axel Stallberg, der zunächst aus Kopenhagen (so in der FDP vom 10. Januar 1919) und bald darauf aus Berlin seine "Briefe aus Berlin" nach Stockholm

sandte. Im ersten Brief, mit einer Verzögerung in der FDP vom 14. Januar abgedruckt, beschrieb er den Gründungsparteitag der KPD. Übergreifende Analysen der deutschen Revolution lieferte C. N. Carleson, ein führender älterer Linkssozialist. Seine Artikelserie in acht Teilen begann am 14. Dezember 1918 und schloß am 17. Januar 1919 mit dem Beitrag "Der blutigen Woche entgegen" - in klarer Analogie zur Pariser Kommune. Im Januar druckte die FDP drei Augenzeugenberichte von Jakob Friis, einem norwegischen Genossen, der die bekannte Berliner Parteischule besucht hatte, also (nach Kenntnis des Autors) der einzige skandinavische Schüler Rosa Luxemburgs war, ab. Friis scheint der erste gewesen zu sein, der Rosa Luxemburgs Zusammenarbeit mit Lenin (seit 1907) und ihren eigentlichen Platz im Werden des Spartakusbundes seit 1915 den schwedischen Lesern begeistert beschrieb (so in der FDP vom 2. Januar 1919). Bei Carleson, der die deutschen Ereignisse aus der Ferne betrachtete, stand Liebknecht mehr im Vordergrund, wie der FDP vom 7. Januar 1919 zu entnehmen ist. Gemeinsam war den beiden Beobachtern das Verständnis der großen Bedeutung der Berliner Kämpfe für die europäische Revolution sowie das Hervorheben der notwendigen proletarischen Diktatur in Deutschland. Die schwedischen Linksradikalen traten während der Berliner Kämpfe Anfang Januar 1919 geradezu beschwörend auf: "Die sozialistische Linke ist für den Frieden zwischen den Nationen, aber für den Krieg zwischen den Klassen - den einzigen Weg, den Sozialismus zu verwirklichen", so Höglund in einer öffentlichen Versammlung am 15. Januar (nach FDP vom 16. Januar 1919).

Dem Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht räumte die linke FDP unvergleichbar mehr Platz ein als die rechte SD. Letztere teilte zunächst mit, Liebknecht sei beim Fluchtversuch und Luxemburg von der Volksmasse ermordet worden (so die SD vom 17. Januar 1919 auf ihrer ersten Seite). Am nächsten Tag berichtigte sie diese Meldung und war besorgt, die deutschen Parteifreunde von der Mitschuld, die die FDP hervorhob, reinzuwaschen. Man bezeugte sein Mitleid, verurteilte die Täter, rechtfertigte aber die Handlungen der SPD-Regierung. Es wurde ein persönlicher Nachruf eines deutschen Sozialdemokraten auf Liebknecht veröffentlicht - aber kein Wort über Luxemburg.

Die FDP bezeichnete den Mord ein Verbrechen der SPD-Regierung, so ihre Schlagzeilen vom 17. und 18. Januar. Ström, Carleson, Höglund begannen am 17. Januar eine energische Kampagne gegen die Mörder und ihre schwedischen Gesinnungsfreunde, die rechtssozialistischen und liberalen Redakteure, darunter Branting, der sich in Berlin "an Liebknechts Grab" mit den sozialdemokratischen Reichsministern endgültig versöhnt habe (so die FDP am 21. und 24. Januar). Es wurden Gedichte von Sixten von Gegerfelt, Harold Alsen, Abdon Furuhaage abgedruckt. Die Trauerfeier im größten Stockholmer Saal am 21. Januar füllte die Liebknecht-Luxemburg-Ausgabe der FDP vom 22. Januar. Ansprachen hielten Zeta Höglund, ... Karl Kilbom, Einar Ljungberg, Ture Nerman. "In Memoriam" der FDP-Redaktion beschrieb am 22. Januar jeden der beiden Toten in guter Kenntnis ihrer Lebensläufe. In der Schlußbetrachtung war die Rede von den immer noch "unaufgeklärten Volksmassen", denen

die letzten Worte der beiden Gefallenen in ihrer "Roten Fahne" gegolten hätten. Es wurden Liebknechts letzte Worte in der "Roten Fahne" und Radeks Ansprache auf dem KPD-Gründungsparteitag sowie Telegramme aus Deutschland und anderen Ländern über die Trauerfeiern, die Proteste der Öffentlichkeit, das Begräbnis Liebknechts wiedergegeben.

Nach der Berliner Januarniederlage taten die schwedischen Linksozialisten ihr Bestes, um den besiegten Spartakus gegen Feindesanklagen zu verteidigen. Man wußte nicht genau, was vor und während der Januarkämpfe in den linken Führungsgremien geschehen war, schon gar nichts über die Uneinigkeit zwischen Luxemburg und Liebknecht, über des letzteren putschistische Neigungen.<sup>20</sup> Von der "Roten Fahne" wurde das Bild der bewußten Provokation der sozialdemokratischen Regierung übernommen, und diese Version wurde, gestützt auf das Spartakusprogramm, in der Gedächtnisschrift von Nerman/Höglund untermauert. Die schwedischen Linken teilten voll und ganz die Thesen Luxemburgs von der Selbsttätigkeit der Massen und von der notwendigen Zustimmung der Arbeitermehrheit als Voraussetzung für die Machtübernahme durch die Revolutionäre. Das entsprach dem Geist ihres eigenen Handelns 1917 und noch mehr den Vorschlägen Höglunds während des 2. Parteitages der SDLP im Sommer 1918 (die jedoch vom Parteitag abgelehnt wurden).

Es stimmt jedoch nicht, daß die schwedischen Linken das Spartakusprogramm post factum dem Bolschewismus gleichgestellt hätten, wie Werner Schmidt meint.<sup>21</sup> Die Spartakus-Führer wurden von ihnen ihres eigenen Wertes wegen beweint, nicht als deutsche Bolschewiki. Besonders nachdem Lenins Vortrag bei der Gründung der Komintern, seine Polemik gegen Kautsky in "Staat und Revolution" und Bucharins Thesen über die "Sozialistische Revolution und das Programm der Kommunisten", die alle seit Herbst 1918 ins Schwedische übersetzt worden waren, bekannt wurden, war man sich über die ideologischen und taktischen Unterschiede zwischen Spartakusbund und den Bolschewiki im klaren. Doch ging man auf dem Höhepunkt des Kampfes nicht von den Unterschieden, sondern vom Wichtigeren aus: dem gemeinsamen Bekenntnis Luxemburgs und Lenins zur Weltrevolution, zum Sozialismus der Tat auf dem Wege der Diktatur des Proletariats und der Arbeiterräte. Das Gemeinsame - die Kampfbruderschaft mit den Bolschewiki - überwog auch bei Rosa Luxemburg. Ihr einziger Brief an Lenin vom 20. Dezember 1918, auf russisch geschrieben, war ein vertraulicher Brief einer Kampfgenossin.<sup>22</sup> Auch Lenin gab bekanntlich nicht nur in seinen Reden und Schriften 1919, von Radek informiert, sondern auch 1922, als er in seiner Polemik gegen Paul Levi (nach dessen Publikation der Kritik Luxemburgs an den Bolschewiki während der russischen Revolution) auf Luxemburg zu sprechen kam, ihrer Haltung während der Novemberrevolution recht, sah von seinen Unstimmigkeiten mit ihr ab und hob das Wichtigste - die prinzipielle Einmütigkeit - hervor. Umso mehr traf das auf die schwedischen Bewunderer Rosa Luxemburgs zu, die 1919 deren Kritik an den Bolschewiki gar nicht kannten. Das galt für die schwedischen Linksozialisten, solange sie sich zur Kommunistischen Internationale rechneten. Als sie dann später, ab 1924, mit der sinowjewschen Komintern-Führung zu-

sammenstießen, als sie dann noch später mit dem Moskauer Parteikommunismus gebrochen hatten, gewann Luxemburgs inzwischen bekannt gewordene Kritik am Bolschewismus auch für sie an Bedeutung. Da lernte man auch ihre Warnung schätzen, Freiheit sei immer die Freiheit der Andersdenkenden. Da vergaß man die Rosa Luxemburg in Aktion, eine sowohl ratlose (nach einem treffenden Ausruck von O. Luban) wie leidenschaftliche Fürsprecherin des bewaffneten Regierungssturzes und des Bürgerkrieges, welcher per definitionem jegliche Freiheit für den Klassenfeind ausschloß.

Die meisten sozialistischen Post- und Nichtkommunisten schätzten auch später in Rosa Luxemburg die demokratische revolutionäre Sozialistin - so bezeichnete sie z. B. der entschiedene Sowjet- und Kommunistengegner Ture Nerman 1966.<sup>23</sup>

### *Der "Luxemburgismus" der schwedischen Linken*

Trotz der offenen Sympathie Höglunds für das Spartakusprogramm, trotz großer Bewunderung der "genialen theoretischen Sozialistin" (so Ström in der FDP vom 17. Januar 1919) seitens der schwedischen Linken wäre es falsch anzunehmen, sie hätten sich das erste KPD-Programm mit seinen konkreten Forderungen zu eigen gemacht. Vieles in Luxemburgs "politischem Testament" paßte nicht zu den mit Abstand friedlicheren schwedischen Verhältnissen.

Die schwedischen Revolutionäre in spe konnten natürlich nicht umhin, über die Probleme der deutschen Genossen, über die Ursachen ihrer Niederlage nachzudenken. Der Märtyrertod von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht verbot ihnen jedoch eine öffentliche kritische Auseinandersetzung mit den gerade geborenen und schon geschlagenen deutschen Kommunisten. Doch sie behielten eine kritische Sicht. Die wachsende Gefahr einer militärischen Konfrontation und eines Blutbades in Deutschland wurde schon Anfang Dezember 1918 registriert.<sup>24</sup> Immer wieder wurde die Hoffnung zum Ausdruck gebracht, eine proletarische Einheitsfront würde dort zustande kommen.<sup>25</sup> Die USPD-feindlichen Ausfälle Rosa Luxemburgs in der "Roten Fahne" wurden keineswegs geteilt.

Was die Schriften der deutschen Linken und speziell Rosa Luxemburgs betrifft, die vor dem Krieg nicht explizit zur Kenntnis genommen und nicht unbedingt von den damaligen Schriften eines Kautsky oder Parvus unterschieden wurden, so änderte sich das sichtbar nach der Revolution 1917 in Rußland. Seitdem finden sich direkte Spuren von Gedankengängen Rosa Luxemburgs in Broschüren, Presse, Beschlüssen der schwedischen Linkspartei.

Die beiden Broschüren Luxemburgs - über den Massenstreik und "Was will der Spartakusbund?" - erschienen auf schwedisch 1917 und 1918/1919. Sie waren zum einen keine wörtlichen Übersetzungen, sondern eher Bearbeitungen für den schwedischen Leser, und sie wurden zum anderen nicht von irgendwem, sondern von den Parteiführern Nerman und Höglund selbst vorgenommen. Das gab ihnen einen Empfehlungscharakter.

Eine revolutionäre - zugleich ökonomische und politische - spontane und doch von der sozialdemokratischen Partei geleitete Massenaktion vermöge den Kapitalismus zu

stürzen. Diese tragende Idee in Luxemburgs Broschüre über den Massenstreik vermittelte Ture Nerman seinen Landsleuten nach den Arbeiterunruhen des Frühjahrs und Sommers 1917, mitten in der parlamentarischen Wahlkampagne. Er schloß mit den Worten: Die Massenaktion, welche durch Krieg und Teuerung in allen kriegführenden und neutralen Ländern entstanden sei, sollte nicht enden, bevor ihr Ziel erreicht sei: die Abschaffung des gesamten kapitalistischen Gesellschaftssystems, das das größte Unglück der Weltgeschichte verschuldet habe. Alle, denen die bittere Not nunmehr die Augen geöffnet habe, sollten sich der radikalen Sozialdemokratie anschließen, die nicht auf Kompromisse und Parlamentarismus, sondern auf Massenaktion setze. Aus der zweiten Broschüre hob Höglund folgende von ihm geteilte Ideen Luxemburgs hervor: Spartakus sei der geschworene Feind des Krieges und des Burgfriedens; Sozialismus - eine Angelegenheit der Tat; die Arbeiter- und Soldatenräte - die höchste Form der Demokratie; keine Minderheitendiktatur, keine Putsch - Gewalt und Terror als bürgerliche Kampfmethoden (also auch Distanz zur bolschewistischen Taktik!). Abschließend erklärte der Übersetzer den Lesern, daß der Spartakusbund kein machtbesessener Rebell, sondern ein Opfer der Provokation der rechtssozialdemokratischen Regierung sei und diesmal besiegt wurde.

Im Sommer 1919 schlossen sich die schwedischen Linken der Kommunistischen Internationale an. Dazu waren sie - anders als Werner Schmidt es sieht - nicht ausschließlich und auch nicht hauptsächlich durch die deutsche Januar-Niederlage veranlaßt. Freilich wäre man lieber in eine von Luxemburg und Lenin gemeinsam geleitete Internationale eingetreten. Doch mit den Bolschewiki war man bereits seit langem fest verbunden: Das Zentralorgan der SDLP war seit der Oktober-Revolution 1917 Sprachrohr und so etwas wie ein außenpolitisches Organ Lenins; man wurde von Moskau materiell unterstützt, war öfter dort und bewahrte das Reservegeld der Bolschewiki auf. Über Stockholm und mit Hilfe der schwedischen Genossen wurde nach der Ausweisung der Sowjetvertretung aus Deutschland der Spartakusbund finanziert. Das erhellt der Brief von Leo Jogiches, des Nachfolgers von Liebknecht und Luxemburg in der Führung der KPD, an Lenin vom 4. Februar 1919.<sup>26</sup> Nach dem Bruch Schwedens mit Sowjetrußland übernahmen die schwedischen Parteifreunde die Funktionen einer Sowjetvertretung.<sup>27</sup>

Die Januar-Niederlage in Deutschland war für die schwedische SDLP vor allem eine Warnung vor dem Linksradikalismus. Ihre Führer litten in den folgenden Jahren nicht an dieser "Kinderkrankheit", entgingen terroristischen Anschlägen (auch in Schweden gab es 1918/1919 eine terroristische weißrussische Liga!) und verblieben auf dem "rechten" Flügel der Komintern bis zu ihrem Bruch mit dieser 1924, als diese nicht mehr von Lenin, Trotzki und Radek, sondern von Sinowjew und Bucharin geleitet wurde und Kurs auf die Bolschewisierung ihrer Sektionen genommen hatte.

Die schwedischen Linkssozialisten eigneten sich die Ideen Rosa Luxemburgs an und lernten aus ihren praktischen Mißerfolgen. Nach der Novemberrevolution 1918/1919 agitierten sie für eine außerparlamentarische Massenaktion in ihrem Geiste, für eine "ruhige und würdige" Revolution in Schweden. "Wir fordern jedenfalls nicht größere

Verfassungsänderungen als in Deutschland", erklärte Höglund am 11. November 1919 während der Revolutionsfestlichkeiten in Stockholm.

Die schwedischen Linken hatten keinen Erfolg: Die Rechtssozialisten weigerten sich, mit den einheimischen "Bolschewiken" zusammenzugehen, während die schwedische Gewerkschaftsführung sogar rechts von der eigenen Partei stand.<sup>28</sup>

Weder der eigene Mißerfolg, noch die deutsche Niederlage veranlaßten - anders als W. Schmidt behauptet - eine Absage der schwedischen Linken an Rosa Luxemburgs Ideen. Das ist aus den Schriften von Höglund und Ström, verfaßt nach oder gleichzeitig mit der Gründung der Komintern im März 1919, zu ersehen. Gemeint sind die Broschüre von Ström "Weltrevolution oder Weltreaktion" und mehrere Beiträge von Höglund in "Zimmerwald", in denen die Gründung der neuen Internationale und die taktischen Meinungsverschiedenheiten in der eigenen Partei behandelt werden. Wohl seien das bolschewistische Programm und dessen Richtlinien für eine Arbeiterrevolution unentbehrlich; doch bliebe die Frage nach den bolschewistischen Kampfmethoden offen.<sup>29</sup> Als seine Gesinnungsgenossen nannte Höglund sowohl die Bolschewiki als auch die "Spartacister"<sup>30</sup>, die Ideen und Grundsätze der beiden kommunistischen Parteien - der russischen und der deutschen - machten nach seiner Meinung die Basis der neuen Internationale aus.<sup>31</sup>

Weder Rosa Luxemburg noch Karl Liebknecht warfen die schwedischen Linkssozialisten etwas vor. Die Delegierten des 3. Parteitags im Juni 1919 erhoben sich und gedachten Rosa Luxemburgs, als Kata Dalström über die Ermordete sprach: Sie sei "einer der edelsten Menschen, die es überhaupt gab, eine der geistig stärksten Frauen, welche die Menschheit kannte".<sup>32</sup> Der Kongreß bestimmte die Taktik der Partei und schloß sich aufgrund eines Mehrheitsbeschlusses der Komintern an. Der Resolutionsentwurf des Arbeitsausschusses enthielt textuelle Übereinstimmungen mit dem Spartakusprogramm von Rosa Luxemburg: "Gewalt und Terror sind kennzeichnend für die bürgerliche Gesellschaft, welche voll und ganz auf dem Gewalt- und Schreckensregiment des Militärs, der Polizei und des Gefängniswesens beruht... Die Durchführung der Revolution und des Sozialismus mit möglichst minimalen Opfern erfordert die Entwaffnung der Bourgeoisie durch die machtausübende Arbeiterklasse. Dabei lehnt die Partei jegliche planlose Gewaltausübung, alle Putschversuche und individuellen Terror ab..."<sup>33</sup> Zugleich enthielt die Resolution keinerlei Spuren der ablehnenden Haltung Rosa Luxemburgs gegenüber den Gewerkschaften.<sup>34</sup> Es stimmt also vollkommen, was der Höglund-Kenner Lars Björin schreibt: As far as we can see now, H. tried to find a "Swedish way" to communism, but within the Comintern in this turbulent period.<sup>35</sup>

Zusammenfassend kann gesagt werden: Rosa Luxemburg beeinflusste die schwedischen Linkssozialisten (Höglund, Ström, Nerman) mit ihren Ideen von den außerparlamentarischen Massenaktionen als entscheidender Form der Heranführung an eine Arbeiterrevolution und von der proletarischen Eigeninitiative, welche seitens der sozialistischen Partei befördert und geleitet, jedoch niemals durch Putsche o. ä. den Massen aufgezungen werden dürfe. Dieser "Luxemburgismus" (später als Begriff von sowje-

tischen und deutschen Kominternführern negativ besetzt) entsprach der schwedischen Realität und den Grundpositionen der schwedischen Linksozialisten. In gewisser Zuspitzung könnte man sagen: Der revolutionäre Flügel der SDLP hatte seine Partei in die 3. Internationale unter dem Banner Luxemburgs geführt. Noch heute dient das Märtyrerpaaar Liebknecht - Luxemburg als Symbol der linken, genauer der linkssozialistischen schwedischen Arbeiterbewegung.

- 
- 1 Siehe vor allem Jürgen Rojahn: War die deutsche Sozialdemokratie ein Modell für die Parteien der Zweiten Internationale? In: Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (IWK), Berlin, H. 3, 1991, S.291f.
  - 2 Siehe Martin Grass/Klaus Misgeld: Von Branting bis Brandt. Kontakte zwischen der schwedischen und deutschen Arbeiterbewegung, in: Schweden und Deutschland. Begegnungen und Impulse, Svenska institutet, Stockholm 1999, S.90ff. Für die Zeit des ersten Weltkrieges siehe Lars Bjorlin: Zimmerwald och ungdomsinternationalen. De socialdemokratiska ungdomsförbunden i Sandinavien och Zimmerwaldrörelsen, in: Arbetarhistoria, H. 47, 1988, S.18ff.
  - 3 Siehe in: Rosa Luxemburg im internationalen Diskurs. Internationale Rosa-Luxemburg-Gesellschaft in Chicago, Tampere, Berlin und Zürich (1998-2000), Herausgegeben von Narihiko Ito, Annelies Laschitzka und Ottokar Luban, Karl Dietz Verlag, Berlin 2002, S.249ff.
  - 4 Rosa Luxemburg: Gesammelte Briefe, Berlin/DDR 1982, Bd. 2, S.271, 272.
  - 5 Vom 4. bis 6.8.1909 war auf Beschluß der Landeszentrale der schwedischen Gewerkschaften ein allgemeiner Ausstand gegen den Versuch der Unternehmerverbände durchgeführt worden, durch großangelegte Aussperrungen während der Wirtschaftskrise die Zustimmung der Gewerkschaften zu Lohnreduzierungen zu erzwingen, an dem sich 75 Prozent der in Industrie, Handwerk und Verkehr beschäftigten Arbeiter beteiligten.
  - 6 Siehe Rosa Luxemburg, Gesammelte Briefe, Bd. 3, S.64.
  - 7 Siehe Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke, Band 2, Berlin/DDR 1972, S.496. Siehe auch S.277/278.
  - 8 Siehe Karl und Sophie Liebknecht: Brev och telegram till Hjalmar Branting 1914-1915, in: Arbetarrörelsens årsbok 1972, S.172-201.
  - 9 Siehe C. G. Andrae, Revolution eller reform, Stockholm 1998, S.219.
  - 10 Siehe Inserat in Folkets Dagblad Politiken (FDP) vom 6.11.1918.
  - 11 Mehr dazu siehe Alexander Kan: Nikolai Bucharin und die skandinavische Arbeiterbewegung, Mainz 1993.
  - 12 Siehe Text des Manifests bei C. G. Andrae, Revolution eller reform, S.221.
  - 13 Siehe in: Pierre Broué: Revolution en Allemagne (1917-1923), Paris 1971, S.154.
  - 14 Siehe Wolfgang Ruge: Deutschland 1917-1933, Berlin/DDR 1967, S.58.
  - 15 Siehe Hartfried Krause: USPD, Frankfurt/Main 1975, S.111/112.
  - 16 Siehe Z. Höglund: Den revolutionära uppmarschen, in: FDP vom 7. November 1918.
  - 17 Siehe ebenda vom 13. und vom 15.11.1918.
  - 18 Siehe ebenda vom 13.11.1918.
  - 19 Siehe dazu Svenbjörn Kilander: Censur och propaganda, Uppsala 1981, S.172f.
  - 20 Dazu siehe Ottokar Luban: Demokratische Sozialistin oder "blutige Rosa"?, in: IWK, H. 3, 1991, S.176f.
  - 21 Siehe W. Schmidt, Kommunismens rötter i första världskrigets historiska rum, Stockholm 1996, S.196.
  - 22 Siehe Rosa Luxemburg, Gesammelte Briefe, Bd. 6, S.212.
  - 23 an Fredrik Ström schrieb er bereits 1948 anlässlich seiner Schrift über die Komintern: „Bemerkenswert, wie klug Rosa Luxemburg war. Vor kurzem las ich Fröhlichs Buch über sie. Nie ist mir ein glänzenderes Frauenschicksal vorgekommen. Kein Zweifel, daß sie gegen Lenin mit ihrem Stand-

punkt von der Notwendigkeit der Demokratie in der [Arbeiter-]Bewegung Recht behalten hat.“  
(T.Nerman an F. Ström am 7. Juli 1948, in: Göteborgs Universitätsbibliothek, H 134: 118.)

24 Siehe FDP vom 4., 5., 6. 9., und 11. Dezember 1918.

25 Siehe ebenda vom 19. November und 10. Dezember 1918.

26 Siehe Komintern i ideja mirovoj revoljucii. Dokumenty, Moskau 1998, Dok. Nr. 7. Es fällt schwer, Leo Jogiches' Kritik an der bolschewistischen Partei mit diesem Brief in Einklang zu bringen. Siehe dazu Felix Tych in: IWK, H. 3, 1991, S.303f.

27 Siehe dazu A. Kan: Die schwedischen Linksozialisten und der Existenzkampf Sowjetrußlands (schwed.) in: Historisk Tidskrift, H. 3, 1990, S.321f.

28 Siehe dazu vor allem C. G. Andrae, Revolution eller reform, S.218ff.

29 Siehe Zimmerwald, H. 5, 1919, S.258f.

30 Siehe ebenda, S.257.

31 Siehe ebenda, H. 3, 1919, S.130.

32 Protokoll fört vid Sverges socialdemokratiska vansterpartiells tredje kongress i Stockholm 12 - 19 juni 1919, Stockholm 1919, S. 55.

33 Ebenda, S.21.

34 Siehe ebenda, S. 163/164.

35 Siehe seinen Beitrag über Höglund und die Komintern 1919-1924 in: Communism national and International, Helsinki 1998, S.213.

## Der schriftstellernde Schildermaler, der sich Robert Tressell nannte, und sein bemerkenswertes Buch “Die Menschenfreunde in zerlumpten Hosen”

Hanna Behrend

### *Das kurze Leben des Robert Noonan*

Habent sua fata libelli, Bücher haben ihre Schicksale, schrieb Terentianus Maurus bereits Ende des 2. Jh. n.Chr. “The Ragged Trousered Philanthropists” (RTP), dem Werk des 1870 geborenen unehelichen Sohnes des irischen Polizeiinspektors und späteren Friedensrichters Samuel Croker und Mary Noonan, war ein ungewöhnliches und verschlungenes Schicksal sowohl in Großbritannien als auch in Deutschland beschert. Auch über Herkunft und Geschichte seines Schöpfers Robert (Bob) Noonan gab es lange Zeit mehr Gerüchte und Mythen als gesicherte Erkenntnisse. Letztere verdanken wir seinem Biographen, Frederick C. Ball, der 1951 eine erste Schilderung des Lebens dieses Schriftstellers, “Tressell of Mugsborough”, verfaßte, der er 1973 eine zweite, “One of the Damned. The Life and Times of Robert Tressell”, folgen ließ, die die Ergebnisse seiner weiteren Recherchen über Tressells Leben und das Schicksal seines Manuskripts aufbereitet.

Von daher wissen wir auch, daß Noonan, der sein magnum opus unter dem Namen Robert Tressell schrieb<sup>1</sup>, um 1890 nach Südafrika auswanderte und dort heiratete. Die junge Mrs. Noonan starb früh und hinterließ dem Witwer die fünfjährige Tochter Kathleen. Noonan war damals als Vorarbeiter relativ wohlbestallt und engagierte sich in antibritischen irischen Organisationen. Er konnte sogar seine verwitwete Schwester mit ihrem Sohn, der im Ersten Weltkrieg fallen sollte, einladen, ihren Wohnsitz in Chile zu verlassen und zu ihm zu ziehen. Um die Jahrhundertwende verschlechterten sich jedoch die Arbeitsbedingungen in Südafrika, und so beschloß die Familie 1901, nach England zurückzukehren, wo sie bei einer anderen Schwester in Hastings unterkam, deren Sohn später Kathleens Ehemann und Vater ihrer Tochter wurde.

Bob Noonan kam nach Hastings in einer Zeit der Wirtschaftskrise, die sich besonders auf die Bauindustrie negativ auswirkte.

Der britische Kapitalismus war damals parasitärer und weit weniger dynamisch als der deutsche oder US-amerikanische. Zwischen 1900 und dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges stieg in Großbritannien der Kapitalexport von £1.700 Millionen auf £4.000 Millionen, während in der Industrie eine Depression bzw. Krise nach kurzer Erholung auf die nächste folgte. In der ersten Dekade des 20. Jahrhunderts fielen die Löhne um 10 Prozent. 18 Prozent der Bevölkerung über 65 Jahren waren Wohlfahrtsempfänger. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts gab es in England 1 Million Bauarbeiter. 50 und 70 Prozent der eingetragenen Arbeitslosen in London und Umgebung gehörten dieser Branche an, eine derjenigen, die am schwersten von der industriellen Stagnation, den Depressionen und Krisen betroffen war. Die Arbeitsbedingungen der Bauarbeiter hat-

ten sich seit Beginn des Jahrhunderts daher auch erheblich verschlechtert. Ihre einst militanten Gewerkschaften waren zahm und kompromißbereit geworden und duldeten Lohndrückerei und Antreiberei. So war auch die Zahl der Arbeitsunfälle auf dem Bau von 63.856 im Jahre 1897 auf 107.290 im Jahre 1901 angestiegen.<sup>2</sup>

Der Arbeiter John Nettleton berichtete in einem Robert-Tressell-Gedächtnis-Vortrag in Hastings 1981, daß Noonan in dieser Stadt, die er später in seinem Buch Mugsborough<sup>3</sup> nannte, Arbeits- und Lebensbedingungen kennen lernte, die sich gewaltig von denen weißer Arbeiter in Südafrika unterschieden. In Hastings lernte er das Leben der einfachen britischen Bauarbeiter kennen. Dort trat er auch der "Social Democratic Federation", der marxistisch orientierten Arbeiterorganisation, bei, dort begann er sein Werk zu schreiben, das am Ende 1700 handschriftliche Seiten umfaßte. 1910 plante Robert, mit seiner Tochter Kathleen nach Kanada auszuwandern, und fuhr allein nach Liverpool, um sich dort die Fahrkosten für diese große Reise zu erarbeiten. Seit seiner Rückkehr nach England litt er an der damaligen Volkskrankheit Tuberkulose, und so schaffte er es nicht, seine Reisepläne zu verwirklichen. Er erkrankte in Liverpool an einer Lungenentzündung, wurde im November 1910 ins Krankenhaus eingeliefert, wo er am 3. Februar 1911 starb. In einem Armengrab wurde er beerdigt. Nettleton war einer der Gewerkschaftsfunktionäre, die 1976 unter vielen Schwierigkeiten Noonans Grab auf einem Liverpooleser Friedhof ausfindig machten und dort einen Grabstein errichten durften.<sup>4</sup>

### *RTP: Das handschriftliche Manuskript und seine Geschichte*

Die Geschichte der RTP, an dem Noonan vier Jahre gearbeitet und das Kathleen Noonan, damals eine Lehrerstudentin, kopiert hatte, beginnt ein paar Jahre nach dem Tode seines Verfassers. Waise geworden nahm Kathleen Noonan eine Stelle im Haushalt an. Durch Vermittlung ihrer literaturinteressierten Arbeitgeberin, der sie anvertraute, daß sie im Besitz eines Buchmanuskripts sei, das ihr Vater verfaßt habe, gelangte dieses in die Hände von deren Nachbarin Jessie Pope, die es im Auftrag des Verlegers Grant Richards redigierte und für den Druck vorbereitete. Die erste Auflage erschien 1914 und umfaßte nur ca. zwei Drittel des Originalmanuskripts. 1918 erschien eine um weitere elf Kapitel der Ausgabe von 1914 gekürzte Ausgabe. Die Ausgabe von 1914 wurde von Käte Güsfield ins Deutsche übersetzt und erschien 1925 im Deutschen Verlag Berlin und 1927 in der "Universum" Bücherei für alle GmbH Berlin.

Der 1927er Ausgabe in der "Universum" Bücherei für alle GmbH Berlin war ein Vorwort des Verlages vorangestellt, in dem die gekürzte Ausgabe sehr positiv beurteilt wird: "Der tragische Widerspruch solcher vom Klassenfeind, vom Erwürger selbst großgepöppelten liberalen Philosophie ‚Der Menschenfreunde in zerlumpte Hosen‘ zu dem elenden Dasein dieser maßlos Ausgebeuteten gibt dieser Erzählung das Gepräge und macht sie zu einer besonders eigenartigen Erscheinung in der Arbeiterliteratur, zugleich zu einem erschütternden Dokument proletarischen Lebens. – Ein Arbeiter, der selbst in der Hölle maßloser Ausbeutung und Entrechtung gelebt hat, schildert das freudlose, noch nicht vom Gedanken des Klassenkampfes und der revolutionären

Erhebung erhellte Leben, die Spießbürgerphilosophie dieser Arbeiter, ihre oft an Einfach grenzende Resignation. Der einzige Arbeiter, der gegenüber seinen kleinbürgerlichen Arbeitsgenossen den Gedanken des Klassenkampfes vertritt, wird von ihnen nicht verstanden und für ‚etwas verrückt‘ erklärt. – Indem dies Büchlein in alle diese Widersprüche hineinleuchtet, wird es zu einer Satire auf allen Reformismus.“<sup>5</sup>

Erst 1946 fand man das handschriftliche Originalmanuskript in stark beschädigter Form wieder, das der damals der Kommunistischen Partei Großbritanniens nahestehende Verlag Lawrence & Wishart 1955 in einer ersten vollständigen Ausgabe herausgab. In dieser, von Frederick C. Balls besorgten Ausgabe, der seine inzwischen publizierten Forschungsergebnisse nutzte, sind durch verlorene Seiten entstandene Lücken und vom Verlag eingefügte Übergänge kenntlich gemacht. Diese Ausgabe war die Grundlage der ersten vollständigen deutschen Übersetzung von Lore Krüger, die 1958 im Aufbau-Verlag Berlin-Weimar mit einem Nachwort von Günter Klotz erschien.

Die 1914 und 1918 vorgenommenen Kürzungen durch Jessie Pope nannte die Pionierin der englischen Arbeiterliteraturgeschichtsschreibung Mary Ashraf (1903-1983) in ihrem Werk „Englische Arbeiterliteratur vom Ende des 18. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg“ zwar „eine Schlächtere“, fand aber auch, daß eine neue Ausgabe des Buchs Wiederholungen und unvollendete Passagen streichen sollte. „Wenn die heutigen Leser jemals wieder ähnliche Inspiration und Begeisterung empfinden sollen, wie die ältere Generation, ... [dann sollte] das Buch ... lesbarer und attraktiver gemacht werden durch eine Aufmachung und eine Darbietung, wie sie eines Klassikers würdig sind.“<sup>6</sup>

In der deutschen Ausgabe von 1958 bemängelt Günter Klotz im Nachwort: „Große Teile hatte Miss Pope im Auftrag des Verlegers gestrichen und dabei häufig Stellen zusammengestellt, die im Original nicht miteinander verbunden waren. Tressell hatte dem Buch einen optimistischen Schluß gegeben; dieser war durch eine Stelle aus der Mitte des Buches ersetzt worden, die in dem neuen Zusammenhang eine Andeutung zu enthalten schien, der Held des Romans, der sozialistische Arbeiter Owen, hätte sich entschlossen, Selbstmord zu begehen.<sup>7</sup> Einige Personen und Begebenheiten waren ausgelassen worden, so unter anderen Barrington, der zweite Sozialist des Buches. ... Alle diese Veränderungen waren der ursprünglich beabsichtigten Wirkung des Buches abträglich. ... [Der Leser ist] einerseits tief beeindruckt ... von der Chronik, die ein Jahr Hungerleben der Menschenfreunde umfaßt, [hat] andererseits aber Schwächen und objektive Fehler an dem Kunstwerk wahrgenommen ..., die dessen Wert doch beträchtlich herabsetzen müßten. Solche Mängel kann er nicht ganz zu Unrecht darin erblicken, daß das Werk einer konfliktreichen spannenden epischen Handlung entbehrt, daß offensichtlich vermeidbare Wiederholungen ungeniert stehen gelassen wurden, daß der Erzähler unmittelbar oder durch den Mund seiner Gestalten zu viel theoretisiert und daß vor allem jene Ideen, welche die erhoffte Einrichtung eines ‚genossenschaftlichen Gemeinwesens‘ erläutern, unserer gegenwärtigen Wirklichkeit Widersprechendes in sich bergen, das schon vor der Entstehung des Buches von Marx und Engels, aus der Analyse der Geschichte resultierend, in den Grundzügen richtig

vorausgesagt wurde. Überdies fällt auf, daß der Autor nicht die vorderste Reihe der organisierten Arbeiterbewegung in den Mittelpunkt des Geschehens stellt, sondern die rückständigsten und unbelehrbarsten Lohnsklaven, die so menschenfreundlich sind, daß sie ihre Ausbeuter gottesfürchtig und mit gebührender Verehrung im Amte halten und alle Angriffe auf die eigene Freiheit des Verhungerens verbissen abwehren.“<sup>8</sup>

Der zweite Teil des Originaltitels, der in der englischen Ausgabe von 1955 aus dem Faksimile der Originaltitelseite des Manuskripts<sup>9</sup> ersichtlich wird, wurde in der deutschen Ausgabe ausgelassen und steht erst wieder im Nachtrag von Else Tonke in der von ihr übersetzten neuen Ausgabe: “Das ist die Geschichte von zwölf Monaten in der Hölle, erzählt von einem der Verdammten und von Robert Tressell niedergeschrieben.“<sup>10</sup>

Mehr als 20 Jahre später, nach dem Zusammenbruch des ersten weltweiten Sozialismusexperiments, schrieb die Ostdeutsche Else Tonke, der ein englischer Gastbauarbeiter die komplette englische Ausgabe zu lesen empfohlen hatte: “Das Buch ‘The Ragged-Trousered Philanthropists’ hat mich nicht mehr losgelassen, seit es mir von meinem lieben alten Freund Ben gegeben worden war. Damit es außer mir wenigstens noch meine Söhne in deutscher Sprache lesen können, habe ich mich an den großen Berg Arbeit gemacht, das Buch zu übersetzen. Die Faszination der ‚Menschenfreunde‘ führte dazu, daß sich an dieser Arbeit immer mehr Menschen völlig selbstlos beteiligten.“<sup>11</sup>

Als Else Tonke sich mit Unterstützung der Lektoren Gudrun Rehmann aus Detmold und Klaus Wondratschek, einem Neu-Potsdamer aus dem Westen, an die Übersetzungsarbeit machte, war ihnen weder die Geschichte des Autors, seines Werks, noch die früheren deutschen Übersetzungen bekannt. Sehr wahrscheinlich erwies sich diese Unkenntnis am Ende als ein großer Vorteil. Im Vergleich mit der sprachlich eher neutralen, keinem sozialen Register zuzuordnenden deutschen Übersetzung von 1958 ist die neue Übersetzung zwar oft weniger korrekt (so sind bei der Endkorrektur, anders als bei der durch Korrektoren überprüften Ausgabe des Aufbauverlags, viele Fehler übersehen worden), aber dafür hat sie einen großen Vorteil: Sie entspricht insgesamt im sprachlichen Duktus und vor allem dem sozialen Register nach, das die Übersetzerin kenntnisreich den “Menschenfreunden” in den Mund legt, weit mehr dem Original. Es ist die erste deutsche Übersetzung in eine Sprache, wie sie von deutschen Bauarbeitern gesprochen und daher von ihnen verstanden werden könnte.

Daher wünschte man dieser Ausgabe die bisher fehlende Aufmerksamkeit der mit politischer Bildungsarbeit befaßten Stiftungen, der Gewerkschaften und Parteien und damit eine angemessene Verbreitung, vor allem unter denjenigen, deren Lebenssituation viel Ähnlichkeit mit der im Roman geschilderten Situation der “Menschenfreunde” hat.

Worum geht es in diesem Buch? Der Titel „Die Menschenfreunde in zerlumpte Hosen“ ist bittere Ironie. Die selbst in zerlumpte Hosen herumlaufen, sind nicht sich selbst sondern nur ihren Ausbeutern gegenüber “Menschenfreunde”. Die Bauarbeiter sanieren ein anzüglich “The Cave” genanntes Haus.<sup>12</sup> Die Baufirma Rushton (Hetzer)

unterbietet ihre Konkurrenten, indem sie als Polier den verhaßten Hunter (Jäger) einsetzt, der die Arbeiter gnadenlos antreibt und zur Pfuscharbeit nötigt, und indem sie an der Materialqualität und –quantität spart, wo sie nur kann. Die Firma beschäftigt vorwiegend jene “unorganisierten und ignoranten Menschenfreunde, die leichte Beute für Rushton, Hunter und ihre religiösen Freunde” sind und “wie die Sklaven in der Antike schufteten, weil ihnen die Angst vor dem Rausschmiß im Nacken sitzt.”<sup>13</sup>

Die Struktur des Romans hat Jack Mitchell in seiner an der Humboldt-Universität zu Berlin verteidigten und 1969 in England veröffentlichten Dissertation “Robert Tressell and The Ragged-Trousered Philanthropists” folgendermaßen beschrieben: “Der Roman ist wie ein Wagenrad konstruiert. An der Radnabe werden die Männer bei der Arbeit geschildert. Dorthin kehrt die Handlung stets wieder zurück, nachdem der Autor, den einzelnen Speichen entlang Einsicht in das ‚Privat‘- oder Familienleben der Arbeiter, ihre Freizeitgestaltung und Vergnügungen, ihre ‚politischen‘ Aktivitäten usw. gegeben hat. So erkennen wir, daß die Art und Weise, in der die Männer arbeiten, ihre ganze Lebensweise bestimmt, daß die unfreie Arbeit der Ausgangspunkt ihrer ganzen Unfreiheit ist.”<sup>14</sup>

Diese Bauarbeiter werden ohne die geringste Schönfärberei gezeichnet. “Kein britischer Sozialist hat jemals gewagt, wie Tressell den Hang zur geistigen Korruption, der eine der vielen widersprüchlichen Erscheinungen im Reifeprozess der Arbeiterklasse im imperialistischen Zeitalter ist, so gnadenlos wahrheitsgetreu zu schildern.”<sup>15</sup>

Wie aktuell mutet es z.B. an, wenn im Kapitel 1 einer der Arbeiter sagt: “Klar – sogar hier in Mugsborough ... werden wir von denen überrannt! Im Grand Hotel, wo wir letzten Monat gearbeitet ham, sind fast alle Kellner und der Koch Ausländer.’ ... Es war ‘ne verdammte Schande, daß es diesen Leuten erlaubt wurde, die Engländer brotlos zu machen; sie sollten ins verdammte Meer gejagt werden.’”<sup>16</sup>

Die Arbeiter können vier Gruppen zugeordnet werden: den Kriechern und Speichelleckern, den zwischen Anstand und Opportunismus ständig Schwankenden, den nur durch die Figur des Joe Philpot vertretenen klassenbewußten und witzigen Facharbeitern, die sich ihre Menschlichkeit auch unter den entmenslichenden Bedingungen erhalten und schließlich gibt es die beiden Sozialisten Owen und Barrington, die gewissermaßen zwei Seiten der Persönlichkeit des Autors repräsentieren. Owen, ein hochqualifizierter Schildermaler und Innendekorateur, Mitglied der “Social Democratic Federation” und tuberkulosekrank wie sein Schöpfer, verwendet seine ganze Kraft dazu, seinen Kollegen die gesellschaftlichen Grundtatsachen der kapitalistischen Gesellschaft zu vermitteln. Vergeblich versucht er in der Mittagspause, ihnen diese so schlicht wie möglich zu erläutern. Die Kollegen nehmen ihn nicht ernst, finden ihn lediglich unterhaltend. Unterstützt wird er von Barrington, einem Mann bürgerlicher Herkunft, der auf dem Betriebsausflug, einem Höhepunkt des Romans, den Mut hat, dem Lebensmittelhändler Grinder (Schinder), der in einer Tischrede die Arbeiter verhöhnt und die Sozialisten verleumdet, entgegenzutreten und in dem Kapitel “The Great Oration” (in der 1958 Ausgabe: “Die große Rede”, in der Ausgabe von 2002 weniger treffend “Der große Diskurs feierlich und würdig durchgeführt” genannt)

Noonans Vision einer zukünftigen Gesellschaft verkündet. Er beklagt, daß sein Einsatz für die Sache der Ausgebeuteten von diesen nicht gewürdigt wird, sondern ihm sogar Argwohn und Haß einbringt, und daß dagegen diejenigen viel eher respektiert werden, die den Unternehmern helfen, die Arbeiter auszubeuten. Dennoch lohne es sich, für die Kinder und damit für die Zukunft zu kämpfen.

Die Noonansche Gesellschaftsutopie, die Barrington verkündet, sieht vor: "Da wir die größtmögliche Anzahl der Arbeit sparenden Maschinen einsetzen werden und die besten wissenschaftlichen Methoden in unseren [staatssozialistischen] Farmen und Fabriken anwenden, werden die von uns erzeugten Gütermengen so enorm groß sein, daß wir imstande sind, unseren Beschäftigten sehr viel höhere Löhne zu zahlen – in Papiergeld -, und es wird möglich, unsere Produkte so billig zu verkaufen, daß die öffentlich Bediensteten in die Lage kommen, alles in Wohlstand zu genießen."<sup>17</sup>

Immer mehr Erwerbstätige würden daher aus den Privatbetrieben in den öffentlichen Dienst wechseln und die sozialistische Verwaltung stärken. Die Überproduktion würde durch die Beschäftigung von immer mehr Arbeitskräften für Kultur- und Bildungsaufgaben und durch die Senkung der Arbeitszeit auf vier bis fünf Stunden und Berentung mit 45 Jahren verhindert werden.

"All diese Leute werden den Rest ihrer Tage ihren eigenen Neigungen entsprechend verbringen können. Einige wollen vielleicht ruhig zu Hause sitzen und sich auf die gleiche Weise amüsieren wie die Wohlhabenden mit freier Zeit heutzutage – mit ein paar Hobbys oder der Teilnahme an der Organisation gesellschaftlicher Veranstaltungen wie Bällen, Parties, Unterhaltungen, der Ausrichtung von Volksfesten und sportlichen Wettkämpfen, Rennen und allen Sportarten.

Einige werden es vorziehen, weiter dem Staat zu dienen, Schauspieler, Künstler, Bildhauer, Musikanten und andere ihre Arbeit zum eigenen Vergnügen und um der Ehre willen fortsetzen. ... Manche werden ihre Freizeit der Wissenschaft, Kunst oder Literatur widmen. ... Das sind die Grundsätze, nach denen das Kooperative Gemeinwesen der Zukunft eingerichtet sein wird, ein Staat, ... in dem niemand seinen Gewinn aus eines anderen Verlust erzielt und wir nicht länger Herren und Diener, sondern Brüder, freie Menschen und Freunde sein werden, da es keine erschöpften, seelisch gebrochenen Männer und Frauen mehr geben kann, die ihr freudloses Leben in Plackerei und Mangel verbringen müssen, und keine kleinen Kinder, die weinen, weil sie hungrig sind und frieren."<sup>18</sup>

### *Die Rezeption des Werks durch die britischen Arbeiter*

Trotz der Kürzungen und tiefgreifenden inhaltlichen Veränderungen war die erste Ausgabe ein Bestseller. Zwischen 1914 und 1954 gab es insgesamt zwanzig Auflagen mit fast 140.000 Exemplaren<sup>19</sup> und wesentlich mehr LeserInnen, da die Exemplare unter den Arbeitern herumgereicht wurden. Das war für ein Buch dieser Art eine ungewöhnlich hohe Verbreitung.

In den 30er Jahren war es möglich, ungeachtet der elenden Arbeits- und Lohnbedingungen im Baugewerbe, der Unorganisiertheit der Bauarbeiter, "die Sechs-Penny-

Ausgabe fast an jedem Bauplatz zu verkaufen, und oft genug an Menschen, die selten oder niemals etwas Ernsthafteres lasen als eine illustrierte Zeitung oder die Renn-Ausgabe der Abendzeitungen.”<sup>20</sup>

Bert Hogenkamp berichtet, daß bei einem einzigen Meeting während eines Bauarbeiterstreiks in Putney, London 1934 200 Exemplare des Buchs verkauft wurden.<sup>21</sup> Trotz seiner Popularität unter einem wenig belese­nen Publikum, blieb RTP dagegen den bürgerlichen Lesern in England lange Zeit unbekannt. Frederick Ball schrieb: “Literaturhistoriker an den Universitäten Oxford und Cambridge haben von dem Buch nie gehört.”<sup>22</sup> Es stand in keiner Literaturgeschichte und auch in den renommierten “Oxford Companion to English Literature” und “Cambridge Guide to English Literature” fehlt bis heute jeder Hinweis auf das Werk oder den Autor. Nur der “Oxford Companion to Twentieth Century Literature in English” (1996) enthält einen kurzen Beitrag über Tressell und sein Werk.

Peter Miles stellt fest, daß das Werk den Leser für die subversive Haltung des Autors den herrschenden sozialen, politischen und kulturellen Strukturen gegenüber gewinnt. Dazu habe auch seine Verbreitung durch persönliche Empfehlung vor allem unter den “grass root” Angehörigen der englischen Arbeiterbewegung beigetragen. Diese Art der Literaturverbreitung habe die agitatorische Wirkung des Werks befördert. Der Arbeiterdramatiker Tom Thomas berichtete, daß er das Buch nach dem Ersten Weltkrieg auf einer Antikriegs-Veranstaltung im Londoner Finsbury Park erstanden habe; wie vielen anderen habe es auch ihm die Augen geöffnet und ihn begeistert. Er schrieb eine Dramafassung, die 1927 von den “Hackney People’s Players” erstaufgeführt wurde. Sein Motiv war, dieses beeindruckende Buch nicht nur dem vereinzelt Lesenden zugänglich zu machen, sondern es zu einem Gemeinschaftserlebnis werden zu lassen. Der Erfolg des Stücks, das in der Zwischenkriegszeit zweimal aufgelegt und von verschiedenen Theatergruppen aufgeführt wurde, trug zur Gründung der “Workers’ Theatre Movement” (Arbeitertheaterbewegung) in den 30er Jahren bei. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde eine von Frank Rhodes verfaßte Version des Buchs von den “Unity Mobile Theatre Players” an verschiedenen Orten aufgeführt. Es gab noch eine weitere Dramafassung von Stephen Lowe, die 1967 und 1983 im britischen Fernsehen gezeigt wurde, wo damals auch eine Sendung über das Leben Robert Tressells lief. Das Buch begeisterte bekannte englische Schriftsteller wie George Orwell und Alan Sillitoe; letzterer berichtete, daß er es mit der Empfehlung erhalten habe, es sei das Buch, das den Wahlsieg der Labour Party von 1945 bewirkt habe.<sup>23</sup> Über das Buch wurde von der “Workers’ Film und Photo League” ein Werbefilm gedreht.<sup>24</sup> 1931 wurde der “Robert-Tressell-Club” in England gegründet, der sich der Internationalen Vereinigung Revolutionärer Schriftsteller (IVRS) anschloß.

Mit der wachsenden Gefahr, die das 1933 in Deutschland zur Macht gekommene NS-Regime für die Demokratie und den Weltfrieden bedeutete, veränderte sich in England auch die literatur- und kulturpolitische Linie der Linken und speziell der britischen Kommunistischen Partei. Das Kulturerbe der englischen Arbeiterliteratur spielte fortan eine recht geringe Rolle. Aktuelle proletarische Kultur und Kunst wur-

den marginalisiert. Auf kulturpolitischem Gebiet bedeutete die "Volksfrontpolitik" eine Bevorzugung antifaschistischer bürgerlicher AutorInnen.

Erst wieder mit dem Aufkommen der verschiedenen Bürgerbewegungen in den späten 60er Jahren, mit den Studenten- und Frauenbewegungen, der neuen Linken und den "Cultural Studies" besann man sich wieder auf dieses Erbe. Die 80er Jahre waren ein neuer Höhepunkt in der Geschichte der RTP und des Autors Tressell. Von 1981 bis 1988 fanden die "Robert Tressell Lectures" statt, die von David Alfred im Auftrag der "Workers' Education Association" (WEA), des angesehensten britischen Arbeiterbildungsvereins, 1988 herausgegeben wurden und Beiträge von namhaften Persönlichkeiten wie dem Historiker, Soziologen und Schriftsteller Raymond Williams, dem linken Politiker Tony Benn, dem Historiker Raphael Samuel, dem Arbeiterschriftsteller Jack Jones, der Publizistin Eileen Yeo u.a. enthielten.

1981 begann die Restaurierung einer zur Erinnerung an die verstorbene Ehefrau eines örtlichen Bauunternehmers gestifteten, von Noonan 1905 geschaffenen Wandmalerei in der Kirchenkanzel von St. Andrews in Hastings. Von der Kirche, die 1970 abgerissen wurde, war nur das von Noonan gemalte Panel erhalten geblieben, das auch gleichzeitig das Einzige war, was von Noonans bildkünstlerischer Hinterlassenschaft übrig geblieben war. In ganz England wurde erfolgreich für die Restaurationskosten Geld gesammelt.<sup>25</sup>

Bis heute wird RTP in Großbritannien aufgelegt. Das Buch ist auch über Internet in Ausgaben von zwei Verlagen erhältlich.<sup>26</sup> Der Mehrzahl etablierter (west)deutscher AnglistInnen blieb Tressell unbekannt, nur links orientierte anglistische Periodika wie "Hard Times" oder "Gulliver" kannten Buch und Autor. Unter westdeutschen Arbeitern war RTP seit 1933 nicht mehr verbreitet worden. Die DDR-Anglistik verdankt den Gastdozenten Mary Ashraf und Jack Mitchell, daß britische Arbeiterliteratur vor allem an der Humboldt-Universität, aber auch an anderen DDR-Universitäten ein Lehr- und Forschungsgegenstand wurde und bis zur Wende blieb. Aber auch dort blieb die Wirkung des Werks auf den Kreis von Lehrkräften, StudentInnen und AbsolventInnen beschränkt und fand unter Arbeitern keine Verbreitung.

Die gesamtdeutsche Brockhaus-Jubiläumsausgabe von 1996 kennt ihn immer noch nicht. Den für die englische Literatur zuständigen Beitragern kam offenbar nicht in den Sinn, auch die in der DDR erschienenen Lexika fremdsprachlicher Literatur einzusehen, etwa Meyers Taschenlexikon "Fremdsprachliche Schriftsteller" von 1971, das dreibändige "Lexikon fremdsprachlicher Schriftsteller" von 1980 oder "Englische Literatur im Überblick" aus dem Reclam-Verlag Leipzig von 1986, die alle Einträge über Tressell haben; das letztgenannte Nachschlagewerk berichtet relativ ausführlich über Tressell und sein Werk im Abschnitt "Englische Arbeiterliteratur 1870 bis 1914". Selbst "Meyers Neues Lexikon" in acht Bänden, Leipzig 1964, enthält einen kurzen Beitrag über Robert Noonan, genannt Tressell.

Die von Else Tonke übersetzte und 2001 im Scheunen-Verlag erschienene Ausgabe von "Die Menschenfreunde in zerlumpte Hosen" ist die erste gesamtdeutsche Veröffentlichung des Werks seit 1927.

*RTP - ein Klassiker der Arbeiterliteratur*

Jack Mitchell (1932-1999) hält RTP für "einen Beitrag zum weltweiten Durchbruch proletarischer und sozialistisch-realistischer Prosa, der fast unmittelbar nach dem Übergang des Kapitalismus in seine imperialistische und dekadente Periode um die Jahrhundertwende zum 20. Jahrhundert erfolgte. In den wenigen Jahren zwischen der russischen Revolution von 1905 und dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs entstanden außer Tressells Roman [und einigen anderen, von Mitchell erwähnten britischen Arbeiterromanen] Upton Sinclairs "Der Dschungel", Jack Londons "Die Eisernen Ferse", Martin Andersen Nexös "Pelle der Eroberer" und Maxim Gorkis "Die Mutter". ... Die erreichte ästhetisch-literarische Reife war ... nicht nur der theoretisch-wissenschaftlichen Erkenntnis der Avantgarde über die historische Rolle ihrer Klasse geschuldet, sondern auch dem Reifen proletarischer Sinnlichkeit, einer proletarischen Einfühlsamkeit, einer neuen Qualität von Sensibilität und proletarischer Phantasie."<sup>27</sup>

Für Jack Mitchell nimmt Tressells Werk "eine Schlüsselstellung in der englischen Literatur und in der Entwicklung der englischen Arbeiterliteratur ein."<sup>28</sup> Es ist "bemerkenswert ‚anders‘ als andere Werke, sowohl was seinen Gegenstand als auch seine Struktur anlangt."<sup>29</sup> Dieses Anderssein habe viele wohlmeinende Forscher und Intellektuelle daran gehindert, Tressell als Künstler anzuerkennen, wie das sein Arbeiterpublikum tat. Das Geheimnis des Werks besteht Mitchell zufolge darin, daß es "Teil der großen Tradition des englischen Romans und noch genauer, der großen mit Bunyan beginnenden Volkstradition ist, die von Swift, Defoe, Fielding und Smollet bis Dickens reicht. Tressell ist nach Charles Dickens der nächste wichtige Schritt in dieser Tradition."<sup>30</sup> Mitchell schreibt ihm jene "Einfühlsamkeit" ("sensibility") zu, unter der er, dem englischen marxistischen Literaturwissenschaftler Arnold Kettle folgend, "den Standpunkt oder im weitesten und umfassendsten Sinne das Klassenbewußtsein einer Person verstand, die einer bestimmten Klasse oder Schicht angehörte. Das umfaßte seine Moralauffassungen, seine Gefühle und emotionalen Reaktionen, seine Normen und Wertvorstellungen – das ganze Register seiner verinnerlichten ‚instinktiven‘ Reaktion bis hin zu allen seinen Erfahrungen. Es ist das Wesen seiner ganzen Sichtweise."<sup>31</sup>

Mary Ashraf (1903-1983), Mitchells Gutachterin und die kritischste der BewunderInnen von Tressells Werk, schreibt: "The Ragged-Trousered Philanthropists' ist die Wiedergabe der Realität – in aller Wahrhaftigkeit; wir finden ihre äußeren Züge detailliert und lebendig wieder, ebenso finden wir sie im typischen Verhalten der Charaktere, in der vertieften Art der genauen Beobachtung des Typischen und Gewöhnlichen... Vielleicht mußte das Publikum, für das das Buch bestimmt war, die schmutzigen Details seiner ständigen Umgebung sehen, um sich selbst in jenem unversöhnlichen Portrait zu erkennen und die soziale Kritik zu begreifen, die hinter dieser Abbildung des Typs verborgen ist."<sup>32</sup> Ashraf stimmt Frederick Ball zu, daß das Hauptverdienst Tressells das wunderbare Bild sei, das er von der Arbeiterklasse gebe: "Geboten wird ein vollständigeres Bild als in irgendeinem Roman jener Zeit zu finden ist"<sup>33</sup>.

Ronald Paul kommt zu dem Schluß, daß Tressell im Unterschied zu anderen bedeutenden internationalen sozialistischen Romanciers seiner Zeit eine "konsequent anti-

heroische Gestaltung [seines Protagonisten gelang], die geschickt abgestimmt ist mit einem überzeugenden Bild kollektiver Klassenerfahrung. ... Owen ist der Maßstab der sozialen und politischen Bandbreite des Arbeitermilieus, in das diese Figur so fest eingefügt ist. Dieser sehr reale Gemeinschaftssinn und diese kollektive Stärke machen das Buch politisch optimistischer als es zunächst erscheint. Die Gestalt des Owen ist deshalb so sympathisch, weil er seine grundlegende menschliche Solidarität mit seiner wenig erfolgreichen Rolle als sozialistischer Agitator verbindet. Paradoxaerweise verdankt das Werk seine starke psychologische Wirkung seiner Schwäche als Agitationsroman.“<sup>34</sup>

Paul hebt auch Tressells bewußten und wirksamen Einsatz humoristischer Mittel hervor, von beißender Ironie bis zur Face und Satire, die ein integraler Bestandteil seiner Erzählweise sind und die sich wohltuend vom “düsteren Ernst und der gequälten Didaktik”<sup>35</sup> abheben, die andere Arbeiterromane beschwerlich zu lesen machen.

Für Peter Miles unterscheidet sich RTP von anderen sozialistischen Romanen dadurch, “daß es sich selbst als ein agitatorisches Werk begreift und sich als einen Gebrauchsgegenstand anbietet und nicht nur konsumiert werden will. Es beschreibt das menschliche Leiden. Aber es befördert auch die Überzeugungsarbeit, zeigt, daß sie machbar ist, besteht darauf, daß der Leser sich engagieren, daß er das Buch dafür einsetzen kann.“<sup>36</sup>

In seiner Figurenanalyse bezeichnet Jack Mitchell Owen als “den gelungensten, zutiefst menschlichen, moralisch höchst anziehenden Arbeiterprotagonisten unserer Literatur”.<sup>37</sup> Ihn habe Noonan nicht nur mit einer Familie ausgestattet, was ihm Gelegenheit bietet, in der Ehefrau Norah ein positives Frauenbild zu gestalten und seine Auffassungen über sozialistische Eltern-Kind-Beziehungen zu demonstrieren. In der Gestalt des Frank Owen erfülle, so Mitchell, Tressell die Beziehungen zwischen einzelnen Arbeitern, zwischen Alten und Jüngeren, zwischen Arbeitern und ihren Ausbeutern, zur Arbeit und zur Politik mit Leben.

“Durch die ganzheitliche Gestalt Frank Owens erahnen wir, was Klassenkampf auf einer höheren, organisierteren Ebene wirklich bedeutet; daß sein letztes Ziel die Hervorbringung einer Welt ist, wo solche Männer und Frauen sich frei und vollständig entfalten können. In diesem Sinne ist Owen in gewisser Hinsicht das vorweggenommene Endergebnis des Sieges im organisierten Klassenkampf.“<sup>38</sup>

Daß Mitchell mit der Vorwegnahme einer sozialistischen Gesellschaft die Überwindung des Konkurrenzkampfs zwischen den Arbeitern und die uneigennützigste Solidarität unter ihnen meint, geht aus der von ihm hervorgehobenen Episode hervor, als Owen von der freien Arbeitsstelle erfährt, für die sich der alte Arbeiter Jack Linden bewerben sollte: “Owen zögerte: er war durchnäßt, und der Weg zu Linden zog sich lang hin, nahezu zwanzig Minuten zu Fuß. Dennoch, er wollte ihn benachrichtigen, weil er unbedingt einer der ersten bei der Bewerbung sein mußte, Linden würde nicht so gute Chancen haben wie ein jüngerer Mann. Owen tröstete sich damit, daß das Risiko, sich zu erkälten, geringer war, wenn er ganz schnell ging. Mit nassen Sachen herumzustehen, mochte gefährlich sein, aber solange man sich bewegte, war es in Ordnung.“<sup>39</sup>

Erst nach dem Besuch bei Linden kehrt er nach Hause zu seiner kranken Frau zurück. Er schickt sie ins Bett und bringt, erschöpft wie er ist, seinen Sohn zu Bett, trocknet seine nassen Sachen und bereitet sich eine Mahlzeit. Owen behandle Nora als intellektuell gleichwertig, was sie Mitchell zufolge auch ist: "Sie ist nicht nur eine klassenbewußte Frau, sie ist auch eine gebildete Sozialistin. Tressell hebt diese Dinge nicht hervor. Sie sind für ihn selbstverständlich. Norah erklärt ihrem Sohn das Wesen der Ausbeutung in einfachen, aber kämpferischen Begriffen, wie es Owen nicht besser gekonnt hätte. Bei der Erziehung des kleinen Frankie gibt es keine Spur der falschen ‚Objektivität‘, die man manchmal in sozialistischen Familien findet. Was immer Frankie fragt, beantworten seine Eltern vom Standpunkt klassenbewußter Arbeiter. Es ist eine parteiliche Erziehung, aber keine sektiererische. Frankie darf zur Sonntagsschule gehen und bekommt sogar Geld, weil ihn die anderen Kinder dabei haben wollen und auch er dorthin gehen will."<sup>40</sup>

### *Ein feministisches Urteil*

Dieses Urteil ergänzt Eileen Yeo kritisch in ihrer Robert-Tressell-Vorlesung in Hastings am 26. April 1987. Tressell sei von dem traditionellen Modell des männlichen Familienernährers ausgegangen. "Der Ehemann als Beschützer war von den Chartisten festgeschrieben worden, verständlicherweise, da die Kapitalisten Frauen und Kinder dazu mißbrauchten, um die politische Kraft der Industriearbeiter zu untergraben<sup>41</sup>. ... Obwohl seinen [Tressells] scharfen Augen das Ausbeuterische an typischer Frauenarbeit (Hausarbeit in der Familie, als Putzfrau, als Näherin in Heimarbeit) nicht entgangen war, erläutert er [in Barringtons großer Rede] nicht, wie die Bürde der Hausarbeit, des Kinderkriegens und –aufziehens usw. im Sozialismus reformiert werden sollte."<sup>42</sup>

Zurecht weist Yeo darauf hin, daß es zeitgleich mit Tressell Frauen gab, die erste Ansätze zu einer feministischen Kritik äußerten. Waren aber schon schreibende Arbeiter relativ selten, so waren schreibende Arbeiterinnen absolute Ausnahmen. Dennoch gab es auch in Hastings vereinzelt Frauen, die für die sozialistische Presse schrieben: Yeo erwähnt Lily Bells Kolumne im "Labour Leader" und Julia Dawsons Artikel für "The Clarion". Auch die militante Suffragette, Kommunalpolitikerin und Abgeordnete der "Independent Labour Party", Hannah Mitchell (1871-1956) setzte sich nicht nur wie Tressell für die geistige, sondern auch für die materielle Unabhängigkeit der Frauen ein. Sie war der Meinung, daß für die (männlichen) Sozialisten nur die Klassen-, nicht aber die Geschlechterfrage zählte. Obwohl ihr eigener Ehemann sie so gut er es verstand unterstützte, schrieb sie: "Die meisten von uns verheirateten Frauen mußten feststellen, daß das Frauenwahlrecht unsere Männer weniger interessierte als ihr Mittagessen."<sup>43</sup>

Von ihr stammt auch der Ausspruch: "Wir verheirateten Frauen mußten unsere Arbeit stets mit einer Hand leisten. Die andere war gefesselt."

Eine wichtige Rolle spielte die "Cooperative Women's Guild", die Frauenvereinigung der Genossenschaftsorganisation, die sich zum Ziel setzte, "ihren Mitgliedern den Weg

zur aktiven Bürgerin zu öffnen und ihnen die Kompetenzen für ein Leben in der Öffentlichkeit zu vermitteln, d.h. sie zu befähigen, Meetings zu veranstalten, öffentlich zu sprechen und für die Öffentlichkeit zu schreiben“, wie die langjährige Generalsekretärin der Organisation Margaret Llewellyn Davies (1861-1944) in ihren Schriften „Maternity. Letters from Working Women“ (1915) und „Life as we have known it“ (1931) erklärte.

Yeos feministische Kritik zeigt die historisch bedingten gesellschaftskritischen Grenzen der Tressellschen Gesellschaftskritik, die auf den Umstand zurückzuführen sind, daß die damalige Arbeiterbewegung eine in erster Linie von männlichen Industriearbeitern dominierte Bewegung war, die deren Interessen als die Interessen aller Lohnabhängigen ansah. Indem sie die Abhängigkeit der Arbeiterfrauen von ihren Ehemännern durch die Institution des Familienlohns zementierte, blendete sie die Geschlechterverhältnisse aus. Daraus ergab sich auch eine diskriminierende Haltung gegenüber den Arbeiterinnen. Die Arbeiterbewegung war damals außerstande, die Interessen der weiblichen Lohnabhängigen gleichberechtigt zu vertreten. Noch weniger vermochten die Sozialisten dieser Periode Zukunftsvisionen zu gestalten, in denen die Geschlechtergerechtigkeit einen Ort gehabt hätte. Auch die marxistische Theorie bot lediglich Ansätze, die als Ausgangspunkt für eine Analyse der Geschlechterverhältnisse hätten angesehen werden können.

#### *Tressells Sozialisten: Intellektuelle aus der Lohnarbeiterklasse*

Die Sozialisten unter Tressells Arbeitern zeichnen sich bereits durch ihre Sprache aus. Während ihre proletarischen Kollegen wie Londoner Arbeiter sprechen, ist auch die Sprache der Bosse durch phonetische und grammatikalische Abweichungen vom Standard Englisch gekennzeichnet, die sie als wenig Gebildete ausweisen.

Owens Unterhaltung mit dem Arbeiter Easton zeigt, daß er keine Gelegenheit ausläßt, seine Kollegen dafür zu kritisieren, daß sie nicht zu entdecken versuchen, wie das gegenwärtige System abzuschaffen wäre, und denen nicht helfen, die versuchen, eine bessere Ordnung der Dinge zustande zu bringen.<sup>44</sup> Der von Owen belehrte Easton „wußte, das alles [was Owen ihm sagte] war zutreffend. ... Er war sehr gereizt, als er dem anderen zuhörte. Owen spürte es, fuhr aber ungeachtet dessen fort.“<sup>45</sup> Owen warf seinem Kollegen vor, er habe kein Recht, gleichgültig gegenüber dem Schicksal des Kindes zu sein, für dessen Leben auf der Welt er verantwortlich sei. „Wer nicht hilft, für die Zukunft bessere Verhältnisse zustande zu bringen, hilft das gegenwärtige Elend zu verewigen, und ist deswegen der Feind seiner eigenen Kinder.“<sup>46</sup> Easton war froh, als der Polier Hunter, Misery genannt, angekündigt und das Gespräch damit beendet wurde. Dennoch nimmt er Owen nicht übel, daß dieser ihn belehrt. Owen konnte sich später sogar herausnehmen, Easton offen zu sagen, daß er ihm und nicht seiner Frau Ruth die größere Schuld am Zusammenbruch ihrer Ehe gab. Ungeachtet der Unterschiede in Allgemeinwissen und sprachlichem Ausdruck, ist Owen kein Außenseiter. Die Arbeiter behandeln ihn als eine Vertrauensperson. Easton erzählt ihm von seinen Geldsorgen und daß er froh ist, einen Untermieter gefunden zu ha-

ben. Owen, der später gemeinsam mit seiner Frau Norah bereit ist, Ruths aus ihrem Seitensprung mit dem Untermieter Slyme stammendes Baby an Kindes statt anzunehmen, darf Easton ungeschminkt die Meinung sagen. In seiner Familienangelegenheit kann Easton auch Owens Meinung verarbeiten und akzeptieren. In der gesellschaftspolitischen Debatte reicht aber seine Bildung nicht aus, um Owens Denkangebote anzunehmen. Sie beunruhigen ihn aber immerhin.

Auch der kleine Bert bittet Owen, mit ihm zusammen arbeiten zu dürfen. Wenn überhaupt ein Sozialist von den hier geschilderten Arbeitern anerkannt und ihm zugehört wird, dann jemand wie er. Aber Bildung und Verständnis dieser Schicht von Arbeitern reichten damals, in einer Situation wirtschaftlicher Stagnation und politischer Apathie, nicht aus, um sich über den theoretischen Einstieg ein Verständnis ihrer Lage zu verschaffen. Nur wenige Arbeiter waren damals bereit und fähig, sich der geistigen Anstrengung zu unterziehen, die politische Bildung ihnen abverlangte. Die von Tressell so realistisch gestalteten "ungebildeten" Arbeiter gehörten nicht dazu. Sie waren zur selbstverständlichen Anerkennung der bestehenden Verhältnisse erzogen worden und stellten diese und ihren eigenen untergeordneten Status darin nicht infrage. Solange sich die Situation nicht auf eine Weise veränderte, die es ihnen ermöglichte, organisiert zu handeln und dabei politische Erfahrungen zu machen, die ihr Verständnis für das Wesen der Gesellschaft erweiterten, konnten sie ihre Erfahrungen nicht verallgemeinern.

Gerade weil Tressell die negative Reaktion eben jener unaufgeschlossenen Arbeiter auf Owens und Barringtons sozialistische Agitation so ungeschminkt darstellte, war das Buch auch unter wenig aufgeschlossenen, unorganisierten Arbeitern so populär. Sie konnten sich zur Kritik der Figur Frank Owens an ihresgleichen verhalten, wie sie es für richtig hielten. Der Autor Tressell gab auch die Eastons, Harlows oder Philpots nicht preis, ja nicht einmal den Polier Crass. Wie weit sich die Leser der RTP mit den sozialistischen "Vorlesungen" identifizierten, blieb ihnen überlassen, sie konnten sie auch einfach ignorieren und sich mit den bornierten Gegenargumenten im Buch solidarisieren.

Antonio Gramsci wies darauf hin, daß "im historischen Prozeß spezialisierte Kategorien für die Ausübung der intellektuellen Funktion [entstehen], sie entstehen in Verbindung mit allen gesellschaftlichen Gruppen, insbesondere aber in Verbindung mit den grundlegenden gesellschaftlichen Gruppen und erfahren in Verbindung mit der herrschenden gesellschaftlichen Gruppe tiefgreifende und umfassende Veränderungen."<sup>47</sup> - „Das Problem der Schaffung einer neuen Intellektuellenschicht besteht folglich darin, kritisch die intellektuelle Tätigkeit herauszuarbeiten, die bei jedem bis zu einem gewissen Grad vorhanden ist, und deren Verhältnis zur körperlichen Arbeit in Richtung auf ein neues Gleichgewicht zu verändern. ... Die Daseinsweise des neuen Intellektuellen ... [muß] im aktiven Eingreifen in das praktische Leben als Erbauer, Organisator mit anhaltender Überzeugungskraft [bestehen] ... Von der Technik-Arbeit gelangt er zur Technik-Wissenschaft und zur historischen humanistischen Konzeption ...."<sup>48</sup>

Offenbar ist die Entstehung von Intellektuellen aus der Lohnarbeiterklasse ein Prozeß, der zur Zeit Tressells in anderen Schichten dieser Klasse bereits weiter fortgeschritten war. Die Kritik an der Figur des Frank Owen und seiner Sprache geht von einer fiktiven Homogenität der Arbeiterklasse als der sozialen Grundlage gemeinsamer sozialer, politischer und wirtschaftlicher Interessen aus. Gewiß gab es in bestimmten wichtigen Fragen Interessenübereinstimmung zwischen verschiedenen Segmenten der Lohnabhängigen. Eine Interessenidentität zwischen all denjenigen, die im wesentlichen vom Verkauf ihrer Arbeitskraft an die Besitzer der Produktionsmittel ihre Existenz bestritten, bestand aber bereits nicht mehr, wenn sie denn je bestanden hat, als Engels 1892 im Vorwort zur englischen Ausgabe der „Lage der arbeitenden Klasse“ schrieb: „Zeitweilig gab es Besserung, selbst für die große Masse. Aber diese Besserung wurde immer wieder auf das alte Niveau herabgebracht, durch den Zustrom der großen Menge der unbeschäftigten Reserve. ... Eine dauernde Hebung findet sich nur bei zwei ‚beschützten‘ Abteilungen der Arbeiterklasse. Davon sind die erste die Fabrikarbeiter. ... Ihre Lage ist unzweifelhaft besser als vor 1848. ... Zweitens die großen Trade Unions. Sie sind die Organisationen der Arbeitszweige, in denen die Arbeit erwachsener Männer allein anwendbar ist oder doch vorherrscht. Hier ist die Konkurrenz weder der Weiber- und der Kinderarbeit, noch der Maschinerie bisher imstande gewesen, ihre organisierte Stärke zu brechen. Die Maschinenschlosser, Zimmerleute und Schreiner, Bauarbeiter sind jede für sich eine Macht, so sehr, daß sie selbst, wie die Bauarbeiter tun, der Einführung der Maschinerie erfolgreich widerstehen können. Ihre Lage hat sich unzweifelhaft seit 1848 merkwürdig verbessert. Sie bilden eine Aristokratie in der Arbeiterklasse; sie haben es fertiggebracht, sich eine verhältnismäßig komfortable Lage zu erzwingen, und diese Lage akzeptieren sie als endgültig. ... Sie sind in der Tat sehr nette, traktable Leute für jeden verständigen Kapitalisten im besondern und für die Kapitalistenklasse im allgemeinen. Aber was die große Masse der Arbeiter betrifft, so steht das Niveau des Elends und der Existenzunsicherheit für sie heute ebenso niedrig, wenn nicht niedriger als je.“<sup>49</sup>

Die Krisen um die Jahrhundertwende haben das, was Engels über die Bauarbeiter schrieb, weitgehend modifiziert. Wie die Hafendarbeiter gehörten sie zu Noonans Zeit in Hastings in der Regel zu den befristet tätigen Gelegenheitsarbeitern, deren Arbeitsplatz prekär, ungesichert und schlecht bezahlt war. Inzwischen hat sich die Segmentierung der Lohn- und GehaltsempfängerInnen stark ausgeweitet, neue Gegensätze und Interessenkonflikte sind aufgebrochen und die Gruppe der prekär Beschäftigten ist erheblich gewachsen. Allerdings sind auch neue gemeinsame Interessen zwischen verschiedenen Segmenten von Erwerbstätigen und auch zwischen diesen und sogenannten „Selbständigen“ sowie Klein- und mittelständischen Unternehmern entstanden.

Ashraf konstatiert einerseits, daß „Owens ziemlich fernabgelegener Intellektualismus... die Dinge beinahe vom Standpunkt eines Außenseiters sieht.“<sup>50</sup>

Andererseits erklärt sie aber, Tressell „unterwirft die allgemeinen Lebenserfahrungen der Arbeiter einer bewußten Kritik, ... er steht auf keinen Fall außerhalb. Owens Charakter ist niemals überzeugender oder realistischer als dann, wenn er trotz seines

Sozialismus und seiner geistigen Überlegenheit unter der gleichen primitiven Verzweiflung und Furcht leidet, wie unzählige der am meisten Ausgebeuteten und Zurückgebliebenen.“<sup>51</sup>

Zu seiner Persönlichkeit gehörte notwendigerweise beides: Sein Intellektualismus – Folge seiner Nutzung der Bildungsmöglichkeiten, die ihm die Arbeiterbewegung damals bot –, der es ihm ermöglichte, sich vom naiven Eingebundensein in den Herrschaftsdiskurs zu befreien und seine und die Situation seiner Klasse und Schicht zu reflektieren. Dazu gehörte aber auch sein Eingebundensein in das Elend des Arbeiterdaseins in prekären, schlecht bezahlten, unsicheren Arbeitsstellen. Diese Facette seines Lebens konnte er, anders als die anderen, historisch und politisch reflektieren. Er mußte sich somit von seinesgleichen unterscheiden. Er verzweifelt an seinen Kollegen, die sich weigern, zu entdecken, wie das gegenwärtige System abzuschaffen wäre, und die denen nicht helfen, die versuchen, eine bessere Ordnung der Dinge zustande zu bringen. An keiner Stelle des Romans gibt er es auf, für ihre Interessen so gut wie er diese versteht zu kämpfen, aber er kann nicht umhin, sich von seinesgleichen zu unterscheiden. In dieser Beziehung gehört er zu der Minderheit der Intellektuellen aus der Arbeiterklasse, die weiterhin die Arbeits- und Lebensverhältnisse ihrer Herkunftsschicht teilen und nicht als Funktionäre, Abgeordnete, Wissenschaftler oder Beamte diese Arbeits- und Lebensverhältnisse dauerhaft verlassen.

Es gelang Tressell hervorragend, lebensnahe Arbeiter eines ganz bestimmten Segments der Arbeiterklasse zu zeichnen sowie in den Figuren des Frank Owen und Barringtons Arbeiterintellektuelle seiner Zeit abzubilden. Der von Tressell beschriebene Teil der Klasse war für sich genommen unfähig, die eigene Lage zu reflektieren, geschweige denn die kapitalistische Gesellschaft zu transformieren; die in diesem Milieu vorhandene, eher geringe intellektuelle Potenz wird durch die beiden Figuren Owen und Barrington repräsentiert; sie artikulieren erste, gewiß doktrinaire Überlegungen, wie eine solche Transformation zustande kommen könne. Mit diesen Überlegungen mußten sie bei der subjektiven Befindlichkeit ihrer Kollegen bei diesen auf Widerspruch stoßen.

Im Mittelpunkt von Tressells Darstellung stehen reale Arbeiter und unter diesen einige wenige ebenfalls wirklichkeitsnahe Gestalten, die ihre Zukunftsvorstellungen ihren Kollegen vermitteln wollen, um diese zu einer anderen Haltung und damit zu anderem Handeln zu bewegen. Ihre Zukunftsvorstellungen sind so defizitär, wie es auf andere Weise heute die unseren sind und notwendigerweise sein müssen, da Visionen keine Baupläne sind. Alle bisherigen Vorstellungen und Visionen von der gerechten Gesellschaft haben dazu beigetragen, diejenigen, die sie entwickelten, verbreiteten und durchzusetzen versuchten, von bestimmten veralteten und inhumanen Positionen zu befreien. Dieser Emanzipationsprozess ist niemals ganz ohne Wirkung auf die Gesellschaft geblieben, auch wenn die Weltverbesserer geschlagen wurden und keine der Vorstellungen und Visionen verwirklicht werden konnten.

Im Roman reflektiert Noonan den tatsächlichen Zustand jener großen Masse der Arbeiter, für deren Lebensweise Elend und Existenzunsicherheit charakteristisch sind,

dadurch, daß die von ihm realistisch und wahrheitsgetreu geschilderten Arbeitergestalten mehrheitlich entweder angepaßte Spießler oder hilflose Opfer des Systems sind, die ihre Befreiung nicht durchsetzen konnten, ja nicht einmal wollten. Aber selbst unter diesen gab es Sozialisten wie Owen und Barrington, gewiß eine verschwindende Minderheit, aber dennoch Teil dieser Schicht. Sie wurden zwar von ihresgleichen als Narren oder Schurken angesehen, und dennoch war vor allem Owen bei den meisten seiner Kollegen eine Vertrauensperson, der zugehört wurde. Wahrheitsgetreu läßt Tressell sie unausgereifte, teilweise verworrene, teilweise aber durchaus auch heute noch bedenkenswerte emanzipatorische Ideen äußern. Zu Noonans seinen sozialistischen Helden in den Mund gelegten Vorstellungen gehörten, wie Mitchell richtig vermerkt, Thomas Carlyles Einsichten in die Bedeutung menschlicher Arbeit, John Ruskins Auffassungen über entfremdete Arbeit und William Morris Überlegungen zur Notwendigkeit, die Menschen von entfremdender Arbeit zu befreien und ihnen zu ermöglichen, sich mittels nicht entfremdeter Arbeit zu verwirklichen. Für die politisch gebildeten und engagierten britischen Arbeiter um die Jahrhundertwende waren sie, aber auch Bellamy<sup>52</sup> und Morris die Autoren, die ihnen Visionen einer alternativen Gesellschaft vermittelten. Morris ist einer der wenigen Schriftsteller, die ein relativ konkretes Revolutionskonzept vorstellt. In seiner Utopie "News from Nowhere" (1890) unterstützt eine im Verlauf eskalierender Klassenkämpfe entstandene Übergewerkschaft zunächst staatssozialistische Forderungen, durch deren Realisierung die Organisiertheit der ArbeiterInnen wächst. So können diese die Kapitalisten zwingen, Veränderungen zuzulassen und sogar in ihren eigenen Reihen "die unvermeidliche Korruption ihrer Führer aufzudecken und abzustellen."<sup>53</sup> Schließlich führt ein Generalstreik der inzwischen organisationserfahrenen Ausgebeuteten zur Übernahme der Macht, wobei die Armee auf die Seite des Volkes übertritt.

In gewisser Weise tragen Frank Owen und George Barrington die mit diesen und anderen emanzipatorischen Ideen verbundene Tradition unter das Volk. Dieses ist wenig aufnahmebereit, und ein Wandlungsprozess scheint nicht in Sicht. Gezeigt wird jedoch, daß die Arbeiterklasse imstande ist, aus ihren Reihen Intellektuelle hervorzu- bringen, die Denkfähigkeit und Engagement für gesellschaftliche Veränderungen entwickeln. Eine Minderheit mit ungenügenden Führungsqualitäten und Überzeugungskraft, gewiß. Die Gestalt des Frank Owen, ausgerüstet mit Herz und Verstand, manifestiert jedoch in jeder Episode seine Lernfähigkeit. Die im Buch gezeigte Zukunftshoffnung besteht in der Existenz und Unermüdllichkeit solcher Gestalten wie Owen und Barrington und in der Fähigkeit zu Solidarität und Mitmenschlichkeit, die selbst unter ungebildeten, spießigen und sogar fremdenfeindlichen Proleten vorhanden ist. Das ist nicht wenig, und mehr zu zeigen war mit der Wahrheit nicht vereinbar. Die zeitgenössischen proletarischen Leser und gewiß auch heutige Leser aus den Kreisen der in prekären Billigjobs Arbeitenden können in Owen und Barrington ihre Kumpel erkennen – keine Apparatschiks. Das fordert ihre Bereitschaft heraus, klüger und einsichtiger als die "Menschenfreunde" zu sein, über deren Argumente zu lachen und sie in Frage zu stellen.

Tressells Werk hält seinem Publikum, den kaum organisierten, wenig gebildeten, in prekären, unsicheren, befristeten Beschäftigungen tätigen britischen Bauarbeitern der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts den Spiegel in einer Weise vor, die es ihnen ermöglichte, sich darin kritisch wiederzufinden. Nicht wenige erkannten durch die Lektüre dieses Werks, daß sie selbst an der verkehrten Stelle philanthropisch waren und daß wahre Menschenfreundlichkeit den Kampf gegen ein unmenschliches Gesellschaftssystem erfordere.

Daß Noonan seine sozialistischen Zukunftsvorstellungen in die Schilderung des Arbeiterlebens einbrachte, war seinem ästhetischen Konzept geschuldet. Es ging ihm um die Gestaltung der von ihm damals als nicht lösbaren Widerspruch empfundenen Unfähigkeit der Arbeiterklasse, ihre Klasseninteressen zu erkennen und in diesem Sinne zu handeln. Diesen Widerspruch hat er so gestaltet, daß sein Adressat, die Arbeiter, ihn nicht nur passiv wahrnahmen, sondern sogar, in gewiß unterschiedlichem Maße, für sich zu lösen versuchten. So wie Tom Thomas hat RTP vielen Arbeiterlesern die Augen geöffnet.

Strukturell gehen sowohl der "großartige Money-Trick" als auch der "Große Diskurs" durchaus organisch aus der Erzählung hervor, stellen also keinen künstlerischen Bruch dar. Der Vortrag ist für die Zuhörer Unterhaltung, Owen erheitert sie, sie nehmen was er sagt zwar nicht ernst, spielen aber gerne mit. Auch Barringtons "Predigt" wird als Rednerleistung gewürdigt, nicht, weil alle Zuhörer mit dem Inhalt einverstanden wären. Zur Tradition der englischen Arbeiterbewegung gehören die freie und überzeugende Rede, aber auch die in den "Chapels", den Gotteshäusern der "Nonconformist" (nicht mit der englischen Staatskirche konformen) Religionsgemeinschaften, etwa der Methodisten, gehaltenen Predigten. Barrington wird – wie es u.a. im Hyde Park Corner bei den politischen Reden Tradition ist – von "hecklers" (Zwischenrufern) bedrängt. Einer wirft ihm vor, "so geschwollen zu reden, als hätte er die Weisheit mit dem Löffel gefressen"<sup>54</sup>, aber der Arbeiter Philpot sorgt dafür, daß die Störungen nicht überhand nehmen. Im Buch sorgen die Zwischenrufer dafür, daß die Vorträge nicht zu langweiligen Monologen werden.

Natürlich konnten in einem realistischen Werk die Sozialisten Owen und Barrington ihren Zuhörern keine anderen Zukunftsvisionen vorstellen, als die, welche die kleine Minderheit sozialistisch orientierter Arbeiter damals vertrat. Diese waren geprägt von Robert Owens und gildensozialistischen Ideen, die ihnen Vorstellungen über eine gerechte Gesellschaft vermittelt hatten. Aus Marx' "Lohn, Preis, Profit" und "Lohnarbeit und Kapital" hatten sie einiges über das Wesen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung übernommen. Wahrscheinlich kannten sie "Das Kommunistische Manifest" und hatten ihm entnommen, daß die Arbeiter die Klasse seien, die das kapitalistische System überwinden müsse. Konkrete Vorstellungen, wie die real existierenden Arbeiter sich organisieren und Wege zur Überwindung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung finden würden, gab es in der britischen Arbeiterbewegung allenfalls in rudimentärem Umfang, und unter der Masse der Bauarbeiter waren klare Vorstellungen kaum vorhanden. So mußte zwangsläufig die Darstellung der sozialisti-

schen Zukunft und des Weges dahin vor allem für diejenigen Kritiker unbefriedigend und lückenhaft bleiben, die "theoretisch klare Vorstellungen" einforderten. Selbst die schlichte und anschauliche theoretische Begründung ihrer Armut, wie Owen sie seinen Kollegen mit der Darstellung des großen Money-Trick nahe zu bringen versuchte, hat die meisten von ihnen bereits überfordert. Die sozialistische Vision Barringtons schien für seine Zuhörer nur noch eine unterhaltsame Fiktion zu sein, der sie mit ihrem common sense, ihrem Gemeinverstand begebeneten.

Gewiß hat vor allem die Wahrhaftigkeit, mit der das Arbeiterleben dargestellt wurde, der völlige Mangel an Schönfärberei bei der Figurengestaltung und die sarkastische Schilderung der gesellschaftlichen Zustände den außergewöhnlichen Erfolg des Buches bedingt. "Die Menschenfreunde", besonders in der gekürzten Ausgabe, befriedigten wie selten ein Buch die Erwartungen der proletarischen Leser. Es interessierte diese weniger, wie eine gerechte Gesellschaft konstruiert sein müßte, eine solche erwarteten sie jedenfalls nicht zu ihren Lebzeiten. Sie wollten so wenig Predigten hören, wie es die "Menschfreunde in zerlumpten Hosen" im Buch wollten. Sie wollten nicht belehrt, sondern, wenn sie nach ihrem schweren Arbeitstag zu einem Buch griffen, unterhalten werden. Sie fanden sich und ihre Lebensumstände wahrheitsgetreu, ungeschminkt, ohne Pathos und gleichzeitig höchst unterhaltsam in einer ihnen gewohnten und verständlichen Sprache dargestellt wieder. Ein Buch, das sie zum Lachen brachte und erschütterte, unkompliziert zu lesen war, weil es die Geschichte in einfachen, klaren Sätzen mit einem Wortschatz, über den jeder Bauarbeiter verfügte, erzählte.

---

#### Literatur

- Alfred, David (ed., 1988): Robert Tressell Lectures, Rochester, Kent
- Ashraf, Mary (1980): Englische Arbeiterliteratur vom 18. Jahrhundert bis zum ersten Weltkrieg, Berlin-Weimar
- Ball, Frederick C. (1951): Tressell of Mugsborough, London
- Ball, Frederick C. (1973): One of the Damned. The Life and Times of Robert Tressell, London
- Behrend, Hanna u.a. (1997): Rückblick aus dem Jahr 2000. Was haben Gesellschaftsutopien uns gebracht? Bd.4 Hanna Behrend (Hrsg.): "Auf der Suche nach der verlorenen Zukunft" Berlin
- Clark, Jon (1979): "Agitprop and Unity Theatre. Socialist Theatre in the Thirties" in Jon Clark u.a., Culture and Crisis in Britain in the 30s, London
- Davies, Margaret Llewellyn (1915): Maternity. Letters from Working Women, London
- Davies, Margaret Llewellyn (1931): Life as we have known it, London
- Engels, Friedrich (1892): Vorwort zur englischen Ausgabe der Lage der arbeitenden Klasse, MEW 22, Berlin
- Fox, Ralph (1937): The Novel and the People, London (Berlin 1975)
- Gramsci, Antonio (1980): Zu Politik, Geschichte und Kultur, Leipzig
- Hogenkamp, Bert (1979): "Making Films with a Purpose: Film-making and the Working Class" in Jon Clark u.a., Culture and Crisis in Britain in the 30s, London
- Krehayn, Joachim: "Englisches Frühwerk des sozialistischen Realismus", Neues Deutschland, 28.2.59
- Lukàcs, Georg (1977): Kunst und objektive Wahrheit, Leipzig
- Marx, Karl und Friedrich Engels: Die deutsche Ideologie, MEW, 3, Berlin
- Miles, Peter (1984): "The Painter's Bible and the British Workman: Robert Tressell's Literary Activism", in: Jeremy Hawthorn (Hrsg.), The British Working-Class Novel in the Twentieth Century, London

- Mitchell, Jack (1982): "Early Harvest: Three Anti-Capitalist Novels Published in 1914" in H. Gustav Klaus (Hrsg.), *The Socialist Novel in Britain: Towards the Recovery of a Tradition*, Brighton
- Mitchell Hannah (1976): *The Hard Way Up*, London
- Mitchell, Jack (1969): *Robert Tressell and the Ragged-Trousered Philanthropists*, London
- Mitchell, Jack (1982): "Early harvest: three anticapitalist novels published in 1914" in H. Gustav Klaus (Hrsg.): *The Socialist Novel in Britain*, Brighton
- Nettleton John (1981): *Robert Tressell and the Liverpool Connection*, *History Workshop Journal Hastings März 1981*
- Paul, Ronald (1987): "Tressell in International Perspective" in H. Gustav Klaus, *The Rise of Socialist Fiction 1880-1914*, Brighton
- Tressell, Robert (1914): *The Ragged-Trousered Philanthropists*, London
- Tressell, Robert (1955): *The Ragged-Trousered Philanthropists*, London
- Tressal, Robert (1927): *Die Menschenfreunde in zerlumpten Hosen. Ein englischer Arbeiterroman*, Berlin
- Tressell, Robert (1958): *Die Menschenfreunde in zerlumpten Hosen*, Berlin
- Tressell, Robert (2002): *Die Menschenfreunde in zerlumpten Hosen*, Kückenshagen

## Anmerkungen

- 1 Von trestle: Gerüstbock.
- 2 Siehe R.W. Postgate: *The Builders' History*, London 1923, zitiert nach Jack Mitchell: *Robert Tressell and The Ragged-Trousered Philanthropists*, London 1969, S.8f.
- 3 Noonan nennt Hastings in seinem Roman *Mugsborough*. Ein "mug" ist ein Mensch, der sich alles gefallen läßt.
- 4 Siehe John Nettleton: *Robert Tressell and the Liverpool Connection*, *History Workshop Journal Hastings März 1981*, S.165-171.
- 5 Robert Tressell: *Die Menschenfreunde in zerlumpten Hosen. Ein englischer Arbeiterroman*, Berlin 1927.
- 6 Mary Ashraf: *Englische Arbeiterliteratur vom 18. Jahrhundert bis zum ersten Weltkrieg*, Berlin-Weimar 1980, S.682. Alle im Original englischen Zitate sind von mir ins Deutsche übersetzt.
- 7 Mary Ashraf kritisiert völlig zurecht die Bewertung des Selbstmordgedankens als Defätismus durch linke Kritiker während der 30er Jahre: "Die Wahrheit ist jedoch, daß ... niedrigbezahlte Arbeiter und Arbeitslose ... nur zu gut wußten, daß Owens Agonie der Verzweiflung ohne das Spielen mit der Idee des leichten Auswegs' gar nicht real gewesen wäre. Solch eine allgemeine Erfahrung mußte irgendwo im Buch erscheinen. Wenn sie ihrer Wirkung nach defätistisch war, so in der Mitte genauso wie am Ende des Buches, doch in keiner der beiden Versionen ist sie etwas Derartiges. In jedem Falle erregt es beim Leser nur Zorn." (Ashraf, S.679).
- 8 Robert Tressell: *Die Menschenfreunde in zerlumpten Hosen*, Berlin-Weimar 1958, S.765-767.
- 9 Robert Tressell: *The Ragged-Trousered Philanthropists*, London 1955, S.7.
- 10 Robert Tressell: *Die Menschenfreunde in zerlumpten Hosen*, Kückenshagen 2002, S. 629.
- 11 Tressell, 2002, Rückseite Titelblatt.
- 12 In den früheren deutschen Übersetzungen wird es "Die Höhle" genannt, die von Else Tonke besorgte neue Übersetzung läßt den englischen Begriff stehen, wofür spricht, daß der deutsche Begriff Höhle als ein Zufluchtsort verstanden werden kann und damit eher positive Konnotationen hat, während "cave" im Englischen mit cave in = einstürzen assoziiert und damit näher an das herankommt, was Noonan gemeint hatte.
- 13 Joachim Krehahn: *Englisches Frühwerk des sozialistischen Realismus*, in: *Neues Deutschland*, 28.2.1959.
- 14 Jack Mitchell: *Robert Tressell and the Ragged-Trousered Philanthropists*, London 1969, S.15.
- 15 Ebenda, S.113.
- 16 Tressell, 2002, S.24.
- 17 Ebenda, S.514.

- 18 Ebenda, S.517.
- 19 Bert Hogenkamp: "Making Films with a Purpose": Film-making and the Working Class in: John Clark u.a.: *Culture and Crisis in Britain in the Thirties*, London, 1979, S.263.
- 20 Mary Ashraf: *Englische Arbeiterliteratur vom 18. Jahrhundert bis zum ersten Weltkrieg*, S. 678.
- 21 Bert Hogenkamp, "Making Films with a Purpose", S.263.
- 22 Frederick C. Ball: *One of the Damned. The Life and Times of Robert Tressell*, London 1973, S.186.
- 23 Sillitoe beantwortete die ihm 1964 gestellte Frage, welche Bedeutung die RTP heute hätten, folgendermaßen: "Das ist leicht zu beantworten. Seine Bedeutung liegt einfach darin, daß es ein gutes Buch ist, das man lesen muß. Es ist leicht zu lesen wie alle Reisen durch die Hölle. Es ist auf eigenartige Weise aufregend, hat auf seine Art Harmonie und Pathos. Es ist stachelig, hat Witz und Humor und ist lehrreich" (Umschlag Jack Mitchell.)
- 24 Umschlag Jack Mitchell, Robert Tressell.
- 25 Siehe *Morning Star*, 31.1.1981, S.4.
- 26 Der Rezensent des Internetvertriebes Robert Hull schreibt über RTP: "Die schlichte Geschichte in diesem Buch hat Generationen von Denkern beeinflusst und ist am Vorabend des 21. Jahrhunderts so bedeutsam wie vor 90 Jahren, als es verfaßt wurde. Das Buch ist keine politische Agitationsschrift sondern eine Darstellung des Lebens und der Hoffnungen einfacher Menschen zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Dennoch finden wir in diesem Roman die Grundlegung des Sozialstaats Jahrzehnte vor seiner Einführung. In dem Buch gibt es ein sehr bezeichnendes Kapitel, "Das Terrorregime. Der großartige Money-Trick" (in der neuen englischen Ausgabe umbenannt *Plenty Of Work - Immer genug Arbeit -*), das den Konflikt zwischen Arbeit und einem angemessenen Lohn graphisch illustriert. Als das Buch geschrieben wurde, gab Emile Zolas Roman "Germinal" über das Leben unter Bergarbeitern den Franzosen Denkanstöße. Der große Unterschied zwischen diesem Roman und RTP ist, daß letzterer keine Fiktion sondern die wahre Geschichte seines Autors ist." Die letzte Bemerkung entspricht allerdings nicht den Tatsachen; der Roman ist eine fiktionalisierte Geschichte des Lebens von Bauarbeitern mit stark autobiographischen Zügen.
- 27 Jack Mitchell: *Early harvest: three anticapitalist novels published in 1914*, in H. Gustav Klaus (Hrsg.): *The Socialist Novel in Britain*, Brighton 1982, 67f.
- 28 Jack Mitchell, *Early harvest*, S.3.
- 29 Ebenda, S.22.
- 30 Ebenda, S.23f.
- 31 Ebenda, S.24.
- 32 Mary Ashraf, *Englische Arbeiterliteratur*, S.679.
- 33 Ebenda, S.683.
- 34 Ronald Paul: *Tressell in International Perspective*, in H. Gustav Klaus: *The Rise of Socialist Fiction 1880-1914*, Brighton 1987, S.238.
- 35 Ebenda, S.247.
- 36 Peter Miles: *The Painter's Bible and the British Workman: Robert Tressell's Literary Activism*, in Jeremy Hawthorn (Hrsg.): *The British Working-Class Novel in the Twentieth Century*, London 1984, S.6.
- 37 Jack Mitchell, Robert Tressell, S.127.
- 38 Ebenda, S.128.
- 39 Robert Tressell, 2002, S.129.
- 40 Jack Mitchell, Robert Tressell, S.129.
- 41 David Alfred (Hrsg.): *Robert Tressell Lectures*, Rochester, Kent 1988, S.91.
- 42 Ebenda, S.85f.
- 43 Hannah Mitchell: *The Hard Way Up*, London 1976, S.149.
- 44 Robert Tressell, 2002, S.143.
- 45 Ebenda, S.142.
- 46 Ebenda.
- 47 Antonio Gramsci: *Zu Politik, Geschichte und Kultur*, Leipzig 1980, S.226.
- 48 Ebenda, S.231f.

49 MEW, Bd. 22, S.325.

50 Mary Ashraf: Englische Arbeiterliteratur, S.685.

51 Ebenda, S.687f.

52 Edward Bellamy (1850-1898): Verfasser des utopischen Romans "Rückblick aus dem Jahr 2000".

53 Hanna Behrend u.a.: Rückblick aus dem Jahr 2000. Was haben Gesellschaftsutopien uns gebracht?  
Bd.4 Hanna Behrend (Hrsg.): "Auf der Suche nach der verlorenen Zukunft", Berlin 1997, S.66.

54 Robert Tressell, 2002, S.504.

edition  
bodoni

## Odyssee und Sonnenregen

Gerhard Körner  
Ein Menschen-  
schicksal aus dem  
20. Jahrhundert,  
eine biographische  
Lebenserzählung,  
ergreifend, mensch-  
lich, bizarr und  
wundervoll poetisch  
dicht erzählt.

2002  
2003

Gerhard Körner

# Odyssee



## und Sonnenregen

»Wie es halt so herging«

ISBN 3-929390-43-4

viele Illustrationen von W. und K.P. Pietsch /  
verbesserte und leicht ergänzte 2. Auflage /  
298 Seiten / 18 Euro

## Der Bund der Geächteten und der Bund der Gerechtigkeit.<sup>1</sup>

Joachim Höppner/Waltraud Seidel-Höppner

Für die historische Einordnung beider Verbindungen und die Bewertungskriterien ihrer Leistung sind einige Probleme ihrer Genesis mitzudenken.

Der Bund der Geächteten und der Bund der Gerechtigkeit sind die ersten deutschen Organisationen der 1830er Jahre, in denen sich politische Flüchtlinge, die die Verfolgung im Innern Deutschlands ins freiere Frankreich treibt, mit deutschen Frühproletariern im Streben für eine einheitliche demokratische Republik einigen. Ihr Programm wird binnen kurzem zum Programm einer sozialen demokratischen Republik und Ende der dreißiger Jahre zu kommunistischen Positionen weitergetrieben. Die von beiden Bündnen verfochtene politische Plattform überfordert selbst in gemäßigter Gestalt das im Innern der deutschen Staaten praktisch Mögliche. Im noch jahrzehntelang zerrissenen Deutschland bedarf ein demokratisches Staatswesen der Inkubationszeit eines dreiviertel Jahrhunderts und kann sich selbst dann nur einen historischen Atemzug lang halten. Gleichwohl wirken die in den Programmen verarbeiteten Probleme und Lösungsangebote vor, während und nach der Revolution von 1848 als Ferment demokratischer Willensbildung. Bei der historischen Einordnung wird man füglich das Gewollte nicht nur am unmittelbar Erreichten messen dürfen, sondern mittel- und langfristige Wirkung in Betracht ziehen müssen.

Der historische Vorgriff erklärt sich aus der Konstituierung im westeuropäischen Ausland, vornehmlich in Frankreich, in der Schweiz und in England. Diese Genesis erweist sich als zwiespältig. Wortführer beider Bünde haben enge Kontakte zu führenden französischen Republikanern wie Charles Teste, Godefroy Cavaignac, François-Vincent Raspail und Etienne Cabet. Auch deutsche Handwerksgesellen sind Mitglieder sowohl französischer Berufsverbände wie demokratischer Volksgesellschaften. Solche Kontakte, auch zu englischen Chartisten, beschleunigen zum einen den politischen Selbstverständigungsprozeß. Der frühen Verflechtung mit politischen und sozialen Kämpfen Westeuropas entwächst die hervorstechend internationalistische Haltung der deutschen demokratischen und Arbeiterbewegung. Die Wortführer beider Strömungen können auf politische Einsichten, programmatische Vorarbeit und Organisationsmuster der weiter entwickelten sozialrepublikanischen Opposition ihrer Gastländer zurückgreifen. Allerdings übernehmen deutsche Radikale wie Arbeiter Erfahrungen mit Ergebnissen einer bürgerlichen Umwälzung, die Deutschland noch vor sich hat. Sie rebellieren gegen ein bürgerlich-liberales Staatswesen, das die in der Verfassung verbrieft politische Freiheit und Gleichheit nicht für alle einlöst, die vom Kapitalismus aufgeworfenen sozialen Probleme nicht meistert und sich spätestens nach dem zweiten Lyoner Aufstand von 1834 im demokratischen Lager diskreditiert hat. Im

Innern Deutschlands aber gilt den meisten Oppositionellen eine solche Ordnung als das Non plus ultra des Erstrebenswerten. Längere Abwesenheit entfremdet die Mitglieder der Auslandsbünde den heimischen Verhältnissen und verführt dazu, die fatalen Auswirkungen chronischen Mangels einer politischen Öffentlichkeit im Innern der deutschen Staaten zu unterschätzen. Bei ihrer Rückkehr im Revolutionsjahr werden alle den Abstand ihrer in Westeuropa erlangten Scharfsicht zum Stand der politischen Meinungsbildung im Inland erfahren.

Ein weiteres Problem erwächst der sozialen Zusammensetzung der Bünde. Die republikanische Bewegung entsteht als Vereinigung politischer Flüchtlinge – überwiegend Publizisten, Literaten und Studenten – mit deutschen Arbeitern. Letztere, meist wandernde Handwerksesellen, suchen in der Fremde in deutschen Verbindungen vornehmlich Landsleute und finden ihre politischen Lehrer. Sie werden dort mit Forderungen und Plänen der deutschen republikanischen Oppositionellen vertraut. Diese wiederum – von den Wirkungsmöglichkeiten im Innern entweder abgeschnitten oder durch Zensur beschränkt – finden in den welterfahrenen Handwerksesellen, was sie suchen: bildungshungrige, politisch aufgeschlossene, opferwillige und einsatzbereite Kampfgefährten, die – selbst nach dem Wanderverbot vom Januar 1835 – republikanische Flugschriften in die Heimat schmuggeln, die dortigen Verbindungen aufrecht erhalten und neue Kontakte knüpfen. Ernst Schüler, Teilnehmer am Frankfurter Wachensturm (1833), in der Schweizer Emigration Gründer des Lesevereins in Biel und Mitglied des Jungen Deutschland, schreibt 1837: „Der Handwerker ist unabhängig, seiner Hände Arbeit verschafft ihm überall Brot, während sein Kopf denken kann. [...] Der patriotische deutsche Handwerker ist eine Propaganda zu Fuß, das Felleisen auf dem Rücken, ein paar Batzen in der Tasche, den Knotenstock in der Hand, wandert er von Berlin nach Constanz, von Wien nach Hamburg.“<sup>2</sup> Insgesamt erweist sich die Symbiose beider Elemente als fruchtbar: Die Arbeiter werden politisiert und organisatorisch in die demokratische Bewegung eingebunden; die zunächst vornehmlich staatspolitisch ausgerichteten Republikaner wiederum werden für die sozialen Sorgen des arbeitenden Volkes sensibilisiert. Dennoch wirkt in dieser Vereinigung von vornherein ein Spannungsverhältnis, dessen Dynamik die organisatorische Einheit beider Kräfte bald sprengt. Beide Elemente wollen im eigenen Interesse eine Demokratisierung Deutschlands; doch Interesse und Demokratieverständnis beider sind nicht identisch.

Verschärft werden die Differenzen im Innern der Bünde durch den Sozialisierungsprozeß der frühproletarischen Mitglieder in französischen Werkstätten. Als Fremdarbeiter müssen Handwerksesellen meist ihren Beruf wechseln; sie verlieren ihre zünftlerische Bindung und werden auswechselbare Lohnarbeiter in Wirklichkeit und im Bewußtsein. Alltäglicher Kontakt mit französischen Arbeitern, Mitgliedschaft in französischen Berufsverbänden und Teilnahme an ihren Streikkämpfen, Politisierung in französischen Volksgesellschaften und Lektüre sozialistischer und neobabouvistischer Schriften, vor allem das Erlebnis der blutigen Klassenkämpfe dieser Jahre radikalisieren die soziale Komponente ihres politischen Denkens. In sozialistischer Ideologie-

und Politikkritik finden sie eigene Erfahrungen zutreffender verallgemeinert als in bürgerlich-republikanischen Programmen. Dies und das Erlebnis der Flüchtlingsverfolgungen in der republikanischen Schweiz vom Mai/Juni 1836 diskreditieren in proletarischen Augen nicht nur die konstitutionelle Monarchie nach französischem und englischem Muster, sondern binnen kurzem auch jenes bürgerlich-republikanische Staatswesen nach nordamerikanischem oder Schweizer Vorbild, das republikanischen Intellektuellen für Deutschland vorschwebt. Dieses radikalere Demokratieverständnis proletarischer Mitglieder beeinflusst die innere Dynamik der Bünde, ihre Lebensdauer und stellt das Bündnis beider Kräfte bald vor Zerreißproben. Hinsichtlich der Verhältnisse im Innern Deutschlands trübt es, zumal proletarischen Wortführern, zunächst das politische Augenmaß für das unter den rückständigen heimischen Bedingungen Mögliche. Viele neigen dazu, deutschen Arbeitern die bitteren Erfahrungen der westeuropäischen ersparen zu wollen.

Für die frühproletarischen Mitglieder hat der partielle Realitätsverlust in der Folgezeit noch einen spezifischen Aspekt. Sie begreifen anfänglich die Interessenlage verschiedener Schichten des arbeitenden Volkes zu grobkörnig und homogen. Zwar entspricht ihr Protest gegen anachronistischen Kastengeist, gegen politische Rechtlosigkeit und kulturelle Vernachlässigung, gegen Anarchie und freie Konkurrenz, gegen Ausbeutung der Produzenten durch reiche Müßiggänger den Grundinteressen aller Werktätigen. Auch verfißt ihr positiver Forderungskatalog nach gleichen politischen und sozialen Rechten und Pflichten für alle durchaus Allgemeingültiges. Doch werden die Akzente ihrer Kritik und die daraus abgeleiteten Lösungsvorschläge vorrangig von ihrer spezifischen Lebenssphäre bestimmt. Aus dem Blickwinkel proletarisierter Handwerksburschen, die Eigentumslosigkeit als Normalität erleben und in ihrem Wanderleben, anders als selbständige Meister und seßhafte Heimarbeiter, Eigentumslosigkeit graduell auch als Gewinn an Mobilität und Ungebundensein erfahren, unterschätzen sie den Stellenwert von Eigentum und Selbständigkeit bei der Masse der vom Bank-, Verlags- und Industriekapital bedrohten selbständigen Kleinproduzenten, Gewerbetreibenden und Kleinbauern im Innern Deutschlands. Proletarisierten Handwerksgesellen erscheint eine auf Gemeineigentum an Produktionsmitteln gegründete, selbst verwaltete Gesellschaft ohne Herren und Knechte leichter denkbar als der Masse der Kleinproduzenten, die im mörderischen Konkurrenzkampf ihr Kleineigentum als Existenzbedingung und Garantie künftigen Wohlstands verteidigen. Diese objektiven Interessenunterschiede setzen der Akzeptanz kommunistischer Programme der vierziger Jahre unter den einheimischen werktätigen Schichten von vornherein Grenzen. Spätestens bei ihrer Rückkehr 1848 werden proletarische Bundesmitglieder ebenso wie kommunistische Intellektuelle der anders gearteten Interessenlage der einheimischen Bevölkerung Rechnung tragen, ihre Maximalziele zurückstecken und danach trachten, sich gegen die alten Mächte mit bürgerlichen Republikanern auf eine soziale demokratische Republik zu einigen.

Der Abstand der Doktrin beider Bünde zur Bewußtseinslage im Innern Deutschlands wird vertieft durch den Zwang zur Illegalität. Mit ihr kollidiert die demokrati-

sche Aufklärungsstrategie. Alle gehen davon aus, daß man, um eine gerechtere Ordnung zu erlangen, das Volk nur über seine Interessen aufzuklären, für eine bessere Ordnung zu gewinnen brauche und ihm bei der Organisation seiner Kräfte helfen müsse. Jedoch beschneidet die Illegalität mit der Kommunikation die Möglichkeit zum programmatischen Korrektiv und beeinträchtigt mit dem politischen Aktionsradius das organisatorische Netzwerk der Bünde. Mit ein paar Hundert illegal organisierten Mitgliedern läßt sich keine demokratische Revolution in Deutschland vollbringen. An dieser objektiven Konstellation ist das Geleistete zu messen. 1843, in einer Phase zunehmender Mutlosigkeit, ermuntert Weitling die bedrückten Kampfgefährten: "Wenn einst die Geschichte verschiedene Tatsachen aus dem Leben eurer Propaganda aufzeichnen wird, so wird diese knickerige furchtsame Welt Mühe haben, daran zu glauben."<sup>3</sup>

Auch dem Historiker erschwert die Illegalität der Bünde die von Weitling erwartete Aufzeichnung der Tatsachen. Für politische Emigranten ist die Bewahrung von Briefen und Aufzeichnungen riskant. Wandernde Handwerksgesellen hinterlassen Tagebücher, Briefe oder Erinnerungen nur ausnahmsweise. Der Forscher muß das meiste aus fragwürdigen Verhörsakten, Spitzelberichten und beschlagnahmten Druckschriften erschließen. Ausbreitung der Organisation, Mitgliederzahl und Zugehörigkeit einzelner Personen, propagandistische Wirkung und Resonanz lassen sich schwer ermitteln. Was also wissen wir dennoch über Tätigkeit und Wirksamkeit der Bünde?

#### *Vom sozialen Demokratismus zum Kommunismus in Paris (1834-1839)*

Der Bund der Geächteten, gegründet im Mai 1834 in Paris, geht aus dem Deutschen Volksverein<sup>4</sup> hervor, der sich wegen der restriktiven französischen Vereinsgesetze vom März auflösen mußte. Er wird zunächst von republikanischen Intellektuellen geleitet, namentlich von dem Anwalt und Journalisten, Teilnehmer am Hambacher Fest im Mai 1832 Jakob Venedey und dem ehemaligen Privatdozenten der Rechtswissenschaft Theodor Schuster, der am Göttinger Putsch vom Januar 1831 beteiligt war und in Paris zum Doktor der Medizin promoviert wird. Die Masse der Mitglieder sind wandernde Handwerksgesellen. Ein Teil von ihnen absolviert die traditionell von den Zunftgesetzen vorgeschriebene dreijährige Qualifikation im Ausland; die meisten treibt Erwerbslosigkeit und Arbeitssuche aus der Heimat. Sie haben ihre Hoffnung, je Meister zu werden, begraben und bevorzugen die freieren Arbeitsbedingungen in Westeuropa. Nach jüngeren Ermittlungen steigt allein in Paris die Zahl aller dort lebenden Deutschen von 7.000 um 1830 auf 30.000 um 1840, auf 54.000 um 1846. Davon bewegt sich der Anteil deutscher Schuster, Tischler und Schneider 1847 in einer Größenordnung von 34.419. In der Schweiz erreicht die Zahl deutscher Arbeiter, gleichfalls überwiegend Handwerksgesellen, um 1845 etwa 20-25.000.<sup>5</sup> Ein daran gemessen verhältnismäßig geringer Teil von ihnen sucht Geselligkeit und Zusammenhalt in landsmännischen Gesang-, Lese- und Unterstützungsvereinen. Zu denjenigen, die sich bereits 1832 im leitenden Komitee des Deutschen Volksvereins um die Politisierung der deutschen Arbeiter kümmern, gehört der Schriftsteller Ludwig Börne. Heine, der

ihn 1832 auf dem Montmartre auf einer Versammlung von 600 Schneidern "sehr gut, bündig, überzeugend, volksmäßig" über den Preßverein sprechen hört, spricht von ihm als der "Seele der Pariser Propaganda".<sup>6</sup> Börne auch verdanken die Handwerksge-sellen 1834 die Übersetzung der soeben erschienenen sozialrebellischen *Paroles d'un croyant* des demokratischen Priesters Félicité-Robert de Lamennais<sup>7</sup>, der wegen seiner energischen Verteidigung der Lyoner Aufständischen noch in den Folgebänden als Kommunist wider Willen Verehrung genießt. Schon der Volksverein erreicht Arbeiter sowohl in Versammlungen der Pariser Vorstädte wie durch Flugschriften. Bereits im März 1832 sucht ein Aufruf deutsche Arbeiter für die Unterstützung der freien Presse zu gewinnen.<sup>8</sup> Mit beträchtlichem Erfolg. Während der französischen Streikkämpfe im Herbst 1833 wächst der politische Einfluß des proletarischen Flügels rasch und drängt das liberale Element binnen weniger Monate an den Rand. Ähnlich der *Société des droit de l'homme et du citoyen* bildet sich im November 1833 auch im deutschen Volksverein eine vorwiegend aus politisch aktiven Handwerksge-sellen zusammengesetzte Propagandakommission. In den folgenden Appellen an "Brüder und Freunde!" vom November 1833 und Januar 1834 wenden sich bereits Arbeiter an Arbeiter und rücken den Zusammenhang von Reichtum, politischer Macht und sozialer Lage der Ausgebeuteten und politisch Rechtlosen ins Blickfeld.<sup>9</sup> Sie geißeln die sozialen Zustände einer "verkehrten Welt", in der die Produzenten allen Reichtums, die Handwerker, Fabrikarbeiter und Bauern, obschon sie "die meiste und schwerste Arbeit verrichten [...] die ärmsten und unglücklichsten Leute sind", während einige Müßiggänger, reiche "Fabrikherren, Gutsbesitzer, Banquiers, Capitalisten, Fürsten, Minister, Räthe" im größten Überfluß schwelgen. Das komme daher, weil die Reichen die Gesetze machen und dafür sorgen, daß alle Lasten auf die arbeitenden Klassen abgewälzt und der Reichtum sich in den Händen Einzelner anhäuft. Der Aufruf vom Januar 1834 rät den Arbeitern: "Behaltet selbst, was Ihr verdient und ernährt weder Schwelger noch Müßiggänger [... dann] werden die Reichen von selbst verschwinden".

Diese Symbiose von politischer und sozialer Komponente spiegelt sich in den Statuten des Bundes der Geächteten von 1834.<sup>10</sup> Nach der Selbstauflösung des Volksvereins, die der Niederlage der republikanischen Aprilaufstände von 1834 und der Zerschlagung der französischen Volksgesellschaften folgt, organisiert sich der radikale Flügel des alten Vereins in dieser republikanischen Verbindung nach dem Muster der *Charbonnerie Universelle Buonarrotis*. Die "Allgemeinen Statuten des Bundes der Geächteten" bestimmen die Organisation als "wesentlich geheime Verbindung" deutscher, das heißt aller "der deutschen Sprache und Sitte angehörenden Männer", mit dem Zweck der "Befreiung und Wiedergeburt Deutschlands und Verwirklichung der in der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte ausgesprochenen Grundsätze". Die für die Eingeweihten bestimmten "Statuten der Lager" präzisieren das Ziel als "Befreiung Deutschlands von dem Joche schimpflicher Knechtschaft und Begründung eines Zustandes, der, soviel als Menschenvorsicht vermag, den Rückfall in Knechtschaft und Elend verhindert". Das soll erreicht werden durch "Begründung und Erhaltung der sozialen und politischen Gleichheit, Freiheit, Bürgertugend und Volkseinheit zu-

nächst in den der deutschen Sprache und Sitte angehörenden Ländergebieten, sodann aber auch bei allen übrigen Völkern des Erdkreises". Die Organisationsstruktur folgt der hierarchischen der französischen Charbonnerie. Die den Mitgliedern unbekannteste oberste "Nationalhütte", der zuletzt so genannte "Brennpunkt", wählt und ergänzt sich selbst; er erklärt sich "für jetzt seinem Gewissen, dereinst vor dem Gericht des versammelten Volks" verantwortlich, verlangt von den Mitgliedern absoluten Gehorsam, Verschwiegenheit und Opferbereitschaft und nimmt sich das Recht, Mitglieder auszustoßen, zu verfechten und – bei Verrat – mit dem Tod zu bestrafen. Er bestimmt die "Kreislager" im Bereich einer Stadt oder eines Gebiets. Deren Bevollmächtigte leiten die Basisgruppen: die "Lager" der Eingeweihten mit drei bis zehn Mitgliedern und die ihnen unterstellten "Zelte" der Kandidaten, die nur die Allgemeinen Statuten kennen. Horizontal haben die Gruppen keinerlei Kontakt zueinander, und vertikal hält jeweils ein einzelner der höheren Leitung die Verbindung zur nächstniederen Ebene. Soweit aus Verhören ersichtlich<sup>11</sup>, versammeln sich die Lager und Zelte alle acht oder vierzehn Tage meist montags nach der Arbeitszeit. Die rechenschaftspflichtigen freiwilligen Geldbeiträge, über die Zelte und Lager selbst verfügen, sofern nicht die zuständigen Behörden für dringende Fälle eine Beisteuer erheben, belaufen sich auf monatlich fünf bis zehn Sous in Paris, sechs Kreuzer in Deutschland, also auf etwa 25 oder 50 Pfennig. Die Mitgliederzahl ist wegen des geheimen Charakters, beigesellter Verbindungen und ständiger Fluktuation von etwa dreifünftel der Gesellen nur ungefähr zu bestimmen. Sie dürfte für Paris und für Deutschland je 200-300 Personen erreichen.<sup>12</sup>

Anfang 1834 folgt die Bundesleitung dem seit November 1833 anhaltenden Drängen der Mitglieder nach einem Programm und publiziert eine programmatische "Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte"<sup>13</sup>, gefolgt vom "Aufruf eines Geächteten an die deutschen Volksfreunde"<sup>14</sup> und vom "Glaubensbekenntnis eines Geächteten"<sup>15</sup>. Die "Erklärung" ist einem neobabouvistischen Verfassungsplan von 1833 entnommen<sup>16</sup>, der soziale Forderungen der Werk tätigen mit politischen der Republikaner verschmilzt. Das Programm hält an den politischen Eckwerten des Robespierreschen Entwurfs von 1793 fest. Es proklamiert die "Herrschaft des Volkes", das heißt der "Gesamtzahl der Bürger", und fordert Vereins- und Meinungsfreiheit, allgemeines Wahlrecht, Plebiszit über die Verfassung, Rechenschaftslegung der Exekutive vor der Legislative, Verantwortlichkeit der Abgeordneten und der auf Zeit zu wählenden Beamten sowie Besoldung der ersteren, damit auch "die Bürger, welche von ihrer Arbeit leben", an der Leitung des Staates teilnehmen können; ferner Justizreform mit Geschworenengerichten und Verhältnismäßigkeit der Strafjustiz bei Ausschluß der Todesstrafe; Sicherheit der Person und Recht auf Widerstand gegen Unterdrückung. Außenpolitisch bekennt sich die "Erklärung" zu brüderlicher Solidarität der Menschen aller Länder im Kampf für die Freiheit und ächtet jeden, der ein einziges Volk unterdrückt oder auch nur zu unterdrücken trachtet. Dies begründet die internationalistische Tradition der organisierten deutschen Demokratie.

Die sozialpolitischen Artikel kommen den weitergehenden Ansprüchen der proletarischen Mitglieder entgegen. Sie präzisieren und erweitern die im Robespierreschen Entwurf verlangte Unterordnung des Rechts auf Eigentum unter das Recht auf Existenz. Sie erklären als Zweck der Gesellschaft das "Glück aller ihrer Glieder" mit dem Ziel, "das Elend zu verbannen und die Güter der Bürger der Gleichheit näher zu bringen". Erreicht werden soll das durch allgemeine Arbeitspflicht bei freier Wahl der Tätigkeit und freier Entwicklung aller Anlagen eines jeden; durch gesetzliche Begrenzung des Einzelbesitzes und gerechte Steuerverteilung bei öffentlich kontrollierter Verwendung der Mittel; durch staatliche Arbeitsbeschaffung und Versorgung der Arbeitsunfähigen. Jeder soll die Mittel haben, "sich auf eine leichte Weise ein Auskommen zu verschaffen, welches ihm nicht nur die Bedürfnisse des Lebens, sondern auch eine des Menschen würdige Stellung in der Gesellschaft sichert". Das Recht auf Arbeit wird als Menschen- und Bürgerrecht definiert und gilt als Elementarbedingung menschlicher Würde. Erstmals erscheinen hier die Grundsätze einer sozialen Republik, die die existentiellen Interessen des arbeitenden Volkes in das Konzept eines demokratischen Staatswesens einbinden, als Programm einer deutschen politischen Organisation. 1848 wird es sich in Tausenden Petitionen an die Nationalversammlung, in den Anträgen demokratischer und Arbeitervereine und der beiden Demokratenkongresse wiederfinden.

Nach außen wirkt der Bund durch mündliche Propaganda der Gesellen, durch Flugschriften<sup>17</sup> und durch die Zeitschrift *Der Geächtete*<sup>18</sup>. Sie erscheint von Juli 1834 bis Januar 1836 in zwölf Lieferungen mit einer Auflage von 500 Exemplaren, finanziert vor allem von etwa 200 deutschen Arbeitern in Paris.<sup>19</sup> Das provokante Motto lautet: "Erlöse uns vom Übel! Amen!" Die Titelwahl folgt der "Überzeugung, daß unsere Ansichten von allen geächtet werden, welche die Macht haben, ihrem Willen Gesetzeskraft zu verleihen", und dem Wissen, "daß diese Acht sich auch auf die Personen, die den Muth haben würden, jene Ansichten öffentlich zu bekennen, erstrecken werde"<sup>20</sup>. Geächtete, Recht- und Heimatlose, sind die Mitglieder tatsächlich, zumal die Regierungen des Deutschen Bundes im Januar 1835 den Aufenthalt der Handwerksgelesen in Frankreich, Belgien und der Schweiz mit Verlust des Heimatrechts bedrohen. Die Mächte der Heiligen Allianz wenden sich an Handwerksgelesen. Es antworten ihnen Arbeiter auf einem Flugblatt, das Widerstand ankündigt: "Wir wollen nach Deutschland zurück, aber nicht einzeln und wehrlos, sondern in Masse und mit den Waffen in der Hand."<sup>21</sup> Wandernde Handwerksburschen verbreiten es auch in Deutschland.<sup>22</sup>

Die Zeitschrift verfolgt eine konsequent republikanische Linie. In ihren Berichten aus Deutschland über Absolutismus und liberale Opposition in den Ständevertretungen prangert sie die "Unnatur der konstitutionellen Monarchie" an, denn "das Volk ist rechtlos", aber "ein Volk ist nie rechtlos, ohne diese Rechtlosigkeit zu verdienen".<sup>23</sup> In diesen Berichten erscheint das Volk allerdings nur als rechtloses Opfer bürokratischer und justizieller Willkür, nicht als Objekt ökonomischer Ausbeutung. Glossiert werden "Spiegelfechtereien" der "Herren von Rotteck, Welker, Itzstein, Sander und wie sie alle heißen", weil sie sich der Gewalt beugen.<sup>24</sup> Obwohl die Redaktion mit den

“monarchisch-konstitutionellen Hoffnungen” des badischen Abgeordneten Karl von Rotteck nicht übereinstimmt, bringt dasselbe Heft seine Begründung des Verfassungsantrags in der zweiten badischen Kammer vom Mai 1835, weil deren Veröffentlichung verboten wurde.<sup>25</sup> Ein anderer Bericht verteidigt Karl Gutzkow gegen die Verurteilung seiner Kritik von Religion und Ehe in seinem Roman “Wally” mit dem Bemerkten, die christliche Religion, die mit der Lehre Christi nur wenig gemein habe, lehre “Knechtsgehorsam” und sei “allwärts die Stütze des Absolutismus”; desgleichen sei die bestehende Ehe und Familie “ein wahres Slaventhum, die Pflanzschule der Elendigkeit und des Servilismus”. Doch mißbilligt die Redaktion jene jungen Deutschen, die “absolut die Ehe und Familie verwerfen”; für die Familienerziehung und die Entwicklung der moralischen Gefühle als Keime der moralisch-rechtlichen Begriffe scheint ihr die Ehe notwendig.<sup>26</sup>

Wandernde Handwerksgelesen und Emissäre verbreiten die Schriften auch in Deutschland. Von 1836 bis 1840 errichtet der Bund im badischen, hessischen und fränkischen Gebiet sowie im norddeutschen Raum Stützpunkte. Nach behördlichen Erkenntnissen entstehen bis 1840 in Frankfurt am Main ein “Lager” und sechs bis acht “Zelte”, in Mainz zwei “Zelte” und in Darmstadt, Mannheim, Schleiz, Homburg und Hannover, vermutlich auch in Würzburg, Dörnigheim bei Hanau, Obereschbach, Höchst und Bremen, möglicherweise in Wiesbaden, Birkenau und Stuttgart weitere “Zelte”.<sup>27</sup> Unter den dortigen Mitgliedern sind auch Handwerksmeister und Angehörige anderer Berufe in ähnlicher sozialer Stellung; so in Frankfurt der Schneidermeister Heinrich Enke, der Schuhmachermeister Schäfer und der Bürstenbindermeister Eduard Ludwig oder der Gürtlermeister August Tritschler aus Offenburg und der Gerbermeister Andreas Rheinländer aus Ettenheim, in Hannover der Buchbindermeister Hartmann, in Mainz der Ökonom Carl Bruhn. 1837/38 werden im Frankfurter Lager, wahrscheinlich heimlich in der Werkstatt eines Meisters, die “Erklärung”, die “Statuten” sowie der “Aufruf” nachgedruckt. Im ganzen verweisen Inhalt und Form der Propaganda wie schon Programm und geheime Organisation auf Vorgaben neobabouvistischer Folgeorganisationen jener Société des droits de l’homme et du citoyen, der bereits der Volksverein verbunden war. Ihnen steht auch die 1834 von Georg Büchner gegründete Gesellschaft der Menschenrechte nahe, deren Überreste Ende 1838 in Darmstadt ein “Zelt” bilden.<sup>28</sup>

Indessen zeigt sich ein Riß zwischen bürgerlichem und proletarischem Demokratieverständnis innerhalb des deutschen Republikanismus bereits 1834/35 in einer Kontroverse über Inhalt und Ziel der zu verfolgenden Propaganda. Venedey bevorzugt gleich Wirth eine bürgerliche Republik amerikanischen Musters.<sup>29</sup> Den sozialen Gegensatz der Welt, in der “die Einen arbeiten und darben, die Andern müßig gehen und prassen”, erfaßt er wesentlich unter antifeudalem Aspekt. Er denkt, durch Abschaffung der Zivilliste der Fürsten, der aufgeblähten Bürokratie und der stehenden Heere sowie durch Wahl fähiger Minister gewönne die Republik hinreichende Mittel, um die elende Lage der Arbeiter und Bauern zu verbessern, und werde durch Progressivsteuer “Gleichheit unter den Menschen” herstellen. Er meint, “die Unterstützung

des Bedürftigen, die Sicherung des Nothwendigen, die Besteuerung des Ueberflusses werden zur Gleichheit im Wesentlichen führen, werden die Freiheit und das Glück aller sichern.“ Wie die meisten bürgerlichen Republikaner sieht er in der Eroberung politischer Rechte den Schlüssel für soziale Verbesserungen. Weitergehenden Forderungen verweigert er sich mit der Warnung, wer vor dem Kampf beraten wolle, was nach dem Sieg zu tun sei, spalte die republikanische Bewegung, lähme ihre Kraft und arbeite dem Feind in die Hände.<sup>30</sup>

Schuster hingegen unterstützt das Drängen proletarischer Mitglieder nach sozialen Rechten.<sup>31</sup> Er hält weitergehende Reformen für unumgänglich und sieht die sozialen Probleme weder durch Aufhebung halbfeudaler Machtstrukturen noch durch Konstitution von Republiken nach amerikanischem oder Schweizer Muster gelöst, denn in beiden erweise sich das Unwirksame “demokratischer Verfassungen ohne demokratische Einrichtungen”. Er gewahrt den infolge der kapitalistischen Produktions- und Aneignungsweise schärfer klaffenden Antagonismus und sucht nach Hebeln, um zu verhindern, daß sich “der Reichthum Einzelner, das Capital”, “die Frucht fremder Mühe” aneignet, der Mittelstand zerrieben wird und “jeder Fortschritt im Gewerbfleiß, in der Kunst einen Rückschritt [...] im Bürgerglück und in dem Bildungsgange der Menschheit” herbeiführt. Dreierlei vermißt er in den politischen Umwälzungen in Geschichte und Gegenwart: “Einsicht ihrer Unternehmer, Uneigennützigkeit ihrer Lenker und gründliche Aufklärung des Volks”. Eine Revolution bringe nur dann einen Fortschritt, “wenn sie mit vollständiger Kenntnis des Endzwecks unternommen, oder aber, wenn sie mit einer solchen Kenntnis fortgeleitet wird”. Venedey wiederum fragt in seiner abschließenden Duplik, wo denn in Deutschland jenes Volk sei, das zur Herrschaft befähigt wäre. Erst eine Revolution könne einem Volk das dazu nötige Selbstbewußtsein geben. “Das deutsche Volk muß sich erst die Macht erkämpfen[,] über sein Wohl und Wehe berathen zu können, es muß sich das Recht erkämpfen, über diese entscheiden zu können.”<sup>32</sup>

Der Riß in der Revolutionsstrategie beider entsteht aus unterschiedlichem Verständnis der ökonomischen Ursachen sozialer Antagonismen. Venedey sucht die materielle Wurzel der “schreienden Ungleichheit” zwischen dem Überfluß der Reichen und der Armut der Masse in einem Verteilungssystem, bei dem “auf der einen Seite das Unglück, der Hunger stehen, und auf der andern der Ueberfluß, die Uebersättigung”. Schuster erinnert an die verzweifelte Losung der Lyoner Weber: “Vivre en travaillant ou mourir en combattant, Wohlstand durch Arbeit, oder Untergang im Kampf” und sucht die Ursache der schroffen sozialen Klüftung im Eigentumsverhältnis, in der “außerordentlichen Unverhältnismäßigkeit im Güterbesitz”.<sup>33</sup> Er erwartet die Auflösung der Antagonismen von der Vergesellschaftung des “Einzelreichtums” und denkt an Assoziationen der Produzenten in landwirtschaftlichen Genossenschaften und städtischen “Nationalwerkstätten” mit Hilfe von Staatskrediten. Venedey beharrt auf “politischer” Freiheit als Voraussetzung sozialer Verbesserungen. Schuster erblickt umgekehrt in sozialen Reformen die verlässlichen Garantien der Demokratie. Er hält den Antrieb des arbeitenden Volks zur politischen Befreiung für wirksamer und nachhalti-

ger, sobald eine Revolution in Deutschland gezielt mit den genannten sozialen Reformen begänne. Ohne sie würden Gesetze über Wahlrecht, Preßfreiheit usw. wirkungslos bleiben. Dem Programm einer nur politischen Republik stellt Schuster das einer "radikal sozialen und politischen Emanzipation der arbeitenden Klassen" entgegen.<sup>34</sup>

Seit dem Fund der 1835/36 von dem Tischler Wolfgang Strähl, einem führenden Bundesmitglied, für den Druck verfaßten "Briefe eines Schweizers aus Paris" wissen wir mehr über die Auffassungen der proletarischen Mitglieder des Bundes.<sup>35</sup> Aus dem kollektiv redigierten Manuskript erfahren wir, wie lebhaft der in der Zeitschrift geführte Meinungsstreit über die politische Zukunft Deutschlands von den Handwerksgelellten verfolgt und erörtert wird. Sie befaßten sich ebenso eingehend mit den republikanischen Ideen Wirths wie mit den Gesellschaftstheorien Rousseaus, der Saint-Simonisten und mit den sozialrepublikanischen Positionen der Neobabouvisten, denen Schuster folgt. Die Briefe bestätigen, was bis dahin umstritten blieb, daß deutsche Arbeiter Buonarrotis 1828 in Brüssel erschienene *Conspiration pour l'égalité dite de Babeuf* bereits 1835 kennen und daß ein radikaler Flügel schon damals einer gütergemeinschaftlichen Ordnung zuneigt. Strähl selbst fordert eine revolutionäre Entmachtung von Monarchie und Aristokratie; er verneint eine konstitutionelle Monarchie und befürwortet eine bürgerliche Republik nach Art der USA, wie sie Wirth für Deutschland wünscht. Allerdings könne ein solches Regime der "Industrie-Aristokratie" lediglich als Durchgangsstadium für eine friedliche Weiterentwicklung dienen. Sozialökonomisch schwebt ihm und seinen Mitautoren das Mittelstandsideal einer politisch gesteuerten relativen "Vermögensgleichheit" als das allenfalls Mögliche vor. Er denkt an progressive Vermögenssteuer, gesetzgeberische Beschränkung der Beschäftigtenzahl in Fabriken und genossenschaftliche Assoziation der Kleingewerbetreibenden. Eine "Gütergemeinschaft" erscheint ihm zwar theoretisch als Quintessenz aller Freiheit und Gleichheit, nach Lage der Dinge aber nicht praktikabel.<sup>36</sup>

Nach einer späteren Aussage eines Mitglieds ist nicht auszuschließen, daß Schuster wie viele Neobabouvisten dieser Jahre das Programm einer sozialen Republik als Minimalprogramm empfahl, als Rahmenbedingung für den Übergang zu einer gütergemeinschaftlichen Ordnung. Doch könnte die überlieferte Äußerung, es müsse dann auch "Gütergemeinschaft eingeführt werden"<sup>37</sup>, durchaus als taktisches Zugeständnis an weitergehende Forderungen vor dem Hintergrund drohender Spaltung verstanden werden. Venedey erinnert sich, daß schon im Sommer und Herbst 1835 "die Anhänger der kommunistischen Lehren solchen Einfluß in dem Bunde gewonnen [haben], daß gegen sie nichts mehr auszurichten war und ein förmlicher Bruch zwischen den Gütergemeinschaftlern und ihren Gegnern den Verein sprengte".<sup>38</sup> Der handschriftliche Vermerk "kommunistisch" auf einem Exemplar des "Aufruf eines Geächteten" vom Januar 1834 in Venedeys Nachlaß spricht dafür, daß das Konzept einer sozialen Republik als Übergangsordnung zu einem kommunistischen Gemeinwesen aufgefaßt werden konnte. Weitling allerdings, der Schuster schätzt und dem neuen Bund 1838 das Programm schreibt, bestreitet, daß es zum Zeitpunkt der Spaltung bereits eine eigentliche "sozialistische Partei" gegeben habe.<sup>39</sup>

1835 jedenfalls schält sich im Bund der Geächteten jenes Konzept einer sozialen Revolution heraus, das nicht mehr nur politische Strukturen, sondern die Gesamtheit der gesellschaftlichen Verhältnisse verändern will. Es knüpft das existenzielle Interesse des arbeitenden Volkes an eine demokratische Republik, sozialisiert bürgerliches Demokratieverständnis und sucht der republikanischen Bewegung auf längere Sicht den unverzichtbaren Massenanhang zu sichern. 1848 werden proletarische Akteure der Revolution es ebenso zu dem ihrigen machen wie politische Wortführer im linken Flügel der Demokratie. Freilich wird die objektive Interessendivergenz die demokratische Partei noch auf den Demokratenkongressen des Revolutionsjahrs Zerreißproben aussetzen. Mehr als ein Jahrzehnt zuvor spitzen Venedey und Schuster den Widerspruch ihrer Revolutionsstrategie extrem zu. Venedey will zuerst eine Republik erstritten sehen als politische Rahmenbedingung für mündige Bürger, ihre sozialen Verhältnisse in eigene Regie zu nehmen. Schuster beurteilt die Möglichkeit, den erforderlichen Massenanhang zu gewinnen und den eroberten republikanischen Freiheiten dauerhaften Erfolg zu sichern, skeptisch, solange politische Rechte nicht von vornherein mit dem sozialen Interesse des arbeitenden Volkes verflochten werden. Sein Programm wendet sich daher vorrangig an die "arbeitenden Classen". Der Interessenkonflikt sprengt den Bund schon zwei Jahre nach der Gründung.

Indessen bricht sich das Bedürfnis der Mitglieder nach politischer Selbstverständigung über programmatische Fragen an der undemokratischen Organisationsstruktur. Von Anbeginn mißtrauen die Handwerksgesellen einer unbekanntten Leitung, die ihnen blinden Gehorsam abverlangt und sie womöglich abermals wie Mazzini im Februar 1834 in politische Abenteuer verstrickt.<sup>40</sup> Seit 1836 verlassen die meisten, nach Arnold Ruge von 500 über 400 Mitglieder,<sup>41</sup> nach und nach den Bund und schaffen sich binnen zweier Jahre im Bund der Gerechtigkeit – so sein eigentlicher Name – eine selbständige Organisation.

Schuster, der sich der Spaltung lange und zäh widersetzt und sich vergeblich um Zusammenhalt bemüht, weil Trennung alle zur Ohnmacht verurteile, sucht die Fraktionen um 1840 im kurzlebigen geheimen "Bund der Deutschen" nochmals zu vereinen.<sup>42</sup> Die Statuten bestimmen als Zweck des Bundes "die Errichtung eines ganz Deutschland umfassenden Freistaates, worin alle Regierungsgewalt der gesamten Nation angehört, nur von ihrem zeitlich erwählten Beauftragten ausgeübt wird und dessen nähere Einrichtung, nachdem das Vaterland von allen seinen dermaligen Beherrschern befreit sein wird, von einer allgemeinen Nationalversammlung festgesetzt werden soll." "Da die Befreiung Deutschlands von seinen Herrschern nur durch Heeresmacht möglich ist, so ist der Beruf des Bundes[,] diese Macht zu bilden". Sein Bemühen muß scheitern. Obzwar die Statuten die Frage der Gestaltung der künftigen Republik offenlassen, kann die Beibehaltung der Geheimbündelei und der Verpflichtung der Mitglieder zu unbedingtem Gehorsam gegenüber einer abermals unbekanntten obersten Leitung, die sich selbst ergänzt, bei den Dissidenten nur auf Ablehnung stoßen.<sup>43</sup>

Der zunächst weiterhin bestehende Bund der Geächteten erlischt nach seiner Aufdeckung in Hannover im Juli 1840 und der anschließenden koordinierten Verfolgung

aller drei Organisationen in den Staaten des Deutschen Bundes. Spuren fortgeführter Propaganda finden sich in der von September 1839 bis März 1841 von dem Bundesmitglied Ignaz Vanotti mit Wirth und Venedey in Konstanz herausgegebenen Zeitschrift *Deutsche Volkshalle*, in der Beiträge von Schuster, Wirth und Herwegh erscheinen.<sup>44</sup>

Zunächst erschwert die Geheimstruktur beider Bünde die Verbindung zwischen den einzelnen Lagern und Zelten. Infolgedessen zieht sich die Organisation des Bundes der Gerechtigkeit bis 1838 hin. Die Mitgliederzahl ist schwer zu ermitteln. Die Anfang 1841 von der Frankfurter Bundeszentralbehörde erstellten Listen der bis 1840 verfolgten Mitglieder aller verbotenen Vereine<sup>45</sup> erfassen 382 Personen namentlich und verzeichnen deren oft mehrfache und sukzessive Mitgliedschaft in den einander folgenden Vereinen. Prozentual liegt der Mitgliederanteil der jeweils zuletzt angegebenen Zugehörigkeit (abgerundet) zum Deutschen Volksverein bei 4%, zum Bund der Geächteten bei 71%, zum Bund der Deutschen bei 11%, zum (von Behörden durchweg so genannten) Bund der Gerechten bei 12%.<sup>46</sup> Danach dürfte dieser in Paris bis 1840 höchstens 70 Mitglieder haben.<sup>47</sup> In Behördensicht behauptet „der Bund der Geächteten die wichtigste Stelle“<sup>48</sup>. Doch muß man hier falsche Zuordnung<sup>49</sup> und eine nicht abschätzbare Dunkelziffer in Rechnung stellen; denn die Angeklagten suchen, um das Strafmaß zu mildern, ihre jüngste Tätigkeit in Deutschland zu verschleiern, und räumen lediglich eine weiter zurückliegende Zugehörigkeit im Ausland ein. Überdies sind um 1840 im Innern der deutschen Staaten infolge mangelhafter Kommunikation noch nicht alle Mitglieder zum Bund der Gerechtigkeit übergetreten.

Die 1838 verfaßten Statuten der neuen Verbindung<sup>50</sup> bezeichnen als Zweck weiterhin die „Befreiung Deutschlands von dem Joche schimpflicher Unterdrückung, Mitwirkung zur Entsklavung der Menschheit und Verwirklichung der in den Menschen- und Bürgerrechten enthaltenen Grundsätze“. Sie verlangen von den Mitgliedern untadeligen Lebenswandel, Charakterfestigkeit, Mut, Verschwiegenheit, Opferbereitschaft und „unablässige, aber vorsichtige Tätigkeit für die Erreichung des Bundeszweckes“. Sie erwarten von ihnen, die „Lehren und Schriften, welche die Vorbereitung und Beschleunigung einer bessern Gestaltung Deutschlands und der Menschheit zum Zwecke haben, nach Kräften zu befördern und zu verbreiten“. Die Mitglieder sollen dahin wirken, „daß die öffentliche Meinung sich mehr an gerechte Grundsätze anschliesse als an Personen und Namen“. Diese Orientierung bricht mit der überlieferten Taktik des individuellen Terrors, des Avantgardismus und der Putschversuche der Burschenschaftler und Nationalrevolutionäre.

Wiewohl die Illegalität in Deutschland weiterhin eine „wesentlich geheime Verbindung“ erzwingt und die einzelnen Gruppen einander unbekannt bleiben, weicht der hierarchische Aufbau nunmehr einer strikt demokratischen Struktur. Die bisherige Unterscheidung in Eingeweihte und Kandidaten entfällt. Viele Entscheidungsbefugnisse verlagern sich in die Basisgruppen. „Gemeinden“ von fünf bis zehn Mitgliedern wählen ihre Vorsteher, verfügen über die Verwendung der freiwilligen Mitgliedsbeiträge, soweit die Behörden nicht einen bestimmten Beitrag für einen begründeten

Zweck beantragen. Die Gemeinden haben nunmehr das Recht, ein Mitglied mit Zweidrittel-Mehrheit auszustoßen; ein solcher Beschluß bedarf nur mehr der Bestätigung der übergeordneten Leitung. Die Vorsteher der Gemeinden bilden den Vorstand der "Gau". Seiner Anleitung unterstehen fünf bis zehn Gemeinden. Auch die oberste Leitung, die "Volkshalle", bestehend aus wenigstens fünf Mitgliedern, wird am Ort ihres Sitzes von den Gauständen gewählt und darf höchstens ein bis zwei Mitglieder kooptieren. Sie wird von der Kommission der Gaustände kontrolliert und ist ihnen verantwortlich. Alle Funktionen werden für ein Jahr gewählt. Jedes Mitglied darf Gesetze vorschlagen, die der Abstimmung in Gemeinden und Gauen unterliegen. Auch kann nunmehr - nach reiflicher Prüfung - ein jeder vom Gehorsam gegen Bundesgesetze entbunden werden, falls diese seiner Überzeugung und seinem Gewissen widersprechen. Insgesamt verstehen sich die Gemeinden als Keimzellen des erstrebten großen demokratischen Gemeinwesens und als Übungsfeld demokratischer Regeln und Umgangsformen.

In der Folge verlagert sich die praktische Tätigkeit, wo immer dies möglich ist, in öffentliche Arbeiterbildungsvereine mit eigenen Bibliotheken. Nach Marx werden die meisten Bildungsvereine in der Schweiz, England, Belgien und in den Vereinigten Staaten "entweder direkt vom ‚Bunde‘ gegründet oder von [...] Mitgliedern desselben ins Leben gerufen"<sup>51</sup>. Mitglieder wie Gastteilnehmer können sich hier durch Lektüre, Vorträge und Diskussion ein breit gefächertes Allgemeinwissen, Berufsbildung und politische Kenntnisse aneignen und sich in freier Rede üben. Zugleich bemüht man sich seit dem Frühjahr 1838 um ein neues Programm. In der Volkshalle erwägt man zunächst abermals die Bearbeitung einer neobabouvistischen Vorlage. Der Hamburger Tischler Carl Friedrich Hoffmann, der 1838 der Volkshalle angehört, im Oktober 1839 Paris verläßt, um in Hamburg die erste Bundesgemeinde zu gründen, und dort 1840 verhaftet wird, berichtet darüber. Im Verhör von 1841 erwähnt er einen französischen "Katechismus", den man für eine neue "Konstitution" übersetzen und bearbeiten wollte, zumal seine Tendenz der eigenen Verbindung entsprach. Der Vergleich der von Hoffmann überlieferten Bruchstücke mit einem in den Papieren Schappers 1839 beschlagnahmten Katechismus-Fragment erlaubte der Forschung, beide Texte als Übersetzung eines "Catéchisme démocratique" zu identifizieren, den der Neobabouvist Albert Laponneraye in den April- und Mai-Nummern seiner Zeitschrift *L'Intelligence* veröffentlichte.<sup>52</sup> Die Gründe für den Abbruch dieser Arbeit können nur vermutet werden.

Ohnehin kursiert seit mehr als einem Jahr eine Flugschrift in den Gemeinden, die Grundsätze und Argumente bündelt, die wir in den künftigen selber erarbeiteten Programmentwürfen der neuen Verbindung wiederfinden. Es handelt sich um eine schon Ende 1836 verbreitete "Adresse des Londoner Arbeitervereins an die arbeitenden Klassen Belgiens, Hollands und Deutschlands".<sup>53</sup> Jüngere Forschung schreibt die Bearbeitung dieser Flugschrift dem Pariser Kreis der aus der Schweiz vertriebenen Jungdeutschen um Karl Schapper zu.<sup>54</sup> Schapper, ehemaliger Forststudent, Gießener Burschenschafter, dann Mitglied des Jungen Deutschland in der Schweiz, war schon

im März 1836, noch vor der im Mai einsetzenden Demagogenverfolgung, in Richtung Paris aufgebrochen und wurde hier im Juni im Bund der Geächteten erwartet.<sup>55</sup> Er müßte diese deutschsprachige Fassung und Erweiterung der im November 1836 erschienenen englischen Vorlage der *Address to the Working Classes of Belgium, by the Working Men's Association of London* noch vor Jahresende für den entstehenden Bund der Gerechtigkeit erarbeitet haben. In der veränderten, nunmehr auch an die holländischen und deutschen Arbeiter gerichteten Fassung des Aufrufs wenden sich britische Arbeiter in gedanklich klarer Sprache an die "Hervorbringer des Reichthums", appellieren an das "große, gemeinsame Interesse" und führen Zwietracht, Standesdünkel in den eigenen Reihen und Untertänigkeit gegenüber den "Tyranen der Erde" auf Unwissenheit und Unkenntnis der Gebote der Natur zurück. Die Natur habe keineswegs die einen zum Arbeiten verdammt und den andern das Recht zum Genießen eingeräumt. Sie habe den Hervorbringern des Reichthums nicht verweigert, "im Staat die Stellung einzunehmen, die ihnen als den unentbehrlichsten und nützlichsten Bürgern gebührt", um "nach ihrem Interesse den Staat zu bilden, und durch Abgeordnete ihrer Wahl ihn zu verwalten"; sie habe ihnen nicht verwehrt, ihren Geist zu entwickeln und ihre Sitten durch Erziehung zu veredeln. Die Flugschrift erinnert die belgischen Brüder an die blutigen Früchte ihrer Revolution von 1830, die eine "Rotte von Geldmensch" einheimste, um sie erneuter Knechtschaft zu unterwerfen. Die Adresse erklärt die immerwährende Sklaverei der Arbeiter aus deren "Unkenntnis der wahren Grundsätze über Staatenbau" und der politischen Sorglosigkeit, mit der sie "Sklaveneigenthümer" als "Gesetzverfertiger" dulden. Sie warnt die holländischen Arbeiter vor "blindem Nationalhaß" gegen die belgischen Klassenbrüder; sie ermuntert die deutschen Brüder, in ihrem "Streben nach socialer Emanzipation und Gleichheit an allen Gütern" fortzufahren, und versichert alle des Beistands ihrer britannischen Freunde. Es sind die gleichen politischen Erfahrungen, das gleiche Klassenbewußtsein samt Ermutigung zu sozialer Befreiung und Anspruch der Tüchtigsten auf politische Teilhabe an der Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens; und es ist schließlich der gleiche betont proletarische Internationalismus, der sich in den folgenden programmatischen Bundesdokumenten von 1838 und in der Bundespublizistik verdichtet und in der praktischen Bundesarbeit bis hin zur zunehmend internationalen Zusammensetzung der Mitgliedschaft der neuen Verbindung verwirklicht. Die Adresse wird vom Bund der Geächteten auch in Frankfurt a. M. verbreitet.

Die im Sommer 1838 einsetzende selbständige Ausarbeitung des neuen Programms folgt streng demokratischen Spielregeln. Was Weitling über die Verfahrensweise berichtet, wird durch Aussagen anderer Mitglieder bestätigt. Auf Antrag der Mitglieder nach einem neuen Programm bestellt die Zentralbehörde inhaltliche Vorgaben. Sie ersucht die Mitglieder, ihren Gemeindevorstehern "prinzipielle Ansichten" in Form von Rundschreiben an die andern Gemeinden einzureichen. Nachdem Weitlings anonym auf einem Bogen skizzierte Vorlage allgemeine Zustimmung findet, verlangen die Gemeinden von der Zentralbehörde, "sie möge eine Schrift drucken lassen, welche möglichst deutlich auseinandersetze, auf welche Weise die Gütergemeinschaft mög-

lich sei.“ Daraufhin bestellt die oberste Behörde Entwürfe und kooptiert Weitling in die Volkshalle. Nach Aussagen eines Mitglieds berieten die Gemeinden sodann über das nach einer Schrift von Fourier abgefaßte “Büchelchen, Die Menschheit,” und finden darin die “Grundsätze [...], zu welchen die Verbindung sich bekannte”. Es kommen zwei Vorlagen zustande. Der Entwurf von Schapper überliefert in Fragestellung, Aufbau und im Titel Gütergemeinschaft<sup>56</sup> deutlicher als der andere die inhaltlichen Vorgaben der Mitglieder. Dennoch entscheidet sich die einberufene Kommission - von dem Schneidergesellen Christian Weißenbach und dem Tischler Carl Hoffmann warm unterstützt - für die von dem Schneidergesellen Wilhelm Weitling verfaßte Programmschrift *Die Menschheit, wie sie ist und wie sie sein sollte*.<sup>57</sup> Sie wird Ende 1838 in Paris “auf einer geheimen Presse in zweitausend Exemplaren gedruckt”<sup>58</sup> und von den Mitgliedern selber vertrieben. Bis 1854 erlebt die Schrift fünf Auflagen, wird 1840 ins Ungarische übersetzt und bleibt bis zum Manifest der Kommunistischen Partei von 1847 programmatisches Bundesdokument.

Weitlings Schrift erfaßt die Unzufriedenheit der Mitglieder mit einer sozial unverbindlich gehaltenen politischen Plattform sogleich im Motto des Programms: “Die Namen Republik und Konstitution / So schön sie sind, genügen nicht allein; / Das arme Volk hat nichts im Magen, / Nichts auf dem Leib und muß sich immer plagen; / Drum muß die nächste Revolution, / Soll sie verbessern, eine soziale sein.” Politische Freiheiten als Ergebnis einer Revolution genügen nicht: “Proklamiert Freiheit und Gleichheit, stürzt Throne, Adel und Pfaffen, schafft die stehenden Heere ab und besteuert die Reichen, wohl habet ihr dann viel erreicht, aber ihr habt das Glück der Menschheit dann noch nicht gegründet.” Die Männer “der Arbeit und der Entbehrung” brauchen eine grundlegende Umwälzung ihrer sozialen Lebensbedingungen, damit sie ihre politischen Rechte wahrnehmen können. Das Programm warnt die Arbeiter vor verzweifelten Kurzschlußreaktionen wie Maschinenstürmerei, Tyrannenmord und – lange vor dem Scheitern des Blanquischen Aufstands – vor avantgardistischen Putschversuchen ebenso wie vor politisch indifferenten Flickrezepten und verlangt politische Aufklärung und Organisation des arbeitenden Volkes für ein gemeinsames Ziel. Es rüttelt die Arbeiter auf, weckt ihr Selbstbewußtsein als Produzenten des gesellschaftlichen Reichtums und verlangt ihre politische Mitbestimmung bei einer grundlegenden Erneuerung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Es rät ihnen, bei der nächsten Umwälzung auf die Wahl der neuen Verfassung zu achten und für eine Regierung zu sorgen, “die wirklich das Interesse der Arbeiter im Auge hat”. Dieser Impuls wird im Revolutionsjahr eine Welle von Eingaben der Arbeitervereine und Arbeiterkongresse an die verfassungsgebende Versammlung auslösen. In ökonomischer Hinsicht präzisieren beide Entwürfe das in den Statuten unbestimmt gehaltene Ziel einer sozialen demokratischen Republik. Beide – auch das erlaubt Rückschlüsse auf die Vorgaben der Mitglieder – sehen in Privateigentum und Geldbeziehungen die Wurzel von Egoismus, sozialer Entzweiung und moralischer Verderbnis. Sie bezweifeln den Erfolg der sozialen Reformprojekte der alten Verbindung, die durch Progressivsteuern, Genossenschaften und Nationalwerkstätten die Selbstbehauptung der Kleinproduzenten gegen

die Konkurrenz der Großindustrie zu sichern hofften. Sie erwarten von der Beibehaltung des Kleinentums eine Konservierung der Geldmacht, der Anarchie des Marktes und der Knechtschaftsverhältnisse, besonders der Besitzlosen. In der Programmschrift heißt es dazu rigoros: "Jede gesellschaftliche Verbesserung, die man durch Kapitalienverteilung bezweckt und worin das Geld die Hauptrolle spielt, kann keine vollkommene sein." Die Begründung lautet: "Wenn wir die großen Geldhaufen kleiner machen", so haben wir "einige Tausend mehr vom Wuchergeist angesteckt. [...] Ein starker, wohlhabender Mittelstand" wäre die Folge und das Geldsystem bekäme damit noch mehr hartnäckige Verteidiger. Das radikalisiert die ökonomischen Forderungen. Um soziale und politische Rechte allen gleichermaßen zu sichern und die individuellen mit den gesellschaftlichen Interessen so zu synchronisieren, daß der Egoismus dem Gemeinsinn weicht, will es nicht nur wie das alte Programm eine genossenschaftliche Veränderung der Produktionsverhältnisse, sondern Gemeineigentum. Ihm genügt keine annähernde Gütergleichheit; es will "Gemeinschaft der Güter der Erde". Schappers Entwurf erklärt Gütergemeinschaft geradezu als "erste und notwendigste Bedingung einer freien demokratischen Republik". Nicht mehr bloß Erbrechtsreform, sondern Abschaffung des Erbrechts und des privaten Eigentums an den Reichtümern der Erde wird verlangt. Das Programm versagt sich Intoleranz und jedwedem Sektenwesen. Es erklärt sich gegen engherzige Nationalität und durchbricht nationale Dimensionen; es möchte die Welt "in einen Garten und die Menschheit in eine Familie" verwandeln.

Indessen erwarten die Mitglieder mehr als einen Katalog prinzipieller Forderungen. Sie wollen, wie es bei Schapper heißt, "wissen, wie wir anders und besser aufbauen, was wir zusammenreißen". Diesem Wunsch entspricht Weitlings Entwurf besser als alles, was die damalige kommunistische Literatur bietet, obschon - oder weil - sein Modell strukturell augenfällig von der Handwerkssphäre geprägt ist. Für den künftigen "Familienbund der Menschheit" entwirft er ein System selbstverwalteter Produktion und Verteilung, das die gesellschaftliche Verfügung und wissenschaftliche Verwaltung des Gemeineigentums nützt, um allen die gleichen Ausgangsbedingungen für die Entfaltung ihrer individuell unterschiedlichen Fähigkeiten zu gewähren und jedem gleichermaßen die Befriedigung seiner spezifischen Bedürfnisse zu garantieren. Hierfür konstruiert er das Modell einer Produktionsweise mit sechsständiger Arbeitspflicht für alle bei freier Wahl der Tätigkeit und gleichem Anspruch eines jeden auf notwendige Lebensgüter nach individuell unterschiedlichem Bedürfnis und der Möglichkeit für jeden, sich darüber hinaus durch zusätzliche Arbeitsleistung besondere Bedürfnisse zu befriedigen. Wiewohl das Konstrukt bald kritisiert wird, gelingt fürs erste der Nachweis, daß in einem auf gesellschaftlichem Eigentum gegründeten Gemeinwesen die persönliche Freiheit eines jeden keineswegs der Gleichheit aller geopfert werden müsse.

Politisch bewahrt und erweitert das neue Programm den Grundrechte-Katalog der alten Verbindung. Es verlangt Wahl der leitenden Behörden, deren Verantwortlichkeit, Absetzbarkeit sowie ihre soziale Gleichstellung mit den Bürgern. Es verbrieft größtmögliche Freiheit der Rede und Handlung für jedermann und gleiche Rechte

und Pflichten für beide Geschlechter. Radikaler als der alte Bund interpretiert es die im Statut verankerten Menschen- und Bürgerrechte vorwiegend als soziale Rechte: als allgemeine Gleichheit in den Bedingungen der Arbeit, des Genusses der Lebensgüter und der Erziehung und Bildung samt der Gewährung der zur Ausübung der geistigen und physischen Anlagen erforderlichen materiellen Mittel. Insgesamt handelt es sich um ein Programm, das ungeachtet historisch und sozialökonomisch bedingter Schranken den demokratischen Anspruch auf gleiche Rechte und Freiheiten über den politisch-rechtlichen Geltungsbereich hinaus auch in den sozialökonomischen Verhältnissen zu verwirklichen trachtet und modernem Anspruch der Arbeiter auf Wirtschaftsdemokratie vorarbeitet.

Die politisch aktiven Mitglieder verstehen sich als Interessenvertreter des arbeitenden Volkes. Vom rationalistischen Aufklärungsdenken geprägt, erscheint ihnen eine gütergemeinschaftliche Gesellschaft als die natur- und vernunftgemäße Ordnung der Gesellschaft schlechthin. Die "ungleiche Verteilung der Arbeit und der durch sie hervorgebrachten Güter" ist ein korrekturbedürftiges Ergebnis der mit der Arbeitsteilung einhergehenden, zunächst unschuldigen, sodann aber folgenschweren Aufteilung des Gemeinguts in Privateigentum. Das zu ändern ist ein Gebot der Vernunft und des allgemeinen Interesses. Indessen ist ihr optimistisches Konzept von praktischen Erfahrungen noch ziemlich unbeschwert; die Treibhausatmosphäre der Illegalität trübt den Realitätssinn und nährt Wunschdenken. Anfänglich neigen die Akteure dazu, sich über Einwände und Bedenken kurzerhand hinwegzusetzen. Sie halten das Programm für realisierbar, sobald man das arbeitende Volk für seine Verwirklichung gewinne und organisiere, damit es die bevorstehende Revolution in seinem Interesse nutze.

Dennoch hindert dieses Maximalprogramm den Bund nicht, die Tageskämpfe der Arbeiter tatkräftig zu unterstützen. Der Massenstreik der französischen Schneider im Sommer 1840 bietet Gelegenheit, die theoretisch verfochtene internationale Solidarität praktisch zu bewähren. Ohnehin gehören zum Kern des Pariser Bundeszentrums außer Weitling die ihm eng verbundenen Schneidergesellen Christian Weißenbach und Andreas Scherzer. Sie unterstützen von Anbeginn die Kampffraktion der Pariser Schneidergesellen, bei der die deutschen ein Viertel der Streikenden stellen. Weitling selbst arbeitet in der Streikleitung und schickt Solidaritätsaufrufe nach Braunschweig, Dresden und Magdeburg<sup>59</sup>. Sie werden von dortigen Mitgliedern oder Sympathisanten weiter verbreitet, denn ein Exemplar taucht auch in einer Berliner Schneiderwerkstatt auf.<sup>60</sup> Zudem organisiert er mit Scherzer eine Gemeinschaftsküche, die 500 Streikende zweimal täglich für elf Sous mit Brot, Fleisch und Kartoffelgemüse beköstigt.<sup>61</sup>

Im Mai 1841 geht Weitling in die Schweiz, um für den Bund zu werben.

*Hoch-Zeit und Verfolgung in der Schweiz 1841-1848*

Die 11 bis 13 Gesellenvereine des Bundes der Gerechtigkeit in der Schweiz zählen Anfang 1841 etwa 300, Ende 1842 bereits 750-800 Mitglieder.<sup>62</sup> Ihre Entwicklung ähnelt in vielem derjenigen der Pariser Bewegung. Das hier im Frühjahr 1834 konstituierte Junge Deutschland, das sich als nationale Zweigverbindung des Jungen Europa dem Kampf gegen feudale und nationale Unterdrückung verschrieb, faßte rasch Fuß in den Gesellenvereinen und ermunterte weitere Gründungen.<sup>63</sup> Eine Gedenkveranstaltung des Berner Vereins zum Hambacher Fest am 27. Juli 1834 im nahen Steinhölzli, bei der sich etwa 200 bis 300 Gesellen unter einer schwarz-rot-goldenen Fahne zu einem einigen Vaterland bekannten, hatte die Behörden der deutschen Bundesstaaten zu heftiger Intervention veranlaßt. Im Oktober gab die Berner Kantonsregierung schließlich nach und verwies die politisch aktivsten Flüchtlinge, darunter Karl Schapper, aus dem Kanton. Nach dem kläglichen Scheitern des Einfalls von Mazzini in Savoyen im Februar 1834, der auch deutsche Teilnehmer (Schapper) in Verfolgungen verstrickte, stießen sich Gesellen in den Züricher Handwerkervereinen zunehmend sowohl an der Geheimbündelei und avantgardistischen Taktik des Jungen Europa wie an der ausschließlich nationalpolitischen Zielsetzung der jungdeutschen Verbindung. Sie hielten Kontakt zum Bund der Geächteten, tauschten Zeitschriften miteinander, erklärten schließlich wie die Pariser Handwerksgelesen eine ausschließlich politische Emanzipation für unzureichend und wollten für das geeinte Deutschland eine soziale Neuordnung. Wie das Pariser Blatt *Der Geächtete* bekannte sich ihr Publikationsorgan *Das Nordlicht* (drei Hefte, Januar bis September 1835)<sup>64</sup> zu einem revolutionären Republikanismus. In einem Grundsatzartikel "Republikanische Katechisationen" wandte sich das Blatt in seiner ersten programmatischen Nummer gleichfalls an die werktätigen Klassen: "Vertraut auf Euch selbst, Ihr Arbeiter, Handwerker und Bauern! [...] Ihr seid der Kern des Volks [...]; schüttelt sie ab, die Fesseln, die arbeitsscheue Müßiggänger Euch schmiedeten!"<sup>65</sup>

Auch in der Schweizer Verbindung des Jungen Deutschland gewannen sie rasch größeren Einfluß. Schon im Anfang 1836 gewählten Leitungskomitee arbeiteten außer einem Gymnasiallehrer nur mehr Handwerksgelesen: drei Setzer und ein Bürstenbinder. Ihr "Handwerkerkomitee" orientierte sich gleichfalls auf Propaganda und Werbung und begann, außer der Herausgabe einer populären, unpolitischen Volksbibliothek für einen Batzen mit der Verbreitung revolutionärer Publizistik. Eine als "Brief aus den Freistaaten von Nordamerika"<sup>66</sup> getarnte Flugschrift rief auf, die erwartete Erhebung der Bauern gegen die alten Mächte zu unterstützen: "Wenn der Kampf der Bauern beginnt gegen die Herren, dann deutsches Volk stehe auf". Von den 4.000 Exemplaren dieses Flugblatts wurden viele auch von Mitgliedern des Bundes der Geächteten in Deutschland verbreitet. Eine für Mai 1836 einberufene Landeskonferenz sollte die organisatorische Reorganisation der Verbindung zur Propagandaorganisation einleiten. Doch die gleichzeitig auf Druck der Frankfurter Bundeszentralbehörde über die deutschen politischen Flüchtlinge und Handwerksgelesen in der Schweiz hereinbrechende Demagogienjagd vereitelte alles. Das Junge Deutschland erlag für Jahre der

Verhaftungswelle und den Massenausweisungen. Die jungdeutschen Vereine, die Weitling bei Beginn seines Schweizer Wirkens antrifft, sind eine 1840/1841 erneuerte Organisation des Jungen Deutschland, die sich als nationalrepublikanische Bewegung versteht, die internationalistische Grundhaltung des Jungen Europa weitgehend preisgibt und sich der sozialrevolutionären Konzeption des inzwischen konstituierten Bundes der Gerechtigkeit widersetzt. Dieses erneuerte Junge Deutschland duldet in den von ihm geleiteten Handwerkervereinen keine kommunistische Propaganda; seine Statuten untersagen Dispute über Religion und Politik. Doch August Becker ergänzt den in den Statuten des Genfer Bildungsvereins enthaltenen Passus: "Der Verein ist kein politischer", durch den Zusatz: "Der Verein mischt sich nicht direkt in die praktische Politik; allein die Politik gehört mit zu den Bildungsmitteln des Vereins; alle politischen Meinungen haben daher das Recht, sich frei zu äußern."<sup>67</sup> Dies gilt seit 1841 auch für kommunistische Positionen.

Unabhängig vom Jungen Deutschland gründet im November 1839 der engste Freund und Mitstreiter Georg Büchners, der ehemalige Theologiestudent August Becker<sup>68</sup> nach seiner Haftentlassung mit dem Theologen Ludwig Weitzel in Genf den Deutschen Gewerbestandsverein. Kurz darauf, im April 1840, ruft der Gerbergeselle Simon Schmidt in Lausanne einen Gesellenverein ins Leben. Zugleich bringt Schmidt ein handschriftlich verfaßtes und abschriftlich vervielfältigtes Blatt als Vereinsorgan in Umlauf: Der volkstümliche Handwerker. Journal der gesellschaftlichen und politischen Wiederherstellung für den volkstümlichen Handwerkerverein in Lausanne und unter dessen Leitung herausgegeben. Von seinen fünf oder sechs Nummern sind nur Bruchstücke überliefert. Sein Motto: "Gleichheit - Verbrüderung; Freiheit - Einheit; Erziehung - Sittlichkeit; Arbeit - Ordnung". Es "ist jeder aufgefordert, das Los des Arbeiterstandes und der niederen Volksklassen überhaupt, die Quelle des übertriebenen Elends und der Unterdrückung der großen Mehrzahl der Menschen, so wie der Uebermacht und der übermäßigen Reichtümer der Minderzahl zu schildern". Das Blatt will, gegen "obwaltenden Völker- und Nationalhaß" gewandt, alles aufbieten, um "nicht nur die Familien und Stämme unseres deutschen Vaterlandes zu verbrüdern, sondern auch alle Völker, da ein Volk nicht wahrhaft glücklich sein kann, wenn nicht alle Völker glücklich sind." Sodann will es "die bis jetzt bekannten Sozial-Systeme" beschreiben. Es bekennt sich zu Humanität und Menschenrechten und erhofft die Verwirklichung der geforderten Freiheit, Gleichheit, Verbrüderung und Einheit von einer "Gemein-Assoziation", die die Bedürfnisse des arbeitenden Volkes befriedigt. "Nach unserer Meinung muß das Elend von der Erde vertilgt werden, muß allen Kindern eine Erziehung gegeben, muß in alle Verfassungen geschrieben werden, daß die erste Pflicht der Gesellschaft sei, allen ihren Mitgliedern das materielle, geistige und sittliche Leben zu sichern. Wir wünschen [...] keine Revolution, sondern wir wollen eine Reform."<sup>69</sup>

Der militante Antikommunismus und Nationalismus der Nationalliberalen in den Vereinen des Jungen Deutschland ist für Propagandisten wie Weitling eine Herausforderung. Die von Weitling Anfang 1842 verfaßten Statuten für den "Kommunisti-

schen Bildungsverein<sup>70</sup> markieren die Absage an jeden Gewaltstreich und die Tendenz des Bundes der Gerechtigkeit zum Propagandaverein deutlicher. Die Statuten verlangen Propaganda, Massenwerbung, Organisation und überlokale wie transnationale Vernetzung der Vereine. Sie wollen eine Vereinigung großer und kleiner Vereine und einzelner Gleichgesinnter "von verschiedenen Nationen, Ständen und Alter", die sich von Zeit zu Zeit in gemieteten Vereinslokalen oder, wo man ihnen das versagt, in Wohnungen, Werkstätten und Wirtshäusern versammeln und "unermüdet an der Propaganda arbeiten". Die Statuten verpflichten zu geregelter Lebensweise, einem kleinen monatlichen Beitrag, zu gegenseitiger Achtung und brüderlichem Umgang miteinander und verpönen "Ohrenbläselei"; sie verlangen "sociale Bildung – durch Studium und Besprechung aller socialen Systeme –", Förderung "geselliger nicht kostspieliger Vergnügungen", mündliche Propaganda, Mitgliederwerbung und Verbreitung von Schriften. Die Mitglieder erhalten bei jeder Abreise Aufträge, sie sollen in anderen Städten bestehende Vereine verstärken oder neue gründen, wo möglich die "Lehre laut und öffentlich zu verbreiten suchen", in Versammlungen über ihre propagandistische Tätigkeit berichten und mit früher besuchten Vereinen Kontakt halten. Weitling ist überzeugt, "daß wenn Jeder nur alle vier oder acht Wochen seinen Mann stellt, man in einem Jahre ohne alle Gewalt durch das einfache Stimmenmehr zum Ziele kommen kann".<sup>71</sup> Unterstützt von Schmidt und Becker, gelingt es ihm, sich trotz Denunziationen und Intrigen der Jungdeutschen in den Gesellenvereinen Gehör zu verschaffen und in knapp zwei Jahren in den Kantonen Aargau, Bern, Genf, Neuenburg, Waadt und Zürich Bundesgemeinden zu gründen, die die öffentlichen Lese-, Bildungs- und Gesangvereine politisieren. Zudem gründet er in Genf, Lausanne, Vevey und Morsee vereinseigene Speisegaststätten, in denen die Arbeiter eine warme Mahlzeit und Getränke zum Selbstkostenpreis erhalten. Sie sind als Keimzellen künftiger Vereinshäuser gedacht, können sich aber wegen der saisonbedingten Arbeitslosigkeit nicht lange halten. 1843 arbeiten Bundesmitglieder in 13 Schweizer Vereinen mit insgesamt 750 Mitgliedern, die Lehrer für ihren Unterricht besolden. Wilhelm Marr kannte Mitglieder, "welche sich monatelang nur vier bis fünf Stunden Schlaf täglich gönnten, um [...] für die Sache arbeiten zu können [...], welche auf den leisesten Wink hin ihr Bündel schnürten, ihren Broterwerb aufgaben und aufs Geratewohl oft 30 Stunden nach anderen Orten gingen, wo man ihre Gegenwart für nutzbringend hielt".<sup>72</sup> Zum Bund gehören auch aktive Mitglieder aus dem skandinavischen Raum, so der dänische Kürschnergeselle Niels Lorents Petersen<sup>73</sup>, der die Schweizer Gemeinden später dem Bund der Kommunisten zuführt, und der Schwede Gustav Öbom (alias Napoleon Berger)<sup>74</sup>.

Als publizistisches Organ überregionaler Propaganda und Kommunikation dient die ab September 1841 bis zu seiner Verhaftung im Mai 1843 von Weitling redigierte Monatszeitschrift *Der Hülferuf der deutschen Jugend*, ab 1842 *Die junge Generation*.<sup>75</sup> Im Unterschied zum *Volksthümlichen Handwerker* von Schmidt erscheint das Blatt gedruckt. Anders als *Der Geächtete* ist es das erste deutsche, von Arbeitern für Arbeiter geschriebene Periodikum. An seinem Erscheinungsort muß es nicht, wie zu-

vor der Hessische Landbote, illegal gedruckt und vertrieben werden. Von den 1.000 Exemplaren gehen 400 nach Paris und 100 nach London. Wandernde Handwerksburschen bringen das Blatt nach Deutschland, Österreich und Skandinavien. Das Motto des Blatts bekennt sich: "Gegen das Interesse Einzelner, insofern es dem Interesse Aller schadet, und für das Interesse Aller, ohne einen Einzigen auszuschließen". Es wendet sich an "deutsche Tagelöhner, Bauer[n], Arbeiter, Meister, Künstler und Gelehrte". In der ersten Nummer erscheint ein "Aufruf an Alle welche der deutschen Sprache angehören". Der Leitartikel ruft die deutschen Arbeiter "in die Reihen der für den Fortschritt Arbeitenden" und ermuntert sie zur Mitarbeit am "großen Werk der Wiedergeburt der Menschheit". Er verlangt politische Mitbestimmung in Legislative und Exekutive: "Auch wir wollen eine Stimme haben in den öffentlichen Beratungen über das Wohl und Wehe der Menschheit; denn wir, das Volk in Blusen, Jacken, Kitteln und Kappen, wir sind die zahlreichsten, nützlichsten und kräftigsten Menschen auf Gottes weiter Erde." Das Blatt berichtet über Probleme der eigenen Verbindung und über soziale Bestrebungen in anderen Ländern, es verteidigt französische Strömungen gegen unsachliche Angriffe in der deutschen Presse und macht die Arbeiter mit dem Begriff des Kommunismus vertraut, der umgangssprachlich in Frankreich seit 1840 durch die programmatischen Schriften Etienne Cabets, Jean-Jacques Pillots und Théodore Dezamys gebräuchlich wurde.<sup>76</sup> Um christlich erzogene Arbeiter mit dem verpönten Begriff und dem von ihm bestimmten Sachverhalt vertraut zu machen und den "schwarzen Teufel, den unsere deutschen Zeitungsschreiber uns unter dem Namen Kommunist hinmalen, genauer bei Lichte zu betrachten", knüpft Weitling am katholischen Kultus der Kommunion an, mit dem er an die von Jesus gebotene Gemeinschaft der Güter erinnert.<sup>77</sup>

Im Ergebnis politischer Aufklärung und Organisation des arbeitenden Volkes hält Weitling zur praktischen Verwirklichung des Programms zwei Optionen offen: die Nutzung einer Volksrevolution oder den von der chartistischen und der Cabetschen Bewegung eingeschlagenen gewaltlosen Weg, durch Druck einer Massenbewegung Wahlen zu erzwingen und einen dem Volksinteresse ergebenden Mann ans Ruder zu bringen. Die einseitig nationalliberale Sicht des Jungen Deutschland ergänzt das Blatt durch die Betonung der sozialen Probleme: "Die politische Freiheit und nationale Einheit des Volkes im Vaterlande zu retten [...] gibt es nach unserer Meinung nur ein kräftiges Mittel, die Sozialreform [...] Ohne die Verkündigung dieses Prinzips ist für uns Deutsche weder politische Freiheit noch nationale Einheit dauernd möglich."<sup>78</sup>

Ende 1842 erscheint in Vevey Weitlings theoretisches Hauptwerk Garantien der Harmonie und Freiheit.<sup>79</sup> Die 2.000 Exemplare der Erstauflage subventionieren etwa 300 Arbeiter. Weitling dankt ihnen in der Einleitung: "Vorliegendes Werk ist also nicht mein Werk, sondern unser Werk; denn ohne den Beistand der andern hätte ich nichts zustande gebracht. Die gesammelten materiellen und geistigen Kräfte meiner Brüder habe ich in diesem Werke vereinigt."<sup>80</sup> Das ca. 275 Seiten starke Buch bringt erstmals in der deutschen Vormärzpublizistik Gesellschaftskritik, kommunistisches Programm und politische Strategie seiner Verwirklichung in ein theoretisches System.

Das Werk erlebt bis 1849 drei Auflagen, Übersetzungen ins Ungarische, Norwegische und Französische sowie Teilabdrucke in der deutschen, englischen, französischen und belgischen Publizistik.

Theoretisch verfiert es keineswegs jenen platten Gleichheitskommunismus, der die soziale Gleichheitsforderung aus den politischen Postulaten der bürgerlichen Revolution ableitet. Seine Kritik der „gesellschaftlichen Übel“ (Teil 1) und die „Ideen einer Reorganisation der Gesellschaft“ (Teil 2) gründet es auf ein natürliches Gleichgewicht von gesellschaftlichen Bedürfnissen und Fähigkeiten. Der sich fortwährend auf jeweils höherer Stufe neu setzende und lösende Widerspruch zwischen wachsenden Bedürfnissen und dadurch angeregten Fähigkeiten treibt den geschichtlichen Fortschritt der Zivilisation voran. Indessen wurde dieses dialektische Gleichgewicht beider Komponenten durch die Dazwischenkunft des Privateigentums gestört und soll kraft menschlicher Vernunft wieder hergestellt werden, um – wie es im Titel heißt – gesellschaftliche Harmonie und persönliche Freiheit zu garantieren. Im zweiten Teil entwirft das Werk die Grundzüge einer Ordnung, in der nicht mehr Geldgewinn, sondern das statistisch ermittelte gesellschaftliche Bedürfnis materielle wie geistige Produktion und Konsumtion bestimmen, fortwährende Wahl der Fähigsten jedes Sachgebiets eine wissenschaftliche Verwaltung des gesellschaftlichen Lebens und effektive Nutzung der menschlichen und natürlichen Ressourcen im allgemeinen Interesse gewährleisten und den ungehinderten Fortschritt von Wissenschaft und Zivilisation sichern.

Die Strategie baut weiterhin auf die Macht politischer Aufklärung und einmütiger Organisation des Volkes, dem der Bund helfen müsse, sein Interesse zu begreifen und wahrzunehmen.<sup>81</sup> Das Werk erläutert Charakter, Verlauf und Maßnahmen einer „sozialen Revolution“ als einer totalen Umwälzung im Unterschied zu einer „politischen Revolution“, die nur Personen in Ministersesseln wechsele. Weitlings Revolutionsbegriff impliziert nicht zwangsläufig eine gewaltsame Umwälzung; allerdings fürchtet er den Widerstand der herrschenden Klassen gegen solche sozialen Reformen, die das Interesse der Eigentümer berühren. Wie Cabet hofft er, ihre Resistenz dadurch zu neutralisieren, daß er ihnen für freiwilligen Verzicht auf ihre politische und ökonomische Macht den gewohnten Lebensstandard auf Lebenszeit zusichert. Das Gemeineigentum, zunächst auf Staats-, Kirchen- und Emigrantengüter beschränkt, soll sich durch Schenkungen und Nachlässe vergrößern. Zum freiwilligen Beitritt ganzer Gemeinden bedarf es der Zustimmung einer Zweidrittel-Mehrheit.

Die Forderung des Statuts nach dem Studium sozialer Systeme und Theorien bleibt keine Floskel. In ihren Vereinsbibliotheken verfügen die Mitglieder über ein reichhaltiges Angebot an unterhaltender, allgemein bildender wie politischer Literatur.<sup>82</sup> Verglichen mit dem politischen Spektrum der Schriften und Periodika jungdeutscher Vereine, die deutschsprachiges nationalliberales und -republikanisches Schrifttum bevorzugen, ist das Literatur- und Zeitschriftenangebot kommunistischer Bildungsvereine breiter gefächert. Neben radikaldemokratischen Schriften finden die Benutzer hier eine bunte Palette sozialrevolutionärer und reformkommunistischer Titel. Anders als die Lesezirkel des Jungen Deutschland nutzen die Akteure kommunistischer Bildungsvereine

ihre vielfältigen Beziehungen zu französischen Radikalen und Sozialrevolutionären auch zum Presse- und Literaturaustausch.<sup>83</sup> Sie bieten ihren Lesern aus der Fülle sozialtheoretischer Publizistik des Nachbarlands sowohl französischsprachige Originaltitel und Journale, für Sprachunkundige aber auch meist von Mitgliedern schnell besorgte Übersetzungen.<sup>84</sup> Abonniert werden in der Schweiz von Einheimischen wie von Vereinsmitgliedern die erste *Fraternité* und *Cabets Populaire* de 1841. Nach einer späteren Notiz hat Weitling 1838, in seiner Pariser Zeit, Lamennais' soeben erschienenen Buch des Volks übersetzt und das Manuskript einem Agenten der Verbindung nach Deutschland mitgegeben. In seiner Zeitschrift veröffentlicht er einen Textauszug.<sup>85</sup> 1842 vertreibt er in der Schweiz Cabets soeben erschienene *Voyage en Icarie*.<sup>86</sup> Im Umlauf sind anfänglich vor allem von Bundesmitgliedern oder Sympathisanten übersetzte neobabouvistische Titel, darunter eine kaum noch bekannte Broschüre des Förderers von Saint-Simon und Freundes von Buonarroti, Voyer d' Argenson: *Unwille eines von volkstümlichem Geiste beseelten Reichen*, die schon 1834 in Straßburg erschien.<sup>87</sup> 1841 erscheinen in Biel zwei von Simon Schmidt übersetzte neobabouvistische Schriften: Richard Lahautières *Kleiner Katechismus der Sozialreform* und *Ueber das gesellschaftliche Gesetz*. Die letztere Schrift empfiehlt Weitling in der Novembernummer seines Blatts den "liberalen Franzosenfressern" und "Aposteln des National- und Kommunistenhasses" als Lektüre.<sup>88</sup> In der Folge verlagert sich das Interesse deutlich auf ikarische Literatur. Von Cabets programmatischer Flugschrift *Das Communistische Glaubensbekenntnis* erscheint 1842 in Vevey eine deutschsprachige Fassung von Christian Albrecht und 1843 in Bern eine andere in einer Broschüre von Sebastian Seiler<sup>89</sup>. 1844 kommt in Langenthal eine Übersetzung von Cabets viel beachteter Abhandlung zur Lage der Frauen "Das Weib" heraus.<sup>90</sup> Gleichzeitig erscheint in Bern eine mit Anspielungen auf die Züricher Weitlingverfolgung gespickte deutschsprachige Fassung einer antijesuitischen Streitschrift Cabets: *Der dem Kommunismus vom Jesuiten Fournier, Akademiker in Lyon, geworfene Handschuh*; aufgehoben von M. Cabet.<sup>91</sup> Seit August 1843 ist in Genf eine von der Forschung gänzlich vernachlässigte Übersetzung von Cabets höchst aufschlußreicher Schrift *Der Stand der socialen Frage in England, Schottland, Irland und in Frankreich*<sup>92</sup> greifbar, die man auch im Bestand des Londoner Bildungsvereins findet. Die Broschüre verschmilzt in vergleichender Analyse Erfahrungen der chartistischen Wahlrechtsbewegung mit robespierreischer und babouvistischer Überlieferung zu einer neuen reformkommunistischen Strategie, die in den vierziger Jahren auch die politische Wegsuche der deutschen sozialistischen Bewegung nachhaltig beeinflusst.<sup>93</sup> Sie macht den Enthusiasmus eines Briefs begreiflich, den zwanzig Lausanner Kommunisten im Mai/Juni 1843 an Cabet richten: darin erklären sie sein Monatsblatt zum "fortschrittlichsten Organ der Interessen des Volkes" und bekennen sich rückhaltlos zu seiner Politik einer friedlichen Reform durch intellektuelle und moralische Läuterung des Volkes.<sup>94</sup>

Andere Flugschriften dieser Jahre besprechen, würdigen und verteidigen die in Weitlings Garantien neu aufgeworfenen Fragen und angebotenen Lösungen. Sebastian Seiler<sup>95</sup>, nach dem Studium der Rechte Gerichtsaktuar und demokratischer Publi-

zist, verteidigt Kommunismus wie Vernunftglauben. Er widerlegt die vermeintliche Kulturfeindlichkeit, die man beiden Geisteshaltungen unterstellt, in einem Abriß zur neueren französischen Bewegung, mit Textauszügen aus Alphonse Constants *Bible de la liberté* und Schriften Cabets, Proudhons, Weitlings samt einer "Erklärung der New Yorker Rationalisten".<sup>96</sup> August Becker, studierter Theologe, empfiehlt – sowohl gegen pseudoromantische Deutschtümelei wie gegen die politisch sterile, elitäre Manier der junghegelschen "neudeutschen Schulphilosophie" – Weitlings Weltsicht und klare Art des Denkens und Schreibens als die einer demokratischen Volksbewegung angemessene und unverzichtbare "Volksphilosophie unserer Tage".<sup>97</sup> Er selbst begründet das Erfordernis der Gütergemeinschaft mit einem pantheistischen Gottesbegriff, einer säkularen Christologie und mit den Geboten menschlicher Natur und Vernunft, Recht und Moral. Ohne sich mit Weitlings System zu identifizieren, würdigt er das Bemühen der "neumodischen Socialreformer [...], die Organisation ihrer künftigen Gesellschaft bis ins Einzelne durchzuführen [als] ein vortreffliches Mittel, Propaganda zu machen", und "für die Socialisten absolut notwendiges [Verfahren zur], Anerkennung ihrer Principien durch die Producenten" zu gelangen.

Nach Weitlings Verhaftung im Juni 1843 verteidigt Seiler ihn erneut in einer politischen Biographie gegen die "lächerliche Angabe, als predige er den individuellen Diebstahl und sein Evangelium sei eine Diebsreligion".<sup>98</sup> Indessen werden Propaganda und organisatorische Bemühungen um Vereinigung der Arbeiter seit 1844 vor allem von August Becker weiter geführt. Seine Schrift *Was wollen die Kommunisten?*<sup>99</sup> erläutert den von anarchistischen Tendenzen des Jungen Deutschland beeinflussten Arbeitern Bestreben und ungewohnten Begriff des Kommunismus. Becker, der schon im Genfer Verein Vorträge über Nationalökonomie gehalten hatte, begründet nun auch im Lausanner Verein die erforderliche Abschaffung des Privateigentums mit Argumenten einer moralischen Ökonomie. Von Mitte April bis September 1845 ersetzt er das seit Weitlings Verhaftung fortgefallene Monatsblatt durch seine nach sechs Nummern wieder verbotene Fröhliche Botschaft von der religiösen und socialen Bewegung, von der er 1.000 Exemplare absetzt.<sup>100</sup> Weltanschaulich bekennt sich das Blatt zu einem deistischen Pantheismus und postiert sich ausdrücklich sowohl jenseits der beiden extremen Parteien von Atheisten und Pietisten als auch der rationalistischen Mitte (der protestantischen Lichtfreunde und Deutschkatholiken). Politisch erklärt es sich gegen absolute wie konstitutionelle Monarchie und (bürgerliche) Republik und befürwortet an Stelle dessen eine neue Lebensordnung, "beruhend auf der Freiheit und Gemeinschaft". Beckers 1847 abgefaßtes Manuskript einer Geschichte des religiösen und atheistischen Frühsozialismus<sup>101</sup> gerät wider sein Wissen und Wollen in die Dossiers der Geheimpolizei.

Unter behördlichen Schikanen leiden Propaganda und Werbung schon vor Weitlings einjähriger Gefängnishaft und Ausweisung. Die Behörden drangsalieren Drucker und Abonnenten seiner Zeitschrift, beschlagnahmen und verbrennen Zeitungsballen an der Grenze. Hinzu kommt die chronische Geldnot des Herausgebers. Am meisten bedrückt alle: Die strategische Konzeption hält nicht, was man sich davon verspro-

chen hatte. Überschätzt wurde die Möglichkeit zur Organisation: das Wandern der Gesellen begünstigt zwar die Ausbreitung der Vereine, doch die Zersplitterung in der Kleinproduktion und die Fluktuation erschweren den Zusammenhalt. Unterschätzt wurde die Macht der herrschenden öffentlichen Meinung: die kommunistische Lehre wird nicht nur von Kanzel, Katheder und Presse verteufelt; wider Erwarten stößt sie selbst bei Arbeitern auf Gleichgültigkeit und Voreingenommenheit.

Weitling erinnert sich der "Masse von Vorurteilen", die man aufregte, sobald man über Kommunismus zu sprechen versuchte: "Man wurde angeschrien, manchmal gar unterbrochen und ausgelacht."<sup>102</sup> Zu gering veranschlagt wurde die kulturelle Misere: Viele der von einem vierzehnstündigen Werktag erschöpften Arbeiter haben weder Kraft und Zeit noch Sinn für politische Lektüre und Teilnahme am Vereinsleben. Herausgefordert durch die nach dem konservativen Putsch vom 6. September 1839 in Zürich verstärkt einsetzende klerikale Verteufelung aller demokratischen und sozialrevolutionären Bestrebungen, angeregt zugleich durch das breite und nuancierte Spektrum der 1835 einsetzenden liberalen Bibelkritik von David Friedrich Strauß', Bruno und Edgar Bauer und der demokratischen Religionskritik von Ludwig Feuerbach sowie der zeitgenössischen sozialistischen und kommunistischen Christentumsinterpretationen in Deutschland wie in Frankreich, unternimmt Weitling seinerseits den Nachweis, daß man durchaus mit der Bibel für politischen und sozialen Fortschritt kämpfen könne. Durchgängig faßt er die christliche Jenseitshoffnung als Diesseitserwartung und vereint schon in seiner ersten Schrift von 1838 die seit Morelli sozialistisch interpretierte Naturrechtslehre mit dem christlichen Liebesgebot: "Das Gesetz der Natur und christlichen Liebe ist die Basis aller für die Gesellschaft zu machenden Gesetze."<sup>103</sup> Zudem weiß er die Bibel in fast jedem Haus; für Arbeiter ist sie oft genug das einzige Buch, das sie kennen und besitzen, und die Christenlehre gehört - seit dem Sieg der Konservativen in der Schweiz mehr als anderswo - zu dem durch Elternhaus, Schule und Kirche vermittelten vorrangigen Bildungsgut. Die für das gesellschaftliche Leben geltenden moralischen Verhaltensnormen beruhen auf der christlichen Ethik; die vorherrschende Kultur, die Kunst, selbst der Kalender sind christlich geprägt. Also schreibt er 1843 in der Phase zunehmender konservativer Instrumentalisierung der Religion *Das Evangelium der armen Sünder*<sup>104</sup> als Leseanleitung zum sozialrevolutionären Verständnis der Christenlehre. Die Schrift entmystifiziert die Evangelien, erklärt die Bibel als Menschenwerk und die Dogmen der orthodoxen Christologie als wissenschaftlich unhaltbar. Seine Auffassung von Gott als Inbegriff menschlicher Vollkommenheit, vom Glauben als Vorstufe des Wissens, von Religion als Streben nach höchster Vollkommenheit, kann er gleich anderen Mitgliedern mühelos mit der im Bund verbreiteten Feuerbach-Verehrung vereinbaren.<sup>105</sup> Er selbst schätzt Friedrich Feuerbachs *Religion der Zukunft* und wünscht sich Ludwig Feuerbachs *Wesen des Christentums* "in jeder Familie und in jedem Verein".<sup>106</sup> Sozialpolitisch allerdings geht seine Kritik klerikaler Apologetik der bestehenden Verhältnisse von Anbeginn sowohl über die liberal-junghegelsche wie über die demokratische Position Feuerbachs und Lamennais' hinaus und folgt vornehmlich neobabouvistischen Bibel-

interpretationen, die aus den ethischen Gleichheits- und Brüderlichkeitsmaximen des Christentums kommunistische Schlußfolgerungen ableiten. An Hand von über hundert korrekt belegten Bibelstellen erklärt das Büchlein Jesus als Propagandisten der urchristlichen Sekte der Essener, als Feind des Mammons und Verfechter irdischer Gütergemeinschaft. Der moderne Kommunismus erscheint als Fortführer der urchristlichen Gemeinden, der Lehren Thomas Müntzers und der Wiedertäufer und als endliche Erfüllung 2.000-jähriger Hoffnung der Enterbten und Gedemütigten, die von einem mit den Reichen und Mächtigen verbundenen Klerus auf das Jenseits vertröstet wurden.

Das Verhältnis der meisten Wortführer des Bundes der Gerechtigkeit zu Religion und Christentum entspricht im wesentlichen der antiklerikalen, rationalistischen und säkularen Auffassung Weitlings. Auch in Schappers Entwurf erscheint Christus als "unser erster Republikaner und hohes Vorbild".<sup>107</sup> Die den Bundesmitgliedern verfügbare und bekannte babouvistisch getränkte Literatur, die den zeitgenössischen Kommunismus bis auf urchristliche Tradition zurückführt, ist reichhaltig. Ihr weltanschauliches Spektrum umfaßt Vertreter aller Schattierungen: Es kennt Materialisten wie Babeuf und Dezamy, Atheisten wie Auguste Blanqui, Deisten wie Buonarroti, Lahautière, Laponneraye und Cabet, Theisten wie Alphonse Esquiros und Alphonse Constant.<sup>108</sup>

Alle diese Wortführer leiten – selten reflektiert – die im naiven religiösen Glauben des Volkes mystifizierte soziale Bedrängnis und transzendierte Hoffnung auf den materiellen Boden zurück, dem sie entwächst und auf dem allein sie aufgelöst werden kann. Daher auch erscheint Weitling der Atheismus – als bloße Negation – theoretisch wie politisch steril. Zudem wittert er wie schon Buonarroti in solcher Weltsicht eine elitäre aristokratische Apologie des Egoismus. Im Bund der Gerechtigkeit gehört er zu denjenigen, die die christliche Mitgift des arbeitenden Volkes ernst nehmen und mahnen, sie zu tolerieren, soweit sie nicht im Interesse der Herrschenden politisch mißbraucht wird. In der Schweiz zumal widersetzt er sich dem intoleranten Atheismus junghegelscher Kreise im Jungen Deutschland, die die religiösen Gefühle des ungebildeten Volkes verachten und politische und soziale Emanzipation allein durch Befreiung von religiösen Vorurteilen vollbracht wännen. Desgleichen verweigert er sich dem Atheismus eines Wilhelm Marr, der Feuerbachs als gesellschaftliches Wesen verstandenes Gattungswesen mißdeutet, mit der anarchistischen Tendenz Max Stirners verquickt und als "Norm für jede Gesellschaft" einen totalen Individualismus propagiert.<sup>109</sup> August Becker findet diese Richtung gleichfalls so untauglich, daß er sich noch von der religiösen Schwärmerei eines Christian Albrecht und von der frömmelnden Prophetie eines Georg Kuhlmann für das Schweizer Vereinsleben mehr verspricht als von der volksfremden Hegelei der Jungdeutschen. 1844 schreibt er sarkastisch: "Hier dürftet ihr den Bruno Bauer und die ganze Meute der Junghegelschen Atheisten getrost von der Kette losbinden; die hiesigen Heerden sind von zu guten Hirten bewacht, wohnen in zu festen Schafstellen, sind mit einer zu dichten Glaubenswolle bedeckt, als daß sie die Zähne dieser kritischen Wölfe zu fürchten brauchten."<sup>110</sup>

Weitling selbst wird vom Züricher Klerus denunziert, im Juni 1843 wegen Gotteslästerung verhaftet, dann allerdings wegen Angriffs auf das Eigentum und Verletzung des Ausländergesetzes verurteilt und nach fast einjähriger Haft im Mai 1844 ausgewiesen. Trotz geltender Pressefreiheit wird das noch ungedruckte Manuskript beschlagnahmt. Nach seinem Erscheinen wird es auf den päpstlichen Index gesetzt. Doch geht fehl, wer den nach Weitlings Fortgang einsetzenden Zerfall der Bewegung seinem Evangelium zuschreibt. Dieses Büchlein hat den Niedergang der Vereine eher verzögert als befördert und den von Becker beschriebenen Geist dumpfer Frömmerei eher aufgestöbert als konserviert. Ohnehin ist der obwaltende geistige Nebel mehr Symptom allgemeiner Rückständigkeit als deren Ursache. Der in den Schweizer Vereinen tätige Norweger Niels Lorents Petersen hält Weitlings „neues Evangelium“ für gut geeignet, „die religiösen Vorurteile [zu] zernichten“<sup>111</sup>. Auch Becker nutzt in seiner anhaltenden Fehde gegen konservativen Klerus und pietistisches Muckertum weiterhin den aufklärerischen Geist der Weitlingschen Bibelkritik.<sup>112</sup>

1 Erweiterte Fassung eines Vortrags auf der internationalen Tagung in Innsbruck vom Oktober 2001 über Politische Vereine, Gesellschaften und Parteien in Zentraleuropa 1815-1848/49. Wir veröffentlichen hier den ersten Teil des Beitrags. Teil II erscheint in Heft 2003/I, Januar 2003.

2 Ernst Schüler: Die Regierung der Republik Bern, und die Verfolgten der Könige, Bern 1837, S.17f.

3 Wilhelm Weitling: Das Evangelium des armen Sünders, Birsfeld 1846, Neuausgabe von Waltraud Seidel-Höppner, Leipzig 1967, S.123.

4 Zum Volksverein siehe L. Fr. Ilse: Geschichte der politischen Untersuchungen, welche durch die neben der Bundesversammlung errichteten Commissionen, der Central-Untersuchungs-Commission zu Mainz und der Bundes-Central-Behörde zu Frankfurt in den Jahren 1819 bis 1827 und 1833 bis 1852 geführt sind, Frankfurt a.M. 1860, S.448f; [Carl Georg Ludwig] Wermuth/[Wilhelm] Stieber, Die Communisten-Verschwörungen des neunzehnten Jahrhunderts, Berlin 1853 (Reprint Hildesheim 1969), Tl. 1, S.10f; Werner Kowalski, Vom kleinbürgerlichen Demokratismus zum Kommunismus, Bd. II, Die Hauptberichte der Bundeszentralbehörde von 1838 bis 1842 über die deutsche revolutionäre Bewegung (Archivalische Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd.5/II), Berlin (DDR) 1978, S.116f; ders., Vorgeschichte und Entstehung des Bundes der Gerechten, Berlin (DDR) 1962, S.41f; Wolfgang Strähel, Briefe eines Schweizers aus Paris 1835–1836. Neue Dokumente zur Geschichte der frühproletarischen Kultur und Bewegung, hg. v. Jacques Grandjonc/Waltraud Seidel-Höppner/Michael Werner, Berlin 1988, S.34f. (zit. Strähel, Briefe.)

5 Weitere Angaben dazu in: Strähel, Briefe, S.25; Jacques Grandjonc: „Eléments statistiques pour une étude de l’immigration étrangère en France de 1830 à 1851“, in: Archiv für Sozialgeschichte, Bd. XV, Bonn-Bad Godesberg 1975, S.211f; ders.: „Die deutsche Binnenwanderung in Europa 1830 bis 1848“, in: Otto Büsch/Hans Herzfeld (Hg): Die frühsozialistischen Bünde in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Vom „Bund der Gerechten“ zum „Bund der Kommunisten“ 1836-1847. Ein Tagungsbericht, Berlin [West] 1975, S.3f.; ders. mit Michael Werner: „Deutsche Auswanderungsbewegungen im 19. Jahrhundert (1815–1914)“ in: Deutsche Emigranten in Frankreich. Französische Emigranten in Deutschland. 1685–1945, Paris 1983.

6 Heinrich Heine: Über Ludwig Börne, Drittes Buch, Säkularausgabe, Bd.9, S.333f. Siehe auch die Mitteilung von August Lewald über Börnes Reden vor Schmieden und Schuhmachern, zit. in: H[einrich] H[ubert] Houben: Gespräche mit Heine, Potsdam 1948, S.235f.

7 Siehe Worte des Glaubens von Abbé de la Mennais. Aus dem Französischen übersetzt von Ludwig Börne, Paris 1834. Lamennais’ Paroles erschienen Ende April 1834. Zur politischen Biographie von Lamennais siehe Jörg Raubbaum: Für Gott und die Freiheit, Berlin (DDR) 1976, S.233f.

- 8 Nachdruck in: Hans-Joachim Ruckhäberle: Frühproletarische Literatur. Die Flugschriften der deutschen Handwerksgesellenvereine in Paris 1832–1839, Kronberg i.T.1977, S.71f.
- 9 Abdruck in: Werner Kowalski: Vorgeschichte und Entstehung, S.177f; Ruckhäberle, Frühproletarische Literatur, S.100f. Die Vermutung Kowalskis, Strähl und der Schriftsetzer Julius Goldschmidt seien Mitverfasser, hat jüngere Forschung bestätigt. Siehe Strähl, Briefe, S.40f, 482f.
- 10 Abdruck in: Ilse, Geschichte der politischen Untersuchungen, S.565f; Kowalski, Vom kleinbürgerlichen Demokratismus zum Kommunismus, Bd. II, Die Hauptberichte, S.286f; Ruckhäberle, Frühproletarische Literatur, S.139f; Der Bund der Kommunisten. Dokumente und Materialien, hg. von Herwig Förder, Martin Hundt, Jefim Kandel, Sofia Lewiowa (künftig: BdK), Bd. 1, Berlin (DDR) 1970, S.957f; Wermuth/Striever, Die Communisten-Verschörungen, Tl.1, S.177f.
- 11 Siehe Ilse, Geschichte der politischen Untersuchungen, S.467f.
- 12 Siehe Werner Kowalski: "Bund der Geächteten (BdG) 1834–1840/41", in: Lexikon zur Parteigeschichte, Bd.1, Leipzig 1983. – Wolfgang Schieder: Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung. Die Auslandsvereine im Jahrzehnt nach der Julirevolution 1830, Stuttgart 1963, S.119f, berechnet, auf gesicherte Feststellungen beschränkt, maximal 120 Mitglieder, etwa 100 in Paris, 20 in Deutschland.
- 13 Abdruck in: Schieder, Anfänge, S.316f; Ruckhäberle, Frühproletarische Literatur, S.109f.
- 14 Abdruck in: Ruckhäberle, Frühproletarische Literatur, S.109f.
- 15 Abdruck in: Kowalski, Vorgeschichte, S.183ff; Ruckhäberle, Frühproletarische Literatur, S.130ff.
- 16 Es handelt sich um die *Déclaration des principes fondamentaux de la société* aus dem *Projet de constitution républicaine*, verfaßt von Charles Antoine Teste, Paris, Oktober 1833, die vermutlich Theodor Schuster übersetzte.
- 17 Möglicherweise gehört zu den Schriften der Verbindung auch die 1833 in Straßburg erschienene Flugschriftenreihe *Eins ist Noth*. In Flugschriften herausgegeben von mehreren teutschen Patrioten, von der nur die erste Lieferung, ein republikanischer Katechismus in Fragen und Antworten, bekannt ist. Siehe Jacques Grandjonc: "Deutsche Emigrationspresse in Europa während des Vormärz 1830–1848", in: Heinrich Heine und die Zeitgenossen. Geschichtliche und literarische Befunde, Berlin/Weimar 1979, S.234.
- 18 Siehe *Der Geächtete*, Zeitschrift in Verbindung mit mehreren deutschen Volksfreunden herausgegeben von J. Venedey, E. Rauch, Th. Schuster, 2 Bde, Paris 1834, 1835/36; Reprint mit Vorwort von Werner Kowalski, Leipzig 1972, Glashütten i.T. 1972.
- 19 Siehe Wilhelm Weitling: *Garantien der Harmonie und Freiheit* (Vivis 1842), Neuausgabe von Bernhard Kaufhold, Berlin 1955, S.290.
- 20 *Der Geächtete*, Nr. 1, S.94.
- 21 Betrachtungen eines deutschen Arbeiters über die neuesten Maßregeln der deutschen Bundesregierungen, durch welche den deutschen Handwerkern der Aufenthalt in Frankreich, Belgien und der Schweiz bei Verlust ihres Heimathsrechts untersagt wird; Abdruck in: Kowalski, Vorgeschichte, S.193f; Strähl, Briefe, S.498f; Der Bundesbeschluß vom 15. Januar 1835 in: Ernst Rudolf Huber, *Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte*, Bd.1, Stuttgart 1961, S.136.
- 22 Siehe *Der Geächtete*, Nr. 3, S.143 (Korrespondenz aus Speyer).
- 23 Ebenda, Nr. 2, S.73, 75f.
- 24 Ebenda, Nr. 5, S.171f.
- 25 Siehe ebenda, S.144–162.
- 26 Siehe ebenda, Nr. 6, S.279.
- 27 Ilse, *Geschichte der politischen Untersuchungen*, S.506f; Martin Hundt: *Geschichte des Bundes der Kommunisten 1836–1852*, Frankfurt a.M. 1993, S.113, registriert 1839/40 etwa 15 Zelte mit mehr als 200 Mitgliedern in etwa zehn Städten.
- 28 Siehe Jan-Christoph Hauschild: Georg Büchner, mit Selbstzeugnissen und Bilddokumenten, Hamburg 1992, S.59f; ders.: Georg Büchner. Biographie, Stuttgart/Weimar 1993, S.335f, 404.
- 29 Siehe "Die Propaganda. Vom Herausgeber", *Der Geächtete*, Jg. 1, Nr. 2, S.49 f.
- 30 "Der Kampf für eine bessere Zukunft. Antwort an Herrn Dr. Schuster", *Der Geächtete*, Jg.1, Nr.4, S.245f.

- 31 Siehe "Der Kampf für eine bessere Zukunft. Von Dr. Schuster", *Der Geächtete*, Jg.1, Nr.5, S.202f.
- 32 "Der Kampf für eine bessere Zukunft. Antwort an Herrn Dr. Schuster", *Der Geächtete*, Jg.1, Nr.6, S.245f.
- 33 "Gedanken eines Republikaners", *Der Geächtete*, Jg. 2, Nr. 2, S.49f, und Nr. 3, S.97f. Venedeys Ausweisung aus Paris im April 1835 beendet die Debatte.
- 34 "Freiheit", *Der Geächtete*, Jg. 2, Nr. 5, S.202f.
- 35 Bei dem etwa 400 Seiten starken Manuskript der Briefe Strähls lassen die überlieferten überarbeiteten Brieffassungen eine kollektive Redaktion erkennen. Möglicherweise unterblieb die Veröffentlichung, weil bei Abschluß des Manuskripts ein Teil der Mitglieder sich nicht mehr damit identifizieren mochte.
- 36 Siehe Strähl, Briefe, S.306f.
- 37 Kowalski, *Vom kleinbürgerlichen Demokratismus zum Kommunismus*, Bd.II, Die Hauptberichte, S.125.
- 38 Hermann Venedey: Jakob Venedey, Darstellung seines Lebens und seiner politischen Entwicklung bis zur Auflösung der ersten deutschen Nationalversammlung 1849, Stockach 1930, S.76.
- 39 Siehe "Weitling an Caber", *Republik der Arbeiter*, New York, Jg.4, Nr. 9, 26. Februar 1853, S.66.
- 40 Über die teilweise heftigen Auseinandersetzungen zwischen Lagern und Bevollmächtigten des Brennpunkts siehe Kowalski, *Vorgeschichte*, S.147f; BdK, Bd. 1, S.89f.
- 41 Siehe Arnold Ruge: *Zwei Jahre in Paris*, Bd. 1, Leipzig 1846, S.338.
- 42 Siehe Kowalski, *Vom kleinbürgerlichen Demokratismus zum Kommunismus*, Bd. II, Die Hauptberichte, S.150f, 157, 173.
- 43 Abdruck der Statuten in: Ilse, *Geschichte der politischen Untersuchungen*, S.588f; Kowalski, *Vom kleinbürgerlichen Demokratismus zum Kommunismus* Bd.II, Die Hauptberichte, S.302f; Wermuth/Stieber, *Die Communisten-Verschwörungen*, Tl. 1, S.188f.
- 44 Zur Geschichte des Verlags, seiner Herausgeber und Autoren siehe: Hermann M. Venedey, *Belle-Vue bei Constanz. Gesicht eines politischen Verlages im Vormärz. 1840–1848*, Konstanz 1973; Heinz Bothien (Hg.), *Die Exilantendruckerei Belle-Vue bei Constanz 1840–1848*, Frauenfeld 1998.
- 45 Siehe Ilse, *Geschichte der politischen Untersuchungen*, Anhang, Nr. II, Register: Verzeichniß der wegen Theilnahme am Bund der Geächteten, der Gerechten und der Deutschen gerichtlich bezichtigten Individuen; Kowalski, *Vom kleinbürgerlichen Demokratismus zum Kommunismus*, Bd. II, Die Hauptberichte, S.267f, 308f.
- 46 Siehe Ernst Schraepler: *Handwerkerbünde und Arbeitervereine 1830–1853. Die politische Tätigkeit deutscher Sozialisten von Wilhelm Weitling bis Karl Marx*, Berlin/New York 1972, S.62f, meint jedoch, die Zahl seiner Anhänger habe noch zugenommen.
- 47 Siehe Schieder, *Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung*, S.124.
- 48 Wermuth/Stieber, *Die Communisten-Verschwörungen*, Tl. 1, S.9f.
- 49 Siehe Kowalski, *Vom kleinbürgerlichen Demokratismus zum Kommunismus*, Bd. II, Die Hauptberichte, S.340, wo Weitling auch als Mitglied im Bund der Deutschen erscheint.
- 50 Abdruck in: Ilse, *Geschichte der politischen Untersuchungen*, S.580-594; Ruckhäberle, *Frühproletarische Literatur*, S.228-233; Kowalski, ebenda., S.297-302; BdK, Bd. 1, S.92-98. Übrigens übernimmt die überlieferte Abschrift die schon in den Statuten des Bundes der Geächteten enthaltene Einlassung: "Diese unter den Papieren des Ministers v. Stein gefundenen Statuten werden ihrer Vortrefflichkeit wegen zur zweckdienlichen Nachahmung dem Publikum übergeben. Druckerei der deutschen Republik. München im Juli 1838."
- 51 Karl Marx, Herr Vogt, in: MEW, Bd. 14, S.438.
- 52 Siehe die Aussage Carl Friedrich Hoffmanns in BdK, Bd.1, S.111, mit dem in der Schapper-Akte in: Archives Nationales, Paris, AMP, CC 739 dos. 182, 22e pièce, scellé 2, doc. 10, enthaltenen Fragment mit Laponnerayes "Catéchisme démocratique" in *L'Intelligence*, *Journal de la Réforme Sociale*, 2e Année, avril, mai 1838. Deutschsprachige Fassung in: Joachim Höppner/Waltraud Seidel-Höppner: *Von Babeuf bis Blanqui. Französischer Sozialismus und Kommunismus vor Marx*, Leipzig 1975, Bd. 2. Siehe dazu Waltraud Seidel-Höppner: "Der erste Versuch eines Programms des Bundes der Gerechten" in: *Bund der Kommunisten 1836–1852*, hg. v. Martin Hundt, Berlin 1988.
- 53 Abdruck in: Kowalski, *Vorgeschichte*, S.207-210; Ruckhäberle, *Bildung und Organisation in den*

- deutschen Handwerksgesellen- und Arbeitervereinen in der Schweiz. Texte und Dokumente zur Kultur der deutschen Handwerker und Arbeiter 1834–1845, Tübingen 1983, S.187–191.
- 54 In Schappers 1839 beschlagnahmten Papieren befindet sich, ebenso wie in denjenigen Strähls, ein mit deutschen Lettern gedrucktes Exemplar des Flugblatts. Siehe Strähl, Briefe, S.48, Anm. 182.
- 55 Siehe Armin Matthäus Kunigk: Karl Schapper. Ein Vater der europäischen Arbeiterbewegung, Camberg 1980, S.54f.
- 56 Karl Schapper: Gütergemeinschaft, Erstveröffentlichung in: Schieder, Anfänge, S.319–327; BdK, Bd. 1, S.98f.; historisch-kritisch ediert und kommentiert von: Jacques Grandjonn/Hans Pelger: “Gütergemeinschaft” (Juli bis Dezember 1838). Materialien von Karl Schapper für die Grundsätze des Bundes der Gerechten”, in: Walter Schmidt/Gustav Seeber (Hg): Sozialismus und frühe Arbeiterbewegung. (Studien zur Geschichte, Bd. 13), Berlin (DDR) 1989, S.65f.
- 57 [Wilhelm Weitling:] Die Menschheit, wie sie ist und wie sie sein sollte, o.O. [Paris] 1839; Abdruck in: Kowalski, Vorgeschichte, S.210–241; Neuausgabe von Wolf Schäfer: Das Evangelium des armen Sünders und Die Menschheit, wie sie ist und wie sie sein sollte, Reinbek bei Hamburg 1971. Im Vorwort zur 4. Auflage, New York 1854, vermerkt Weitling, daß man die Jahreszahl 1839 angab, um die Polizei irrezuführen.
- 58 Siehe die detaillierten Angaben Weitlings im Vorwort der 4. Auflage der Menschheit ..., New York 1854, S.3f (Original in: Weitling Papers, New York Public Library) mit: Republik der Arbeiter, 1851, Nr.14, S.107f; Weitling, Vorrede zur 3.Auflage der Garantien der Harmonie und Freiheit, hg. v. Bernhard Kaufhold, Berlin 1955, S.292f; und den Aussagen des Leipziger Mitglieds Johann Robert Alexander Werner in: BdK, Bd. 1, S.112. – Den New Yorker Weitling-Nachlaß erschlossen Lothar Knatz/Hans-Arthur Marsiske: “Die Wilhelm Weitling Papers” in: International Review of Social History, vol. XXIX (1984), Part I.
- 59 Siehe BdK, Bd. 1, S.123f.
- 60 Siehe Kurt Wernicke: Vormärz–März–Nachmärz. Studien zur Berliner Politik- und Sozialgeschichte, Berlin 1999, S.38.
- 61 Siehe Wilhelm Weitling: Gerechtigkeit. Ein Studium in 500 Tagen, Erstausg. von Ernst Barnikol, Kiel 1929; Nachdruck von Ahlrich Meyer, Berlin [West] 1979, S.165. Siehe ferner Ahlrich Meyer: “Die ‘coalition des tailleurs’ und die Massenstreiks des Jahres 1840 in Paris”, in: ders., Die Logik der Revolten. Studien zur Sozialgeschichte 1789–1848, Berlin/Hamburg 1999.
- 62 Nach Weitlings Angaben in: [Johann Caspar] Bluntschli: Die Kommunisten in der Schweiz nach den bei Weitling vorgefundenen Papieren, Zürich 1843 (Reprint Glashütten i.T. 1973), S.23f, 26; Schieder, Anfänge, S.122, gibt 600–650 Mitglieder an.
- 63 Kowalski, Vorgeschichte, S.32ff; ders., “Junges Deutschland 1834–1836”, in: Lexikon zur Parteigeschichte, Bd. 3, S.149ff. Kowalski, Vorgeschichte, S.104, 115, verweist auf mannigfaltige Parallelen zum Pariser Bund der Geächteten sowohl in der inneren Entwicklung als in der politischen Zielsetzung, aber auch auf das durch die rückständigen Schweizer Verhältnisse bedingte Zurückbleiben. Siehe ferner Otto Bruggler: Geschichte der deutschen Handwerkervereine in der Schweiz 1836–1843. Die Wirksamkeit Weitlings (1841–1843), Bern/Leipzig 1932; Ernst Schraepler: Handwerkerbünde und Arbeitervereine; Antje Gerlach: Deutsche Literatur im Schweizer Exil. Die politische Propaganda der Vereine deutscher Flüchtlinge und Handwerksgesellen in der Schweiz von 1833 bis 1845, Frankfurt.a. M. 1975.
- 64 Das Nordlicht. Ein Volksblatt in zwanglosen Heften, Zürich 1835; Teilabdruck in: Kowalski: Vom kleinbürgerlichen Demokratismus zum Kommunismus, Bd. I, Zeitschriften aus der Frühzeit der deutschen Arbeiterbewegung (1834–1847) (Archivalische Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 5/1), Berlin (DDR) 1978, S.99–116; Gerlach, Deutsche Literatur, S.465ff
- 65 Zit. Kowalski, ebd., S.106f, 100; Gerlach, ebd. S.467f, 465.
- 66 Ruckhäberle, Bildung und Organisation, S.127ff.
- 67 Zit. in: Wilhelm Marr: Das junge Deutschland in der Schweiz. Ein Beitrag zur Geschichte der geheimen Verbindungen unserer Tage, Leipzig 1846, S.79f.
- 68 Zu Beckers Biographie siehe Gian Mario Bravo: “Il comunismo tedesco in Svizzera”, in: Annali, Jg. 6, Milano 1963, S.521–620; ders.: “August Becker, am Vorabend der Revolution”, in: International

- Review of Social History, vol. 26, Amsterdam 1981, S.302ff; Jacques Grandjon: in: Dictionnaire Biographique du Mouvement Ouvrier International, L'Allemagne, hg. v. Jacques Droz u.a., Paris 1990, S.97ff; Waltraud Seidel-Höppner, in: Demokratische Wege. Deutsche Lebensläufe aus fünf Jahrhunderten, hg. v. Manfred Asendorf/Roolf von Bockel, Stuttgart 1997, S.43ff; Jan-Christoph Hauschild, Georg Büchner. Biographie, Stuttgart 1993, S.307ff, 313ff, passim.
- 69 Ernst Barnikol (Hg.): Geschichte des religiösen und atheistischen Frühsozialismus nach Darstellung August Beckers vom Jahre 1847, Kiel 1932, S.58ff; Brugger, Geschichte der deutschen Handwerkervereine, S.45.
- 70 Abdruck in: Bluntschli, Die Kommunisten, S.34ff; Ruckhäberle, Bildung und Organisation, S.205ff; BdK, Bd. 1, S.136ff.
- 71 Zit. Bluntschli, ebenda. S.40; so auch die Londoner Sektion, vgl. BdK, Bd. 1, S.225.
- 72 Marr, Das junge Deutschland, S.122f.
- 73 Siehe Hans-Norbert Lahme: "Niels Lorents Petersen. Eine Skizze seines Lebens in der Arbeiterbewegung", in: International Review of Social History, vol. XXIX, Part 2, 1984, S.172ff.
- 74 Siehe Erik Gamby: "Napoleon Berger alias Gustav Öbom", in: The Swedish-American Society, January 1983, S.4ff; ders., "Skandinavien og handvaerkerkommunismen", in: Marx i Danmark. Historiske Bidrag, Kopenhagen 1983, S.15ff.
- 75 Der von Werner Kowalski besorgte Reprint beider Zeitschriften: Leipzig 1972.
- 76 Jacques Grandjon: Communisme/Kommunismus/Communism. Origine et développement international de la terminologie communautaire prémarxiste des utopistes aux néobabouvistes 1785–1842 (Schriften aus dem Karl-Marx-Haus 39/1.2), Trier 1989, S.211ff.
- 77 "Die Kommunion und die Kommunisten", in: Der Hülfesruf der deutschen Jugend, Nr. 3, November 1841, S.33ff.
- 78 Der Hülfesruf, Nr. 4, Dezember 1841, S.52.
- 79 Zit. Neudruck, hg. v. Bernhard Kaufhold, Berlin (DDR) 1955; weiterer Nachdruck von Ahlrich Meyer, Stuttgart 1972.
- 80 Weitling, Garantien, ebenda, S.4.
- 81 Zur politischen Strategie Weitlings siehe Waltraud Seidel-Höppner: Weitling und die Revolution von 1848, in: Männer und Frauen der Revolution, hg. v. Helmut Bleiber/Walter Schmidt, Berlin 2002 (im Druck).
- 82 Vorzügliches Einblick in das breite Spektrum dieses Schrifttums, insbesondere die von ihr entdeckte Bibliothek vom Berner Verein des Jungen Deutschland, bieten: Gerlach: Deutsche Literatur im Schweizer Exil, S.308ff; ferner H. J. Ruckhäberle, Bildung und Organisation.
- 83 Siehe hierzu Marc Vuilleumier: "Weitling et les communistes allemands en Suisse", in: Revue européenne des sciences sociales, tome XI, 1973, No 29, S.37ff; ders., "Frankreich und die Tätigkeit Weitlings und seiner Schüler in der Schweiz (1841–1845)", in: Archiv für Sozialgeschichte, Bd.V, Hannover 1965, S.247ff.
- 84 Zur französischen sozialistischen, neobabouvistischen und kommunistischen Presse und Flugschriftenliteratur der vierziger Jahre siehe Höppner/Seidel-Höppner, Von Babeuf bis Blanqui, Bd. 1, Kap.III – V, S.247ff.
- 85 Lamennais Le livre du peuple erscheint in Paris im Dezember 1837. Das erwähnte Manuskript wurde bis jetzt nicht wieder aufgefunden. Vgl. [Weitling,] "Uebersicht der Erfolge einer zwölfjährigen Propaganda mit Bezug auf die Geldpunkte", in: Republik der Arbeiter, New York, Jg. 2, 1851, Nr. 14, S.108; der Textauszug in: Hülfesruf, Dezember 1841, S.63.
- 86 Ludwig Brügel: Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie, Wien 1922, Bd 1, S.25.
- 87 Boutade d'un riche à sentiments populaires, Paris o.J. und o.V.
- 88 Lahautière: Petit catéchisme de la réforme sociale, Paris 1839, und De la loi sociale, Paris 1841. Weitlings Empfehlung in: Hülfesruf, November 1841, S.39. Wiederabdruck der deutschsprachigen Ausgaben in: Ruckhäberle, Bildung und Organisation, S.210ff; Neuübersetzung der ersteren Schrift in: Höppner/Seidel-Höppner, Von Babeuf bis Blanqui, Bd. II, S.251ff.
- 89 Cabet, Credo Communiste, Paris 1841. Wiederabdruck der deutschsprachigen Ausgabe in: Ruckhäberle, ebenda., S.244ff.; Neuübersetzung in: Höppner/Seidel-Höppner, ebenda., S.392ff. Se-

- bastian Seiler übernimmt den Text von Lorenz Stein in seine Flugschrift, *Das Eigenthum in Gefahr! Oder was haben Deutschland und die Schweiz vom Kommunismus und Vernunftglauben zu fürchten?* Bern 1843, S.48ff.
- 90 Emil Weller: *Wegweiser auf dem Gebiete der freien demokratischen Literatur*, in: *Demokratisches Taschenbuch für 1848*, Leipzig 1947 (Reprint Leipzig 1967), S. 37, vermerkt nur den Kurztitel *Das Weib*, Langenthal 1844. Es handelt sich fraglos um eine deutsche Fassung der noch mehrfach übersetzten Flugschrift von Cabet: *La Femme, ses qualités, ses titres, ses droits; son malheureux sort dans la présente société; cause du mal; remède; son bonheur dans la Communauté*, Paris 1841.
- 91 *Le Gant jeté au communisme par un riche jésuite, académicien à Lyon*, ramassé par M. Cabet, Paris, Mai 1844.
- 92 Cabet, *Etat de la question sociale en Angleterre, en Ecosse, en Irlande et en France*, Paris, Juni 1843. In der jüngeren Literatur fand allein Gerlach, *Deutsche Literatur im Schweizer Exil*, S.265, diese deutschsprachige Fassung im Bestand der Vereinsbibliothek von La-Chaux-de-Fonds.
- 93 Siehe dazu Joachim Höppner/Waltraud Seidel-Höppner, *Etienne Cabet und seine Ikarische Kolonie. Sein Weg vom Linksliberalen zum Kommunisten und seine Kolonie in Darstellung und Dokumenten*, Frankfurt a.M. 2002, Kap. 6 und 7.
- 94 Abdruck in: Cabet, *Procès du Communisme à Toulouse*, Toulouse, 8. septembre 1843, S.34f; Vuilleumier, *„Weitling et les Communistes“*, S.64f.
- 95 Zu Seiler siehe *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Biographisches Lexikon*, Berlin (DDR) 1970, S.426f; Gerlach, *Deutsche Literatur im Schweizer Exil*, S.255ff, 384, Note 7. Eine umfassende Einschätzung von Leben und Werk fehlt.
- 96 [Seiler], *Das Eigenthum in Gefahr!*
- 97 *Die Volksphilosophie unserer Tage*, besprochen von August Becker, Neumünster bei Zürich 1843, S.21; Neuabdruck in: Gerlach, *Deutsche Literatur im Schweizer Exil*, S.539ff; Ruckhäberle, *Frühproletarische Literatur*, S.255ff.
- 98 Sebastian Seiler: *Der Schriftsteller Wilhelm Weitling und der Kommunistenlärm in Zürich*, Bern 1843, S.26.
- 99 August Becker: *Was wollen die Kommunisten? Eine Rede*, im Auszug vorgetragen vor einer am 4ten August 1844, im Lokal des Kommunisten-Vereins zu Lausanne, von Mitgliedern verschiedener Arbeiter-Vereine abgehaltenen Versammlung, Lausanne 1844; Abdruck in: Gerlach, *Deutsche Literatur im Schweizer Exil*, S.546ff; Ruckhäberle, *Bildung und Organisation*, S.338ff.
- 100 August Becker: *Die Fröhliche Botschaft von der religiösen und sozialen Bewegung*, Lausanne, 1845. Von den 6 Nrn. konnte die Nr. 5 noch immer nicht gefunden werden.; Teilabdruck in: Kowalski, *Vom kleinbürgerlichen Demokratismus Bd. 1, Zeitschriften*. S.365-390; Gerlach, *Deutsche Literatur im Schweizer Exil*, S.583ff. (Auszug).
- 101 Ernst Barnikol (Hg), *Geschichte des religiösen und atheistischen Frühsozialismus*, Kiel 1932.
- 102 Weitling, *Das Evangelium*, 1845, S.32.
- 103 *Die Menschheit*, in: Kowalski, *Vorgeschichte*, S-221.
- 104 *Der Urtext: Das Evangelium der armen Sünder*, wird 1843 unausgedruckt beschlagnahmt, von Freunden gerettet und 1845 in Bern als *„Das Evangelium eines armen Sünders“* veröffentlicht; Weitling selbst besorgt die zweite Auflage unter dem Titel *„Das Evangelium des armen Sünders“*, Birsfeld 1846; eine dritte und vierte Auflage erscheint unter dem ursprünglichen Titel *„Das Evangelium der armen Sünder“* in New York 1847 und 1854; eine englische Übersetzung, *„The gospel of the poor Sinners“* besorgt Weitling in New York 1847. Wiederabdruck der 2. Auflage von 1846 mit Berücksichtigung der anderen Ausgaben, hg. von Waltraud Seidel-Höppner, Leipzig 1967. Wiederabdruck der 1. Auflage, hg. von Wolf Schäfer, Hamburg 1971. Nachdruck der 1843 in Lausanne von den Freunden besorgten französischen Fassung: *Critique religieuse du communisme*, in: Ruckhäberle, *Bildung und Organisation*. Das Werk erschien zudem in norwegischer, ungarischer und russischer Sprache.
- 105 Vgl. Waltraud Seidel-Höppner: *„Vorläufige Bemerkungen zu Weitlings Religionskritik und ihrem Verhältnis zu Feuerbach und zum Junghegelianismus“*, in: Lars Lambrecht (Hg), *Philosophie, Literatur und Politik vor den Revolutionen von 1848. Zur Herausbildung der demokratischen Bewegungen in Europa*, Frankfurt a. M. 1996.

- 106 Republik der Arbeiter, Jg. 2, Nr. 4, 10. Mai 1851, S.28.
- 107 Schapper, "Gütergemeinschaft", in: BdK, Bd. 1, S.105.
- 108 Babeuf schrieb an einer Neuen Geschichte Christi; siehe Victor Moissejevic Dalin: Babeuf-Studien, Berlin (DDR) 1961, S.139. Blanqui beruft sich 1834 auf den essenischen Grundsatz der Gleichheit, der seit achtzehn Jahrhunderten das Eigentumsrecht untergräbt; siehe "Qui fait la soupe", dt. in: Höppner/Seidel-Höppner, Von Babeuf bis Blanqui, Bd. II, S.520. Buonarroti will das Sittengerüst der künftigen Republik auf religiöse Ideen stützen; siehe Buonarroti, Conspiration pour l'Égalité dite de Babeuf, Paris 1957, Bd. 1, S.186. 1837 lassen Albert Laponneraye und Richard Lahautière die Menschheitsperiode, in der das universelle moralische Gesetz der Brüderlichkeit Geltung gewinnt, bei Jesus beginnen; siehe L'Intelligence, septembre 1837, S.2. Im November 1840 interpretiert Alphonse Esquiros in seinem L'Évangile du peuple die urchristliche Überlieferung als Botschaft des sozialen Widerstands. Im Februar 1841 spricht der Priester Alphonse Constant in seiner Bible de la liberté von Christus als Gott der Revolution und der Gütergemeinschaft. 1842 beruft sich Théodore Dezamy auf die kommunistische Tradition der Urchristen; siehe Dezamy, Code de la Communauté, Paris 1842, S.222, 277. 1846 erklärt Etienne Cabet in seinem dreibändigen Werk (635 S.) den zeitgenössischen Kommunismus als Le vrai christianisme suivant Jésus Christ.
- 109 Marr, Das junge Deutschland, S.112f., 121, 131ff.
- 110 [August Becker,] "Zustände aus dem Kanton Waadt", in: Vorwärts! Pariser Deutsche Zeitschrift, Nr. 80, Oktober 1844, S.4.
- 111 Siehe Lahme, "Niels Lorents Petersen", a.a.O., S.172ff.
- 112 Siehe August Becker, Was wollen die Kommunisten?

### Archive sozialer Bewegungen. Ein neuer reader

In Bremen ist ein neuer reader zu Archiven sozialer Bewegungen erschienen:

Bernd Hüttner: Archive sozialer Bewegungen. Eine Einführung mit Adressenverzeichnis. Schriftenreihe ASTA der Universität Bremen, Bd. 2, Bremen 2002, 40 S.

ISBN 3-935849-00-1

In dem Reader werden in zwei inhaltlichen Beiträgen Archive sozialer Bewegungen sowie kritische Geschichtszeitschriften vorgestellt. Im Hauptteil sind die Adressen von 225 Bewegungsarchiven aus dem deutschsprachigen Raum aufgeführt. Angegeben sind Postadresse, Telefon und Internet- bzw. E-mail-Adresse.

Mit dem Reader liegt zum ersten Mal seit 1990 eine Übersicht über die vielfältige Landschaft der Bewegungsarchive in gedruckter Form vor.

Bezugsbedingungen: Preis 3,80 Euro, für Einzelbestellungen 4,48 Euro (incl. Versand, gegen Vorkasse in Briefmarken). Für öffentliche Einrichtungen und andere Institutionen beträgt der Preis 5 Euro.

Bestelladresse:

ASTA Universität Bremen

Bibliotheksstraße/StudentInnenhaus

28359 Bremen

## Kurt Schumacher 1949-1952: Die innere Gestaltung der BRD im Schatten seines Antikommunismus

Ulla Plener

Die beiden jüngsten Schumacher-Jubiläen - sein 100. Geburtstag im Oktober 1995 und sein 50. Todestag im August 2002 - waren für Historiker und Publizisten Anlaß für die wiederholte, teils kritische, überwiegend heroisierende, Würdigung seines Lebenswerkes. 1995 bildete Schumachers Agieren nach 1945 an der Spitze der SPD den Schwerpunkt in zwei wissenschaftlichen Veranstaltungen und in vielen publizistischen Beiträgen.<sup>1</sup> 2002 gab es nur ein Forum mit einem breit gefaßten, über den Anlaß hinausweisenden Fragenspektrum; die Medien ließen das Jubiläum unbeachtet.<sup>2</sup> Beide Male wurden vor allem zwei Seiten seines Wirkens nach 1945 hervorgehoben: sein prinzipieller Antikommunismus, der alle Einheitsbestrebungen von Kommunisten und Sozialdemokraten im Westen verhindert und zur Marginalisierung der Kommunisten dort beigetragen hatte; und sein Kampf als Oppositionsführer im Deutschen Bundestag um die Wiedervereinigung Deutschlands. Bezogen auf Schumachers Verdienst vor der Bundesrepublik hieß es: Sein "großes Werk" sei die bis Anfang der 70er Jahre "zuverlässig antikommunistische, somit auch antisowjetische SPD" gewesen<sup>3</sup>; indem er seine Partei langfristig auf den Antikommunismus festlegte, habe er "wesentlich die Bundesrepublik ermöglicht", nämlich "den großen tragenden Konsens ihrer ersten Jahrzehnte"<sup>4</sup>; sein Kampf gegen "Kommunisten und ‚Einheits‘-Apologeten... war... die Wegweisung für einen... antikommunistischen Konsens aller deutschen Demokraten" gewesen.<sup>5</sup>

Dabei wurden mindestens drei Seiten seines Wirkens weitgehend ausgespart: erstens sein Anteil an der Spaltung Deutschlands 1946-1949<sup>6</sup>; zweitens sein konfrontativer Umgang mit der DDR nach 1949 hinsichtlich der negativen Konsequenzen für die Einheit Deutschlands<sup>7</sup>; drittens der Umstand, daß Schumacher, der seit 1945 und bis zu seinem Tode die sozial-ökonomische Neuordnung in den Westzonen/BRD im Sinne der Demokratisierung durch Sozialisierung der Grundstoffindustrien und Banken verbal für notwendig hielt, dieses Anliegen in seinem praktisch-politischen Wirken zugunsten der außenpolitischen Anliegen so gut wie unberücksichtigt ließ, ebenso wie die anfangs - besonders im Mai-Juli 1945 - geforderte Bestrafung der Nazis und ihrer Hintermänner und die wirksame Entnazifizierung staatlicher Einrichtungen der BRD. Dieser dritten Seite soll in folgendem nachgegangen werden.

Im Vorwort zum SPD-Aktionsprogramm, datiert mit 28. Juli 1952, also drei Wochen vor seinem Tod, schrieb Schumacher: "Die Sozialdemokratie hält es für ihre oberste Aufgabe, nicht einen Staat der Restaurierung früherer Verhältnisse, sondern ein neues Deutschland mit einem neuen politischen und sozialen Inhalt zu schaffen, in dem die Menschen über ihr eigenes Schicksal auf allen Gebieten auch tatsächlich

mitzubestimmen haben“; der Adenauer-Regierung warf Schumacher vor, dies zu verhindern.<sup>8</sup> Und weiter: Es sollte “ein Deutschland... sozialer Gerechtigkeit” (an anderer Stelle: “ein Staat des demokratischen Sozialismus”) sein. - “Die heute allgewaltige Macht des Großbesitzes und seiner Anhänger muß gebrochen werden, um die Bahn frei zu bekommen für eine Entwicklung der freien Menschen und Staatsbürger und der Freiheit der Nation.”<sup>9</sup>

Mit diesen Sätzen gestand Schumacher ein, daß sein 1945/1946 in die Losung “Sozialismus als Tagesaufgabe” gekleidetes radikal-demokratisches Programm (Entmachtung des großen Industrie- und Finanzkapitals durch Sozialisierung der Schwerindustrie und der Großbanken; demokratische Bodenreform; Demokratisierung der Verwaltungen, der Polizei und Justiz durch Entnazifizierung) im Westen nicht realisiert wurde. An anderer Stelle wurde von der Autorin, bezogen auf die Jahre 1945-1948, ausgeführt, warum: Es waren das Veto der westlichen Besatzungsmächte und das von Schumacher bestimmte Verhalten der SPD selbst, die sich in erster Linie am Antikommunismus und dem “reinen” Parlamentarismus orientierte, sich nicht auf die sozial-ökonomische Neuordnung und Entnazifizierung konzentrierte und in diese Richtung wirkende Massenaktionen ablehnte.<sup>10</sup>

Nicht anders im Vorfeld und nach der Gründung des westdeutschen Staates. Im Vorfeld ging es auf zentraler Ebene um die Mitwirkung der SPD am Zustandekommen des Grundgesetzes der Bundesrepublik, das vom Parlamentarischen Rat, auf Geheiß westlicher Besatzungsmächte und abgesichert von der Öffentlichkeit, 1948/1949 ausgearbeitet wurde. Im Unterschied zur Weimarer Verfassung ist darin das Sozialstaatsgebot nicht durch Aufnahme sozialer Grundrechte konkretisiert, es enthält auch keine Gebote demokratischer Kontrolle der Regierungen und Verwaltungen. Die Mitverantwortung dafür der SPD, deren Vertreter im Parlamentarischen Rat einem “ausgeprägten Ordnungsdenken” folgten, das “alte radikal-demokratische Forderungen der SPD und umfassende Demokratisierungsbestrebungen zurücktreten ließ”, hat zuletzt Michael G. M. Antoni detailliert dargestellt.<sup>11</sup> Eine Ursache für die Abstinenz der SPD gegenüber sozialen Grundrechten im Grundgesetz, auf die weder Antoni noch andere Autoren eingehen, legte Susanne Miller offen: Der Einsatz Schumachers für die BRD als Bundesstaat habe “die Bildung einer gemeinsamen Front mit der FDP gegen den Föderalismus sowohl in der CDU/CSU und der Deutschen Partei als auch bei den Amerikanern und Franzosen (erfordert). Diese Zusammenarbeit mit den Liberalen war ein weiterer, unmittelbar zwingender Grund für die SPD, eine Präzisierung der sozialen Grundrechte zu unterlassen.”<sup>12</sup> Die im Grundgesetz immerhin, wenn auch nur pauschal, enthaltene Sozialpflichtigkeit des Eigentums und prinzipielle Möglichkeit von Enteignungen gegen Entschädigung wurden von der SPD weder unter Schumacher, noch später, auch nicht von einer sozialdemokratisch geführten Regierung, je eingefordert.

Schumachers konkretes Mitwirken an der Gestaltung der Bundesrepublik bezog sich allein darauf - das rechnete er sich als großen gestaltenden Verdienst an, und das wird in der Literatur so hervorgehoben -, daß er diesen Staat als zentralisierten Bun-

desstaat anstelle eines losen Staatenbundes, wie es die Besatzungsmächte vorhatten, durchgesetzt hatte, indem er am 20. April 1949 sein "donnerndes Nein" (Merseburger) dem Staatenbund entgegensetzte. Niemals hatte er sich - auch nicht als der Ausgang der Auseinandersetzung darüber zumindest bis Ende 1946/Anfang 1947 noch offen war<sup>13</sup>, - in einer solchen Art für die sozial-ökonomische Neuordnung der Westzonen und deren wirkliche Entnazifizierung eingesetzt.<sup>14</sup>

Nach Konstituierung der BRD galten als Programm zunächst die "Richtlinien der Politik der SPD im Bundestag (Dürkheimer 16 Punkte)" vom August 1949. Obwohl darin die alten demokratischen Forderungen (mit Ausnahme der Bodenreform), wenn auch anders formuliert, weiterhin enthalten und alle Punkte - bis auf Punkt 13, der die Oder-Neiße-Grenze ablehnte, den "Verbleib des Saarlandes im deutschen Staatsverband" und "Abwehr neuer Gebietsabtretungen" forderte, - voll auf innenpolitische Probleme ausgerichtet waren<sup>15</sup>, konzentrierte sich Schumacher wie schon vor 1949 als Oppositionsführer auch jetzt wieder auf Deutschland- und außenpolitische Fragen. Erstmals in der Geschichte der SPD erhielten in ihrer Oppositionspraxis außenpolitische Anliegen Priorität vor ihren innenpolitischen Vorhaben.<sup>16</sup>

Bezogen auf Schumachers Wirken nach 1949 hinsichtlich der innenpolitischen Gestaltung der Bundesrepublik sollen hier drei Aspekte herausgegriffen werden: seine verbale Kritik an Staat und Gesellschaft in der BRD; sein inkonsequenter Umgang mit dem Neonazismus in der politischen Praxis; und seine marginale Behandlung der sozial-ökonomischen Forderungen der SPD.

### *Verbale Kritik an Staat und Gesellschaft in der BRD - und politische Praxis gegen "links"*

Überwiegend am Rande seines politischen Wirkens setzte sich Schumacher mit der Adenauer-Regierung wegen deren Innenpolitik auseinander. Diese blieb unter seiner Führung eine "vergleichsweise windstille Zone" von "alles in allem nur sekundärem Rang".<sup>17</sup>

Wenn Schumacher sich an Ostdeutsche wandte, hielt er ihnen die Bundesrepublik stets als Beispiel für Demokratie vor. Im Dezember 1949 schrieb er: Die Verhältnisse in beiden Teilen Deutschlands entsprächen zwar nicht den Wünschen und den Interessen ihrer Bewohner, aber "während die kommunistisch okkupierte Besatzungszone allein von außen her geändert und belebt werden kann, hat der deutsche Westen die große Chance, sich weitgehend selbst zu gestalten".<sup>18</sup> Der Westen vertrete die ewigen Ideen der Menschenwürde, habe "jetzt diese Ideen zu treuen Händen erhalten" und möge "sie bewahren".<sup>19</sup> Die Einwohner der Bundesrepublik hätten "die Möglichkeit, ihren politischen Willen frei zu bilden und in demokratischen Wahlen frei zu äußern".<sup>20</sup> Zum Beispiel: Ob Verteidigungsbeitrag oder nicht - darüber bestimme das Volk!<sup>21</sup> Oder: In der Bundesrepublik sei die FDJ "nicht zu vergleichen mit den Zwangsgliedern der FDJ in (der) Zone"; sie habe hier "ein Dasein menschlicher und politischer Freiheit".<sup>22</sup>

An Adenauer und seine Regierung gewandt, äußerte sich Schumacher dagegen zum Teil äußerst kritisch zur inneren Konstitution der Bundesrepublik.

Mit dieser Regierung hätten sich die Kräfte der Restauration in Bonn etabliert.<sup>23</sup> Sie versuche, "die parlamentarische Demokratie in der Praxis auszuschalten und den autoritären Verwaltungsstaat" einzurichten. Da die Demokratie immer eine Bedrohung für "den großen Besitz" sei, erkläre sich daraus "der Vorgang der Entdemokratisierung der Bundesrepublik", die "immer mehr auf die Bahn des autoritären Verwaltungsstaats" rutsche - "der Obrigkeitsstaat Wilhelms des II." sei "schon übertroffen", es häuften sich Parallelen zum Ständestaat; bei sozialpolitischen Debatten sei es soweit gekommen, "daß wir zum Teil heute bezüglich der Rechte der Arbeitnehmer hinter den Stand des Kaiserreichs zurückgedrängt worden sind"; der (west-) deutsche Verteidigungsbeitrag (über den doch das "Volk" entscheiden werde!) ginge zu Lasten der kleinen Leute usw. usf.<sup>24</sup>

Diese pauschalen Attacken, seien, so Kurt Klotzbach, "höchstens von der engeren Anhängerschaft begriffen und rezipiert" worden und stießen "beim breiten Wählerpublikum hingegen ins Leere". Stets von neuem habe die Partei "mit allgemeinen Schlagworten die Parlamentsfeindlichkeit und autoritative Staatsführung Adenauers sowie den Vormarsch restaurativer Kräfte in Wirtschaft und Politik" kritisiert.<sup>25</sup> Den Schlagworten folgten keine konkrete Analyse (vor allem nicht des Warum!) und vor allem keine konkreten Schlußfolgerungen für die politische Praxis, auch nicht der SPD.

Letztere entsprach den kritischen Wertungen Schumachers keinesfalls: Fast 84 Prozent der in dritter Lesung vom Bundestag in seiner ersten Legislaturperiode verabschiedeten Gesetze fanden die Zustimmung der SPD. Die meisten Ablehnungen ihrerseits entfielen traditionell auf das Haushaltsressort - und auf die Außenpolitik. Die geringsten Ablehnungsquoten betrafen mit 14,6 - 11,8 - und 6,4 Prozent die Sachgebiete Innen- und Arbeits- sowie Sozial- und Wirtschaftspolitik.

Bei der Innenpolitik ging es Schumacher und der SPD nicht zuletzt um die "Abwehr totalitärer Tendenzen" - verbal solcher "von rechts" und "von links" gleichermaßen, in der Tat vorwiegend gegen jene "von links". Ein Beispiel: Am 24. Juni 1950 faßte der Parteivorstand - im Vorfeld des in der DDR damals vorbereiteten Deutschlandtreffens der Jugend im August 1950 - in Anwesenheit Schumachers folgenden Beschluß: "Der Parteivorstand fordert in Übereinstimmung mit dem Beschluß der Jugendorganisation ‚Die Falken‘ den Ausschluß der FDJ von: 1. staatlichen oder kommunalen Zuwendungen, 2. dem Mitwirkungsrecht in staatlichen und kommunalen Beratungskörperschaften, 3. der Benutzung öffentlicher Jugendpflegeeinrichtungen, 4. steuerlichen Vergünstigungen, 5. Fahrpreisermäßigungen, 6. korporativer Mitgliedschaft in demokratischen Organisationen wie z. B. dem Jugendherbergswerk. Alle Jugendverbände, alle parlamentarischen und behördlichen Körperschaften, insbesondere die Jugendpflegebehörden, werden aufgefordert, schnellstens Maßnahmen im vorgeschlagenen Sinne einzuleiten und durchzuführen."<sup>26</sup>

Alle konkreten Aktionen der Bonner Regierung gegen die FDJ, gegen die bundesdeutsche Friedensbewegung, gegen die KPD wurden von der SPD unterstützt oder

(wie später, 1956, das KPD-Verbot) zumindest toleriert. So beschlossen z. B. am 11. August 1950 elf Innenminister der Länder, darunter sechs Sozialdemokraten, Maßnahmen gegen die Friedensbewegung. Am 19. September 1950 verfügte die Bundesregierung durch eine Ausnahmeverordnung, Angehörige der KPD und einiger anderer (nicht etwa rechtsgerichteter!) Organisationen aus allen Einrichtungen des öffentlichen Dienstes zu entlassen, - und die sozialdemokratischen Länderminister und Bürgermeister befolgten widerspruchslos diese Weisung. Auch das vom Bonner Innenminister am 26. Juni 1951 verfügte Verbot der FDJ fand die Zustimmung der SPD. Nicht anders das am 9. und 11. Juli 1951 im Bundestag kurzfristig (deshalb "Blitzgesetz" genannt) verabschiedete 1. Strafrechtsänderungsgesetz. Es ergänzte das geltende Strafgesetzbuch in den Kategorien Hoch- und Landesverrat, verschärfte die Strafbestimmungen und führte als neues Delikt die "Staatsgefährdung" ein, wobei wörtlich Bestimmungen aus Nazi-Gesetzen übernommen wurden.<sup>27</sup> Nicht die neonazistischen und revanchistischen Kräfte, sondern Kommunisten wurden von da an in der Bundesrepublik noch stärker verfolgt.

### *Inkonsequenter Umgang mit alten und neuen Nazis in der BRD*

Ganz anders ging die SPD unter Schumacher mit der Tatsache um, daß Verwaltung, Justiz und Polizei des Staates Bundesrepublik von alten Nazis durchsetzt geblieben waren - und sich überall neonazistische Organisationen regten. Dieses Thema behandelte Schumacher wie schon vor 1949 nur sporadisch, mehr oder weniger am Rande und selten öffentlich.<sup>28</sup>

Den vorliegenden Quellen nach zu urteilen, haben sich die Führungsgremien der SPD in den Jahren 1949-1952 ein einziges Mal in einer längeren Debatte mit dem Thema "Abwehr des Neonazismus" in der Bundesrepublik befaßt, und zwar auf ihrer (nichtöffentlichen) Tagung am 13. und 14. März 1950. Sie soll hier etwas ausführlicher wiedergegeben werden, da sie in der Literatur bisher nicht erwähnt wurde. Ausgelöst wurde sie vom "Fall Hedler" (der auch schon auf der PV-Tagung am 4./5. Februar d. J. kurz verhandelt wurde).<sup>29</sup> In einer anschließenden Presseerklärung am 15. März 1950 nannte Schumacher den Fall "die typische Situation der Nutznießung der Demokratie durch die Feinde der Demokratie mit Hilfe der deutschen Justiz".<sup>30</sup> Die ausgebliebene Entnazifizierung der westdeutschen Justiz erwähnte er nicht. Im Parteivorstand verwies er auf den moralischen und wirtschaftlichen Schaden (das Verfahren habe "die Deutschen bei der Marshallplanzumessung mindestens 100 Millionen Dollar gekostet"), den das Urteil für die BRD zur Folge gehabt habe.<sup>31</sup>

In den Debatten am 13. im Parteivorstand (PV) und am 14. im Parteiausschuß (PA) März erklärte Waldemar v. Knoeringen, daß "die Auseinandersetzung mit dem Faschismus uns noch bevorstehe, da er 1945 von den Alliierten zwar niedergeworfen, aber nicht von uns besiegt wurde"; die Jugend müsse "von uns" gewonnen werden. Walter Menzel, Willi Eichler und Schumacher beklagten das Versagen der Justiz und die Unzuverlässigkeit der Polizei (Schumacher: "die Polizei ist unzuverlässig, die Justiz ist gegen uns.") Gegenmaßnahmen betreffend ging es zum einen darum, "mit der

Angelegenheit gesetzlich fertig (zu) werden” (Fritz Henßler), was eine Bundessache sei (Menzel); Schumacher: “Wir brauchen die Schutzgesetze.” (Am 16. März 1950 legte die SPD-Fraktion im Bundestag den Entwurf eines “Gesetzes gegen die Feinde der Demokratie” vor, dessen Inhalte im oben genannten 1. Strafrechtsänderungsgesetz der Bundesregierung vom Juli 1951 weitgehend berücksichtigt wurden und das danach vorwiegend gegen Kommunisten angewandt wurde.) Zum anderen sollten die Nazi-Aktivitäten beobachtet, Nachrichten über sie gesammelt werden (Ollenhauer, Schumacher), wofür beim Parteivorstand als “Gegenstück zum Ostbüro” (das schon im März 1946 geschaffen worden war) eine Referentenstelle eingerichtet werden sollte (Ollenhauer). Knoeringen und Wilhelm Knothe hielten Beobachtung allein für nicht ausreichend - man sollte “auch Abwehr organisieren”, und Knothe teilte mit: “In Hessen wurde von unseren Genossen in den Betrieben die Gründung von Hundertschaften beschlossen.” Dagegen warnte Schumacher “vor Gewerkschaftshundertschaften, da wir dabei die KP mit hinein bekämen”(!)...

Auch sonst wurden hier neben den Nazis wieder die Kommunisten als Gefahr beschworen. Kurt Mattick, MdB, in der Diskussion: Nicht nur Hedler, sondern auch Reimann sollte ein Redeverbot erhalten.<sup>32</sup> Ollenhauer stellte klar: “... unsere Auffassung über die Bewertung der beiden totalitären Richtungen (habe) keine Änderung erfahren, auch wenn heute (abweichend von sonstigen Tagungen) die Rechtsbewegungen im Vordergrund der Besprechungen standen... Wir müssen den Genossen und der Bevölkerung die Gefahren klarmachen, die uns von beiden Seiten drohen.”

Im Zusammenhang mit dem Thema bat Knoeringen in der Vorstandssitzung “um eine Stellungnahme zum Problem der ehemaligen Wehrmachtsoffiziere, die bei uns Verbindung suchen. Es sei zu klären, ob wir den Kontakt zu diesen Kreisen fördern sollten.” Carlo Schmid begrüßte das Aufwerfen dieser Frage, über die man am nächsten Tag auch im PA sprechen sollte: “Der Kontakt mit HJ-Führern und Ritterkreuzträgern sei von ihm schon lange gefördert worden. Wir sollten darüber ein mutiges Wort nach draußen sprechen.” Fritz Heine war dafür, “ein Wort an die Jugend (zu) richten”, aber anderer Auffassung über die HJ-Führer. Schumacher wollte im PA das zuvor behandelte “Selbstschutzproblem” betonen, aber auch die Jugendgewinnung nennen: “Er glaube, daß man den jungen Menschen die Entschuldbarkeit des Irrtums zugestehen müsse. Wir können uns nicht von der Partei zur Sekte zurückentwickeln.” Ollenhauer erkläre abschließend, zum HJ-Problem habe er die gleiche Auffassung wie Schumacher und Schmid, er “glaube jedoch nicht, daß es klug wäre, jetzt in einer Verlautbarung unseren Standpunkt zu veröffentlichen. Wir dürften nicht außer Acht lassen, daß die SPD die Partei der Opfer des Faschismus bleiben müsse”! Offensichtlich im Verfolg nicht zuletzt auch dieser Diskussion fanden seit Frühjahr 1950 Gespräche sozialdemokratischer Politiker, auch Schumachers, mit früheren Wehrmachtsoffizieren und im Herbst 1951 mit hohen Offizieren der Waffen-SS, darunter SS-Brigadeführer bzw. Generalmajor der Waffen-SS Kumm, statt, die dazu dienen sollten, einige Hunderttausende ehemalige Waffen-SS-Angehörige in die bundesdeutsche Gesellschaft einzubinden.<sup>33</sup>

Vor dem PA am 14. März stellte Schumacher dann als "Aufgaben der praktischen Politik" heraus: "Wir müssen dem Osten zeigen, daß es auf deutschem Boden wirkliche Demokratie gibt." Und: "Wir müssen aber auch klarmachen, daß die Menschen im Westen noch unter so vielen sozialen Benachteiligungen und Ungerechtigkeiten leiden, daß ihre Anziehungskraft auf den geknechteten Osten darunter leidet."

Der Antikommunismus war also der übergreifende Gesichtspunkt für die praktische Politik, auch wenn es um den Neonazismus in der BRD ging.

Auf dem Hamburger Parteitag der SPD im Mai 1950 sagte Schumacher dann: Es sei Pflicht (der Sozialdemokraten), "gegen die Schuldigen, gegen die Nutznießer und Profiteure des Nazismus vorzugehen": "Sie sehen doch jeden Schwerindustriellen, Schwerverdiener, Großverdiener und Profiteur des Krieges und des Dritten Reiches heute wieder in Deutschland (in Westdeutschland - U. Pl.) enorm in unbekanntem Umfang verdienen... Sie sehen maßgebende Beamte des Dritten Reiches auf ebenso maßgebenden Stellen der Bonner Bundesregierung. (Sehr richtig! Hört!)"<sup>34</sup> Er sprach hier vom Rechtsradikalismus, der sogar schon zu einer Massenbewegung geworden sei, und daß es "bereits die Möglichkeit zur Bildung einer neuen großen Rechtspartei" gebe.

Die Ursachen sah er einzig in den Unzulänglichkeiten der Sozialpolitik der Adenauer-Regierung gegenüber Flüchtlingen, Heimkehrern, Kriegsoptionen und aus Polen und der CSR Ausgesiedelten: "Die... klassenpolitisch motivierte... soziale Passivität der Regierung ist die Keimzelle des Faschismus und der Diktatur"; darum sei "der Kampf um die soziale Struktur" der westdeutschen Bevölkerung "der entscheidende Teil des Kampfes gegen den Rechtsradikalismus und für die Etablierung der Demokratie in Deutschland."<sup>35</sup> Und in seinem 1950 erschienenen Vorwort zum Jahrbuch der SPD für 1948/1949 (also nicht in einer öffentlichen Rede oder in der Presse) hieß es: "Die Freisprüche von Mördern, der Hedlerprozeß, das Johlen des antisemitischen Mobs" seien "keine Betriebsunfälle, sondern Zwangsläufigkeiten. Ohne das soziale Versagen der Bundesregierung wäre der Rechtsradikalismus in den steuerschwachen, mit Flüchtlingen überbelegten Agrarländern Westdeutschlands weder in seinen Dimensionen noch in seiner Intensität der bedrohliche Faktor, der er heute ist."<sup>36</sup> Hier ordneten sich die damaligen Bemühungen der SPD um den sozialen Lastenausgleich, die Unterstützung der Kriegsoptionen und der zurückkehrenden Kriegsgefangenen, die Integration der aus Polen und der CSR Ausgesiedelten ein.

Die politische Ebene, auf der die SPD als einflußreicher Faktor agierte, nämlich den schonenden staatlichen Umgang mit dem Neonazismus in der Gesellschaft und mit den alten Nazis in bundesrepublikanischen Institutionen, artikulierte Schumacher nicht.

Ein Jahr später sprach er auf der Großkundgebung anläßlich des Gründungskongresses der Sozialistischen Internationale am 1. Juli 1951 in Frankfurt a. M. allgemein davon, daß der Faschismus wieder sein Haupt "in so vielen Ländern, auch Europas" erhebe; besonders von der Jugend sollte "die Gefahr einer erneuten Bestialisierung" abgewehrt werden. Aber zum entschiedenen Kampf gegen den Faschismus rief er nicht auf, und er formulierte keine konkreten Schritte, die geeignet wären, einen solchen Kampf zu führen. Zu "einer zentralen Frage der Internationale" sollten wiederum die

“Hilfe für die Vertriebenen, ihre gesellschaftliche und soziale Eingliederung und (die Möglichkeiten des Kampfes für ihre Rückkehr (in die ursprüngliche Heimat) mit friedlichen Mitteln” werden. In der Rede ging es dann vorwiegend wieder gegen “den Kommunismus und den östlichen Totalitarismus”.<sup>37</sup>

Das neonazistische Agieren in der BRD wurde also von den Führungsgremien der Partei (überwiegend intern) reflektiert. Aber der Bericht über die Innenpolitik im 1952 veröffentlichten Jahrbuch der SPD für 1950/1951 enthielt über die Gefahr und die Praxis des Neonazismus in der Bundesrepublik nichts.<sup>38</sup> Im Abschnitt “Beschlüsse und Kundgebungen des PV und PA” finden sich keine Festlegungen aus der Tagung vom 13./14. März 1950. Er enthält lediglich einen Beschluß des Hamburger Parteitags der SPD über die “Demokratische Zuverlässigkeit der Justiz”, den der Parteitag dem PV “zur Beachtung” empfiehlt: So wertvoll die Anprangerung von Fehlurteilen der Justiz im Einzelfall wie Hedler sei, “ist eine Änderung nur dann möglich, wenn wir fordern, daß alle Richter, die in der Nazizeit allzu willige Urteile im Sinne der von Hitler geforderten Staatsautorität gefällt haben, aus dem Dienst entfernt werden”.<sup>39</sup> Und die “Politische Resolution” des Parteitags enthielt einen Absatz, in dem es hieß: “Die soziale Frage ist die nationale Frage. Soziale Gerechtigkeit ist die Grundlage der deutschen Einheit und der Überwindung des Rechtsradikalismus und des Nationalkommunismus.”<sup>40</sup> Von praktischen Schritten für die Abwehr des Neonazismus war weder in der Empfehlung hinsichtlich der Justiz noch in der politischen Resolution die Rede. Eine öffentliche Kampagne o. ä. gegen die alten und neuen Nazis bei Justiz, Polizei, Verwaltung wurde nicht initiiert.<sup>41</sup> Statt dessen fanden Gespräche mit hohen nazistischen Offizieren statt...

Zwei Jahre später - an den genannten Tatsachen hatte sich also nichts geändert - schrieb Schumacher in einem damals nicht veröffentlichten Brief an den Ortsverein Hannover der SPD am 3. April 1952: “Der Kampf um das Auswärtige Amt zeigt ja, daß der heutigen Bundesregierung und ihren Parteien jeder noch so belastete Nazi lieber ist als der beste Sozialdemokrat”; gerade in der letzten Zeit habe die deutsche und auswärtige Presse “eine Reihe von Querverbindungen der Regierungsparteien zum Neofaschismus aufgedeckt”<sup>42</sup>; die (im Bundestag vertretene) Deutsche Partei (DP) sei “eindeutig neofaschistisch” (an anderer Stelle nach seiner Art, ohne Beweise anzuführen, sogleich antikommunistisch gewendet: sie sei “stark von Kommunisten durchsetzt”<sup>43</sup>). Zu den “Querverbindungen” konkret: Ein einziges Mal - und das nicht vor der breiten deutschen Öffentlichkeit, sondern in einem Interview für United Press - erwähnte er Globke (und nur diesen) als Berater Adenauers (was die Regierung bei der Frage nach Wiedergutmachung an den Juden ungläubig mache).<sup>44</sup>

Noch einmal: Es sind keine politischen Schritte oder konkreten Maßnahmen überliefert, mit denen die SPD in den Jahren 1949-1952 - etwa vergleichbar mit ihrem gegen die FDJ gerichteten Beschluß - diese von Schumacher beklagten Zustände in der BRD wirksam bekämpft hätte.

Im Gegenteil. Ganze fünf Wochen nach dem zitierten Brief wurde im Bundestag mit den Stimmen der SPD das Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter

Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen angenommen, das am 11. Mai 1952 in Kraft trat. Danach erhielten Beamte und Angestellte, ehemalige Wehrmachts- und Arbeitsdienstangehörige, die im Zuge der Entnazifizierungsverfahren aus dem öffentlichen Dienst entfernt worden waren, ihre vollen Versorgungsansprüche zurück und konnten erneut in den Staatsdienst eintreten. Im Ergebnis der Ausführungsbestimmungen zu diesem Gesetz kamen Gestapo-Kommissare, hohe SS-Offiziere, Staatsanwälte an Sondergerichten und Ghetto-Verwalter wieder als Beamte auf Lebenszeit oder als unabsetzbare Richter wieder in den öffentlichen Dienst. Ein Antrag der KPD im Bundestag ein Jahr zuvor, am 9. Juli 1951, militaristische und neonazistische Organisationen zu verbieten, die - auch von der SPD mit Besorgnis wahrgenommen - sich in der Bundesrepublik verbreiteten, war mit den Stimmen der SPD und der Regierungsparteien verworfen worden. Zur gleichen Zeit bemühte sich die SPD - auch Schumacher persönlich - um die Begnadigung wegen Kriegsverbrechen verurteilter hoher Wehrmachtsoffiziere sowie um eine Ehrenerklärung seitens der NATO-Führung für die deutsch-faschistische Wehrmacht.

#### *Sozial-ökonomische Forderungen dem Antikommunismus untergeordnet*

In der historischen Publizistik wurden und werden die oben zitierten, an sozialistischen Ideen orientierten Aussagen Schumachers zur inneren Gestaltung der Bundesrepublik kritisch bewertet. Sie seien illusionär und der Masse der westdeutschen Bevölkerung weder nach 1945 noch nach 1949 zu vermitteln gewesen. Schumacher habe, so Heinrich Potthoff, "die Realitäten und Zwänge der Nachkriegsepoche nicht zureichend antizipiert und illusorischen Vorstellungen von einem demokratisch-sozialistischen Deutschland" angehangen.<sup>45</sup>

Helga Grebing fragte 1995, warum die damalige "gesellschaftsverändernde Dynamik der SPD ins Leere lief" und nannte mehrere mögliche Antworten: allgemeine, von den Besatzungsmächten veranlaßte Barrieren gegen grundlegende gesellschaftliche Veränderungen; der schon während des zweiten Weltkrieges begonnene Strukturwandel, der alte (auch Arbeiter-) Milieus zerstörte; die politische Desillusionierung der jungen Generation; wie schon vor 1933 seien große Teile der Arbeiterschaft und erst recht der Angestelltenschaft nicht der SPD gefolgt. Und eine weitere ihrer Antworten hieß: Es sei Schumacher und der SPD nicht gelungen, "ihre gesellschaftspolitische Alternative zur SBZ unverwechselbar deutlich zu machen", da habe auch "der die bürgerlichen Parteien anfangs übertreffende Antikommunismus" nichts genutzt.<sup>46</sup>

Eine Antwort auf H. Grebings Frage enthalten die Ausführungen von Peter Brandt im Oktober 1995: Schumacher sei es bei seiner grundsätzlichen Option für den Westen nach 1945 "um die Abwehr eines totalitären, staatskapitalistischen, großrussischen Imperialismus seitens der von ihm so genannten ‚Weltdemokratie‘" gegangen. - "Dieser Kampf war der innergesellschaftlichen Klassenauseinandersetzung gleichsam übergeordnet, obschon er überzeugt war, daß nur eine sozial progressive Entwicklung in den Staaten des Westens diesen in die Lage versetzen würde, die kommunistische Herausforderung zu bestehen. Er trat in diesem Sinne bereits 1947 für eine Strategie der

‚Magnetisierung‘ der Sowjetzone durch wirtschaftlichen Aufbau und (unterstrichen von P. B.) sozialpolitische Aus- und Umgestaltung der Westzonen (und nach 1949 der BRD - U. Pl.) ein“.<sup>47</sup> Peter Brandt hat hier zugleich ein „Dilemma“ Schumachers beschrieben, denn: Ein Sozialisierungskonzept bei grundsätzlicher Option für den - kapitalistischen - Westen war der Bevölkerung in der Tat schwerlich zu vermitteln gewesen. Und die vom sozialistischen Ideengut gespeiste Alternative zur SBZ/DDR konnte angesichts des aggressiven, ja hysterischen (Helga Grebing) Antikommunismus Schumachers, der sich mit aller Schärfe auch gegen die SBZ/DDR wandte, kaum „unverwechselbar deutlich“ gemacht werden. Immerhin wurden in der DDR auf verschiedenen gesellschaftlichen Gebieten Lösungen praktiziert, denen sozialdemokratische bzw. sozialistische Vorstellungen zugrunde lagen. Zu fragen ist, ob Schumachers und jeder andere sozialdemokratische Antikommunismus wirklich produktiv für die Vermittlung sozialdemokratischer Ideen und für eine entsprechende politische Praxis der SPD sein konnte.<sup>48</sup>

Schumachers Forderungen hinsichtlich der sozial-ökonomischen Gestaltung der Bundesrepublik waren stets ebenso allgemein wie seine öffentlichen Stellungnahmen zum Neonazismus. Wie Kurt Klotzbach schon für die Zeit unmittelbar nach 1945 festgestellt hatte: „Probleme der konkreten wirtschaftspraktischen Regelung interessierten ihn höchstens am Rande, oder er überließ sie anderen.“<sup>49</sup>

Sofern Schumacher diese Probleme ansprach, wurden sie von ihm stets antikommunistisch gewendet, denn es ging ihm um den „Auftrag“, ja die „Mission“ der Bundesrepublik, im besonderen anziehend auf die DDR und im allgemeinen als Faktor bei der „Abwehr des Weltkommunismus“ zu wirken.<sup>50</sup> Vor den Arbeitern und Angestellten der Hanomag-Werke in Hannover rief er am 23. Januar 1950 aus: „Westdeutschland als der Kern einer Vereinigungspolitik für ganz Deutschland ist doch nur denkbar, wenn der Zustand der sozialen Gerechtigkeit in diesem Lande so groß ist, daß er eine magnetische Anziehungskraft auf Ostdeutschland und das System der Satellitenstaaten bildet.“<sup>51</sup> Die soziale Schwäche des Westens sei die Chance für den totalitären Osten.<sup>52</sup>

Der Eindruck mußte zwingend sein, daß Schumacher soziale Gerechtigkeit nicht um ihrer selbst willen forderte: „Das Magnetisierungskonzept zielte primär auf den inneren sozialen Ausbau Westdeutschlands. In einer ‚konsequent sozialen und demokratischen Politik‘ in Westdeutschland sah er den besten Schutz vor dem ‚östlichen Totalitarismus‘“.<sup>53</sup>

In seiner Botschaft zum 1. Mai 1950 nannte er drei Bedingungen als „Boden, auf dem eine soziale Demokratie allein errichtet werden kann“: die „Entmachtung der Schuldigen am Dritten Reich und der Nutznießer des Staates der nationalsozialistischen Gewalt, die soziale Sicherheit für die Arbeitenden und ihre Mitbestimmung in der Wirtschaft, die ausreichende Hilfe für alle bedürftigen Opfer des Krieges und seiner Folgen“.<sup>54</sup>

Die erste Bedingung war nach Schumachers eigenen Worten in der Bundesrepublik nicht erfüllt worden - sie stand auch nicht im Mittelpunkt seiner politischen Praxis.

An dieser Stelle soll es um die (zweiteilige) zweite Bedingung gehen: zum einen um die Mitbestimmung der (Lohn-)Arbeitenden in der Wirtschaft - weitergefaßt ging es um Demokratisierung der Wirtschaft durch Sozialisierung - und zum anderen um deren soziale Sicherheit.

Hinsichtlich der Demokratisierung der Wirtschaft, hier als Mitbestimmung in der Wirtschaft artikuliert, wurde Schumacher etwas konkreter auf dem Hamburger Parteitag im Mai 1950, als er sich mit dem Schuman-Plan auseinandersetzte und "das Recht des deutschen Volkes, über sein Eigentum (an "seinen schweren Industrien") selbst zu bestimmen und es selbst zu verwalten", forderte.<sup>55</sup> Ähnlich in einer Rede ein Jahr danach, am 24. Mai 1951 in Gelsenkirchen: Da es sich beim Schuman-Plan um sechs Länder - unter Ausschluß Großbritanniens und Skandinaviens, wo sozialdemokratische Parteien größeren Einfluß hatten - handelte, sei der Zusammenschluß "konservativ und klerikal, kapitalistisch und kartellistisch" und also nicht im Interesse der Arbeiterbewegung Westdeutschlands, der es um eine Sozialisierung dieser Industrien ginge.<sup>56</sup> Aber (1950 wie 1951) folgten dann - und das angesichts der in Westdeutschland schon längst geschaffenen gegenteiligen Tatsachen - jeweils wieder nur Schlagworte: Die "Sozialisierung in Deutschland und in der Hand von Vertretern der deutschen arbeitenden Bevölkerung (sei) die beste Garantie des europäischen Friedens", die es überhaupt gebe. - "Sozialisierung ist Menschwerdung der Arbeit, Sozialisierung ist Gestaltung und Formung der Wirtschaft, aber vor allem: Sozialisierung ist Politik im Sinne der Freiheit und des Friedens! (Bravorufe)"<sup>57</sup> Und sofort wurde von ihm die Aussage über Sozialisierung antikommunistisch gewendet: Der vom Schuman-Plan anvisierte "Überstaat der (kapitalistischen) Manager" sei "die Triumphpforte für den Einmarsch der nationalkommunistischen Ideen aus dem Osten.(Beifall)"<sup>58</sup> Ch. Kleßmann meinte dazu: "Schumacher plagte offenbar... die Sorge, die KPD könne aus dieser Form der Westintegration nationales Kapital schlagen".<sup>59</sup>

In diesem Sinne argumentierte Schumacher gegen den Schuman-Plan weiter: Die Meinung, "die von der Voraussetzung ausgeht, daß die Anknüpfung an die Gegebenheiten des Tages zu einer Politik führen müßte, die die Stabilisierung des Kapitalismus zum Fundament auch der politischen Abwehraktion des (gegen den) östlichen Totalitarismus mache", sei "in der Sache falsch". "Mit den Argumenten des Kapitalismus" könne man "den östlichen Totalitarismus nicht siegreich bekämpfen. Man kann den Kommunismus nicht mit kapitalistischen Truppen schlagen. Man kann ihn nur schlagen mit den Truppen des demokratischen Sozialismus. (Beifall)." - "Die Idee des Sozialismus und der sozialen Demokratie" sei "offensiv gegen Osten politisch vorzutragen".<sup>60</sup> Durch die im Schuman-Plan vorgesehene Hohe Behörde der westeuropäischen Montanindustrie werde "die Demokratie in den entscheidenden Fragen der Wirtschaftspolitik und damit der Politik schlechthin suspendiert bzw. aufgehoben", und er fragte: (Wie) "Will man die Demokratie gegen den Totalitarismus verteidigen, wenn in einer zentralen Frage die Demokratie aufgehoben und ein totalitäres, mindestens extrem autoritäres Manager-Regime eingeführt wird!"<sup>61</sup> Die Hohe Behörde verurteilte Schumacher sowohl "nationalpolitisch" (wegen der untergeordneten Rolle der BRD

in der Montanunion) als auch „klassenpolitisch“, wegen ihrer Zusammensetzung: „Acht Kapitalmanager sollen einem Gewerkschafter gegenüberstehen. Das ist das ‚paritätische Mitbestimmungsrecht‘ für Kohle und Eisen im europäischen Raum“, wodurch „die deutsche Mitbestimmung in diesen Wirtschaftszweigen“ eine Einbuße erleiden würde.<sup>62</sup>

Da tauchte wieder der Begriff Mitbestimmung auf. Vier volle Sätze dazu im Zusammenhang mit der Demokratisierung der Wirtschaft enthielt Schumachers Vorwort zum Jahrbuch der SPD 1950/1951, datiert mit 1. August 1952: „Die arbeitenden Menschen brauchen eine Bundesregierung, die die Demokratie auch in der Wirtschaft verwirklicht. Der Kampf um die Mitbestimmung ist ja nicht in erster Linie unter sozialpolitischem Gesichtswinkel zu sehen. Der Kampf um die Mitbestimmung ist ein Kampf wie vor Jahrzehnten der Kampf um das allgemeine und gleiche Wahlrecht. Die Demokratie braucht ihre Verwirklichung auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens.“<sup>63</sup> Mehr und konkreter auch an dieser Stelle nicht.

Und wieder ging es um den „politischen Auftrag“ der Bundesrepublik: „Man kann eben (West)-Deutschland (durch den Schuman-Plan - U. Pl.) nicht auf die Dauer auf der ganzen Linie unterdrücken, wenn man seine starke politische Funktion zur Abwehr des kommunistischen Ostens braucht.“<sup>64</sup> Gleichgerichtet auch in der Rede zur Eröffnung des Internationalen Sozialistenkongresses in Frankfurt a. M. am 30. Juni 1951: „Die sozialistische Wirtschaftspolitik mit ihrer Planung und Lenkung auf den obersten Kommandohöhen der Wirtschaft, insbesondere in der Rohstoffversorgung, bei den Investitionen und in der Handhabung der menschlichen Arbeitskraft, ist die Voraussetzung für die erfolgreiche politische Offensive der Demokratie. Hier erhält auch der Kampf für die Sozialisierung und für die Mitbestimmung (seine) besondere Bedeutung. Das Mitbestimmungsrecht in Deutschland ist die einzige hier bisher mögliche Form des sozialistischen Angriffsgeistes.“ Und unmittelbar anschließend wurde das „soziale Moment“ in den Kampf gegen den „Sowjetkommunismus“ eingeordnet: „Das soziale Moment als Voraussetzung und Grundlage jeder positiven Politik der Freiheit hat seine besondere Anziehungskraft für die Völker Sowjetrußlands und seiner Satellitenstaaten, einschließlich der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands“, denn: „In den Staaten der kommunistischen Diktatur“ hätten „die Arbeiter und Bauern keinen Anteil an den Ergebnissen der Steigerung der Produktion“.<sup>65</sup>

Nicht anders, wenn Schumacher für die soziale Sicherheit der Arbeitenden warb - auch das ordnete er vor allem in den Kampf gegen den „Weltkommunismus“ ein. So in der Rede zur Eröffnung des Parteitags in Hamburg am 21.5.50: „Man braucht zu einem Kontinent der Freiheit und des Wohlstandes mehr als opportunistisch-taktische Manöver eines Anti-Kommunismus, man muß ein Mehr an Demokratie und sozialer Leistung zeigen, als das heute in vielen Staaten Europas üblich ist. Der Sieg Europas gründet sich auf ein pro-europäisches und nicht ein anti-östliches Programm.“ - Die Sozialpolitik der Bundesregierung begünstige dagegen den Diktaturgedanken aus dem Osten.<sup>66</sup> Und am 23. August 1950 vor der Presse in Bonn: Es ginge um „soziale Notwendigkeiten“, und dabei sollte man nicht übersehen, daß „jede Politik,

durch die der Reallohn und die Realrente in Deutschland geschwächt (werden), sich objektiv als Begünstigung der kommunistischen Chancen auswirkt".<sup>67</sup> In seiner Rede vor Parteigremien in Stuttgart am 17. September 1950 hieß es im Abschnitt "Sozialer Wohlstand - die Chance des Westens": Die große Auseinandersetzung zwischen Ost und West zum Gesichtswinkel genommen, "geschieht eigentlich im Westen... gegenüber dem Osten fast alles, was die objektive Chance des Ostens vergrößert", am deutlichsten sichtbar an der sozialen Frage. Hier läge die große Aufgabe der Bundesregierung. China und Korea lehrten, "daß es gerade der soziale Tiefstand der Massen in Asien ist, der die Chance des Kommunismus vergrößert hat. Das Unterlassen sozialer Reformen ist objektiv die stärkste Förderung des Weltkommunismus."<sup>68</sup> Vor der SI verurteilte er am 1. Juli 1951 den "wirtschaftliche(n) Liberalismus in seiner Hemmungslosigkeit", weil: "wenn die Armen ärmer und die Reichen reicher werden, dann ist das auch ungewollt eine objektive Begünstigung der Chancen des Kommunismus und des östlichen Totalitarismus". Und an anderer Stelle in gleichem Sinne: "Die Grundlage der Abwehr des Kommunismus ist die soziale Sicherheit."<sup>69</sup>

Zusammengefaßt: Schumachers Einsatz für politische und soziale (Wirtschafts-) Demokratie in Westdeutschland, für soziale Sicherheit und soziales Wohlergehen seiner lohnarbeitenden Bevölkerung war ganz und gar dem Antikommunismus untergeordnet. Nicht zuletzt auch das hat wohl maßgebend dazu beigetragen, daß die SPD in den 50er Jahren einen "politischen Niedergang" erleiden mußte, den Alexander Schiffrin, Schumachers Gleichgesinnter aus den Jahren vor 1933, im Januar 1949 von den USA aus vorausgesagt hatte: "... heute muß die Wiedergeburt des demokratischen Sozialismus von innen heraus die Voraussetzung seines Machtaufstiegs werden... Der Antikommunismus liefert hier keinen Weg, auch nicht für die Verteidigung der Demokratie... Ich sehe die größte Gefahr in der Kombination des Revisionismus in der deutschen Außenpolitik mit dem Antibolschewismus und dem kalten Krieg. Es ist die schlimmste Illusion zu glauben, der kalte Krieg werde der Demokratie in Westdeutschland eine Deckung geben. Im Gegenteil, der kalte Krieg, wenn er fortgesetzt wird, wird die Demokratie in Westdeutschland vergiften, aushöhlen und erschüttern. Seine Kosten wird die Sozialdemokratie zu bezahlen haben..."<sup>70</sup>

Der antikommunistische Konsens in der BRD - das "große Werk" Schumachers - hatte die Position der SPD in den 50er Jahren nicht gestärkt. Er hatte dazu beigetragen, daß ihre "gesellschaftsverändernde Dynamik ins Leere lief". Er hatte die Demokratie, die politische Kultur in der BRD eher vergiftet als befördert.

---

1 Neben verschiedenen Pressebeiträgen siehe vor allem: Kurt Schumacher und der "Neubau" der deutschen Sozialdemokratie nach 1945. Referate und Podiumsdiskussion eines Kolloquiums des Gesprächskreises Geschichte der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn am 13./14. Oktober 1995, hrsg. von Dieter Dowe, Bonn 1996 (im folgenden "Neubau"); Nach-Denken. Kurt Schumacher und seine Politik. Wissenschaftliches Symposium am 30. Oktober 1995 aus Anlaß des 100. Geburtstages von Kurt Schumacher. Stiftung der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 1996 (im folgenden Nach-Denken).

- 2 Anlässlich des 50. Todestages gab es keine Presseartikel, auch keinen Beitrag in *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*. Nur in der "spw", H. 4 (August 2002), erschien ein kurzer Beitrag von Siegfried Heimann mit Rückgriff auf die Rede Willy Brandts zu Schumachers 20. Todestag. Schumachers gedachte lediglich die Historische Kommission der SPD in einem Forum am 28. Juni in Berlin, und das in einem weit gesteckten Rahmen unter der Überschrift "Zwischen Bebel und Schröder". In Bezug auf Schumacher, der zum "Identitätsbewusstsein der SPD" gehöre, wurden folgende Themen berührt: Schumachers Kampf um die Republik und gegen die Nazis in den 20er Jahren; sein Widerstand gegen die Nazis 1933-1945; der Aufbau der Demokratie in Westdeutschland "auf allen Ebenen" und die Rolle seiner Oppositionshaltung, um diese zu sichern; Schumachers Kampf gegen die stalinistische Diktatur und die Kommunisten.
- 3 Hans-Peter Schwarz, *Nach-Denken*, S.40.
- 4 Arnulf Baring, ebenda, S. 68.
- 5 Heinrich Pothhoff, "Neubau", S.140.
- 6 Siehe dazu Ulla Plener: *Zum Mitwirken der SPD Kurt Schumachers an der Spaltung Deutschlands 1945-1949*, in: *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung (BzG)*, Berlin, H. 3, 1999.
- 7 Siehe dies.: *Schumacher 1949-1952: Konfrontativ gegen DDR - zulasten der Einheit Deutschlands*, in *Utopie kreativ*, Berlin, H. 145, November 2002.
- 8 Aktionsprogramm der SPD. Beschlossen auf dem Dortmunder Parteitag am 28. September 1952. Mit einem Vorwort von Dr. Kurt Schumacher, (Bonn 1952), S.6.
- 9 Ebenda, S.6, 7.
- 10 Siehe Ulla Plener: *Die SPD in den deutschen Westzonen 1945-1948*, in: *Utopie kreativ*, H. 107 (September 1999), S.24-28.
- 11 Michael G. M. Antoni: *Sozialdemokratie und Grundgesetz. Bd. 2: Der Beitrag der SPD bei der Ausarbeitung des Grundgesetzes im Parlamentarischen Rat*, Berlin 1992, hier S.42. Siehe darin auch Exkurs: *Grundrechte, Sozial- und Wirtschaftsordnung - verfassungspolitische Abstinenz der SPD*, S.131-150; außerdem ders.: *Sozialdemokratie und Grundgesetz, Bd.1: Verfassungspolitische Vorstellungen der SPD von den Anfängen bis zur Konstituierung des Parlamentarischen Rates 1948*, Berlin 1991, S.226, 246. Siehe auch Kurt Klotzbach: *Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945 bis 1965*, Berlin/Bonn 1982, S.172/173 (Neuaufgabe 1996). Zu den Ursachen der "Abstinenz" gegenüber sozialen Grundrechten siehe auch Rolf Badstübner: *Vom "Reich" zum doppelten Deutschland. Gesellschaft und Politik im Umbruch*, Berlin 1999, S.404 ff.
- 12 Susanne Miller/Heinrich Pothhoff: *Kleine Geschichte der SPD 1848-2002* (8., erg. Neuaufgabe) Bonn 2002, S.197.
- 13 Siehe R. Badstübner: *Vom "Reich" zum doppelten Deutschland*, S.151/152.
- 14 Siehe U. Plener: *Die SPD in den deutschen Westzonen (u. a. im Zusammenhang der Kölner Entschließung des Parteivorstands der SPD vom September 1946)*, S.25f.
- 15 Siehe *Jahrbuch der SPD 1948/1949*, Hrsg. vom Vorstand der SPD, Hannover (1950), S.139/140.
- 16 Siehe Kurt Schumacher. *Reden-Schriften-Korrespondenzen*, hrsg. von Willy Albrecht, Berlin/Bonn 1985 (in folgendem: *W. Albrecht*), S.199; Peter Merseburger: *Der schwierige Deutsche. Kurt Schumacher. Eine Biographie*, Stuttgart 1995, S.454; Susanne Miller/Heinrich Pothhoff, *Kleine Geschichte*, S.189 .
- 17 K. Klotzbach, *Der Weg zur Staatspartei*, S.237/238.
- 18 *W. Albrecht*, S.978.
- 19 Rede Kurt Schumachers am 17. August 1951 in Westberlin, in: *Turmwächter der Demokratie. Ein Lebensbild von Kurt Schumacher*, hrsg. von Arno Scholz und Walther Oschilewski, (West)Berlin (1953), Bd. II: *Reden und Schriften* (im folgenden: *Turmwächter*), S.506.
- 20 Ebenda, S.502.
- 21 Ebenda, S.509.
- 22 Ebenda, S.512. (Rede Schumachers während der Weltfestspiele der Jugend am 17. August 1951 in Westberlin)Dabei war die FDJ drei Wochen zuvor, am 26. Juni 1951, in der Bundesrepublik per Regierungserlaß verboten worden!

- 23 W. Albrecht, S.978.
- 24 Schumacher zum 1. Mai 1952, in: Neuer Vorwärts, Bonn, 25. April 1952; so auch schon in einer Rede in Hannover am 23. Januar 1950, in: Turmwächter, S.391, und im Vorwort (1950) zum Jahrbuch der SPD für 1948/1949, S.5: "Immer wieder bricht (bei der Bundesregierung) die Neigung durch, gegen das Parlament und unter Umgehung des Palaments wichtige gesetzgeberische und politische Fragen zu lösen."
- 25 K. Klotzbach, Der Weg zur Staatspartei, S.238. Klotzbach selbst ging auf das innenpolitische Agieren der SPD nur im Zusammenhang ihrer Wirtschafts- und Sozialpolitik - nicht der Innenpolitik im engeren Sinne, also die staatsrechtliche Praxis betreffend, - ein.
- 26 Archiv der sozialen Demokratie (AsD) der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES), Bestand Parteivorstand/Protokolle, PV-Sitzung vom 24.6.1950 in Bonn.
- 27 Die Vorschriften für das 1. Strafrechtsänderungsgesetz lehnten sich bei den Tatbeständen des Hoch- und Landesverrats an entsprechende Bestimmungen des Nazi-Strafrechts an oder übernahmen sie wörtlich. Siehe Reinhard Schiffers: Zwischen Bürgerfreiheit und Staatsschutz. Wiederherstellung und Neufassung des politischen Strafrechts in der Bundesrepublik Deutschland 1949-1951, Düsseldorf 1989, S.246ff.
- 28 Von 146 Dokumenten der von Willy Albrecht 1985 herausgegebenen Schumacher-Dokumentation befassten sich nur 7 mit Rechtsradikalismus bzw. Antisemitismus (das sind 17 Seiten von fast 1000); darunter: ein Privatbrief, zwei Interviews für New Yorker Zeitungen, zwei interne Stellungnahmen in/für SPD-Gremien, eine Meldung (13 Zeilen) der Sopade (SPD-Pressedienst), ein damals unveröffentlichter Brief an Adenauer, also durchweg nicht öffentliche Dokumente. (Siehe W. Albrecht, S.18/19).
- 29 Im Februar 1950 sprach das Landgericht Neumünster den Bundestagsabgeordneten der Deutschen Partei (DP) W. Hedler frei, der in einer Rede im November 1949 erklärt hatte, man könne darüber streiten, ob es auch "andere Wege" gegeben habe, sich "der Juden zu entledigen, als sie zu vergasen"; den Widerstandskämpfern gegen die Nazis wies er die Schuld an der deutschen Niederlage im Krieg zu. (Siehe W. Albrecht, S. 993.) Zu der Tagung am 4.-5. Februar 1950 siehe Neuer Vorwärts, Bonn, 10. Februar 1950.
- 30 W. Albrecht, S. 993.
- 31 Auf dem Parteitag in Hamburg nannte er die Summe von 160 Mln Dollar. Die folgenden Auskünfte über die Tagung der SPD-Gremien vom 13./14. März 1950 nach: AsD der FES, Bestand Parteivorstand, Protokolle 1950, Mappe 6, sowie Neuer Vorwärts, 17. März 1950.
- 32 Max Reimann war Vorsitzener der KPD und ihrer Fraktion im Bundestag. Schumacher erwiderte auf die Forderung Matticks, "daß wir uns nicht verbrauchen lassen dürfen als Antidemokraten. Er sei nicht dafür, die kommunistische Partei so anzufassen, wohl aber könne man harte Einzelmaßnahmen erwägen."
- 33 Siehe Ulla Plener: Schumacher und die Russen. Zu seiner Art des Nationalismus, in: Utopie kreativ, H. 69/70 (Juli/August 1996), S.126f. Siehe auch W. Albrecht (Einleitung), S.177-179.
- 34 Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der SPD vom 21. bis 25. Mai 1950 in Hamburg, Frankfurt a. M. o. J., (im folgenden Protokoll Hamburg), S.80.
- 35 Protokoll Hamburg, S.78.
- 36 Jahrbuch der SPD 1948/1949, S.6.
- 37 W. Albrecht, S.985, 987.
- 38 Siehe Jahrbuch der SPD 1950/1951 (Dortmund. o. J.), S.18-21, 22, 24. Im Komunique der Tagung vom 13.-14. März 1950 hieß es zur "immer sichtbarer werdenden Gefahr des Neofaschismus" lediglich, es sei beschlossen worden, "daß neben der notwendigen Schaffung ausreichender gesetzlicher Grundlagen zur Bekämpfung neofaschistischer Strömungen auch organisatorische Maßnahmen zum Schutze der eigenen Versammlungen ergriffen werden sollen. Eine Reihe technischer Vorschläge dazu, wie das zu geschehen habe, wurde gemacht und akzeptiert". (Neuer Vorwärts, 17. März 1950.) Genannt wurden die Vorschläge nicht. Die zwei auf der Tagung angenommenen Entschliefungen enthielten zur neofaschistischen Gefahr kein einziges Wort. (Siehe ebenda)
- 39 Ebenda, S.238.

- 40 Ebenda, S.242.
- 41 Erst im Januar 1953 nahm der Parteivorstand eine Entschließung gegen die "Gefahr des Neofaschismus" in der BRD an, in der beklagt wurde, die Bundesregierung habe "bisher nichts Entscheidendes zur Aufdeckung und wirksamen Bekämpfung antidemokratischer Umtriebe rechtsradikaler Gruppen und Bünde getan", sie habe "im Gegenteil durch ihr aktives und passives Verhalten das Eindringen solcher Elemente in politische, wirtschaftliche und amtliche Positionen ermöglicht", ebenso in die "Partei- und Propaganda-Apparate von Regierungsparteien". Dieser "unerträglichen Entwicklung" müsse "ein Ende gemacht werden", die Regierung sollte "eine sofortige, sorgfältige und umfassende Untersuchung dieser Vorgänge und Entwicklungstendenzen" vornehmen. Es blieb bei diesem Appell. Konkrete Maßnahmen hatte der Parteivorstand nicht formuliert und nicht in Angriff genommen. (Jahrbuch der SPD 1952/1953, Bielefeld o. J., S.290.)
- 42 W. Albrecht, S.1004, es folgten einige Beispiele aus der Presse.
- 43 Ebenda, S.997.
- 44 spd-Pressedienst, 23. Mai 1942.
- 45 "Neubau", S.146. Siehe auch Klaus Schönhoven ebenda, S.131. Christoph Kleßmann: Schumacher habe die Bereitschaft der Besatzungsmächte und der westdeutschen Bevölkerung zum Sozialismus überschätzt (ebenda, S.129).
- 46 "Neubau", S.89. Siehe dazu auch U. Plener, Schumacher 1949-1952: Konfrontativ gegen DDR.
- 47 "Neubau", S.40/41.
- 48 Nicht anders stand es um das andere Dilemma Schumachers: Seine bedingungslose Westorientierung ließ sich nicht mit der von ihm gewollten Erhaltung der Einheit Deutschlands vereinbaren. Siehe dazu U. Plener: Zum Mitwirken der SPD, in: BzG, H. 3, 1999.
- 49 K. Klotzbach, Der Weg zur Staatspartei, S.62. So auch nach 1949.
- 50 Siehe W. Albrecht, S.800 u.a.
- 51 Turmwächter, S.391.
- 52 Siehe W. Albrecht, S.837 (Rede vor Gremien der SPD in Stuttgart am 17.9.1950).
- 53 Ch. Kleßmann, in: "Neubau", S.124.
- 54 spd-Pressedienst, 26. April 1950. Dies ist die einzige der Autorin bekannte Stelle in Schumachers Reden und Schriften nach 1945, in der - als Adjektiv - der Begriff "nationalsozialistisch" vorkommt. Für den heutigen - auch sozialdemokratischen - Sprachgebrauch ist darauf hinzuweisen, daß Schumacher den Begriff Nationalsozialismus nicht benutzte; er sprach und schrieb von Faschismus/Faschisten, Nazismus/Nazis, Neofaschismus/Neofaschisten. Das ergibt auch die Überprüfung der Angaben zum Stichwort "Nationalsozialismus" im Sachregister bei W. Albrecht. In der Rede am 5. Mai 1945 begründete Schumacher das so: Durch die Benennung "Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei" sei "die Idee des Sozialismus schändlich befleckt worden. Wir können bei ihr nicht von ‚Sozialisten‘ und ‚Sozialismus‘ sprechen, sondern nur von ‚Nazis‘ und ‚Nazismus‘, denn sie ist aus der Feindschaft gegen die arbeitenden Klassen und als Instrument des Kampfes gegen ihre Emanzipation entstanden, da man sie anders in der Demokratie nicht mehr beherrschen zu können vermeinte." (W. Albrecht, S.208.)
- 55 Protokoll Hamburg, S.75. Am 9. Mai 1950 schlug der damalige französische Außenminister Robert Schuman vor, die französische und westdeutsche Kohle- und Stahlproduktion unter gemeinsame Aufsicht zu stellen. Am 18. April 1951 wurde der Gründungsvertrag der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Montanunion) von den sechs Ländern Belgien, BRD, Frankreich, Italien, Luxemburg und den Niederlanden unterschrieben, der im Juli 1952 in Kraft trat.
- 56 Siehe Turmwächter, S.364.
- 57 Protokoll Hamburg, S.75. Im Schlußwort zur Diskussion über sein Referat auf dem Hamburger Parteitag setzte Schumacher noch eins drauf: "Wir können nicht auf das Recht des deutschen Volkes, nach eigenem Willen und eigenem Ermessen das Eigentum zu gestalten, verzichten." Und wenn der französische Außenminister die These verfolge, "daß die Eigentumsfrage immer mehr in den Hintergrund trete", dann sage Schumacher als Sozialdemokrat: "Nein, mit einer Eigentumsfrage im Hintergrund gehen wir nicht in diese (als Deutsche in (West)Europa untergeordnete) Situation. Die Eigentumsfrage ist im Vordergrund in Gestalt der Sozialisierung und in Ergänzung der Verfügungsfrage durch das Mitbestimmungsrecht der Arbeitenden. (Lang anhaltender Beifall)". Ebenda, S. 161.

- 58 Ebenda, S.77/76.  
59 Ch. Kleßmann, "Neubau", S.124.  
60 Protokoll Hamburg, S.262, 263.  
61 Turmwächter, S.377.  
62 Ebenda, S.377/378.  
63 Jahrbuch der SPD1950/1951, S.8.  
64 Turmwächter, S.383.  
65 W. Albrecht, S.982.  
66 spd-Pressedienst, 21. Mai 1950, S.2/3.  
67 W. Albrecht, S.834.  
68 Ebenda, S.837. Siehe auch ebenda, S.985.  
69 Schumacher zum 1. Mai 1952 in: Neuer Vorwärts, Bonn, 25. April 1952. Siehe auch Turmwächter, S.405.  
70 Alexander Schiffrin an Kurt Schumacher am 20.1.49, in: AsD der FES, Bestand Schumacher, Mappe 82.



Léon Schirmann

Justizmanipulationen  
Der Altonaer Blutsonntag  
und die Altonaer  
bzw. Hamburger Justiz  
1932 - 1994

Eine akribische Arbeit des  
bekannten französischen  
Forschern, in der die  
sechzigjährige Geschichte  
eines Justizverbrechens gegen  
die Menschlichkeit  
dargestellt wird.

280 S., mehrere Illustrationen  
ISBN 3-929390-11-6 // 12 Euro

edition  
bodoni

## Biographische Skizzen

Mathilde Jacob: Mehr als Rosa Luxemburgs Sekretärin.<sup>1</sup> Mit dem Text von M. Jacobs einziger öffentlicher Rede (19.12.1920)

Ottokar Luban

Sicherlich wäre das Leben der Mathilde Jacob kaum Gegenstand eines erfolgreichen essayistischen Buches und von fachwissenschaftlichen Untersuchungen geworden,<sup>2</sup> wenn die Titelheldin nicht zeitweilig mit dem politischen Wirken einer berühmten Politikerin, nämlich Rosa Luxemburg, im Zusammenhang gestanden und sich diese Verbindung in einer Vielzahl von Briefen niedergeschlagen hätte.<sup>3</sup> Von M. Jacob selbst fehlten weitgehend die Spuren eines politischen Engagements, die üblicherweise von politisch wirkenden Publizisten oder Parteifunktionären hinterlassen werden, da sie nie eine offizielle Funktion in einer Partei ausgeübt hatte und von ihr - bis vor 11 Jahren - weder öffentliche noch private politische Meinungsäußerungen bekannt geworden waren. Kein Wunder, wenn Historiker und Publizisten früher annahmen, daß M. Jacob eigentlich eine unpolitische Person gewesen und nur durch ihre Bewunderung für R. Luxemburg in politische Aktivitäten hineingezogen worden sei.<sup>4</sup> Erst in jüngster Zeit erschlossene Archivalien - vor allem der Briefwechsel M. Jacobs mit Clara Zetkin und Franz Mehring sowie Polizei- und Justizakten<sup>5</sup> - ermöglichen es unterdessen, ein viel differenzierteres Bild von dieser äußerst bescheidenen, doch durchaus eigenständigen und initiativen klugen Frau zu zeichnen, die aus tiefem ethischem Engagement ihre großen organisatorischen Fähigkeiten in den Dienst der sozialistischen Arbeiterbewegung stellte. So wirkte M. Jacob in Zeiten der staatlichen Unterdrückung und der daraus resultierenden erheblichen personellen Schwächung der Linken wie im Sommer 1918 und im Frühjahr 1919 im Führungskreis der Spartakusgruppe bzw. der KPD (Spartakusbund) weitgehend eigenverantwortlich und äußerst aktiv mit, ungeachtet der damit verbundenen Gefahren für ihre Freiheit und ihr Leben. Und im Dezember 1920 hielt M. Jacob auf dem Vereinigungsparteitag der KPD und USPD Württembergs in Stuttgart sogar ein bisher praktisch unbekannt gebliebenes - höchstwahrscheinlich ihr einziges - Referat, dessen Manuskript am Ende des folgenden Aufsatzes abgedruckt wird. Zuvor soll im Rahmen einer biographischen Skizze der aktuelle Forschungsstand - ergänzt durch einige neu erschlossene Materialien - zusammenfassend dargestellt werden.

### *Das Hineinwachsen in den Kreis um Rosa Luxemburg*

Als Rosa Luxemburg gemeinsam mit Julian Karski (Marchlewski) und Franz Mehring ab Dezember 1913 mit der Herausgabe einer Pressekorrespondenz - die "Sozialdemokratische Korrespondenz" - begann, übernahm M. Jacob die Schreib-, Vervielfältigungs- und Versandarbeiten<sup>6</sup>. Die gelernte Buchhalterin und Stenotypistin betrieb seit 1907

im Berliner Stadtteil Moabit ein Schreibbüro, dessen Dienste einige bekannte Sozialdemokraten für ihre Pressekorrespondenzen gern in Anspruch nahmen, so Karl Liebknecht für sein ab 1907 erscheinendes "Russische Bulletin"<sup>7</sup>, weiterhin ab 1911 Karl Radek für die "Weltpolitik"<sup>8</sup> und 1914 August Thalheimer für die "Sozialdemokratische Korrespondenz für Auslandspolitik".<sup>9</sup> Möglicherweise hatte ihr jüngerer Bruder Harry, ein aktiver sozialdemokratischer Gewerkschafter, die Kontakte - zumindest am Anfang - vermittelt.<sup>10</sup> Es ist nicht bekannt, zu welchem Zeitpunkt die Stenotypistin Mitglied der SPD geworden ist. Ihre Mitgliedschaft bestätigte sie Anfang 1917 gegenüber einem Untersuchungsrichter.<sup>11</sup> Julian Karski, ein geschätzter Wirtschafts- und Finanzjournalist, zuletzt bis 1913 Redakteur an der "Leipziger Volkszeitung", und Franz Mehring schickten ihre Artikel für die Pressekorrespondenz wie auch die von R. Luxemburg verfaßten entweder mit der Post an M. Jacob oder kamen zum Diktat ins Schreibbüro. Wie so oft bei kleinen Gewerbetreibenden und ihren Stammkunden entwickelten sich aus den geschäftlichen Beziehungen private Kontakte - zuerst zu F. Mehring und seiner Frau -, die sich in den Briefen Mehrings bis in das Jahr 1916 widerspiegeln.<sup>12</sup> Die persönliche Bekanntschaft mit R. Luxemburg machte M. Jacob höchstwahrscheinlich erst ab Mitte September 1914, als die prominente Genossin ins Schreibbüro kam, um zwei ihrer Artikel aus der Pressekorrespondenz für eine Veröffentlichung in der SPD-Frauenzeitung "Die Gleichheit" leicht umzuarbeiten. M. Jacob datiert den Beginn der persönlichen Begegnung auf die Zeit einer von Oktober bis Dezember 1914 in Berlin-Neukölln abgehaltenen Vortragsreihe R. Luxemburgs, an der die Stenotypistin teilnahm.<sup>13</sup> Als sich R. Luxemburg im Januar 1915 ins Krankenhaus begeben mußte, gehörte M. Jacob zu ihren Besuchern und war die Adressatin einer umfangreichen Liste von Aufträgen. Und nach der Entlassung aus dem Krankenhaus besuchte die Schreibbüroinhaberin die wieder genesende R. Luxemburg in ihrer Wohnung.<sup>14</sup> In dieser Zeit lernte die prominente Sozialistin die große Hilfsbereitschaft der früheren Buchhalterin schnell schätzen und vertraute voll ihrem Organisationstalent und ihrer Diskretion. Das hatte zur Folge, daß nach dem Antritt ihrer einjährigen Gefängnisstrafe am 18. Februar 1915 die inhaftierte Rosa Luxemburg die Sorge für die Überbringung von Zusatzkost sowie von Büchern und Dingen des täglichen Lebens auf M. Jacob übertrug. Vor allem war die zuverlässige und geschickte freiwillige Helferin für den illegalen Nachrichtenaustausch zwischen der von ihr verehrten Gefangenen und ihren in Freiheit verbliebenen politischen Freunden zuständig. Mitte März 1915 gehörte M. Jacob bei einem Hafturlaub R. Luxemburgs wie selbstverständlich schon zu dem Kreis der sich in der Wohnung der beurlaubten Gefangenen versammelnden politischen und persönlichen Freunde. Dabei war die Wertschätzung für die immer bescheiden bleibende Helferin im Kreis um Rosa Luxemburg allgemein, wie die Charakterisierung durch Luxemburgs Freundin Clara Zetkin in einem Brief an Karl Liebknecht von Anfang Mai 1915 verdeutlicht: "...sie denkt an alles, sorgt für alles, tut alles: ein aufopfernder Prachtkerl!"<sup>15</sup>

*Mathilde Jacobs soziales Umfeld*

Für M. Jacob - geboren am 8. März 1873 und damit im März 1915 42 Jahre alt geworden - bedeutete die Aufnahme in diese überwiegend aus Akademikern bestehende Gruppe eine soziale Emanzipation. Denn sie stammte aus einer verarmten kleinbürgerlichen Familie. Wie der Mathilde-Jacob-Biograph Heinz Knobloch durch sorgfältige Recherchen festgestellt hat, wurde M. Jacob als erstes von acht Kindern eines jüdischen Schlächters 1873 in Berlin geboren. Der Vater verlor infolge eines mißglückten Hausbaus im Zentrum Berlins sein Vermögen, so daß die vielköpfige Familie schwere Jahre durchgemacht haben muß. Nachdem M. Jacob wahrscheinlich an einer privaten Handelsschule eine Ausbildung als Buchhalterin und Stenotypistin genossen und anschließend eine Reihe von Jahren unabhängig von der elterlichen Familie gelebt und als Buchhalterin gearbeitet hatte, übernahm die unverheiratete Sekretärin nach dem Tode des Vaters die Sorge um ihre Mutter und eröffnete 1907 in der Essener Straße 15 im Berliner Arbeiterviertel Moabit ein Schreib- und Übersetzungsbüro, wobei die Mutter und eine Schwester bei ihr wohnten. 1909 zog sie nur 100 Meter weiter in die Altonaer Straße 11, ins Berliner Hansaviertel, einem gutbürgerlichen Wohnquartier, rings um den Hansaplatz zwischen dem Tiergarten und der Spree gelegen, und behielt dort ihre im Gartenhaus gelegene Wohnung samt Büro - mit einigen Unterbrechungen im Jahre 1919 und 1920 - bis zu ihrer Deportation ins Konzentrationslager Theresienstadt am 27. Juli 1942.<sup>16</sup> Die unverheiratet geliebene Mathilde Jacob wird als eine etwas herbe, ernste Frau beschrieben, die aber durchaus sehr kommunikationsfreudig war. Soweit aus den äußerst seltenen Aussagen über ihr Privatleben aus erhalten gebliebenen Korrespondenzen sowie aus Berichten zu entnehmen ist, beschränkten sich ihre persönlichen Beziehungen nicht auf bloße geschäftliche und politische Kontakte, sondern es bestanden und entwickelten sich auch viele weitergehende soziale und freundschaftliche Kontakte. Aus einem Brief Rosa Luxemburgs ist bekannt, daß im Frühjahr 1915 ein junger Arzt die in der Wohnung der Schreibbüroinhaberin untergebrachte Katze Mimi für eine Fotoaufnahme festhalten mußte. Weitere und nähere Aussagen über diesen Bekannten M. Jacobs sind nicht zu finden.<sup>17</sup> Aus der Familienchronik Eugen Fernbachs geht hervor, daß M. Jacob mit Helene Bernstein, die ebenfalls aus einer jüdischen kleinbürgerlichen Familie stammte und in ihrer Nähe in Berlin-Moabit in der Calvinstraße 10 wohnte, befreundet war und deren Schwager Wolfgang Fernbach, einen Wirtschaftsjournalisten, für die Mitarbeit in der Spartakusgruppe gewann.<sup>18</sup> Selbst unter erschwerten äußeren Bedingungen, als zu Beginn des zweiten Weltkrieges der Kontakt von "Ariern" zu Juden schon unter Strafe stand, hielten langjährige politische und persönliche nichtjüdische Freunde zu ihr und besuchten sie.<sup>19</sup> Ein Bekenntnis zum Judentum oder eine Praktizierung der jüdischen Gebräuche ist in den Materialien über Mathilde Jacob nicht zu finden. Aber sie war keine Dissidentin, sondern bekannte sich in einer polizeilichen Vernehmung Anfang 1917 als mosa-

isch.<sup>20</sup>

*Mathilde Jacobs Mitarbeit in der Spartakusgruppe*

M. Jacobs Mitwirkung in der Gruppe um Rosa Luxemburg beschränkte sich nicht auf die Nachrichtenübermittlung zwischen der Inhaftierten und deren Freunden. In Verbindung mit L. Jogiches war sie an den technisch-organisatorischen Vorbereitungen für die Zeitschrift "Die Internationale" beteiligt,<sup>21</sup> der ersten programmatischen Schrift des Kreises um R. Luxemburg im Ersten Weltkrieg. Bald darauf war die freiwillige Helferin auch für weitere Führungsmitglieder aktiv. Anfang Juni 1915 diente M. Jacobs Büro als eine von mehreren Anlaufadressen für das Unterschriftenflugblatt, einer von Liebknecht initiierten innerparteilichen Petition an den SPD-Parteivorstand gegen die Kriegskreditbewilligung.<sup>22</sup> Im Auftrage von Liebknecht besorgte M. Jacob im Sommer 1915 die Übermittlung von Geldmitteln - wahrscheinlich für Agitations- oder Unterstützungszwecke.<sup>23</sup> Spätestens ab September 1915 war Mehring derjenige aus der Führung der Gruppe "Internationale", mit dem sie am meisten zusammenarbeitete, bis ab Februar 1916 R. Luxemburg nach ihrer Haftentlassung für die wenigen Monate in Freiheit wieder für M. Jacob im Vordergrund stand. Der in der illegalen Arbeit erfahrene und immer mißtrauische Konspirator Jogiches, langjähriger Kampfgefährte R. Luxemburgs in der polnisch-russischen Sozialdemokratie, hatte aus der ersten politischen Zusammenarbeit mit M. Jacob im Frühjahr 1915 ein so großes Vertrauen gewonnen, daß er ihr als einziger Person im September 1915 nach einem Wohnungswechsel seine neue Adresse gab, um Nachrichten mit R. Luxemburg und Mehring austauschen zu können. Damit wirkte M. Jacob spätestens ab September 1915 im Zentrum des Luxemburg-Liebknecht-Mehring-Kreises an der illegalen Arbeit dieser politischen Gruppierung mit.<sup>24</sup> 1915 geriet M. Jacob durch diese Aktivitäten auch erstmals ins Visier der Politischen Polizei, die bei ihr eine Haussuchung und die Beschlagnahme von Flugblättern vornahm.<sup>25</sup> Ziel des Kreises um Rosa Luxemburg war - entsprechend den Beschlüssen der Kongresse der Sozialistischen Internationale - die Propagierung von Massenaktionen gegen den Krieg. Dies wurde von den Strafverfolgungsbehörden als versuchter Landesverrat gewertet, so daß allen an dieser Agitation Beteiligten Inhaftierung, Verurteilung zu Gefängnis oder Zuchthaus, Schutzhaft oder bei den Männern strafweise Einberufung zur Truppe drohte. Die Haussuchung und Flugschriftenbeschlagnahme bei M. Jacob war sozusagen ein Warnschuß. Doch diese erste polizeiliche Maßnahme schreckte sie keineswegs ab, sondern sie setzte ihre rege Unterstützung der führenden Mitglieder des Luxemburg-Kreises unbeirrt fort. Seit August 1916 - R. Luxemburg war am 10. Juli erneut inhaftiert worden - wurde unter der Leitung von Jogiches die gesamte illegale Arbeit der Gruppe "Internationale" (Herausgabe von illegalen Flugschriften und ihre Verbreitung durch linksradikale Gruppen im ganzen Reich, Vorbereitung von Massenaktionen gegen den Krieg) intensiviert.<sup>26</sup> Jetzt war M. Jacob, wie sie in ihrem autobiographischen Bericht anschaulich beschreibt, fast täglich für Jogiches und die Spartakusgruppe tätig.<sup>27</sup> Durch Zufall ist ein zeitgenössisches Zeugnis dieser Zusammenarbeit erhalten geblieben: Das Original einer von Jogiches verfaßten und an R. Luxemburg gerichteten längeren Botschaft vom Juli 1917, von M. Jacob teils mit der Maschine, teils mit der Hand

geschrieben und von Jogiches handschriftlich ergänzt. Nach drei Seiten in Schreibmaschinenschrift kommt in der Handschrift von Leo Jogiches ein kurzer Zusatz mit Grußformel. Unmittelbar daran schließt sich eine von L. Jogiches diktierete und von Mathilde Jacob mit der Hand geschriebene Textpassage an, die dann offensichtlich spontan so lang geraten ist, daß eine zusätzliche Seite benötigt und fast vollständig - von M. Jacob nach Diktat von Jogiches - beschrieben wird. Die Ergänzungen im Schreibmaschinentext sind teils in M. Jacobs, teils in Jogiches' Handschrift.<sup>28</sup> Die auf den vier Seiten des Originals enthaltenen Zahlen sind die Seitenzahlen eines Buches, in die der vorliegende Schreibtext durch Kennzeichnung einzelner Buchstaben punktiert wurde, beim Schreibmaschinentext in der Reihenfolge von den hinteren zu den vorderen Seiten, wobei auf den ersten Seiten keine Punktierungen vorgenommen wurden, um bei der Durchsicht des Buches durch die Aufsichtsbeamten eine Entdeckung zu vermeiden. Diese Nachricht an R. Luxemburg vom Juni 1917 in der Originalfassung ist die einzige erhaltene konspirative Mitteilung mit den Handschriften von Jogiches und M. Jacob. Denn aus Gründen der Konspiration war es geboten, solche Schreiben so schnell wie möglich zu vernichten, um sie nicht bei jederzeit drohenden Haussuchungen in die Hände der Polizei fallen zu lassen. Wir verdanken also die Überlieferung dieses illegalen Schreibens einem groben Verstoß gegen die Regeln der Konspiration der ansonsten immer äußerst vorsichtigen M. Jacob. Die laufende Zusammenarbeit mit Jogiches spiegelt sich auch in der Korrespondenz M. Jacobs mit C. Zetkin wider. Denn in den Briefen aus der Zeit des Ersten Weltkrieges ist fast jedesmal von Jogiches die Rede, allerdings aus konspirativen Gründen immer unter Verwendung eines Tarnnamens wie "Mimis Vormund" oder "Frau Dr. Müller".<sup>29</sup> Anfang 1917 geriet M. Jacob als Verdächtige zum zweiten Mal in die Ermittlungen der Strafverfolgungsbehörden gegen Mitglieder der Spartakusgruppe wegen des illegalen Flugschriftenvertriebs, der als versuchter Landesverrat gewertet wurde. Ein Untersuchungsrichter beim Reichsgericht hielt M. Jacob sogar für eine der zentralen Figuren dieses Kreises, schlug ihre polizeiliche Überwachung vor und leitete höchstpersönlich eine für M. Jacob ganz überraschend kommende Durchsuchung ihrer Büro- und Wohnräume. Er versuchte dabei, die selbständige Stenotypistin durch ein sofortiges Verhör zu überumpeln, hatte mit dieser Einschüchterungsmethode aber keinen Erfolg, so daß die Ermittlungen gegen sie im Sande verliefen.<sup>30</sup> Die eigentliche Bewährungsprobe für M. Jacob kam Ende März 1918, als Jogiches mit seiner Berliner Helfergruppe verhaftet worden war. Auf Grund ihrer intensiven Zusammenarbeit mit Jogiches verfügte die Schreibbüroinhaberin von den in Freiheit gebliebenen Spartakusmitgliedern des Führungs- und engeren Helferkreises über das größte und aktuellste Informationspotential bezüglich der illegalen Aktivitäten wie z. B. über die Möglichkeiten zum Druck von Flugschriften und über die Verbindungen zu den einzelnen regionalen Gruppen mit den Deckadressen. Es ging nun darum, erneut ein Netz von Helfern zu knüpfen, damit die illegalen Flugschriften bald wieder herausgegeben und an möglichst vielen Orten verteilt werden konnten. Es gelang M. Jacob, hierzu einige passiv gewordene Spartakusmitglieder wie den früheren Vorwärts-Redakteur Dr. Ernst Mey-

er sowie den Kunsthistoriker Eduard Fuchs zu aktivieren. Dennoch war diese Arbeit sehr mühselig und im Sommer wiederholt von Rückschlägen durch Polizeimaßnahmen betroffen. Es war im starken Maße M. Jacobs Verdienst, wenn in den Monaten vor der Novemberrevolution 1918 die Verbindungen zwischen der stark dezimierten Berliner Spartakuszentrale und den örtlichen Gruppen nicht abrissen oder wiederhergestellt wurden und wenn die Flugblattagitatorik der Spartakusgruppe nicht vollständig zum Erliegen kam, sondern weiterbetrieben werden konnte - wenn auch nur auf kleiner Flamme. M. Jacob wußte - schon auf Grund der bei ihr 1915 und 1917 durchgeführten Haussuchungen und der verstärkt vorgenommenen Inhaftierungen, daß sie jederzeit in Untersuchungs- oder Sicherheitshaft genommen werden konnte, wenn bei ihr oder anderen Spartakusmitgliedern belastendes Material aufgefunden werden würde. Jedoch schränkte sie ihre illegale politische Tätigkeit trotz dieser Bedrohung nicht ein, sondern intensivierte sie in der Zeit von April bis Oktober 1918 noch erheblich. Obwohl sie spätestens ab September 1915 die aktivste und beständigste Helferson war, gelang es ihr, dank ihres geschickten konspirativen Verhaltens und sicherlich auch mit einem Quentchen Glück allen Strafverfolgungsmaßnahmen zu entgehen.<sup>31</sup> Im Frühjahr und Sommer 1918 war M. Jacob in so starkem Maße an der illegalen Arbeit im Zentrum der Spartakusgruppe involviert, daß man sie fast als Teil der stark dezimierten Spartakusführung bezeichnen könnte, wenn sie nicht auf Grund ihrer Bescheidenheit in den internen politischen Diskussionen auf eigene Beurteilungen verzichtet hätte. Hier hielt sie sich, wie ihren Briefen an C. Zetkin zu entnehmen ist, stark zurück, weil dies nach ihrer Ansicht Angelegenheit der geschulten, erfahrenen Genossen war. Auf jeden Fall war M. Jacobs intensive Mitarbeit besonders in der Zeit des größten personellen Aderlasses durch Inhaftierungen in den Monaten vor der Novemberrevolution 1918 für die Fortsetzung der revolutionären Spartakusagitatorik von allergrößtem Wert.<sup>32</sup>

#### *Aktivitäten in der Revolutionszeit (November 1918-Sommer 1919)*

Das gerade in den letzten Kriegsmonaten besonders starke Engagement M. Jacobs in der Spartakusgruppe war natürlich eine unentgeltliche Tätigkeit, die häufig soviel Zeit beanspruchte, daß sie Schwierigkeiten bekam, ihre Büroarbeiten zu schaffen. Kurze Zeit nach dem Umsturz am 9. November 1918 wurde M. Jacob als Sekretärin von Jogiches vollberuflich für diese politische Gruppierung tätig und band sich damit noch fester an den "Spartakusbund", wie sich der Kreis um Luxemburg und Jogiches unterdessen nannte. Und wie ihre brieflichen Äußerungen gegenüber C. Zetkin zeigen, verschaffte ihr diese neue Aufgabe eine große Befriedigung.<sup>33</sup> Doch schon nach zwei Monaten kam es durch die politischen Ereignisse zu einem Ende der neuen Berufstätigkeit M. Jacobs. Damit verbunden waren die für sie bislang schwersten Schicksalsschläge, die Ermordung ihrer Freunde Rosa Luxemburg und Leo Jogiches. In einem ergreifenden Brief an C. Zetkin vom 25.1.1919 kam der tiefe Schmerz der Sekretärin über den gewaltsamen Tod Rosa Luxemburgs eindrucksvoll zum Ausdruck: "...das Furchtbare ist Wahrheit, und der Verlust ist unbeschreiblich groß für uns alle. Rosa

war ja für jeden der gebende Teil... Seitdem habe ich fast nichts gegessen, und mein Kopf ist so wüst und leer, daß er im Moment nicht einmal mehr begreift, daß Rosa nicht mehr auf der Welt ist. Auch die entsetzliche Art des Todes und der ganze Schurkenstreich, den man noch dem geliebten Körper angetan hat, ist so furchtbar, daß ich ihn plötzlich nicht mehr fassen kann." Obwohl sie von ihrer Trauer fast überwältigt wurde, war M. Jacob in der Lage, in diesem Schreiben an C. Zetkin eine Vielzahl anstehender sachlicher Themen anzusprechen. Bemerkenswert ist ihr im selben Brief mitgeteilter Entschluß, sich in der KPD-Organisation "einen Platz zu schaffen", also eine Wahlfunktion zu übernehmen. Dieser Entschluß ist umso bemerkenswerter, weil sie im Januar 1919 die Pogromstimmung am eigenen Leibe erfahren hatte, als sie am Anfang ihrer mehrtägigen Haft für R. Luxemburg gehalten worden war und damit wußte, daß sie nicht nur mit erneuter Inhaftierung, sondern mit der Möglichkeit einer Ermordung rechnen mußte. Doch sie dachte nicht daran, ihre politische Betätigung zu reduzieren oder aufzugeben, sondern wollte sich aus tiefer Überzeugung noch stärker an die junge Partei und ihre Zielsetzung binden.<sup>34</sup> Der Tod des von ihr hochgeschätzten und verehrten Leo Jogiches am 10. März 1919 ging Mathilde Jacob ebenfalls sehr nahe: "Für mich ist Rosa jetzt erst wirklich nicht mehr da. Leo erschien mir stets so zu Rosa gehörig, daß ich mit ihm wie mit Rosa zu leben wähnte." Gleichzeitig kam in ihrem Brief vom 12.3.1919 eine neue Art von Festigkeit zum Ausdruck: "Ich bin merkwürdig ruhig, und ich habe wenig Zeit, mich vom Schmerz überwältigen zu lassen." Unter schwierigsten Umständen - wegen der Verfolgung der KPD-Mitglieder illegal lebend - organisierte Mathilde Jacob fast allein, nur mit juristischem Beistand von Theodor Liebknecht die Beisetzung ihres politischen Freundes.<sup>35</sup> In den folgenden Monaten agierte sie weitgehend selbständig, ohne Anlehnung an einen der verbliebenen kommunistischen Parteiführer. Sie war für die finanziellen Angelegenheiten der KPD-Zentrale zuständig, übte gegenüber C. Zetkin Kritik an der Parteiführung Paul Levis und machte Verbesserungsvorschläge.<sup>36</sup> Von den führenden Mitgliedern wurde ihr Urteil so sehr geschätzt, daß ihr die gerade in der Zeit der teilweisen Illegalität und häufigen Bespitzelung besonders verantwortungsvolle Aufgabe der Prüfung aller sich im Büro der Partei-Zentrale anmeldenden Besucher übertragen wurde.<sup>37</sup>

### *Verwahrerin des Rosa-Luxemburg-Nachlasses*

Schon in ihrem Brief an C. Zetkin vom 25.1.1919 war M. Jacobs Entschlossenheit zum Ausdruck gekommen, sich der Erhaltung des persönlichen und politischen Nachlasses von Rosa Luxemburg zu widmen. Obwohl Mitte der 1920er Jahre auf Wunsch der Erben der Nachlaß R. Luxemburgs der KPD zugesprochen wurde, blieben noch zahlreiche Papiere im Besitz von M. Jacob, darunter viele Abschriften von Briefen Rosa Luxemburgs und ihrer persönlichen und politischen Freunde sowie von ihren Verwandten, aber auch zahlreiche Originale, ebenfalls Korrespondenz M. Jacobs mit anderen Personen. Wie groß die gesamte Sammlung war, geht aus einem Schreiben vom 30. Juni 1933 an M. Jacob hervor, in dem die "Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A. G." in Berlin daran erinnert, daß noch "16 Kisten mit der Bezeich-

nung: RL" im Depot lagerten. Wahrscheinlich bestand ein Teil dieser Materialien aus den Schriftstücken, die M. Jacob Ende Juni 1939 in Berlin unter konspirativen Umständen dem amerikanischen Wissenschaftler Prof. Ralph H. Lutz übergab, der sie als Botschaftsgepäck in die USA schaffen ließ, wo sie heute im Archiv der Hoover Institution on War, Revolution, and Peace in Stanford, Kalifornien, der Forschung frei zur Verfügung stehen.<sup>38</sup> Ein anderer Teil wurde an Fritz Winguth, den sie zusammen mit seiner Frau seit 1915 oder 1916 kannte, übergeben, darunter eine seltene - leider nicht ganz vollständige - Sammlung der von R. Luxemburg, F. Mehring und J. Karski herausgegebenen "Sozialdemokratischen Pressekorrespondenz" wie auch das bereits erwähnte Schreiben von Jogiches an R. Luxemburg vom Juni 1917. Diese Winguth-Sammlung befindet sich in Privatbesitz in Berlin, ein großer Teil davon neuerdings als Kopien im Archiv der Hoover Institution. Es gelang M. Jacob, eine Sammlung weiterer Materialien, vor allem von ihr vorsorglich angefertigte Abschriften vieler Schreiben, auf illegalem Wege zu dem nach Paris exilierten Paul Frölich zu übersenden, der sie für seine Rosa-Luxemburg-Biographie benutzen konnte. Diese Materialsammlung gelangte zunächst in die Buttinger-Bibliothek in New York und befindet sich unterdessen im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn.<sup>39</sup> Weiterhin wurden aus dem Besitz von M. Jacob und von R. Luxemburg stammende Bücher, die höchstwahrscheinlich den Großteil der 16 Kisten im Bankdepot ausmachten, noch an Freunde abgegeben, bevor M. Jacob 1942 ins Konzentrationslager Theresienstadt deportiert wurde. So erhielt Heinrich Pabst von ihr einige Exemplare, die sein Sohn später an die Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung abgegeben hat.<sup>40</sup> Ein weiterer Teil dieser Bibliothek lagerte später in einem Schuppen auf Fritz Winguths Grundstück in Birkenwerder bei Berlin und wurde erst - wie Heinz Knobloch zufällig erfahren hat - 1989 vom staatlichen Antiquariat der DDR (ohne Kenntnis der Herkunft) auf den Markt geworfen und damit in alle Winde verstreut.<sup>41</sup> Wie weit die Anhänglichkeit Mathilde Jacobs gegenüber der toten Rosa Luxemburg und ihr Eifer bei der Bewahrung des Nachlasses ging, zeigte sich an der Art ihrer Vorgehensweise bei dem Versuch der Rückerlangung zweier von ihrer Freundin angefertigten Selbstporträts, eine bisher unbekannt gebliebene Episode. R. Luxemburg hatte noch in den letzten Kriegsmonaten einer aus dem Freundeskreis der Kautskys stammenden jungen Frau Martha - 'Medi' - Urban, die später einen der Söhne von Karl und Luise Kautsky heiratete, ein Zimmer in ihrer Wohnung überlassen und diese Regelung auch während der Monate nach dem 9.11.1918 beibehalten, was bei Mathilde Jacob zu heftiger, aber über lange Zeit verborgen gehaltener Eifersucht führte. Dies ist von M. Jacob selbst in ihrem autobiographischen Bericht geschildert und als Grund dafür angegeben worden, daß sie im November 1918 die Sekretariatsaufgaben nicht bei Luxemburg, sondern bei Jogiches übernahm. Von 'Medi' Urban oder ihrer älteren Schwester, die beide auch noch im Januar 1919 bei R. Luxemburg wohnten, waren aus einem Zimmer zwei Selbstporträts R. Luxemburgs mit der Begründung mitgenommen worden, sie hätte sie von R. Luxemburg geschenkt bekommen. Nachdem Clara Zetkins Versuche gescheitert waren, durch Beeinflussung Luise Kautskys die Bilder zurückzuerhalten, wandte

sich M. Jacob selbst an Luise Kautsky: "Liebe Frau Kautsky, ich erfahre teils durch Clara [Zetkin], teils durch Herrn Dr. [Kurt] Rosenfeld, daß Sie außerstande seien, uns wieder in den Besitz der aus Rosas Nachlaß unrechtmäßig genommenen Gemälde zu setzen. [...] Leo [Jogiches] [hatte] aber ausdrücklich bestimmt, daß die Bilder zusammen als Ganzes der Nachwelt erhalten bleiben sollten. Daß ich diesen Willen Leos zu [er]füllen bestrebt sein werde, und zwar mit allen Mitteln, die mir zu Gebote stehen, steht für mich unumstößlich fest. Ich halte es für selbstverständlich, daß die von Rosa gemalten Porträts zusammen aufbewahrt werden [...] Der Grund dieses Schreibens ist folgender: Wir sind in Besitz von Briefen, welche Herr Prof. [Hans] Kautsky [Bruder von Karl Kautsky] wohl an Sie geschrieben hat, vielleicht auch von Ihnen an diesen. Wir haben sie nicht berührt, nachdem wir flüchtig festgestellt hatten, um was es sich handelt. Es ist keiner der Briefe gelesen worden, sie liegen wohlverwahrt an dritter Stelle. Hält es Herr Prof. Kautsky [an den die Bilder offensichtlich unterdessen weitergegeben worden waren] für richtig, daß die Bilder nicht zurückgeliefert werden, so halten wir es für richtig, beliebigen Gebrauch von den Briefen zu machen [...] Es tut mir leid, daß ich in der Wahl meiner Mittel nicht wählerisch sein kann, aber die Gegenpartei war es auch nicht."<sup>42</sup> Solch einen Erpressungsversuch mit den zwischen Luise Kautsky und ihrem Schwager Hans ausgetauschten Liebesbriefen, die wohl Jahre zuvor den treuen Händen Rosa Luxemburgs anvertraut worden waren, hätte man Mathilde Jacob wohl nie zugetraut. Doch wenn es um den Nachlaß R. Luxemburgs und den letzten Willen von Jogiches ging, überschritt M. Jacob die sonst von ihr sicherlich als Selbstverständlichkeit anerkannten moralischen Grenzen.

### *Redakteurin bei Clara Zetkin*

In den Monaten nach der Ermordung Luxemburgs mußte M. Jacob in der meisten Zeit selbst das Leben einer illegal lebenden Politikerin führen, das sie vorher nur aus den Erzählungen der prominenten Genossinnen und Genossen kennengelernt hatte. Sie organisierte viele Aufgaben der gezwungenermaßen im Verborgenen arbeitenden KPD-Führung und zog dabei zusammen mit Mitgliedern der Zentrale oder der Redaktion der "Roten Fahne" in der Hoffnung auf bessere und sicherere Bedingungen von einer Stadt zur anderen. Trotz des vollen Bewußtseins der Gefahr einer erneuten Inhaftierung oder sogar Ermordung kommt auch in diesen Monaten in allen bekannten Äußerungen M. Jacobs niemals der Gedanke zum Ausdruck, ihre politische Tätigkeit aufzugeben oder etwa nur zu reduzieren. Dieser Lebensabschnitt endete am 25. Juni 1919 abrupt mit der erneuten Inhaftierung M. Jacobs. Laut Schutzhaftbefehl hätte sie als enge Freundin Rosa Luxemburgs diese "bei ihrer umstürzlerischen Tätigkeit unterstützt", und zwar mit den Zielen: "gewaltsame Beseitigung der rechtmäßigen Regierung und... Errichtung der Diktatur des Proletariats". Die Inhaftierte dagegen sah - wohl zu Recht - den eigentlichen Grund ihrer Verhaftung in ihren hartnäckigen und erfolgreichen Bemühungen um die Freigabe der Anfang Juni 1919 aufgefundenen Leiche Rosa Luxemburgs.<sup>43</sup> Einige Zeit nach ihrer Freilassung Mitte September 1919 folgte Mathilde Jacob einer Einladung Clara Zetkins, für sie in der Nähe von

Stuttgart als Sekretärin tätig zu werden. Höchstwahrscheinlich hatte die KPD-Führung dazu geraten, weil in Berlin angesichts des Vorgehens der Regierungstruppen Freiheit und Leben von Mathilde Jacob in Gefahr waren. Bald fiel M. Jacob die redaktionelle Hauptverantwortung in technisch-organisatorischer Hinsicht für die von Clara Zetkin herausgegebene Wochenzeitung "Die Kommunistin" zu. Diese Tätigkeit dauerte mindestens bis Dezember 1920. Da Clara Zetkin - wie ihre Schreiben an M. Jacob zeigen - spätestens ab Frühjahr 1920 häufig in Parteiangelegenheiten unterwegs war, konnte M. Jacob bei den redaktionell-organisatorischen Arbeiten in weitgehender Selbständigkeit ihr organisatorisches Geschick zeigen und fand dafür von Clara Zetkin auch die verdiente Anerkennung.<sup>44</sup> Nur in einer ausgezeichneten Regionalstudie kurz erwähnt und ansonsten in der Geschichtsschreibung unbekannt geblieben ist das erste und höchstwahrscheinlich einzige öffentliche Auftreten Mathilde Jacobs am 19. Dezember 1920 auf dem Vereinigungsparteitag der Württembergischen USPD und KPD in Stuttgart.<sup>45</sup> Einem Zufall ist es zu verdanken, daß sogar ihr Vortragsmanuskript im Wortlaut abgedruckt worden ist. Nach dem Verhandlungsbericht stand der Punkt "Frauenfragen" bei der Eröffnung des Parteitages am 18. Dezember noch gar nicht auf der Tagesordnung. Ganz unvermittelt taucht zum Schluß der ausführlichen Schilderung des zweitägigen Delegiertenversammlung der Tagesordnungspunkt "Frauenfragen" auf: "Genossin Jakob [Mathilde Jacob] referiert dann über die Frauenfrage. Leider wurde die Wirkung des Referats durch die im Nebensaal abgehaltene Weihnachtsfeier gestört, und eine Diskussion konnte nicht mehr stattfinden, weil der Saal geräumt werden mußte. Es wurde daher beschlossen, das Referat im Wortlaut im "Sozialdemokrat" zu veröffentlichen, die Frauenfrage als ersten Punkt auf die nächste Tagesordnung zu setzen und die Kreisvorstände zu verpflichten, Genossen zu bestimmen, die die Frauenfrage sofort in Fluß bringen sollen." Tatsächlich wurde in der Parteizeitung einige Tage später am 23.12.1920 unter der Überschrift "Die Arbeit der Frauen" das Manuskript vollständig abgedruckt. Für die Referentin M. Jacob muß dieser Vortrag ein grauenvolles Erlebnis gewesen sein. Es ist schon für einen erfahrenen Referenten schwierig, am Ende einer zweitägigen Konferenz noch die Aufmerksamkeit der Anwesenden zu erreichen. Hier hatte die Vortragende ohne technische Hilfsmittel, die es damals noch nicht gab, gegen die Geräuschkulisse einer Weihnachtsfeier im Nachbarraum anzukämpfen, ein wahrscheinlich vergebliches Unterfangen, das M. Jacob den Mut zu weiteren Vorträgen auf Dauer genommen haben mag. Die Frage ist, ob M. Jacob ihr Referat selbst erarbeitet oder nur einen von Clara Zetkin verfaßten Text vorgetragen hat. Doch C. Zetkin hatte höchstwahrscheinlich überhaupt keine Zeit für die Ausarbeitung solch eines Manuskriptes. Denn als Reichstagsabgeordnete konnte sie wegen ihrer Teilnahme an der Reichstagsitzung erst zum zweiten Tag der Versammlung kommen und entschuldigte sich dafür, daß sie sich für ihren Vortrag zum Thema "Die politische Lage" nicht gründlich hatte vorbereiten können. Höchstwahrscheinlich war der Tagesordnungspunkt "Frauenfragen" und damit das Referat M. Jacobs vergessen worden, weil C. Zetkin nicht an den vorbereitenden Sitzungen zum Vereinigungsparteitag in Stuttgart teilgenommen hatte und M. Jacob den Spit-

zengremien der württembergischen KPD nicht angehörte. Bei ihrer Ankunft am zweiten Tag der Versammlung muß C. Zetkin die Unterlassung bemerkt und auf die Hinzufügung des Punktes "Frauenfragen" mit dem Referat M. Jacobs gedrungen haben. Schon dieser zeitliche Ablauf und der große Zeitmangel C. Zetkins spricht dafür, daß M. Jacob nur wenig Hilfe von ihrer Freundin für die Abfassung des Referates erhalten haben konnte. Sicherlich hat C. Zetkin mit sanftem Druck und aufmunterndem Zureden ihre Redakteurin zu dem Referat ermutigt und ihr möglicherweise mit ein paar stichwortartigen Anregungen zur Seite gestanden, aber nicht mehr. Auch die gesamte Wortwahl des Vortrages spricht dafür, daß nicht C. Zetkin, sondern M. Jacob die Verfasserin ist. Aus über einem Jahr Redakteurstätigkeit für C. Zetkins "Kommunistin" in Stuttgart hatte die frühere Stenotypistin genug Material für einen fundierten Vortrag gefunden. Bemerkenswert ist die realistische Einschätzung der Lage in M. Jacobs Referat: Die große Masse der Frauen stünde der Kommunistischen Partei feindlich gegenüber, und die Partei hätte sich bisher nicht genug und nicht ernsthaft um die Gewinnung der Frauen für den Kommunismus gekümmert.<sup>46</sup>

#### *Assistentin bei Paul Levi*

Nachdem Mathilde Jacob Anfang 1921 wieder nach Berlin zurückgekehrt war, arbeitete sie die Jahre bis zu dessen Tode im Jahre 1930 für Paul Levi, der nach Jogiches' Tod im März 1919 bis Anfang 1921 den Parteivorsitz in der KPD innehatte, nach Rücktritt und schweren innerparteilichen Auseinandersetzungen aus der kommunistischen Partei ausgeschlossen wurde und später zum Exponenten des linken Flügels der SPD wurde. Die Stenotypistin begleitete nunmehr Levi auf seinem politischen und beruflichen Weg, sie zeichnete für die Redaktion der von Paul Levi herausgegebenen Periodika, zunächst die Zeitschrift "Unser Weg (Sowjet)", später die Pressekorrespondenz "Sozialistische Politik und Wirtschaft (SPW)" und besorgte seine gesamte Korrespondenz.<sup>47</sup> Ohne daß ihr Name in den entsprechenden Druckschriften erschien, übernahm sie auch die technisch-organisatorischen Arbeiten bei der Herausgabe der von Paul Levi verfaßten Broschüren wie z. B. Rosa Luxemburgs fragmentarischen Aufsatz "Die russische Revolution".<sup>48</sup> Es ist mit das Verdienst M. Jacobs, die zu jenem Zeitpunkt den Nachlaß R. Luxemburgs noch in Verwahrung hatte, daß diese wichtige Schrift der Spartakusführerin nicht in kommunistischen Parteiarchiven verschwand, sondern durch Paul Levi im Rahmen der 1920 und 1921 stattfindenden innerparteilichen Auseinandersetzungen in der VKPD der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden konnte. Levi gewann mit M. Jacob eine zuverlässige, umsichtige Redakteurin, Assistentin und Sekretärin, die auf Grund ihrer Stuttgarter Erfahrungen mit den redaktionellen Angelegenheiten voll vertraut war, so daß die Nennung ihres Namens im Impressum der Korrespondenz für die Redaktion nicht eine bloße Formalität darstellte, sondern ihrer tatsächlichen Tätigkeit entsprach. Sie hatte bei diesen Tätigkeiten auch im starken Maße freie Hand, da Paul Levi als Reichstagsabgeordneter, gefragter Redner und stark beschäftigter Publizist höchstwahrscheinlich noch weniger Zeit hatte als Clara Zetkin, um sich um die technisch-organisatorischen Fragen der

Korrespondenzherausgabe zu kümmern. Mit der Art ihres zunächst in der Spartakusgruppe ehrenamtlichen, später im Spartakusbund und in der KPD bzw. für Clara Zetkin und Paul Levi hauptberuflichen politischen Engagements und mit ihrem Organisationstalent stellte Mathilde Jacob ein Beispiel für die vielen persönlichen Helferinnen und Helfer von politischen Persönlichkeiten dar, die erst durch diese Unterstützung ihre volle Wirksamkeit entfalten können. Nur noch zweimal erschien M. Jacobs Name in Zeitungen mit eigenen Beiträgen: Als sie - bereits aus der KPD ausgeschlossen - im August 1921 von der KPD angegriffen wurde, weil sie noch den Nachlaß R. Luxemburgs in Verwahrung hatte, verteidigte sie sich mit einem beherzten Artikel in der USPD-Zeitung "Die Freiheit".<sup>49</sup> Anlässlich des 10. Jahrestages der Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts steuerte M. Jacob für die entsprechende Gedenkseite in der "Leipziger Volkszeitung" einen kleinen Aufsatz mit der Schilderung einer Episode aus der Gefängniszeit R. Luxemburgs im Sommer 1916 bei.<sup>50</sup> Doch den gesamten Bericht über ihre Zusammenarbeit mit Rosa Luxemburg und ihren Freunden, den sie schon 1919 oder 1920 begonnen hatte, hat sie nie veröffentlichten lassen. Er wurde erst 1988 publiziert.<sup>51</sup> Nach dem Tode Levis im Jahre 1930 soll M. Jacob für die von Carl von Ossietzky herausgegebene "Weltbühne" gearbeitet haben, deren leitende Mitarbeiter sie aus ihrer Zusammenarbeit mit Paul Levi kennen und schätzen gelernt haben mögen.<sup>52</sup> Für M. Jacob reichten in der Zeit der Weltwirtschaftskrise die Aufträge für ihr Schreibbüro höchstwahrscheinlich nicht aus, um ihren Lebensunterhalt und den ihrer Mutter zu sichern, so daß solch ein Arbeitsplatz für sie von großer Hilfe war.

### *Opfer der nationalsozialistischen rassistischen Verfolgungen*

Mit Beginn der Naziherrschaft war für M. Jacob als früheres Mitglied der SPD bzw. der KPD jede Möglichkeit einer politischen Betätigung oder einer Mithilfe bei politischen Gesinnungsgenossen unmöglich geworden und sie mußte sich vollständig auf die Tätigkeit in ihrem Schreibbüro zurückziehen. Vor allem war sie als Jüdin voll den rassistischen Diskriminierungs- und Verfolgungsmaßnahmen ausgesetzt. Doch blieb sie noch bis kurz vor ihrer Deportation mit vielen ihrer alten Kampfgefährten, die häufig zu persönlichen Freunden geworden waren, wie den früheren Spartakusmitgliedern Fritz Winguth<sup>53</sup> und Heinrich Pabst<sup>54</sup> im Kontakt. Es wäre sicher für M. Jacob ein Leichtes gewesen, unmittelbar nach der Errichtung der nationalsozialistischen Diktatur zu emigrieren. Aber vor allem wegen ihres hohen Alters zögerte sie mehrere Jahre. Erst sehr spät - ab 1938 -, als die nationalsozialistischen Machthaber die Entrechtung und Terrorisierung der jüdischen Mitbürger kontinuierlich gesteigert hatten, versuchte M. Jacob, über bereits in die USA emigrierte Verwandte des verstorbenen Paul Levi eine Ausreisemöglichkeit zu bekommen. Es ist ergreifend, anhand der verzweifelten Briefe M. Jacobs mitzuerleben, wie sie versuchte, dem rassistischen Terror der Nazis zu entkommen.<sup>55</sup> Spätestens seit 1939 versuchten politische und persönliche Freunde in den USA unter Führung von Jenny Herz, der Schwester Paul Levis, die noch bis Ende 1941 mit M. Jacob korrespondierte, und der internationalen

Sozialistin Angelica Balabanoff, die von J. Herz immer M. Jacobs Briefe zur Information erhielt, die Ausreise von M. Jacob zu erreichen, sammelten in den USA dafür zunächst 150 \$, kamen später sogar auf 500 \$. Der Versuch, auch mit Hilfe der Hoover Institution in Stanford, das Geld - direkt oder über eine Hilfsorganisation - an Mathilde Jacob weiterzusenden, hatte keinen Erfolg. Die erforderlichen 500 \$ kamen erst 1941 zusammen, als es schon längst keine Chance mehr für eine Ausreise gab. Die in die USA emigrierten Freunde rechneten unmittelbar nach Kriegsende damit, daß auch Mathilde Jacob von den Nazis in einem Konzentrationslager ermordet worden sei und konnten nur wie Trude Winguth, eine Schwägerin Fritz Winguths, in einem Brief an Angelica Balabanoff vom 5. März 1946 resigniert und trauernd feststellen: "Warum auch kam unsere Hilfsaktion so langsam vorwärts! Mathilde hatte so auf uns gebaut..."<sup>56</sup> In Deutschland hatte einer der politischen Freunde, Heinrich Pabst, kurz vor ihrer Deportation nach Theresienstadt am 27. Juli 1942 noch Mathilde Jacob den Vorschlag gemacht, in die Illegalität zu gehen. Doch sie wehrte mit Hinweis auf ihr hohes Alter von 69 Jahren ab und hoffte, daß das Ziel der Deportation nur eine Art Getto-Staat für Juden im Osten sein würde.<sup>57</sup> Als eines der vielen Opfer des Holocaust ist sie am 14.4.1943 im Alter von 70 Jahren nach fast einem Jahr qualvollen Lagerlebens im Konzentrationslager Theresienstadt umgekommen.<sup>58</sup> Das Leben und Sterben der Mathilde Jacob steht damit symbolhaft für das leidvolle Schicksal unzähliger jüdischer Mitbürgerinnen und Mitbürger.

### *Erinnerungsstätte für Mathilde Jacob*

Nachdem bereits 1988 auf Initiative Heinz Knoblochs eine Bezirksbücherei in Berlin-Hohenschönhausen nach Mathilde Jacob benannt worden war, erhielt die Schreibbüroinhaberin am 27. Januar 1997, über 50 Jahre nach ihrem Tode, eine besondere Ehrung: Der bis dahin namenlose Vorplatz des Rathauses Tiergarten - also des Teils Berlins, in dem M. Jacob von 1907 bis 1942 lebte - erhielt die Bezeichnung "Mathilde-Jacob-Platz", und an der Fassade des Gebäudes wurde eine Gedenktafel für M. Jacob enthüllt. Im Vorfeld der Namensgebung kam es zu einer langwierigen politischen Auseinandersetzung zwischen der SPD und der Partei der Grünen einerseits, die beide für diese Ehrung eintraten, und der CDU andererseits, die die Benennung ablehnte. Begründung der CDU: M. Jacob sei Sekretärin R. Luxemburgs und Mitglied der KPD gewesen. Mit dieser Argumentation versuchte die CDU, Unterschriften in einem Bürgerbegehren gegen die Namensgebung zu sammeln, fand aber damit zuwenig Anklang in der Bevölkerung. Denn SPD und Grüne bzw. das Bezirksamt informierten auf öffentlichen Veranstaltungen bzw. mit einer Ausstellung in den Rathausräumen und in den Schulen über das Leben und Wirken Mathilde Jacobs. Auch die Akademie der Künste mit ihrem damaligen Präsidenten Walter Jens engagierte sich mit einer Veranstaltung für die Namensgebung. Diese politische Kontroverse fand nicht nur in der Berliner, sondern sogar in der überregionalen Presse (z.B. im Nachrichtenmagazin "Der Spiegel") ihren Niederschlag. Das Fazit: Während bei vielen anderen Straßen- und Platzbenennungen zur Ehrung von Personen häufig nicht

einmal die politisch Verantwortlichen richtig über die Namenspatronin oder den Namenspatron Bescheid wissen, war durch die politische Auseinandersetzung über den Mathilde-Jacob-Platz das Leben einer der Allgemeinheit weitgehend unbekannt gebliebenen politisch aktiven Frau vielen Bürgerinnen und Bürgern nahe gebracht worden.

### Anhang

Referat von Mathilde Jacob "Die Arbeit der Frauen",  
 vorgetragen auf dem Bezirksparteitag der V. K. P. Württemberg, [19.12.1920]<sup>59</sup>

Parteigenossen! Die Gewinnung der breiten Schichten proletarischer Frauen läßt sich nicht trennen von den großen Aufgaben der Revolution, läßt sich nicht trennen von dem Kampf für den Sieg des Kommunismus. Agitation unter den Frauen heißt, die Frauen aufrufen für den Kampf, der nur ein gemeinsamer sein kann mit den breiten Massen der Genossen in der Vereinigten Kommunistischen Partei. Nur Schulter an Schulter Mann und Frau des arbeitenden Volkes kann die Revolution in Deutschland zu siegreichem Ende geführt werden, können wir Sowjetrußland zu Hilfe kommen und die Weltrevolution vorantreiben. Der letzte Parteitag hat es klar ausgesprochen, daß wir keine gesonderte Agitationsarbeit unter den Frauen zu vollziehen haben. Aber *Verklavung der Frau* in der Familie, besonders der besitzlosen Klasse, die schlechten Arbeitsbedingungen der Lohnarbeiterinnen im Vergleich mit den Männern und die wirtschaftliche Rückständigkeit, Unwissenheit und Dumpfheit der Frauen infolge jahrhundertelanger Entrechtung und sozialer Unterdrückung, diese Momente machen es nötig, mit besonderen Mitteln an die Erfassung der Frauenmassen heranzugehen, alle Kräfte anzuspornen, um die Massen zu gewinnen. Ist der Weg erst gefunden, die Frauen in unseren Reihen zu organisieren, so werden sie wertvolle Arbeit leisten, das alte Gebäude des Kapitalismus einzureißen und am Aufbau des menschenerlösenden Kommunismus regen Anteil zu nehmen. Vorläufig steht uns die Frau in ihrer großen Masse noch feindlich gegenüber. Die bürgerliche Gesellschaft kennt sehr wohl den Machtfaktor, den die Frau im wirtschaftlichen Leben spielt, und wir sehen sie mit heißem Bemühen um die Seele der arbeitenden Frau ringen. Leider ist ihr Bemühen mit Erfolg gekrönt. Das sahen wir deutlich an den Wahlresultaten. Die Kirche hat nicht umsonst gearbeitet, die Frauen stimmten in großer Zahl für das Zentrum und befestigten seine Macht durch ihre politische Rückständigkeit. Die Frauen helfen der Bourgeoisie, ihr Leben auf Kosten des Proletariats zu verlängern. Parteigenossen! Nur wenn die breitesten Massen von revolutionärem Willen und Klassenbewußtsein erfüllt sein werden, können wir die Revolution zu siegreichem Ende führen.

*Jedes Hinauszögern kostet uns Tausende und Abertausende Proletarierleichen.* Bei der heutigen schlechten Ernährung sterben die Säuglinge, die Kinder, die Frauen und Männer zu Tausenden dahin. Und es sind natürlich Säuglinge, Kinder und Frauen der Proletarier, die dem Tode erhöht anheimfallen. Wenn sie die Statistiken der bürgerlichen Wissenschaftler anschauen, so können Sie nur eines feststellen, daß das Proleta-

riat von Monat zu Monat mehr entnervt und entkräftet, daß es von Monat zu Monat zu vielen Tausenden dahinsiecht. Sie können feststellen das große Massensterben des Proletariats. Wohl sind die Schaufenster jetzt angefüllt mit Wäsche, Kleidung, Schuhwerk, angefüllt mit den leckersten Lebensmitteln. Die breite Masse des Volkes aber hat kein Geld, diese Dinge kaufen zu können, sie hungert und friert. In Berlin wird anlässlich der *Bettelei für die hungernden deutschen Kinder* von seiten der Bourgeoisie eine rege Propaganda in Wort und Schrift betrieben, um das Elend in seiner ganzen Furchtbarkeit aufzuzeigen. Es ist Graf Harry Keßler, der in einer Broschüre "Die Kinderhölle von Berlin", herausgegeben von der Deutschen Verlagsgesellschaft für Politik und Gesellschaft m. b. H. Berlin, das nackte Elend der Berliner wirtschaftlich ruinierten Familien in fotografischen Aufnahmen festhält. Diese Armen wohnen in schlechten, ungeheizten Räumen, drei bis vier Personen häufig auf eine Lagerstätte zusammengepfercht, weil sie den Gaspreis nicht zahlen konnten. Es fehlt an Wäsche, an Kleidung und Schuhen. Es ist keine Seife vorhanden. Kurz, es ist ein Elend, wie es die Welt nie gesehen. In einer anderen Broschüre, "Kinder in Not", herausgegeben vom Minister für Volkswohlfahrt A. Stegerwald, Verlag für Politik und Wirtschaft, Berlin W 35, wird der Menschheit, die das Gruseln verlernt, geschildert, wie verheerend der Krieg gewirkt hat. Die Unterernährung wird aufgezeigt, es wird statistisch festgestellt, daß sich die Tuberkulose fast verdreifacht hat. Es gibt keine Möglichkeit, dieser Krankheit Einhalt zu gebieten, denn "der Kampf gegen die Tuberkulose in Deutschland erfordert, wenn er durchgreifen will, viele Millionen Mark". Natürlich sind die Mittel nicht aufzubringen, und der Staat sieht sich gezwungen, die schon bestehenden Lungenheilstätten zu schließen, derselbe Staat, der viele Milliarden für die Reichswehr verausgabt. Aber diese Milliarden sind vorhanden, sie werden gebraucht zur Niederknüppelung des Proletariats, desselben Proletariats, für das hier gebettelt wird, gebettelt in seinen eigenen Reihen. "Denn", sagt der Herr Minister Stegerwald, "die Erwerber der neuen Reichtümer entbehren meist des Gefühls für selbstloses Wohltun." Und der Staat läßt ihnen ihre Reichtümer und läßt das Proletariat Hungers sterben, fügen wir hinzu. Niemals ist das Unrecht der Kapitalistenklasse von bürgerlicher Seite so unumwunden zugegeben worden als in dieser Broschüre. Sie ist eine flammende Anklage gegen die kapitalistische Wirtschaftsordnung, gegen den verbrecherischsten aller Kriege, den Weltkrieg 1914-18. Aber das zuzugeben, liegt dem Herrn Minister fern. Er klagt die Entente an, das deutsche Volk in dieses Elend hineingejagt zu haben durch den Versailler Friedensvertrag. Es sind die Frauen, an die sich der Minister ganz besonders wendet, mitzuhelfen an dem "edlen Werk", für die Proletarierkinder zu betteln. Parteigenossen! Es liegt an Ihnen, die Frauen eines Besseren zu belehren, ihnen *die Wurzel des Übels aufzuzeigen*, das sie und ihre Kinder in den Hungertod jagt. Solange die breiten Schichten der Frauen in den Kampf nicht mitgerissen sind, solange ihre Kräfte für uns ungenutzt bleiben, solange gibt es keine revolutionäre Einheitsfront, kann es keine geben, und die Gefahr der Niederknüppelung der Revolution, der Rückfall in die Barbarei droht uns. Das Werk der Befreiung aus der Sklaverei des Kapitalismus kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein, und

es wäre falsch zu glauben, daß in dieser Arbeiterklasse die Frauen nicht der notwendigste Bestandteil wären. Sobald die Arbeiterin sich den sozialen Vorkämpfern des Kommunismus angeschlossen hat, wird auch die Gefahr der Verhetzung seitens der Bourgeoisie erfolglos bleiben. Gestehen wir es uns ein, Sie haben bis jetzt für die Erfassung der Frauen nicht genug gearbeitet, haben die Aufgabe nicht ernsthaft genug erfaßt, die breiten Massen der Frauen an uns zu fesseln. Die Gewinnung wird umso erfolgreicher vor sich gehen, umso geschickter wir verstehen, die Frauen für den Kommunismus zu gewinnen. Es dürfte nicht schwer sein, die Worte zu finden, die die Frau zu uns ziehen müssen. Denken Sie an die Mühsal der Hausarbeit, die zu erhalten der kapitalistische Staat ein Interesse hat, denken Sie an die Teuerung und die damit zusammenhängende Unterernährung, wie sie in den Broschüren aufgezeigt sind. Versuchen Sie den Frauen weiter klar zu machen, wie auch sie als freie Menschen leben könnten, wenn die Abschaffung der Hauswirtschaft, wie sie heute besteht, im kommunistischen Gemeinwesen durchgeführt sein wird. Erzählen Sie von der Mutterschaftsfürsorge in Rußland; zeigen Sie an den vielen *Leistungen der russischen Frauen*, wie wertvolle Arbeit diese beim Wiederaufbau Sowjetrußlands leisten. Auch die Frauen Räterußlands waren konterrevolutionär. Auch sie waren verhetzt durch die russische Bourgeoisie, auch sie leisteten den Weißgardisten Hilfsdienste und verrieten die Rotarmisten. Aber gar bald sahen diese getäuschten Frauen ein, wer ihr Feind war. Und um diesen Feind zu überwältigen, war und ist ihnen keine Arbeit zu schwer. Sie stehen an Mut den Männern nicht nach. Sie kämpfen in der Roten Armee gegen den äußeren Feind, sie leisten wertvolle Arbeit beim Wiederaufbau Sowjetrußlands. Es gibt keine Arbeit, die nicht von den Frauen Rußlands geleistet würde vom polizeilichen Ordnungsdienst in den Straßen bis zum höchsten Verwaltungsamt in Staat und Gemeinde, von der einfachen Arbeit der Fabrikarbeiterin bis zur Leiterin des Betriebs. Ja, es waren die Frauen, die, als Judenitsch<sup>60</sup> sich Petersburg nahte und die Rote Armee, entmutigt durch die militärischen Niederlagen, die Flucht ergreifen wollte, einen Ring um Petersburg bildeten und so mit ihren Leibern die Stadt schützten. Sie feuerten durch ihren Mut die Rotarmisten an, wieder in den Kampf zu gehen, und so waren es die Frauen Petersburgs, die die Stadt vor den Horden Judenitschs schützten, sie in die Flucht schlugen und die Revolution in Rußland retteten. Parteigenossen! Wenn sie den deutschen Schwestern klar vor Augen führen, welche Opfer die russischen Frauen bringen, um die Welt zu befreien von den Qualen, unter denen sie sich windet, so werden Sie ein williges Ohr finden. Und wenn Sie diese Arbeit leisten, so ist es keine "Frauenarbeit", deren Wichtigkeit Sie vielfach noch nicht eingesehen haben, es ist wertvolle Parteiarbeit, die sie damit leisten, es ist eine Arbeit, die uns hilft, die Revolution in Deutschland zu vollbringen, unseren russischen Brüdern zu Hilfe zu kommen, die Weltrevolution voranzutreiben.

---

1 Wesentlich überarbeitete und erweiterte Fassung eines Referates, gehalten auf der wissenschaftlichen Konferenz der "Internationalen Rosa-Luxemburg-Gesellschaft" vom 11. bis 13. September 1998 in

- Tampere, Finnland. Kurzfassung in: Narihiko Ito, Annelies Laschitza, Ottokar Luban (Hrsg.): Rosa Luxemburg im internationalen Diskurs. Internationale Rosa-Luxemburg-Gesellschaft in Chicago, Tampere, Berlin und Zürich (1998-2000), Berlin 2002, S.119-122.
- 2 Heinz Knobloch: Meine liebste Mathilde. Die beste Freundin der Rosa Luxemburg, 5. erweiterte Auflage, Berlin 1994 (im folgenden: Knobloch, 1994). 1. Auflage Berlin [Ost] 1985; neuerdings als Taschenbuch textlich unverändert wie die 5. Auflage: Frankfurt/Main 1997; Ottokar Luban: Die "innere Notwendigkeit, mithelfen zu dürfen". Zur Rolle Mathilde Jacobs als Assistentin der Spartakusführung bzw. der KPD-Zentrale, in: IWK - Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Jg.29 (1993), H.4, S.421-470 (im folgenden: Luban, 1993); Ottokar Luban, Ermittlungen der Strafverfolgungsbehörden gegen Mathilde Jacob und Leo Jogiches (1915-1918). Ergänzungen zu ihren politischen Biographien, in: IWK, 31.Jg.(1995), H.3, S.307-331 (im folgenden: Luban, 1995).
- 3 Rosa Luxemburg u. a.: Briefe an Mathilde Jacob (1913-1918), hrsg. von Narihiko Ito, Tokio 1972 (im folgenden: Ito, 1972); in erweiterter Fassung: Rosa Luxemburg, Ich umarme Sie in großer Sehnsucht. Briefe aus dem Gefängnis 1915-1918, [hrsg. und] mit einem Vorwort versehen von Narihiko Ito, Berlin, Bonn 1980; Rosa Luxemburg im Gefängnis. Briefe und Dokumente aus den Jahren 1915-1918, hrsg. und eingeleitet von Charlotte Beradt, Frankfurt/Main 1973, unverändert als Taschenbuchauflage Frankfurt/Main 1987 (im folgenden: Beradt, 1987); Rosa Luxemburg, Gesammelte Briefe, Bd. 5, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Leitung der Redaktion: Annelies Laschitza und Günter Radczun, [Ost-]Berlin 1984 (im folgenden: R. Luxemburg, Ges. Briefe, 5).
- 4 Peter Nettel, Rosa Luxemburg, Köln/Berlin [West] 1967, S.42. Beradt, S.10.
- 5 Luban, 1993; Luban, 1995.
- 6 Mathilde Jacob, Von Rosa Luxemburg und ihren Freunden in Krieg und Revolution 1914-1919, hrsg. und eingel. von Sibylle Quack und Rüdiger Zimmermann, in: IWK, 24.Jg.(1988), H.4 (im folgenden: M. Jacob, Von Rosa Luxemburg ...), S.441.
- 7 Hanna Papanek, Alexander Stein (Pseudonym: Viator) 1881-1948, Socialist Activist and Writer in Russia, Germany, and Exile: Biography and Bibliography, in: IWK, 30.Jg. (1994), H.3, S.347f.
- 8 Karl Radek: November - eine kleine Seite aus meinen Erinnerungen, in: Otto-Ernst Schüddekopf, Karl Radek in Berlin. Ein Kapitel deutsch-russischer Beziehungen im Jahre 1919, in: Archiv für Sozialgeschichte, Bd.2 (1962), S.132. Die Ankündigung des Erscheinens in einem hektografierten Rundschreiben vom 1. Oktober 1911 mit der Originalunterschrift "Karl Radek" in: Russisches Staatsarchiv für sozialpolitische Geschichte (RGASPI), Moskau, fonds 340, opis 4, delo 222, Bl.1.
- 9 "Sozialdemokratische Korrespondenz für Auslandspolitik", Herausgeber: A. Thalheimer, Berlin. Das einzige bekannte Exemplar - Nr.12 vom 23.5.1914 - befindet sich im Besitz von Frau Elisabeth Schöttle, Stuttgart (Schwiegetochter von Berta Thalheimer, der Schwester A. Thalheimers). Aus einem Schreiben Mehrings an M. Jacob geht hervor, daß Thalheimer bei seinem Weggang aus Berlin zum Antritt eines Redakteurstpostens in Braunschweig bei M. Jacob die Bezahlung von Rechnungen vergessen hatte (Hoover Institution on War, Revolution, and Peace, Archives, Stanford, Kalifornien, USA, Rosa Luxemburg - Mathilde Jacob Collection, box 3, folder 16, 18, 20: Schreiben Mehrings an M. Jacob vom 23.10., 15. (18.?)11., 23.11.1914). Die Tätigkeit M. Jacobs für August Thalheimer war bisher nicht bekannt.
- 10 Knobloch, S.328.
- 11 Luban, 1995, S.314.
- 12 Luban, 1993, S.425f.
- 13 M. Jacob, Von Rosa Luxemburg..., S.443, S.444. Hektografierte Artikel mit handschriftlichen redaktionellen Änderungen: "Der Philister und sein Sieg" und "Trümmer" aus der "Sozialdemokratischen Korrespondenz", Nr. 100 vom 17. September 1914 bzw. Nr. 112 vom 30. Oktober 1914, Privatarchiv, Berlin, Fotokopien im Besitz des Verfassers. Zur Vortragsreihe: vgl. Luban, 1993, S.424, Anm.16.
- 14 Briefe R. Luxemburgs an M. Jacob vom Januar und Februar 1915 in: R. Luxemburg, Ges. Briefe, 5, S.35, 36, 41.
- 15 Luban, 1993, S.423-231, Zitat: S.425.

- 16 Knobloch, S.72, S.84 f., S.91-93, S.341, S.343 f., S.349.
- 17 Brief R.Luxemburgs an Kostja Zetkin, 10. 4. 1915, in: R. Luxemburg, Ges. Briefe, 5, S.54.
- 18 The Family Chronicle of Eugen Fernbach (Berlin, 1853-1936). A Jewish Life in Berlin from Bismarck to Hitler, edited and translated by his grandson and great-grandson, Hans and David Fernbach, London 1999, S.49, S.102; M. Jacob, Von Rosa Luxemburg..., S.486.
- 19 Hans-Rainer Sandvoß: Widerstand in Neukölln, H.4 der Schriftenreihe über den Widerstand in Berlin, Hg. Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Berlin 1990, S.69 (Aussage Elsa Winguths); mündl. Auskunft von Elsa Winguth an den Verfasser, 27.12.1968; Brief von Rolf Pabst (Freiburg/Breisgau) an Heinz Knobloch vom 22.1.2000 (Fotokopie - im folgenden: Rolf Pabst, 22.1.2000), Dank für die Überlassung des Briefes; Brief von Rolf Pabst an den Verfasser vom 14.2.2000.
- 20 Luban, 1995, S.314; Knobloch, S.344.
- 21 Luban, 1993, S.425.
- 22 Karl Liebknecht: Gesammelte Reden und Schriften, hrsg. Institut für Marxismus-Leninismus, Bd. VIII, August 1914 bis April 1916, Berlin [Ost] 1966, S.248. (Hektographiertes Schreiben vom 12. Juni 1915 mit Unterschrift und handschriftlichen Zusätzen Karl Liebknechts, Faksimile nach Seite 240).
- 23 Die Fortsetzung der Zusammenarbeit mit K. Liebknecht während des Weltkrieges war bisher nicht bekannt gewesen. (Schreiben von Dr. James Friedländer, Sozius in der Anwaltskanzlei der Gebrüder Theodor und Karl Liebknecht, vom 14.7.1915 an den sich als Armierungssoldaten an der Front aufhaltenden K. Liebknecht, in: Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, Berlin-Lichterfelde [im folgenden: SAPMO-BArch], NY 4001 Nr. 44, Bl.131.)
- 24 Luban, 1993, S. 425-432.
- 25 Luban, 1995, S.311.
- 26 Luban, 1995, S.321.
- 27 M. Jacob, Von Rosa Luxemburg ..., S.483.
- 28 Ottokar Luban, Zwei Schreiben der Spartakuszentrale an Rosa Luxemburg (Juni 1917; 5. November 1918), in: Archiv für Sozialgeschichte, XI. Bd. 1971, (im folgenden: Luban, 1971) S.227-236. Hier der Text des Schreibens mit ausführlicher Kommentierung und einem Faksimile der Seite mit den beiden Handschriften. Das Original des Schreibens vom Juni 1917 befindet sich in einem Privatarchiv in Berlin, Fotokopien im Besitz des Verfassers. Erstveröffentlichung - ohne Kommentar - in: Sozialistische Politik und Wirtschaft, Jg.2 (1924), Nr. 41 vom 2. Juli 1924. Das ist die von Paul Levi herausgegebene gedruckte Pressekorrespondenz, für deren Redaktion M. Jacob verantwortlich zeichnete. In meiner Veröffentlichung von 1971 war die Handschriftenzuordnung für mich noch nicht möglich, da ich zu den in der DDR liegenden handschriftlichen Materialien der beiden Personen (Briefe M. Jacobs im Clara-Zetkin-Nachlaß im Zentralen Parteiarchiv des Instituts für Marxismus-Leninismus; handschriftliche Notizen von Jogiches im Bestand Oberreichsanwalt beim Reichsgericht im Zentralen Staatsarchiv der DDR in Potsdam) keinen Zugang bekam.
- 29 Luban, 1993, S.438.
- 30 Luban, 1995, S.309-315.
- 31 Luban, 1993, S. 444-448; Luban, 1995, S.326-331.
- 32 Luban, 1993, S.448-450.
- 33 Luban, 1993, S.450f.
- 34 Luban, 1993, S.451-455.
- 35 Luban, 1993, S.456-457.
- 36 Luban, 1993, S.457-460.
- 37 SAPMO, BArch, RY 1/I 2/3, Nr.38, Bl. 97: Aufzeichnungen Wilhelm Piecks über die Vor- und Anfangsgeschichte der KPD, niedergeschrieben 1920.
- 38 Knobloch, S.259-268.
- 39 Ito, 1972, S.VII (Vorwort).
- 40 Rolf Pabst, 22.1.2000.
- 41 Mündl. Mitteilung von Heinz Knobloch an den Verfasser.

- 42 Internationales Institut für Soziale Geschichte Amsterdam, Nachlaß Kautsky-Familie, Mappe 1117, unp., Abschrift, ca. Anfang Mai 1919.
- 43 Luban, 1993, S.463.
- 44 Luban, 1993, S.464f.
- 45 Sylvia Neuschl: Geschichte der USPD in Württemberg oder Über die Unmöglichkeit einig zu bleiben, Eßlingen 1983, S.335.
- 46 Der Sozialdemokrat, Stuttgart, Organ der Vereinigten kommunistischen Partei Württembergs, Sektion der Kommunistischen Internationale, 7.Jg., Nr.297, 20. Dezember 1920: Verhandlungsbericht; a.a.O., Nr. 300, 23. Dezember 1920, Beilage: Die Arbeit der Frauen. Referat der Genossin Jakob [Mathilde Jacob] auf dem Bezirksparteitag der V.K.P.D. Württemberg[s]. Der volle Wortlaut wird als Anhang dieses Aufsatzes wiedergegeben.
- 47 Luban, 1993, S.466.
- 48 SAPMO-BArch, NY 4126, Nr. 013, 015-017; Kopien aus dem Nachlaß Paul Levi im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
- 49 Luban, 1993, S.468-470.
- 50 Luban, 1993, S.468.
- 51 Siehe Anm. 6.
- 52 David Fernbach: Einleitung zu: Mathilde Jacob, Rosa Luxemburg. An Intimate Portrait, translated by Hans Fernbach with an introduction by David Fernbach, London 2000, S.18. Es handelt sich bei dem Haupttext um den Erinnerungsbericht von Mathilde Jacob (s. Anm.6).
- 53 Luban, 1971, S.226 mit Anm. 10.
- 54 Rolf Pabst, 22.1.2000.
- 55 Knobloch, S.355-359.
- 56 Briefe von Angelica Balabanoff an Jenny Herz von 1939 bis 1942, in: Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn, Nachlaß Levi, Mappe 31; Zitat a.a.O., Brief Mrs. William [Trude, Gertrud] Winguth an A. Balabanoff vom 5.3.1946.
- 57 Rolf Pabst, 22.1.2000.
- 58 Knobloch, S.352, S.356-359.
- 59 Der Sozialdemokrat, Stuttgart, 7. Jg., Nr. 300, 23.12.1920, Beilage. Druckfehler und Kommasetzung wurden stillschweigend korrigiert.
- 60 General der weißgardistischen Truppen.

Maria Ansorge: “Um unsere sozialistischen Ideen zu verwirklichen, dafür sind wir nie zu alt.”<sup>1</sup>

## Gisela Notz

Einen weiten Weg hat die sudetendeutsche Textilarbeiterin Maria Ansorge im Laufe ihres 75 Jahre langen Lebens zurückgelegt.<sup>2</sup> Aus der Dorfschule kam sie in die Fabrik, von da zur Parteiarbeit. Unermüdlich bildete sie sich fort und ebenso unermüdlich kämpfte sie für eine gerechtere Welt und für bessere Arbeitsbedingungen. Ihre sozialdemokratischen Parteigenossen delegierten sie in den Reichstag der Weimarer Republik, dem sie bis zur Machtübernahme durch die Nationalsozialisten angehörte. Danach hatte sie keinen Platz mehr in der Politik, sondern wurde in Gefängnisse gesteckt und schließlich ins KZ Ravensbrück gebracht. Als eine der wenigen Überlebenden kam die bekannte schlesische Sozialistin 1951 als Nachrückerin für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands in den Deutschen Bundestag und kämpfte für die Rechte ihrer mitverhafteten und mitvertriebenen Leidensgenossen und –genossinnen und für eine bessere Zukunft der Lohnarbeitenden.

*“Jeder mußte allein mit seinem Elend fertig werden”<sup>3</sup>. Kindheit und Jugend (1880–1905)*

Maria Ansorge wurde am 15.12.1880 als Tochter des Maurers und Tagelöhners Joachim Schulz und der Handweberin Franziska, geb. Purmann, in Löchau, einem idyllischen Dörfchen im Sudetenland geboren. Sie war das älteste von vier Kindern. Als Bauarbeiter war ihr Vater im Winter meist ohne Einkommen und ohne jede Unterstützung. Irgendwie brachte die Mutter die Kinder über die Runden. Maria Schulz besuchte die Volksschule, eine zweiklassige Dorfschule. Oft versäumte sie den Unterricht, weil sie nicht nur bei der Betreuung der Geschwister und im Haushalt mithelfen, sondern darüber hinaus zum Familienunterhalt beitragen mußte.<sup>4</sup> Im Sommer war sie als Älteste gezwungen, mit der Mutter gegen einen geringen Lohn und freies Essen Landarbeit zu verrichten. Als sie acht Jahre alt war, mußte sie - einem Gemeindebeschuß zufolge - bei Bauern ohne Lohn und nur für karges Essen von vier Uhr früh bis neun Uhr abends arbeiten. Die Schulstunden betrachtete sie, wenn sie sie nicht wegen ihrer anderen Arbeiten versäumen mußte, als Erholung von der schweren Arbeit. Sie war so motiviert, daß sie trotz ihrer ständigen Fehlzeiten alle Fächer mit ‚sehr gut‘ absolvierte.<sup>5</sup> Nach einem Winter in der Arbeitslosigkeit starb der Vater im Alter von gerade einmal 39 Jahren. Maria war 13 Jahre alt und die Mutter sorgte nun alleine und ohne jede Unterstützung für ihre vier Kinder im Alter zwischen 1 ¼ und 13 Jahren und für eine 83jährige Großmutter. “Damals gab es noch keine Wohlfahrt, jeder mußte allein mit seinem Elend fertig werden (...) Schmalhans war immer Küchenmeister”, schrieb Maria später.<sup>6</sup> Maria jammerte nicht lange, absolvierte “zur vollsten Zufriedenheit der Herren” eine Sonderprüfung beim Kreisschulinspektor, wurde vor-

zeitig aus der Schule entlassen und ging als Arbeiterin in eine Textilfabrik. Sie hatte nun einen Elfstundentag und bekam einen Hungerlohn, mit dem sie zum Unterhalt der Familie beitrug. Den Beruf der Textilarbeiterin konnte sie ohne Ausbildung ausüben, und sie tat dies 22 lange Jahre. Mit 14 Jahren trat sie aus der katholischen Kirche aus, wurde wie viele Sozialistinnen der damaligen Zeit Freidenkerin und bezeichnete sich fortan selbstbewußt als Dissidentin.<sup>7</sup> Um mehr Geld zu verdienen, suchte sie sich, ohne das Wissen ihrer Mutter, im entfernten Friedland, im Kreis Waldenburg, einen Arbeitsplatz und erlernte dort die Weberei. In Friedland lernte sie ihren späteren Ehemann, den zwei Jahre jüngeren Bleicharbeiter Friedrich Ansorge, eines von elf Kindern eines verwitweten Tischlermeisters, kennen, den sie 1904 – sie war nun 23 Jahre alt - heiratete. Im gleichen Jahr bekam sie einen Sohn und zog ihn gemeinsam mit zwei Mädchen aus der Familie ihres Mannes auf. Obwohl sie weiter in die Textilfabrik arbeiten ging, besorgte sie den Haushalt allein.<sup>8</sup> Auch die anderen Geschwister ihres Mannes fanden jederzeit Rat und Hilfe bei Maria.<sup>9</sup> Weil ihr Lohn so niedrig war und das Geld nicht ausreichte, bediente sie abends und sonntags zusätzlich im größten Wirtssaal Friedlands die Gäste.<sup>10</sup> Maria erinnerte sich, daß sie oft kaum mehr als 15 Stunden in der Woche geschlafen hätte und sich später oft gefragt hat, „Wie bist du nur fertig geworden?“<sup>11</sup>.

*Politische Arbeit (...) „war mein Lebensinhalt und ist es geblieben“<sup>12</sup>. Gewerkschafts- und Parteiarbeit (1905-1933)*

Durch ihre Fabrikarbeit wurde Maria Ansorge früh mit politisch aktiven Arbeitern und Arbeiterinnen bekannt. Bald entwickelte sie selbst ein reges Interesse am politischen Geschehen und wurde mit politischen und gewerkschaftlichen Aufgaben betraut. Bereits in der frühen Jugend soll sie durch ihren lebhaften Geist und ihren Wissensdurst aufgefallen sein.<sup>13</sup> 1905 trat Maria, nachdem sie am 2. Dezember 1905 eine für sie offensichtlich beeindruckende Textilarbeiterinnenversammlung besucht hatte, in die Gewerkschaft ein.<sup>14</sup> Nun trug sie zusätzlich zu ihrer Arbeit noch Flugblätter aus, kassierte Beiträge, stand Streik- und Boykottposten und wurde nach kurzer Zeit zweite Ortsvorsitzende der Textilarbeitergewerkschaft. 1906 baute sie in Friedland die Genossenschaftsbewegung mit auf.<sup>15</sup> 1907 wählte man sie zum Vorstandsmitglied in das Gewerkschaftskartell Friedland des Textilarbeiterverbandes, gleichzeitig wurde sie Frauenleiterin und Mitarbeiterin in der Kinderschutzkommission.<sup>16</sup> Im gleichen Jahr wurde sie Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD). Da zu dieser Zeit das preußische Vereinsgesetz noch in Kraft war, das den Frauen die politische Betätigung verbot, war ihre Arbeit mit der Gefahr von Kriminalisierung und existenzieller Gefährdung verbunden. Sie unternahm zunächst für den Textilarbeiterverband und dann für den Fabrikarbeiterverband größere Versammlungstouren durch ganz Schlesien und wurde zur Teilnahme an verschiedenen Tagungen delegiert. Diese Arbeit machte ihr Freude: „Sie war mein Lebensinhalt und ist es geblieben“, schrieb sie später.<sup>17</sup> Die ‚Mängel‘, die ihrer einfachen Volksschulbildung anhafteten, überwand sie durch unermüdliches Selbststudium.<sup>18</sup>

Ihrem Ehemann schien das politische Engagement nicht zu gefallen. Sie ließ sich aber nicht davon abhalten und verließ, um Auseinandersetzungen aus dem Weg zu gehen, mitunter die Wohnung durch das Fenster, wenn sie an politischen Versammlungen teilnehmen wollte.<sup>19</sup> Das war freilich nicht lange auszuhalten, und so wurde die Ehe bereits ein Jahr, nachdem sie geschlossen worden war, geschieden. Nun mußte die Frau "allein ihren Mann" stehen.<sup>20</sup> Mit dem geschiedenen Mann schien sie weiter Kontakt zu halten, denn ihre beiden Enkelinnen erinnerten sich an regelmäßige Besuche bei ihm.<sup>21</sup>

Von 1910 bis 1920 war Maria Ansorge Kreisvorstandsmitglied des Gewerkschaftskartells Friedland und des Sozialdemokratischen Vereins in Waldenburg, einer schlesischen Bergarbeiterstadt, in der es sehr früh eine Arbeiterbewegung gab. 1913 wurde sie außerdem Leiterin der Frauen- und Kinderschutzkommission im Kreis Waldenburg (Schlesien), das ihr in der Zwischenzeit zur zweiten Heimat geworden war. Kein Wunder, da sie dort von 1919 bis 1933 Abgeordnete im Kreistag wurde. Maria war maßgeblich an Gründung, Aufbau und Entwicklung der regionalen Arbeiterwohlfahrt beteiligt und wurde in den Jahren zwischen 1930 bis 1933 deren Vorsitzende. Sie wurde Zeitungskolporteurin und arbeitete bei der "Schlesischen Bergwacht", der ersten bedeutenden Zeitung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in der schlesischen Provinz, deren Chefredakteur Paul Löbe war, mit. Die intensive politische und gewerkschaftliche Arbeit von Maria Ansorge war zugleich ihre autodidaktische Weiterbildung. Mit einem ungeheuren Bildungs- und Lesebedürfnis ausgestattet kam Maria Ansorge auf diese Weise zu einer politischen Karriere, die für eine Textilarbeiterin ungewöhnlich war. Als 1918, nach dem Sturz des Kaiserreiches, das aktive und passive Frauenwahlrecht erkämpft war, gehörte sie zu den sozialdemokratischen Frauen, die für ein Reichstagsmandat aufgestellt wurden. In einem Lebenslauf heißt es, daß die Bergarbeiter Waldenbergs "der Nimmermüden" durch ein Mandat zum Reichstag für ihr Engagement gedankt hätten.<sup>22</sup> Später wurden ihr "unbeugsamer Gerechtigkeitsinn" und ihre "Selbstlosigkeit" hervorgehoben, durch die sie sich das Vertrauen der Menschen erwarb, so daß sie schließlich in den Reichstag gewählt wurde.<sup>23</sup>

1920 wurde Maria Ansorge für die SPD in den Deutschen Reichstag gewählt, dem sie mit einer kurzen Unterbrechung von wenigen Monaten während der zweiten Wahlperiode bis 1933 angehörte. Nun ging sie "mit ihrem ganzen Wesen in der öffentlichen Arbeit für die arbeitenden Menschen auf".<sup>24</sup> 1924 übernahm sie die Stelle einer festangestellten Parteisekretärin in Waldenburg und wurde zeitgleich Sekretärin der Arbeiterwohlfahrt. Ganz offensichtlich waren es ihre "stringente Persönlichkeit" und ihre Treue zur mehrheitlichen Parteilinie, die dazu führten, daß sie die Auseinandersetzungen im Reichstag der Weimarer Republik als ständige Vertreterin ihres Wahlkreises überstand.<sup>25</sup> Daß die Politikerin sich aufgrund ihrer eigenen Herkunft im Reichstag immer wieder für die arbeitende Bevölkerung Niederschlesiens, die unter extremer Not litt, einsetzte, war sicher ebenso für ihre kontinuierliche Wiederwahl und für ihre Delegation zu Parteitag und Frauenkonferenzen ausschlaggebend. In ihren Reden wurde sie nicht müde, immer wieder auf die niedrigen Löhne und schlechten Lebens-

bedingungen ihrer Landsleute hinzuweisen. Dabei nahm sie kein Blatt vor den Mund, wenn sie zum Beispiel Abgeordnete der Regierungsparteien aufforderte, sich die Elendswohnungen des Waldenburger Reviers einmal vor Ort anzusehen, anstatt "immer bloß in den Wohnungen der (wohlhabenden) Landwirte" Studien zu treiben.<sup>26</sup> Um Unruhen größeren Ausmaßes unter den Arbeitenden zu verhindern, wurden auf ihre Intervention hin vom Reichstag anlässlich von Bergwerksunglücken während der Rezession Gelder zur Verbesserung der Infrastruktur in diesem Gebiet bewilligt.<sup>27</sup> Von 1929 bis 1933 war Maria Ansorge zusätzlich Mitglied des SPD-Parteiausschusses. Sie war ganz offensichtlich zu dieser Zeit eine der bekanntesten Politikerinnen Niederschlesiens.<sup>28</sup> Bald brach jedoch eine neue Zeit des Leidens und der Entbehrungen für die "mutige Streiterin für die Sache der Unterdrückten und Schwachen" herein.<sup>29</sup>

*"Durch Stehen im Freien mit nacktem Körper und durch schlechte Ernährung"<sup>30</sup>. Im Schatten des Hakenkreuzes (1933–1945)*

Als die SPD-Fraktion am 23. Mai 1933 im Reichstag geschlossen gegen das Ermächtigungsgesetz stimmte, war Maria Ansorge bereits zum zweiten Male vorübergehend verhaftet. Zum Schutz ihrer Person wurde sie von ihrer Partei als krank gemeldet.<sup>31</sup> Fortan gehörte Ansorge als eine vor der Machtübernahme hauptamtlich bei SPD und Arbeiterwohlfahrt Beschäftigte und als SPD-Reichstagsabgeordnete zu den politisch Verdächtigen und war immer wieder Verhören und Inhaftierungen ausgesetzt.<sup>32</sup> Unter anderem wurde sie vom 26. Oktober bis 22. Dezember 1933 ohne konkreten Anlaß von den Nationalsozialisten in "Schutzhaft" genommen und ins Untersuchungsgefängnis in Breslau gebracht und von April 1935 bis Juli 1935 ins Gefängnis in Waldenburg gesteckt. Durch das Verbot der Sozialdemokratischen Partei hatte sie nicht nur ihre Existenzgrundlage, sondern auch ihre politische Heimat verloren. Die "braunen Jahre" waren wohl die schwerste Zeit ihres Lebens. Maria Ansorge lebte in Armut, überwiegend von Arbeitslosenunterstützung und Fürsorge. Ihre geringen Ersparnisse waren schon 1933 durch die Gestapo beschlagnahmt worden. Fürsorgeunterstützung, die sie während der Zeit ihrer Inhaftierung erhielt, mußte sie zurückzahlen.<sup>33</sup> Das Haus, das sie besaß, konnte sie nur mit Hilfe der Rentenunterstützung ihres Lebensgefährten, mit dem sie seit ihrer Zeit als Reichstagsabgeordnete zusammenlebte, halten. Wie in vielen Arbeiterfamilien war das Überleben nur mit Hilfe von Gemüseanbau im Garten möglich und äußerst mühsam. Maria Ansorge war gewohnt, unermüdlich zu arbeiten, und so versorgte sie sogar noch ihre Genossen mit Obst und Gemüse aus ihrem Gärtchen.<sup>34</sup>

Die neue politische Situation erschien ihr lange unbegreiflich. Es ging gegen ihren Gerechtigkeitssinn, daß man sie monatelang einsperrte, ohne daß sie die Unwahrheit gesagt oder sich auf andere Weise strafbar gemacht hatte.<sup>35</sup> Die ständige Angst vor erneuten Verfolgungen zerrte an ihren Nerven. Als es ihr 1938 endlich gelungen war, trotz ihrer politischen Verfolgung Arbeit in einer Textilfabrik zu finden, wurde sie nach sechs Monaten angeblich wegen einer Erkrankung schon wieder entlassen. Sie vermutete, daß dies geschah, "um die lästigen, alle vierzehn Tage stattfindenden Kon-

trollen der Gestapo zu vermeiden".<sup>36</sup> Ihre letzte Verhaftung erfolgte im Rahmen der sogenannten Gitter- oder Gewitteraktion nach dem 20. Juli 1944, die die Verhaftung aller sozialdemokratischen und kommunistischen Funktionäre zum Ziel hatte, die sich noch oder wieder in Freiheit befanden. Maria wurde am 3. August 1944 aufgrund einer Denunziation von Mitbewohnern ihres Hauses ins Konzentrationslager Ravensbrück geschleppt. Sie selbst sagte, daß sie auch dort keine Antwort schuldig blieb: Als die gefürchtete Kommandeuse in Ravensbrück ihr befahl, Sand zu schippen, sagte Maria: "Haben Sie eine Großmutter? Lassen Sie die Sand schippen, dann gehe ich auch!"<sup>37</sup> Durch den Einsatz des Parteifreundes Paul Löbe, der die lebensbedrohende KZ-Situation aus eigener Erfahrung kannte, wurde es möglich, daß sie am 3. November 1944 lebend aus dem KZ Ravensbrück frei kommen konnte. Löbe holte sie, gemeinsam mit seinem Sohn, dort ab.<sup>38</sup> Sie ging nach Waldenburg zurück.

Ihre Enkelinnen schrieben ihr Überleben im Konzentrationslager später vor allem den Handarbeitskünsten der Großmutter zu: "Und weil sie Socken und Strümpfe stricken konnte für die Aufseherinnen, die kurz vor Kriegsende keine Strümpfe mehr hatten, durfte sie rein in die Stube für die Aufseherinnen."<sup>39</sup> Über ihre Inhaftierungen und ihren KZ-Aufenthalt scheint sie ansonsten wenig gesprochen zu haben. Einem Antrag auf Beschädigtenrente vom 23. November 1948 ist zu entnehmen, daß sie infolge ihres KZ-Aufenthaltes Gesundheitsschäden erlitten hat: "durch stundenlanges Stehen im Freien mit nacktem Körper und durch schlechte Ernährung".<sup>40</sup> Ihr einziger leiblicher Sohn ist am 7. Mai 1945, genau einen Tag vor Kriegsende, als er bereits auf dem Weg zurück in die Heimat war, von einer Kugel getroffen worden, die eigentlich einem flüchtenden Offizier der Hitlerarmee gegolten hatte. Das mußte sie jedoch erst später erfahren.

*"Die Politik ist mein Lebenselixier"*<sup>41</sup>. *Nach dem Zweiten Weltkrieg (1945–1951)*

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde ihr, da sie ohne nationalsozialistische Vergangenheit war, von den Sowjets vorübergehend das Amt der Bürgermeisterin von Niedersalzbrunn übertragen. Während ihrer sechsmonatigen Amtszeit war Maria Ansorge unter anderem mit der Entnazifizierung betraut. Nach den Aussagen ihrer Enkelinnen hat die inzwischen 65jährige, trotz der Leiden, die ihr unter dem Hitlerregime durch Inhaftierung und Denunzierung zugefügt worden waren, diese Amtshandlung ohne Haß und verbitterte Vergeltungswünsche vorgenommen.<sup>42</sup> Während ihrer Amtszeit als Bürgermeisterin wohnten 13 polnische Flüchtlinge mit ihr zusammen in ihrem Haus. Wiederholt soll sie russischen Vergewaltigern mit einem alten Feuerhorn entgegengetreten sein, um ihre weiblichen Schützlinge vor Gewalt zu bewahren. Selbst mit auf sie gerichteten Gewehrmündungen konnte sie nicht gezwungen werden, den Weg zu ihren Schützlingen frei zu geben.<sup>43</sup>

Die Amtszeit dauerte nicht lange. Am 28. Mai 1946 wurde Maria Ansorge aus Schlesien vertrieben. Das Angebot zu bleiben und die polnische Staatsbürgerschaft anzunehmen, hatte sie abgelehnt. Gemeinsam mit ihrem Lebensgefährten<sup>44</sup>, der ein Jahr später an Magenkrebs starb, ihrer Schwiegertochter und deren drei Töchtern -

eine war noch ein Baby -, verließ sie Nieder-Salzbrunn. Mit ihrer notwendigsten Habe fuhr die Familie, die nun allein aus Frauen bestand, in einem Güterzug, der Menschen aus ganz Schlesien aufnahm, aus dem Land. Nun war sie auf der Flucht. Es war ihr noch gelungen, die ihr so wertvolle große Bibliothek, die sie im Laufe ihres Lebens angesammelt hatte, an Sozialdemokraten in Polen zu verschenken.<sup>45</sup>

Nach einem kurzen Aufenthalt in einem Flüchtlingslager in Niedersachsen kam sie mit ihren Angehörigen nach Marl bei Recklinghausen in Westfalen, wieder in ein Bergbauggebiet mit einer starken Arbeitertradition. Dort wohnten bereits die Eltern ihrer Schwiegertochter, die schon in den frühen zwanziger Jahren nach der Schließung der erzgebirgischen Kohlegruben hierher gekommen waren. Maria Ansorge wurde schnell heimisch. Mit den Menschen aus ihrer neuen "fünfköpfigen Frauenfamilie", deren "Haushaltsvorstand" sie ganz offensichtlich war, fühlte sie sich wohl. Es gelang ihr, den Kreis der Bekannten, die ebenso politisch engagiert waren wie sie, zu erweitern. Sofort wurde sie in SPD und AWO aktiv und stellte ihre rednerischen und agitatorischen Fähigkeiten der Kommunalpolitik und der Sozialdemokratischen Gesamtpartei sowie zusätzlich den Ostvertriebenen zur Verfügung. Die Sorge um ihre Schicksalsgefährten, die Flüchtlinge und Heimatvertriebenen, war fortan ihr Hauptanliegen. Sie hielt engen Kontakt zu alten schlesischen Freunden und besuchte regelmäßig die Schlesiertreffen. Eine "rückwärtsgewandte Ostpolitik", die auf den Zurückerhalt der Ostgebiete aus war, vertrat sie dennoch nicht. Wenn Vertriebenenverbände und der Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) sie als Interessenvertreterin gewinnen wollten, lehnte sie stets ab. Maria Ansorge wollte keine eigene "Flüchtlingspartei", sie wollte Flüchtlingsinteressen in der SPD vertreten, denn da war ihre politische Heimat. Zudem fühlte sie sich zeitlebens den Ideen eines sozialdemokratischen Internationalismus verbunden.<sup>46</sup>

Maria Ansorge stürzte sich regelrecht in die Parteiarbeit.<sup>47</sup> 1946 nahm sie am ersten großen SPD-Parteitag in Hannover teil, hörte die richtungweisende Rede von Kurt Schumacher und traf bei der ersten großen Frauenkonferenz 1946 in Fürth viele ihrer alten und neuen Genossinnen. Vom 17. Oktober 1948 bis zu ihrem Tode am 11. Juli 1955 war sie Mitglied des Rates der Stadt Marl und dort im Sozialausschuß vertreten. Neben ihren politischen Aktivitäten sorgte sich die Sozialdemokratin ununterbrochen um Bedürftige, Flüchtlinge und Vertriebene, sie war quasi als uneigennützig "ehrenamtliche" Sozialarbeiterin tätig. Diese Tätigkeiten waren es wohl, die ihr die Bezeichnung „Muttel Ansorge“ einbrachten.<sup>48</sup> Als die Politikerin 1949 für den Bundestag kandidierte, war sie mit 68 Jahren die älteste der SPD-Kandidatinnen für dieses Amt. Sie kandidierte, weil die Politik noch immer ihr Lebenselixier war und "Helfenwollen" ihr wichtigstes Anliegen.

*“Um unsere sozialistische Idee zu verwirklichen sind wir nie zu alt!”<sup>49</sup>. Arbeit im Deutschen Bundestag (1951–1953)*

Am 17. November 1951 trat die Sozialdemokratin als Nachrückerin für den plötzlich verstorbenen Abgeordneten Karl Brunner in den Deutschen Bundestag ein. Sie war nun bereits 71 Jahre alt. Der Eintritt mitten in der Legislaturperiode schien ihr schwergefallen zu sein. Sie war enttäuscht von der neuen Politikergeneration, denn sie klagte in ihrer Familie darüber, daß sie die kameradschaftliche Art, die sie aus der Reichstagsfraktion der SPD gewöhnt war, nicht mehr vorfand.<sup>50</sup> Im Bundestag nahm sie im Ausschuß für Heimatvertriebene und im Ausschuß für Kriegsopfer und Kriegsgefangenenfrage die Arbeit für die Versorgung der Kriegsopferfamilien sowie für die Hinterbliebenenrente wieder auf. Privat sorgte sie weiter für ihre Schwiegertochter und deren drei kleine Kinder. Da sie Elend und Armut am eigenen Leib erfahren hatte, sprach aus ihren Vorträgen bei Versammlungen die profunde Kenntnis der sozialen Verhältnisse. Wiederholt stellte sie die Problematik der hinterbliebenen Frauen in den Mittelpunkt ihrer Argumentation, weil sie im Gesetz für die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen ganz offensichtlich zu kurz gekommen waren. Ihr frauenpolitisches Engagement, das sie bereits während ihrer Zeit als Textilarbeiterin entwickelt hatte, konnte sie in ihre Tätigkeit als Frauensekretärin einbringen. Außerdem hatte sie sowohl zu Zeiten der Weimarer Republik als auch später in der Bundesrepublik an den meisten Frauenkonferenzen der Partei teilgenommen. Später wurde ihr vorgeworfen, daß ihre inhaltlichen Positionen zu frauenpolitischen Themen und gleichstellungspolitischen Fragestellungen weitestgehend unklar blieben, weil sie sich dazu nicht geäußert hätte.<sup>51</sup>

Ihre erste und einzige Rede im Deutschen Bundestag widerlegt diese Annahme. Sie galt der Kriegsopferversorgung und der Begründung eines Antrags der SPD-Fraktion auf Erhöhung der Elternrente. Maria Ansorge sprach über die Unsinnigkeit von Kriegen und die Absurdität einer geschlechterhierarchischen Arbeitsteilung. Einfacher und klarer konnte das niemand ausdrücken als Ansorge, die aus einer armen Arbeiterfamilie stammte, selbst eine arme Arbeiterin war, zwei Weltkriege erlebt hatte und den Sohn sowie den Lebensgefährten verloren hatte: “Die Frauen mußten damals in die Betriebe gehen, um Granaten zu drehen, mit denen sich draußen im Felde ihre Männer gegenseitig niedergeschossen haben”.<sup>52</sup> Nun stünden sie ohne Männer und Söhne und mit einer völlig unzureichenden Versorgung da. Sie verwies in ihrer Rede auch auf die Absurdität des Spruches, mit dem man diese Frauen für dumm verkauft hat: “Der Dank des Vaterlandes ist euch sicher!”<sup>53</sup> Die Debatte um die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik, der schließlich auch ihre Partei zustimmte, erlebte Ansorge nicht mehr.

Zeitgenossinnen machten sich auch Gedanken darüber, daß Maria Ansorge sich vor allem sozialpolitisch betätigte und “die übrige Politik” – typisch weiblich – lieber den Männern überließ. Sie führten das darauf zurück, daß Ansorge gerne den (unmittelbaren) Erfolg ihrer Arbeit sehen wollte, was offenbar in der ‚großen Politik‘ nicht so leicht war.<sup>54</sup> Abgesehen davon, daß auch in der Sozialpolitik direkte Erfolge schwer zu erzielen sind, gilt es, die Frage zu stellen, welche Frau oder welcher Mann in sozialpo-

litischer Hinsicht prädestinierter gewesen wäre als sie. Wie sie sich schon früher für die Unterdrückten und Armen eingesetzt hatte, so stellte sie auch im hohen Alter ihre reichen Erfahrungen und den Einfluß, den sie durch ihre politische Arbeit gewonnen hatte, für deren Unterstützung zur Verfügung. Sie war allerdings nicht der Meinung, daß Almosen ausreichen würden. Ihre großen politischen Ideen hatte sie nicht aufgegeben: „Wir Alten müssen den Jungen den richtigen Weg zeigen und ihnen die Schulung und das Wissen vermitteln, das sie brauchen, um unsere sozialistische Idee zu verwirklichen. Dazu sind wir nie zu alt!“ sagte sie als 71jährige in einem Interview.<sup>55</sup> Noch im Alter von 72 Jahren fuhr sie während einer Besichtigungsfahrt des Kriegsopferausschusses im Ruhrgebiet noch in ein Bergwerk ein, um sich persönlich von den Nöten und Sorgen der Kumpels zu überzeugen.<sup>56</sup> Gleichzeitig zu ihrer Arbeit im Bundestag war Maria Ansorge Mitglied des Rates der Stadt Marl. Ihren Verdienst als Bundestagsangehörige investierte sie weitgehend in den Aufbau eines Jugendhauses der Arbeiterwohlfahrt in Marl.

Am 11. Juli 1955 verstarb Maria Ansorge im Alter von 74 Jahren nach kurzer, schwerer und schmerzhafter Krankheit im Krankenhaus in Dorsten/Westfalen. Die Entschädigung als Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung in Höhe von 20.000 DM bekam sie erst nach ihrem Tod zugesprochen. Erst dann war das aufwendige und langwierige Verfahren abgeschlossen. Das Geld kam je zu einem Drittel ihren Enkelinnen zu Gute.<sup>57</sup>

Nicht nur ihren Enkelinnen ist „diese einfache und großartige Frau“<sup>58</sup> durch ihr persönliches Engagement und ihren politischen Einsatzes noch heute ein Vorbild. „Eine Vertriebene aus meiner und unserer schlesischen Heimat wird eingebettet in fremder Erde“, schrieb Paul Löbe in einem Nachruf im „Vorwärts“.<sup>59</sup> Und in der „Gleichheit“ schrieb er aus demselben Anlaß: „So wie sie diese Armut begleitet hat, so unumstößlich war ihr Glaube und ihre Hoffnung auf eine Verbesserung der Lebensverhältnisse aller Unterdrückten und Schwachen.“<sup>60</sup> Louise Schröder schrieb zu ihrem Abschied: „Möge sie der Jugend ein Vorbild sein.“<sup>61</sup>

1 Mutter Ansorge beschützte Flüchtlinge, in: Rhein-Echo, 6.8.1949, Zeitungsausschnitt ohne weitere Angaben, Archiv der sozialen Demokratie (AsD), Sammlung Personalie Maria Ansorge.

2 Die Autorin stieß im Zusammenhang mit dem Forschungsprojekt „Lebensbilder von Frauen nach dem 2. Weltkrieg: Sozialdemokratinnen im Parlamentarischen Rat und im Deutschen Bundestag 1945–1957“, auf Maria Ansorge. Das Forschungsprojekt wird im Historischen Forschungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung durchgeführt. Das Buch mit 26 Portraits erscheint 2003 als: Gisela Notz: Frauen in der Mannschaft, Dietz-Verlag, Bonn.

3 Maria Ansorge: Wie's damals war. Eine alte Sozialistin erzählt, in: Gleichheit, Bonn 1955, H.9, S.352–354, hier: S.352.

4 In dem genannten Artikel in der Gleichheit schrieb Maria Ansorge 1955, daß sie schon „kaum vier Jahre alt“ ihrer Mutter beim Handweben helfen mußte. Siehe auch Regine Marquardt: Das Ja zur Politik. Frauen im Deutschen Bundestag 1949–1961, Opladen 1999, S.48; Franz Osterroth: Biographisches Lexikon des Sozialismus, Band 1: Verstorbene Persönlichkeiten, Hannover 1960, S.343.

- 5 Maria Ansoerge: Kriegsopferversorgung. Begründung des Antrags der SPD-Fraktion auf Erhöhung der Elternrente anlässlich der zweiten Beratung des Entwurfs eines Zweiten Gesetzes zur Änderung und Ergänzung des Bundesversorgungsgesetzes am 2. Juli 1953, in: Herbert Wehner: Frau Abgeordnete, Sie haben das Wort! Bonn 1980, S.11.
- 6 Ebenda.
- 7 Siehe Marquardt, Ja zur Politik. Sie bezieht sich auf ein Interview mit den Enkelinnen Frau Bender und Frau Zander.
- 8 Ansoerge, Wie's damals war, S.353.
- 9 Ebenda; Osterroth, Lexikon, S.343, schrieb, sie hätte "einen Sohn, zwei Pflegekinder und elf elternlose Geschwister ihres Mannes zu versorgen" gehabt.
- 10 Siehe Osterroth, Lexikon, S. 343.
- 11 Ansoerge, Wie's damals war, S.353. In einem anderen Artikel heißt es, daß sie auch als Kaffeelieserin und Backmeisterin im Konsum-Verein gearbeitet habe. Siehe Muttel Ansoerge.
- 12 Ansoerge, Wie's damals war, S.353.
- 13 Siehe Kurz-Lebenslauf , verfaßt von Peter Raunau, 12.7.1955, AsD, Sammlung Personalia Maria Ansoerge.
- 14 In einigen Veröffentlichungen (z. B. Wissenschaftliche Dienste des deutschen Bundestags, Materialien Nr. 122: Parlamentarierinnen im Deutschen Bundestag 1949–1993, Bonn 1993) wird ihr Eintritt in die "Gewerkschaft öffentliche Dienste und Verkehr" mit 1905 datiert. Die ÖTV wurde jedoch erst 1945 gegründet. Es ist anzunehmen, daß sie, wie sie selbst schrieb, "1905 in die erste Versammlung (Textilarbeiter) kam", "Mitglied" wurde und blieb ("und bin es heute noch"); siehe Ansoerge, Wie's damals war, S.353.
- 15 Siehe Ansoerge, Wie's damals war, S.353. Wahrscheinlich handelte es sich um die Konsumgenossenschaft in Friedland, denn sie schrieb: "So lange wir keine Verkaufsstelle in Friedland hatten, fuhr ich nach Gottesberg oder Fellhammer zum Einkaufen".
- 16 Siehe Osterroth, Lexikon, S.344; Ansoerge, Wie's damals war, S.353.
- 17 Ansoerge, Wie's damals war.
- 18 In zahlreichen Veröffentlichungen wird auf ihre unzureichende Bildung hingewiesen und darauf, wie unermüdlich sie bestrebt war, sich selbst weiterzubilden. Siehe Marquardt, Ja zur Politik; Kurz-Lebenslauf.
- 19 Siehe Marquardt, Ja zur Politik, S.49.
- 20 Muttel Ansoerge.
- 21 Siehe Marquardt, Ja zur Politik, S.64.
- 22 Siehe Kurz-Lebenslauf.
- 23 Zeitung aus Marl o.D. zum 70. Geburtstag, zit. nach Marquardt, Ja zur Politik.
- 24 Osterroth, Lexikon, S.344.
- 25 Siehe Marquardt, Ja zur Politik, S.52.
- 26 Siehe z. B. das Reichstagsprotokoll vom 20.6.1929, S.2737, 91. Sitzung.
- 27 Siehe Marquardt, Ja zur Politik, S.53.
- 28 Siehe Wilhelm Matull: Ostdeutschlands Arbeiterbewegung. Abriss ihrer Geschichte, Leistung und Opfer, Würzburg 1973.
- 29 Kurz-Lebenslauf.
- 30 Aus ihrer Entschädigungsakte bei der Landesrentenbehörde Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf, zit. nach Marquardt, Ja zur Politik, S.58.
- 31 Siehe Reinold Schattenfroh/Annerose Bennecke (Hrsg.): 1933. Fünfzig Jahre danach. Das Ermächtigungsgesetz. Berlin 1983, S.74; ein Abdruck der namentlichen Abstimmungsliste zeigt: "Frau Ansoerge krank"; Osterroth, Lexikon, S.344, schrieb, sie hätte gegen Hitlers Ermächtigungsgesetz gestimmt, was sie sicher auch getan hätte, wenn sie nicht inhaftiert gewesen wäre.
- 32 Siehe Marquardt, Ja zur Politik, S.56, die sich auf die Aussagen der Enkelinnen bezieht.
- 33 Siehe Entschädigungsakte, zit. nach Marquardt, Ja zur Politik, S.58.
- 34 Siehe Louise Schroeder: Maria Ansoerge, in: Berliner Stimme, 16.7.1955.
- 35 Siehe Brief vom 13.12.1933 aus dem Gefängnis in Breslau an die Schwiegertochter, zit. nach Marquardt, Ja zur Politik, S.57.

- 36 Entschädigungsakte, zit. nach Marquardt, Ja zur Politik, S.58.
- 37 Mutterl Ansorge.
- 38 Interview mit den Enkelinnen Frau Bender und Frau Zander, zit. nach Marquardt, Ja zur Politik, S.58.
- 39 Ebenda, S.59.
- 40 Entschädigungsakte, zit. nach Marquardt, Ja zur Politik.
- 41 Mutterl Ansorge.
- 42 Siehe Marquardt, Ja zur Politik, S.60.
- 43 Mutterl Ansorge. Auch ihre Enkelinnen berichteten, daß sie durch ihre mutige Haltung junge Frauen zumindest vorübergehend vor sexueller Gewalt schützen konnte. Siehe Marquardt, Ja zur Politik, S.60.
- 44 Über die Identität ihres Lebensgefährten ist aus den Quellen nichts ersichtlich.
- 45 Siehe Mutterl Ansorge.
- 46 Siehe Marquardt, Ja zur Politik, S. 67.
- 47 Siehe Protokolle der SPD Parteitage. Ansorge war 1947 als Delegierte für den Bezirk Westliches Westfalen auf dem Parteitag.
- 48 In einem Artikel der Zeitung aus Marl o. D. zum siebzigsten Geburtstag 1950. Mutterl ist der liebevolle schlesische Ausdruck für Mutter.
- 49 Ebenda.
- 50 Siehe Interview mit Frau Bender und Frau Zander, zit. nach Marquardt, Ja zur Politik, S.62.
- 51 Siehe Marquardt, Ja zur Politik.
- 52 Maria Ansorge, Kriegsoferversorgung.
- 53 Ebenda.
- 54 Siehe Mutterl Ansorge.
- 55 Ebenda.
- 56 Siehe Kurz-Lebenslauf.
- 57 Siehe Marquardt, Ja zur Politik, S.64.
- 58 Siehe Kurz-Lebenslauf.
- 59 Paul Löbe: Maria Ansorge, in: Vorwärts, 15.7.1955.
- 60 Paul Löbe: Maria Ansorge, in: Gleichheit, 1955, H. 9, S.351.
- 61 Schroeder, Ansorge.

## Dokumente

### Ein Rosa-Luxemburg-Text von 1906 erstmals in deutscher Sprache

#### Annelies Laschitza

Am 9. September 1904 schrieb Rosa Luxemburg an Karl Kautsky aus dem Zwickauer Amtsgerichtsgefängnis, in dem sie wegen "Majestätsbeleidigung" seit dem 13. August 1904 für drei Monate einsitzen mußte, einen langen Brief. Sie habe viel über den Internationalen Sozialistenkongreß in Amsterdam nachgedacht. Weder orthodoxer "Radikalismus" noch Nachschwätzen opportunistischer Dummheiten helfe, Probleme zu lösen. Gründlicheres Nachdenken über neue Möglichkeiten erfolgversprechender Politik und ein lebendigeres internationales Zusammenwirken der Sozialisten dagegen versprächen ein wirksameres Agieren. "Moral ist die für mich: daß wir ungeheuer viel *zu tun* haben und vor allem ungeheuer *zu studieren*, ich meine die Bewegung in den verschiedenen Ländern."<sup>1</sup> In diesem Sinne wollte sie sich künftig mehr für Holland, Italien, Dänemark, Schweden und Norwegen interessieren. In Deutschland jedenfalls sei "ein Vorwärtkommen direkt ein dringendes, brennendes Bedürfnis"<sup>2</sup>. Doch das empfänden die wenigsten so. Eine an Masseneinfluß so gewachsene Partei könne doch nicht weiter dieselben automatischen Bewegungen wie bisher machen. Sie denke da nicht an "irgendeine künstliche Abenteuerlichkeit", ein plötzliches "Gehen auf die Straße"<sup>3</sup>. Nein, die ganze Arbeit müsse einen andern, tieferen Ton bekommen, das Bewußtsein der eigenen Kraft müsse sich steigern, und zwar international.

Kurze Zeit später sorgte die Revolution in Rußland für eine Belebung der Debatten in der internationalen sozialistischen Bewegung über taktisch wie strategisch neue, erfolgversprechende Kampfmethoden. Ein Schwerpunkt der Dispute war der politische Massenstreik. Rosa Luxemburg beteiligte sich besonders engagiert. Das genaue Verfolgen jedes Ereignisses dieser seit langem erwarteten Revolution und ihre direkte Beteiligung ab Ende 1905 in der Illegalität in Warschau motivierten Rosa Luxemburg dazu außergewöhnlich. Außerdem empörte sie, daß sich in Deutschland der Parteivorstand und die Generalkommission der Gewerkschaften am 16. Februar 1906 in geheimen Vereinbarungen gegen die Anerkennung des politischen Massenstreiks und gegen den diesbezüglichen Jenaer Parteitagsbeschluß von 1906 ausgesprochen hatten. "Den Bericht von dem gewerkschaftlichen Femegericht habe ich dank Wurm erhalten und gelesen", schrieb sie Franz Mehring am 12. August 1906 aus Kuokkala in Finnland, "man mußte tief atmen beim Lesen, um in dieser Stickluft der Borniertheit nicht zu ersticken".<sup>4</sup> Eine ausführliche Abhandlung über den politischen Massenstreik hielt sie für dringend nötig.

Im Sommer 1906 schrieb Rosa Luxemburg eine 64seitige Broschüre, die sie bei ihrer Rückkehr nach Deutschland mitbrachte. Unter dem Titel "Massenstreik, Partei und Gewerkschaften" erschien diese bereits Ende September in Hamburg als Manuskript, wurde auf dem Mannheimer Parteitag der deutschen Sozialdemokratie 1906 verteilt und führte erneut zu heftigen Debatten. Rosa Luxemburg griff zweimal auf diesem Parteitag mit Argumenten ihrer Schrift in die Diskussion ein und trat dabei vor allem gegen Carl Legien auf, den Vorsitzenden der Generalkommission der Gewerkschaften. Legien hatte die Massenstreikbewegung als eine große Gefahr für den Bestand der Gewerkschaften bezeichnet. Rosa Luxemburg warf ihm vor, nichts aus der russischen Revolution gelernt zu haben, wenn er einen Generalstreik immer noch als "Generalunsinn" aburteile. Auch mit August Bebels Rede war sie nicht zufrieden. Er habe "immer nach rechts gesprochen"<sup>5</sup>, während sie auf der linken Seite saß. Trotzdem schrieb August Bebel an Friedrich Westmeyer am 8. Oktober 1910: "Ich erkläre grade heraus, daß wenn ich mit der Genossin L[uxemburg] über ein Thema ganz und gar nicht einverstanden wäre, ich dennoch einen Vortrag von ihr für nützlich hielt, weil sie als eine sehr gescheidte [sic!] und geistreiche Frau unter allen Umständen reichen Stoff zu Anregungen giebt [sic!]. Wie ich denn überhaupt erklären muß, daß ich in der ganzen Partei *niemand* kenne, der ihr an Reinheit der Gesinnung und Opfermut über wäre."<sup>6</sup> Dies zur Kenntnis zu nehmen, wäre auch für all jene gut, die Rosa Luxemburg nach wie vor Gewaltverherrlichung, Gewerkschaftsfeindlichkeit und Spontaneitätsgläubigkeit nachzusagen versuchen. Denn in Rosa Luxemburgs Massenstreikbroschüre findet der Leser ausführlich und differenziert dargelegt, was sie unter Massenstreik verstand, welche Rolle sie der Sozialdemokratischen Partei und den Gewerkschaften zudachte, welche hohe Wertschätzung sie dem Willen und dem Enthusiasmus der Massen beimaß und für wie notwendig sie Aufklärung und Orientierung im Kampf unterdrückter Menschen gegen ihre Peiniger hielt.

Aus alledem erklärt sich, daß die Broschüre "Massenstreik, Partei und Gewerkschaften" neben ihren Arbeiten "Sozialreform oder Revolution?", "Die Krise der Sozialdemokratie" (Juniusbroschüre), "Zur russischen Revolution" sowie ihrem Hauptwerk "Die Akkumulation des Kapitals" zu den bekanntesten Streitschriften Rosa Luxemburgs gehört. In Anbetracht der in ihnen kritisch und keineswegs ohne Widersprüche und Illusionen erörterten Themen von weltweitem und noch heute vorhandenem Interesse werden sie seit ihrem Erscheinen kontrovers interpretiert.

Aus der Bibliographie von Jadwiga Kaczanowska geht hervor, daß Rosa Luxemburgs Streitschrift "Massenstreik, Partei und Gewerkschaften" schon im Jahre 1906 in Kiew in russischer Übersetzung herausgegeben worden ist.<sup>7</sup> Nähere Einzelheiten sind dazu aus den erhalten gebliebenen Briefen nicht zu erfahren. Allerdings gibt es einige Andeutungen zum illegalen Kontakt mit Revolutionären in Kiew.<sup>8</sup>

Ulla Plener übersetzte dankenswerterweise das Vorwort Rosa Luxemburgs zu dieser ersten Ausgabe von "Massenstreik, Partei und Gewerkschaften" in russischer Sprache, so daß es hier erstmals in Deutsch veröffentlicht werden kann. Darin ging es Rosa Luxemburg erstens um eine geraffte Information über die Massenstreikdiskussionen

zwischen den Wortführern der unterschiedlichen Strömungen in der deutschen Sozialdemokratie und in den Gewerkschaftsorganisationen. Zweitens lag ihr daran, für die weitere Entwicklung der Arbeiterbewegung in Rußland den Ratschlag zu geben, die konkreten Bedingungen im eigenen Lande zu berücksichtigen und aus den Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung zu lernen, keinesfalls aber alles nachahmen zu müssen.

*Vorwort zur russischen Ausgabe von "Massenstreik, Partei und Gewerkschaften"*

Der Einfluß der russischen Ereignisse auf die deutsche Sozialdemokratie zeigte sich auf anschaulichste Art am Schicksal des Generalstreikproblems. Noch bis vor kurzem war das deutsche bewußte Proletariat gegenüber diesem Problem äußerst negativ, man kann sogar sagen, spöttisch eingestellt. Auers Diktum "Generalstreik - Generalunsinn" wurde in Deutschland zum geflügelten Wort. Die ablehnende und spöttische Einstellung gegenüber der Idee des Generalstreiks galt geradezu als spezifisch marxistisches Merkmal der Taktik der deutschen Arbeiterbewegung im Unterschied zur "romantischen" Taktik, als Merkmal deutscher Nüchternheit und Gründlichkeit im Gegensatz zu französischer und italienischer Leichtigkeit und Unbekümmertheit. In der Tat, der Gegensatz in den auf die Generalstreikidee bezogenen Auffassungen im deutschen Proletariat einerseits und im französischen sowie italienischen und spanischen andererseits wurde lange Zeit auf die grundlegende Meinungsverschiedenheit zwischen der sozialdemokratischen und der anarchistischen Weltanschauung zurückgeführt. Die schärfste Ablehnung der Idee des Generalstreiks war bisher identisch mit der Verteidigung der Notwendigkeit einer breiten und gründlichen Organisation der Arbeitermassen als unerläßliche Bedingung für einen erfolgreichen Klassenkampf wie auch der Notwendigkeit des täglichen Kampfes der Arbeiterklasse um politische Rechte, der Notwendigkeit, parlamentarische Formen des politischen Lebens im Interesse des Proletariats zu nutzen. Dies war zweifellos der Sinn der Resolutionen zum Generalstreik, die von Vertretern der deutschen Sozialdemokratie auf den internationalen Sozialistenkongressen verteidigt wurden, vom Züricher des Jahres 1893 bis zum Amsterdamer 1904.

Doch gerade zu der Zeit, da in Amsterdam der letzte internationale Kongreß tagte, ertönten in Rußland die ersten Donnerschläge des herannahenden Gewitters, das dazu berufen ist, einen Umsturz in der Taktik des kämpfenden internationalen Proletariats zu vollziehen, - und dessen erste und überraschendste Folge war, daß der Generalstreik im völlig neuen Licht erschien.

Zur hohen Ehre des deutschen bewußten Proletariats muß anerkannt werden, daß, obwohl bislang der äußerste Gegner von Generalstreiks, es jetzt als erstes auf die anschaulichen Lehren der russischen Befreiungsbewegung reagierte und sich mit Feuer, begeistert an die Seite der Idee stellte, die es mehr als fünfundzwanzig Jahre verspottet hatte. Die deutschen Arbeitermassen zeigten eine solche Flexibilität des Denkens, so viel revolutionären Spürsinn und politische Reife, daß sie sich einmal mehr auf eine höhere Stufe emporhoben als viele ihrer Führer.

Und in der Tat. Während sozialdemokratische Organisationen in allen Teilen Deutschlands schon seit dem Frühjahr 1905 die so oder anders mit der Bewegung in Rußland verbundenen Redner mit Forderungen überschütteten, über den Massenstreik und die Erfahrungen des Proletariats in Rußland zu berichten, und während die öffentlichen, im revolutionären Geist gehaltenen Reden zu diesem Thema bei den Arbeitermassen eine gewaltige Begeisterung auslösten, erklärten die Führer der Gewerkschaften auf dem Gewerkschaftskongreß im Mai<sup>10</sup> 1905 in Köln die Idee des Massenstreiks in Deutschland nicht nur für nicht realisierbar, sondern geradezu für gefährlich und nahmen auf Vorschlag des Vorsitzenden des Zentralverbandes der Maurer Bömelburg eine Resolution an, die sogar die *Propaganda* dieses Kampfmittels *verbot!*

Zugleich wurde der Massenstreik auch in den Reihen der Sozialdemokratie zum Zankapfel und rief eine anhaltende und überaus scharfe Diskussion zwischen den beiden Parteiflügeln hervor: dem revolutionären und dem opportunistischen. Die Broschüre von Henriette Roland-Holst<sup>11</sup> wurde, ungeachtet ihrer überaus maßvollen<sup>12</sup> Form, unter anderen, zum Gegenstand scharfer Angriffe durch das Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie "Vorwärts", das damals noch in den Händen der Befürworter der opportunistischen Taktik war. Die Diskussion über den Massenstreik, die zwischen Karl Kautsky und der früheren Redaktion des "Vorwärts" entbrannt war, nahm - auf der Grundlage der seit langem schwelenden Unzufriedenheit mit der Ausrichtung des Zentralorgans - so scharfe Formen an, daß sie zum letzten Anstoß für die Debatten auf dem sozialdemokratischen Parteitag 1905 in Jena über die Taktik der "Vorwärts"-Redaktion wurde.

Der Jenaer Parteitag stand bekanntlich unter überaus starkem Einfluß der Ereignisse in Rußland. Der linke, revolutionäre Flügel errang dort einen entschiedenen Sieg, was sowohl in der begeisterten Annahme der Resolution zugunsten der Massenstreikidee als auch in dem sofort nach dem Parteitag erfolgten "Umsturz" in der Redaktion des Zentralorgans, aus der sechs Vertreter der "gemäßigten" Taktik austraten, zum Ausdruck kam. Mit der neuen Zusammensetzung der Redaktion begann der "Vorwärts", die Ereignisse in Rußland wie auch die Frage nach dem Massenstreik<sup>13</sup> in einem ganz anderen Geist zu beleuchten als früher.

Aber gerade das hat in hohem Maße die opportunistischen Kreise in der Partei beunruhigt und rief eine systematische Hetzjagd gegen den "Vorwärts" hervor. Der bezeichnendste Ausdruck dieser Hetzjagd war die öffentliche Presseerklärung von drei parlamentarischen Vertretern der Partei aus der Gegend um Hamburg und Kiel Frohme, Elm und Lesche<sup>14</sup>. Sie warnten die Partei vor der gefährlichen "revolutionären Romantik", die die neue "Vorwärts"-Redaktion in Artikeln und Volksversammlungsberichten angeblich predige und die Deutschland mit allen Katastrophen der Revolution bedrohe.

Im Zusammenhang mit diesen Angriffen kam die Frage nach der richtigen oder falschen *Auslegung* der Jenaer Resolution auf. Die opportunistischen Kreise in der Sozialdemokratie waren der Meinung, der Jenaer Parteitag habe die Möglichkeit, einen Massenstreik in Deutschland anzuwenden, nur für den Fall befürwortet, wenn die

Regierung der Arbeiterklasse das allgemeine und gleiche Reichstagswahlrecht wegnehmen würde, oder wenn die Sozialdemokratie sich entschliesse, um jeden Preis den Zugang zum Preußischen, Sächsischen bzw. einem anderen der reaktionären Landtage zu erringen, die bis heute vermittels eines mehrstufigen ungleichen Wahlrechts von der Teilnahme der Arbeiterklasse abgeschirmt werden.

Inzwischen kamen die Oktobertage in Rußland<sup>15</sup> heran. Deren gewaltiger Einfluß zeigte sich sogleich in der stürmischen Bewegung des österreichischen Proletariats für das allgemeine und gleiche Wahlrecht. Demonstrationen und Massenstreiks in Wien, Prag, Graz beeinflussten ihrerseits die deutschen Arbeiter, vor allem im mit Österreich benachbarten Sachsen, wo gerade das Jahrzehnt nach dem reaktionären Umsturz zu Ende ging, der der Arbeiterklasse den Zugang zum hiesigen Landtag versperrt hatte. Zur selben Zeit schickte sich die Bourgeoisie in der "freien Hanserepublik Hamburg" an, die Arbeiter des Teilnahmerechts an den Wahlen zum hiesigen gesetzgebenden Organ zu berauben. Und in Preußen schließlich rief die Gärung in den Arbeitermassen die Frage hervor, ob es nicht auch für das deutsche Proletariat an der Zeit sei, die neue kraftvolle Waffe im Kampf um seine politischen Rechte auszuprobieren. Der bevorstehende Jahrestag der Petersburger Ereignisse vom 9. Januar<sup>16</sup> schien der günstigste Anlaß für den Beginn der Bewegung zu sein, wenn sie überhaupt stattfinden sollte. Die deutsche Regierung, durch die allgemeine Gärung und die Ereignisse in Rußland eingeschüchtert, bereitete sich ihrerseits darauf vor, dem 9. Januar 1906 und den an diesem Tag zu erwartenden Demonstrationen mit "außerordentlichen Maßnahmen" und im voraus vorbereiteter "bewaffneter Macht" zu begegnen.

Unter solchen Bedingungen hielt es der Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie für notwendig, sich ernsthaft der Frage zu stellen, wie man es diesmal in Deutschland mit dem Massenstreik, Demonstrationen usw. halten sollte: Soll man oder soll man nicht die Losung zu Massenaktionen neuer Art herausgeben? Leider kam der Parteivorstand dabei auf die ziemlich unglückliche Idee, eine Geheimkonferenz mit der Generalkommission der Gewerkschaften zu veranstalten. Wie es in solchen Fällen gewöhnlich ist, wurden die Tatsache der Konferenz selbst sowie deren Ergebnisse auf Umwegen und teilweise entstellt bald bekannt. Das Organ der sogenannten lokalen Gewerkschaften, die mit den zentralisierten Gewerkschaften verfeindet sind, aber hauptsächlich oder fast durchgehend von überzeugten Sozialdemokraten getragen werden, beeilte sich, der Welt den "Verrat" kund zu tun, dessen sich der Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie angeblich schuldig gemacht habe, indem er sich in der Geheimkonferenz mit den Führern der Generalkommission der Gewerkschaften von der Idee des Massenstreiks losgesagt hätte.

Diese "Enthüllung" verursachte natürlich viel Lärm, und der Parteivorstand sah sich, um Mißverständnissen und falschen Auslegungen aus dem Weg zu gehen, genötigt, mit der Veröffentlichung der Protokolle seiner "vertraulichen" Beratung mit der Generalkommission der Gewerkschaften zu beginnen. Aber gerade da kam es zum schroffen Zusammenprall der Vertreter der Partei und der Gewerkschaften. Letztere beharrten, ohne auch nur im Geringsten auf die starke Erregung unter den Parteimit-

gliedern und auf die äußerst peinliche Lage des Parteivorstands Rücksicht zu nehmen, auf der Wahrung des "Geheimnisses"; der Parteivorstand seinerseits beschloß gegen die Proteste der Gewerkschaften, nicht nur die Ergebnisse seiner Konferenz mit ihnen, sondern auch die Protokolle einer nicht weniger "vertraulichen" Beratung aller Gewerkschaftsführer zu veröffentlichen, die sich mit dem Massenstreik und mit den Beziehungen zwischen den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie überhaupt befaßt hatte.

Dieses Protokoll "enthüllte" vor der Partei natürlich nicht den "Verrat" ihres Parteivorstands, sondern den heftigsten Feldzug der Gewerkschaftsführer gegen die Sozialdemokratie. Kampf gegen die "Linken", gegen die "revolutionären Romantiker", gegen die "Literaten", gegen Anhänger des Massenstreiks, wobei die stärksten Hiebe das schuldbeladene Haupt der Autor(in) dieser Zeilen trafen, - das war der Kampfpruf dieser "vertraulichen" Beratung, an der mehrere Hundert Gewerkschaftshäuptlinge teilgenommen hatten. In diesem Zusammenhang wurde das Verhältnis der Gewerkschaften zur Partei selbst einer Revision unterzogen. Es wurde der Wunsch geäußert, eine "neue Theorie" der Gewerkschaftsbewegung zu schaffen, unabhängig von der Theorie des Klassenkampfes und vom Marxismus.

Das Publikmachen dieses Protokolls rief verständlicherweise die lebhaftesten Debatten über das Verhältnis von politischer und ökonomischer Organisation des proletarischen Kampfes hervor.

Andererseits entflammte erneut der Meinungskampf über den Massenstreik in Deutschland und seine Chancen im Januar des laufenden Jahres. Denn der Parteivorstand hatte sich, wie sich herausstellte, in der Beratung mit den Gewerkschaftsführern tatsächlich gegen die Ausrufung eines Massenstreiks ausgesprochen - natürlich nicht generell, sondern nur für diesen konkreten Fall, d. h. für die nächsten Monate; wobei allerdings verabredet wurde, daß, wenn ein Massenstreik doch noch ausbrechen sollte, seine Führung ganz und ausschließlich dem sozialdemokratischen Parteivorstand zufiele, die Gewerkschaften aber ganz und gar abseits bleiben sollten. Die materielle Unterstützung der Streikopfer jedoch sollte von Sozialdemokratie und Gewerkschaften getragen werden. In Wirklichkeit kam es in Deutschland bekanntlich weder zum Massenstreik noch zu Massendemonstrationen. Nur in Hamburg wurde im Januar ein halbtägiger Massenstreik<sup>17</sup> durchgeführt, im Zusammenhang mit einer ganzen Reihe von Volksversammlungen, die ganz und gar erfolgreich waren und zu großer Begeisterung in der gesamten Arbeiterbevölkerung Hamburgs führten.

Aber sonderbar: Sobald der Beschluß des Parteivorstands über die im Frühjahr zu erwartenden Massenstreiks und Demonstrationen bekannt wurde, kam es ausgerechnet in den Reihen der Erzopportunisten zu einem Riesenlärm wegen des "schändlichen Rückzugs" der Partei. Alle diejenigen, die ein Jahr zuvor äußerst skeptisch den Lehren und Beispielen der Befreiungsbewegung in Rußland gegenübergetreten waren, zogen nun zornig gegen den Parteivorstand zu Felde, weil er in Preußen keinen Massenstreik "gemacht" habe, mit dem Ziel, eine Reform des Landtagswahlrechts zu erreichen. Die "Vorwärts"-Redaktion, Kautsky, überhaupt der linke Flügel waren jetzt veranlaßt, die Haltlosigkeit der Hoffnungen auf das Entflammen des Massenstreiks in Deutschland

für ein [neues] preußisches Wahlrecht nachzuweisen. Henriette Roland-Holst bemühte sich in der "Neuen Zeit", die Ergebnislosigkeit der Frühjahrgärung mit dem zeitweiligen Abflauen der revolutionären Woge in Rußland zu erklären, wodurch die revolutionäre Stimmung der Massen in Westeuropa abgenommen habe. Die Streitenden, so schien es, wechselten die Rollen. In Wirklichkeit aber hat sich nur der Gegenstand der Diskussion verändert; statt der Frage **für** oder **gegen** den Massenstreik stellte sich nun die Frage, **wie** der Massenstreik zu verstehen sei: als Demonstrationswaffe einer planmäßigen Aktion des organisierten proletarischen Zentrums oder als historische Äußerung des revolutionären Massenkampfes. Gegen den Massenstreik überhaupt spricht sich jetzt in Deutschland fast keiner der Politiker der Arbeiterbewegung aus. Aber die Idee des Massenstreiks selbst füllt jede der Richtungen mit einem anderen konkreten Inhalt.

So rückte das Massenstreikproblem nach und nach ins Zentrum des geistigen Lebens und des geistigen Interesses der deutschen Sozialdemokratie, und es wird aller Wahrscheinlichkeit nach diesen Platz noch eine längere Zeit einnehmen. In ihm kreuzen sich wie im Fokus alle strittigen Fragen der deutschen Arbeiterbewegung: über den Parlamentarismus und die unmittelbare Rolle der Massen; über den politischen und den ökonomischen Kampf des Proletariats; über Bedeutung und Rolle der Organisation; über die Planmäßigkeit und Spontanität der Arbeiterbewegung; über friedliche Taktik und Zusammenstöße mit der bewaffneten Macht der herrschenden Klassen; über allmähliches "Hineinwachsen" in eine sozialdemokratische Ordnung und revolutionäre "Sprünge" in der Entwicklung des Klassenkampfes. Und schließlich - last not least - im Verhalten gegenüber dem Massenstreikproblem in Deutschland spiegelt sich heute das eine oder das andere Verhalten gegenüber dem Kampf des Proletariats in Rußland: der Glaube an seinen zukünftigen Sieg - oder der Unglaube daran; das Gefühl der engsten Verbundenheit des westeuropäischen Proletariats mit diesem Kampf - oder das hochmütige Überlegenheitsgefühl der "zivilisierten" Arbeiterbewegung gegenüber den verzweifelten Versuchen, gerade 'mal die ersten rechtlichen Voraussetzungen einer rechtmäßigen Existenz zu erringen. Mit einem Wort, die Frage nach dem Massenstreik wurde zum Symbol einer ganzen Weltanschauung in der deutschen Arbeiterbewegung.

Deshalb sind die Debatten über diese Frage nicht ohne Interesse für das kämpfende, bewußte Proletariat Rußlands. Aber diese Debatten haben zweifellos unter einem bestimmten Aspekt auch noch eine besondere Bedeutung für die Arbeiterpartei in Rußland. Die russischen Sozialdemokraten sind bekanntlich, im Gegensatz zur polnischen Sozialdemokratie, der Meinung, daß die Gewerkschaften nicht unter der sozialdemokratischen Parteifahne geschaffen werden bzw. stehen sollen, sondern auf dem Boden der politischen "Neutralität". Dabei berufen sich die russischen Genossen, wie auch in vielem anderen, gerne auf die deutsche Sozialdemokratie und die gewaltige Entwicklung ihrer "neutralen" Gewerkschaften, wobei sie ganz aus dem Blick verlieren, daß die "Neutralität" der deutschen Gewerkschaften durchaus kein Ideal und kein vorsätzliches taktisches Ziel der Sozialdemokratie ist, sondern ihr vom reaktionären polizeili-

chen Terror der Zeit des Sozialistengesetzes aufgedrängt wurde; daß die deutschen Gewerkschaften das Kind nicht einer revolutionären Epoche sind, sondern der politischen und sozialen Bedingungen während einer dreißigjährigen bourgeoisen Parlamentsepoche. Schon diese zwei Umstände müßten eigentlich voll genügen, um die russischen Sozialdemokraten von der sklavischen Nachahmung der deutschen Bewegung abzuhalten und sie zu der Überzeugung zu führen, daß es dem Proletariat Rußlands eher geziemt, seinem westeuropäischen Bruder das Beispiel einer selbständigen Anwendung sozialdemokratischer Prinzipien in einer völlig neuen, revolutionären Situation vorzuführen und nicht beflissen die eigenen Schritte den ausgetretenen Schuhen der deutschen Bewegung anzupassen, die ausschließlich im Rahmen der ungestörten parlamentarischen Herrschaft der Bourgeoisie aufgewachsen ist.

In ihrem grenzenlosen Vertrauen auf den "historischen Prozeß" und dessen gute Vorsätze in Bezug auf die Sozialdemokratie erzielen die russischen Genossen in Wirklichkeit Ergebnisse, die in Deutschland ganz und gar undenkbar und für jeden Sozialdemokraten unverständlich wären. Ein diesbezüglich charakteristisches Beispiel ist die Kiewer Versammlung im Mai dieses Jahres, in der die Gewerkschaft der Druckereiarbeiter gegründet wurde und in der sich der sozialdemokratische Redner gegen die Aufnahme der Bestimmung in die Satzung wandte, die da lautete, Ziel der Vereinigung sei die Verteidigung der *Klassen*interessen der Arbeiter, und das mit der Begründung, der Begriff *Klassen*interessen würde der Vereinigung einen "Parteianstrich" verleihen: Der Kampf des Proletariats sei aber schon an sich Klassenkampf und sein sozialdemokratischer Charakter werde durch die Natur der proletarischen Bewegung bedingt. Dieser selbstlose Verehrer des historischen Prozesses berief sich im besonderen auf die Erfahrung der deutschen Gewerkschaftsbewegung, die angeblich die "träge Masse" der Arbeiterklasse zusammengefaßt habe - und das in einem Land mit Millionen sozialdemokratischer Wähler!

Angesichts dessen sollten die russischen Genossen besonders die jetzigen Reibungen zwischen den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie in Deutschland in den Blick nehmen. Wenn sie sich etwas näher die unnormale Entzweiung ansehen, die sich aufgrund der "Neutralität" der Gewerkschaften in den Reihen der deutschen Arbeiterbewegung ergeben hat, die künstliche Entfremdung der Gewerkschaften von der Sozialdemokratie und die gewaltigen Schwierigkeiten, die dieser Zwiespalt jedem Versuch einer größeren Massenaktion des deutschen Proletariats bereitet, dann können sie einen Vorgesmack dafür bekommen, was für Früchte sie infolge der künstlichen Schaffung "neutraler" Gewerkschaften, ohne "Parteianstrich" und ohne das offene und bewußte Bekenntnis zum Prinzip des Klassenkampfes, in Zukunft in Rußland ernten werden. Die russischen Genossen können jetzt ihre zukünftigen eigenen Rexhäuser voraussehen, die den Buchdruckerverein eifrig vor dem "Terror der Herren Sozialdemokraten" schützen; ihre eigenen Leimpeterse, die den weltweiten Maifeiertag der Arbeiter als "tote Mähre" verspotten; und ihre eigenen Bringmänner<sup>18</sup>, die eine "neue Theorie" der Gewerkschaften, unabhängig von der Klassenkampftheorie, schaffen wollen.

Wenn die Wogen der revolutionären Flut abgeflacht und die unansehnlichen felsigen Umriss der "normalen" Klassenherrschaft bourgeoiser Klassen hervorgetreten sein werden, dann wird auch in Rußland der "historische Prozeß" aufhören, der Sozialdemokratie fertige Früchte zu liefern, und sie wird im Ergebnis nur so viel Macht und Einfluß erworben haben, wie sie es in der revolutionären Epoche versteht, diese für sich zu gewinnen, - durch die bewußte und offene Einflußnahme auf den Arbeiterkampf.

R. Luxemburg

Berlin-Friedenau

im Oktober des Jahres 1906

- 
- 1 Rosa Luxemburg: Gesammelte Briefe, Band 2, Berlin 1999, S.66.  
 2 Rosa Luxemburg an Henriette Roland-Holst, 17. Dezember 1904. In: Gesammelte Briefe, Band 6, S.102.  
 3 Ebenda, S.103.  
 4 Gesammelte Briefe, Band 2, S. 263.  
 5 Rosa Luxemburg: Rede zur Frage des Massenstreiks. In: Gesammelte Werke, Band 2, Berlin 1990, S.173.  
 6 August Bebel: Ausgewählte Reden und Schriften, Band 9, Briefe 1899 bis 1913, Anmerkungen, Bibliographie und Register zu den Bänden 7 bis 9. Bearbeitet von Anneliese Beske und Eckhard Müller, München 1997, S.116.  
 7 Jadwiga Kaczanowska przy konsultacji i współpracy Feliksa Tycha: Bibliografia Pierwodruków Rósy Luksenburg, Nadbitka Z Pola Walki, 1962, Nr. 3 (19), S.205.  
 8 Vgl. Rosa Luxemburg: Gesammelte Briefe, Band 2, S.88 u.116.  
 9 Vgl. Vseobszaja zabastovka i nemeckaja social-demokratija. S predislovijem avtora k russkomu izdaniju. Perevod V. S. Majera, Kiew 1906. (Generalstreik und die deutsche Sozialdemokratie. Mit dem Vorwort des Autors zur russischen Ausgabe.) Der Broschüre ist nicht zu entnehmen, ob Rosa Luxemburg dieses Vorwort russisch schrieb, oder ob es sich um eine Übersetzung aus dem Deutschen handelt.  
 10 Im Original irrtümlich April.  
 11 Gemeint ist die Broschüre "Generalstreik und Sozialdemokratie". Mit einem Vorwort von Karl Kautsky, Verlag Kaden & Co., Dresden 1905.  
 12 Im russischen Text "uverennuju Formu" = sichere Form - vermutlich Druckfehler; aus dem Zusammenhang heraus muß es heißen: umerennuj Formu = maßvolle Form.  
 13 Im russ. Text heißt es fast durchgehend "vseobszaja zabastovka" = Generalstreik. In den Auseinandersetzungen in der Sozialdemokratie 1905/1906 dominierte jedoch der Begriff "Massenstreik".  
 14 Karl Frohme, Adolph von Elm und Friedrich Lesche waren zu dieser Zeit Reichstagsabgeordnete.  
 15 In den Oktobertagen 1905 kam es zu politischen Massenstreiks in allen Industriezentren Rußlands unter der Losung: Sturz der Selbstherrschaft, aktiver Boykott der Buljginschen Duma, Einberufung der Konstituierenden Versammlung und Errichtung der demokratischen Republik.  
 16 Gemeint ist der Blutsonntag in Petersburg (nach dem Julianischen Kalender der 22. Januar 1905), an dem der Zar die 140.000 Arbeiter, die ihn mit einer Bittschrift um die Verbesserung ihrer Lebenslage ersuchen wollten, vor dem Winterpalais mit Gewehrsalven auseinanderjagen ließ. Das Blutvergießen - über 1.000 Tote und etwa 5.000 Verwundete - löste eine Welle von Proteststreiks und Bauernunruhen aus. Es begann die russischen Revolution von 1905/1906.  
 17 Es war der erste politische Massenstreik in Deutschland. 80.000 Hamburger Arbeiter hatten am Nachmittag des 17. Januar 1906 die Arbeit niedergelegt, um in Versammlungen und in Straßendemonstrationen gegen die Einschränkung des Bürgerschaftswahlrechts zu protestieren.  
 18 Ludwig Rexhäuser, Johann Leimpeters, August Bringmann waren Funktionäre der deutschen Gewerkschaftsbewegung, die sich in Polemik gegen die Linken auf sozialreformerische Auffassungen versteiften.

## W. I. Lenin. Unbekannte Dokumente: Briefe an Ines Armand.

Christa Hinckel

In dem russischen Sammelband "Neiswestnyje dokumenty. 1891–1922", der in mehreren Folgen in der BzG (siehe Hefte 1, 3 und 4/2000 und 2/2001) vorgestellt wurde, sind u. a. 25 Briefe Lenins an Ines Armand enthalten. Ein Brief Lenins wurde zusammen mit dem einzigen erhalten gebliebenen Brief von Ines Armand an Lenin bereits in Nr. 3/2000 der BzG in deutscher Übersetzung abgedruckt.

Hier nun legen wir weitere 13 Briefe Lenins vor, die erstmals in deutscher Sprache, übersetzt von Christa Hinckel, erscheinen. Die Dokumente sind chronologisch geordnet, die Dokumentennummern entsprechen der Numerierung im russischen Band. Den interessierten Leser weisen wir darauf hin, daß 11 in dem russischen Sammelband enthaltene Briefe Lenins an Ines Armand von uns nicht noch einmal abgedruckt werden, da sie mit wenigen Auslassungen bereits in der deutschsprachigen Ausgabe der Briefe Lenins, Bde. III und IV, veröffentlicht sind. (Näheres dazu siehe in BzG 3/2000, S.124-133.)

Bei dieser Gelegenheit möchten wir darauf aufmerksam machen, daß zu dem im gleichen Heft, Seite 135-137, veröffentlichten Brief von Ines Armand noch eine weitere Passage gehört, die in der Zeitschrift "Swobodnaja mysl", Heft 3/1992, Seite 80-83, im russischen Wortlaut zu finden ist. Es handelt sich dabei um die Schilderung der Lebensumstände einer gemeinsamen Bekannten.

57

Nach dem 1. (14.) April 1914

Liebe Freundin!

Von Dir keine Briefe, und ich deute das als positives Zeichen: wahrscheinlich sind Deine Kinder angekommen oder befinden sich auf dem Wege, und Du fühlst Dich gut. Ich wünsche Dir von ganzem Herzen, daß Du mit ihnen einen schönen Sommer verbringst.

Die Sendung bundistischer Literatur habe ich erhalten: ein großes merci dafür. Wie viel hast Du dafür zu bekommen? (oder soll man eine Überweisung aus der Kasse des K[omitees] der A[uslands]o[rganisation] machen<sup>1</sup>? Wenn das jedoch irgendwie ungünstig ist oder Schwierigkeiten macht, dann schicke ich es sofort.

Nadja bestand dieser Tage darauf, einen Versuch mit dem Fahrrad zu machen: das Resultat - nach 5 Minuten Fahrt traten sämtliche Symptome der Basedowschen Krankheit wieder auf, die starren Augen, die vergrößerte Geschwulst, schreckliche Schwäche usw. Wahrscheinlich ist eine zweite Operation unumgänglich, aber jetzt testen wir erst einmal die Berge in Ponorin.

Ich hoffe, Du gibst vor Deiner Abreise der Post akkurat Order, daß man Dir die Briefe nachsendet. Ich schicke Nr. 3 der "Rabotniza"<sup>2</sup>. Ist doch schön! Die Sache kommt in Gang. Mes félicitations à Ludm[ila] et toi<sup>3</sup>. (Ich hoffe, der Scherz über das Pseudonym hat Dich nicht geärgert?)

Ich drücke Dir ganz fest die Hand.

Dein W. U.

Regelst Du das (und wie) mit der Zustellung der "Prawda"? Wenn nicht, kann ich die nicht konfiszierten Nummern schicken. Gib Bescheid.

*Veröffentlicht in "Rossiskaja Gaset", Nr. 10, 18. Januar 1994*

*Russisches Zentrum für die Bewahrung und das Studium von Dokumenten der neuesten Geschichte, Fonds 2, Verz. 1, AE 3238 - Handschrift*

65

25. Mai (7. Juni) 1914<sup>4</sup>

Dear friend!

I am always very busy now & worried with the same story of Malinowsky. He is here<sup>5</sup> & it is very hard to see him - so useless & helpless now. And the liquid[ators] continue their infamous campaign of slander & chantage. Wiring with Brother & small misunderstandings with him do not cease. Generally he is very good, excellent - but exceptionally in such crisis he is from time to time a little too weak. The liquid[ators] have published (if we understood rightly the wire news) that we knew oui dire (Gerüchte) about political improbity<sup>6</sup> (Unredlichkeit) M[alinow]skis!!

Tats[ächlich], wir haben sie von den Wiener Klatschmäulern (den Liquid[atoren]) gehört, aber wir haben sie natürlich von uns gewiesen, indem wir die Angelegenheit einem Koll[egium] von 3 Mitgl[iedern] des ZK übertrugen.<sup>7</sup> Und die Liquid[atoren]!! Wem haben sie sie übertragen??

Nun, die Arbeiter haben es den schmutzigen Verleumdern schon gegeben und werden das auch künftig tun!

Wir schicken Dir die neue Zeitung<sup>8</sup>.

If possible, do not be angry against me. I have caused you a great pain, I know it ...

Yours truly W. U.

After your depart from Paris<sup>9</sup> - kann man dort nichts mehr erreichen! Was sind das für Menschen!

*Ebenda, AE 3281 - Handschrift*

69

Nach dem 8. (21. Juni 1914)

Dear friend!

We are awaiting here two members of our so called parliament. If you want anything, please, write at once.<sup>10</sup> Wie weit haben die schurkischen Liquidatoren Malinowski

gebracht: heute bekam er einen Brief von seiner Frau. Der jüngste Sohn, schreibt sie über den 5-6-jährigen Jungen, hat dem älteren heimlich gesagt, daß über den Vater üble Gerüchte im Umlauf sind!!

Ja, die Abscheulichkeit, zu der sich die bürgerliche Intelligenz aus Haß gegen die Arbeiterbewegung versteigt, kennt keine Grenzen.

Bei uns ist schreckliches Wetter: es gießt seit Wochen ohne Unterbrechung! Wenn die Arbeit nicht wäre, könnte man den Verstand verlieren.

Wie steht es bei Dir? Gibt es Malariafälle? Wenn nur die geringste Gefahr besteht, wäre es wohl vernünftiger abzureisen. An die Pension bist Du ja glücklicherweise nicht gebunden.

Zu der Delegation in Wien<sup>11</sup> wird Danski mit Frau gehören. Konstantinowitsch und Abraham wollen ebenfalls. Wunderbar! Hilf in dieser Richtung! Ein guter Mann, auch zu Unrecht diskriminiert.

Vandervelde hat der "L'Humanité" ein Interview gegeben<sup>12</sup>, daß unsere divergences "puérilers"<sup>13</sup> (!! ) seien, aber er hat die Angaben über die Auflage der Zeitungen gebracht!

Ich drücke Dir fest, ganz, ganz, ganz fest die Hand.

Dein W. U.

Bereitest Du Dich systematisch auf den Wiener Kongreß vor? Ich bitte Dich sehr, das nach und nach und ernsthaft zu tun! Schreibe!

*Ebenda, AE 3290 - Handschrift*

74

7. (20.) Juli 1914<sup>14</sup>

Dear friend!

Eben erhielt ich den Bericht über Sonnabend<sup>15</sup> und die Abstimmung der langschweifigen abschließenden Resolution (keine gr[oßen] Meinungsversch[iedenheiten] betr. Takt[etik] und gemeinsamer Parteitag und Org[anisation] etc.<sup>16</sup>). Thank you. Du und Ihr alle habt Euch wunderbar verhalten. Verrat geübt haben die polnischen Schufte (Opp[osition])<sup>17</sup> offensichtlich wegen Malecki (seine Rede war niederträchtig!!<sup>18</sup>).

Die niederträchtigen Polen (Opp[osition]) haben auch den "schwachen" (dummen) Litauer<sup>19</sup> hinübergezogen.

Sonst wäre es so gewesen:

auf unserer Seite

2 (wir und die Letten)<sup>20</sup>

+ SDAPR-Frakt<sup>21</sup>

+ PSD (Opp[osition])

+ Litauer

auf ihrer Seite

9

2

7

1 link[er] PPS<sup>22</sup>

Plech[anow]} Fiktionen  
Alex[inski] }

Wir hätten sogar die M[ehr]heit haben können!!!  
Nun, ich werde mit den Polen abrechnen!

Du hast Dich wunderbar verhalten. Many, many thanks!

Schreibe sofort (auf einem gesonderten Blatt)<sup>23</sup>, was genau Du über den Kongreß unserer Partei gesagt hast<sup>24</sup>:

a) daß er gleichzeitig mit dem Wiener stattfindet (so steht es im Bericht von Kamski<sup>25</sup>)  
b) - oder daß er (und falls er durch Verhaftungen behindert wird, eine Konf[erenz]) entweder gleichz[eitig] mit dem Wiener oder gleich danach stattfindet - ich glaube mich zu erinnern, daß ich letzteres schrieb (b).

Dich trifft natürlich in keinem Falle eine Schuld. Aber schreibe trotzdem für das Z[entral]K[omitee] mit Deiner Unterschrift, auf einem gesonderten Blatt, was genau Du gesagt hast.

Würde exakt gesagt, daß wir darum bitten, nichts über den Kongreß unserer Partei schriftlich oder mündlich zu verlautbaren? Wenn ja, mit welchen Worten?

Many, many thanks & greetings! Yours truly W. I.

Excuse die Eile: extremely occupied.

Es ist äußerst wichtig, möglichst genau zu erfahren, welche Teile des Berichts ("lu partiellement"<sup>26</sup>, wie Ihr telegraphiert habt) vorgelesen worden sind.

Genau anhand des Manuskripts angeben: das und das wurde vorgetragen, das und das nicht.

Was man vergessen hat (nicht überzeugt, daß es vorgelesen wurde), besonders vermerken.

Von welcher Stelle bis zu welcher (im Bericht) wurde quatorze<sup>27</sup> vorgelesen? Direkt bis zur Schlußfolg[erung] und einschließlich des Endes oder nicht?

Wurden die Einfügungen vorgelesen? (1) über die Demonstration vom 4.IV.1914<sup>28</sup>?

(2) über das "Jedinstwo"<sup>29</sup> und in welcher Version (((ich war ein Dummkopf zu empfehlen, gegen diesen Schuft Plech[anow] den Ton zu mildern!!!)).

Welche stat[istischen] Daten exakt wurden eingefügt und eventuellement mit welchen Komment[aren].

(1) die Tabelle über die Beitr[äge] von A[rbeiter]gr[uppen] vom 1.1. bis 13.V.<sup>30</sup>?

(2) ebenfalls über den "Bund"?

(3) "Objekt[ive] Dat[en]" aus der "Prawda"<sup>31</sup>?

(4) Was noch

Wie, genau, war der Schluß der 1. Bedingung formuliert, d. h. der Absatz über die Gruppe der "Nascha Sarja" und der "Nascha Rabotschaja Gaseta"<sup>32</sup>? Nach der alten oder der neuen Fassung? Gibt es nicht ein Arbeitsexemplar des verlesenen Textes?

NB Antworte!

Unternimm sofort und eilends Maßnahmen, um schriftliche Mandate für den Kongreß of our party (resp[ective] conference) zu erhalten.

- (1) vom K[omitee] der A[uslands]o[rganisation].  
 (2) von der Brüsseler Delegation.

*Ebenda, AE 3335 - Handschrift*

75

12. (25.) Juli 1914<sup>33</sup>

My dear & dearest friend!

Best greetings for the commencing revolution in Russia. We are here without news. Extremely eager to know what is happening - but no telegrams!! Now the great town would be better than a village in Galicia. This evening at six o'clock the question of war between Austria & Serbia will be answered<sup>34</sup> ... The idiot Brussels conference<sup>35</sup> can be forgotten in such time. I understand that the liquid[ators] + Plek[hanoff] & other canailles are preparing a common manifesto. The traitors Poles<sup>36</sup>, opposition, will not sign it!! Already the decomposition of the new "third-july block"<sup>37</sup>).

Tomorrow I expect here the comrade<sup>38</sup> You have seen in Brussels from the letton party.

This summer is extremely unhappy: at first "affair" of Mal[inowski], then the con[ference] at Brus[sels] and now totally unknown if the great meeting of our Party will be possible after the events in SP-b<sup>39</sup>.

Here extremely unpleasant "stories" with the stupid wife of the army<sup>40</sup>. She is here with army<sup>41</sup> & two her new friends: 1) young man with grey hair, whom You have seen at first in Russia after having left Krakow in summer 1912<sup>42</sup>, - and the former editor of our scientific review<sup>43</sup>. Both are friends of wife of the army. Both hate Malinowsky & repeat: the wife ... is "convinced", that he is an agent-provokateur!!

We in our quality as a committee of investigation, have lost many many hours to hear the "evidence" of the wife of the army. Stupid talks, history, - nothing serious. She accuses us to be partial (in relation to Mal[inowsky])!! Confrontation of hers with Mal[inowsky]<sup>44</sup>. She is blamed - she has mixed personal affairs & intimities with the politics. Mal[inowsky] reveals her intime discourses. Now came "the three" (army & both friends) & will have almost a duel with Mal[inowsky] & so on & so on ... Oh, quelle misère. These hysterical stupid creatures, I am so angry, so angry!! Losing of time for such stupid stories!!!

Yours very truly, I hope You are not angry against me, my dear friend?

Your W. I.

In our capital "état de siège"<sup>45</sup>. Both papers must be closed<sup>46</sup>. Arrests innumerable. The Brother must be safe, because I've got a dispatch from Finland with allusion that the Brother is there & safe. But this is only a supposition. Nothing is certain.

*Ebenda, AE 3341 - Handschrift*

## Übersetzung

Meine liebe und liebste Freundin!

Beste Grüße angesichts der herannahenden Revolution in Rußland. Wir sind hier ohne Nachrichten. Wir sind äußerst gespannt zu erfahren, was vor sich geht - aber keine Telegramme!! Jetzt wäre die Großstadt besser als ein Dorf in Galizien. Heute Abend um 6 Uhr wird die Frage beantwortet, ob Krieg zwischen Österreich und Serbien sein wird<sup>34</sup>. ... Die idiotische Brüsseler Konferenz<sup>35</sup> kann man in solch einer Zeit vergessen. Ich höre, daß die Liquidatoren + Plechanow und andere Canaillen ein gemeinsames Manifest vorbereiten. Die polnischen Verräter<sup>36</sup>, die Opposition, werden es *nicht* unterzeichnen!! Das ist schon der Zerfall des neuen "Dritte-Juli-Blocks!!"<sup>37</sup>.

Morgen erwarte ich hier den Genossen von der lettischen Partei<sup>38</sup>, den Du in Brüssel gesehen hast.

Dieser Sommer ist extrem unglücklich: zuerst die "Affäre" Malinowski, dann die Konferenz in Brüssel und nun die totale Ungewißheit, ob nach den Ereignissen in St. P-b<sup>39</sup> der Gesamtkongreß unserer Partei möglich sein wird.

Hier gibt es höchst unangenehme "Geschichten" mit der dummen "Militärgattin"<sup>40</sup>. Sie ist hier mit ihrem Militär<sup>41</sup> und zwei ihrer neuen Freunde: - 1) dem jungen Mann mit grauen Haaren, den Du zum erstenmal in Rußland gesehen hast, nachdem Du im Sommer 1912 Krakau verlassen hattest<sup>42</sup>, sowie dem früheren Redakteur unserer wissenschaftlichen Zeitschrift<sup>43</sup>. Beide sind Freunde der "Militärgattin". Beide hassen Malinowski und wiederholen: "die Ehefrau"... ist "überzeugt", daß er ein agentprovokateur ist!!"

Wir in unserer Eigenschaft als Untersuchungskomitee haben schrecklich viel Zeit verloren mit dem Anhören der "Beweise" der "Militärgattin". Dummes Geschwätz, Hysterie-nichts Ernsthaftes. Sie bezichtigt uns der Parteilichkeit (in bezug auf Malinowski)!! Gegenüberstellung Malinowskis mit ihr<sup>44</sup>. Sie ist blamiert - hat persönliche, intime Angelegenheiten mit der Politik vermischt. Malinowski enthüllt ihre intimen Reden. Jetzt ist das ganze "Dreigestirn" gekommen (der Militär und die beiden Freunde) und will beinahe ein Duell mit Malinowski und so weiter und so weiter. Oh, welche Armseligkeit! Diese hysterischen, blöden Kreaturen, ich bin so zornig, so zornig! Verlorene Zeit wegen solch dummen Geschichten!!

Dein sehr ergebener, in der Hoffnung, Du bist nicht böse auf mich, meine liebe Freundin?

Dein W. I.

In unserer Hauptstadt herrscht "Belagerungszustand"<sup>45</sup>. Beide Zeitungen mußten schließen<sup>46</sup>. Zahlreiche Verhaftungen. Der Bruder ist wahrscheinlich heil und unverseht, da ich aus Finnland ein Telegramm erhielt mit der Anspielung, daß der Bruder dort und unverseht sei. Das ist aber nur eine Annahme. Nichts ist sicher.

86

25. Mai (7. Juni) 1916

M-me Armand. Drosselweg 23. Bern.

Liebe Freundin! Nadja erzählte mir von den Unannehmlichkeiten, die in Bern entstanden sind und auch Sie betroffen haben.<sup>47</sup> Wenn Sie mir einen Rat erlauben wollen: Widmen Sie ihnen bitte so wenig Aufmerksamkeit wie möglich. Glauben Sie mir, das legt sich alles. Ich freue mich sehr über Ihren Plan, im Sommer für eine Zeitlang eine Luftveränderung vorzunehmen - nur (noch einmal, wenn Sie mir einen Rat erlauben) wählen Sie nicht Sör[enberg], sondern einen neuen Ort mit neuen Leuten, um auszuspannen. Ich drücke Ihnen fest die Hand und wünsche von Herzen frischen Mut und Gelassenheit gegenüber den Berner Unannehmlichkeiten.

Ihr Lenin

*Ebenda, AE 4091 - Handschrift*

87

9.( 22.) Juli 1916<sup>48</sup>

Liebe Freundin!

Ich schicke einen Brief von Grischa<sup>49</sup>. Nadja schickt Ihnen und allen einen Gruß. Ihre Kur scheint einigermassen zu verlaufen, obgleich es hier schlechter als in Sör[enberg] ist, und ich werde wohl bald nach Zürich abreisen.

Viele Grüße und beste Wünsche.

Ihr<sup>50</sup>I can not get your special letter. Please wait till my return.<sup>51</sup>*Ebenda, AE 4147 - Handschrift*

90

Nach dem 3. (16.) September 1916<sup>52</sup>

Liebe Freundin! Ich schicke den Artikel<sup>53</sup>, den Sie haben wollten. Es wäre schön, wenn Sie Marusja veranlassen würden, das sehr schlechte Deutsch zu verbessern.

Schicken Sie ihn zurück, wenn sie ihn gelesen haben.

Ich drücke Ihnen fest die Hand<sup>54</sup>.*Ebenda, AE 4222 - Handschrift*

92

22. September (5. Oktober) 1916<sup>55</sup>

M-me Armand. Kurhotel Mariental. Sörenberg (K[an]ton) Luzern).

Liebe Freundin!

Schicken Sie mir bitte den Artikel über die Entwaffnung<sup>56</sup>, ich brauche ihn dringend.

Nadja schreibt Ihnen morgen ausführlich. Wir sind in Eile, um den durchreisenden Kasparow<sup>57</sup> zu begrüßen.

Best greetings. Yours<sup>58</sup>

*Ebenda, AE 4239 - Handschrift*

93

25. Oktober (7. November) 1916<sup>59</sup>

Das Buch von Jaurès<sup>60</sup> habe ich jetzt in der Bibl[iothek] "Soziale literatur" bekommen und schicke es Ihnen noch heute. Vergessen Sie nicht, auf der Post genaue Angaben betreffs Nachsendung an die neue Adresse zu hinterlassen, falls Sie vor Erhalt dieses Buches verreisen. Und schicken Sie es um Himmelswillen akkurat 3 1/2 Wochen nach dem 30.XI.1916 zurück.

Allerbeste Grüße<sup>61</sup>

*Ebenda, AE 4279 - Handschrift*

94

28. Oktober (10. November) 1916

An Frau Armand,

Kurhaus Mariental, Sörenberg (K[an]t[on] Luzern)

Liebe Freundin!

Ich habe Ihnen den Jaurès<sup>62</sup> geschickt, den ich aus einer anderen Bibliothek erhalten habe. Ich habe ihn am 7/XI. für 3 1/2 Wochen ausgeliehen. Ich bitte dringend darum, ihn rechtzeitig zurückzuschicken.

In der (sozialis[tischen]) Arbeiterbibliothek gibt es fast überhaupt keine franz[ösische] Bücher. Seltsam! Man hat Ihnen wahrscheinlich von einer anderen erzählt, in der es viele franz[ösische] soz[ialistische] Bücher geben soll, aber ich kenne keine solche.

Mit Gruß! Ihr L[enin]

*Ebenda, AE 4281 - Handschrift*

96

13. (26.) November 1916

M-me Armand. Kurhotel Mariental. Sörenberg (K[an]t[on] Luzern).

Liebe Freundin!

Gerade habe ich an Sie einen sozusagen dienstlichen Brief in Beantwortung Ihrer Bemerkungen und Gedanken zu Ihrem Brief über die Frauenorganisationen<sup>63</sup> abgeschickt. Aber außer diesem dienstlichen Schreiben drängt es mich, Ihnen ein paar freundschaftliche Worte zu sagen und Ihnen ganz fest die Hand zu drücken. Sie schreiben, daß Ihnen sogar Hände und Füße von der Kälte anschwellen. Das ist doch schrecklich, wo Sie doch schon immer an den Händen so gefroren haben. Muß es denn so weit kommen? Sie schreiben selbst, daß Sie bald abreisen werden (ich sage dazu nichts, denn Sie haben gebeten, daß ich Sie mit meinen Bitten, besser dorthin zu fahren, wo Leute sind, verschonen soll). Ich bin sehr froh, daß Sie selber sich anschicken, auf die Reise zu gehen, und ich wünsche von ganzem Herzen, daß es Ihnen an einem anderen Ort leichter wird.

Ich drücke Ihnen nochmals fest die Hand und sende beste Grüße.

Ihr <sup>64</sup>*Ebenda, AE 4303 - Handschrift*

104

17. Februar (2. März) 1917

M-me Armand. Pension Lergive. Clarens.

Liebe Freundin!

Sie haben mir 2 Ex[emplare] des franz[ösischen] Textes<sup>65</sup> geschickt, kein einziges des englischen (ob es einen englischen geben wird und wann das sein wird, haben Sie nicht geschrieben). Haben Sie Abramowitsch den russischen Text geschickt? Wenn Sie es noch nicht getan haben, schicken Sie ihn unverzüglich.

Die französische Übersetzung haben Sie offensichtlich nicht durchgesehen, und bei dem Abschreiber gibt es eine Unmenge Auslassungen und Fehler.

Gruß<sup>66</sup>*Ebenda, AE 4437 - Handschrift*


---

1 Komitee der Auslandsorganisation der SDAPR - das organisatorische Zentrum der bolschewistischen Emigranten im Ausland. Es besaß eine Emigrantenkasse, in welche die örtlichen Gruppen einen bestimmten Prozentsatz ihrer Einnahmen abführten.

2 Rabotniza (Die Arbeiterin) - legale Frauenzeitschrift, Organ des Zentralkomitees der SDAPR(B), Petersburg, Februar bis Juli 1914, Mai 1917 bis Januar 1918.

3 Meine Gratulation für Ludmila und Dich (frz.). Ludmila - L.N. Stal, Mitglied der Redaktion der Zeitschrift.

- 4 Der Brief trägt einen Vermerk von Ines Armand: "7. Juni 1914". Auf dieser Grundlage wurde der Brief datiert.
- 5 Malinowski kam am 15. (28.) Mai 1914 nach Poronin.
- 6 Liebe Freundin! Ich bin momentan sehr beschäftigt und durch diese andauernde Geschichte mit Malinowski beunruhigt. Er ist hier, und es fällt sehr schwer, ihn in dieser nutz- und hilflosen Verfassung zu sehen. Und die Liquidatoren setzen ihre infame Verleumdungs- und Erpressungskampagne fort. Ich stehe mit dem Bruder telegrafisch in Verbindung, aber die kleinen Mißverständnisse mit ihm halten an. Im allgemeinen ist er doch sehr gut, vortrefflich, aber ausnahmsweise in solch einer Krisensituation ist er von Zeit zu Zeit zu schwach. Die Liquidatoren haben öffentlich erklärt (falls wir das Telegramm richtig verstanden haben), daß wir die Gerüchte über die politische Unredlichkeit Malinowskis kannten! (engl.) Gegen Malinowski wurde der Vorwurf erhoben, ein Spitzel der zaristischen Ochrana zu sein.
- 7 Lenin meint die Untersuchungskommission des ZK der SDAPR, die die gegen R. W. Malinowski erhobenen Anschuldigungen der Spitzeltätigkeit überprüfen sollte. Vor der Untersuchungskommission verstand es Malinowski, den Verdacht gegen sich zu zerstreuen. Erst nach der Februarrevolution 1917 bestätigten Recherchen bei der zaristischen Geheimpolizei, daß er tatsächlich für sie gearbeitet hatte. Ausführlicher über die Angelegenheit Malinowski siehe BzG 3/2000, S.131/132.
- 8 Es handelt sich um die Zeitung "Rabotschi", deren erste Nummer am 22. April (5. Mai) 1914 mit dem Untertitel "Rabotschaja Gaseta" (Arbeiterzeitung) erschien.
- 9 Wenn es möglich ist, sei mir nicht böse. Ich habe Dir großen Schmerz zugefügt, ich weiß es ... Dein ergebener W. U. Nach Deiner Abreise aus Paris - (engl.)
- 10 Liebe Freundin! Wir erwarten hier zwei Abgeordnete unseres sogenannten Parlaments. Wenn Du irgend etwas möchtest, schreib bitte sofort. (engl.) Im Juli stand eine Beratung des ZK der SDAPR bevor, zu der der Dumaabgeordnete G. I. Petrowski anreiste. Wer der andere Erwartete war, konnte nicht ermittelt werden.
- 11 Lenin schreibt über die Delegation der SDAPR für den ordentlichen Kongreß der II. Internationale in Wien, der jedoch wegen des Ausbruchs des ersten Weltkriegs nicht zustande kam.
- 12 Lenin erwähnt das Interview, das Émile Vandervelde, der Vorsitzende des Internationalen Sozialistischen Büros (ISB) der II. Internationale, den Zeitungen "L'Humanité" und "Le Peuple" vom 21. Juni (n. St.) über seine Reise nach Rußland gegeben hatte. Über dieses Interview schreibt Lenin in seinem Artikel "Die Methoden des Kampfes der bürgerlichen Intellektuellen gegen die Arbeiter" (siehe W. I. Lenin, Werke, Bd. 20, S.471-474).
- 13 Meinungsverschiedenheiten "kindisch" (frz.)
- 14 Der Brief trägt einen Vermerk von Ines Armand: "20. Juli". Auf dieser Grundlage wurde der Brief datiert.
- 15 Es handelt sich um den Bericht über die Brüsseler "Vereinigungs"konferenz, die vom 16. bis 18. Juli 1914 stattfand. Sie war vom Exekutivkomitee des Internationalen Sozialistischen Büros einberufen worden "zwecks gemeinsamer Aussprache" über die Möglichkeit, die Einheit der SDAPR wiederherzustellen. Auf der Konferenz waren vertreten: Bolschewiki - ZK der SDAPR; Menschewiki - Organisationskomitee, Kaukasisches Gebietskomitee; die Gruppen "Borba" - Parteigänger Trotzki's, "Jedinstwo" - Parteigänger Plechanows, die Gruppe "Wperjod", der "Bund", die Sozialdemokratie Lettlands, die Polnische Sozialdemokratie und die Sozialdemokratie Litauens. Als Vertreter des ZK der SDAPR nahmen I. F. Armand, M. F. Wladimirski und I. F. Popow teil. Den von Lenin ausgearbeiteten Bericht des ZK der SDAPR an die Konferenz trug auf Bitten Lenins Ines Armand in französischer Sprache vor. Dem hier abgedruckten Brief ging eine ganze Reihe von Briefen Lenins an Armand voraus, in denen er sie überzeugte, an seiner Stelle den Bericht vorzutragen, und ihr Ratschläge, Hinweise und Hilfestellungen für ihr Auftreten gab (siehe W.I. Lenin, Briefe, Bd. III, S.304/305; 306-308; 311-320; 322-325; 326). Gleich nach der Beendigung der Konferenz am 5. (18.) Juli 1914 schickte das Mitglied der Delegation der Bolschewiki, M. F. Wladimirski, Lenin die protokollarischen Mitschriften von den Sitzungen der Beratung, die von ihm und den anderen Mitgliedern der Delegation angefertigt worden waren, sowie Entwürfe von Erklärungen, Briefe (siehe Russisches Zentrum, Fonds 2, Verz. 1, AE 23839; siehe auch Woprossy istorii, 1959, Nr. 5, S.152-163). Nachdem Lenin sich mit diesen Materialien bekannt gemacht hatte, schrieb er den vorliegenden Brief.

- 16 Gemeint ist die Präambel der "vorläufigen Bedingungen" für die Einigung der SDAPR, die vom Internationalen Sozialistischen Büro (ISB) ausgearbeitet worden waren (siehe Russisches Zentrum, Fonds 2, AE 23839, Bl. 49).
- 17 Gemeint sind J.S. Hanecki und A.M. Malecki.
- 18 Es geht um das Auftreten A. M. Maleckis auf der Sitzung des ISB am 4. (17.) Juli 1914. Obwohl er das ISB beschuldigte, der Frage der Vereinigung der SDAPR nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt zu haben, lehnte er gleichzeitig die vom ZK der SDAPR ausgearbeiteten 14 Bedingungen ab (siehe W. I. Lenin, Werke, Bd. 20, S.526-534) und erklärte: "Nicht auf diesem Wege wird die Einheit erreicht werden" (Russisches Zentrum, Fonds 2, Verz. 1, AE 23839, Bl. 21).
- 19 Mickiewicz-Kapsukas.
- 20 I. F. Armand und J.A. Bersin.
- 21 Der Vertreter der Sozialdemokratischen Arbeiterfraktion Rußlands in der IV. Reichsduma, G. I. Petrowski, der nicht die Möglichkeit hatte, zu der Beratung zu reisen, "schickte ein Telegramm, in dem er sein Einverständnis mit den vom ZK ausgearbeiteten Bedingungen erklärte". Seine Stimme wurde jedoch nicht mitgezählt (siehe Russisches Zentrum Fonds 17, Verz. 1, AE 1539, Bl. 1-2).
- 22 Gemeint ist G. Walecki.
- 23 Anmerkung von Lenin: schreibe alles zur Information des ZK über die Konferenz auf gesonderte Blätter.
- 24 Der ordentliche Parteitag der SDAPR und der Wiener Kongreß der II. Internationale fanden wegen des Ausbruchs des ersten Weltkrieges nicht statt.
- 25 Der Bericht ist nicht erhalten geblieben.
- 26 Teilweise vorgelesen (frz.).
- 27 Vierzehn (frz.). Nachdem im Teil IV des Berichts an die Brüsseler Konferenz 13 Bedingungen für die Vereinigung der Bolschewiki mit den Liquidatoren und anderen Gruppen formuliert wurden, verlangte der Punkt 14 eine Stellungnahme zu den von den Liquidatoren verbreiteten Verleumdungen bolschewistischer Mitglieder der SDAPR (siehe W. I. Lenin, Werke, Bd. 20, S.535-538) und im Falle der Billigung dieser Behauptungen durch die Teilnehmer der Konferenz eine begründete, sachliche, offene Anklage, die dem kommenden Parteitag vorzutragen sei.
- 28 Siehe W. I. Lenin, Werke, Bd. 20, S.520-524. Die hier erwähnte, in Petersburg durchgeführte Demonstration war die Antwort der Arbeiter auf eine von den Petersburger Unternehmern verkündete Aussperrung; aufgerufen zu der Demonstration hatte das Petersburger Komitee der SDAPR. Die bolschewistische Zeitung "Put' Prawdy", die als legale Zeitung nicht direkt zur Teilnahme an der Demonstration aufrufen konnte, veröffentlichte an diesem Tag Lenins Artikel "Von den Formen der Arbeiterbewegung (Aussperrung und marxistische Taktik)" (siehe ebenda, S.205-208) als redaktionellen Artikel. Die Liquidatoren, die sich in keiner Weise an der Organisation der Demonstration beteiligt hatten und in ihren Presseberichten verschwiegen, daß diese vom Petersburger Komitee der SDAPR angeregt worden war, machten sich offen darüber lustig, daß die Bolschewiki in ihrer Zeitung nur in Andeutungen auf die Demonstration hingewiesen hatten. In dem Bericht an die Brüsseler Konferenz setzte sich Lenin kritisch mit dieser Haltung auseinander (siehe ebenda, S.520-524).
- 29 Über das "Jedinstwo" (Die Einheit) – legale Zeitung menschowistischer Richtung, herausgegeben von Plechanow, siehe ebenda, S.516/517.
- 30 Siehe W. I. Lenin, Werke, Bd. 20, S.516.
- 31 Siehe ebenda, S.515.
- 32 Siehe ebenda, S.527/528.
- 33 Der Brief trägt einen Vermerk von Ines Armand: "25. Juli 1914". Auf dieser Grundlage wurde der Brief datiert.
- 34 Österreich-Ungarn erklärte Serbien am 15. (28.) Juli den Krieg.
- 35 Lenin meint die Brüsseler "Vereinigungs"konferenz.
- 36 Gemeint sind J. S. Hanecki, J. G. Dolecki und A. M. Malecki.
- 37 Der "Dritte-Juli-Block" - ironischer Vergleich mit dem "Dritte-Juni-Staatsstreich" 1907. - Am 3. Juli 1914 (alten Stils) wurde die Brüsseler Vereinigungskonferenz beim ISB eröffnet. Im Kampf gegen die vom ZK der SDAPR vorgeschlagenen Prinzipien der Einheit der Partei bildete sich im Laufe der Beratung ein antibolschewistischer Block aus Vertretern der Menschewiki verschiedener Schattierungen,

- des "Bundes", der "Wperjod"-Leute, der Gruppe Trotzki's, der polnischen Sozialdemokratie, der Kaukasischen Gebietsorganisation.
- 38 Lenin erwartete die Ankunft J. A. Bersins.
- 39 Es handelt sich um das bewaffnete Vorgehen der Polizei gegen ein Meeting der Putilowarbeiter und den darauf folgenden politischen Streik, zu dem das Petersburger Komitee der SDAPR aufgerufen hatte und an dem sich am 11. (24.) Juli bis zu 200.000 Menschen beteiligten. Am 10. (23.) Juli gab das ZK der SDAPR ein Flugblatt heraus, in dem es unter Berufung auf die Geschlossenheit und Solidarität der Arbeiter zur Beendigung des Streiks und zur Vorbereitung auf die nahende Revolution aufrief. Am 14. (27.) Juli endete der Streik.
- 40 Gemeint ist J. F. Rosmirowitsch.
- 41 Offensichtlich ist A. A. Trojanowski gemeint.
- 42 Gemeint ist N. W. Krylenko.
- 43 Gemeint ist M. A. Saweljew.
- 44 Die Gegenüberstellung von R. W. Malinowski und J. F. Rosmirowitsch fand am 10. und 11. (23. und 24.) Juli 1914 statt (siehe Woprossy istorii, 1993, Nr. 11-12, S.50-68).
- 45 Der Belagerungszustand in St. Petersburg und seinen Vororten wurde am 5. (18.) Juli 1914 ausgerufen.
- 46 Es geht um die Zeitungen "Rabotschi" und "Trudowaja Prawda".
- 47 Gemeint sind die Auftritte von menschwistischen Emigranten im Zusammenhang mit der Arbeit einer Kommission des bolschewistischen Komitees der Auslandsorganisation der SDAPR, die das ungebührliche Benehmen K. Mochows, eines Mitglieds der Lausanner Gruppe zur Unterstützung der SDAPR, auf der Silvesterfeier in Bern zu untersuchen hatte.
- 48 Der Brief trägt einen Vermerk von Ines Armand: "22. Juli 1916". Auf dieser Grundlage wurde der Brief datiert.
- 49 Grischa - G. J. Belenki. Der erwähnte Brief fehlt im Russischen Zentrum. Über seinen Inhalt siehe W. I. Lenin, Briefe Bd. IV, S.254.
- 50 Es folgt Lenins Handzeichen
- 51 Ich kann Ihren speziellen Brief nicht bekommen. Warten Sie bitte meine Rückkehr ab.
- 52 Lenins Brief ist auf die Rückseite der letzten Seite eines Briefes von Nadeshda Krupskaja an Ines Armand geschrieben. "... der Organisation - ist ganz egal. Faktisch ist die Organisation doch fiktiv. Marusja bestelle bitte meinen besten Gruß; ich bin sehr froh, daß sie mit Dir in Sörenberg ist. Hat sie etwa das Gymnasium an den Nagel gehängt? Was ist mit ihrem Zeichen, und wie steht's mit ihrem Erfurter Programm. Ich umarme Dich fest. N. K. Grischas Brief schicke ich nächstes Mal zurück. (Der Anfang des Briefes von Krupskaja ist nicht erhalten geblieben.)
- 53 Lenin schickte Ines Armand seinen Artikel "Das Militärprogramm der proletarischen Revolution" (siehe W. I. Lenin, Werke, Bd. 23, S.72-83). Für die Veröffentlichung in der Presse der schweizerischen, schwedischen und norwegischen linken Sozialisten war der Artikel in deutscher Sprache geschrieben. In überarbeiteter Form wurde er unter dem Titel "Über die Losung der 'Entwaffnung'" im "Sbornik Sozial-Demokrata", Nr. 2, Dezember 1916, veröffentlicht. (Siehe ebenda, S.91-101.)
- 54 Es folgt Lenins Handzeichen.
- 55 Absendedatum aus Zürich nach dem Poststempel.
- 56 "Entwaffnung" bei Lenin deutsch. Siehe Dokument 90, Anmerkung 53.
- 57 W. M. Kasparow lebte 1913/1914 in Berlin, Mitglied des Komitees der Auslandsorganisation der SDAPR. Über ihn lief der konspirative Briefverkehr des ZK der SDAPR.
- 58 Es folgt Lenins Handzeichen.
- 59 Der Anfang des Briefes ist nicht erhalten geblieben.
- 60 Es handelt sich um das Buch "L'Armée nouvelle". Paris, Rouff, 1911, (L'organisation socialiste de la France). Siehe Dok. 94.
- 61 Es folgt Lenins Handzeichen.
- 62 Siehe Dok. 93, Anm. 60.
- 63 Siehe W. I. Lenin, Briefe, Bd. IV, S.324.
- 64 Es folgt Lenins Handzeichen.
- 65 Es handelt sich um das Flugblatt Nr.1 "Gegen die Lüge der Vaterlandsverteidigung", herausgegeben mit der Unterschrift "Gruppe der Zimmerwalder Linken".
- 66 Es folgt Lenins Handzeichen.

## Strafjustiz und Revolution. Zwei Dokumente von Felix Halle, 1920

Volkmar Schöneburg

Die beiden nachstehend abgedruckten Artikel stammen aus der Feder Felix Halles (1884-1937)<sup>1</sup>, der durch seinen Klassiker einer Rechtsliteratur von unten "Wie verteidigt sich der Proletarier in politischen Strafsachen vor Polizei, Staatsanwaltschaft und Gericht"<sup>2</sup> in der Weimarer Republik Berühmtheit erlangte. Als Sohn eines jüdischen Kaufmanns in Berlin geboren, studierte er von 1902 bis 1905 Rechtswissenschaft an der Alma Mater seiner Heimatstadt und hörte Vorlesungen in Philosophie, Geschichte und Ökonomie. Nach seinem Studium arbeitete Halle als Schriftsteller, spezialisiert auf das Straf- und Völkerrecht. Eine Rede August Bebels über den Militäretat (1902) und die Lektüre der "Neuen Zeit" brachten ihn mit der Arbeiterbewegung in Berührung. 1912 schloß er sich der SPD, 1916 der USPD und 1920 der KPD an. Halle gründete 1913 den Neuen Deutschen Verlag, den er wiederum 1924 an Willi Münzenberg verkaufte. Im November 1918 beriefen die beiden preußischen Kultusminister Adolph Hoffmann (USPD) und Konrad Haenisch (SPD) Halle, der mit einigen Publikationen Aufmerksamkeit erzielt hatte, als Professor an die Berliner Universität. Aber Hoffmanns Rücktritt im Januar 1919 und der Widerstand der Fakultät verhinderten die Aufnahme der Lehrtätigkeit. Heute würde man sagen, er wurde noch vor Beginn seiner akademischen Laufbahn abgewickelt. Was ihm blieb, war der Professorentitel. Doch noch auf den Fahndungslisten der Gestapo hielt sich die Legende vom "Prof. von Moskaus Gnaden".<sup>3</sup> Nach Gründung des Pressedienstes der USPD (1920) wurde Halle dessen ständiger juristischer Mitarbeiter. Auf Vorschlag von Ernst Däumig und Walter Stoecker weilte er in dieser Eigenschaft von November 1920 bis April 1921 in der RSFSR, im Gepäck ein Empfehlungsschreiben Clara Zetkins an W. I. Lenin.<sup>4</sup> Am 3. Dezember 1920 bat Halle diesen schriftlich um ein Gespräch.<sup>5</sup> Ob es stattfand, ist nicht überliefert. Bekannt ist jedoch, daß Halle in der RSFSR bis April 1921 Mitglied des Wissenschaftskollegiums beim Volkskommissariat für Justiz war. Zudem wurde er auf Vorschlag von P. I. Stutschka, der wie kein anderer für den Anfang einer originären sowjetischen Rechtswissenschaft steht, durch den Volkskommissar für Justiz, D. I. Kurski, am 1. Februar 1921 als korrespondierendes Mitglied des Instituts für Sowjetrecht berufen. Als Halle im Frühjahr 1921 nach Deutschland zurückkehrte, fungierte er zugleich als wissenschaftlicher Vertreter des Volkskommissariats im Ausland.<sup>6</sup> Es war also nur folgerichtig, daß er in den nächsten Jahren in der Zeitschrift "Das neue Russland" Beiträge über das Sowjetrecht veröffentlichte, Vorträge über sowjetrussisches Recht (u.a. an der MASCH) hielt, Arbeiten sowjetischer Juristen rezensierte, in den einschlägigen sowjetischen Fachorganen publizierte und den Anhang zur 1929 erschienenen deutschen Ausgabe von E. Paschukanis' "Allgemeine Rechtslehre und Marxismus", dem vielleicht einzigen Faszinosum inner-

halb der marxistischen Juristenliteratur<sup>7</sup>, verfaßte. Doch zurückgekommen nach Berlin, warteten zunächst andere Probleme auf Halle. Die Stand- und Sondergerichtsbarkeit im Anschluß an die Kämpfe gegen Kapp (1920) sowie in Mitteldeutschland (1921) hatte die KPD juristisch relativ unvorbereitet getroffen. Über 5.000 politische Häftlinge saßen 1921/22 in den Strafanstalten. Von daher forderten am 6. August 1921 auf einer Zusammenkunft linker Anwälte mit Vertretern der KPD-Führung die Verteidiger die Gründung einer Juristischen Zentralstelle der KPD Reichstags- und Landtagsfraktion (JZ). Zum Leiter der JZ und damit gleichzeitig zum Syndikus der Reichstagsfraktion avancierte Halle.<sup>8</sup> In der Folgezeit intervenierte er bei Reichskanzler Wirth (Z) und Reichsjustizminister Radbruch (SPD), um vorzeitige Haftentlassungen zu erreichen. Nicht ohne Erfolg: im Winter 1921 konnten etwa 2.500 Arbeiter z. T. bedingt aus der Strafhaft entlassen werden. Halle agierte vor dem Reichsamnestieausschuss, kommentierte das Amnestiegesetz und hielt seine Erfahrungen wissenschaftlich in dem Buch "Deutsche Sondergerichtsbarkeit 1918-1921" (1922) fest. Daneben erarbeitete er Gesetzesvorlagen, beriet die Redner der KPD wissenschaftlich, legte Verteidigungsstrategien für politische Prozesse fest und engagierte sich in Auslieferungs- und Ausweisungsverfahren.<sup>9</sup> 1924 schied Halle, der auch wesentlich an der Gründung und Legalisierung der Roten Hilfe Deutschlands beteiligt war, aus der JZ aus. Hintergründe waren auch antisemitische Anfeindungen, die in handgreiflichen Auseinandersetzungen kulminierten.<sup>10</sup> Zweimal (1924/1928) versuchte Halle, ein Land- bzw. Reichstagsmandat zu erlangen. Doch versagte ihm die Partei mehr als einen "aussichtslosen Dekorationsposten".<sup>11</sup> Dafür wählte ihn der Reichstag zu einem der Beisitzer des "Staatsgerichtshofs für das Deutsche Reich". Im Zentrum seiner wissenschaftlichen Arbeit standen fortan die Auseinandersetzung mit der Strafrechtsreform und die Beratung der Reichstagsfraktion. Gemeinsam mit linksbürgerlichen Intellektuellen wie Magnus Hirschfeld oder Kurt Hiller setzte er sich für die Abschaffung der Todesstrafe, für einen reformierten Strafvollzug oder die Legalisierung der Abtreibung, der Homosexualität und die Kriminalisierung der Vergewaltigung in der Ehe ein.<sup>12</sup> Halle, seit 1926 auch mit der juristischen Vertretung von Max Hoelz beauftragt und mit seiner juristischen Sachkunde nicht unwesentlich für dessen Freilassung 1928 verantwortlich, wurde noch in der Nacht des Reichstagsbrands von den Nazifaschisten verhaftet. Bis Ende März u. a. im KZ Lichtenburg inhaftiert, emigrierte er am 2. April 1933 über Prag nach Paris, das er ein knappes Jahr später mit seiner Frau Ruth<sup>13</sup> in Richtung Moskau verließ. Hier arbeitete er am Institut für Kriminalpolitik, welches u. a. dem Generalstaatsanwalt Wyschinski unterstand. Halle analysierte das nazifaschistische Strafrecht, erstellte im Auftrag der KI Anfang 1935 ein völkerrechtliches Gutachten, um die Auslieferung Heinz Neumanns durch die Schweiz an Deutschland abzuwenden<sup>14</sup>, und wurde mit der juristischen Vorbereitung eines möglichen Strafprozesses der Nazis gegen Ernst Thälmann beauftragt.<sup>15</sup> Von August 1936 bis Januar 1937 weilte er für diese Arbeit noch einmal in Paris, wo er eng mit Münzenberg zusammen wirkte.<sup>16</sup> Hier entstand auch sein äußerst kenntnisreicher "Bericht über die Anklageschrift", unter den Wilhelm Florin kritzelte "Vorsichtig betrachten,

da Halle als Feind entlarvt ist.“<sup>17</sup> Damit war Halles weiteres Schicksal nach seiner Rückkehr besiegelt: Verhaftet am 5. August 1937, am 25. August Ausschluß aus der KPD, am 1. November von der Kommission des NKWD wegen angeblicher konterrevolutionärer trotzkistischer Tätigkeit zum Tode verurteilt und 2 Tage später in Butowo erschossen.<sup>18</sup> Paradigmatisch ist jene Überlieferung von Babette Gross, der Frau Münzenbergs. Danach soll Halle im Moskauer Butyrki-Gefängnis von Mitgefangenen höhnisch aufgefordert worden sein, doch auch ein Buch darüber zu schreiben, wie sich der Proletarier vor dem sowjetischen Gericht verteidigen könne<sup>19</sup>, was unzweifelhaft auf den Verlust jeglicher Rechtsgarantien des politisch Beschuldigten in der Sowjetunion zielte.

Die beiden folgenden Artikel Halles erschienen vor seiner Reise in die RSFSR. Der erste Beitrag liefert noch einmal ein anschauliches Bild über die Morde an den linken Führern im Anschluß an die Novemberrevolution 1918 und über die Verbrechen der deutschen Justiz, die durch Unterlassen einer Strafverfolgung bzw. durch Rechtsbeugung begangen worden waren. Halle hatte keineswegs übertrieben, wie die unwiderlegte Dokumentation Emil Julius Gumbels, die Ausführungen Gustav Radbruchs im Reichstag oder neuere Forschungen belegen.<sup>20</sup> Allein 354 politische Morde von rechts in der Zeit von Januar 1919 bis Juni 1922 wurden insgesamt lediglich mit einmal lebenslanger Haft sowie mit 90 Jahren Freiheitsentzug geahndet. Demgegenüber wurden für 22 Morde von links 10 Todesurteile, 3 lebenslange Zuchthausstrafen und insgesamt 248 Jahre Freiheitsentzug verhängt. Die Gerichte folgten den rechten Tätern, die für sich die militärischen Schußwaffengebrauchsregelungen in Anspruch nahmen oder sich auf den Schießbefehl Gustav Noskes (SPD) vom 9. März 1919 beriefen. Der hatte befohlen, daß jede Person, die mit der Waffe in der Hand gegen Regierungstruppen kämpft, sofort zu erschießen ist. Halle charakterisierte dies zutreffend als “tatsächliche Immunität der Mörder”.<sup>21</sup> Auch für das hochverräterische Unternehmen des Kapp-Putsches 1920 wurde nur einer der Täter, nämlich Traugott von Jagow, Kapps Innenminister, rechtskräftig verurteilt. Im Gegensatz zu Eugen Leviné (Anm. 32) wurde ihm aber eine ehrbare Gesinnung attestiert, so daß lediglich 5 Jahre Festungshaft, von denen er 2 absaß, gegen ihn ausgesprochen wurden. Vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen ist es erklärlich, daß viele Linke in einer vulgärmaterialistischen Verkürzung des Marxschen Ansatzes das Recht auf den Willen der Staatsmacht zurückstutzten.

In dem zweiten Aufsatz zeichnete Halle die Situation in der sowjetischen Strafjustiz zum Zeitpunkt der Oktoberrevolution und unmittelbar danach, wo auf radikale Diskontinuität zum überkommenen Strafrecht und seinen Institutionen gesetzt wurde, genau nach. Deutlich wird der für alle Revolutionen charakteristische Bruch von altem und die Geburt von neuem Recht, aber auch die Einmaligkeit des Rechts der Bolschewiki. Unter Zweckmäßigkeitserwägungen wurden die Gerichte legitimiert, auf der Basis des revolutionären Rechtsbewußtseins, vom Gerechtigkeitsgefühl geleitet, zu richten.<sup>22</sup> So kam es schon einmal vor, daß ein Delinquent zu einer Freiheitsstrafe bis zum Sieg der Weltrevolution verurteilt wurde, was nach dem Verständnis der Richter

eine milde Strafe war. Die tatbestandlichen Voraussetzungen waren eben nur vage formuliert. Neben den Gerichten nahmen exekutive Institutionen Gerichtsfunktionen wahr. Dem Strafrecht ging so teilweise sein Normativcharakter verloren, ohne den jedoch eine Gesetzlichkeit nicht zu haben ist.<sup>23</sup> Daß das Strafrecht primär als Instrument des Klassenkampfes und nicht als Maß der Macht gesehen wurde,<sup>24</sup> ist für den Bürgerkrieg durchaus noch verständlich. Doch wurde jenes Rechtsverständnis, das den Schilderungen Halles zugrunde lag, über jene Zeit hinaus insbesondere durch Wyschinski festgeschrieben.<sup>25</sup> Felix Halle, der noch 1929/30 eine auf diesem Rechtsverständnis beruhende Strafjustiz am Beispiel des "Industrieprozesses" gegen Ramsin u. a. unkritisch verteidigte, mußte seine Auswirkungen auf entsetzliche Weise 1937 selbst erfahren.

### *Felix Halle: Proletariat und Rechtspflege*

Die Bourgeoisie, insbesondere ihr feudaler und industrieller Flügel, sieht in dem Proletariat nur ein Objekt der Gesetzgebung und der Verwaltung. Das Bürgertum benutzt den Besitz der politischen Macht, um seine Gesetze so zu gestalten, daß die arbeitenden Massen möglichst einflußlos auf die Verfassung und die Verwaltung des Staates bleiben. In einem Teile des bürgerlichen Staatsapparats kommt diese passive Stellung des Proletariats besonders deutlich zum Ausdruck: auf dem Gebiete der Justiz. Die Gerichtsverfassung traf solche Bestimmungen, daß ausschließlich Personen des Bürgertums zu den Ämtern eines Richters oder Staatsanwalts gelangen können; selbst die Möglichkeit, als Laienrichter, als Schöffen und Geschworene mitzuwirken, war dem Proletariat unmöglich gemacht und (ist) auch jetzt noch erschwert. Im kapitalistischen Staat ist der Bürger der Richter, der Proletarier der zu Richtende oder Gerichtete.

Die bürgerliche Strafjustiz sah es als ihre Hauptaufgabe an, ihre Strafmittel dem Staate zur Aufrechterhaltung der bestehenden Staats- und Wirtschaftsordnung zur Verfügung zu stellen. Die Vorkämpfer der Arbeiterbewegung gerieten von Anbeginn an in den schwersten Konflikt nicht nur mit den Gesetzen, sondern auch mit den Justizbeamten, weil die Staatsanwälte und Richter aus dem Bestreben heraus, die bestehende Ordnung unter allen Umständen zu schützen, die Gesetze in der Regel zu Gunsten der herrschenden Schichten und zum Nachteil des Proletariats auszulegen pflegten. Staatsanwalt und Richter betrachteten sich als eine Kampftruppe gegenüber dem Proletariat. Die Verfolgungssucht der bürgerlichen Justiz erstreckt sich mit besonderer Schärfe gegen das klassenbewußte Proletariat, das im politischen Kampfe in den Konflikt mit den bürgerlichen Gesetzen geraten muß. Die Erbitterung zwischen bürgerlichen Justizbeamten und revolutionärem Proletariat ist um so erklärlicher, als in der Praxis der politische Vorkämpfer in dasselbe Gefängnis geworfen wird und den gleichen Strafvollzug erdulden muß wie der gemeine Verbrecher.

Das Kernprodukt der Klassenjustiz ist die Militärgerichtsbarkeit.<sup>26</sup> Das Wesen der Militärjustiz ist die Ungleichheit zwischen Offizieren und Mannschaften vor Gesetz

und Gericht. Durch den Krieg, der in Deutschland 10 Millionen Männer der Militärgerichtsbarkeit unterwarf, kam die Barbarei dieses Systems zum letzten Ausdruck. Die tiefe Unsittlichkeit der Militärjustiz hat nicht zum wenigsten zum Ausbruch des Aufbruchs in Heer und Flotte im November 1918 beigetragen.

Durch die Novemberrevolution ging die politische Macht auf die arbeitenden Klassen über. Damit gewann das Proletariat die Gewalt über die Justizgesetze und den Gerichtsapparat. Zwischen den sozialistischen Parteien, deren Führer im Auftrag des Volkes die Führung übernommen hatten, bestanden aber hinsichtlich der Maßnahmen gegenüber den vorhandenen Justizgesetzen und Behörden unüberbrückbare Gegensätze. Während der linke Flügel der USPD, der damals noch mit dem Spartakusbund organisatorisch verbunden war, die sofortige radikale Beseitigung des gesamten bürgerlichen Justizapparates und die Schaffung von Revolutionsgerichten forderte, waren die rechtssozialistischen Führer noch nicht einmal bereit, Eingriffen in die Rechtspflege zuzustimmen, die nur eine radikale Reform im Sinne der bürgerlichen Ideologie bedeutet hätten. So geschah hinsichtlich der Justizgesetze und der Verwaltung das ungünstigste, was für das Proletariat geschehen konnte: Es blieb alles unverändert beim alten.

Während der ersten zwei Monate, als die Revolution noch im Fluß war und die Arbeiter- und Soldatenräte im Besitze der tatsächlichen Gewalt waren, vermieden es die bürgerlichen Justizbehörden, irgendwie die Aufmerksamkeit der revolutionären Organe auf sich zu lenken. Kein Staatsanwalt hat in dieser Zeit (wegen) politische(r) Handlungen eine Klage erhoben. Sobald aber im Januar und Februar 1919 die Gegenrevolution durch den Noske-Militarismus wieder in den Sattel gelangte, begannen Staatsanwälte und Richter wieder von Neuem zu arbeiten. Es setzte gegen das revolutionäre Proletariat ein Kesselreiben in noch nie gekanntem Umfange ein. Während die Gerichte, insbesondere die auferstandenen außerordentlichen Kriegsgerichte, gegen die proletarischen Teilnehmer des Bürgerkrieges mit Todes- und Zuchthausstrafen wüteten, während unbescholtene Personen wegen Bagatelverstößen mit Freiheitsstrafen belegt wurden, während unschuldig Verdächtige monatelang in Haft lagen, fanden die schwersten Verbrechen der Gegenrevolution nicht die geringste Sühne. Wer als Sanitäter an den Zeitungsbesetzungen im Januar (1919) teilgenommen hatte, wanderte ins Gefängnis. In dem Münchener Geiselprozess<sup>27</sup> wurde ein berichtigter Ordenschwindler ein vollwertiger Zeuge, damit die Angeklagten gerichtet werden konnten. Für die Mörder Karl Liebknechts<sup>28</sup>, Jogisches<sup>29</sup>, Landauers, Derenbachs<sup>29</sup> u. a. wurden die Wachvorschriften und fingierten Fluchtversuche fadenscheinige Gründe der offensichtlichen Justizverweigerung. Der Mord von Rosa Luxemburg, (der Mord) an den 32 Matrosen<sup>30</sup> fanden keine Sühne. Die Offiziere, die den Münchener Gesellenmord<sup>31</sup> mitverschuldet hatten, wurden nicht einmal unter Anklage gestellt. In zahllosen Fällen war es nicht einmal möglich, ein Ermittlungsverfahren durchzusetzen oder über daßelbe hinauszukommen. Die Praxis der Gerichte wurde ein Hohn auf die Gerechtigkeit, ein Rechtsbruch löste den andern ab.

Der gescheiterte Kapp-Putsch liefert Vergleichsmöglichkeiten in der unterschiedlichen Behandlung bei den gleichen gesetzlichen Tatbeständen. Mit welcher Barbarei wurden die Proletarier nach den gescheiterten politischen Unternehmungen verfolgt und zur Strecke gebracht, insbesondere in Bayern. Mit welcher Wollust wurde von den Standgerichten die Flucht eines geschlagenen Revolutionärs als Zeichen ehrloser Gesinnung verwandt, um Zuchthaus oder Todesstrafe (Levine)<sup>32</sup> verhängen zu können. Von den hunderten ja tausenden Teilnehmern an der Kapp-Unternehmung ist niemandem etwas Ernstliches geschehen, nicht einmal die Hauptbeteiligten sind in Untersuchungshaft genommen (worden). Es ist kennzeichnend für die gegenwärtige Rechtspflege in Deutschland: Die Kriegsverbrecher und Kriegsgewinnler, die das Volk bis auf die Knochen ausgesogen und sich durch die Not ihrer Volksgenossen bereichert haben, sie sind im Besitz aller Mittel, die ihnen ein schrankenloses Genußleben ermöglichen. Tausende von Kämpfern für die Sache des Proletariats schmachten in den Gefängnissen und sind wirtschaftlich ruiniert.

Die Unhaltbarkeit eines solchen Zustands ist selbst vom Standpunkt der bürgerlichen Ideologie erkenntlich. Deswegen besteht auch bei den bürgerlichen Reformparteien und den Rechtssozialisten das Streben nach einer Justizreform, um durch Beseitigung allzu auffälliger Mißstände den alten Bau noch recht lange zu erhalten. Soweit das parlamentarische Arbeiterprogramm nicht durch neue revolutionäre Bewegungen umgestoßen wird, werden den neuen Reichstag die Vorlagen über eine Reform der gesamten Strafjustiz beschäftigen. Schon vor dem Kriege hatte das Reichsjustizamt die Vorarbeiten zu einer Umgestaltung des Strafrechts in die Wege geleitet. Es soll neu bestimmt werden, welche Taten strafbar und mit welchen Strafen die einzelnen Handlungen zu belegen sind, insbesondere sollen die Todesstrafe als alleinige Strafe beim Morde und die exorbitant hohen Strafen des Militärstrafgesetzbuches beseitigt werden.<sup>33</sup> Ferner ist eine Erneuerung der Strafprozeßordnung und der Gerichtsverfassung geplant. Die Zusammensetzung der Gerichte soll zu Gunsten des Laienelements und der Teilnahme der Frauen geändert werden<sup>34</sup>, die Rechte der Verteidigung, insbesondere das Recht der Berufung, soll erweitert werden. Schließlich soll der Strafvollzug, über den bisher nur allgemeine gesetzliche Vorschriften bestanden und der der Willkür der Verwaltung überlassen blieb, nunmehr im Einzelnen gesetzlich geregelt werden.<sup>35</sup>

Die Interessen des Proletariats erfordern keine Reform, sondern eine Beseitigung der bürgerlichen Klassenjustiz und ihre Ersetzung durch eine proletarische Strafgesetzgebung und Rechtspflege. Solange die Arbeiterklasse die politische Macht nicht errungen hat, werden ihre Vertreter nur kritische Stellung zu den einzelnen Fragen zu nehmen haben, damit das Proletariat eine feste Anschauung über die neu zu regelnde Materie erlangt. Es gilt, dem Proletariat die rechtserzeugenden Kräfte zu entwickeln, welche beim Eingreifen der Macht notwendig sind, um neues proletarisches Recht an die Stelle des alten überlebten bürgerlichen Rechts zu setzen.

*Gerichtswesen und Strafsystem in Sowjetrußland*

F. H. Welche Schwierigkeiten die siegreiche Arbeiterklasse auf dem Gebiet der Rechtspflege nach Errichtung der Diktatur zu überwinden hat, zeigt deutlich eine Schrift des russischen Rechtsanwalts Dr. Galin "Gerichtswesen und Strafsystem im revolutionären Rußland", die im Verlage von Franz Bahlen, Berlin W 9, erschienen ist. Dr. Galin beurteilt die getroffenen Einrichtungen und Maßnahmen vom Standpunkt des bürgerlichen Juristen. Seine Sympathie gehört der Kerenski-Periode<sup>36</sup>, aber er ist offensichtlich bemüht, den kommunistischen Standpunkt zu begreifen und ihm gerecht zu werden. In seiner Einleitung schildert Galin die tiefe Unmoral der zaristischen Kastenjustiz, die den gesamten Gerichtsapparat zu einem Werkzeug selbststüchtiger Interessen gemacht und dem russischen Volke die Erkenntnis gebracht hatte, daß ihm die gerechte unparteiische Rechtspflege unter den herrschenden Klassen nicht zuteil werden würde. So entstand im Volke eine besondere Wut gegen die zaristischen Gerichte. Schon bei der ersten Februarrevolution gingen viele Gerichtsgebäude, u. a. das berühmte Petersburger Landgericht, in Flammen auf.

Kerenski reformierte den russischen Gerichtsapparat im Sinne der liberalen Ideologie. Er hob alle konfessionellen und Standesbeschränkungen auf, er berief angesehene Rechtsanwälte und Professoren in die höchsten Reichsämtler. Die Todesstrafe wurde außerhalb des Heeres und der Kriegszone abgeschafft. Nur eine Maßnahme Kerenskis ging über die Grenze der bürgerlichen Strafjustiz hinaus und wurde auch von den bürgerlichen Juristen als Beginn einer proletarischen Klassenjustiz angegriffen: Dem Friedensrichter, der bisher als Einzelrichter dem Gericht unterster Ordnung vorstand, wurden zwei Beisitzer beigegeben, die beide von den Arbeiter- und Soldatenräten gewählt wurden. Da kollegial entschieden wurde, hatten die Beisitzer die Entscheidung. Es kam zu Konflikten, da die Beisitzer es ablehnten, juristische Spitzfindigkeiten gelten zu lassen, welche ihrer Ansicht nach nur zugunsten der höheren Klassen und zum Schaden des Proletariats dienten.

Den radikalen Bruch mit der Vergangenheit brachte erst die Oktoberrevolution. Auf Befehl des ersten kommunistischen Volksjustizkommissars Stutschka<sup>37</sup> wurden alle Gerichtsbehörden und der Stand der Rechtsanwälte aufgehoben und in allen Behörden Kommissare zu ihrer Auflösung ernannt. Die Justizbeamten weigerten sich, gutwillig ihr Amt zu verlassen. Daraufhin wurden sie durch die Bolschewisten auseinandergejagt, auch der Senat, das oberste Gericht, welches dem deutschen Reichsgericht entspricht, wurde gewaltsam aufgelöst. Darauf traten die Gerichtsbeamten mit den andern Staatsbehörden in den Streik. Das Proletariat kämpfte damals noch um die Macht und beschränkte sich (darauf), der politischen Reaktion durch eine Untersuchungskommission, an deren Spitze Koslowski und Krassikow, frühere Rechtsanwälte, standen, entgegenzutreten. Diese Kommission war die Vorläuferin der außerordentlichen Kommission<sup>38</sup>, der das Recht gegeben wurde, Urteilsprüche in gegenrevolutionären Sachen zu fällen. Unter diesen Umständen hatte das Proletariat keine Möglichkeit, dem unpolitischen gemeinen Verbrechen in geeigneter Weise entgegen-

zutreten, und so ereigneten sich verschiedene Fälle von Lynchjustiz. Allmählich schritt man zur Bildung von Revolutionsgerichten. Infolge des anfänglichen Streiks der Richter und Advokaten gelang es überaus minderwertigen Personen, sich in die Reihe der Sowjetbeamten einzuschleichen. Erst später konnte eine gründliche Säuberung von diesen unsaubereren Elementen vorgenommen werden. Da es nicht möglich war, in der Eile ein neues Gesetz zu schaffen, so benutzte man zunächst die alten Gesetze, mit der Einschränkung, daß sie nur soweit zu beobachten seien, soweit sie nicht dem minimalen Programm der Sozialdemokratischen Partei und der sozialistischen Rechtserkenntnis widersprachen.<sup>39</sup> Da aber der ganze Strafprozeß und das ganze Strafrecht im Grunde genommen mit der sozialistischen Rechtserkenntnis im Widerspruch stehen, so war das Verfahren der damaligen Periode nur unvollkommen.

Eine Änderung in der revolutionären Gerichtspraxis setzte ein, als unter den Rechtsanwälten die jüngeren und begabten Elemente den Streik aufgaben und vor den Sowjetgerichten zu plädieren angingen. Obwohl nach dem Wortlaut des Gesetzes<sup>40</sup> sich jeder makellose Bürger über 18 Jahre in das "Kollegium der Rechtsvertreter" einschreiben lassen konnte, wurden in Wirklichkeit ausschließlich frühere Rechtsanwälte Mitglieder des Kollegiums. Die Staatsanwaltschaft war, als mit den kommunistischen Begriffen unvereinbar, abgeschafft worden. Ursprünglich konnte jeder Hörer aus dem Publikum als Ankläger fungieren. Später wurde dann ein Kollegium der Staatsanwälte aus den herrschenden Parteien für die einzelnen Prozesse als Ankläger bestellt.

Auch die Strafen der alten Gesetzgebung konnten in dieser Periode nicht angewandt werden. Die Strafeinrichtungen der Deportationen nach Sibirien und die Arrestantenkompagnie wurden abgeschafft. Dagegen wurden neue, leichtere Strafen wie öffentlicher Tadel und Entziehung des Wahlrechts zu den Sowjets für eine unbestimmte Zeit eingeführt.<sup>41</sup> Überhaupt war es für die Sowjetjustiz charakteristisch, daß sie, wenn irgend möglich, Milde walten ließ. Der berühmte Monarchist Purischkewitsch, der Veranstalter vieler Pogrome, wurde nur zu einem Jahr Gefängnis verurteilt und auf Ehrenwort, sich nicht mehr konterrevolutionär zu betätigen, amnestiert. Er dankte diese Großmütigkeit damit, daß er sofort in der Ukraine den Bürgerkrieg gegen die Sowjets schürte. Unter solchen Umständen sah sich die Regierung gezwungen, nunmehr die Reaktion schärfer zu bekämpfen. Eine Zeitlang war das Justizkommissariat in die Hände der linken Sozialrevolutionäre gegeben. Der Justizkommissar Steinberg<sup>42</sup> versuchte, ein neues Gerichtssystem zu schaffen. Während die linken Sozialrevolutionäre gewisse demokratische Einrichtungen begünstigten, bestanden die Kommunisten darauf, das Gericht müsse in dieser Periode das Werkzeug des Klassenkampfes bleiben. Zum Konflikt über dieses Prinzip kam es in dem Prozeß gegen den Admiral Schtschastnik, der eine kurze Zeit Befehlshaber der Marine der Sowjetmacht gewesen war und dieses Vertrauen durch einen Hochverrat enttäuscht hatte. Hunderte Matrosen waren dem Doppelspiel des Admirals zum Opfer gefallen. Schtschastnik wurde von dem Oberrevolutionstribunal, das aus Mitgliedern des Zentral-Exekutiv-Komitees gebildet war, zur Erschießung verurteilt. Wegen der Vollstreckung dieses Urteils kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Kommu-

nisten und den linken Sozialrevolutionären, welche die Anwendung der Todesstrafe<sup>43</sup> als unsozialistisch erklärten. Die Kommunisten stellten sich jedoch auf den Standpunkt, daß hier keine Todesstrafe im Sinn des bürgerlichen Rechts vorliege, sondern lediglich eine Zweckmäßigkeitshandlung, die aus den zeitlichen Umständen bedingt sei und mit dem revolutionären Gewissen vereinbar ist. Einige Tage später wurden verschiedene Provokateure, die noch in der Zarenzeit der Ochrana<sup>44</sup> Dienste geleistet hatten, vor demselben Oberrevolutionstribunal gleichfalls zum Tode verurteilt und erschossen. Nach kurzer Zeit, Anfang Juni 1918, kam es zu dem berühmten Aufstand der linken Sozialrevolutionäre. Sie hatten keinen Erfolg und ihre Führer mußten entfliehen. Das Justizkommissariat kam ausschließlich in die Hände der Kommunisten. Sie reformierten das Gericht auf Grund ihrer Prinzipien. Die Kommunisten, die an die Spitze des Justizkommissariats traten, schildert Galin als seltsame Idealisten im besten Sinne des Wortes, aufrichtige Leute, überzeugt von der Richtigkeit ihrer Handlungen und Absichten. Der Volkskommissar Kurski<sup>45</sup>, auch ehemaliger Rechtsanwalt, erwarb sich den Ruf eines ehrlichen und zugänglichen Menschen, der jedem Bürokratismus abhold ist. Dieses Urteil über Kurski teilen alle Politiker ohne Unterschied der politischen Anschauung.

Der Klassenkampf und der Bürgerkrieg machten es der Sowjetregierung unmöglich, die Milde walten zu lassen, zu der sie, soweit es mit der Sicherheit der arbeitenden Klassen vereinbar, stets geneigt war. Die Interessen der Arbeiterklasse verlangten für ihre Behauptung die Macht eines wirksamen Kampfmittels. Dieses war in der außerordentlichen Kommission gegeben, die für folgende Handlungen zuständig war: 1. Amtsverbrechen, 2. Kokainverbrauch, 3. Diebstahl und Einbruch bei Sowjetbehörden, 4. Brandstiftung an Gebäuden der Sowjetregierung, 5. Zerstörung oder Gefährdung öffentlicher Verkehrsmittel und 6. Banditentum. Die außerordentliche Kommission verfügt über eine geheime Abteilung und über eine Operationsabteilung zur Exekutive. Das Präsidium, das unter der Untersuchungsabteilung steht, ist ein unöffentliches, d. h. geheimes Gericht, das endgültig über das Schicksal der Verhafteten entscheidet. Eine Zeitlang bestanden auch lokale außerordentliche Kommissionen, doch wurden dieselben, weil ihre Maßnahmen nicht immer zu billigen waren, aufgelöst. Die Urteilsprüche der außerordentlichen Kommission sind nicht immer Todesurteile, es wird auch auf Freiheitsstrafen, auf Internierung in Konzentrationslagern<sup>46</sup>, ja sogar auf Geldstrafen erkannt.

Eine weitere scharfe Waffe gegenüber der Gegenrevolution waren die Kriegsrevolutionstribunale an den Fronten und in den einzelnen Armeen.

Als ordentliches Gericht der Friedenszeit wurde das sogenannte einzige Volksgericht<sup>47</sup> eingesetzt. Für die Leitung dieser Gerichte werden nur Persönlichkeiten genommen, welche aktive und passive Wahlfähigkeiten zu den Arbeiterräten besitzen, über Praxis in der Tätigkeit der Gewerkschaften und über theoretische und praktische juristische Ausbildung verfügen. Da sich derartige Persönlichkeiten zur Zeit nur selten finden lassen, so wurden vielfach die alten richterlichen Beamten, die jetzt bereit waren, in den Dienst der Sowjets zu treten, von den Arbeitern und Bauern gewählt. Der radika-

lere Flügel der Kommunisten hat diese Praxis scharf bekämpft, nur den persönlichen Einflüssen Lenins gelang es, diesen Widerstand zu brechen und die widerstrebenden Kreise endlich von der Unerstlichkeit der Juristen als technische Kräfte zu überzeugen. Um das Bildungswesen der richterlichen Beamten zu erhöhen, läßt die Sowjetregierung in der Hauptstadt und in den Gouvernementshauptstädten regelmäßige dreimonatige Kurse abhalten, in denen die Grundzüge des Sowjetgerichtssystems gelehrt werden. An dem Prozeßverfahren der Volksgerichte sind der Volksrichter und die Beisitzer beteiligt, die gemeinschaftlich über die Schuldfrage und über die Art und Höhe der Strafe entscheiden. Die Zahl der Beisitzer ist nach dem Gesetz dahin festgesetzt, daß bei den schweren Verbrechen, die in Deutschland vor das Schwurgericht gehören, sechs Beisitzer mitwirken, während in den übrigen Fällen zwei Beisitzer hinzugezogen werden.

Für alle Gerichte, sowohl für das Revolutionstribunal wie für das Volksgericht, besteht eine Kassationsabteilung bei dem Zentral-Exekutiv-Komitee, als deren Vorsitzender Krassikow fungiert. Sie ist in der Lage, bei offenkundiger Ungerechtigkeit jedes Urteil aufzuheben. Die Gnadeninstanz ist das Präsidium des allrussischen Zentral-Exekutiv-Komitees, das sich einer großen Milde befleißigt, besonders bei Todesurteilen, indem durchschnittlich 60-70 Prozent der Gnadengesuche bewilligt worden sind.

Nach der grundsätzlichen Seite hin hat das kommunistische Strafrecht den Schuldbegriff abgeschafft, indem es von keiner individuellen Schuld, sondern von den sozialen Verhältnissen ausgeht und in der Strafe nur ein Zweckmittel zum Schutz der Arbeiterklasse und, soweit es mit diesem Zweck vereinbar erscheint, auch die Besserung des Individuums anstrebt.<sup>48</sup> Die Gefängnisse heißen daher Besserungsanstalten. Es ist gewiß, daß es nicht genügt, wenn man an die Pforte eines alten zaristischen Gefängnisses das Wort Besserungsanstalt schreibt, aber es kann kein Zweifel darüber herrschen, daß das neue Wollen, welches sich in den Maßnahmen der Sowjetrepublik zeigt, auch auf dem Gebiete des Strafrechts und des Strafprozesses den Anfang einer neuen Kultur bedeutet.

Wir konnten hier nur die großen Linien des neuen russischen Strafrechts und -prozesses geben. Für unsere Partei sind die Erfahrungen der russischen Genossen von höchstem Interesse. Wir wollen die Fehler der linken Sozialrevolutionäre und der extremen Kommunisten vermeiden und eine wahrhaft sozialistische Rechtspolitik in Deutschland bei Ergreifung der Macht wirklichen.

Mansfelder Volkszeitung, Eisleben, 24. Juli 1920 (Beilage).

---

1 Zu Halle siehe Ulrich Stascheit, Felix Halle (1884-1937), Justitiar der Kommunistischen Partei, in: Thomas Blanke (Hrsg.): Streitbare Juristen, Baden-Baden 1988, S.153-164; Volkmar Schöneburg: Kriminalwissenschaftliches Erbe der KPD, Berlin 1989; Josef Schwarz: Zu Unrecht vergessen. Felix Halle und die deutsche Justiz, Schkeuditz 1997 (rez. in: ND vom 27. Februar 1998).

2 Die Schrift wurde 1924, 1926, 1929 und 1931 zum Teil aktualisiert in einer Gesamthöhe von 76.000 Exemplaren aufgelegt und als "Rechtsanwalt im Hause" charakterisiert.

- 3 SAPMO BArch, I 2/3/110 (Hier und im folgenden Signaturen des ehemaligen ZPA der SED); vgl. auch die Ausbürgerungsliste vom 29. Februar 1936 in: Deutscher Reichsanzeiger und Preußischer Staatsanzeiger Nr. 53 vom 3. März 1936.
- 4 Siehe Clara Zetkin: Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. II, Berlin 1960, S.258.
- 5 Der Brief ist abgedruckt in: BzG, 1/1987, S.54.
- 6 Siehe SAPMO BArch, I 2/711/1 (Brief vom 22. Februar 1928 an das ZK der KPD).
- 7 So Hermann Klenner: Marxistische Rechtsphilosophie - auf dem Abstellgleis der Weltgeschichte?, in: Eric Hobsbawm u. a.: Das Manifest - heute, Hamburg 1998, S.202. Zum wissenschaftlichen Wirken von Paschukanis (1891-1937), der von Wyschinski als trotzkistisch-bucharinisch-faschistischer Diversant denunziert, 1937 in die stalinsche Mordmaschine geriet, vgl. die von Hermann Klenner und Leonid Mamut besorgte Neuausgabe von Allgemeine Rechtslehre und Marxismus, Freiburg/Berlin 1991.
- 8 Siehe SAMPO BArch, I 2/711/1 (Bericht der JZ vom 1.10.1921 bis 1.10.1922); zur Verteidigerkonferenz waren u.a. Kurt Rosenfeld, Theodor Liebknecht, Siegfried Weinberg, Ferdinand Timpe, Ludwig Bendix und Victor Fränkel eingeladen worden (SAPMO BArch, I 2/711/11).
- 9 Siehe SAPMO BArch, I 2/711/1; I 2/711/5; I 2/711/55; I 2/711/43; I 2/711/44. In vielen Fällen wurde mit "Rücksicht auf die Ausführungen des Herrn Professor Felix Halle" von der Vollstreckung der Ausweisung abgesehen.
- 10 Siehe SAMPO BArch, I 2/711/1. Ende der 20er Jahre übernahm Halle wieder die Leitung der JZ.
- 11 Siehe ebenda (Briefe Halles vom 3.11.1924 und 22.02.1928 an das ZK der KPD). 1924 bat Max Hoelz, Halle statt seiner für die Reichstagswahl zu nominieren.
- 12 Siehe Felix Halle: Geschlechtsleben und Strafrecht, Berlin 1931; mit weiteren Quellenangaben V. Schöneburg (Anm. 1), S.39ff.
- 13 Ruth Halle (1886-1937), die unter dem Namen Fannina Halle zur Stellung der Frau in der Sowjetunion publizierte, nahm sich bei der Verhaftung ihres Mannes das Leben.
- 14 Die Nazis verlangten die Auslieferung Neumanns wegen der "Bülowplatz-Morde" 1931. Die Schweizer Behörden folgten auch den Argumenten Halles und verweigerten aus rechtsstaatlichen Erwägungen die Auslieferung. Neumann wurde 1937 in Moskau ermordet.
- 15 Siehe SAPMO BArch, I 6/3/375; I 6/3/377.
- 16 Siehe: SAMPO BArch, I 6/3/377; I 2/3/285-287.
- 17 Siehe SAPMO BArch, NL 3/100.
- 18 Siehe ND vom 28./29. Juli 2001, S.10.
- 19 Siehe Babette Gross: Willi Münzenberg, Leipzig 1991, S.508.
- 20 Siehe Emil Julius Gumbel: Vier Jahre politischer Mord, Berlin-Fichtenau 1922; Gustav Radbruch: Gesamtausgabe, Bd. 19 (Reichstagsreden), Heidelberg 1998. Hier finden sich die genaue Schilderung der Fälle und weitere Quellenangaben.
- 21 Deutsche Sondergerichtsbarkeit 1918-1921, Berlin 1922, S.30.
- 22 Siehe auch W. I. Lenin, Werke (LW), Bd. 29, Berlin 1963, S.115.
- 23 Siehe Hermann Klenner: Recht und Rechtstheorie der revolutionären Linken, am Beispiel der Oktoberrevolution, in: Opposition als Triebkraft der Demokratie, Hannover 1998, S.348-356.
- 24 Siehe auch Lenins Diktaturbegriff: LW, Bd. 10, Berlin 1958, S.241, 244; Bd. 28, Berlin 1959, S.234.
- 25 Siehe auch LW, Bd. 33, Berlin 1977, S.344.
- 26 Artikel 106 der Weimarer Reichsverfassung von 1919 regelte, daß die Militärgerichtsbarkeit, außer für Kriegszeiten und an Bord der Kriegsschiffe, aufzuheben sei. Dem kam der Gesetzgeber mit dem Gesetz über die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit im August 1920 (RGBl. S.1579) nach.
- 27 Am 30. April 1919 wurden in München von der Roten Garde der Räterepublik 10 Gefangene ohne Gerichtsurteil erschossen. Die Erschießung der wegen sog. konterrevolutionärer Aktivitäten Verhafteten waren eine Vergeltungsmaßnahme gegen die Ausschreitungen der "weißen Truppen". In den 3 Strafprozessen wurden gegen die Täter 8 Todesurteile und 10 Verurteilungen zu 15 Jahren Zuchthaus ausgesprochen.
- 28 Die Militärgerichtsbarkeit erlaubte es, daß im Verfahren gegen die Mörder Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts die Gardekavallerieschützendivision, also die militärische Einheit der Täter sowohl den Ermittlungsrichter als auch die Richter stellte. Dementsprechend das Ergebnis: der Jäger Runge

- wurde wegen versuchten Totschlags zu 2 Jahren Freiheitsstrafe und Oberleutnant Vogel wegen "Beiseiteschaffung einer Leiche" u. anderer kleiner Delikte zu 2 Jahren und 4 Monaten Gefängnis verurteilt. Die wirklichen Täter, Befehlsgeber (Hptm. Pabst) und Auftraggeber (Gustav Noske) blieben unbehelligt.
- 29 Leo Jogiches (1867-1919), Mitbegründer des Spartakusbundes und der KPD, wurde am 10. März 1919 verhaftet. Bei der Zuführung zum Ermittlungsrichter soll er angeblich den Wachtmeister Tamschik angegriffen haben und wurde von diesem niedergeschossen. Heinrich Dorrenbach (1888-1919), Führer der Volksmarinedivision, wurde nach seiner Verhaftung bei einem angeblichen Fluchtversuch am 17. Mai 1919 wiederum von Tamschik erschossen. Beide Taten galten als gerechtfertigt und wurden daher strafrechtlich nicht geahndet. Gustav Landauer (1870-1919), Schriftsteller, Anarchist und Münchener Räterepublikaner, wurde am 2. Mai 1919 im Stadelheimer Gefängnis auf grausame Art umgebracht. Der einzige Angeklagte, ein Unteroffizier, wurde vom Vorwurf des Totschlags freigesprochen, da nach Auffassung des Kriegsgerichts der Täter glaubte, auf Befehl zu handeln.
- 30 Gemeint ist der "Matrosenmord in der Französischen Straße 32", als 29 Angehörige der Volksmarinedivision auf Befehl des Oberleutnants Otto Marloh willkürlich erschossen worden waren. Marloh wurde von der Anklage des Totschlags durch das zuständige Kriegsgericht freigesprochen, da er geglaubt habe, einem Dienstbefehl zu folgen.
- 31 Am 6. Mai 1919 wurde in München eine Versammlung des katholischen Gesellenvereins St. Joseph als spartakistisch denunziert. 21 Gesellen wurden erschossen. Verurteilt wegen Totschlags wurden lediglich 3 Soldaten. Die Verfahren gegen die Befehlsgeber wurden eingestellt.
- 32 Eugen Leviné (1883-1919), Mitbegründer der KPD und Führer der zweiten Münchener Räterepublik, wurde am 3. Juni 1919 von einem Standgericht wegen Hochverrats zum Tode verurteilt. Die Flucht Levinés nach der Niederschlagung der Räterepublik wurde ihm als "ehrlose Gesinnung" ausgelegt, weshalb ihm das Gericht mildernde Umstände versagte.
- 33 Die Strafrechtsreform war ein Schwerpunkt der parlamentarischen Arbeit in der Weimarer Republik. Neben dem von Gustav Radbruch vorgelegten Entwurf (1922) wurden auch zwei Amtliche StGB-Entwürfe (1925/1927) ausgearbeitet, die seit 1927 im Strafrechtsausschuss des Reichstags diskutiert wurden. Zur Verabschiedung eines neuen Strafgesetzbuches kam es durch die Machtergreifung der Nazis nicht.
- 34 In der ersten Legislaturperiode verabschiedete der Reichstag ein "Gesetz über die Heranziehung der Frauen zum Schöffen- und Geschworenentum" (RGBl I, 1922, S.465) und "Über die Zulassung der Frauen zu den Ämtern der Rechtspflege" (RGBl I, 1922, S.573) sowie über die "Entschädigung der zur Auswahl der Schöffen und Geschworenen berufenen Vertrauensmänner" (RGBl I, 1922, S.207). Vgl. auch Felix Halle, *Der Proletarier als Schöffe und Geschworener*, Berlin 1926.
- 35 Am 7. Juni 1923 wurden Reichsratsgrundsätze für den Vollzug von Freiheitsstrafen erlassen, die die erzieherische Wirkung auf den Gefangenen in den Mittelpunkt stellten.
- 36 Alexander F. Kerenski (1881-1970), nach der Februarrevolution von 1917 Justizminister der Provisorischen Regierung, seit Juli 1917 Ministerpräsident; durch die Oktoberrevolution gestürzt, emigrierte er.
- 37 Peteris Stutschka (1865-1932), lettischer Jurist und Revolutionär; seit 1895 in der Sozialdemokratie aktiv, später Mitglied der kommunistischen Partei; Teilnehmer am bewaffneten Oktoberaufstand in Petrograd 1917, danach Volkskommissar für Justiz der RSFSR, 1919 bis 1921 stellv. Volkskommissar; Universitätsprofessor; ab 1923 Vorsitzender des Obersten Gerichts der RSFSR; neben Paschukanis der bedeutendste sowjetische Rechtswissenschaftler. Die Auflösung aller Gerichtsinstitutionen regelte das Dekret über das Gericht vom 5. Dezember 1917, abgedruckt in: Horst Schützler/Sonja Striegnitz (Hrsg.): *Die ersten Dekrete der Sowjetmacht*, Berlin 1987, S.80ff.
- 38 Die Allrussische Außerordentliche Kommission wurde am 20.12.1917 ursprünglich als Untersuchungsbehörde zur Bekämpfung der Konterrevolution gegründet (vgl. Helmut Altrichter: *Die Sowjetunion*. Dokumente, Bd. 1, München 1986, S.101); bereits 1918 erhielt sie dann jedoch das Recht zur Bestrafung bis hin zur Erschießung für politische und sonstige schwere Verbrechen.
- 39 Genau heißt es im Dekret über das Gericht (Anm. 37) ... als diese nicht durch die Revolution aufgehoben wurden und nicht dem revolutionären Gewissen und dem revolutionären Rechtsbewußtsein

- widersprechen. Als aufgehoben galten alle Gesetze, die u.a. "den Minimalprogrammen der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands und der Partei der Sozialrevolutionäre zuwider laufen."
- 40 Richtig muß es wohl Gesetz heißen. Nach dem Dekret über das Gericht (Anm. 37) wurden als Ankläger und Verteidiger "alle unbescholtenen Bürger beiderlei Geschlechts, die im Besitze der bürgerlichen Rechte sind, zugelassen."
- 41 Eine erste Normierung der Strafen erfolgte mit der Instruktion des Volkskommissariats für Justiz vom 19. 12. 1917 wo neben dem öffentlichen Tadel, dem Entzug politischer Rechte auch die gesellschaftliche Pflichtarbeit als Sanktion aufgeführt wurde.
- 42 I. S. Steinberg war Justizkommissar von Dezember 1917 bis März 1918.
- 43 Die Todesstrafe wurde zunächst am 25. Oktober 1917 aufgehoben, konnte aber auf Beschluß des Volkskommissariats für Justiz von den Revolutionstribunalen seit dem 16. Juni 1918 wieder angewandt werden. Bereits im Februar 1918 war die Todesstrafe als Sanktion der Außerordentlichen Kommission wieder eingeführt worden. Zur Argumentation siehe auch: LW, Bd. 30, Berlin 1961, S.167f., 222, 318.
- 44 Ochrana - politische Polizei im zaristischen Rußland.
- 45 Dmitri I. Kurski (1874 - 1932), Volkskommissar für Justiz 1918 - 1928.
- 46 Mit Beschluß des Rates der Volkskommissare vom 5. September 1918 erhielt die Außerordentliche Kommission u. a. die Befugnis der Sicherung von Klassenfeinden in Lagern.
- 47 Aufbau und Zuständigkeit der örtlichen Volksgerichte regelten das zweite (15. Februar 1918) und dritte Dekret (13. Juli 1918) über das Gericht (abgedruckt in: Altrichter, Anm. 38, S.144ff.).
- 48 Gemeint sind die "Grundsätze des Strafrechts der RSFSR", die am 12. Dezember 1919 vom Volkskommissariat für Justiz beschlossen worden waren (deutsch in: Die Neue Gesellschaft, 1/1947, S.32-36). Die Grundsätze sind sowohl von der Instrumentalisierung des Strafrechts im Klassenkampf als auch von einem soziologisch orientierten Kriminalitätsverständnis geprägt. Daher sei die Strafe nicht Abbuße für Schuld, sondern eine zweckmäßige Verteidigungsmaßnahme, ohne Qual (Art. 10).

## Karl Radeks Beichte wegen seines "Luxemburgismus"

Robert Otte

Ende Oktober 1931 veröffentlichte die sowjetische parteihistorische Zeitschrift "Proletarskaja revoljuzija" in ihrer Nr. 6 (113) Stalins Brief "Über einige Fragen der Geschichte des Bolschewismus". Dort polemisierte er gegen die "trotskistischen Schmuggler" in der Parteigeschichtsschreibung und gegen den "faulen Liberalismus" gegenüber dem Trotzismus. In diesem Zusammenhang ging Stalin ausführlich auf die Linken in der deutschen Vorkriegssozialdemokratie ein, die trotz ihrer revolutionären Verdienste "eine ganze Reihe ernstester politischer und theoretischer Fehler aufzuweisen hatten..., sich noch nicht von dem menschewistischen Ballast befreit hatten und daher der ernstesten Kritik von seiten der Bolschewiki bedurften".<sup>1</sup>

Der Brief Stalins war in der Sowjetunion und in der Komintern der Auftakt für eine Kampagne gegen "trotskistische Konterbande", "faulen Liberalismus" und "Idealisierung des Luxemburgismus". Es erschienen vernichtende Rezensionen und Artikel über veröffentlichte Bücher, und die betroffenen Autoren mußten auf Versammlungen und in der Presse Reue bekunden. Auch Karl Radek war dazu aufgefordert, denn als ehemaliges Mitglied der von Rosa Luxemburg geistig geführten Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauens und Publizist des linken Flügels der deutschen Vorkriegssozialdemokratie hatte er eine "luxemburgistische" Vergangenheit, und seit 1923 war er einer der aktivsten Trotskisten. Anfang 1928 war er nach Sibirien verbannt worden, 1929 unterwarf er sich zusammen mit Preobraschenski und Smilga der "Generallinie" und durfte nach Moskau zurückkehren.

Der unmittelbare Anlaß für die hier abgedruckte Erklärung Radeks dürfte eine Rede gewesen sein, die Lasar Kaganowitsch am 1. Dezember 1931 vor dem Institut der Roten Professur gehalten hatte. In dieser Rede vertiefte Kaganowitsch die Feststellungen Stalins und ging dabei auch auf Radek ein, der sich dafür ausgesprochen habe, Rosa Luxemburg schonender zu kritisieren, da sie eine Brücke für die besten sozialdemokratischen Arbeiter zu den Bolschewiki gebildet habe. Radek habe zwar eine Reihe seiner Fehler eingestanden, jedoch nicht seinen "Luxemburgismus" mit dem Trotzismus verknüpft: "Genosse Radek ist aber nicht zu Ende gegangen. Das erklärt sich anscheinend daraus, was er nicht vollständig offenbart hat, daß er selbst entweder eine Brücke zwischen Rosa Luxemburg und Trotzki war oder über die Brücke von Rosa Luxemburg zu Trotzki... den allgemeinen nichtbolschewistischen Weg gegangen ist."<sup>2</sup> Am 9. Dezember schrieb Radek seine Erklärung an die "Prawda", die am 12. Dezember zusammen mit Kaganowitschs Rede veröffentlicht wurde.

*Erklärung Radeks an die "Prawda"*

Als früherer Schüler Rosa Luxemburgs, der ich vom Luxemburgianertum zum Bolschewismus kam und lange Zeit hindurch nicht endgültig mit den Fehlern des Luxemburgianertums gebrochen habe, erkläre ich zum Artikel des Genossen Stalin:

1. Ungeachtet dessen, daß die Gruppe in der deutschen Sozialdemokratie, zu deren Führung ich gehörte, sich nicht mit der Theorie Luxemburgs über den Imperialismus solidarisierte; daß ich seit Ausbruch des Krieges für die Spaltung nicht nur von den Reformisten, sondern auch von den Zentristen in der deutschen Sozialdemokratie eingetreten bin; daß ich, vom Jahre 1915 an unter der Führung Lenins arbeitend, die Beurteilung der Fragen der russischen Revolution, wie sie der "Spartakusbund" und Rosa Luxemburg 1918 gaben, nicht teilen konnte; und daß ich mich von der Unrichtigkeit des Luxemburgianischen Standpunkts in der nationalen Frage überzeugt hatte; daß ich auf dem 2. Parteitag der polnischen KP als Referent gegen den traditionellen Standpunkt der Luxemburgianer in dieser Frage auftrat, hatte ich leider lange Zeit noch nicht die Fehler des Luxemburgianertums restlos durchdacht und nicht energisch mit ihnen in einer Reihe von grundlegenden Fragen gebrochen.

Die Beurteilung der treibenden Kräfte der russischen Revolution, auf Grund deren wir polnischen Sozialdemokraten erzogen wurden, verschmolz mit der Theorie der permanenten Revolution Trotzki's. Die Beurteilung der Grundlagen des Aufbaus der Partei, die 1904 Rosa Luxemburg zur Unterstützung der Menschewiki brachte, stimmte in der Hauptsache mit der bekannten Broschüre Trotzki's "Unsere politischen Aufgaben" überein. Und gerade die nicht restlose Überwindung dieser Fehler des Luxemburgianertums war die hauptsächlichliche ideologische Ursache, die mich zur Unterstützung der trotzkistischen Opposition brachte.

Obwohl ich vom Jahre 1915 an in einer Reihe von Artikeln Rosa Luxemburg in verschiedenen Fragen bekämpft habe, hat mich deshalb erst die tiefe ideologische Krise, die meine Beteiligung an der trotzkistischen Opposition und mein Bruch mit dieser mit sich brachte, gezwungen, gleichzeitig mit dem Trotzkismus, die dieser Beteiligung zugrunde liegenden Luxemburgischen Fehler zu revidieren. Erst nach meiner Rückkehr in die Reihen der Partei habe ich im Vorwort zur "Geschichte der II. Internationale" von Lenz versucht, die falschen Anschauungen richtig zu stellen, die ich viele Jahre hindurch über das Luxemburgianertum und seine Haltung zum Leninismus vertreten habe.

2. Aber in diesem Vorwort fehlt die zusammenfassende Formulierung der Fehler des Luxemburgianertums, die Gen. Stalin in seinem Artikel gibt, wenn er sagt, daß "sie, d.h. die Linksradikalen, sich noch nicht von der menschewistischen Last freigemacht hatten und infolgedessen einer höchst ersten Kritik seitens der Bolschewiki bedurften".

Aus einer solchen Beurteilung des Leninismus und des Luxemburgianertums ergibt sich offensichtlich, daß man nicht Kommunist sein kann, wenn man leugnet, daß nur der Leninismus die Grundlage einer revolutionären Politik der Arbeiterklasse sein kann, wenn man nicht versteht, daß der Leninismus, angefangen mit der Broschüre Lenins "Die Volksfreunde" bis zu den letzten Schriften Lenins, eine einheitlich ganze Theorie des revolutionären Kampfes darstellt, die keinerlei Ergänzungen erfordert und zuläßt.

Alle Richtungen des linken Flügels der internationalen Sozialdemokratie, die sich mit der Komintern verschmolzen haben, (aber) ihre historischen Besonderheiten nicht überwunden, sich von den halb zentristischen und halb menschewistischen Elementen nicht freigemacht haben und im Leninismus nicht aufgegangen sind, können nur die Grundlage für die Entstehung von Fraktionen abgeben, die gegen die richtige Leninsche Linie in der Komintern kämpfen und deshalb den kleinbürgerlichen Einfluß auf das Proletariat widerspiegeln.

Die Erfahrung der Geschichte der Komintern hat das voll und ganz bewiesen. Die nicht überwundenen luxemburgianischen Theorien brachten die Brandlerianer zuerst zur Billigung einer opportunistischen Fraktion in der Kommunistischen Partei Deutschlands und im weiteren Verlauf, nach dem Ausschluß der Brandlerianer aus der Komintern, zum Abgleiten in die Lage einer Gruppe, die in Worten versucht, eine zwischen der Komintern und der Sozialdemokratie stehende zentristische Organisation zu schaffen, in Wirklichkeit aber der Sozialdemokratie dient.

Die Erfahrung des Trotzismus, der versuchte, gegen die homogene Theorie des Leninismus die Theorie der "Umsattelung" der bolschewistischen Partei 1917 zu verteidigen, um sein Recht auf Bestehen als besondere Fraktion zu begründen, hat gezeigt, daß diese Fraktion nur die "Widerspiegelung" der Opposition kleinbürgerlicher Schichten sein konnte und daß sie, einmal aus den Reihen der KPdSU vertrieben, zur Vorhut der bürgerlichen Konterrevolution werden mußte, wie Gen. Stalin richtig gesagt hat.

3. Wenn das Luxemburgianertum in der Periode von 1910 bis 1918 die Theorie eines Teils des deutschen Proletariats zum Ausdruck brachte, das sich zum revolutionären Kampf gegen den Imperialismus erhob, aber noch nicht radikal, mangels revolutionärer Erfahrung, mit den zentristischen und halbmenschewistischen Anschauungen gebrochen hatte; wenn das Luxemburgianertum vor der Gründung der KPD dem Umstand zufolge, das es sich nicht dem Bolschewismus annäherte, für zehntausende Arbeiter die Rolle des geschichtlichen Bolschewismus spielen konnte, so forderte jeder Schritt der weiteren Bolschewisierung der Partei einen rücksichtslosen Kampf gegen die Fehler des Luxemburgianertums.

Heute, nach einer zwölfjährigen Geschichte des Kampfes der KPD, klammern sich die Brandlerianer an (als?) die linken Sozialdemokraten bewußt an die Fehler des Luxemburgianertums, um aus dem Luxemburgianertum ein Mittel zu machen, daß die Arbeiter, die sich von der Sozialdemokratie abwenden, davon abhalten soll, energisch mit ihr zu brechen.

Rosa Luxemburg ist für die Sache der Diktatur des Proletariats umgekommen, nachdem sie begonnen hatte, ihre Fehler in einer Reihe von Grundfragen der proletarischen Bewegung richtigzustellen. Wer der Sache, für die Rosa Luxemburg umgekommen ist, dienen will, der muß jeglichen prinzipienlosen Liberalismus gegenüber ihren geschichtlichen Fehlern, die die Sache des Sieges des deutschen Proletariats aufgehoben haben, abstreifen.

4. Der Artikel des Gen. Stalin verpflichtet jedes Parteimitglied zum energischen Kampf gegen die Versuche einer Verwischung der Fehler des Luxemburgianertums und der Schmälderung der Rolle des Leninismus als Marxismus der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution. Dieser Kampf besitzt praktische Bedeutung nicht nur für die KPdSU, wo die opportunistischen Elemente, die bereits nicht mehr imstande sind, unter dem Banner des geschichtlich gänzlich diskreditierten Trotzkismus aufzutreten, sich noch hinter der Theorie des Luxemburgianertums verstecken, sondern auch in den anderen Brudersektionen der Komintern, gegen die bei der Steigerung der Voraussetzungen der neuen revolutionären Situation von den Opportunisten die Fehler des Luxemburgianertums als antibolschewistisches Banner erhoben werden. Im Kampf gegen diese Versuche ist es eine direkte Pflicht jener Parteimitglieder, die vom Luxemburgianertum zum Bolschewismus gekommen sind, energisch mit einzugreifen und in erster Linie jene falschen Anschauungen zu kritisieren, die sie in der Zeit propagiert haben, als sie noch nicht endgültig mit dem Luxemburgianertum gebrochen hatten.

9. Dezember 1931<sup>3</sup>

---

1 J. W. Stalin: Über einige Fragen der Geschichte des Bolschewismus, in: J. W. Stalin: Werke, Bd. 13, Berlin 1955, S.76-91, hier S.83.

2 L. M. Kaganowitsch: Für ein bolschewistisches Studium der Geschichte der Partei. Rede, gehalten am 1. Dezember anlässlich der zehnjährigen Wiederkehr der Gründung des Instituts der Roten Professur, in: Internationale Pressekorrespondenz 1932, Nr. 117, S.2661-2668, hier S.2665.

3 Die deutsche Fassung der Erklärung Radeks an die „Prawda“ befindet sich im Nachlaß von Max Hoelz: SAPMO im BArch, NY 4051/30, Bl. 6-8.

## Berichte

### Klassen – Revolution – Demokratie. Kolloquium zum 150. Jahrestag von Karl Marx' "Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte" François Melis

Karl Marx' Untersuchung der französischen Geschichte, insonderheit ihrer Revolutionen, gehörte zu seinen intensivsten historischen Studien. In vielen seiner Artikel für die "Neue Rheinische Zeitung" 1848/49 orientierte er sich an den klassischen Traditionen und Idealen des Republikanismus von 1789. Nach dem Scheitern der 48er Revolution verfolgte er im Londoner Exil angespannt die aktuellen politischen Vorgänge in Frankreich in Erwartung eines erneuten revolutionären Ausbruchs, der auf Deutschland übergreifen könnte. Während er in den "Klassenkämpfen in Frankreich 1848 bis 1850" vorrangig den Nachweis erbrachte, daß die 48er Februarevolution dem Charakter nach eine bürgerliche Revolution war, stand ein Jahr später im "18. Brumaire" vordergründig die Frage nach dem Wechsel in den Formen der staatlichen Machtausübung durch die Bourgeoisie, der zur schrittweisen Entmachtung des Parlaments bis zur Diktatur des Neffen Napoleons im Dezember 1851 führte. Die Arbeit wurde durch Marx' Kampfgefährten Joseph Weydemeyer in New York als Broschüre herausgebracht. Nur wenige Exemplare gelangten nach Europa. Doch ein Exemplar fand sogar den Weg in eine preußische Festung. Heinrich Bürgers, der im Kölner Kommunistenprozess zu sechs Jahren Haft verurteilt wurde, las Marx' "18. Brumaire", "der die Reise über den Ozean machen mußte", auf der Festung Cosel, während Eugène Sues berühmter Sozialroman auf dem Index stand.

Anlässlich des 150. Jahrestages der Erstveröffentlichung des Werkes lud der *Berliner Verein zur Förderung der MEGA-Edition e. V.* gemeinsam mit *Helle Panke zur Förderung von Politik, Bildung und Kultur e. V. Berlin* und den *Beiträgen zur Marx-Engels-Forschung. Neue Folge* zu einem Kolloquium am 20. und 21. April in Berlin ein. Der Einladung folgten rund 70 Wissenschaftler und interessierte Studenten sowie Marx-Engels-Forscher, darunter Gäste aus Japan, Italien, Großbritannien und den Niederlanden.

In seinen einleitenden Bemerkungen erinnerte Rolf Hecker (Berlin), Vorsitzender des MEGA-Fördervereins daran, daß der "18. Brumaire" nach dem "Manifest der Kommunistischen Partei" zu den meistzitierten Schriften von Marx zählt. Er ging auf die Entstehungsgeschichte des Werkes ein, das noch heute ein methodisches Beispiel darstellt für die meisterhafte Einschätzung aktueller Zeitgeschichte. Er gab Einblick in seine wechselvolle Rezeptionsgeschichte und Edition, wobei er den Bogen spannte von David Rjazanov bis Herbert Marcuse.

Die acht Referate boten eine breit gefächerte Sicht auf das Werk von Marx, die bei einigen Aspekten in der Diskussion zu konträren Debatten anregte. *Claus Offè* (Berlin) stellte eingangs die Frage, ob es bei Marx eine politische Theorie gäbe. Er definierte

te sie zum einen als die erfolgreiche Suche nach einem Arrangement für eine Friedensordnung und zum anderen für die Überwindung einer krisenhaften Situation, die, wie z.B. bei Locke, auf die menschlichen Vernunftkräfte aufbaue. Eine gerechte Friedensordnung könne nur über eine Staatsordnung angestrebt werden. Dagegen ist für Marx die Staatsgewalt keine Quelle dauerhafter Ordnung der Gesellschaft, in der eine gerechte Friedensordnung hergestellt werden kann. Die Individuen der herrschenden Klasse verleihen in ihrer ausübenden Staatsgewalt eigenen spezifischen Interessen Ausdruck. Marx' Verdienst im "18. Brumaire" bestehe vor allem darin, daß er die politische Staatsgewalt problematisiert, aber keine Theorie der Politik vorgelegt habe. In der Diskussion kam jedoch der Hinweis, daß in Marx' spätere Arbeit am "Kapital" zur ökonomischen Begründung der gesellschaftlicher Veränderungen eine theoretische Konzeption von Staat und Politik integriert sei. *Michael Krätke* (Amsterdam) ordnete den "18 Brumaire" sowohl als Leitfaden für eine politische Zeitgeschichte als auch als "Kampfschrift" innerhalb des Gesamtwerks von Marx ein. Er wollte keine systematische Analyse der Staatsformen vornehmen. Marx' Leistung bestünde u.a. darin, daß er den Mechanismus enthüllt habe, wie ein Individuum einen Staatsstreich durchführen und dabei ganze Gesellschaftsklassen entmachten konnte. Als Gegenleistung für die bewußte Abdankung der französischen Bourgeoisie - zumal große Teile von ihr monarchistisch gestimmt waren - wurden Ruhe und Ordnung gesichert, die einen Industrialisierungsschub und lang anhaltenden Wirtschaftswachstum erzeugten und damit die Bereicherung der kapitalistischen Klasse garantierten. Die von Krätke aufgeworfene Funktion des "Lumpenproletariats" innerhalb des Systems der staatlichen Korruption wurde in der Diskussion aufgegriffen, um seine besondere Rolle und die Deutung im Werk von Marx zu erörtern. *Thomas Marxhausen* (Halle) untersuchte das Verhältnis von Krisen- und Revolutionstheorie im Zusammenhang mit den Revolutionserwartungen des Proletariats, wie dieser im "18. Brumaire" von Marx analysiert worden ist. Das Ausbleiben der proletarischen Revolution konnten er und Engels nicht prognostizieren, da zum damaligen Zeitpunkt das Entwicklungspotential des kapitalistischen System in seinen Dimensionen noch nicht erfaßt werden konnte. Marxhausen plädierte dafür, den Begriff "historische Mission der Arbeiterklasse" hinsichtlich seiner historischen Wurzeln und Rezeption genauer zu untersuchen, da Marx ihn so nicht definiert habe. In seinen Ausführungen verband *Hermann Klenner* (Berlin) die Marxsche Verfassungstheorie mit den Phänomenen der historischen und heroischen Illusionen. Er zeichnete Marx' intellektuellen Weg zu seinen Verfassungsvorstellungen nach, der 1842 mit der Kritik der Hegelschen Staatstheorie begann und an deren Konzeption er ein Leben lang arbeitete. Die im "18. Brumaire" erlegene historische Illusion einer proletarischen Revolution wertete Klenner als Ausdruck des unreifen Zustandes eines reellen und materiellen Wissens. Heroische Illusionen seien in der Tat - das habe die Geschichte gezeigt - ein mobilisierender Faktor. Klenner trat dafür ein, aus der der politischen Situation erwachsenen Auffassung, so z.B. über den Terrorismus als praktizierte Gewalt und sich daraus u.a. ergebende notwendige Gewalt, nicht unmittelbar eine Marxsche Theorie abzuleiten.

Am zweiten Tag informierte die Leiterin des Marx-Memorial Library Today, *Tish Collins* (London), über das Anliegen der Bibliothek, die anlässlich von Marx' 50. Todestag und als Antwort auf die von den Nazis in Deutschland inszenierten Bücherverbrennungen errichtet wurde ([www.marxmemoriallibrary.sageweb.co.uk](http://www.marxmemoriallibrary.sageweb.co.uk)). Sie erfaßt gegenwärtig annähernd 150.000 Bücher mit einer breiten Palette von sozialistischer, Genossenschafts-, nationaler Befreiungs- und Friedensbewegung, Zeitungen und Zeitschriften der Chartisten sowie radikaler Organisationen. Darunter befinden sich auch seltene Schriften von Marx, wie die Erstausgabe des "Manifests der Kommunistischen Partei" und eine Ausgabe des "Kapitals" mit einer Widmung von ihm für Samuel Moore. Die Bibliothek besitzt die weltgrößte Sammlung über den Spanischen Bürgerkrieg. Die in Selbstverwaltung tätige und von 50 Organisationen und Institutionen unterstützte Einrichtung führt regelmäßig Buchbesprechungen, Bildungskurse und Ausstellungen durch, die am Marxschen Denken orientiert sind. Collins betonte ihr Interesse an einer engeren Zusammenarbeit mit deutschen Marx-Forschern. *Diethard Behrens* (Frankfurt/M.) ging ausführlich auf die sozialen Handlungsträger in den drei Perioden der französischen Revolution von 1848 bis 1851 ein. Marx wäre jedoch erst bei seiner Gesellschaftsanalyse bewußt geworden, daß die politischen Fraktionen nur teilweise mit ihren sozialen Trägern identisch waren. Die Diskussion zeigte vor allem Klärungsbedarf über die von Behrens formulierte "Kostümierung" als Ort für rückwärtsgewandte Politik. Zurecht wurde darauf hingewiesen, daß diese Metapher nicht generalisiert werden darf. Aus ihrer Arbeit am MEGA-Band I/31, der seit Juli dieses Jahres nunmehr nach 10jähriger Arbeit vorliegt, stellte *Renate Merkel-Melis* (Berlin) die französische Erstausgabe des "18. Brumaire" vor. Engels, der nach dem Tod seines Freundes bemüht war, das Marxsche Œuvre der erstarkenden Arbeiterbewegung in Europa und den USA zu vermitteln, ging auf den Vorschlag von Édouard Fortin im Jahre 1883 ein, die Übersetzung des "18. Brumaire" vorzulegen. Hierbei ließ sich Engels davon leiten, daß die Marxschen Schriften in Frankreich bisher nur eine geringe Verbreitung erfahren hatten. Nach einer langwierigen und komplizierten Zusammenarbeit von Engels und Fortin erschien Marx' Werk in einer Artikelserie im "Socialiste" von Januar bis Dezember 1891. In seiner Untersuchung untersuchte *Peter Ruben* (Berlin) den Versuch des oppositionellen Kommunisten August Thalheimer, Parallelen zwischen dem Marxschen Bonapartismusphänomen und den faschistischen Bewegungen in Italien und Deutschland zu ziehen. Sowohl in Frankreich als auch in den beiden genannten Ländern bildete das Kleinbürgertum ein bedeutendes Potential für das jeweilige diktatorische Herrschaftssystem. Hierin zeige sich die Bedeutung von Thalheims früher Faschismusanalyse. Ruben sah in der faschistischen Bewegung eine potentielle Erscheinung in Krisensituation, da der Versuch unternommen wird, die soziale Frage auf Kosten anderer Bevölkerungsschichten zu lösen, wie es etwa in der heutigen Zeit in der Ausländerfeindlichkeit und der Arbeitslosigkeit in Erscheinung tritt.

Vorgesehen ist, die Referate in den "Beiträgen zur Marx-EngelsForschung. Neue Folge", voraussichtlich im November dieses Jahres, zu veröffentlichen.

## Ein Kolloquium in Memoriam Otto Bauer

Horst Klein

Der 120. Geburtstag Otto Bauers, des wohl namhaftesten Theoretikers und Politikers der Sozialistischen Arbeiter-Internationale und der österreichischen Sozialdemokratie zwischen den zwei Weltkriegen, gab Anlaß zu einem wissenschaftlichen Kolloquium am 24. November 2001 im Berliner Karl-Liebknecht-Haus. Eingeladen hatten der Marxistische Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und die Geschichtskommission der DKP. Es war inzwischen das 15. gemeinsame Kolloquium der Veranstalter, an dem nun auch sozialdemokratische Wissenschaftler teilnahmen. Der gewählte Anlaß gab mehrere Gründe, um das theoretische Werk Otto Bauers, der am 5. September 1881 als Sohn eines wohlhabenden Textilfabrikanten in Wien geboren wurde, nach geschichtlichen Erfahrungen und Aktualität zu befragen. So lautete das Thema: "Otto Bauer in unserer Zeit".

Bauers Schriften, die seit 1980 auch in einer umfassenden Werkausgabe vorliegen, bezeugen sein wissenschaftliches Engagement für eine an Karl Marx orientierte Entwicklung des gesellschaftstheoretischen Denkens. Zumeist von der marxistisch-leninistischen Geschichtsschreibung als Opportunist verfehmt und von der sozialdemokratischen Bewegung in den letzten Jahrzehnten nur am Rande oder halbherzig beachtet, besannen sich in den 70er und 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts vorwiegend linkssozialistisch orientierte Intellektuelle auf sein geistiges Erbe. Nach dem Zusammenbruch des politischen Systems der DDR und dem weltweiten Scheitern des Realsozialismus erinnerten sich reformbewußte linksozialistische Protagonisten in der PDS und in der DKP auch auf das Ideengut Otto Bauers bzw. des Austromarxismus.

Prof. Dr. sc. *Hans-Joachim Krusch* erläuterte einleitend das Anliegen der Beratung, Bauer nicht nur zu würdigen und dessen Denken im Hinblick auf historische Erinnerungen zu hinterfragen, sondern dieses kritisch für die Kämpfe in der Gegenwart und Zukunft zu erschließen. Als Referenten waren zuvor Universitätsprofessor Dr. *Hans Hautmann* (Linz) und Prof. Dr. sc. *Heinz Niemann* (Bergfelde) mit den Themen "Otto Bauer und der Kommunismus" sowie "Otto Bauer und der libertäre Sozialismus" angekündigt.

Hans Hautmann, der seine Teilnahme kurzfristig absagen mußte, hatte seinen Beitrag schriftlich eingereicht, so daß dieser verlesen werden konnte. Ausgangspunkt seines Referats war die kritische und solidarische Haltung Bauers zur russischen Oktoberrevolution 1917. Dessen Sicht auf verschiedene Maßnahmen der sowjetischen Kommunisten und der Komintern habe in der politischen Auseinandersetzung dazu geführt, daß die grundsätzlich positive Haltung Bauers zu den Anliegen der kommunistischen Bewegung übersehen wurde. Dies machte Hautmann an acht Kerngedanken fest:

*Erstens* habe die Kontroverse zwischen Austromarxisten und Bolschewiki bereits vor dem Ersten Weltkrieg begonnen, als es um das Selbstbestimmungsrecht der Nationen ging. Otto Bauer sei Anhänger der "national-kulturellen Autonomie" gewesen, während Lenin für das Selbstbestimmungsrecht der Nationen eintrat. Erst später habe sich Bauer dem Standpunkt der Bolschewiki angeschlossen und eine Nationalitätenpolitik im Interesse der Arbeiterklasse gefordert. Den vermeintlichen Gesinnungswandel Bauers führte Hautmann auf Weltkriegs- und Revolutionserfahrungen 1917/1918 zurück.

Im Weiteren thematisierte Hautmann die Haltung Bauers zur russischen Revolution. In der zwei Wochen vor der Oktoberrevolution veröffentlichten Broschüre "Die russische Revolution und das europäische Proletariat" habe Bauer die Ereignisse in Rußland analysiert und einen Sieg der Bolschewiki für wahrscheinlich gehalten, jedoch zu bedenken gegeben, daß die russische Revolution nicht mit der Diktatur des Proletariats enden und auch keine sozialistische Gesellschaftsordnung aufrichten könne, weil Rußland ein Agrarland sei, in dem die Arbeiterschaft eine Minderheit der Bevölkerung darstelle. Indessen habe Bauer eine bürgerlich-demokratische Republik und den revolutionären Kampf der Arbeiter und Bauern bis zur konstituierenden Nationalversammlung für richtig erachtet. Er habe die Beendigung des Krieges als Voraussetzung für den Sieg der russischen Revolution angesehen. Nach der Machteroberung durch die Bolschewiki habe Bauer zwar deren schwierige soziale und politische Lage gesehen, aber geglaubt, daß sie imstande seien, ihre Macht zu behaupten. Kritisch habe sich Bauer mit der bolschewistischen Nichtachtung demokratischer Institutionen und dem Konzept eines reinen Räterystems auseinandergesetzt. Hautmann hob hervor, daß Bauer sich gegen die haßerfüllten Attacken der deutschen Mehrheitssozialdemokratie gegenüber den Bolschewiki gewandt habe. In diesem Zusammenhang beleuchtete er unterschiedliche Sichtweisen von Otto Bauer und Karl Renner.

*Zweitens* skizzierte Hautmann die Haltung Bauers zur österreichischen Revolution, mit der zugleich die Haltung der Sozialdemokratie zum Kommunismus zu einer zentralen Frage geworden sei. In der konkreten Situation habe er sich als Bremser der Revolution erwiesen. Zweifellos habe er nicht unbegründet den blutigen Bürgerkrieg und die Intervention der Ententemächte als Folgen einer Räterepublik gesehen. Seine Theorie des Anschlusses Österreichs an Deutschland habe jedoch ebenso nicht den realen Machtverhältnissen entsprochen. Hautmann benannte den Widerspruch: Einerseits habe Bauer das Räteresystem in Rußland für möglich gehalten, andererseits lehnte er dieses für Mitteleuropa ab. Hautmann zitierte Lenin, wonach die hochgelehrten Marxisten der Zweiten Internationale in der Praxis versagt hätten.

*Drittens* befaßte sich Hautmann mit der Haltung Bauers zum Kommunismus in den 20er Jahren. Bauer sei sich der gefährlichen Folgen der Spaltung der Arbeiterbewegung bewußt gewesen, habe seine prinzipiellen Differenzen gegenüber den Kommunisten betont, jedoch auch die Pflicht der sozialistischen Bewegung darin gesehen, die zerstrittenen Teile der Arbeiterbewegung wieder zusammenzuführen. Auf dem Gründungskongress der Internationalen Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien,

der "Internationale Zweieinhalb", 1921 in Wien habe Bauer "den Gegensatz zwischen dem revolutionären Rußland und dem internationalen Kapitalismus als Hauptwiderspruch" bezeichnet. Er forderte "jeder Form der Intervention gegen die Sowjetunion Widerstand zu leisten und diplomatische und wirtschaftliche Beziehungen zu ihr aufzunehmen". In diesem Zusammenhang wandte sich Hautmann der Kritik Lenins an Bauer bzw. am Austromarxismus zu. Diese hielt er in einer bestimmten Situation, d.h. in Zeiten der revolutionären Massenbewegung, für richtig, weil die linken Phrasen in der Arbeiterbewegung gefährlich gewesen seien. Indessen habe in der Periode der Stabilisierung des Kapitalismus, der Reaktion und des Faschismus eine breite Abwehrfront im Vordergrund gestanden. Nach diesem Schema setzte sich Hautmann kritisch mit dem von Stalin bevorzugten Kampf gegen den linken Flügel der Sozialdemokratie auseinander, wobei er allerdings der Geschichtslegende folgte, wonach der VII. Weltkongress der Komintern die verhängnisvolle Politik des Kampfes gegen die Sozialdemokratie überwunden habe. Mit dieser Sicht befand sich Hautmann in Widerspruch neuerer Parteikommunismusforschung, wie sie beispielsweise von Klaus Kinner mit "Der deutsche Kommunismus. Selbstverständnis und Realität" sowie mit dem "Protokoll der ‚Brüsseler Konferenz‘ der KPD 1935" gegeben ist. Genannte Forschungsergebnisse belegen, daß trotz der schwierigen Lage in der Arbeiterbewegung und des notwendigen, geschlossen zu führenden Kampfes gegen Faschismus und Krieg der VII. Weltkongress der KI keine wirkliche Wende im Verhältnis zur Sozialdemokratie vollzogen hatte und die Sozialfaschismustheorie mit ihren ideologischen Facetten nach wie vor das Verhältnis zwischen den Strömungen der Arbeiterbewegung belastete.

*Viertens* skizzierte Hautmann am Beispiel einer Kontroverse zwischen Dollfuß und Bauer, wie sehr Otto Bauer den Angriffen seitens der Kommunisten und auch der politischen Rechten ausgesetzt war. Auf die Beschimpfung Bauers durch Dollfuß als Bolschewik habe dieser mit einem leidenschaftlichen Bekenntnis zur russischen Revolution und deren weltgeschichtlichen Bedeutung geantwortet.

*Fünftens* analysierte Hautmann die Rolle Bauers in den Jahren 1933 und 1934 und vermerkte kritisch dessen "permanentes Zurückweichen" vor der Offensive der herrschenden Klassen in Österreich zur Beseitigung der Demokratie und Errichtung eines autoritär-faschistischen Regimes. Bauer habe in seinem im Exil 1936 verfaßten Buch "Zwischen zwei Weltkriegen?" sein Verhältnis zu Kommunisten umrissen und die Entwicklung in der Sowjetunion eingeschätzt. Hier nannte er u. a. die von Bauer formulierte Auffassung, wonach die Sowjetunion bereits einen Großteil des Umwandlungsprozesses von der kapitalistischen zur sozialistischen Gesellschaft zurückgelegt habe; es sei dort zwar keine vollendete, aber eine werdende sozialistische Gesellschaft zu beobachten. Diese Umwälzung habe nur von einer Diktatur vollbracht werden können. Bauer habe also die Diktatur des Proletariats in der UdSSR nicht einfach wie andere Sozialdemokraten angeprangert, sondern sie zu erklären versucht. Seiner Meinung nach war sie ein unvermeidliches und notwendiges Stadium. Die bürokratische Diktatur werde auf einer bestimmten Entwicklungsstufe zum Hindernis, weil immer

größere Massen von Menschen den Sozialismus in der Sowjetunion bejahen würden und dann eine Diktatur entbehrlich werde. Deshalb sei nach Bauer eine Demokratisierung der Sowjetgesellschaft unbedingt notwendig und zwar sowohl in der Staats- wie in der Betriebsverfassung.

*Sechstens* habe Bauer im genannten Buch Wege zu einer Verständigung in der Arbeiterbewegung gewiesen, die er als "integralen Sozialismus" bezeichnete. Zitiert wurden u. a. Bauers Ideen, wonach der integrale Sozialismus das Erbe des demokratischen Sozialismus und die Demokratie schlechthin (individuelle Rechtssicherheit, geistige Freiheit, kollektive Selbstbestimmung, Humanismus usw.) aufbewahren und vermitteln müsse. Er müsse aber auch das Erbe der proletarischen Revolution fortführen, nämlich die Erkenntnis, daß nicht Flickwerk an der kapitalistischen Gesellschaft, sondern deren revolutionäre Überwindung und die Diktatur des Proletariats notwendig seien. Diese Diktatur werde nur eine zeitweilige und kein Selbstzweck, sondern ein Mittel zum Zweck sein. Bauer, der den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges klar vorausgesehen habe, sei von der Annahme ausgegangen, daß dieser zum "integralen Sozialismus" führen werde.

*Siebtens* habe Bauer sich kritisch mit den großen Schauprozessen und den Todesurteilen gegen führende Funktionäre der KPdSU auseinandergesetzt, aber seine Kritik als eine innerhalb der Gemeinschaft der Sozialisten, auf dem gemeinsamen Boden des Sozialismus, begriffen.

*Achtens* wandte sich Hautmann kurz der Problemsituation nach dem Verschwinden der Sowjetunion, des sozialistischen Weltsystems und der kommunistischen Weltbewegung zu. So stelle sich die Frage, ob uns Bauer in der jetzigen Situation, in der die Sozialdemokratie selbst die letzten Reste einer marxistischen Orientierung abgestreift habe "und das toll gewordene Globalisierungskapital die Menschheit ökonomisch, politisch und militärisch im Würgegriff hält", noch etwas sagen könne. Hans Hautmann fand für sich die Antwort: Er glaube, daß auf dem Erkenntnisboden des Marxisten Otto Bauer der "Kampf für eine sozialistische Perspektive erneut aufgenommen werden" sollte. Die Konzeption des "integralen Sozialismus" biete dafür glaubwürdige Ansatzpunkte.

Daran anknüpfend ging Heinz Niemann der Frage nach, inwieweit Otto Bauer Ideenspender für einen libertären Sozialismus sein könne. Für manche Linke sei "die Implosion des europäischen Frühsozialismus der wichtige Beleg dafür, daß nur ein ‚libertärer‘ Sozialismus der einzig legitime und noch dazu moderne Nachfolger früherer Konzepte eines ‚freiheitlichen Sozialismus‘ sein kann". Allerdings komme dieser im gegenwärtigen Programmentwurf der PDS nicht explizit, sondern lediglich im Schlußabschnitt vor, wo kritisch auf die Verachtung libertärer und zivilgesellschaftlicher Sozialismuskonzepte aufmerksam gemacht wird. Bei einer Neubestimmung des demokratischen Sozialismus müsse am Begriff der Freiheit und der als Freiheitsgüter benannten Grundbedingungen eines selbstbestimmten freien und würdevollen Lebens des einzelnen Individuums festgehalten werden. Ein historischer Rückblick auf die Entwicklung des Sozialismusbildes Otto Bauers und seines theoretischen Beitrags

dürfte, so Niemann, auch deshalb fruchtbar sein, weil der jahrzehntelang propagierte Sozialismusbegriff einer konstruktiven Revision zu unterwerfen ist. Zunächst nannte Niemann wesentliche Grundideen des libertären Sozialismus:

- Der libertäre Sozialismus stehe in der Tradition des utopischen Sozialismus und habe in Bernstein einen Fortsetzer gefunden. Als Synonym für den reformistischen demokratischen Sozialismus sei er in der Weimarer Republik auch als Alternative zum sowjetrussischen Sozialismus verstanden worden.
- Sein wichtigstes Merkmal sei die Betonung des Grundwertes der Freiheit des Individuums, verbunden mit der sozialen Gerechtigkeit. Das Bekenntnis zum Sozialismus sei rein ethisch und nicht wissenschaftlich begründbar.
- Typisch war und sei auch heute sein Harmoniestreben in der Gesellschaft. Sozialismus sei Freiheit von Konflikten und weltanschauliche Pluralität.
- Der freiheitliche Sozialismus vertrete ein Ordnungssystem, welches die alleinige Zuständigkeit des Staates für den Verlauf des Gesellschaftslebens ablehne und ein pluralistisches System gesellschaftlicher Gestaltungskräfte fordere (Zivilgesellschaft).
- Seit dem Godesberger Programm von 1959 sei der freiheitliche Sozialismus stärker und vor allem gegen die Jungsozialisten und die Stamokap-Fraktion in der SPD propagiert und Freiheit gegen Planwirtschaft etc. gesetzt worden.

Niemann vermerkte kritisch, daß allen Spielarten des freiheitlichen Sozialismus eine abstrakte, a-historische Sicht eigen sei. Indessen übersah er auch nicht, daß sich die Theoretiker des freiheitlichen Sozialismus früher "als der offiziöse Marxismus-Leninismus, schon nach dem ersten Bericht des Club of Rom", den Menschheitsproblemen zugewandt haben. In diesem Zusammenhang befaßte sich Niemann mit der Frage, ob der Marxist Otto Bauer nach der Implosion des europäischen Frühsozialismus widerlegt ist, ob er also nur noch von theoriegeschichtlichem Interesse sei. Niemann schilderte die gesellschaftliche Situation in den 30er Jahren, die schweren Niederlagen der Arbeiterbewegung 1933/34 und die von Bauer nicht aufgegebene Hoffnung, der sozialistische Aufbau in der Sowjetunion möge vorankommen. Im Prinzip habe er vor ähnlichen Fragen gestanden wie heutige Marxisten. Wie Bauer damals sagte, könnte man marxistischen Sozialisten heute erst recht vorwerfen, ihre ganzen Zukunftsdebatten seien die Träume von Ohnmächtigen von ihrer Allmacht. In diesem Zusammenhang skizzierte Niemann Bauers von Marx abgeleitete Ideen über die Aufhebung des Gegensatzes zwischen Arbeiterbewegung und Sozialismus. In der sozialdemokratischen Ideengeschichte lassen sich, so Niemann, insbesondere seit der Revisionismusdebatte zwei Entwicklungsstränge erkennen: der sozialistisch-sozialdemokratische und der kommunistisch-bolschewistische. Mit dem Tod Rosa Luxemburgs und dem Alleinsein der russischen Revolution sei der theoretisch fruchtbare Diskurs zwischen beiden Strömungen abgerissen und vom Stalinismus ein ideologischer Vernichtungskampf gegen Andersdenkende geführt worden. Dagegen sei Bauer der herausragende Theoretiker des Linksozialismus gewesen, der ab 1933 ein eigenständiges und an Marx orientiertes Konzept des Übergangs zum Sozialismus entwickelt habe. Seine Sozialismusauffassungen könne man in *drei Entwicklungsphasen* nachvollziehen: In der *ersten* Phase

habe er die in der SAI und speziell in der SPD vorherrschenden antibolschewistischen, antileninistischen Konzepte eines demokratischen Sozialismus weitgehend akzeptiert. Für die *zweite* Phase sei typisch, daß Bauer nun die sowjetrussische Entwicklung für die dortigen spezifischen Verhältnisse als legitim und für angemessen hielt. Im Leninismus sah er den Ausdruck der Unterentwicklung, der Zwänge nachholender Industrialisierung und kapitalistischer Umkreisung. Die bolschewistische Diktatur habe Bauer als zeitweilig notwendig betrachtet. Die *dritte* Phase sei vor allem dadurch geprägt, daß Bauer als marxistischer Sozialist sich mit der schwerwiegendsten Niederlage der mitteleuropäischen Arbeiterbewegung im Kampf mit dem Faschismus konfrontiert sah. Niemann zeigte an vielen wichtigen Ereignissen die theoretische und politische Weitsichtigkeit Bauers. So habe er den Weltkrieg, die Anti-Hitlerkoalition, die Rolle der Sowjetunion und auch die Nachkriegsentwicklung vorausgesehen. Geradezu prophetisch habe er “die weitere Entwicklung und den Sieg des Sozialismus von der Installation eines sozialistischen Rechtsstaates abhängig” gemacht. Die Zuversicht, die Entwicklung der Sowjetunion werde zur vollen Entfaltung der sozialistischen Demokratie führen, und das Zusammenfinden der beiden Strömungen der Arbeiterbewegung sei sein politisches Vermächtnis gewesen. Niemann zitierte zu dieser Problem-sicht ausführlich aus Bauers Spätwerk “Zwischen zwei Weltkriegen?”, wobei es ihm ebenso wie Hautmann um den Kerngedanken des Konzepts des “integralen Sozialismus” ging, wonach die Synthese des demokratischen Sozialismus des Westens und des revolutionären Sozialismus des Ostens die sieghafte Idee sein könne, wenn erst die innere Entwicklung der kapitalistischen Welt selbst die Massen in Bewegung setzen werde.

Mit dem nach seinem Tod 1939 in Paris erschienenen letzten Buch “Die illegale Partei” habe Bauer sein Konzept des “integralen Sozialismus” vervollständigt und so die theoretischen Grundlagen sozialistischer Politik und die organisationstheoretischen Auffassungen für eine sozialistische Einheitspartei entwickelt. Niemann betonte die große Sprengkraft der Bauer’schen Ideen, gegen die der Parteivorstand der SPD mit der programmatischen Schrift “Die Partei der Freiheit” von Kurt Geyer offensiv vorgegangen sei. Der “freiheitliche Sozialismus” sei im Konzept der SPD nur noch Erbe des bürgerlichen Liberalismus und das Gegenkonzept zu Bauer gewesen. Niemanns Analyse führte dann aber auch zu dem Schluß, daß die tatsächliche Entwicklung nicht so verlaufen ist, wie sie sich Bauer erhoffte. Zu den nicht eingelösten Prozessen zählte Niemann die Demokratisierung der Sowjetunion bzw. das Ausbleiben eines sozialistischen Rechtsstaates. Schließlich sei der “integrale Sozialismus” am Schicksal des östlichen Frühsozialismus und an der Dominanz des Stalinismus gescheitert. Wer sich heute auf Marx berufe, müsse die offensive Verteidigung des Marxschen revolutionären “Sozialismusbegriffs als aktuelle, praktisch und historisch bedeutsame Aufgabe ansehen”. Die “sozialistische Idee und sein Konzept müssen in der Gesellschaft lebendig bleiben, damit das Volk, von der Geschichte in Bewegung gesetzt, wissen kann, was im entscheidenden Moment zu tun ist”. Das Subjekt eines solchen Prozesses, so Niemann, könne nicht ein Zirkel von Berufsrevolutionären, sondern nur “kollektive hi-

storische Subjekte mit dem Wissen, den Erfahrungen, Einsichten und Zielen, mit ihren Werten und Normen" sein. Hier sehe er "die eigentliche Verantwortung einer modernen sozialistischen Partei, die zunehmend die Rolle eines kollektiven Intellektuellen übernehmen" müsse, "wie es demokratische Intellektuelle in der bürgerlichen Aufklärung, wie es Marxisten im Bund der Kommunisten in der bürgerlich-demokratischen Revolution gewesen sind". Zugleich sei "es eine Verpflichtung des demokratischen Sozialismus, Freiheit als staatsbürgerlichen Begriff und Grundwert in einer Zeit besonders entschieden zu verteidigen, in der Freiheitsrechte unter dem Deckmantel des Kampfes gegen den internationalen Terrorismus besonders gefährdet sind".

In der *anschließenden Diskussion* bildeten sich im wesentlichen drei Schwerpunkte heraus. *Erstens* die Frage nach dem tieferen Sinn und der Machbarkeit des Bauer'schen Konzepts des "integralen Sozialismus", *zweitens* der rationelle Kern von Otto Bauers Marxismusverständnis für Marx'sches Denken heute und zukünftig und *drittens* Überlegungen in Hinblick auf den Sozialismusbegriff in der laufenden Programmdebatte der PDS.

Dr. *Horst Klein* bezog sich in seinem Diskussionsbeitrag zunächst auf Hautmanns Ausführungen zur Nationalitätenfrage. Die hier angebotene Interpretation der von Bauer in seinem 1907 veröffentlichten Buch "Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie" explizit dargestellten Theorie ist wohl, so wandte er ein, problematisch und den ideologischen Kämpfen jener Zeit geschuldet. Tatsächlich sei es Bauer zu keinem Zeitpunkt um eine Verkennung des Selbstbestimmungsrechts der Nationen gegangen. In seinem Buch, das noch heute wichtige theoretische Grundlagen für eine wissenschaftliche Problemlösung biete, habe Bauer zwar die Auffassung vertreten, die nationale und soziale Befreiung sei vorerst nur auf dem Wege einer "national-kulturellen Autonomie" im Rahmen des Vielvölker- bzw. Nationalitätenstaates zu erreichen. Daraus könne aber nicht abgeleitet werden, daß es Bauer daran gelegen hätte, das Recht der Völker auf nationale Selbstbestimmung zu leugnen, wie das Lenin unterstellte. Konfrontiert mit der nationalen Unterdrückung, habe Bauer nach einer Form gesucht, in der diese beseitigt werden könnte, ohne daß das Proletariat schon über die Bourgeoisie gesiegt haben muß. In diesem Sinne habe er die "national-kulturelle Autonomie" als eine geschichtlich notwendige Phase im Kampf um die nationale Selbstbestimmung der Völker verstanden. Sie war deshalb eine antiimperialistische Forderung. Die wirkliche Lösung der Nationalitätenfrage könne, so Bauer, erst der Sozialismus bringen. Infolge der imperialistischen Entwicklung und der damit einhergehenden Bedrohung der kleineren Völker und Staaten könne vorerst das Ziel der Arbeiterklasse nicht in der Schaffung kleiner Nationalstaaten bestehen, sondern es müsse auf den Vielvölker- bzw. Bundesstaat mit vielen kleineren autonomen Nationen orientiert werden. Das machte er am Beispiel der Habsburger Monarchie deutlich, an deren Fortbestand er noch glaubte, als er sein Buch schrieb. Nach dem Zerfall der Monarchie und der so erreichten nationalen und staatlichen Selbständigkeit der Ungarn und Tschechen glaubte Bauer nicht mehr an die ökonomische Lebensfähigkeit Österreichs und ebensowenig an eine Chance der sozialistischen Revolution. Ein isoliertes soziali-

stisches Deutschösterreich hielt Bauer für undenkbar. Die unausweichliche Lösung sah er im Anschluß Österreichs an Deutschland, allerdings habe er zu diesem Zeitpunkt noch die Illusion eines sozialistischen Deutschlands, dessen Teil Deutschösterreich sein könne, vertreten. Mit dem Zusammenbruch der Weimarer Republik und der Errichtung der NS-Diktatur in Deutschland korrigierte er sein Konzept und engagierte sich für die Unabhängigkeit Österreichs. Bauers Beschäftigung mit der Nationalitätenfrage sei, so Klein, noch heute ein beeindruckendes Beispiel dafür, wie tief er bereits in jungen Lebensjahren in die von Marx entwickelte Geschichtsauffassung eingedrungen war und diese anzuwenden verstand. In Hinblick auf den "integralen Sozialismus" hob Klein hervor, daß Bauer sich über den Charakter des Stalinismus im klaren gewesen und ein Zusammengehen der gegensätzlichen Strömungen der Arbeiterbewegung von dessen Überwindung abhängig gemacht habe. Außerdem habe die Geschichte bewiesen, daß der Widerspruch zwischen stalinistischem Parteikommunismus und sozialdemokratischem Reformismus antagonistischen Charakters sei. Es sei auch zu beachten, daß Bauer den Reformismus nicht generell als negativ, sondern als eine notwendige Entwicklungsebene demokratisch-sozialistischer Geistes- und Politikkultur begriffen habe. Insofern sei Bauer als Sozialdemokrat gestorben, aber als einer, der auf Grund seiner sozialistischen Überzeugungen und seiner humanistischen Denk- und Lebensart stets an das Gute glaubte. So habe er mit der Vorstellung, die Sowjetunion und die kommunistische Bewegung seien lern- und reformfähig, die Illusion vieler der sozialistischen Vision verbundener Menschen geteilt. Im Weiteren machte Klein auf einen differenzierten Umgang mit dem Antikommunismus aufmerksam. Bauer sei niemals Antikommunist im Hinblick auf die humanistische Vision gewesen, sondern immer nur ein Kritiker des stalinistischen Parteikommunismus. Auf diesen Unterschied habe Max Adler wiederholt in seinen Schriften hingewiesen. Eine Konsequenz daraus sei, die sozialdemokratische Kritik am Parteikommunismus, die eine von der wirklichen Geschichte bestätigte Auseinandersetzung mit dem Bolschewismus und Stalinismus war und ist, nicht mit dem vulgären und reaktionären Antikommunismus gleichzusetzen, der letztlich auch gegen die Sozialdemokratie gerichtet ist. Von Bauer lernen, bedeute vor allem die in unserem Denken vorhandenen Illusionen abzustreifen und die vor uns liegende völlig anders geartete Situation zu sehen, als sie zu Bauers Zeiten war. Indessen sollte es heute vor allem um ein politisch kulturvolles und produktives Verhältnis von PDS und SPD gehen.

Prof. Dr. *Jürgen Hoffmann* lenkte die Aufmerksamkeit auf Konsequenzen des besprochenen Themas für die PDS-Programmdiskussion, insbesondere für die tiefere Auslotung des Sozialismusbegriffs und -verständnisses.

Spürbar war das Interesse der TeilnehmerInnen, sich über linkssozialistisches Ideengut vergangener Zeiten, so vor allem den Austromarxismus, gedanklich auszutauschen und dieses für sozialistische Zukunftsprojekte aufzuarbeiten. Otto Bauers Werk und der Austromarxismus wurden als Ausdruck undogmatischen marxistischen Denkens verstanden, das unter Berücksichtigung der grundlegend veränderten Weltlage eine geistige Quelle für demokratisch-sozialistisches Denken heute sein kann. Daß ein li-

neares Weiterdenken austromarxistischer Ideen und Konzepte kaum zukunftsträchtig sei, darin waren sich wohl alle TeilnehmerInnen einig. In der Erinnerung an diese Veranstaltung ist der erreichte geistige Fortschritt in der Diskussionskultur zu bewahren. Die Debatte bewegte sich auf einem hohen, von Sachlichkeit begleiteten Niveau.

# ROT

UN  
BE  
IRR  
BAR

Zeugen und Zeugnisse  
einer Familie



**Eineinhalb Jahrhunderte Familiensaga**  
Erzählt und ausgewählt  
von Stefan und Witold Leder

edition bodoni  
 isbn 3-929390-62-0

Herausgeber: Gerd Kaiser  
 ISBN 3-929390-62-0 / 375 S. / Format 29x20 /  
 viele historische Photographien / 21Euro

## Sozialismus ohne das Volk? Konferenz zum 50 Jahrestag der Zweiten Parteikonferenz der SED

Stefan Bollinger

Als Generalsekretär Walter Ulbricht am 9. Juli 1952 auf der 2. Parteikonferenz der SED die neue "Generallinie der Partei" verkündete, die "die Herbeiführung des Friedensvertrages und Wiederherstellung der Einheit Deutschlands sowie die Stärkung der Staatsmacht, den Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik und die Schaffung einer Volksarmee zur Verteidigung der Heimat" beinhaltete, da wurde ein tiefer Einschnitt in der deutschen Nachkriegsgeschichte manifest.<sup>1</sup> Zweifellos entsprach die offizielle Entscheidung für den Sozialismus den Hoffnungen vieler Linker in der DDR, so daß auch überschwengliche Reaktionen verständlich waren. Aber ebenso unübersehbar war, daß dieser "Sozialismus" sich am sowjetischen Modell orientieren würde. Das war zwar für die meisten SED-Mitglieder damals kein Problem, sollte sich aber als verhängnisvolle Weichenstellung erweisen, denn es war nur ein amputierter, undemokratischer Sozialismus. Nicht zu übersehen war aber vor allem die Einbindung dieser Entscheidung in eine veränderte welt- wie deutschlandpolitische Konstellation. So wurde dieser Beschluß eines eigentlich weder verfassungsmäßig noch statuarisch zuständigen Organs für eine radikale gesellschaftspolitische Alternative im kleineren Teil Deutschlands zu einer Antwort in der Systemauseinandersetzung. Er zementierte die nach der Zerschlagung des Faschismus erfolgte Spaltung Deutschlands für fast vier Jahrzehnte.

Diesen Fragen auf den Grund zu gehen, suchten am 31. Mai und 1. Juni 2002 Wissenschaftler auf der Konferenz "1952 - Sozialismus ohne das Volk?", die die Helle Panke e.V. Berlin gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin ausrichtete.<sup>2</sup> Diese Konferenz, Bestandteil einer Tagungsreihe seit 1998 zur DDR- und deutschen Nachkriegsgeschichte, wird 2003 ihre Fortsetzung finden. Im Kontext des 17. Juni 1953 wird es um den Beginn der letztlich gescheiterten Entstalinisierung gehen: "Der Tod des Diktators. Hoffnungen und Enttäuschungen für einen anderen Sozialismus" (Arbeitstitel).

*Rolf Steininger* (Innsbruck) verwies einleitend auf die "Stalin-Note" vom März 1952, die vor dem Hintergrund des Koreakriegs, eines abzusehenden Strategiewandels der USA weg vom Containment hin zum Rollback die Ängste der Sowjetunion vor neuer Einkreisung und Kriegsgefahr ein diplomatischer Befreiungsschlag werden sollte. Moskau bot den Westmächten und Bonn ein vereintes, freundschaftlich mit ihr verbundenes, aber neutrales Deutschland als Alternative zur Schaffung der EVG unter Einbeziehung Westdeutschlands an. Aus Steiningers Sicht ein ernsthafter Vorschlag, der in der Historikerzunft ebenso umstritten ist wie er es in der Konferenzrunde war.

Mit der Untersuchung der Stellung der beiden deutschen Staaten zur "deutschen Frage" eingangs der fünfziger Jahre bot *Dietrich Staritz* (Karlsruhe) einen weitergefaßten Überblick. Vor allem erinnerte er an die überzogenen, aber durchaus realistischen Feindbilder beider Seiten übereinander. In dieser grundsätzlichen Auseinandersetzung der Systeme war schließlich die deutsche Frage nur eine untergeordnete und die Wiedervereinigung mußte zwangsläufig in den Hintergrund treten. Für Adenauer bedeutete das, die Spaltung zu akzeptieren, auf Westorientierung der Bundesrepublik, ihre Bündnisverankerung und schließlich eine Politik der Stärke zu setzen. Damit mußte er sich gegen die SPD und erst recht die KPD stellen. In dieser Sichtweise wäre eine Wiedervereinigung 1952 nur unter Ägide der SED möglich gewesen. Indirekt bestätigte diese Einsichten auch der Beitrag *Günter Judicks* (Velbert) zur KPD und ihrem "Programm der nationalen Wiedervereinigung Deutschlands" vom November 1952. Dieses, wie Judick in der Diskussion zu erkennen gab, offensichtlich von Stalin persönlich initiierte Programmpapier mit seiner faktischen Forderung nach dem revolutionären Sturz der Adenauer-Regierung bewirkte aber genau das Gegenteil: Die Überzeugung des Westens von den unlauteren weltrevolutionären Absichten Moskaus und die Bereitstellung von Argumenten für das bereits eingeleitete KPD-Verbot.

*Günter Benser* (Berlin) beleuchtete besonders die innenpolitischen programmatischen Aspekte der Beschlüsse der SED-Parteikonferenz vom Juli 1952. Die Entscheidung für den planmäßigen Aufbau des Sozialismus überraschte damals nicht nur die Delegierten der Parteikonferenz. Auch wenn die letzten Verästelungen des tatsächlichen Entscheidungsweges immer noch ungeklärt sind, so ist doch sicher, daß es eine kurzfristig entschiedene und letztlich in Moskau von Stalin abgeseignete Formel war. Die theoretischen und praktischen Schritte zu ihrer Umsetzung waren zu diesem Zeitpunkt keineswegs ausgearbeitet. Als "das Neue" in diesen Beschlüssen nennt Benser die Bildung der Bezirke anstelle der aufzulösenden Länder; die Gründung der LPG; die Schaffung nationaler Streitkräfte und ein schärferes Grenzregime; die Ausdehnung des Nationalen Aufbauwerkes (NAW) über Berlin hinaus sowie die umfassende Propagierung des Sozialismus und des sowjetischen Vorbildes; die Verstärkung des Klassenkampfes insbesondere gegen die Eigentümer privater Produktionsmittel sowie gegen alle nichtkonformen Gruppierungen. Zugleich schränkt er aber ein, daß die ersten vier Momente bereits im Laufe des Jahres und unabhängig von der Sozialismus-Proklamation eingeleitet wurden. Zu ergänzen wäre auch, daß selbst der letztgenannte Aspekt bereits zerstörerische Praxis war.

Weitere Beiträge wandten sich sodann genau diesen Umsetzungsfragen zu. *Christel Nehring* (Birkenwerder) untersuchte die Anfänge der "Genossenschaftsbewegung" auf dem Lande. Zum Aufbau "nationaler Streitkräfte" in der DDR referierte *Torsten Dietrich* (Potsdam). Dieser Prozeß mit seinen weitreichenden und durch die DDR nicht zu beherrschenden ökonomischen Konsequenzen führte zwar zu einer Aufrüstung der DDR, beförderte zugleich aber wesentlich eine ökonomische und gesellschaftliche Krise. Ähnlich kontraproduktiv wirkte die Installation eines neuen Grenzregimes der DDR auf Moskaus Geheiß und die Zwangsaussiedlungen im Frühjahr 1952. Für *Rainer*

Potratz (Berlin) vertiefte dies entscheidend die Ablehnung der DDR bei erheblichen Bevölkerungsteilen und förderte Fluchten in den Westen, ohne mehr Sicherheit für die SED-Führung und den ostdeutschen Staat zu bewirken.

An Hand der Entscheidungen des Obersten Gerichts der DDR im fraglichen Zeitraum setzte sich *Volkmar Schöneburg* (Potsdam) mit Recht und Unrecht in Prozessen gegen "Agenten und Saboteure" auseinander. Auch wenn es sich in einigen Fällen um wirkliche Gegner der DDR handelte, so waren die drakonischen Urteile meist überzogen und unverhältnismäßig. Beschuldigungen wie "Spionage" wurden durch uferlose Auslegungen juristischer und verfassungsmäßiger Bestimmungen konstruiert. Nicht zuletzt wurden oftmals unpolitisch motivierte Vergehen und Fahrlässigkeiten zu politischen Verbrechen und Sabotage umgedeutet, um so Wirtschaftsprobleme dem "Klassenfeind" zuzuschreiben.

*Elke Scherstjanoi* (Blankenfelde) zeigte Herausforderungen des Herbst 1952 und die Bedeutung des XIX. Parteitag der KPdSU für das Sozialismusexperiment in der DDR 1952/53 auf. Sie machte deutlich, daß die besondere Mischung von Militarisierung und Sozialismuspropaganda mit einer im 2. Halbjahr 1952 erfolgenden Forcierung der Entwicklung zu jener Krise führte, die sich im Juni 1953 entlud. Dabei kam sie keineswegs so überraschend, wie gemeinhin unterstellt wird. Durch den Ministerrat der DDR wie die SKK wurden frühzeitig die Defizite im Staatshaushalt und die Kluft zwischen wachsenden Zielen und realen Möglichkeiten bemerkt und - etwa durch ein strenges Sparsamkeitsregime - versucht gegenzusteuern. Sie erinnerte an die Eigendynamik der eingeleiteten Sozialismus-Maßnahmen wie die LPG-Bildung und die Verhärtungen in den deutschland- und sicherheitspolitischen Positionen mit ihren Konsequenzen. Keineswegs unterschätzt dürften auch die damaligen Sozialismuskonzepte, zuletzt in den "Ökonomischen Fragen des Sozialismus" von Stalin ausgearbeitet. Im Herbst 1952 summierten sich der reale Problemdruck mit diesen Heilslehren in besonderer Weise. Sie machten blind für Krisenprävention und begünstigten die Ausprägung jener Krisensymptome, die sich im Folgejahr radikal entladen sollten.

Diese Fehlsteuerung, so mag das Fazit dieser Konferenz sein, wirkte in der Geschichte des Staatssozialismus sowjetischer Prägung bis zu seinem Untergang.

---

1 Protokoll der Verhandlungen der II. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. 9. bis 12. Juli 1952 in der Werner-Seelenbinder-Halle zu Berlin. Berlin 1952, S. 128f.

2 Die Beiträge dieser Konferenz und die einer Tagung des Thüringer Forums im April 2002 zum 50. Jahrestag der Stalin-Note werden in einer Publikation des Thüringer Forums e.V. und der Hellen Panke zur Förderung von Politik, Bildung und Kultur e.V. erscheinen. Unmittelbar vor der Konferenz erschien eine ausführliche und mit Dokumenten bereicherte Fassung des Beitrages von Günter Benser: Als der Aufbau des Sozialismus verkündet wurde. Eine Rückschau auf die II. Parteikonferenz der SED mit Dokumentenanhang. hefte zur ddr-geschichte. H. 75. Berlin 2002.

## Informationen

### Eine unterbelichtete Front des antifaschistischen deutschen Widerstands. Zum Wirken von DRAFD

*Seit zehn Jahren besteht der Verband "Deutsche in der Resistancé, in den Streitkräften der Antihitlerkoalition und der Bewegung Freies Deutschland e.V." (DRAFD). Seine Gründung als erste gesamtdeutsche antifaschistische Organisation erfolgte 1992 mit der Einrichtung von zwei Geschäftsstellen in Berlin und Frankfurt/Main. Anlässlich des 10. Jahrestags seines Bestehens wurde im Schöneberger Rathaus in Berlin mehrere Wochen lang die Ausstellung "Für Deutschland - gegen Hitler. Die weltweite Bewegung Freies Deutschland" gezeigt. Auf ihr wird das Wirken dieser Bewegung in Mexiko, in der Sowjetunion, in Großbritannien, Frankreich, den USA und weiteren Staaten der Antihitlerkoalition sowie in Deutschland selbst dokumentiert. Bei der Eröffnung dieser Dokumentation hielten der Bezirksbürgermeister Ekkehard Band und die Staatssekretärin im Berliner Senat Krista Tebbe Begrüßungsreden. Die nachstehend abgedruckten einführenden Worte zur Thematik der Ausstellung wurden von Prof. Dr. Stefan Doernberg vorgetragen.*

Seit der Geburtsstunde von DRAFD als gesamtdeutscher Verband von Deutschen, die an der Seite der Antihitlerkoalition den Kampf zur Befreiung aller europäischen Völker, darunter des eigenen, des deutschen Volkes, von der faschistischen Barbarei aufgenommen hatten, hat dieser Zusammenschluß es als seine Pflicht betrachtet, einen meist unterbelichteten oder sogar bewußt verdrängten Frontabschnitt des Widerstandskampfes gegen den staatlich verordneten und pervers praktizierten Terrorismus und Völkermord des NS-Regimes aufzuhellen.

Viele Jahrzehnte lang hatten unterschiedliche Gründe dazu geführt, daß die Teilnahme von Deutschen an der letztlich von außen erfolgten Niederrichtung der faschistischen Aggressoren und ihres Regimes wenig Beachtung fand. So rückte zunächst nach 1945 der innere Widerstand, der zweifellos mehr Mut und Opferbereitschaft erfordert hatte, in den Vordergrund. Dabei war der Blickwinkel in Ost und West von Anfang an recht unterschiedlich. In der Ostzone wurde vor allem jene Widerstandsbewegung, ob in der Illegalität oder in den Konzentrationslagern, herausgehoben, deren Träger Kommunisten oder Sozialdemokraten waren. Dies geschah nicht nur deshalb, weil die Mitglieder dieser Parteien zweifellos die größten Opfer gebracht hatten. Es sollte zugleich im Gedenken an ihren gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus der Anspruch der Arbeiterparteien legitimiert werden, eine führende Rolle in Nachkriegsdeutschland zu spielen. In den Westzonen dauerte es insgesamt erheblich länger, bis der aktive Widerstand gegen das NS-Regime und den von ihm und seinen Trägern entfesselten Krieg breitere Beachtung fand. Übermäßig wurde das mutige Attentat

vom 20. Juli 1944 hervorgehoben, nicht zuletzt wohl auch deshalb, um das Gedenken an die Träger dieser Verschwörung gegen Hitler und nicht an andere Widerstandskämpfer zur Traditionslinie zu gestalten. Jahrzehnte lang wurden dagegen die Männer und Frauen, die den gerechten Kampf der Antihitlerkoalition unterstützten, als Landesverräter beschimpft. Besonders beschämend waren die verleumderischen Angriffe gegen Marlene Dietrich, die erst zehn Jahre nach ihrem Tod ihren Platz unter den Ehrenbürgern von Berlin erhielt.

Auch aus diesen Gründen erwuchs dem Verband die Aufgabe, mit reichlicher Verspätung nachzuforschen, welcher Platz in der Widerstandsbewegung jenen gebührt, die sich an der "äußeren Front" des Kampfes zur Niederringung des Faschismus beteiligten, mit welchen Motiven und Zielen sie dies taten, aber auch welche Ergebnisse ihre Handlungen aufwiesen. Daraus entstanden 1995 die Publikation "Im Bunde mit dem Feind. Deutsche auf alliierter Seite" sowie etwas später aussagekräftige Ausstellungen, in denen Dokumente, Fotos und Berichte von Zeitzeugen ihren Platz fanden. Die Mehrzahl der Zeitzeugen ist seit Jahren nicht mehr am Leben. Leider fehlen oft notwendige archivalische und andere überzeugende Quellen. Schon deshalb bleiben die Aussagen und Wertungen unvollständig, können auch nicht den Anspruch einer umfassend fundierten wissenschaftlichen Analyse erheben.

Vor allem aber soll nicht den Eindruck erweckt werden, daß die Teilnahme von Deutschen am Kampf der Staaten und Völker der Antihitlerkoalition überbewertet werde. Es war ein Abschnitt, der sich höchstens dadurch auszeichnete, daß sich hier besonders deutlich patriotische und internationalistische Haltungen miteinander verbanden. Verständlicherweise war die Situation in den jeweiligen Ländern recht unterschiedlich, wurde sie doch von den Zielsetzungen und nationalen Interessen der Staaten beeinflußt und geprägt, in denen sich Deutsche, aus welchen Gründen auch immer, in den Jahren des Zweiten Weltkriegs aufhielten. Das hatte sowohl Einfluß auf den Aktionsrahmen als auch auf inhaltliche Forderungen der Bewegung Freies Deutschland.

Zu Beginn des von Deutschland durch das NS-Regime entfesselten Zweiten Weltkriegs befanden sich weit über 100.000 deutsche Staatsbürger als Emigranten in vielen europäischen und anderen Ländern. Manche hatten hier nicht nur Asyl, sondern auch eine neue Heimat gefunden, wollten dort dauerhaft seßhaft werden. Doch viele strebten eine Rückkehr in ein vom Faschismus befreites Deutschland an. Gerade in den Jahren des Krieges hofften sie zunehmend, daß dies durch ein Zusammenwirken des Freiheitskampfes der Völker der Antihitlerkoalition mit einer inneren Erhebung in Deutschland Wirklichkeit werden könnte. Die Realität bewies dann aber, daß nur die Armeen der Antihitlerkoalition imstande waren, die Zivilisation vor dem drohenden Untergang zu retten und den Frieden wiederherzustellen. Eben deshalb meldeten sich viele Deutsche als Freiwillige zu den Streitkräften jener Länder, in denen sie Asyl gefunden hatten. Zu ihnen gehörten viele deutsche Juden, vor allem in der Sowjetunion und Großbritannien, aber auch in Frankreich. Andere, die in den Reihen der Wehrmacht als Okkupanten fremde Länder betreten hatten, wechselten die Front, schlos-

sen sich den bewaffneten Widerstandsgruppen in Frankreich oder auf dem Balkan, auch in Griechenland und Italien oder den Partisanen in der Sowjetunion an.

Zu einem Schulterchluß mit den Staaten der Antihitlerkoalition bekannte sich die weltweite Bewegung Freies Deutschland. Sie wurde nicht zuletzt dadurch geprägt, daß sich in ihr politische Emigranten und andere Deutsche, die sich aus unterschiedlichen Gründen außerhalb ihrer Heimat befanden, darunter ehemalige Angehörige der deutschen Wehrmacht, zusammenfanden.

Nachforschungen haben ergeben: Die Zahl jener Deutscher, die an diesem Abschnitt des Widerstandskampfes unter Einsatz ihres Lebens mitwirkten, war größer als vormalig vermutet wurde.\* Dennoch blieben das Ausmaß dieser besonderen Front und ihre Effektivität im Vergleich zu den Anstrengungen und Opfern der anderen Völker gering. Es sollte nie vergessen werden, daß der Widerstandskampf in Deutschland selbst, schon das Abhören "feindlicher Sender", vom Verteilen von Flugblättern gar nicht zu sprechen, weitaus mehr Opfermut verlangte.

Unvollständige und nicht exakt belegbare Daten bestätigen, daß es in den britischen Streitkräften weit über fünfhundert Deutsche gab. Viele von ihnen nahmen 1944 als Soldaten an der Landung in Nordfrankreich und an den Kämpfen in den letzten Monaten des Krieges teil. Andere waren in der sogenannten Heimatarmee. Einige sprangen mit dem Fallschirm über Deutschland ab oder nahmen an weiteren Spezialaktionen teil. Zu Beginn des Krieges hatte man in Großbritannien alle Deutschen, auch wenn sie politische Emigranten waren, als "Ausländer eines Feindstaates" eingestuft. Gerade jüngere Männer kamen fast ausschließlich in Internierungslager, bevor ihnen später der Eintritt in die britischen Streitkräfte, zunächst hauptsächlich in die Heimatarmee oder andere rückwärtige Dienste, gestattet wurde. So ungerechtfertigt und verletzend dieses Umgehen für jene war, die als Antifaschisten nach Großbritannien gekommen waren, wurde die Internierung von den meisten als eine kriegsbedingte Maßnahme betrachtet, die auf das Schuldkonto jener imperialistischen Kräfte kam, die den Raubkrieg mit dem Ziel entfesselt hatten, die Weltherrschaft zu erobern. Bis heute wissen wir nicht, wie viele Deutsche ihren bewußt gewollten Einsatz in den britischen Streitkräften mit dem Leben bezahlt haben.

In den Streitkräften der USA beteiligten sich an Kampfhandlungen auf dem europäischen Kriegsschauplatz weitaus weniger Deutsche, sieht man von jenen ab, die bereits vor 1933 als Auswanderer in Nordamerika eingetroffen waren und die Staatsbürgerschaft der USA erhalten hatten. Sie wurden in die Streitkräfte wie andere Bürger eingezogen. Auf Grund ihrer Sprachkenntnisse wurden nicht wenige von ihnen während des Krieges mit spezifischen Aufgaben betraut oder später als Mitarbeiter der Militärregierung in Deutschland eingesetzt. Die meisten kehrten in die Staaten zurück. So gab es nur wenige politische Emigranten im Expeditionskorps der USA, wobei sie meist in den Bereichen der psychologischen Kriegführung oder an anderen spezifischen Aufgaben mitwirkten, wie der Schriftsteller Stefan Heym und der Wirtschaftshistoriker Jürgen Kuczynski oder auch Marlene Dietrich.

In den sowjetischen Streitkräften nahmen an den Kriegshandlungen nach Berech-

nungen von DRAFD nicht ganz einhundert Männer und Frauen teil, die als deutsche Staatsbürger in der Sowjetunion politisches Asyl gefunden hatten. Die meisten erhielten an der Front einen Offiziersgrad. Unter ihnen befanden sich einige, die im ersten Kriegsjahr interniert wurden, dann aber in den Reihen der Roten Armee in ihre Heimat zurückkehrten. Mit wenigen Ausnahmen waren sie in den Abteilungen für spezielle Frontpropaganda tätig, die durch Lautsprecherendungen aus vordersten Gräben, Flugblätterherstellung und -verteilung und andere Aktionen bemüht waren, die Angehörigen der Wehrmacht gegen das NS-Regime und dessen Raubkrieg zu beeinflussen und zur Einstellung der Kampfhandlungen zumindest an ihrem Frontabschnitt zu bewegen. Ihr Hauptanliegen war es, zur Entfaltung des inneren Widerstands gegen den Faschismus, zur schnelleren Beendigung des Krieges und damit zur Verminderung der militärischen wie zivilen Opfer beizutragen, die auf das Schuldkonto der Aggressoren in ganz Europa kamen.

Deutsche Antifaschisten hatten einen beachtungswerten Anteil an der französischen Resistance, darunter an den bewaffneten Gruppen, die später in die regulären Streitkräfte eingingen. Es waren sowohl politische Emigranten, die zu Beginn des Krieges in Frankreich ebenfalls interniert wurden, darunter etwa 250 ehemalige Angehörige der Internationalen Brigaden in Spanien, als auch später Soldaten der Wehrmacht, die desertierten und sich dann der Resistance anschlossen. In den Reihen der französischen Streitkräfte wirkten insgesamt über 1.000 Deutsche, die meist einen unmittelbaren Kontakt zum Komitee Freies Deutschland für den Westen hatten, das nach September 1944 legal unter der Bezeichnung CALPO wirken konnte.

Nicht zu vergessen sind jene Deutsche, die in Jugoslawien, Griechenland, Italien, in der Tschechoslowakei und Polen sowie in einigen anderen von der deutschen Wehrmacht okkupierten Ländern zu den dortigen Partisaneneinheiten gestoßen waren. Bis heute liegt eine authentische Gesamtzahl nicht vor. Man darf davon ausgehen, daß es mehrere Tausend Deutsche waren, die in den Streitkräften der Staaten der Antihitlerkoalition den Kampf gegen die faschistische Barbarei, für ein demokratisches und friedliebendes Deutschland führten. Eine kleine Anzahl, gemessen an den Ausmaßen des Krieges und des antifaschistischen Freiheitskampfes in Europa.

Sie alle pflegten in den jeweiligen Ländern enge, wenn auch unterschiedliche Kontakte mit der Bewegung Freies Deutschland. Organisationen dieser Bewegung waren in fast allen Staaten der Antihitlerkoalition, auch in Mexiko und in der Schweiz, in den Jahren des Krieges als selbständige Gruppierungen tätig. Sie waren durch gemeinsame Ziele des antifaschistischen Kampfes verbunden, unterhielten aber keine oder nur ganz geringe und sporadische Kontakte zueinander. Die Inhalte ihrer Tätigkeit bestimmten sie eigenständig, deshalb unterschiedlich. Dabei konzentrierten sie sich vor allem auf propagandistische Aktionen, darunter die Herausgabe eigener Publikationsorgane oder die Nutzung von Medien ihres Aufenthaltslandes. Das erste Komitee mit der Bezeichnung Freies Deutschland entstand in Mexiko unter Mitwirkung von Anna Seghers und anderer deutscher Intellektueller sowie mit tatkräftiger Unterstützung von Heinrich Mann, der sich in den USA für einen eigenen Ausschuß einsetzte.

Größere Bedeutung erhielt zweifellos das im Juli 1943 in einem Vorort von Moskau gegründete Nationalkomitee Freies Deutschland. Seine Entstehung wie auch seine Tätigkeit beruhten auf der Zustimmung der sowjetischen Führung, die sich eine Unterstützung bei der Abwehr der deutschen Aggression und Zerschlagung Hitlerdeutschlands erhoffte. Sie hatte nicht nur durch die Bereitstellung materieller und anderer Mittel erheblichen Einfluß auf das Nationalkomitee. Trotzdem blieb es eine Organisation des deutschen Widerstands, die ihre programmatischen Ziele und vor allem ihre Proklamationen und sonstigen Aufrufe letztlich in eigenständiger Verantwortung ausarbeitete. Zum Präsidenten des Nationalkomitees Freies Deutschland wurde auf einer gemeinsamen Versammlung von deutschen Kriegsgefangenen und einigen deutschen Emigranten der Dichter Erich Weinert gewählt. Vizepräsidenten waren General Walter v. Seydlitz, Leutnant Heinrich Graf v. Einsiedel, ein Urenkel Bismarcks, und der Soldat Max Emmendorfer. Eine führende Rolle spielte Wilhelm Pieck, ehemaliger Abgeordneter des Deutschen Reichstags, der bei allen Mitstreitern ein hohes Ansehen genoß. Beim Nationalkomitee gab es verschiedene Arbeitskreise, darunter einen kirchlichen, zu dem Pfarrer und Theologen unterschiedlicher Konfessionen gehörten. Diese Arbeitskreise hatten neben dem Präsidium und den anderen gewählten Mitgliedern des Nationalkomitees differenzierten Anteil an der Ausarbeitung der unterschiedlichen Erklärungen.

Durch den vom Nationalkomitee betriebenen Sender Freies Deutschland wie auch durch die Wochenzeitung und die massenweise über den deutschen Stellungen abgeworfenen Flugblätter übte das Moskauer Komitee mit seinen Manifesten und Aufrufen inhaltlichen Einfluß auf Organisationen in anderen Ländern aus, darunter illegale Gruppen in Deutschland, die sich zum Teil selbst als Gruppen der Bewegung Freies Deutschland bezeichneten. Dabei gab es differenzierte Positionen. Erinnerung sei an den Aufruf des Nationalkomitees, die Wehrmacht möge sich hinter die deutsche Reichsgrenze zurückziehen und so einen Beitrag zur Beendigung des Krieges leisten. In den Ländern der westlichen Alliierten erschien dies nicht ausreichend. Man unterstützte die Forderung nach bedingungsloser Kapitulation des deutschen Aggressors. Auch über die Gestaltung der Zukunft Deutschlands gab es unterschiedliche Auffassungen.

Es blieb bis zum Ende des Krieges hinderlich für das Nationalkomitee, daß seine Tätigkeit in Deutschland als fremdgesteuert aufgefaßt wurde. Schon deshalb darf seine Wirkung nicht überschätzt werden, weder auf den unter schweren Bedingungen geführten Widerstandskampf in Deutschland, noch auf die Haltung der Soldaten und Offiziere der Wehrmacht, die bekanntlich bis zum bitteren Ende den Befehlen des Oberkommandos folgten und so den Krieg verlängerten. Auch die sogenannte Frontorganisation des Nationalkomitees, die mit Zustimmung der sowjetischen Behörden durch ihre Aktionen unmittelbar auf die Wehrmacht einwirkte, konnte nur begrenzte Erfolge verbuchen. Sie zählte in knapp zwei Jahren insgesamt ca. 4.000 Angehörige, Frontbevollmächtigte, Beauftragte in den Verbänden und weitere Mitstreiter. Sie wirkte hauptsächlich propagandistisch durch Lautsprecher-sendungen und andere Aktionen. Eine sogenannte "Seydlitz-Armee" gab es nie, obwohl die Mär von ihrer Existenz nach

wie vor in unseriösen Publikationen herumgeistert. Archivalische Quellen belegen, daß General Seydlitz Stalin um die Genehmigung eines Freiwilligenkorps aus deutschen Kriegsgefangenen ersucht hatte, diese jedoch nicht erhielt.<sup>1</sup>

Ausdrücklich sei erwähnt, daß sich die unmittelbar vom Nationalkomitee geleitete Organisation noch mehr als ähnliche Bewegungen in anderen Ländern durch ihre pluralistische Zusammensetzung auszeichnete. An der Abfassung aller grundsätzlichen Dokumente und an der unmittelbaren Aufklärungsarbeit nahmen sowohl politische Emigranten als auch kriegsgefangene Soldaten und Offiziere teil, die allen sozialen Schichten entstammten, in den Jahren der Weimarer Republik zu den Mitgliedern oder Sympathisanten praktisch aller Parteien gehörten und weiterhin ein breites politisches Spektrum repräsentierten. Das war in der deutschen antifaschistischen Widerstandsbewegung eine einmalige Erscheinung, war sie doch ansonsten stärker als in anderen Ländern durch Differenzen, zum Teil sogar unversöhnliche, geprägt. Dennoch blieb der Bewegung Freies Deutschland der erhoffte Erfolg versagt, obwohl sie zweifellos einen beträchtlichen Beitrag zum deutschen Widerstand geleistet hat. Einige Regierungsstellen der USA haben in den Jahren des Krieges ihren Stellenwert sogar bedeutend überschätzt, wie das in einer fundierten Monographie von Heike Bungert<sup>2</sup> anhand archivalischer und anderer Quellen belegt wird.

Der antifaschistische deutsche Widerstand konnte nicht verhindern, daß Deutschland 1945 durch das Hitlerregime, seine militärischen und wirtschaftlichen "Eliten" in die tiefste nationale Katastrophe seiner Geschichte gestürzt wurde. Die Befreiung von der faschistischen Barbarei erfolgte durch die Armeen der Antihitlerkoalition. Die weltweite Bewegung Freies Deutschland und die deutschen Freiwilligen in den Streitkräften der Antihitlerkoalition haben dazu nur einen bescheidenen Beitrag geleistet. Ihr Wirken trug zweifellos dazu bei, die Zahl der Kriegesopfer etwas zu vermindern. Darüber hinaus trugen sie erheblich zur Entlarvung der nazistischen Demagogie und zum Wiederaufleben demokratischen und humanistischen Bewußtseins als Voraussetzung für den Neuaufbau eines friedliebenden Deutschland bei, nicht zuletzt unter Hunderttausenden Kriegsgefangenen. Diese Leistung soll nicht überbewertet, darf aber auch nicht länger vertuscht oder gar diffamiert werden.

---

\* Der Verband DRAFD erarbeitet gegenwärtig eine Dokumentation mit Kurzbiographien von Personen, die in der Bewegung Freies Deutschland in den verschiedenen Ländern wirkten. Für Hinweise ist der Verband dankbar. Adresse: DRAFD, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin - Die Redaktion -

1 Siehe Leonid Reschin: General v. Seydlitz, der BDO und die Frage einer deutschen Befreiungsarmee unter Stalin. In: Das Nationalkomitee Freies Deutschland und der Bund Deutscher Offiziere, herausgegeben von Gerd R. Ueberschär, Frankfurt am Main 1995.

2 Siehe Heike Bungert: Das Nationalkomitee und der Westen. Die Reaktion der Westalliierten auf das NKFD und die freien deutschen Bewegungen 1943-1948, Stuttgart 1997.

## Rezensionen

**Karlheinz Schaller: "Einmal kommt die Zeit".** Geschichte der Chemnitzer Arbeiterschaft vom Ende des 18. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg (Geschichtsprojekt der IG Metall Verwaltungsstelle Chemnitz. Unter Mitarbeit von Elke Domaratus und Dieter Siebert), Verlag für Regionalgeschichte Bielefeld 2001, 429 S.

Aus dem Aufschwung der Lokal- und Regionalforschung in den letzten Jahrzehnten hat hier und da auch die Geschichte der Arbeiterbewegung erfreulichen Nutzen gezogen, sofern es Kräfte gab, die diesem, seit 1990 aus der deutschen Historiographie weitgehend verbannten Gegenstand noch Interesse entgegen brachten. Das vorliegende Buch Karlheinz Schallers zur Geschichte der Chemnitzer Arbeiterschaft bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs, gefördert von der IG Metall in Chemnitz und anregend begleitet von Rudolf Bock von der TU Chemnitz, steht dafür. Es liefert ein außerordentlich plastisches Bild von der Rolle der Arbeiter und ihren sozialen und politischen Kämpfen im Zeitalter der deutschen "Doppelrevolution" und während des Siegeszugs des Kapitalismus in einem der ältesten deutschen Industriegebiete. Nicht daß dies der erste Versuch einer Chemnitzer Arbeitergeschichte für diesen Zeitraum wäre; da haben Ernst Heilmann, Rudolph Strauß, Ernst Hofmann, Kurt Ludwig u.a. (bis auf den Erstgenannten samt und sonders Historiker aus der DDR) mit einer Überblicksdarstellung und Forschungen zu einzel-

nen Abschnitten und bedeutenden Ereignissen der Chemnitzer Arbeiterhistorie schon einiges vorgearbeitet, was der Autor gründlich zu verarbeiten wußte. Doch in dieser Weite und Breite, in solcher Dichte und Geschlossenheit ist Chemnitzer Arbeiterbewegung zwischen dem Ende des 18. Jahrhunderts und 1914 noch nicht vorgestellt worden; und dies in einer gelungenen Verbindung von akademischem Anspruch und wissenschaftlich-populärer Darbietung, die einen breiteren historisch interessierten Leserkreis anspricht. Das konnte letztlich nur dadurch erreicht werden, daß durchweg auch ad fontes gegangen und umfangreiches neues Quellenmaterial erschlossen und ausgeschöpft wurde, wovon auch ein wertvoller Dokumentenanhang zeugt.

In elf Kapiteln untersucht Sch. nach Skizzierung der Entwicklung Chemnitz zur ersten sächsischen Fabrikstadt die Struktur der frühen Arbeiterklasse am Vorabend der Industrialisierung, ihre soziale Elendslage (besonders anschaulich die Kinderarbeit) und die ersten mit der Gründung einer eigenen Krankenkasse der Kattundrucker und eines Konsumvereins der Spinnereiarbeiter bereits 1795 einsetzenden sozialen Selbständigkeitsbemühungen Chemnitzer Arbeiter. Sie werden dann über Vormärz und 1848er Revolution, das Wiederaufleben von proletarischen Emanzipationsbestrebungen in den 1860er Jahren und die ersten Jahrzehnte im deutschen Kaiserreich bis zum Vorabend des Ersten Weltkriegs verfolgt. Die Formierung einer lokalen Arbeiterbewegung in ihrer breiten Fächerung ist sowohl in die ökonomischen Zusammenhänge und sozialen Konflikte als auch in die großen politischen Auseinandersetzungen

zungen des "langen 19. Jahrhunderts" gestellt, was der Darstellung bei allen sehr wohl herausgearbeiteten Chemnitzer Spezifika doch jederzeit lokale Enge nimmt.

Vier Aspekte verdienen herausgehoben zu werden.

Erstens beeindruckt die Darstellung dadurch, daß - weitab von jeder Beschränkung auf die von vornherein revolutionär-sozialistisch motivierten proletarischen Bestrebungen (die nicht selten der DDR-Forschung eigen war) – die enorme Vieltätigkeit proletarischen Emanzipationsstrebens in einer Stadt über mehr als ein Jahrhundert hinweg voll zur Geltung gebracht wird. Jeden Versuch von Arbeitern, auf sozialem und politischem Feld Selbständigkeit zu erringen und eine Verbesserung ihrer sozialen Lage durchzusetzen, nimmt der Autor als einen, wenn auch noch so kleinen Schritt auf dem Wege zu politischer Gleichberechtigung und sozialer Gerechtigkeit ernst: ob es sich um die erste eigene Krankenkasse der Kattundrucker, den Konsumverein oder die Produktivgenossenschaft der "Deutschen Maschinenbau-Arbeiter-Compagnie" handelt, um die zahlreichen, zumeist wenig erfolgreichen Streiks oder die schon stärker politisch motivierten Arbeiterinterventionen von 1830 und 1848; gar nicht zu reden von der Vielzahl proletarischer Vereine auf dem Felde von Sport, Bildung und Kultur seit den 1880er Jahren, als die deutsche Arbeiterbewegung in die Breite wuchs. Auch die von einem protestantischen Prediger 1865 initiierte Wiederbeschäftigung der Öffentlichkeit mit der Arbeiterfrage erfährt ihre Würdigung. Selbstverständlich nehmen die Entwicklungen nach der Konstituierung der beiden Grundformen von Arbeiterbewe-

gung, der Gewerkschaften und der politischen Partei, am Beginn der 1870er Jahre einen besonders großen Raum ein. Lediglich die ausgesprochen bürgerlichen und konfessionell geprägten Arbeiterorganisationen, die aber in der Stadt offenbar kaum Gewicht hatten, fehlen, weil bislang noch nicht erforscht, gänzlich. Auch bleibt die Frage unerörtert, warum die linke Strömung in der Sozialdemokratie von Chemnitz seit der Jahrhundertwende so auffällig schwach war, während in den 1860er Jahren doch ein beachtlicher Linkstrend sichtbar war.

Zweitens vermittelt das Buch einen bemerkenswerten Einblick in den Strukturwandel der Chemnitzer Arbeiterklasse, in der im industriellen Zeitalter die Arbeiter der Metallindustrie mit ihren verschiedenen Schichtungen und Gewichtungen den zunächst vorherrschenden Textilarbeitern den Rang abliefen. Auch geht Sch. dem "Weg in die Fabrik", der Herkunft des Chemnitzer Fabrikproletariats nach und weist nach, daß die Masse der Arbeiter aus der Nahwanderung, also dem weiteren Umfeld der Stadt und dem Erzgebirgsraum entstammte. Nicht zuletzt hat er das Verdienst, stärker als in anderen Arbeiten die Rolle der Arbeiterinnen in der Bewegung herausgearbeitet zu haben.

Drittens erhält der Leser ein selten so konkret dargebotenes Bild vom "Arbeiter in der Fabrik". Anschaulich vermag der Autor vor Augen zu führen: "Die Fabrik wurde zum zentralen Ort im Arbeiterleben." (152) Vorgestellt wird, wie die Fabrik als "sozialer Raum" im einzelnen aussah, wie sich die Beziehungen nicht nur zwischen Unternehmer und Arbeiter, sondern auch zwischen Meister und Arbeiter und zwischen den verschiedenen

Arbeitergruppen gestalteten, was etwa die Arbeitspausen für die Arbeiter bedeuteten und wie sie genutzt wurden, welchen Schikanen die Arbeiter durch Strafgeleider u.a. ausgesetzt waren und wie sie ihre Rechte - wie etwa die Frauen in der Aktienspinnerei 1883 durch einen Streik - zu verteidigen suchten.

Viertens schließlich erweist sich die Handhabung des Biographischen als wesentlicher Vorzug der Untersuchung, wodurch der sich von leblosen Strukturanalysen deutlich unterscheidende, ansprechende Erzählcharakter der Darstellung verstärkt wird. Im Grunde werden alle bedeutenden Akteure der Chemnitzer Arbeiterbewegung in Kurzbiographien vorgestellt: von den "Wühlern" der 1848er Revolution Oskar Kieselhausen und Carl Fedor Böttcher, der auf den Dresdner Barrikaden im Mai 1849 fiel, und den Arbeiterfunktionären, die die Bewegung in den 1860er Jahren wieder aus der Taufe hoben: Karl Friedrich Weiß, Emil Försterling, Wilhelm Ufert und Karl Lasch, über die Streikführerin von 1883 Ernestina Minna Simon bis zu Johann Most, dessen Bild aus Chemnitzer Sicht wesentlich positiver aufscheint als in der herkömmlichen sozialistischen Literatur, und Gustav Noske, dessen anfängliche Popularität am Vorabend des Ersten Weltkriegs deutlich zurückging.

Der Dokumentenanhang bietet der Forschung zumeist erstmals veröffentlichtes Quellen- sowie statistisches Material. Zu bedauern ist, daß auf ein Personenregister verzichtet wurde. Alles in allem: Der im Geleitwort des Ersten Bevollmächtigten der IG Metall Chemnitz genannten Aufgabe ist dieser Rückblick auf Chemnitzer Arbeitergeschichte ohne

Wenn und Aber gerecht geworden: "Nicht nur Unternehmerpersönlichkeiten der Region, sondern vor allem die Arbeiterschaft, ihre Arbeits- und Lebensbedingungen, Konflikte, Forderungen und Aktivitäten müssen in einer öffentlichen Diskussion gewürdigt werden." (9)

*Walter Schmidt*

**Erhard Kiehnbaum: Peter Imandt – Eine Biographie (1823–1897).** Freund und Kampfgefährte von Karl Marx und Friedrich Engels – Ein vergessener Saarländer. Mit einem Vorwort von Oskar Lafontaine. Hrsg. von der Peter Imandt Gesellschaft. Verein für politische Bildung und Kultur e.V., Saarbrücken, und der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e.V., Karl Dietz Verl., Berlin 2002, 143 S.

Peter Imandt kann mit vollem Recht als ein Freund und Kampfgefährte von Marx und Engels bezeichnet werden. Das bezeugen seine 55 Briefe an diese aus den Jahren 1848 bis 1875, die sich im Marx-Engels-Nachlaß im Internationalen Institut für Sozialgeschichte in Amsterdam befinden. Wie eng Imandts Verhältnis zu Marx war, zeigen auch die wenig bekannten Tatsachen, daß er 1855 wochenlang seine Wohnung der von arger Not betroffenen Familie Marx zur Verfügung stellte und dieser seine Möbel überließ, als er von London nach Dundee übersiedelte. Ein Vergessener ist Imandt hingegen nur noch bedingt zu nennen, da Erhard Kiehnbaum sich bereits seit mehr als zwei Jahrzehnten bemüht, seinen Lebensweg nachzuzeichnen, zunächst in einer preisgekrönten Greifswalder Diplomantenar-

beit, 1980 in einem Aufsatz und dann 1987 in einem biographischen Abriß in den Greifswalder "Beiträgen zur Universitätsgeschichte".<sup>1</sup>

Die vorliegende Schrift hat den doppelten Umfang wie der erwähnte Abriß; sie beruht auf einem umfangreicheren Quellenmaterial, und der Autor, der sich inzwischen durch Erstveröffentlichungen von Marx-Engels-Dokumenten und durch biographische Arbeiten profiliert hat, vermag das Wirken Imandts auch besser historisch einzuordnen.

Weitaus eingehender behandelt sind die Herkunft, Kindheit und frühen Jahre Imandts, vor allem seine Gymnasialzeit in Trier und in Düsseldorf. Die Informationen über das Trierer Gymnasium verdienen auch deshalb Interesse, weil Imandt in diese Lehranstalt nur ein Jahr später eintrat, als sie Marx verlassen hatte.

Die Tätigkeit von Imandt in den Kämpfen von 1848/49 hat Kiehnbaum bereits 1987 relativ ausführlich geschildert - das Wirken als Freischärler in Schleswig-Holstein, die Rolle im Trierer Volksverein, die Emigration nach Paris und den Dienst in der badisch-pfälzischen Revolutionsarmee während der Reichsverfassungskampagne.

Imandts Entwicklung nach der Revolution wird detaillierter dargestellt. Schon zuvor mit sozialistischen und kommunistischen Ideen bekannt und durch die Revolutionserfahrungen Kommunist geworden, gehörte Imandt zu jenen, die in der Schweizer Emigration innerhalb des Willich-Schapperschen "Sonderbundes" wirkten, zu dem alle Schweizer Gemeinden des Bundes der Kommunisten übergingen. Er war zeitweise Leiter der Genfer Gemeinde, der auch Johann Philipp Becker, Moses Heß, Friedrich Kamm,

Victor Schily und Friedrich Adolph Sorge angehörten. Doch zeigte er früh eine kritische Haltung zur Politik August Willichs und brach mit diesem, als er im März 1852 aus der Schweiz ausgewiesen worden und nach London übersiedelt war. Er trat dem Bund der Kommunisten bei und schloß sich Marx an. Imandts Wirken 1850/1851 ist noch nicht völlig ausgeleuchtet. Undeutlich bleibt die Absicht von Imandt und anderen, während des Staatsstreichs von Louis Napoléon im Dezember 1851 den französischen Republikanern durch einen von Genf aus mit Arbeitern unternommenen Freischarenzug zu Hilfe zu kommen, über die Schily später Marx berichtete<sup>2</sup>, gar nicht erwähnt sind die Bemühungen Imandts, nach der Übersiedlung nach London mit früheren Genossen in Genf, so mit Johann Philipp Becker, Kontakt aufzunehmen und sie auf das Erscheinen von Marx' "Enthüllungen über den Kommunistenprozeß zu Köln" vorzubereiten.<sup>3</sup>

Umfassend dargestellt werden im vorliegenden Band die seit 1852 enger werdenden Beziehungen von Imandt zu Marx und Engels, wozu der Verfasser erstmals alle überlieferten Briefe Imandts an beide ausgewertet hat. Sie sind um so wichtiger, als deren Briefe an ihn größtenteils verloren gingen. Es zeigt sich, wie wichtig Imandts Unterstützung für Marx in der Reaktionsperiode der 1850er Jahre und zu Beginn des neuen politischen Aufschwungs Anfang der 1860er Jahre war. Er half auch bei der Vorbereitung der Streitschrift "Herr Vogt".

Besonders hervorzuheben ist die weitere Erhellung von Imandts publizistischer Tätigkeit, die zeitweise einen beachtlichen Umfang annahm. Seine Artikel für schot-

tische und für deutsch-amerikanische Zeitungen konnten allerdings nicht identifiziert werden. Kiehnbäum ermittelte aber erstmals 38 Korrespondenzen Imandts für die "Trier'sche Volks-Zeitung" aus den Jahren 1856–1859. Sie behandelten ein breites Spektrum aktueller Fragen der britischen Innen- und Außenpolitik, ebenso die Rolle Frankreichs und Napoleons III. sowie die russische Außenpolitik. Die Korrespondenzen enthalten bemerkenswerte kritische Analysen der Rolle Englands im Opiumkrieg und während des Sepoy-Aufstandes in Indien, informieren aber auch über die Lage und die Aktivitäten der englischen Arbeiter.

Imandts Leben und Wirken in Dundey, wo er seit 1856 lebte und als angesehener Gymnasiallehrer tätig war, wird von Kiehnbäum nun ebenfalls eingehender dargestellt als in früheren Arbeiten. Er kann dabei weiter erhärten, daß Imandt seinen sozialistischen Überzeugungen stets treu blieb, obwohl er keine Möglichkeiten zu einer aktiveren politischen Betätigung mehr fand. Die Gliederung des letzten Teils der Schrift überzeugt allerdings nicht. Während der Abschnitt "In 'Zeiten der allgemeinen Ratlosigkeit'" nur eine reichliche Seite lang ist, wird anschließend das politische Wirken von Imandt von 1856 bis zu seinem Tode 1897 in einem einzigen, 27 Seiten langen Abschnitt behandelt, der unter der Überschrift steht "Korrespondenzen für die 'Trier'sche Volks-Zeitung'", obwohl Imandt die Mitarbeit für das Blatt 1859 einstellte.

Die Biographie ist lebendig geschrieben und mit zahlreichen Faksimiles und Bildillustrationen ausgestattet. Die PDS-nahe Peter Imandt Gesellschaft in Saarbrücken

hat durch ihre Herausgabe, an der sich auch die Rosa-Luxemburg-Stiftung beteiligte, einen würdigen Auftakt für ihre Publikationstätigkeit gefunden. Das Vorwort, in dem Oskar Lafontaine sowohl das Wirken Imandts für die Arbeiterbewegung als auch die Verdienste Kiehnbäums als Biograph würdigt, kann helfen, ihr einen großen Leserkreis zu verschaffen.

*Rolf Dlubek*

1 Ehrhard Kiehnbäum: Peter Imandt: Freund und Kampfgefährte von Marx und Engels. In: Marx-Engels-Jahrbuch 3. Berlin 1980, S.142-163; derselbe: Peter Imandt (1823-1897). Greifswalder Student und Kampfgefährte von Karl Marx und Friedrich Engels. Beiträge zur Universitätsgeschichte 3. Greifswald 1987.

2 Victor Schily an Karl Marx, [Anfang Juli 1860]. In: Internationales Institut für Sozialgeschichte, Amsterdam, Marx-Engels-Nachlaß, Sign. D 3935.

3 Siehe Rolf Dlubek: "Was kann man denn wollen ohne die Arbeiter ..." Revolutionserfahrungen im Wirken Johann Philipp Beckers 1849–1853. In: Walter Schmidt [Hrsg.]: Demokratie, Liberalismus und Konterrevolution. Studien zur deutschen Revolution von 1848/1849. Berlin 1998. S.523–525.

**Ute Frevert: Die kasernierte Nation. Militärdienst und Zivilgesellschaft in Deutschland.** Verlag C. H. Beck, München 2001, 458 S.

Der Haupttitel des Buches ist in Analogie zu Karl Marx und Friedrich Engels gewählt, die 1870 konstatierten, Deutschland habe, "zunächst seine Einheit in der preußischen Kaserne" gefunden. Sie verwiesen damit auf den Umstand, daß die Übertragung der in Preußen seit 1814 existenten Wehrpflicht auf alle Staaten des deutschen Reiches zivilgesellschaftlichen Grundüberzeugungen und Verhaltensmu-

stern zuwiderlief, bedeutete sie doch einen gravierenden Einschnitt in Persönlichkeitsrechte. Andererseits hatte Engels sich 1865 sehr bestimmt für die allgemeine Wehrpflicht ausgesprochen, weil sie "die notwendige und natürliche Ergänzung des allgemeinen Stimmrechts" sei. Diese sich scheinbar widersprechenden Aussagen verweisen indes auf die der Institution Wehrpflicht inhärente Ambivalenz. Diesem Für und Wider in ihrer ganzen Vielschichtigkeit geht Ute Frevert nach, womit sie historisch relevante Erkenntnisse in die aktuellen Auseinandersetzungen über Beibehaltung oder Abschaffung der Wehrpflicht einbringen möchte. Da sie die nahezu zweihundertjährige Geschichte der Wehrpflicht in Preußen/Deutschland als Gesellschaftsgeschichte untersucht und geschildert hat, war es ihr möglich, jenseits bloßer Pro- und Kontra-Darstellungen mit vielen Legenden über die Wehrpflicht aufzuräumen und den Betrachtungen über diese eine neue Dimension hinzuzufügen, nämlich die "geschlechtsspezifische Sicht".

Untersucht werden die Auswirkungen der Wehrpflicht sowohl auf das Militär selbst wie auch auf die Gesellschaft. Darin besteht einer der wesentlichsten Vorzüge der Arbeit. Die Ursprungsidee der Wehrpflicht war, den Gegensatz zwischen Militär und Zivilgesellschaft aufzuheben, denn der Soldat sollte nie aufhören, Bürger zu sein, und der Bürger nie von der Verteidigung des Vaterlandes sich lossagen. Im Buch wird deshalb der Frage nachgegangen, in welchem Maße sich diese Annäherung vollzog und mit welchen Folgen das unter den Bedingungen der verschiedenen aufeinanderfolgenden gesellschaftlichen Verhältnisse und Herr-

schaftsformen verbunden war. Im Mittelpunkt steht die Entwicklung der Wehrpflicht in den deutschen Staaten des 19. Jahrhunderts, ihre Entwicklung als soziale Institution, als Erfahrungsraum für Millionen junger Männer und "als politische Ikone". Die Geschichte der Wehrpflicht wird auf drei verschiedene Fluchtpunkte hin erörtert, die - wie Frevert einleitend hervorhebt - neben dem Gewaltproblem den roten Faden bilden, an dem sich die chronologisch angeordneten Kapitel orientieren. Es sind dies: Wehrpflicht und politischer Bürgerstatus, Wehrpflicht und gesellschaftliche Nationsbildung und Wehrpflicht und Geschlechterverhältnis.

Das 1814 in Preußen erlassene Kriegsdienstgesetz erhielt seine gesellschaftliche Wirkung im Kontext mit der patriotischen Welle gegen die napoleonische Fremdherrschaft, und es sollte die "Vaterlandsverteidigung" befördern. Dennoch mußte die neue Wehrverfassung gegen Widerstände und Manipulationen unterschiedlicher Art durchgesetzt werden. Während Kriegsdienstgesetz und Ausführungsbestimmungen einerseits jeden Schein von Ungleichheit und Ungleichbehandlung zu vermeiden suchten, enthielten sie andererseits Regelungen, die dem Gleichheitsgrundsatz eklatant widersprachen, wie beispielsweise die ausführlichen Schilderungen zum Institut der Einjährig-Freiwilligen oder auch zum Status der Reserveoffiziere verdeutlichen. Im Zusammenhang mit Ideen der Volksbewaffnung in den deutschen Mittelstaaten und in der Frankfurter Nationalversammlung sowie mit Blick auf die Bürgerwehren von 1848/1849 wird Alternativen zur Wehrpflicht nachgegangen. Das gilt auch für die frühe sozialdemokrati-

sche Bewegung, die für eine allgemeine Volksbewaffnung (Wilhelm Liebknecht) bzw. für die "Errichtung der Volkswehr an Stelle der stehenden Heere" (Eisenacher Programm 1869) eintrat. Doch die Kriege der 1860er Jahre markierten einen wichtigen innen- und militärpolitischen Einschnitt und förderten auf längere Sicht die Abkehr von Alternativentwürfen. Im Kaiserreich klafften schließlich Wehrpflicht und demokratische Ideen und Bewegungen immer mehr auseinander. Wie Frevert zeigt, standen die üppig ins Kraut schießenden Kriegervereine, Reserveoffiziersvereinigungen, Vaterländischen Frauenvereine und dergleichen zwar irgendwie mit der Wehrpflicht im Zusammenhang, doch mit dieser als "demokratischer Institution" hatten sie nichts zu tun. Sie wirkten nicht in Richtung einer "Demokratisierung" der Armee, sondern der Militarisierung der Gesellschaft. Auch auf die Binnenstruktur der Armee hatte das keinen zivilisatorischen Einfluß. Und natürlich bedienten sich die herrschenden imperialistisch-militaristischen und faschistischen Kräfte der Wehrpflicht, um in beiden Weltkriegen Massenarmeen für die Erreichung ihrer Ziele einsetzen zu können. Die 1935 erfolgte Wiedereinführung der Wehrpflicht war unabdingbar geworden, wollten Hitler und sein nazistisches Regime ihre gigantischen Expansionspläne verwirklichen. Auch im Kalkül der Militärs war die Wehrpflicht Teil des Programms der Aufrüstung und Kriegsvorbereitung. Vor dem Hintergrund der geschichtlichen Entwicklung und der geschilderten Zusammenhänge und Tatsachen gelangt die Autorin völlig zu recht zu dem Schluß: "Der vielzitierte Satz von Theodor Heuss, die Wehrpflicht

sei 'das legitime Kind der Demokratie', trifft auf Deutschland nicht zu. Im Gegenteil hat die Wehrpflicht hier bis weit ins 20. Jahrhundert hinein demokratisches Handeln eher behindert als gefördert."

Leider wird auf die Wehrpflicht in der DDR und in der Bundesrepublik nur kurzrassisch eingegangen. Man vermißt eine genaue Analyse der Wehrgesetzgebung in beiden deutschen Staaten. Was die Bundeswehr betrifft, wird das Leitbild vom Staatsbürger in Uniform hinsichtlich seiner historischen Verwurzelung abgeklopft, und es werden die Vorstellungen und Intentionen Baudissins referiert, die am ehesten den ursprünglichen Ideen von Scharnhorst, Boyen und anderen nahe kommen. Zu kurz kommen aber gegenläufige Auffassungen und Tendenzen. Die Binnenstruktur der Bundeswehr mit Innerer Führung wird kaum behandelt. Was die DDR betrifft, sind die entsprechenden Passagen des Buches nicht frei von Klischees, und auch direkt Falsches wird übernommen. So wird behauptet, die "Berufs- und Reserveoffiziere" der Wehrmacht seien "intensiv in den Aufbau der nationalen Streitkräfte" einbezogen worden. So richtig einerseits der Hinweis auf die Einbeziehung ehemaliger Wehrmachtsoffiziere beim Aufbau der NVA auch ist, wird mit der pauschalen Formulierung suggeriert, es handle sich um einen dem Aufbau der Bundeswehr vergleichbaren Vorgang, was unzutreffend ist. Zum einen fiel ihre Zahl in der NVA bei weitem nicht so ins Gewicht, und zum anderen erlangten sie zu keiner Zeit Einfluß auf Charakter, Aufbau, Struktur und inneres Gefüge der NVA. Ein anderes Beispiel betrifft die Einführung des

“Wehrunterrichts” in den 9. und 10. Klassen der allgemeinbildenden polytechnischen Oberschulen der DDR, von der Autorin als “Wehrkundeerlaß” bezeichnet. Durchaus zutreffend ist, wenn im Zusammenhang mit der vormilitärischen Ausbildung und Jugendziehung eine “flächendeckende Militarisierung” in der DDR festgestellt wird. Hervorhebenswert auch das Eingeständnis, daß es zu einer “prinzipiellen Entfremdung zwischen NVA und Gesellschaft” in der DDR nicht gekommen sei. Allein schon die offizielle Propaganda und Erziehung habe einer Entfremdung entgegengewirkt. So gesehen wirkte die Wehrpflicht in der DDR als Bindeglied zwischen Volk und Armee.

Ungeachtet kritischer Anmerkungen zum letzten Kapitel des Buches hat die Autorin eine insgesamt überaus gründliche, flüssig geschriebene und lesenswerte Studie vorgelegt, die die aktuelle Diskussion über die Wehrpflicht befruchten könnte, weshalb ihr eine weite Verbreitung zu wünschen ist.

*Paul Heider*

**Robert Lederer: Freiheit und Sozialismus.** LIT Verlag, Münster, Hamburg, London 2000, 418 S.

In der vorliegenden Studie stellt sich der Verfasser die Aufgabe, den Kern dessen zu hinterfragen, “was die Freiheit des Individuums ausmacht, und wofür der Begriff Sozialismus/Kommunismus stand. Ist also die Idee einer Verbindung von Freiheit und Sozialismus, eines freiheitlichen Sozialismus, durch den Kollaps des bürokratischen Sozialismus beschädigt oder obsolet geworden? Gab resp. gibt es eine Basis für ein Konzept zur Verwirkli-

chung eines freiheitlichen Sozialismus, und wie läßt sich eine Verfassung der Freiheit begründen?

Mit dieser Fragestellung greift der Autor das Problem einer möglichen Alternative zur derzeitigen kapitalistischen Gesellschaftsordnung auf. Ein Problem, das nach dem Zusammenbruch des “Realsozialismus” in Europa nicht nur wissenschaftliches Interesse hervorruft, sondern auch in der praktischen Politik immer wieder diskutiert wird. Doch hieße es den Verf. zu überfordern, wenn man von ihm außer einer klaren Antwort auf die aufgeworfenen Fragen auch noch einen gangbaren Lösungsweg aus der gegenwärtigen gesellschaftlichen Misere erwarten würde. Indem er sich bemüht, Vorstellungen von Freiheit, Gleichheit und Sozialismus in ihrem Zusammenhang und ihrer historischen Entwicklung zu zeigen sowie verschiedene aktuelle Lehr- und Diskussionsmeinungen zum Thema auf ihre Nützlichkeit zur Lösung gegenwärtiger und künftiger gesellschaftlicher Probleme abzuklopfen, kann die Arbeit zu weiteren Überlegungen anregen und die Diskussion bereichern.

Auf einer umfangreichen Literaturbasis fußend, behandelt der Verf. Themen wie “Die Freiheit des Menschen: nach dem Untergang des Staatssozialismus”, “Die Idee des Sozialismus, Sozialismus und Kommunismus in der Geschichte und die Freiheit”, “Überlegungen zum Begriff Freiheit” und “Gesellschaftliche Bedingungen der Freiheit”. Schließlich faßt er die Ergebnisse seiner Untersuchung und seiner Überlegungen in Thesenform zusammen.

Versuchen wir, dem roten Faden der Überlegungen des Verf. in geraffter Form

zu folgen, ohne auf seine Auseinandersetzungen mit anderen Autoren oder seine Argumente im einzelnen einzugehen.

Der Autor umreißt als Grundidee der sozialistischen Bewegung, die aus einer Kritik der kapitalistischen Gesellschaft heraus formuliert wurde, die Schaffung einer "Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung", in der die von "der bürgerlichen Gesellschaft nicht zu verwirklichenden Werte Freiheit, Gleichheit und Solidarität" realisiert werden. Selbstverständlich ist für den Verf., daß "auch das untergegangene Modell des Staatssozialismus" der "sozialistischen Kritik" unterzogen wird. Doch sei "eine Gleichsetzung von Marxscher Kritik ökonomischer und politischer Herrschaft, seiner Theorie der Befreiung mit dem konzentrierten bürokratischen Machtsystem der ehemals kommunistischen Welt ... sachlich nicht möglich". In der Oktoberrevolution 1917 sieht er "nicht den Anfang einer Befreiung der Menschheit, ... sondern einen Befreiungsversuch aus einer Welt des Kolonialismus und Imperialismus". Die Produktivkraftentwicklung sei im Realsozialismus "wesentlich behindert" worden, da dieser weder in der Politik, noch in der Ökonomie, noch in der Ideologie Spielräume für die Freiheit zu realisieren vermochte. Da das kapitalistische Weltssystem die "Strukturprobleme Massenarbeitslosigkeit, soziale Ungleichheit sowie die ökologische Krise nicht lösen kann", stehe "nach wie vor die Frage nach einer alternativen Ordnung, in der die Menschen wirklich frei wären, d.h. in allen Lebensbereichen mitentscheiden und den Weg der Gesellschaft bestimmen könnten". Entgegen verschiedenen liberalen Auffassungen von der Selbstregulierung

des Marktes hält der Autor auch nach der Niederlage des Realsozialismus und seiner zentralen Planwirtschaft das "Verhältnis von Markt und Plan" für nicht unterschieden. "Im Gegenteil erfordert der entfesselte Kapitalismus zur Lösung der Systemprobleme Arbeitslosigkeit, Hunger, soziale Ungleichheit und ökologische Krise Planungskompetenzen der demokratisch ermächtigten Gesellschaft."

Ziel des demokratischen Sozialismus sei es gewesen, betont der Verf., "die verselbständigte Ökonomie einer demokratischen Kontrolle zu unterwerfen, um so Freiheit und Gleichheit für alle zu realisieren". Indem die Sozialdemokratie nach dem 2. Weltkrieg auf die Kontrolle der Ökonomie verzichtet und die "Prämissen neoliberaler Politik" anerkannt habe, hatte sie keine Konzeption mehr, wie im Zeitalter des Wettbewerbsstaates Freiheit und Gleichheit gegen die als unverrückbar anerkannten ökonomischen Realitäten durchgesetzt werden könnten". Doch benötigten "Menschenrechte wie Freiheit materielle Bedingungen", "um allgemein zu werden". Die sozialistische Bewegung sei seit ihrer Entstehung eine Bewegung "gegen die als kapitalistisch verstandene Freiheit des Kapitals, sich auszudehnen und die Gesellschaft zu bestimmen", gewesen. Ihr sei der Zusammenhang von Produktion, gesellschaftlichem Reichtum, Armut, Ungleichheit immer bewußt gewesen. Deshalb bedeutet in ihren Augen Freiheit als Ziel "die Gleichheit der genossenschaftlichen gesellschaftlichen Produktion".

Bestimmend für die kapitalistische Ökonomie sei "die dominierende Gruppe der Besitzer von Produktionsmitteln, die über die abhängige Arbeit verfügen,

d.h. der größte Teil der Bevölkerung ist abhängig beschäftigt und somit unfrei". So drücke die "Dominanz der Kapitalverwertung ... eine Herrschaftsbeziehung aus, die sich auch gegenüber dem Staat durchsetzt, der vom Fortgang der profitablen Kapitalverwertung abhängig ist. Verfassungsrechtliche Normen ... sind demgegenüber nachrangig. Die Sachzwänge des ökonomischen Systems sind ethischen Überlegungen gegenüber gleichgültig." Es bewahrheitete sich also auch heute, daß "wegen der privaten Aneignung des gesellschaftlich Produzierten ... gesellschaftlicher Reichtum nicht in realen gesellschaftlichen Wohlstand umgesetzt werden" könne, "verläuft die Verteilung im nationalen und im Weltmaßstab immer ungleicher". Dabei werde die "Unfreiheit der Lohnabhängigen... bei Betriebsschließungen, die Ausdruck der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel sind" und meist Arbeitslosigkeit im Gefolge haben, besonders deutlich. "Die Lebensplanungen der abhängig Beschäftigten hängen von den Entscheidungen der Kapitaleigner ab." Doch das "historische Beispiel der staatssozialistischen Länder und der kapitalistischen Kriegswirtschaft zeigt, daß eine 'Politik der Vollbeschäftigung aller Ressourcen' nicht außerhalb des Möglichkeitshorizonts gegenwärtiger Gesellschaften" liege.

Seit nach dem Zusammenbruch des realsozialistischen Lagers "sich kein konkurrierendes System mehr dem Herrschaftsbereich des ‚entfesselten‘ Kapitalismus" entgegenstelle, habe "die Nutzung der Weltarbeitskraft ihre globale Potenz entfalten" können. Als Resultat dieser Entwicklung hätten die meisten Staaten außer den USA die Souveränität über die

Geldpolitik verloren; sie nahmen die "Steuerflucht der transnationalen Konzerne hin". Dies hatte für die abhängig Beschäftigten schlimme Folgen. "War der Nationalstaat der einzige Ort, wo durch gestalteten sozialen Wandel, durch die Macht sozialer Bewegungen und ihrer Parteien Freiheitschancen in sozialstaatlicher Form als soziale Bürgerrechte allgemein institutionalisiert wurden, so wurde nun nach 1989 der Ansatz freier und gleicher Lebensverhältnisse, den der Sozialstaat – wie widersprüchlich und unvollkommen auch immer – versprach, durch die ökonomischen Realitäten zerschmettert. ... Die neue Struktur der Beschäftigung, die Segmentierung des Arbeitsmarktes in Normalarbeitsverhältnisse, die verschiedenen Formen flexibler und ungeschützter Arbeit haben nicht mehr Freiheit, sondern mehr Abhängigkeit, in der Dritten Welt mehr Knechtschaft gebracht. ... Der flexible Mensch des neuen Kapitalismus hat keine gesicherte Lebensplanung."

Der Verf. weist darauf hin, daß diese Situation "eine Politik der Freiheit" erfordere, "die gesellschaftlich produzierte Wertschöpfung der transnationalen Konzerne" in das Interesse aller Gesellschaftsmitglieder für eine gedeihliche gesellschaftliche Entwicklung" einzuordnen. Doch scheine "dieser wohlfahrtsökonomische Gedankengang ... in der von der Ideologie der entfesselten Marktkräfte beherrschten Ära" abwegig. Die Wirklichkeit zeige sich gegenwärtig so: "Noch bevor sie sich um das Vertrauen des Citoyen kümmern, kämpfen die politischen Klassen um das Vertrauen der Märkte. Erkennen sie die Grundregeln des Wettbewerbsstaates an, schrumpft der politische Plu-

ralismus zur Einförmigkeit, ähnelt das politische Angebot in den westlichen Industriestaaten einer pluralisierten Einheitspartei.“

In der sozialliberalen Staatsrechtslehre der Nachkriegszeit wurde der Sozialstaat weitgehend als Vorbedingung individueller Freiheit angesehen. „Seit den 80er Jahren jedoch wird in den Industrieländern eine Politik der sozialen Spaltung betrieben, die wachsende Massenarbeitslosigkeit, ausgeschlossene Unterklassen und wachsende Kriminalität zeitigte. Trotzdem wird an der Deregulierungspolitik gegen die Sicherheit, d.h. die relativen Freiheitspielräume der abhängig Beschäftigten, festgehalten. Wenn aber die kapitalistischen Demokratien nicht die relative Freiheit der gesicherten abhängigen Beschäftigung garantieren können und wollen“, stelle sich die Frage, „ob die große Mehrheit der Individuen der Herrschaft der ökonomisch Mächtigen unterworfen bleiben soll, oder ob die gesellschaftliche Produktion und deren Planung in eine demokratische Kontrolle überführt wird“.

Als Fazit seiner Untersuchungen und Überlegungen formuliert der Verf.: „Die Realisierung der Prinzipien von Freiheit und Gleichheit verlangt eine egalitäre Produktionsform, die die Herrschaft der selbstständigen Ökonomie über die Menschen bricht. Erst wenn der gesellschaftlich produzierte Reichtum nicht mehr privat, sondern gesellschaftlich angeeignet würde, wäre der Weg frei für eine Verallgemeinerung der Freiheit. Das ist der Sinn der Verbindung von Freiheit und Sozialismus.“

Mit den hier nur im Extrakt wiedergegebenen Überlegungen des Verf. wird dieser vermutlich auf Zustimmung vieler

Sozialdemokraten und Sozialisten stoßen, da die Darstellung nicht bemüht ist, traditionelle Sozialismusvorstellungen ad absurdum zu führen, sondern unter Heranziehung und in Auseinandersetzung mit modernen Autoren aufzuspüren, was in der heutigen veränderten Welt Sozialismus beinhalten sollte. Er betont dabei, daß es ohne Demokratie, Freiheit und Solidarität keinen Sozialismus geben könne, und zeigt, daß Sozialismus eine Alternative zum heutigen globalen Kapitalismus darstellt. Wie dieser Sozialismus friedlich und auf demokratischem Wege erreicht werden kann, läßt auch er offen.

*Jürgen Stroech*

**Manfred Scharrer: „Freiheit ist immer...“ Die Legende von Karl und Rosa.** TRANSIT Buchverlag, Berlin 2002, 186 S.

Das Ende des staatlich institutionalisierten Sozialismus in Osteuropa zwingt zur kritischen Bestandsaufnahme all dessen, was von den Vordenkern des Kommunismus seit Marx und Engels gedacht und getan wurde, um den Sozialismus Realität werden zu lassen. Wenn die Stimme der marxistischen Linken künftig wieder Gewicht und politischen Einfluß erhalten soll, muß sie schonungslose Kritik an sich selbst üben, ebenso schonungslos wie dies Rosa Luxemburg nach dem Zusammenbruch der II. Internationale am 4. August 1914 für die Sozialdemokratie gefordert hatte.

Wer als Insider Manfred Scharrers „Büchlein“ zur Hand, den Titel zur Kenntnis nimmt und das Cover betrachtet, ist zunächst distanziert. Hier ist Au-

tor und Verlag ein Irrtum unterlaufen: Der Dame neben Karl Liebknecht ist zwar einige Ähnlichkeit mit Rosa Luxemburg nicht abzusprechen, sie ist es aber nicht. Böse Zungen behaupten sogar, der Verlag habe, nicht zuletzt weil dem "Spiegel" zuvor der gleiche Fauxpas unterlaufen war, um die Fälschung gewußt, sie aber - mangels anderer Fotos - billigend in Kauf genommen.

Karl Liebknecht war nie so umstritten wie Rosa Luxemburg. Er war der Mann der unermüdlichen Antimilitarismus-Propaganda, der Jugendbewegung, der Ankläger des Rüstungskapitals, der mutige Verneiner des Krieges am 2. Dezember 1914 im Reichstag und am 1. Mai 1916 auf dem Potsdamer Platz, der Mitbegründer der KPD, das symbolische Opfer der Konterrevolution. Das Bild von Rosa Luxemburg hingegen ist viel differenzierter und widersprüchlicher. Sie war sowohl die schärfste Kritikerin des Revisionismus/Reformismus, des politischen Opportunismus und parlamentarischen Kretinismus als auch der Allmacht des engsten Führungszirkels der Partei und der terroristischen Methoden der bolschewistischen Revolution, zugleich die leidenschaftlichste Befürworterin revolutionärer Massenaktionen und der in den europäischen Revolutionen 1917/1918 spontan entstandenen Räte. Sie vereinigte in sich eine Vielzahl von Eigenschaften, mit denen sie sich nicht nur Freunde machte.

Erst nach Rosa Luxemburgs Märtyrertod erkannten ihre politischen Freunde und geistigen Erben die Bedeutung ihrer Person und rezipierten ihre Biographen das, was sie in der jeweiligen politischen Situation für relevant hielten, manches nicht ohne ideologische Befangenheit. So

entstanden die verschiedenen Rosa Luxemburg-Bilder.

Manfred Scharrer beschreibt diese - allerdings mehr als schlicht und nicht ohne ihnen ein weiteres hinzuzufügen. Auf nur 186 Seiten, gegliedert in fünf Kapitel ("Frieden", "Krieg", "Revolution", "Aufstand", "Danach") mit ebenso prosaischen Unterabschnitten, analysiert er zuvor das anfangs parallele und später gemeinsame Handeln und Denken dieser beiden Akteure in den wichtigsten politischen Auseinandersetzungen ihrer Zeit. Den Hauptteil des Buches bildet die Entwicklung der beiden Revolutionäre in der Kriegs- und Revolutionszeit 1914 bis 1918/1919.

Wenngleich der Autor seine Absicht nicht ausspricht, reiht er sich in die Richtung jener Theoretiker ein, die seit 1989/1990 versuchen, den genetischen Code für das Scheitern der kommunistischen Bewegung zu knacken. Manfred Scharrer hat sich dafür die beiden prominentesten Vertreter der deutschen Linken ausgesucht. Er korrigiert mit *seiner* Legende die bisherige Sicht auf die antiautoritäre und demokratische Seite Rosa Luxemburgs, und auch Karl Liebknecht wird demonstriert - indem seine autoritäre Eitelkeit "aufgedeckt" wird.

Was der Autor von Liebknecht und mehr noch von Rosa Luxemburg zitiert, ist allerdings hinlänglich bekannt.

Rosa Luxemburg bejahte die Diktatur des Proletariats, sah in der demokratischen Republik lediglich die Zwischenstation auf dem Weg dorthin, verstand Reformen nur als Teilschritte auf dem Weg zur Revolution und vertrat ihre Ansichten mit Unerbittlichkeit bis zum Bruch persönlicher Beziehungen.

All das konnte man schon in der Edition ihres Werkes nachlesen, die nahezu vollständig noch vor dem Fall der Mauer östlich der Elbe vorgelegt wurde. Diese Edition ermöglichte es jedem Erdenbürger egal welcher Überzeugung, sich ein Urteil zu bilden und dabei festzustellen, daß Rosa Luxemburg keine Patin der bürokratischen Funktionärshierarchie der kommunistisch regierten Staaten war. Darin besteht bis heute das große Verdienst dieser international anerkannten Werk- und Briefausgabe. Daran ändert nichts der von Scharrer bemängelte Umstand, daß der berühmte Satz von der Freiheit des Andersdenkenden lediglich in einer Randnotiz auftaucht. Das leuchtet jedem sofort ein, der Rosa Luxemburgs Manuskript wirklich gesehen hat. Im übrigen darf bezweifelt werden, ob es in absehbarer Zeit eine andere, gar bessere Ausgabe geben wird. Jüngere Ergebnisse der Luxemburgforschung, auch selbstkritische Stellungnahmen zum Umgang mit dem Thema, bleiben von ihm völlig unbeachtet.

Die zentrale Botschaft Manfred Scharers lautet: Beide (Rosa & Karl) machten ihren Standpunkt, nicht ohne persönliche Eitelkeit, zum Maßstab für ihre überhebliche und die eigenen Genossen verletzende Bewertung der Politik. Moralische Denunziation als Verräter und Feigling habe diejenigen getroffen, die nicht ihre Meinung teilten. Mit ihrer Kompromißlosigkeit ("Kampf bis aufs Messer" - Karl Liebknecht) und ihrer alternativlosen Gesellschaftskonzeption ("Entweder - oder" - Rosa Luxemburg) hätten beide auf die Gewinnung von Mehrheiten und auf praktikable politische Teilerfolge verzichtet und damit ihre Politikunfähigkeit be-

wiesen. Eine solche Haltung habe zwangsläufig zu putschistischer, terroristischer und diktatorischer Politik geführt. Liebknecht und Luxemburg stünden damit in der Tradition des Jakobiners Robespierre und des Bolschewisten Lenin, deren terroristische Mittel ihren Zielen jeden Sinn nahmen. Letztlich seien Liebknecht und Luxemburg mit ihren Illusionen hinsichtlich des Massenwillens, den sie aus der von ihnen gedachten geschichtlichen Gesetzmäßigkeit und nicht aus dem tatsächlichen subjektiven Wollen der Massen ableiteten, weit ab von jeder politischen Realität gewesen.

Unter Freiheit verstanden sie, wie der Autor suggeriert, allein ihr eigenes Andersdenken. Deshalb mußten sie als kleine intellektuelle egozentrische Minderheit scheitern. Die Revolution 1918/1919 habe beide endgültig ad absurdum geführt, weil es nicht die Mehrheit des klassenbewußten Proletariats gab, deren Diktatur über eine kleine Minderheit demokratisch und somit auch mit einer gewählten Nationalversammlung realisierbar gewesen wäre. Die Räterediktatur, für die sich Liebknecht und Luxemburg vehement engagierten und für die sie auch den blutigen Januar-Aufstand in Kauf nahmen, sei Ausdruck des Dilemmas der radikalen Minderheit gewesen, eine Erziehungsdiktatur mit ihrem notwendigen Ausgrenzungskonzept ins Werk setzen zu müssen. Damit hätten sie den von der Französischen Revolution gesetzten Standard unterschritten, den die Sozialdemokratie in ihrem Erfurter Programm mit sozialer Freiheit und Gleichheit ergänzen wollte. Mit dem Untergang der SED-Diktatur sei Liebknechts und Luxemburgs Weg in die antidemokratische Sackgasse geendet. Hi-

storischen Bestand habe deshalb nicht Rosa Luxemburgs Revolutionskonzept vom November 1918, sondern ihre von ihr selbst verratene Freiheitsdefinition.

Diese Sichtweise befindet sich auf dem Niveau des heutigen Zeitgeistes.

An einer einzigen Stelle kann Scharrer allerdings zugestimmt werden: in der Aussage, daß Liebknecht und Luxemburg keinen unmittelbaren Einfluß auf den Revolutionsverlauf hatten. Es stimmt, daß diese Revolution von Mehrheitssozialdemokraten, Unabhängigen Sozialdemokraten und Spartakusanhängern gemacht wurde und die Mehrheit der Revolutionäre das sozialistische Konzept Liebknechts und Luxemburgs ablehnte bzw. nicht verstand.

Doch genau hier ist der Punkt, wo sich Scharrer in den Tatsachen und in seiner Logik verheddert. Warum nur, so fragt man sich als Leser, wurden die beiden zu Symbolfiguren der Revolution und als solche gehetzt und gemeuchelt? Die Gefahr einer bolschewistischen Revolution hatte doch zu keinem Zeitpunkt bestanden!

Die Antwort auf diese Frage ist einfach. Die Alternative 1918/1919 lautete nicht Räterediktatur oder Nationalversammlung. *Das* ist die eigentliche Legende, die mit - wenngleich entgegengesetzten Intentionen - schon von der SED und - in Scharrers Sinne - von der staatlich finanzierten Geschichtsschreibung bis heute sorgsam gepflegt wird. In Wirklichkeit lautete die Alternative Revolution oder Konterrevolution. Niemand analysierte dies so scharf wie Liebknecht und Luxemburg und demaskierte die "Unaufrichtigkeit der MSPD, die Zerfahrenheit der USPD, die Konzeptionslosigkeit der revolutionären Obleute so hellsehtig und rückhaltlos

öffentlich" (Sebastian Haffner). Allein dadurch zogen Liebknecht und Luxemburg die Furcht und den tödlichen Hass der Durchschauten und Bloßgestellten auf sich und standen sie bereits Wochen vor der Bluttat auf der Todesliste.

Die Verwirklichung des Konzepts von Liebknecht und Luxemburg hätte möglicherweise, trotz und wegen ihrer Fehleinschätzungen der konkreten Situation und selbstverständlich im Widerspruch zu ihrem subjektiven Willen (wie ähnlich radikale Vorstellungen in anderen bürgerlichen Revolutionen auch), zum demokratischen Optimum der Revolution (konsequente Demokratie und weitgehende Kontrolle des Beamten- und Militärapparates durch die sozialdemokratische Regierung) geführt - und nicht zur Restauration der Macht der alten Herrschaftseliten. Das sozialistische Ziel hätten beide allerdings solange hinten an stellen müssen, bis sie dafür eine Mehrheit gefunden hätten. Dies war letztlich der historische Sinn der KPD-Gründung.

"Rosa & Karl" waren Aufklärer, sie waren keine Revolutionäre wie Lenin und Trotzki. Manfred Scharrer macht jedoch aus beiden Volksverhetzer, die letztlich die Schuld an ihrem Schicksal selbst trugen. Während er aus dem Psychogramm und der Logik der beiden ihr Scheitern ableitet, bewertet er ihre Gegenspieler, deren Charaktere und Antriebe in keiner Weise.

Doch das ist letztlich nebensächlich. Scharrer ist mit seiner - nicht nur wenig originellen, sondern auch hämischen - Philippika angetreten, den eigentlichen Knackpunkt der erzählten Geschichte vergessen zu machen: Die Revolution wurde von disziplinierten, kreativen und sozialdemokratisch geschulten Proletari-

ern getragen, die nicht mehr wollten als eine konsequente Demokratie. Sie – und viel weniger Liebknecht und Luxemburg – waren die Betrogenen dieser Revolution. Im Bündnis, das die Regierungssozialdemokraten mit dem konterrevolutionären kaiserlichen Militärapparat zur Liquidierung dieser Revolution eingingen, besteht das historische Versagen der Verantwortlichen. *Hierin* – und nicht im Handeln von Liebknecht und Luxemburg – liegt das genetische Erbgut für die Katastrophe des 20. Jahrhunderts.

Statt dessen ist Scharrer bemüht, Liebknecht und Luxemburg zu Ahnen des stalinistischen Terrors zu machen, und bedient so jene, die froh sind, endlich eine Rechtfertigung für das historische Versagen der Regierungssozialdemokraten gefunden zu haben.

Dies ist kein tragfähiger Ansatz für den Umgang mit dem 20. Jahrhundert; hier prostituiert sich Clio lediglich wieder einmal als Hure der Politik. Wer heute das von Ebert/Scheidemann/Noske herbeigeführte Ergebnis der deutschen Revolution von 1918/1919 als *das* deutsche Demokratiemodell versteht – und das ist Scharrers weitere Botschaft –, der bleibt unterhalb der Schwelle der französischen Revolution, vom Erfurter Programm ganz zu schweigen. *Hartmut Henicke*

**Wolfgang G. Schwanitz: Gold, Bankiers und Diplomaten. Zur Geschichte der Deutschen Orientbank 1906-1946** (Amerika-Nahost-Europa: Regionalhistorische Komparatistik. Politik, Wirtschaft, Militär und Kultur, hg. von Wolfgang G. Schwanitz, Bd. 1), trafo verlag, Berlin 2001

Der Nahe und Mittlere Osten ist wieder einmal zum gefährlichsten Konfrontationsherd der Weltpolitik geworden. Da inzwischen auch Bundeswehreinheiten in Kuwait, Afghanistan und am Horn von Afrika unter dem Oberkommando des Pentagon operieren, ist Deutschland unmittelbar beteiligt. Die Lage scheint unübersichtlich, bedrohlich und verworren. Was steckt hinter den Propagandaphrasen, mit denen eine neue Runde kolonialistischer Stützpunktbildungen und Unterwerfungsszenarien verschleiert wird? Wie lange wird der kollektive Zugriff zur Sicherung alter und neuer Rohstoffquellen funktionieren, bei dem inzwischen alle Großmächte die Karten des amerikanischen Spielmachers bedienen, und wann werden die alten Rivalitäten wieder aufbrechen? Warum wandelten sich dabei die wichtigsten arabischen Kollaborationspartner der achtziger Jahre zum Hauptfeind? Was verbindet den islamischen Fundamentalismus mit dem arabischen Nationalismus des vergangenen Jahrhunderts: Hat er die untergegangene pan-arabische Bewegung mit ihrem Anspruch auf eine eigenständige Entwicklung bruchlos ersetzt, oder stellt er nur seine bis zur Unkenntlichkeit entstellte politisch-religiöse Variante dar? Und verliert Israel aufgrund der im palästinensischen Besatzungsgebiet gerade scheiternden *low intensity warfare* Scharon's seine bisherige Vorpostenrolle, obwohl es als einzige Regionalmacht den Nahen und Mittleren Osten mit seinen hoch entwickelten Massenvernichtungswaffen jederzeit in Schutt und Asche legen könnte?

Alle diese Fragen sind dringlich, weil die sich überstürzenden Ereignisse auf eine Katastrophe zusteuern und zum Ein-

greifen herausfordern. Position vermögen wir jedoch nur zu beziehen, wenn wir über hinlänglich abgesicherte Analysen verfügen. Das Beste wäre die Gründung einer Studiengruppe, die sich im Eiltempo durch die Geheimregistaturen der wichtigsten Entscheidungszentren durcharbeitet und uns dann eine dokumentengesättigte Berichtsserie zur Verfügung stellt. Dies ist eine aberwitzige Vorstellung angesichts des Ausmaßes unserer Ohnmacht. Ohne kritische Analyse gibt es aber keine Chance zum Aufbau einer Gegenöffentlichkeit und somit auch keine politische Alternative. Solange wir über beides nicht verfügen, stochern wir orientierungslos in einer Nebelwand herum und sind zur Passivität verurteilt.

Trotzdem sind uns die Hände nicht völlig gebunden. Es existieren einige Umwege, die zweifellos mühsam, zeitraubend und beschwerlich sind. Gleichwohl sollten wir uns auf sie einlassen, denn sie machen es möglich, die undurchsichtige Gegenwart des nah- und mittelöstlichen Konfliktszenarios zumindest ansatzweise zu durchschauen. Diese Umwege führen über die Geschichte. Die zerklüftete Gegenwart gewinnt überschaubare Konturen durch ihre Konfrontation mit der Vergangenheit. Sie wird zur Vor-Geschichte, die im Fall Naher und Mittlerer Osten bis weit über den zweiten Weltkrieg zurückreicht. Ihre Kenntnis macht es uns möglich, hinter den Fassaden des gegenwärtigen Propagandaspieles die wesentlichen sozialen, wirtschaftlichen, machtpolitischen und kulturellen Konfrontationslinien der Nah- und Mittelostkrise aufzuspüren.

Dazu gibt es jetzt einen wichtigen neuen Baustein, der die klassischen Studien

aus den sechziger bis achtziger Jahren (Lukasz Hirszowicz, Donald McKale, Helmut Mejcher, Bernd Philipp Schröder und Heinz Tillmann) über die Zielsetzungen und Folgen der Nahost-Aggression des deutschen Faschismus um wesentliche neue Einsichten bereichert und in den Kontext der damaligen Weltpolitik einordnet. Wolfgang G. Schwanitz, der von 1977 bis 1982 an der Karl Marx-Universität Leipzig Arabistik studierte und von 1986 bis 1990 die Forschungsgruppe *Geschichte des Nahen und Mittleren Ostens* der Akademie der Wissenschaften der DDR leitete, hat ihn Ende des vergangenen Jahrs vorgelegt. Da er seit einigen Jahren in Princeton in den USA forscht, konnte er seine umfassende Kenntnis der deutschen Archivquellen durch das Studium der in den *National Archives* in Maryland inzwischen zugänglich gewordenen Überlieferungen der US-Diplomatie und -Geheimdienste ergänzen und zu einem Arbeits- und Dokumentenbuch zusammentragen. Dadurch präsentiert er uns einen vertieften Einblick in die Mächtekonstellation der dreißiger und vierziger Jahre, wobei die besonders aggressive Variante der deutschen Nahostpolitik weiterhin den zentralen Bezugspunkt bildet. Das hier anzuzeigende Werk ist der Auftakt zu einer von Schwanitz betreuten neuen Serie über den regionalgeschichtlichen Vergleich der so konfliktreich miteinander verflochtenen Kontinentalgruppen Amerika, Nahost und Europa. In den kommenden Bänden sollen die Nahost-Aktivitäten der beiden deutschen Staaten und der USA bis zum Ende der 1980er Jahre weiter verfolgt werden.

Den Kern des Buchs bildet die Ge-

schichte der 1906 gegründeten Deutschen Orientbank, der Nahost-Niederlassung der Dresdner Bank, die ihre Geschäftsaktivitäten zu Beginn des zweiten Weltkriegs im wesentlichen auf die Filiale Istanbul verlagerte (159ff., 220ff.). Sie stellte zusammen mit der Istanbuler Niederlassung der Deutschen Bank ein hochaktives Kommunikations- und Finanzzentrum dar, das auf vielfältige Weise in die deutsche Subversionspolitik im Nahen und Mittleren Osten integriert war.

Wegen seiner Brückenfunktionen zum Nahen und Mittleren Osten, in die Schwarzmeer-Region und den Kaukasus sowie zum Balkan avancierte Istanbul zur Spionagehauptstadt des zweiten Weltkriegs. Da die Türkei eine wechselhafte Schaukelpolitik zwischen den Alliierten und der faschistischen Achse praktizierte, mußte sie die deutsche Fünfte Kolonne mit ihren exponierten Bankdienstleistern weitgehend tolerieren, während die Alliierten bis zur Kriegswende im Herbst 1942 auf eine Beobachterrolle beschränkt blieben. Ungestört managte die Deutsche Orientbank die von den Rüstungskonzernen vorangetriebenen Waffenkompensationsgeschäfte für den Bezug strategischer Rohstoffe aus dem Balkan, der Türkei und der arabischen Welt. Zusammen mit der Deutschen Bank-Filiale und der Deutschen Reichsbank wickelte sie die spekulativen Goldgeschäfte ab, mit denen die Diplomaten, Geschäftsleute und Geheimdienstresidenten der Achsenpartner ihre Gehälter aufbesserten. Auf den freien türkischen Gold- und Devisenmarkt, die Finanzdrehzscheibe des Nahen Ostens und des Balkans, flossen aber auch die Goldbarren, Goldmünzen, Pfund Sterlings und

US-Dollars, mit denen das Auswärtige Amt, die Wehrmacht-Abwehr und der Sicherheitsdienst der SS ihre aus der arabischen Nationalbewegung rekrutierten Kollaborations- und Agentennetze aufbauten. Die Fäden gingen über den Großmufti von Jerusalem und den im Mai 1941 von den Engländern gestürzten irakischen Ministerpräsidenten Rashid Ali al-Kailani nach Syrien, Palästina, Transjordanien und zum Irak, reichten aber auch bis zum ägyptischen Königshof, zu den Golfstaaten und nach Saudi-Arabien. Weitere Subversions- und Sabotagenetze wurden in Richtung Transkaukasien, Iran und Afghanistan gesponnen. Das Ziel war, die aus den vielfältigsten Gründen mit den Deutschen zusammenarbeitende Minderheit der traditionellen irakisch-syrisch-palästinensischen Familienclans und die schmale politische Mittelschicht der arabischen Nationalbewegung mit handfesten materiellen Subsidien und vagen Zusagen an ihre Unabhängigkeitsbestrebungen zu gewinnen und mit ihrer Hilfe die traditionellen Stammesverbände zum *djihad* gegen die alliierten Mandatsmächte aufzustaecheln. Auf diese Weise sollte der deutsch-italienische Zangenangriff auf den Suezkanal, die syrisch-palästinensisch-irakische Landbrücke nach Indien und auf den Persischen Golf vorbereitet werden.

Dabei hatten die in den deutschen Bank- und Unternehmensfilialen, Geheimdienststäben und diplomatischen Vertretungen residierenden Akteure genauso wie die in Berlin versammelte Planergruppe der Orientexperten erhebliche Handlungsspielräume und Bereicherungschancen. Am Fall der Deutschen Orientbank hat Schwanitz Einblicke in

die Infrastruktur der deutschen Nahost-Aggression gewonnen, die in den auf die großen diplomatie- und militär-geschichtlichen Ereignisse abgestellten Studien bislang weitgehend fehlten. Der Kopf der Planungen, Entscheidungsprozesse und Großaktionen kann jetzt als Teil des ganzen agierenden Gewaltkörpers neu verstanden werden. Dabei weist Schwanitz mit allem Nachdruck auf die materielle Grundlage dieser riesigen Aggressionsmaschine hin: Die Kollaborateure, Agentennetze, Tarnfirmen und Umstürzbewegungen wurden mit geraubtem Gold und mit Auslandsdevisen bezahlt, die sich die Deutschen durch ihren Zugriff auf die Depots der Nationalbanken der von ihnen besetzten Länder, durch die Konfiskation von Vermögenswerten in den okkupierten Gebieten und durch die Ausplünderung der Shoah-Opfer beschafft hatten.

Durch diesen Blick auf die Mikrophysik kolonialistischer Gewaltpolitik gewinnt die gesamte Geschichte des Nahen und Mittleren Ostens während des zweiten Weltkriegs eine neue Tiefendimension. Zu Recht hebt Schwanitz dabei die kritische Periode zwischen Juni 1940 und Herbst 1942 hervor. Durch die Zerschlagung Frankreichs erlangten die Deutschen und Italiener im Juni 1940 den Zugriff auf die französischen Mandatsgebiete im Nahen Osten. Darin erblickten die Nahostexperten des Auswärtigen Amts, die Wehrmacht-Abwehr, die Kriegsmarine und einflußreiche Wirtschaftsgruppen eine einmalige Chance. Sie votierten dafür, jetzt den Nahen Osten zum Hauptkriegsschauplatz zu machen, das Britische Empire dort entscheidend zu schlagen und sich die Erd-

ölvorkommen und Raffinerien in Mossul-Kirkuk, Ägypten, auf der Arabischen Halbinsel und am Persischen Golf zu sichern. Die Entscheidung war monatelang offen. Erst im Dezember 1940 setzte sich die auf die kontinentaleuropäische Expansion orientierte Machtgruppe der NS-Diktatur durch und stellte die Weichen endgültig für den *Fall Barbarossa*, den Überfall auf die Sowjetunion, die bis zum Herbst 1941 zerschlagen werden sollte. Erst danach sollte der Großangriff auf den Nahen und Mittleren Osten beginnen. Zur Sicherung dieser Perspektive wurden – zusätzlich zur Arrondierung des Zugriffs auf die Rohstoffressourcen des Balkans – im April/Mai 1941 die englischen Luft- und Seebasen in Griechenland und im östlichen Mittelmeer ausgeschaltet und einige Zeit später die ins Stocken geratene italienische Offensive in Nordafrika unterstützt. Daß der Nahe Osten bis zum Scheitern des von Nordafrika aus gestarteten Vormarschs der Achsenmächte auf den Suez-Kanal im Herbst 1942 von der deutsch-italienischen Okkupation verschont blieb, hatte er in dieser Phase des Kriegs ausschließlich dem Widerstand der Roten Armee zu verdanken.

Aber auch die Tragödie der arabischen Nationalbewegung erscheint in einem neuen Licht. Im ersten Weltkrieg hatten die Engländer sie zum *djihad* gegen das mit den Deutschen verbündete Osmanische Reich aufgerufen und ihnen dafür die Unabhängigkeit versprochen. Diese Zusage hatten sie nach der Niederlage der Mittelmächte gebrochen und den Nahen Osten zusammen mit den Franzosen in Mandatsgebiete aufgeteilt. Diese Periode des *indirect rule*, bei dem nur der Irak und Saudi-Arabien die formale sowie Ägypten

eine partielle Unabhängigkeit erlangten, war durch die jüdische Einwanderung in Palästina zunehmend belastet und hatte zu einer Reihe von Aufständen geführt, die schließlich 1936 zusammengebrochen waren. Nun sahen die gedemütigten Protagonisten der arabischen Nationalbewegung in der NS-Diktatur einen neuen Bündnispartner, der mit ihnen gemeinsam den britisch-französischen Imperialismus und die jüdische Einwanderung bekämpfen, die italienischen Expansionsgelüste im Zaum halten und ihnen schließlich die Unabhängigkeit verschaffen würde. Sie verkannten dabei, so Schwanitz, die völkermörderischen und rassistischen Komponenten des deutschen Zugriffs. Sie nahmen ihn fälschlich als einen "modernisierten Nationalismus" wahr, der ihnen als Gegenleistung für die Aushändigung der nahöstlichen Bodenschätze die politische Unabhängigkeit und die kulturell-religiöse Autonomie gewähren würde. Da sie davor bewahrt blieben, ihre Illusionen mit der Realität einer deutschen Herrschaft über den Nahen und Mittleren Osten konfrontieren zu müssen, haben sie diesen katastrophalen Irrtum bis heute nicht richtig aufgearbeitet.

Das Rennen machte dann aber ein Dritter. Anhand deutscher und US-amerikanischer Dokumente zeigt Schwanitz, wie sich die USA seit 1942 die britische Defensivposition zunutze machten und sich Zug um Zug im Nahen Osten etablierten. Obwohl die amerikanischen Ölkonzerne seit der Mitte der dreißiger Jahre im Nahen Osten präsent waren, war dieser Weltteil eine *terra incognita* der amerikanischen Außenpolitik. Diese Situation änderte sich erst im Verlauf der fünfziger Jahre. Jetzt lernten

auch die USA, mit dem arabischen Nationalismus zu spielen. Dabei machten sie sich auch die deutschen Erfahrungen zunutze. Fritz Grobba, eine der Hauptfiguren der deutschen Nahostsubversion, verfaßte für sie 1957 im Rahmen der *Historical Division* des deutschen Generalstabs eine umfangreiche Denkschrift, in der er die Amerikaner über die "deutsche Ausnutzung der arabischen Eingeborenenbewegung im Zweiten Weltkrieg" informierte (247, 367).

Nach so vielen Niederlagen und gescheiterten Versuchen, sich innerhalb des Szenarios imperialistischer Rivalitäten einen Handlungsspielraum zu ergattern, wird die Transformation des arabischen Nationalismus zur politischen Religion eines auf sich allein gestellten Islamismus nachvollziehbar. Das schmälert nicht die Verantwortung seiner Wortführer und Anhänger für die in ihm angelegte archaische Regression zur bedingungslosen Gewaltanwendung gegen die nicht-islamische Welt. Aber es macht deutlich, daß wir die Schuld für die sich heute manifestierende katastrophale Konfrontation zwischen dem kollektivem Neo-Imperialismus und dem islamischen Fundamentalismus auf viele Schultern zu verteilen haben.

Die Studie von Wolfgang G. Schwanitz macht es den Leserinnen und Lesern nicht einfach. Schwanitz hat auf eine systematisch integrierende Untersuchung verzichtet. Statt dessen berichtet er über seine Quellenrecherchen, Literaturstudien und über den aktuellen Forschungsstand – ein Arbeitsbuch eben, in das nur wenige monographische Fragmente eingestreut sind. Manches davon hätte er dabei übersichtlicher gestalten, zusammenfassen und

sprachlich homogener entwickeln können. Dennoch finde ich dieses Arbeitsbuch großartig. Es gestattet den Interessierten eine eigenständige Einarbeitung in die heute so virulenten Problemfelder im Nahen und Mittleren Osten. Dadurch regt es zum Nachdenken und zum eigenen Weiterrecherchieren an. Indem Schwantz weitgehend auf eine eigene Sicht der Dinge verzichtet, präsentiert er eine offene Arbeitsperspektive. Das aber ist es, was wir in der Auseinandersetzung mit den katastrophalen Entwicklungstendenzen im Nahen und Mittleren Osten so dringend benötigen: Die radikale Infragestellung der aktuellen Interventionsszenarien kann nur im offenen Dialog und in breit angelegten Lernprozessen gedeihen. Wir können auf die nächsten Veröffentlichungen der von Wolfgang G. Schwantz herausgegebenen Serie "Amerika-Nahost-Europa" gespannt sein.

*Karl Heinz Roth*

**Andreas Petersen: Radikale Jugend. Die sozialistische Jugendbewegung der Schweiz 1900-1930. Radikalisierungsanalyse und Generationentheorie.** Zürich: Chronos Verlag 2001. 639 S.

Wie wird man radikal?

Andreas Petersen untersucht in seiner Studie "Radikale Jugend" die Geschichte der sozialistischen Jugendbewegung der Schweiz von 1900 bis 1930, um anhand dieses historischen Beispiels eine Radikalisierungsanalyse vorzunehmen und eine Generationentheorie zu entwickeln. Dabei unterscheidet er zwischen drei Phasen, die politökonomisch wie soziokulturell verschiedenartig determiniert seien.

In den Anfangsjahren zwischen 1900 und 1907 habe die Jugendbewegung ihre "reformistische Phase" durchlaufen, wobei sie unter dem prägenden Einfluß ihres Gründungsvaters, des sozialistisch orientierten Pfarrers Paul Pflüger, stand. Der Verband hieß zunächst "Jungburschenverein". Ab zirka 1907 avancierte der Anarchosyndikalist Fritz Brupbacher zur Leitfigur. Es kam zu einer erheblichen Politisierung des Verbandes, der nun in seine "anarchistische Phase" trat. Gegen 1915 schwand Brupbachers Einfluß wieder, und andere traten auf den Plan. Zeitweise prägte der religiöse Sozialist Leonard Ragaz den Verband, danach mehr und mehr der Exilant Lenin. Somit begann die bis 1921 andauernde "bolschewistische Phase", an deren Ende man sich in "Kommunistischer Jugendverband der Schweiz" umbenannte und der neu gegründeten KP anschloß. Der vorangegangene Radikalisierungsprozeß hatte den Verband allerdings schon die Hälfte der Mitglieder gekostet.

Der Versuch, am "Fallbeispiel der Schweizer Arbeiterjugendbewegung ... Ursachen und Bedingungen der Radikalisierung jugendlicher Zusammenschlüsse" zu ergründen, mißlingt dem Autor komplett. Petersen beschränkt sich lediglich darauf, verschiedene "Radikalisierungsfaktoren" zu benennen, wodurch er den historischen Stoff zwar mit politologischen Reflexionen versieht, aber beileibe keine Theorie entwirft. Nicht einmal ansatzweise vermag er sich von der Spezifik seines Beispiels zu lösen und die dabei gewonnenen Erkenntnisse zu verallgemeinern. So erwähnt er beispielsweise unter dem Stichpunkt "innerorganisatorische Faktoren" die (zeitweilige) Spal-

tung des Verbandes, dessen internationale Verbindungen u.a., ohne dann der Frage nachzugehen, ob Spaltung und internationale Verbindungen generell eine Radikalisierung fördern oder dies nur in diesem speziellen Falle taten.

Petersen versäumt sogar, den Begriff "Radikalismus" zu definieren, und setzt ihn letztlich mit einer Mischung aus Extremismus und Fanatismus gleich. Wirklicher Radikalismus, d.h. das Bestreben, eine Sache grundlegend, von der Wurzel her zu verändern, war in jener Zeit nur in der Arbeiterbewegung anzutreffen. Petersen versucht, parallele Entwicklungen zwischen der sozialistischen und anderen Jugendbewegungen aufzuzeigen. Erkenntnisse über die Spezifik jugendlichen Radikalismus hätten sich wohl eher gewinnen lassen, wenn er die Radikalisierung der linken Jugend und der erwachsenen organisierten Arbeiter verglichen hätte. Petersens Theorie besitzt kein Fundament. Die Frage, wie man radikal wird, bleibt offen.

Die Abschnitte, welche Petersen der Generationentheorie widmet, wirken im Buch wie ein Fremdkörper. Der Autor bietet zwar einen guten Überblick über die bisherige Generationsforschung und führt die Debatte auf hohem theoretischen Niveau, doch inwieweit der behandelte historische Stoff zu neuen Befunden führen soll, bleibt unklar. Um die Generationentheorie weiterzuentwickeln und dies empirisch abzusichern, hätten nicht nur die bürgerlichen Jugendverbände eingehender betrachtet, sondern auch die Lebens- und Vorstellungswelten der unorganisierten Jugendlichen sowie der spätere Rückblick der Protagonisten auf ihre Jugendzeit untersucht werden müssen.

Ergiebig ist im Grunde nur der Hauptteil des Buches, in dem die Geschichte der Schweizer sozialistischen Jugend nachgezeichnet wird. Die Gliederung der Arbeit erscheint zwar eher als nachteilig, weil die organisatorische Entwicklung, die politisch-ideologischen Debatten, das Verhältnis zu Partei und Gewerkschaften sowie die praktischen Aktivitäten des Verbandes jeweils gesondert behandelt werden und das Ineinanderwirken dieser Faktoren oft erst auf den zweiten Blick deutlich wird, doch Petersens Beitrag zur Forschung wird dadurch nicht geschmälert, zumal die Schweizer Jugendgruppen bis dahin "ein praktisch unbearbeitetes Feld" waren (von propagandistischen Selbstdarstellungen abgesehen). Die Akribie der Recherche und die dabei zusammengetragene Fülle an Material beeindrucken. Zudem ist die Studie auch für die Erforschung der internationalen Arbeiterbewegung von Bedeutung, weil die sozialistische Jugend der Schweiz in der Kommunistischen Jugendinternationale (KJI) anfangs eine wichtige Rolle spielte und einige ihrer wichtigsten Vertreter später zu namhaften Partei- und Komintern-Funktionären aufstiegen, allen voran Willi Münzenberg.

Daß Petersen mit seiner Forschung den "demokratische(n) Verfassungs- und Rechtsstaat als Errungenschaft des 19. und 20. Jahrhunderts" stärken will und die als Doktorarbeit entstandene Studie vom "Extremismusforscher" und Totalitarismustheoretiker Eckhard Jesse betreut wurde, macht sich - abgesehen von der etwas penetranten Kopplung der Begriffe "marxistisch" und "orthodox" sowie einigen Formulierungen derselben Stoßrichtung ("...chiliasmisch-messianistische

Momente des Marxismus als säkularisierter Religion...“) kaum bemerkbar. Zumeist bedient sich Petersen einer sehr sachlichen Argumentationsweise. Sein pädagogisches Anliegen der “Vermittlung von demokratischen Gesellschaftskonzeptionen” sowie entsprechender “Welterklärungsmuster” an Adoleszente befremdet allerdings, weil es ein voluntaristisches Denken verrät. Daß das politische Bewußtsein der Jugendlichen (und der Erwachsenen) in engstem Zusammenhang mit ihrer sozialen Lage und den sie umgebenden gesellschaftlichen Verhältnissen steht, daß also das Bewußtsein nicht das Sein bestimmt, sondern aus diesem resultiert, hätte Petersen immerhin aus seiner eigenen Untersuchung schlußfolgern können. Der weltanschauliche Hintergrund des Autors erweist sich hier jedoch als Hemmschuh. Denn wie sonst hätte er z. B. zu der irrigen Erkenntnis gelangen können, daß dem “Radikalisierungsprozeß der Jugendlichen ... von staatlicher Seite Zeitungs- und Demonstrationsverbote, Einsatz von Polizei und Militär, Inhaftierung, Verurteilung und Ausweisung von Mitgliedern entgegen (standen)”. Der Kapitalismus, da behält Petersen recht, macht niemanden automatisch zum Radikalen, aber zuweilen liefert er eben den Nährboden, auf dem Radikalismus gedeiht. Und wenn das der Fall ist, hilft auch das Angebot demokratischer Welterklärungsmuster nicht mehr viel.

*Ulrich Peters*

**Reinhard Müller: Menschenfalle Moskau. Exil und stalinistische Verfolgung,** Hamburger Edition 2001, 501 S.

Die Geschichte deutscher Politemigranten in der von ihnen als “Vaterland aller Werktätigen” verstandenen Sowjetunion hat bisher nur höchst fragmentarisch geschrieben werden können. Seitdem nach dem Ende des Sowjetimperiums der Zugang zu den geheimen Quellen der Verfolgung und des Terrors möglich wurde, kann man von einer völlig neuen Etappe der Forschung sprechen.

Der Umfang und die Einzigartigkeit der Quellen des sowjetischen Innenministeriums (NKWD) und Geheimdienstes (KGB) sowie die der Kommunistischen Internationale (KI), einschließlich der zu ihr gehörenden nationalen kommunistischen Parteien, ermöglichten es, sowohl für die Anzahl wie für die Intensität der von Verfolgung und Terror betroffenen Personen zu ganz neuen Aussagen zu kommen.

Der Autor der vorliegenden Studie hat als Mitarbeiter des Hamburger Instituts für Sozialforschung seit Beginn der 90er Jahre eine Anzahl von Publikationen (Die Säuberung, 1991; Die Akte Wehner, 1993 u.a.) vorgelegt, die auf der Grundlage solcher erstmals ausgewerteter Dokumente wichtige Informationen zu den Strukturen und Mechanismen des stalinistischen Verfolgungs- und Repressionsystems enthalten sowie eine Vielzahl von bisher ungeklärten Schicksalen beleuchten. Dies vermochte er, wie er im Einleitungskapitel seines Buches, in das Teile dieser Studien eingegangen sind, mitteilt, aufgrund der Tätigkeit einer Reihe nicht namentlich genannter Moskauer Kolleginnen und Kollegen, die ihm “den Zugang zu manchen Beständen in den Moskauer ‘Geheimarchiven’ ermöglichten”. (S.10)

Das vorliegende Buch ist also das Ergebnis jahrelanger aufwendiger und beharrlicher Recherchen und kann aufgrund seines Materialwerts nicht hoch genug gewertet werden. Die Besonderheit der ihm zugrunde liegenden Quellen, die in den meisten Fällen dem deutschsprachigen Benutzer bisher nicht zugänglich waren, ergibt sich daraus, daß es sich vor allem um Täter-Quellen (NKWD-Befehle, sog. Agentur-Material, Verhör-Protokolle, Dossiers, Spitzel- und Denunziantenberichte) handelt, die mit besonderer textkritischer Aufmerksamkeit zu benutzen sind. Die vom Verfasser hierfür entwickelte Methode einer "dokumentierenden Darstellungsweise" (S.57) oder auch "dokumentierende(r) Analyse" (S.16), was das ausführliche Zitieren oder auch vollständige Abdrucken ganzer Dokumente meint (der Anteil der zitierten Dokumente beträgt etwa 25 Prozent des gesamten Textes, davon 120 S. im Text und 20 S. im Anhang), ist ein akzeptables Verfahren, weil die Original-Quellen mit ihren fabrizierten Aussagen und in ihrem sozialdarwinistischen Stil einen unverstellten Einblick in die stalinistischen Verfolgungs-Praktiken und die sich in der Sprache spiegelnden totalitären Repressionsmechanismen gestatten und - sehr wichtig bei dem nach wie vor oder schon wieder erschwerten Zugang zu diesen Quellen - weil auf diese Weise diese Quellen jeglicher weiterer Forschung zur Verfügung gestellt werden. Nicht zuletzt können wir in der Verfremdung durch die Täter-Sprache die Persönlichkeiten der Opfer erkennen, die in manchen Fällen durch ihre Briefe und Eingaben direkt zu uns sprechen.

Im analytischen Verfahren stützt sich

der Verfasser auf Michel Foucault ebenso wie auf Hannah Arendt und Leo Trotzki. Dabei wirkt die häufige Berufung auf Hannah Arendts Analysen der totalitären Systeme am überzeugendsten, denn die Dokumente zeigen einmal mehr, wie klar-sichtig ihr analytischer Blick auf den Stalinismus bereits ohne die empirische Kenntnis der erst jetzt ans Licht kommenden Quellen war.

Der mit diesem Buch vorliegende Beitrag zu einer Gewalt- und Mentalitätsgeschichte des Stalinismus versucht, in den ersten zwei Kapiteln unter den Stichworten "Logik des Terrors" und "Opfer und Täter in Doppelgestalt", übergreifende Phänomene des Gesamtkomplexes zu beschreiben.

Dabei wird zuviel Belesenheit demonstriert (allgemeine Verweise auf ganze Bücher, die ohnehin in einem umfangreichen Literaturverzeichnis am Ende des Buches aufgeführt sind, nützen dem Leser in der Regel wenig). Die Lesbarkeit wird durch einen überbordenden Fremdwortgebrauch sowie übertriebene Verweise und Anmerkungen stark beeinträchtigt. So scheint es z.B. nicht nötig zu sein, bei der Bezugnahme auf "kafkaeske" Vorgänge auf Kafkas Erzählung "Strafkolonie" (S.25) zu verweisen. Der vielstrapazierte Vergleich mit der Inquisition ermüdet eher, als daß er hinsichtlich der Spezifik des stalinistischen Terrors aufklärend wirkt. (S.44-46), zumal der Verfasser selbst einräumt, daß ein "materialbezogener und durch Archivquellen gestützter Vergleich von mittelalterlichen, frühneuzeitlichen und stalinistischen neuzeitlichen Denunziations- und Verfolgungspraxen, von Folter und ‚Geständnis‘, von Arbeitsteilung und Amtshilfe zwischen geistlicher und weltlicher Obrigkeit"

(S.46) noch zu leisten bleibt. So hat die bemühte Gleichsetzung von Partei und Kirche, die sich auf den Begriff der politischen Religion stützt, zwar manches für sich, jedoch kann sie die Frage nach dem Warum des anhaltenden "Gläubigseins" nicht beantworten. Was ist z.B. damit gewonnen, wenn man das KI-Archiv als "Inquisitionsarchiv" (S.58) bezeichnet? Dadurch, daß der Autor die Ideologie, die weltanschauliche Lebensentscheidung ("Internalisierte Weltanschauung", S.58) der Personen weitgehend bis völlig ignoriert, kann er deren Verhaltensweisen nicht überzeugend erklären, geschweige denn "verstehen". Z. B. die Denunzianten, die aus Parteidisziplin handelten, z.B. den unerschütterlichen Glauben an Stalin ("Parteisoldaten", S.39), z.B. das Einhalten des Schweigegebots etc.

Kaum eine Rolle spielen beim Autor die Utopien und Visionen, die für das Verhalten der Politemigranten eine große Rolle spielten. Ihre zugegebenermaßen unbefriedigenden Erklärungsversuche werden ausschließlich mit der Elle unseres heutigen Wissens gemessen und auf diese Weise - statt rekonstruierend analysiert - weitgehend moralisierend und unhistorisch verworfen.

Das Buch erzählt die Geschichte von einigen Dutzend Menschen, die vom NKWD 1936/37 als zugehörig zur sog. "konterrevolutionären, terroristischen, trotzkistischen Spionageorganisation Wollenberg-Hoelz" (S.429) deklariert wurden. Von dem nach "Plansoll" insgesamt 70 Personen umfassenden Kreis konnten bisher 32 namentlich ermittelt werden, die im Anhang mit ihren biographischen Angaben (S.429-434) vorgestellt werden.

Bei der Konstruktion des NKWD spielte eine zentrale Rolle, daß eine Reihe von ihnen sich am Abend des 5. März 1933 in der Moskauer Wohnung des Ehepaars Elsa und Hermann Taubenberger zum Radio-Abhören der deutschen Wahnrichten versammelt hatten. Der Tatbestand eines solchen geselligen Beisammenseins, eines harmlosen "Wetscher" (Abends), gerät nur wenige Jahre später im Zerrspiegel des NKWD zur Fama von Plattformbildung, zur Gründung einer trotzkistischen Gruppe, zur Konstruktion von "Kontaktschul", von "Netzen" und "Verbindungen", mit denen diese "Volksfeinde" angeblich untereinander verbunden waren.

Ausführlicher widmet sich der Verfasser den Schicksalen von Zenzl Mühsam, Max Hoelz, Erich Wollenberg, Carola Neher, Olga Meese, Hans Schiff, Peter Holm, Herbert Brandt, Werner Rakow, Elsa und Hermann Taubenberger, Erich Tacke, Ernst Günther, Werner Hirsch.

Dabei steht im Zentrum des Buches Zenzl Mühsam und das zurecht, denn ihr Schicksal ist eines der außergewöhnlichsten im gewöhnlichen Stalinismus. Die Umstände ihrer dreimaligen Verhaftung durch das NKWD, ihre Lager- und Verbannungsjahre werden detailliert rekonstruiert. Aus den erstmals einsehbaren Verhörprotokollen ergibt sich das beeindruckende Bild einer nach sozialer Gerechtigkeit strebenden Frau, die ihr ganzes Leben für das Werk ihres 1934 von den Nazis ermordeten Mannes Erich Mühsam einsetzte.

Sie war am 16. Juli 1934 unmittelbar nach der Beerdigung ihres Mannes nach Prag geflohen, nachdem sie zuvor hatte mit ansehen müssen, "wie ein Mensch

langsam zu Tode gequält wird" (S.149). Auf Einladung der Internationalen Roten Hilfe, durch deren Vorsitzende Helene Stassowa persönlich, zunächst auf Besuch 1935 in der Sowjetunion eingetroffen, entschloß sie sich, nachdem sie den literarischen Nachlaß Erich Mühsams nach Prag hatte retten können und nun in Moskau einen Aufbewahrungsort und eine Publikationsmöglichkeit für diesen angeboten bekam, hier zu bleiben. Die Geschichte dieses Nachlasses zwischen Prag, Moskau und Berlin-DDR, die eine eigene Studie verdiente, wird hier in wichtigen Facetten mitgeliefert. Zenzl Mühsam befindet sich als völlig Unschuldige fast 19 Jahre in Haft und Verbannung, bis sie im Juni 1955 als über Siebzigjährige in die DDR ausreisen darf, wo sie 1960, zwei Jahre vor ihrem Tod, noch von der Stasi zur "freiwilligen Zusammenarbeit" (ein Zimmer in ihrer Wohnung sollte als konspirativer Treff dienen) genötigt wird. Aus ihren Verhör-Protokollen erfahren wir, daß sie sich trotz der gegen sie zur Anwendung gebrachten Foltermaßnahmen wiederholt als nicht schuldig bekannte und betonte, daß sie weder Mitglied einer politischen Partei noch am politischen Kampf der Parteien teilgenommen habe. Wie ihr Mann stand sie jedoch den kommunistischen Parteien kritisch gegenüber, und wie er war sie anarchistisch, sozialistisch-libertär und militant antifaschistisch gesinnt und hatte im westlichen Ausland viele Freunde in diesen und anarcho-syndikalistischen Kreisen.

Zu wenig differenziert stellt der Autor die Beziehung Zenzl Mühsams zu Helene Stassowa dar, mit der ihr Mann und sie selbst seit 1924 befreundet waren. So

spricht er von der "verhängnisvollen" Bekanntschaft und der "merkwürdigen Freundschaft" (S.155), an der Zenzl bis zu ihrem Tode festgehalten habe. Ersteres betrifft die schon erwähnte Einladung in die Sowjetunion, das Zweite hat seine Ursache in der mehrfachen Bemühung (vom Autor auch dokumentiert) Stassowas um Zenzls Freilassung bzw. Verbesserung ihrer Lebenssituation. Für Zenzl war - auch gegenüber ihren anarchistischen Freunden - maßgebend: "unser Erich schätzte diese Frau" (S.162), und sie erlebte sie "rein menschlich" sehr warm. Was ist also an dieser Freundschaft "merkwürdig" in Zeiten der totalitären Entsolidarisierung, ja Atomisierung in der stalinistisch geprägten Gesellschaft? Zu einfach, wenn nicht gar falsch, ist es wohl auch, von einer persönlichen Schuld Stassowas an Zenzls Schicksal (S.421) zu sprechen. Hier liegt ein Denken zugrunde, nach dem Stassowa die Witwe Mühsams bewußt in die "Menschenfalle Moskau" gelockt hätte, wie dieser reißerische Buchtitel generell solche kriminellen Intentionen suggeriert. Zu diesem Zeitpunkt konnte auch eine Stassowa nicht wissen, wie sich der stalinistische Terror entwickeln würde. Ihre eigene Gefährdung ist durch die Dimitroff-Tagebücher dokumentiert, die im Buch, sogar doppelt, wengleich ungenau, zitiert werden (S.262 und S.378 wird auf eine Eintragung vom 11. November 1937 bezug genommen: "Privatgespräch mit Stalin. Wahrscheinlich werden wir auch Stassowa verhaften. Sie hat sich als Schurkin erwiesen." Georgi Dimitroff, Tagebücher 1933-1943, hg. Von Bernhard H. Bayerlein, Berlin 2000, S.165). Eine Problematisierung dieses Sachverhalts, in dessen

Folge Stassowa ihre Funktion bei der IRH verlor und seither Redakteurin bei der "Internationalen Literatur" war, hätte beleuchtet, daß jeder und jederzeit, auch der noch so hohe Partei-, Staats- oder NKWD-Funktionär, oft sogar gerade ein solcher, in die Terrormaschine geraten konnte. Umso höher ist Stassowas nicht ungefährliche Bemühung um Zenzl einzuschätzen. In diesem Fall scheint politische Voreingenommenheit, die eine Entscheidung für das sozialistische Experiment für absurd hält, den Autor zu einer verzeichnenden Perspektive zu führen, in deren Folge eine sachliche Wertung ausbleibt.

Auch an anderen Stellen, z.B. in der Passage über Brecht, ist davon etwas zu spüren. Ja, hier kommt es sogar zu recht bedenklichen Sachfehlern. Sollen sie die seit den 90er Jahren sich mehrenden Versuche zur Demontage Brechts stützen? Der Autor widmet sich Brechts um Aufklärung bittenden Briefen an Feuchtwanger und Dimitroff. Dabei behauptet er fälschlich, daß sich der (undatierte) Brief an Feuchtwanger, in dem Brecht Feuchtwanger darum bittet, sich "beim Sekretariat Stalin nach der (Carola) Neher zu erkundigen" (Günter Glaeser, Briefe 1913-1956, Berlin 1983, Bd.1, S.309-310 und Bd. 2, S. 118, hier undatiert), sich nicht mehr in der Großen Kommentierten Berliner und Frankfurter Ausgabe befände, während er noch in der Briefausgabe von 1981 bei Suhrkamp vorhanden gewesen sei. Ein Blick in die neue Brecht-Ausgabe zeigt, daß dieser Brief, darin enthalten und auf Februar/März 1937 datiert ist, was, nebenbei bemerkt, auf Dezember 1936 zu korrigieren wäre, denn Maria Osten sollte Feuchtwanger

diesen Brief *vor* seiner Moskau-Reise übergeben. Was soll dieser peinlich-falsche Vorwurf der Manipulation? Der höchst interessanten und aufschlußreichen Mitteilung, daß Brecht (wie auch Ernst Busch) in den Maria Osten betreffenden NKWD-Akten als "Trotzkist" bezeichnet wurde, geht der Autor dagegen nicht weiter nach. Es war danach durchaus nicht so sicher, daß Brecht "wegen seiner Prominenz und mit Rückendeckung des Vorsitzenden des sowjetischen Schriftstellerverbandes, Michail Apletin ...1941 durch die Sowjetunion über Moskau und Wladiwostok in die USA weiterreisen" (S.265/266) konnte. Nebenbei: Apletin war lediglich der Leiter der auch für die Belange der deutschen Sektion zuständigen Ausländischen Kommission im Sowjetischen Schriftstellerverband, während Alexander Fadejew der allmächtige Generalsekretär war. Auch wird z. B. behauptet, Maria Osten hätte Feuchtwanger in die UdSSR eingeladen, was deren Kompetenz bei weitem überschritten hätte; er war vom Schriftstellerverband und der VOKS (Allunionsorganisation für kulturelle Verbindungen) eingeladen worden.

Die Lektüre des wegen seines Themas alles andere als "angenehmen" Buches fundiert unser Wissen über die ergreifenden Einzelschicksale hinaus vor allem in zweierlei Richtung: Zum einen stellen sich die vom NKWD erhobenen Beschuldigungen als absolute Fiktion heraus; zum anderen müssen wir die Zusammenarbeit von NKWD- und Parteiinstanzen wie KPD und KI als erwiesen ansehen. Zum prekären Denunziantenwesen (als "seksoy" - geheime Mitarbeiter - werden u. a. Hans Schiff, Helmut Damerius, Hans Rodenberg und Gustav von Wangenheim

vorgestellt) ist die Feststellung des Autors nur zu unterstreichen, daß "keineswegs alle Politemigranten ‚Berichte‘ oder denunziatorische Meldungen an die ‚betreffende‘ Stelle, wie das NKWD schamhaft und geheimnisvoll genannt wurde" (S.38), gerichtet haben. Zu Herbert Wehners "sprudelnder Berichterstattung beim NKWD" (S.280), von der in seiner Rolle als "Trotzkismus-Experte der KPD" im Zusammenhang mit Zenzl Mühsam einige eindringliche Kostproben gegeben werden, kündigt der Verfasser eine "ausführliche Analyse und Dokumentation" (S.278) an.

*Simone Barck*

**Kurt Imhof, Patrick Ettinger, Boris Boller: Die Flüchtlings- und Außenwirtschaftspolitik der Schweiz im Kontext der öffentlichen politischen Kommunikation 1938-1950. Mit zwei Beiträgen zur Pressezensur von Georg Kreis. Veröffentlichungen der Unabhängigen Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg, Bd. 8, Chronos Verlag, Zürich 2001, 535 S.**

Als Parlament und Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft im Dezember 1996 die international zusammengesetzte Unabhängige Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg (UEK) einberiefen, gaben sie ihr ein umfassendes Mandat zur Erforschung der wirtschaftlichen und finanziellen Beziehungen der Schweiz mit den kriegführenden Mächten und insbesondere der Dienstleistungen, welche die neutrale Schweiz dem Nazi-Deutschland und dem faschistischen Italien zukommen ließ. Zum Themenbereich der öffentlichen po-

litischen Kommunikation hat die Kommission zwei Mandate an den Forschungsbereich Öffentlichkeit und Gesellschaft des Soziologischen Instituts und des Instituts für Publizistikwissenschaft und Medienforschung der Universität Zürich vergeben, deren Resultat hier vorgelegt wird.

Anhand der Tagespublizistik ausgewählter Leitmedien aus den drei Sprachregionen der Schweiz untersuchen die Autoren die Flüchtlingspolitik (1938-1947) und die Außenwirtschaftspolitik (1940-1945) der Schweiz. Mit den Tageszeitungen *Neue Zürcher Zeitung (NZZ)*, *Vaterland*, *Tagwacht*, *Tages-Anzeiger*, *Liberté*, *Journal de Genève*, *Giornale del Popolo* und *Corriere del Ticino* sowie *Schweizerische Metallarbeiterzeitung* glauben die Autoren, die wichtigsten politischen Milieus erfaßt zu haben und eine repräsentative Auswahl zentraler Partei- und Forumblätter vorzustellen. Thematisch werden in die Analyse auch die Stellung der Schweiz zum Nazikonzept eines "Neuen Europa" (1940/41) und zur Nachkriegsordnung der Alliierten (1944/50) sowie zu den innerschweizerischen Diskussionen (1942-1945) über die Nachkriegsentwicklung einbezogen.

Eingangs informieren die Autoren über Fragestellungen und Aufbau des Bandes. Dem dient vor allem eine theoretische Abhandlung über die "Öffentlichkeit" als Kategorie der Historiographie. Ein Bericht über die bereits erarbeitete Kommunikationsereignisdatenbank und je ein Beitrag zum Zusammenhang von Flüchtlingspolitik und Zensurregime der Schweiz 1939-1945 sowie zum Zusammenhang ihrer Wirtschaftspolitik und ihres Zensurregimes sollen dem Fachhistoriker ein neues Blickfeld schweizeri-

scher Geschichtswissenschaft erschließen. Beide stammen aus der Feder von Georg Kreis, Leiter des EUROPA-Instituts der Universität Basel und der Schweizerischen Zeitschrift für Geschichte sowie Mitglied der UEK.

Die Auswertung der Quellen erfolgt nach quantitativen und qualitativen Aspekten. Die Quantifizierung der Berichterstattung am Beispiel der "Flüchtlinge" zeige an, wann und in welchem Maße dieses Thema medienwirksam war, in welchem Umfang über einzelne Flüchtlingsgruppen (z.B. jüdische Flüchtlinge) berichtet wurde und welchen Konjunkturen diese in der öffentlichen Kommunikation unterlag. Mit der qualitativen Untersuchung sollen Typisierungen der Flüchtlinge einerseits und das sich in der Kommunikation über sie manifestierende Selbstverständnis der Schweizer Gesellschaft andererseits erfaßt werden. Ein synchroner Vergleich der drei Sprachregionen mit den drei zentralen politischen Milieus (freisinnig-liberal, sozialdemokratisch und katholisch-konservativ) soll ermöglichen, deren Übereinstimmungen wie Unterschiede vorzustellen.

Die Arbeit zeigt, daß der Flüchtlingsproblematik für die Schweizer Öffentlichkeit insgesamt eine geringe Bedeutung zukam. Sie analysiert die wichtigsten Legitimationen der Flüchtlingspolitik – insbesondere das Selbstverständnis der Schweiz als Transitland.

Die zweite Teilstudie erfaßt und analysiert Artikel über die wirtschaftlichen Beziehungen der Schweiz zu den Achsenmächten und zu den Alliierten von 1940 bis zum Kriegsende. Neben der Berichterstattung über die Wirtschaftsverhandlungen werden auch die Erwartungs-

haltungen in bezug auf das Konzept eines "Neuen Europa" unter deutscher Führung und in bezug auf die Nachkriegsordnung der Alliierten thematisiert. Letztere leiten unmittelbar zur schweizerischen Außen- und Außenwirtschaftspolitik in der unmittelbaren Nachkriegszeit über; hier werden vor allem jene Argumentationsfiguren analysiert, mittels derer diese Politik legitimiert wurde.

In das Kapitel 9 haben die Autoren auch redaktionelle Beiträge in die Analyse aufgenommen, die sich mit dem 1942 von der Sozialdemokratie lancierten Programm "Neue Schweiz" und den daran anschließenden innerpolitischen Auseinandersetzungen beschäftigen. Diesen Diskussionen über Nachkriegspläne messen die Autoren besondere Bedeutung zu: Sie markierten noch während des Krieges den Beginn einer innenpolitischen Re-Orientierung und der Transformation der außenpolitischen Isolation.

Im Vordergrund dieser Untersuchungen stehen die Fragen nach dem Selbstverständnis der Schweiz, nach dem gegebenen und dem wahrgenommenen Handlungsspielraum ihrer Beziehungen zu den Achsenmächten und zu den Alliierten und nach ihrem Problembewußtsein. Als Zäsur bewerten die Autoren die seit 1943 beginnenden militärischen Erfolge der Roten Armee. Sie belegen das mit der Forderung der *Tagwacht* an den Bundesrat, ein "Weißbuch über Nazi-Umtriebe in der Schweiz" zu erstellen, mit der Gründung der linkssozialistischen *Partei der Arbeit* (PdA) und der zeitweiligen Annäherung zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten nach der Auflösung der Kommunistischen Internationale am 15. Mai 1943.

Der Kriegsausgang führte jedoch nicht zu einer grundsätzlichen Neuorientierung der Schweiz. In der vom *Vaterland* verbreiteten Totalitarismus-Doktrin fanden sich *NZZ* und auch die *Tagwacht* zusammen. Die Haltung zum Koreakrieg schloß den Konversionsprozeß der Schweizer Sozialdemokratie ab: "Im Klima der zweiten, nun konservativ gewendeten Geistigen Landesverteidigung im Kalten Krieg sind die Flüchtlings- und die Außenwirtschaftspolitik der Schweiz während des Zweiten Weltkrieges endgültig kein Thema mehr", resümieren die Autoren dieses anspruchsvollen Werkes.

Der Anhang enthält achtzehn Abbildungen zum Verlauf der Flüchtlingsberichterstattung, der Berichterstattung zum "Neuen Europa" sowie zur Außenwirtschaft und Außenwirtschaftspolitik in den untersuchten Leitmedien 1938 bis 1947.

*Janis Schmelzer*

**Hendrik Bunke: Die KPD in Bremen 1945 bis 1968** (= PapyRossa Hochschulschriften 36), PapyRossa Verlag, Köln 2001, 384 S.

Seit den Tagen der Novemberrevolution war Bremen eine Hochburg der KPD. Auch nach der NS-Diktatur verfügte die Kommunistische Partei hier zunächst über erheblichen Einfluß. Sie stellte in den ersten Nachkriegssenaten mehrere Senatoren (und mit der Senatorin Käte Popall die erste Landesministerin in der deutschen Geschichte) und war in den Gewerkschaften und in wichtigen Großbetrieben stark vertreten. Beim Verbot der Partei 1956 war Bremen das einzige Bundesland, in dem Kommunisten noch im

Landesparlament saßen. Daher ist es bedauerlich, daß die Geschichte dieser Partei nicht ausreichend erforscht ist. Nur für die Gründungsphase 1918/19 und für die Zeit von 1928 bis 1933 lagen bislang mit den Arbeiten von Peter Kuckuk und Arne Andersen umfassende Darstellungen vor. Jetzt ist allerdings mit der Dissertation von Hendrik Bunke eine wesentliche Lücke geschlossen worden, da sie die gesamte Nachkriegsgeschichte der Bremer KPD einschließlich der Zeit ihrer Illegalität bis zur Gründung der DKP im Jahre 1968 gründlich aufarbeitet.

Warum eine solche Darstellung erst jetzt geschrieben werden konnte, erklärt der Verfasser damit, daß erst nach dem Ende des Kalten Krieges die in Archiven der DDR lagernden Primärquellen der KPD zugänglich geworden sind und daß nach dem Ende der Systemauseinandersetzung "heute die Chance einer differenzierteren wissenschaftlichen Analyse und Aufarbeitung dieses Themas" gegeben sei. (S.8). Die erstmalige und akribische Auswertung der vormals beim Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED aufbewahrten Akten der Bremer KPD, die entweder in den 1950er Jahren nach Ost-Berlin geschafft worden waren oder aus anderen Beständen der SED stammen, bildet die Grundlage der außerordentlich quellenreichen Arbeit, die damit – nicht nur für die Bremer Lokalgeschichte der KPD – zu wichtigen neuen Ergebnissen kommt.

Die Studie geht über eine organisations- und programmgeschichtliche Darstellung – wie sie die meisten Gesamtgeschichten der KPD nach 1945 liefern – weit hinaus, da der Verfasser sein Hauptaugenmerk auf zwei Aspekte legt: Zum einen

kann er erstmals detailliert die parteiinternen Entscheidungsstrukturen, die Widersprüche und Auseinandersetzungen zwischen Parteibasis und Parteiführung aufzeigen und zum anderen geht er der für die Geschichte dieser Partei zentralen Frage nach, welche Faktoren die zunehmende Isolation der KPD ab dem Ende der 1940er Jahre bewirkt haben.

Die Untersuchung beginnt mit der Schilderung des Wiederaufbaus der Partei 1945. Hier zeigt sich eine Besonderheit, die den lokalen Traditionen der KPD und einer gewissen Selbständigkeit geschuldet sein mag. Denn anders als im zentralen Berliner Aufruf vom 11. Juni 1945, in dem die Partei auf die Benennung eines sozialistischen Ziels verzichtet und die Schaffung einer "demokratisch-antifaschistischen Republik" propagiert hatte, forderte der Bremer Aufruf vom Oktober 1945, daß eine kämpferische Demokratie geschaffen werden solle, "die uns den Weg zum Sozialismus vorbereitet" (S. 27). In den ersten Jahren ist die Politik der Bremer KPD durchaus erfolgreich. Doch mit dem Ausbruch des Kalten Krieges, der Positionierung der SPD an der Seite des Westens und der strikten Anlehnung der KPD an die UdSSR verlieren die Kommunisten zunächst ihre Beteiligung am Senat, dann den Rückhalt bei den Wahlen und – für eine kommunistische Partei am gravierendsten – den Rückhalt in den Gewerkschaften und Betrieben. Bunke arbeitet nun überzeugend heraus, daß für diese zunehmende Isolation nicht nur die antikommunistische Politik und die repressiven Maßnahmen der Westalliierten, der Bundes- und Landesregierung und die Propaganda der bürgerlichen Medien verantwortlich wa-

ren, sondern daß die KPD durch ihre eigene Politik wesentlich selbst dazu beitrug. Zu diesen "hausgemachten" Faktoren zählten die seit 1948 immer wieder betriebenen innerparteilichen "Säuberungen", denen unter wechselnden Begründungen ("Titoismus", "Opportunismus", "Unterstützung der Kriegstreiber") führende und teilweise sehr populäre Mitglieder zum Opfer fielen. Dabei wird deutlich, wie sehr diese innerparteilichen Disziplinierungen durch die zentrale Parteiführung und die SED gesteuert waren – wie etwa die Absetzung des gesamten Sekretariats der Bremer KPD 1951. Allerdings gab es dagegen auch Widerstand an der Basis, der beispielsweise bewirkte, daß die Parteiführung die ehemalige Senatorin Popall nicht ausschließen konnte. Hier zeigt sich, daß die KPD tatsächlich nicht völlig der monolithische Block war, den sie in ihrem Selbstbild wie in den Augen ihrer Feinde darstellte. Den innerparteilichen Widerstand gab es auch gegen die ultralinke Gewerkschaftspolitik, die die KPD ab 1951 betrieb und die es der Gewerkschaftsführung erleichterte, die Kommunisten aus gewerkschaftlichen und betrieblichen Funktionen zu entfernen. Es ist spannend zu lesen, wie die eigene Politik dazu führte, funktionierende Betriebsgruppen – wie etwa bei Borgward – zu zerschlagen. Nach Bunkes detaillierten Schilderungen dieser Konflikte und der Widersprüche an der Basis der KPD wird man am Bild einer völlig zentralistischen und von der SED ferngesteuerten Partei einige Korrekturen vornehmen müssen. Dadurch erhält diese Arbeit auch eine erhebliche Bedeutung über die lokalhistorische Ebene hinaus, wobei sich wieder einmal zeigt, daß genaue und quellen-

gesättigte Lokalstudien wichtige Veränderungen am allgemeinen Geschichtsbild bewirken können.

Natürlich bietet die Arbeit neben der Schilderung innerparteilicher Konflikte und der Betriebsarbeit auch eine sorgfältige Darstellung und Analyse der Organisations- und Programmentwicklung der Bremer KPD (Kapitel 2) sowie ihrer praktischen Politik, besonders in der Bürgerschaft und in der Bewegung für Frieden und nationale Wiedervereinigung (Kapitel 4). Der Abschnitt über den Kampf der Partei gegen das von der Bundesregierung angestrebte Verbot (Kapitel 6) verdeutlicht noch einmal eine bremsende Besonderheit, die bereits bei der Rolle der KPD in der Bürgerschaft aufschien: In Bremen gab es trotz der grundsätzlichen politischen Gegnerschaft zwischen der SPD und der KPD noch Kontakte zwischen den Arbeiterparteien, die sogar soweit gehen konnten, daß die SPD im Parlament zusammen mit der KPD Vorhaben gegen ihre eigenen bürgerlichen Koalitionspartner durchsetzte. Daß die KPD-Abgeordneten nach dem Parteiverbot ihre Sitze als "Unabhängige Sozialisten" zumindest in der Stadtbürgerschaft behalten konnten, ist ebenfalls dieser Besonderheit geschuldet, die wohl aus der stadtstaatlichen Überschaubarkeit und den hier besonders starken gemeinsamen Traditionen herrührte.

Ein abschließendes Kapitel behandelt die Phase der Illegalität bis zur Gründung der DKP. Wie sich denken läßt, ist hierzu die Quellenüberlieferung nicht so optimal wie für die vorangehenden Jahre, wo die verschiedenen Ebenen des Parteiapparats und die Instrukteure der SED soviel Papier beschrieben haben, daß man sich

fragt, ob sie neben dieser bürokratischen Tätigkeit überhaupt noch Zeit für politische Arbeit hatten.

Die Studie hat einen politikgeschichtlichen Ansatz und geht nur gelegentlich auf sozialgeschichtliche Aspekte ein. Das ist sicherlich legitim, besonders wenn es – wie in diesem Fall – zu so wichtigen neuen Erkenntnissen führt. Dennoch wäre eine stärkere sozialgeschichtliche Betrachtungsweise in manchen Bereichen sinnvoll gewesen. So läßt sich etwa die Wechselwirkung der Erfahrung äußerer Repressionen wenige Jahre nach den NS-Verfolgungen mit der Bereitschaft der Mitglieder, sich sektenartig abzukapseln, ultraradikalen und wirklichkeitsfremden Parolen zu folgen und sich am großen Bruder im Osten zu orientieren, wohl nur mit mentalitäts- und sozialgeschichtlichen Methoden angemessen erfassen. Auch die Sozialisation vieler jüngerer KPD-Mitglieder, die eher in der Wehrmacht als in den Traditionen der Arbeiterbewegung erfolgt war, bedürfte der Analyse, die möglicherweise eine Erklärung für deren scharfmacherische Rolle bei den innerparteilichen Säuberungen liefern könnte.

Die Arbeit ist – was bei Dissertationen bekanntlich nicht so häufig vorkommt – klar gegliedert und flüssig geschrieben. Daß der Autor einem anderen Dissertationübel nicht ganz entkommen ist, nämlich aus dem üppig erschlossenen Quellenmaterial auch üppig zu zitieren, kann den Wert dieser gelungenen Studie nicht wesentlich mindern, die über die Bremer Lokalgeschichte hinaus wichtige neue Erkenntnisse liefert.

*Heinz-Gerd Hofschien*

**Michael Richter/Mike Schmeitzner:** „Einer von beiden muß so bald wie möglich entfernt werden“. Der Tod des sächsischen Ministerpräsidenten Rudolf Friedrichs vor dem Hintergrund des Konfliktes mit Innenminister Kurt Fischer 1947, Gustav Kiepenheuer Verlag/Sächsische Landeszentrale für politische Bildung, Leipzig 1999. 318 S., 11 Abb.

**Horst Schneider:** Sie "ereilte" ein Auftrag. Richter/Schmeitzners "staatlich verordnete" Story vom Giftmord an Ministerpräsident Dr. Rudolf Friedrichs. "Geschichtsbewältigung" 1999 made in Sachsen, Selbstverlag, [Dresden 1999] 69 S.

**Mike Schmeitzner:** Alfred Fellisch 1884 – 1973. Eine politische Biographie. Böhlau Verlag, Köln/Weimar/Wien 2000. 548 S.

Die Geschichte Sachsens zwischen 1945 und der Auflösung des Landes im Jahr 1952 ist in weiten Teilen noch unerforscht. Insofern ist es begrüßenswert, daß neuere Studien ein Ereignis dieser Zeit untersuchen, das von Spekulationen begleitet war und ist: die Umstände des Todes des ersten sächsischen Nachkriegs-Ministerpräsidenten Rudolf Friedrichs Mitte 1947. Zur Vorgeschichte des Buches von Michael Richter und Mike Schmeitzner gehört, daß die Sachsen-SPD, deren "Historische Kommission" und die Kurt-Schumacher-Gesellschaft aus Anlaß des 50. Todestages von Friedrichs am 13.6.1997 im Dresdner Rathaus ein gemeinsames Kolloquium<sup>1</sup> veranstalteten. Auf ihm vertrat Wolfgang Leonhard die von den Medien umgehend kolportierte Mordthese. Von Sachsens Ministerpräsident Kurt Biedenkopf auf Wunsch

des damaligen sächsischen SPD-Vorsitzenden Karlheinz Kunkel veranlaßt, gab die Sächsische Staatskanzlei beim Dresdner Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung (HAIT) eine Expertise in Auftrag, der die vorliegende Publikation entsprang. In ihr haben die HAIT-Mitarbeiter Richter und Schmeitzner 1997/98 den Konflikt zwischen Friedrichs und dem sächsischen Innenminister Kurt Fischer anhand von Dokumenten und von Zeitzeugenberichten rekonstruiert.

Einem knappen Vorwort vom damaligen HAIT-Direktor Klaus-Dietmar Henke und Abschnitten zum Forschungs- und Quellenstand folgen vier Kapitel, in denen die Autoren beide Biographien in die besatzungspolitischen Rahmenbedingungen in Sachsen zwischen 1945 und 1947 und in die europäische Nachkriegspolitik und Systemauseinandersetzung einordnen. Es handelt sich über weite Strecken um eine Doppelbiographie, wobei Friedrichs sozusagen den heiligen Paulus und Fischer den Saulus verkörpert. Schon Kapitel 1 zeichnet den Weg der "Kontrahenten" nach. Über mehr als 30 Seiten hinweg wird das Leben Fischers (1900-1950) dargestellt. Dieser wird als rücksichtsloser Machtpolitiker geschildert und der Systemnähe "überführt". Die Autoren sprechen von "seiner tiefen politisch-administrativen wie geistig-mental Verwurzelung im Sowjetsystem" (S.69). Die Biographie führt den Nachweis, daß Fischer NKWD-Agent gewesen war. Es werden aber auch unbekanntere Einzelheiten über ihn als Leiter der sowjetischen Militäraufklärung in Shanghai ab 1934 und über Fischers Kontakte zur "Roten Kapelle" während des Zweiten Weltkrieges vermittelt. Demgegenüber ist

das zu DDR-Zeiten in Ostdeutschland über Fischer Erschienenene eher oberflächlich zur Kenntnis genommen worden. Das Leben von Friedrichs (geb. 1892) wird auf 30 Seiten vorgestellt. Der Schwerpunkt liegt auf den Nachkriegsjahren. Bereits im Mai/Juni 1945 widmete sich der Sozialdemokrat als Oberbürgermeister von Dresden dem Wiederaufbau der zerbombten Stadt. Als im Juni die Landesverwaltung Sachsen entstand, wurde Friedrichs von Juli 1945 bis Dezember 1946 mit der Funktion ihres Präsidenten betraut. Er war Mitglied des sächsischen Nachkriegsparlaments und übte vom Dezember 1946 bis zu seinem Tode das Amt des ersten Ministerpräsidenten Sachsens nach der Hitlerdiktatur aus. Obwohl Befürworter einer Vereinigung von SPD und KPD, geriet Friedrichs offenbar schon bald in heftigen Konflikt mit einigen kommunistischen Mitgliedern der Landesregierung, wie dem Innenminister Kurt Fischer. So wandte er sich z.B. 1946/47 mehrfach gegen die kurzfristige sowjetische Demontagepolitik, die die Industrielandschaft Sachsens zu zerstören drohte. Friedrichs war schon als OB von Kommunisten umgeben gewesen (Fischer war damals 1. Bürgermeister, Hermann Matern führte das Personalamt) und fühlte sich nun immer mehr in seinem Entscheidungsspielraum beengt und als Aushängeschild mißbraucht. Der "Workaholic" endete frühzeitig im 56. Lebensjahr. Am 2. Juni 1947 erlitt der sächsische Ministerpräsident einen Herzanfall und verstarb elf Tage später am 13. Juni im Krankenhaus. Auf natürliche Weise, wie man glaubte. Diesen, bislang als sicher geltenden, Fakt stellen Schmeitzner und Richter nun spektakulär infrage:

"Auch wenn sich in den ... Akten kein Hinweis oder gar Beleg für die Ermordung Friedrichs' findet, so schließt die Betrachtung der Zeitumstände doch auch nicht aus, daß Friedrichs einem gezielten Giftmord zum Opfer gefallen sein könnte." (S.274) Begründet wird dies u.a. mit der gängigen "Giftmordpraxis der sowjetischen Führung gegenüber politischen Gegnern". (S.239ff.) Die Vf. zeigen damit ein etwas einseitiges Wissenschaftsverständnis, zumal sie sich primär auf den Nachweis der Ermordung kaprizieren und Befunde, die sich nicht in dieses Bild einfügen, als Verschleierungstaktik abtun. Es werden Zeitzeugen aufgeführt, die in zeitlichem Abstand die Mord-Vermutung äußern; das Vorgehen weckt aber generelle - sicher nicht nur hier angebrachte - Zweifel an "derartigen Belegen". Obgleich der Bewertung Fischers und der sowjetischen Besatzungspolitik in Kernaussagen durchaus zuzustimmen ist, sind von einer wissenschaftlichen Untersuchung sachgerechte Operationalisierungskonzepte zu erwarten sowie ein Forschungsdesign, das das Untersuchungsergebnis nicht determiniert. Vielleicht war dieser Mangel an vorurteilsfreiem Faktenstudium (eben dem Expertisen-Charakter) ein Grund, warum die Studie des HAIT nicht wie zuvor üblich in der eingeführten grünen Publikations-Reihe des Dresdner Instituts erschien. Das vorliegende Buch ist im - der Verlagsgemeinschaft Aufbau, AtV, Rütten & Loening angehörenden - Kiepenheuer Verlag verlegt worden, der bislang eher für belletristische Veröffentlichungen bekannt war. Das beigegebene Bildmaterial blieb auf wenige Fotos beschränkt - wobei das Fehlen selbst aussagefähiger und zu DDR-Zeiten doch recht

bekannter Fotografien auffällt: z.B. Bilder von Friedrichs Auftreten auf der Gründungsversammlung (1. Landeskonferenz) des FDGB Sachsen in der Dresdner "Schauburg" am 11.7.1945, bei der Eröffnung der ersten Leipziger Nachkriegsmesse im Mai 1946 u.ä. Manche Flüchtigkeits-Fehler wären einem Wissenschaftsverlag wohl nicht unterlaufen. So ist Dresden nicht bis zum 8. (S.307), sondern am 9. Mai 1945 von den Sowjets besetzt worden; die meisten Fotos entstammen der bekannten Dresdner Sammlung Höhne/Pohl und sind nicht von "Hölme" (S.318) usw. Bedauerlich ist auch, daß Friedrichs und Fischer zu DDR-Zeiten häufig genug in der Presse und diversen Geschichts-Publikationen Erwähnung fanden, die Autoren, die ablesbar hiervon Kenntnis hatten und vieles davon rezipierten, dies jedoch im Text oder als Fußnote oft nicht deutlich machten. Der Anhang enthält neben dem üblichen Quellen- und Literaturverzeichnis eine Auflistung der zahlreichen Zeitzeugen und befragten "Experten", Dokumente, eine Chronik und Register. Nach der Brisanz der vertretenen Auffassung geurteilt, ist der Dokumentenanhang allerdings etwas dürftig und wohl kaum beweiskräftig zu nennen. Er beinhaltet 3 Berichte des SMA-Chefs von Sachsen, Oberstleutnant Watnik, vom März und Mai 1947 über Kurt Fischer, Rudolf Friedrichs und die damalige politische Situation in Sachsen. (Auf "A. Watnik" - der übrigens Alexander hieß - geht auch das Zitat im Buchtitel zurück.) In der "Kurzchronik" erfährt man abschließend über den 22.6.1950 andeutungsweise: "Auch Fischer stirbt unter ungeklärten Umständen 49jährig an Herzversagen" (S.309).

Der Rezensent hätte sich anstatt des fast unveränderten Abdrucks der Expertise lieber die Veröffentlichung einer um den Mord-Vorwurf "abgespeckten" Doppelbiographie gewünscht. Zugegebenermaßen hätte das Buch aber ohne den Mord-Rummel wohl kaum über einen Kreis von Fachleuten hinaus Aufmerksamkeit gefunden. Der Band läßt trotz des Suggestiv-Zitats im Titel offen, ob Friedrichs ermordet wurde.

Seit sie vorgebracht wurde, stößt die Mord-These auf scharfen Widerspruch politisch Andersdenkender. Als Exponent kann Horst Schneider gelten. Er stellt in seiner Broschüre einen Mord massiv in Abrede, hat allerdings außer emotionsgeladenen Verbalinjurien auch keine überzeugenden Argumente für seine Auffassung anzubieten. Wer Archivalien und die neuere Literatur nicht kennt oder ignoriert, wer auf der Beweiskraft von - vorwiegend älteren - DDR-Publikationen und sekundärer Zeitzeugenschaft beharrt, kann keine glaubhafte Gegenposition entwickeln.<sup>2</sup> Schneider sollte sich fragen, inwieweit erst seine Überreaktion zur Popularisierung der von ihm abgelehnten Mordthese beigetragen hat...

Überzeugender ist Schmeitzners Anteilnehmende Lebensbeschreibung des sächsischen SPD-Politikers Alfred Fellisch - der übrigens von mißliebigen Zeitgenossen als "ein jugendlicher Dränger, aus dessen Worten und Blicken der doktrinär-klassenkämpferische Fanatiker hervorblitz", beschrieben wurde.<sup>3</sup> Schmeitzners schrieb über ihn an der Pädagogischen Hochschule/TU Dresden seine Magisterarbeit und verteidigte 1999 die Dissertation. Nicht ganz einverstanden ist der Rezensent auch hier mit der Fried-

richs-Rezeption. Nicht überzeugen kann der mündlichen Zeitzeugnissen eingeräumte Stellenwert. Aus vielfach nur vermuteten Kenntnissen erstellt Schmeitzner ein Persönlichkeitsprofil Fellischs, wonach dieser nicht auf eine innerparteiliche Strömung festgelegt war. Bis 1918 und ab Mitte der zwanziger Jahre sei er reformerisch-lassalleianischen Handlungsmotiven gefolgt; in Zeiten der Systemumbrüche von 1918/19 oder 1945/46 habe ihn "ein revolutionärer, auf sozialökonomische Umwälzungen abzielender Impuls" getrieben (S.510).

Das aus vielen Quellen erarbeitete Buch ist mit einem Konterfei des Porträtierten versehen, klar gegliedert und durch ein Personenregister erschlossen. Chronologisch aufgebaut, zeichnet es ein imponierendes, manchmal etwas zu detailverliebtes, Bild des Genannten in seiner Zeit. Fellisch, der 1884 in Schlesien geboren wurde und 1973 hochbetagt bei Dresden starb, erregte als Gewerkschafter und Redakteur, Kommunal- und Landespolitiker frühzeitig die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit. Nach der Novemberrevolution wurde er zum Protagonisten der "Chemnitzer Richtung" innerhalb der Sachsen-SPD, die auf ein Bündnis von Linksparteien und sozial bestimmte Wirtschaftsalternativen abzielte. Gut die Hälfte des Textes sind demgemäß der Zeit 1918-1929 gewidmet, in der die Sozialdemokratie in Sachsen Regierungsverantwortung mitrug. Mit der Ernennung zum sächsischer Wirtschaftsminister erreichte Fellisch 1921 wohl den Zenit seines Einflusses. Schmeitzner ging es nicht allein darum, Fellischs Vita zu dokumentieren, sondern vielmehr auch um das tiefgreifende Reformwerk der "Ära

Buck" - welches neuerdings als "linksrepublikanisches Projekt Sachsen" (K. Rudolph) bezeichnet wird. Der Autor beschreibt die Probleme Fellischs im von Buck geführten Minderheitskabinett aus SPD und USPD, das von den Kommunisten toleriert wurde, und zeigt Fellisch als Kritiker der nachfolgenden Zeigner-Regierung und sächsischen SPD-Linken. Nach Zeigners Sturz im Oktober 1923 übernahm Fellisch für 2 Monate selbst die Regierungsgeschäfte Sachsens, was Schmeitzner ausführlich schildert (S.245-327). Er rechnet es Fellisch als Verdienst an, die "SPD-KPD-Verklammerung" gelöst und durch die parlamentarische Bindung an die linksliberale DDP die Sozialdemokratie auf den Weg zur Großen Koalition (Januar 1924) gebracht zu haben. Bis 1932 nur noch Amtshauptmann in Großenhain, blieb er auch nach 1945 einflußlos: Der Befürworter einer Vereinigung mit der KPD scheiterte wirtschaftspolitisch, wurde mit dem bedeutungsarmen Posten des Direktors der Sächsischen Landesbibliothek abgefunden und repressiert. Schmeitzner konstatiert bei ihm "eine spezifisch sächsisch-mitteldeutsche Anfälligkeit gegenüber autoritären, ja totalitären" Gesellschaftsmodellen (S.511). Die linkssozialistische Prägung der Weimarer Zeit habe schließlich dazu geführt, daß ein gut Teil der dortigen Sozialdemokraten 1946 die Fusion mit der KPD weniger als Zwang, denn als "Konsequenz der eigenen ideologegeschichtlichen Verwurzelung" (ebenda) empfand. Derartige Entwicklungen aus einer historischen Sicht darzustellen, ist wohl auch für die Gegenwart wichtig.

*Peter Russig*

- 1 Die "Historische Kommission der SPD Sachsen" hatte für die Veranstaltung ein "Dr. Rudolf Friedrichs-Material" erstellt und dort verteilt. Das Konvolut enthielt eine Dokumentation über "Die letzten Tage des sächsischen Ministerpräsidenten..." von Michael Rudloff, diverse Dokumente und den Aufsatz "Dr. Rudolf Friedrichs - Lebensstationen 1892-1947" von Peter Russig/Mike Schmeitzner. Ich ließ den Aufsatz damals mit den Worten "Sein Organismus zeigte sich der Arbeitsbelastung und den internen Auseinandersetzungen ... nicht gewachsen, so daß er frühzeitig im 56. Lebensjahr ... verstarb" enden.
- 2 Siehe etwa die Kontroverse im Deutschland Archiv (5/1997, S.780f. - W. Leonhard - und 6/1997, S. 945ff. - Horst Schneider, W. Leonhard).
- 3 Siehe Sachsen unter der Revolution. Wahlhandbuch für die Landtagswahl 1920. Hrsg. i. A. des Landesverbandes der Deutschen Volkspartei für Sachsen von Generalsekretär W. Berger. Dresden 1920, S.254.

## NachSatz

Liebe Leserinnen und Leser,

der Teil III des JahrBuchs liegt Ihnen nun pünktlich vor. Wir haben uns bemüht, neben dem angekündigten thematischen Schwerpunkt, der der Arbeiterbewegung im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts gewidmet ist, auch andere Zeitabschnitte zu berücksichtigen, und hoffen, daß die Beiträge, biographische Skizzen und nicht zuletzt der relativ umfangreiche Dokumententeil auf Ihr Interesse stoßen werden.

Der Themenschwerpunkt des nächsten Heftes wird der 30. Januar 1933 und seine Folgen für Deutschland und Europa sein. (Redaktionsschluß für dieses Heft ist

der 30. November, es wird im Januar 2003 ausgeliefert.)

Zu den ersten beiden Heften des JahrBuchs erreichte uns mündlich und schriftlich viel Zuspruch, der uns ermutigt. Wir würden uns ebenso über Ihre Kritik sowie Vorschläge zu Schwerpunktthemen u. a. freuen, um die weiteren Hefte noch inhaltsreicher zu gestalten.

Unsere Autorinnen und Autoren erinnern wir daran, daß ihre wissenschaftlichen Beiträge den Umfang von 30 bis 35 Tausend, Berichte 8 Tausend, Rezensionen 6 Tausend Zeichen möglichst nicht überschreiten sollten.

Wir bitten außerdem darum, uns stets die *letzte Fassung* des Beitrages/der Rezension einzureichen; nachträgliche Ergänzungen/Korrekturen können leider nicht berücksichtigt werden.

Unseren Abonentinnen und Abonnenten teilen wir mit, daß das „JahrBuch“ aus technisch-organisatorischen Gründen drei Mal im Jahr, jeweils im Januar, Mai und September erscheinen wird - mit jährlichem Gesamtumfang von mindestens 660 Seiten.

Diesem Heft III/2002 fügen wir die Abo-Bestellung (Rechnung) für das kommende Jahr 2003 bei. Wir hoffen, daß alle bisherigen Abonentinnen und Abonnenten ihr Abonnement verlängern. Damit wäre das weitere Erscheinen der Zeitschrift weitgehend gesichert.

Die Redaktion

## Autorenverzeichnis

Dr. sc. Simone Barck, Zentrum für Zeit-  
historische Forschung, Potsdam

Dr. Hanna Behrend, Berlin

Prof. Dr. Helmut Bock, Berlin, Mitglied  
der Leibniz-Sozietät

Dr. sc. Stefan Bollinger, Freie Universität  
Berlin

Prof. Dr. Rolf Dlubek, Berlin

Prof. Dr. Stefan Doernberg, Berlin

Prof. Dr. Paul Heider, Dresden

Dr. Hartmut Henicke, Berlin

Christa Hinckel, Berlin

Dr. Joachim Höppner, Berlin

Dr. Heinz-Gerd Hofschens, Focke-Muse-  
um, Bremer Landesmuseum für Kunst-  
und Kulturgeschichte

Prof. Dr. Alexander Kan, Universität  
Uppsala

Dr. sc. Horst Klein, Strausberg

Prof. Dr. Annelies Laschitzka, Berlin

Ottokar Luban, Berlin

Dr. François Melis, Berlin

Dr. Gisela Notz, Forschungsinstitut der  
Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn

Robert Otte, Humboldt-Universität, Ber-  
lin

Ulrich Peters, Promovend an der Freien  
Universität, Berlin

Dr. sc. Ulla Plener, Berlin, Mitglied der  
Leibniz-Sozietät

Dr. Dr. Karl Heinz Roth, Stiftung für  
Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts,  
Bremen

Peter Russig, Hannah-Ahrendt-Institut  
für Totalitarismusforschung, Dresden

Dr. Janis Schmelzer, Berlin

Prof. Dr. Walter Schmidt, Berlin, Mitglied  
der Leibniz-Sozietät

Dr. Volkmar Schöneburg, Potsdam, Mit-  
glied der Leibniz-Sozietät

Dr. Waltraud Seidel-Höppner, Berlin,  
Mitglied der Leibniz-Sozietät

Dr. Jürgen Stroech, Berlin

## Impressum

ISSN 1610-093X

Herausgeber: Förderverein für Forschun-  
gen zur Geschichte der Arbeiterbewegung

Redaktion: Helga Brangsch, Dr. Wolf-  
gang Heyn, Dr. Herbert Mayer (Verantw.  
Redakteur), Dr. Ulla Plener, Dr. Elke  
Scherstjanoi, Dr. Carola Tischler.

Postadresse der Redaktion:

Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin.

e-mail-Adresse: mayer.berlin.pb@t-  
online.de

Erscheint in der NDZ GmbH,  
Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin

Satz: Joanna Boegendorff

Realisiert in den Typowerkstätten des  
Gambattista-Bodoni-Museums e. V.

Redaktionsschluß 18. September 2002

## Jahresinhaltsverzeichnis 2002

### Wissenschaftliche Beiträge

*Hanna Behrend:* Der schriftstellernde Schildermaler, der sich Robert Tressell nannte, und sein bemerkenswertes Buch "Die Menschenfreunde in zerlumpten Hosen" III/39

*Helmut Bock:* Die Russische Revolution. Historisch-kritische Reflexionen 85 Jahre danach. (Thesen) III/4

*Peter Brandt:* Die Arbeiterbewegung des 19. und 20. Jahrhunderts. Entwicklung – Wirkung – Perspektive I/5

*Petra Clemens:* Bilder aus dem VEB Forster Tuchfabriken – Spuren einer anderen fotografischen Praxis. Zur Erschließung eines DDR-Betriebsfotobestandes und zum Stand des Umgangs mit historischen Fotografien aus der Industrie II/72

*Wolfgang Eichhorn:* Über Eduard Bernstein. Gegensatz und Berührungspunkte zu Rosa Luxemburg - und W. I. Lenin I/38

*Joachim Höppner/Waltraud Seidel-Höppner:* Der Bund der Geächteten und der Bund der Gerechtigkeit (Teil 1) III/60

*Angélique Janssens:* Der männliche Alleinernährer. Zur Geschichte einer sozialen Symbolfigur zwischen Ökonomie, Macht und Selbstbild I/74

*Alexander Kan:* Rosa Luxemburg, die deutsche Novemberrevolution 1918/1919 und die schwedische Linke III/26

*Mario Keffler:* Jakobinismus, Demokratie und Arbeiterbewegung. Der Historiker Walter Grab I/55

*Helmut Konrad:* Über Herbert Steiner (1922-2001). Gedenkrede am 13. 09. 2001 in Linz I/69

*Annelies Laschitzka:* Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Ein biographischer Vergleich I/21

*François Melis:* Neue Rheinische Zeitung. Organ der Demokratie. Ein Redaktionsalltag – oder mehr? Köln, 14. November 1848 II/85

*Detlef Nakath:* Deutschlandpolitik der DDR in Tradition der 2. SED-Parteikonferenz? Zur Geschichte der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten II/35

*Wilfriede Otto:* Eine edle Idee im Notstand. Zur Zweiten Parteikonferenz der SED im Juli 1952 (Mit Dokumenten) II/4

*William A. Pelz:* Klassen-, Geschlechter- und Minderheitenfrage: Eugene V. Debs und der amerikanische Sozialismus I/48

*Ulla Plener:* Kurt Schumacher 1949-1952: Die innere Gestaltung der BRD im Schatten seines Antikommunismus III/93

*Jörg Roesler:* Die VEB in der Wende II/55

*Elke Scherstjanoi:* Sowjetische Reaktionen auf die Zweite Parteikonferenz der SED 1952 (Mit Dokumentation) II/23

*Anna Zarnowska:* Frauenarbeit in Polen an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert I/87

### Regionalforschungen

*Peter Birke:* Die "rechte" Opposition in- und außerhalb der Hamburger KPD, 1928 bis ca. 1935 II/108

*Horst Klein:* Zur Geschichte der Ortsgruppe der KPD Strausberg 1920 bis 1946 (Thesen) I/100

## Erinnerungen

*Klaus Höpcke:* An der Wiege des Förderkreises – erste Schritte. Vortrag in der Festsitzung "10 Jahre Förderkreis Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung e. V." I/122

*Wieland Zademach:* Brückenbauer zwischen Ost und West. Erinnerung an Josef L. Hromádka. I/109

## Biographische Skizzen

*Gerhard Beier:* Georg Böhning (1788 – 1849). Das unbekannte Leben des ausgearbeiteten Uhrmachers und mobilen Perpetuisten der Revolution I/135

*Gerlinde Grahn:* Erich Baron (1881-1933) II/127

*Ottokar Luban:* Mathilde Jacob: Mehr als Rosa Luxemburgs Sekretärin. Mit dem Text von M. Jacobs einziger öffentlicher Rede (19.12.1920) III/110

*Gisela Notz:* Maria Ansorge: „Um unsere sozialistischen Ideen zu verwirklichen, dafür sind wir nie zu alt.“ III/129

*Fritz Rödel:* Vom Forsthaus in der Eifel zum Invalidenlager bei Magadan: Josef Schneider (1882 – 1939) I/149

## Dokumente

*W. I. Lenin* Unbekannte Dokumente 1891-1922 (Renate Hertzfeldt, Erika Segendorf) I/161

*W. I. Lenin.* Unbekannte Dokumente: Briefe an Ines Armand (*Christa Hinckel*) III/148

Ein Rosa-Luxemburg-Text von 1906 erstmals in deutscher Sprache (*Annelies Laschitza*) III/139

Karl Radeks Beichte wegen seines "Luxemburgismus" (*Robert Otte*) III/173  
Revolution und Strafrecht. Zwei Dokumente von Felix Halle, 1920 (*Volkmar Schöneburg*) III/160

## Diskussion

*Michael Brie:* Das Projekt der sozialen Demokratie am Beginn des 21. Jahrhunderts II/141

*Günther Glaser:* Ein aufschlußreiches Ergebnis der Neubefragung von Militärgeschichte der DDR. Überlegungen zum Buch "Volksmarine der DDR. Deutsche Seestreitkräfte im Kalten Krieg" unter dem Aspekt der "inneren Einheit" der Deutschen I/171

*Siegfried Kuntzsch:* Die UdSSR und die deutsche Frage. Dokumente aus dem Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation I/179

## Berichte

*Simone Barck:* Zeugin des "Zeitalters der Extreme". Margarete Buber-Neumann (1901-1989) I/187

*Günter Benser:* Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der Arbeit. Konferenzbericht (von der 37. Linzer Konferenz der ITH 2001) I/96

*Stefan Bollinger:* Sozialismus ohne das Volk? Konferenz zum 50 Jahrestag der Zweiten Parteikonferenz der SED III/189

*Horst Klein:* Ein Kolloquium in Memoriam Otto Bauer III/180

*Harald Lange*: Das gescheiterte "konstruktive Mißtrauensvotum" vom 27. April 1972 II/144

*François Melis*: Klassen - Revolution - Demokratie. Kolloquium zum 150. Jahrestag von Marx' „Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte" III/177

## Informationen

Berliner Verein zur Förderung der MEGA-Edition e.V.: David-Rjzanov-Preis 2002 I/192

*Stefan Doernberg*: Eine unterbelichtete Front des antifaschistischen deutschen Widerstands. Zum Wirken von DRAFD III/192

Helle Panke zur Förderung von Politik, Bildung und Kultur e.V.: Publikationen zur Geschichte der Arbeiterbewegung I/193

Institut zur Erforschung der Geschichte der Gewerkschaften und Arbeiterkammern, Wien I/190

## Rezensionen

*Jens Becker*: Heinrich Brandler. Eine politische Biographie (*Manfred Behrend*) I/208

*Hendrik Bunke*: Die KPD in Bremen 1945 bis 1968. (*Heinz-Gerd Hofschien*) III/226

Oleg Dehl, Simone Barck, Natalia Mussienko, Ulla Plener (Hrsg. U. Plener): Verratene Ideale. Zur Geschichte deutscher Emigranten in der Sowjetunion in den 30er Jahren. (*Fred Wilm*) I/222

Mario Frank: Walter Ulbricht. Eine deutsche Biografie. (*Bruno Mander*) I/206

Ute Frevert: Die kasernierte Nation. Militärdienst und Zivilgesellschaft in Deutschland. (*Paul Heider*) III/202

Wolfgang Fritz Haug: Dreizehn Versuche marxistisches Denken zu erneuern. (*Stefan Bollinger*) I/197

Wladislaw Hedeler/Nadja Rosenblum: 1940 – Stalins Glückliches Jahr. (*Horst Klein*) I/224

Kurt Imhof, Patrick Ettinger, Boris Boller: Die Flüchtlings- und Außenwirtschaftspolitik der Schweiz im Kontext der öffentlichen politischen Kommunikation 1938-1950. (*Janis Schmelzer*) III/224

Walter Jablonsky/Wolfgang Wünsche (Hrsg.): Im Gleichschritt? Zur Geschichte der NVA. (*Stefan Bollinger*) I/239

Mario Keßler: Exilerfahrung in Wissenschaft und Politik. Remigrierte Historiker in der frühen DDR. (*Walter Schmidt*) I/214

Erhard Kiehnbaum: Peter Imandt – Eine Biographie (1823–1897). Freund und Kampfgefährte von Karl Marx und Friedrich Engels – Ein vergessener Saarländer. Mit einem Vorwort von Oskar Lafontaine. (*Rolf Dlubek*) III/200

Werner Kilian: Die Hallstein-Doktrin. Der diplomatische Krieg zwischen der BRD und DDR 1955-1973. Aus den Akten der beiden deutschen Außenministerien (*Ulrich van der Heyden*) II/162

Robert Lederer: Freiheit und Sozialismus. (*Jürgen Stroech*) III/205

*Ursula Mader*: Emil und Walther Rathenau in der elektrochemischen Industrie (1888-1907). Eine historische Studie. (Roswitha Berndt) I/200

Karl Marx/Friedrich Engels: Gesamtausgabe, Erste Abteilung: Werke, Artikel, Entwürfe. Band 14: Karl Marx/Friedrich

- Engels: Werke, Artikel, Entwürfe, Januar bis Dezember 1855 (*François Melis*) II/149
- Karl Marx/Friedrich Engels: Gesamtausgabe, Dritte Abteilung: Briefwechsel, Bd. 10: Karl Marx/Friedrich Engels: Briefwechsel September 1859 bis Mai 1860. Bearbeitet von Galina Golovina, Tat'jana Gioeva, Jurij Vasin und Rolf Dlubek. (*François Melis*) I/194
- Moskau 1938. Szenarien des Großen Terrors (*Rolf Richter*) II/156
- Reinhard Müller: Menschenfalle Moskau. Exil und stalinistische Verfolgung. (*Simone Barck*) III/219
- Rolf-Dieter Müller/Gerd R. Ueberschär: Hitlers Krieg im Osten 1941–1945. Ein Forschungsbericht. (*Günter Gramlich*) I/229
- Ingrid Muth: Die DDR-Außenpolitik 1949-1972. Inhalte, Strukturen. Mechanismen. (*Joachim Eichler*) I/249
- Herbert Nicolaus/Lutz Schmidt: Einblicke 50 Jahre EKO Stahl. (*Helmut Kinne*) I/246
- Cem Özdemir: "Deutsch oder nicht sein?" Integration in der Bundesrepublik. (*Julius Waldschmidt*) I/253
- Andreas Petersen: Radikale Jugend. Die sozialistische Jugendbewegung der Schweiz 1900-1930. Radikalisierungsanalyse und Generationentheorie. (*Ulrich Peters*) III/217
- Ulrich Pfeil (Hrsg.): Die DDR und der Westen. Transnationale Beziehungen 1949-1989 (*Joachim Eichler*) II/160
- Michael Richter/Mike Schmeitzner: "Einer von beiden muß so bald wie möglich entfernt werden"; Horst Schneider: Sie "ereilte" ein Auftrag.; Mike Schmeitzner: Alfred Fel-lisch 1884 – 1973. (*Peter Russig*) III/229
- Hans Rainer Sandvoß: Widerstand in Prenzlauer Berg und Weißensee; Bd. 12 der Schriftenreihe über den Widerstand in Berlin von 1933 bis 1945. (*Günter Wehner*) I/231
- Karlheinz Schaller: "Einmal kommt die Zeit". Geschichte der Chemnitzer Arbeiterschaft vom Ende des 18. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg. (*Walter Schmidt*) III/198
- Manfred Scharrer: "Freiheit ist immer ..." Die Legende von Karl und Rosa (*Hartmut Henicke*) III/208
- Karl Michael Scheriau: Kunstgenossen und Kollegen. Entstehung, Aufbau, Wirkungsweise und Zielsetzung der Gewerkschaftsorganisation der deutschen Buchdrucker von 1848 bis 1933 (*Gerhard Fischer*) II/153
- Wolfgang Schmidt: Kalter Krieg, Koexistenz und kleine Schritte. Willy Brandt und die Deutschlandpolitik 1948-1963. (*Harald Lange*) I/234
- Wolfgang G. Schwanitz: Gold, Bankiers und Diplomaten. Zur Geschichte der Deutschen Orientbank 1906-1946. (*Karl Heinz Roth*) III/212
- Jan Schwarzmeier: Die Autonomen zwischen Subkultur und sozialer Bewegung. (*Bernd Hüttner*) I/251
- René Senenko: Willi Bredels Exil in Prag. Ein unbekanntes Kapitel. Herausgegeben von der Willi-Bredel-Gesellschaft. (*Gerhard Müller*) I/213
- Volker Sieger: Die Wirtschafts- und Sozialpolitik der KPD von 1945 bis 1956 (*Herbert Mayer*) II/158
- Helke Stadtland: Herrschaft nach Plan und Macht der Gewohnheit. Sozialgeschichte der Gewerkschaften in der SBZ/DDR 1945-1953. (*Günter Benser*) I/241

Helmuth Stoecker: Socialism with Deficits. An academic life in the German Democratic Republic. Edited from the private papers by Holger Stoecker. (*Ulrich van der Heyden*) I/237

Brigitte Stolz-Willig/Mechthild Veil (Hg.) Es rettet uns kein höh'eres Wesen ... Feministische Perspektiven der Arbeitsgesellschaft (*Anneliese Braun*) II/163

Wolfgang Szepansky: Dennoch ging ich diesen Weg. Autobiographie. (*Gisela Notz*) I/218

Leo Trotzki: Stalin. Eine Biographie. (*Manfred Behrend*) I/202

Gerd R. Ueberschär (Hrsg.): NS-Verbrechen und der militärische Widerstand gegen Hitler. (*Günter Wehner*) I/228

Peter Wende (Hrsg.): Große Revolutionen in der Geschichte. Von der Frühzeit bis zur Gegenwart (*Stefan Bollinger*) II/148

## Annotationen

Emil Carlebach, Willy Schmidt, Ulrich Schneider: Buchenwald. Ein Konzentrationslager. Berichte - Bilder - Dokumente. (*Günter Krabiell*) I/259

Dokumente der Polnischen Arbeiterpartei: Protokol obrad KC PPR. Maj 1945; Protokoly posiedzen Biura Politycznego KC PPR. 1944 - 1945; Protokoly posiedzen Sekretariatu KC PPR. 1945 - 1946 (*Gerd Kaiser*) II/168

Günter Gleising: Heinz Renner. Eine politische Biographie (*Herbert Mayer*) II/166

Willi Harzheim 1904-1937. Arbeiter-schriftsteller aus Horst (*Fritz Zimmermann*)II/165

Karl Heinz Jahnke: Marie ter Morsche kann ihren Vater nicht vergessen. Widerstand gegen Hitlers V-Waffen in Zinnowitz und Peenemünde 1942/43. (*Günter Gramlich*) I/256

Jerzy Kochanowski: W polskiej niewoli. Niemieccy jency wojenni w Polsce. 1945-1950. (In polnischer Gefangenschaft. Deutsche Kriegsgefangene in Polen 1945-1950) (*Gerd Kaiser*) II/170

100 Jahre Hanns Kralik. Reprint des Ausstellungskatalogs "Grafik - Hanns Kralik", erschienen 1980 in Düsseldorf anlässlich der Ausstellung "Bilder aus dem Widerstand" zum 100. Geburtstag Hanns Kraliks. (*Günter Krabiell*) I/258

Peter Russig: Das Dresdner "Volkshaus" der Gewerkschaften 1902 bis 1999 (*Wolfgang Heyn*) II/172

Fred M. Schied: Learning in Social Context. Workers and Adult Education in Nineteenth Century Chicago. (*Heinz Sommer*) I/260

Socialist Internationals - A Bibliography. Publications of the Social-Democratic and Socialist Internationals 1914 - 2000. (*Herbert Mayer*) I/255

Thüringen 1989/90. Quellen zur Geschichte Thüringens. Bd. 17/I und Bd. 17/II., Hrsg. Jürgen John; "Thüringen 1989/90. Hrsg. Bernhard Dornheim und Stephan Schnitzler (*Erhard Dietz*) II/171

Verband für Agrarforschung und -bildung Thüringen e.V.: Thüringer Landwirtschaft zwischen 2. Weltkrieg und Wiedervereinigung. (*Bernd Hüttner*) I/261

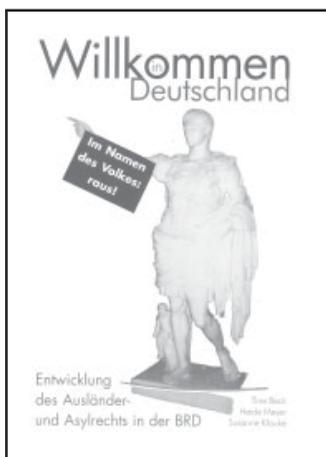
Susanna Woodtli. Freundesgabe zum 80. Geburtstag. Hrsg. Von Gabi Einsele und Verena Müller. (*Ursula Herrmann*) I/260



## Ernst Busch Almanach

edition  
bodoni

Kalender-Almanach  
zum 103. Geburtstag  
des großen Sängers und Schauspielers  
mit vielen Photographien.  
Redaktionell brillant betreut  
durch Joseph Johne und Roger Reinsch //  
ISBN 3-929390-38-8  
in versch. Formaten // 24 Blatt, teils  
transparent // Spiralheftung mit Ösen //  
DIN A3 16,00 Euro // DIN A4 8,00 Euro



Der Staat unterscheidet die seiner Gewalt unterstehenden Personen in In- und Ausländer. Während er die Inländer in der Regel dazu ermuntert, ihre Anzahl zu erhöhen, ist seine Position Ausländern gegenüber davon grundsätzlich unterschieden. Ob, wieviele und gegebenenfalls welche Ausländer in der BRD erwünscht sind, hängt von der jeweiligen wirtschaftlichen und politischen Großwetterlage in der BRD ab.

Auch Flüchtlinge sind zunächst mal – Ausländer. Die Flüchtlingspolitik der Repräsentanten der BRD richtet sich daher nicht einfach nach der objektiven Asylbedürftigkeit der Flüchtlinge, sondern in die Flüchtlingspolitik geht die jeweils aktuelle Position der Staatsvertreter gegenüber ausländischen Nicht-Flüchtlingen mit ein.

edition  
bodoni

linienstraße 65  
10119 berlin  
info@bodonimuseum.com

Diese Broschüre beleuchtet die Entwicklung der Ausländer- und Flüchtlingspolitik in der BRD. // 72 Seiten // 15,00 Euro  
beziehbar direkt über den Verlag